Glasnost für Perestrojka

HANS GRAF HUYN

DIE DOPPEL-FALLE

Das Risiko Gorbatschow

Universitas

Inhaltsverzeichnis

I. **Gorbatschow – Neues Denken und eine neue Politik?** 7

Im Widerstreit der Meinungen – Der westliche Wunschtraum: Eine friedliebende Sowjetunion – Gorbatschows Kampf um die Alleinherrschaft – Der Mann des KGB – Ein treuer Schüler Lenins

II. **Warum Perestrojka?** 23

Der Niedergang der sowjetischen Wirtschaft – Die vier Monopole der Macht – Zusammenbruch der Perestrojka?

III. **Die Funktion von Glasnost** 45

Verordnete Denunziation – Die Mobilisierung des Volkes – Gewinnung der Intellektuellen – Die Grenzen von Glasnost

IV. **Die Einbindung des Westens** 55

Der Kampf um die Herzen – Strategische Desinformation – Die Transmissionsriemen – »Ein Staat wie jeder andere ...« – Der Krieg mit Namen »Frieden« – Doppeldeutige Religionspolitik – Selektive Menschenrechte – Gorbatschows Ziel: Der Westen soll für Moskau arbeiten – Moskaus verstärkter Kampf an der »unsichtbaren Front«

V. **Abrüstung als politische Waffe** 101

Sirenenklänge der Abrüstung – Der INF-Vertrag über die Abrüstung von Mittelstreckenraketen – Unterlaufen der Rüstungskontrolle – Eine neue Militärdoktrin? – Herausforderung im Weltraum – Sowjetische Hochrüstung

VI. **Offensive Außenpolitik** 137

Kontinuität und Taktik – Das »gemeinsame europäische Haus« – Das »gemeinsame asiatische Erbe« – Eckpfeiler Vietnam – Aufgabe Afghanistans? – Krisenregion Mittlerer Osten – Moskaus Ziele in Afrika – Moskau in Mittelamerika: vor der Haustür der Vereinigten Staaten

VII. **Die Büchse der Pandora** 225

Glasnost läuft aus dem Ruder – Kulturelle Aufbruchstimmung – Das Wiedererwachen der Religiosität – Bewältigung der Geschichte – Aufbrechen des Pluralismus – Das Eindämmen von Glasnost

VIII. **Die Entkolonialisierung der Sowjetunion** 253

Sowjetischer Kolonialismus – Selbstbestimmungsrecht für die baltischen Staaten – Freiheit für die Ukraine – Nationales Wiedererwachen in Weißrußland – Sprachenkampf in Bessarabien – Unterdrückung in Georgien – Berg Karabach: zwischen armenischer Heimat und aserbaidschanischer Unterdrückung – Eine Republik für die Wolgadeutschen? – Die Krimtataren fordern Gerechtigkeit – Religiöses und nationales Erwachen in sowjetisch Zentralasien – Eine Freiheitscharta der versklavten Nationen der Sowjetunion

IX. **Freiheit für Mittel-Osteuropa?** 289

Das Pulverfaß – Ost-Berlin: für Einheit in Freiheit – Polen: »Für Euere und unsere Freiheit!« – Tschechoslowakei: Die Menschen haben ihre Angst verloren – Ungarn: »Das System des Kommunismus muß hinweggefegt werden« – Rumänien: Freiheit statt Steinzeitkommunismus – Bulgarien: Kampf für Menschenrechte – Eine gemeinsame Front der Freiheit

X. **Wohin treibt die Sowjetunion?** 329

Führt die Revolution von oben zur Revolution von unten? – Unreformierbarkeit der Wirtschaft innerhalb des Sozialismus – Geistig-moralische Überwindung der Ideologie – Reformunfähigkeit des Systems – Außenpolitische Gefahren – Achillesferse Nationalitätenfrage – Patriotismus oder Nationalismus? – Die Armee: Künftiger Ordnungsfaktor?

XI. **Die Antwort des Westens** 371

Der Wettlauf mit der Zeit – Die Wahrung unserer Sicherheit – Eine globale Antwort auf die globale sowjetische Herausforderung – Ein Haus der Freiheit für alle Europäer – Selbstbestimmung für alle Deutschen, Schlüssel für die Freiheit ganz Europas – Gorbatschow beim Wort nehmen – Hilfe zu freiheitlichem Wandel

Fußnoten 419

Register 459

I.

Gorbatschow – Neues Denken und eine neue Politik?

Ich muß hervorheben, das Neue Denken beruht auf der Leninschen Theorie des Imperialismus, auf Lenins Studium vom Wesen des Imperialismus, der niemals »gut« werden wird. Im Hinblick auf diese Frage hatten noch haben wir keine Illusionen.

Michail Gorbatschow[1]

Im Widerstreit der Meinungen

Michail Gorbatschow hat wie keiner seiner Vorgänger das Urteil der Politiker und insbesondere die öffentliche Meinung des Westens beschäftigt, ja fasziniert. Jeder neue sowjetische Parteichef ist schon immer im Westen mit großen Erwartungen begrüßt worden, aber keiner vor ihm hat mit solcher Wucht weltweit eine derartige Wirkung ausgelöst wie Gorbatschow mit seiner Ankündigung von »Perestrojka« und »Glasnost« – die als Schlagworte in fast alle westlichen Sprachen übernommen worden sind. Was bedeutet Perestrojka und Glasnost? Was bedeutet es für die Sowjetunion? Was bedeutet es für die sowjetische Politik? Was bedeutet es für das Verhältnis der Sowjetunion zum Westen? Was bedeutet es für unsere Zukunft? Was bedeutet neues Denken? Ist neues Denken gleichbedeutend mit einer neuen Politik? Viele Fragen und noch mehr – widersprüchliche! – Antworten. Was wir brauchen, ist: Mehr Glasnost über Perestrojka!

Es ist von entscheidender Wichtigkeit, die Schlüsselbegriffe »Perestrojka« und »Glasnost« auch in deutscher Übersetzung richtig zu bezeichnen. »Perestrojka« heißt »Umgestaltung«, also eine Umgestaltung innerhalb des sozialistischen Systems. »Perestrojka« heißt *nicht* »Reform«; es bedeutet also *nicht* eine Reform des sozialistischen Systems hin zu einer pluralistischen, freiheitlichen Ordnung. (Das russische Wort für »Reform« ist »Reforma«). Das Wort »Glasnost« bedeutet »Öffentlichkeit« oder »Publizität«. Es ist also *falsch*, »Glasnost« mit »Offenheit« oder »Öffnung« zu übersetzen. (»Offenheit« heißt im Russischen »Otkrowennost«).

Hoffnungen werden auf der einen Seite laut: Wenn sich in der Sowjetunion eine politische Erneuerung durchsetzt, ist dies nicht gleichbedeutend mit einer Liberalisierung? Bedeutet dies nicht ein Ende der Unterdrückung nach innen und einen Abbau der Spannungen nach außen? Bedeutet dies nicht eine Entlastung des gesamten politischen Lebens, die zu einem Aufatmen der Erleichterung führt? Kann dies nicht ein Ende der Teilung Europas und der Spaltung Deutschlands bedeuten?

Daneben gibt es skeptische Fragen: Selbst wenn Gorbatschow in seinem Innersten die marxistische Ideologie als überholt ansehen sollte, kann er es sich überhaupt leisten, dies zum Ausdruck zu brin-

gen? Kann er es gestatten, daß die Ideologie wie bei einem Schleiertanz Hülle um Hülle abwirft, bis sie – wie in dem Märchen von des Königs neuen Kleidern – für jedermann nackt dasteht?
Neben Hoffnung und skeptischem Abwarten gibt es aber auch Stimmen der Ablehnung, die vor Täuschung und Selbsttäuschung warnen: Der russische Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow übt heftige Kritik an Gorbatschows Plänen politischer Umgestaltung und der Zusammenlegung der Führung von Partei und Staat – dies sei »Wahnsinn und eine gefährliche Rückkehr zum Zentralismus«.[2] Der armenische Bürgerrechtler Paruir Airikjan weist darauf hin: »In dem Moment, als Gorbatschow erklärte, daß es in der Sowjetunion beim Einparteiensystem bleibt, hat er alle Hoffnungen auf wirkliche Demokratie zunichte gemacht. Alles andere ist nur noch eine Art Demokratiespiel.«[3] Der langjährige amerikanische Außenminister Henry Kissinger warnt vor westlichen Illusionen: »Die Sowjetführer reformieren ihre Gesellschaft nicht, um uns einen Gefallen zu tun. Sie streben nach Effizienz, Produktivität und Technologie – nicht nach Demokratie. Sie benötigen, um ihre Ziele zu erreichen, einen Aufschub im internationalen Bereich. Sie sind gewiß nicht zu westlichen pazifistischen Vorstellungen bekehrt worden.«[4] Ist Perestrojka also in Wirklichkeit eine politische Entscheidung zur langfristigen Sicherung der sowjetischen Weltmachtposition? Ist es *auch* Sinn und Ziel von Perestrojka, eine Falle zur Einbindung des Westens aufzustellen, um die Weltherrschaft der Sowjetunion langfristig zu sichern?
In der öffentlichen Meinung des Westens, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, herrschen jedoch die hoffnungsvollen Wunschvorstellungen vor. So haben 1987 60 % der befragten Deutschen eine gute Meinung von Gorbatschow gegenüber 35 % für den amerikanischen Präsidenten Reagan.[5] Ein Jahr später übertrifft in Deutschland die positive Meinung zu Gorbatschow diejenige über den deutschen Bundeskanzler. Anläßlich des Besuchs Gorbatschows in Bonn im Juni 1989 erklären 90 % der Bundesbürger, sie hätten Vertrauen zu Gorbatschow, und 84 % der Bundesbürger fühlen sich von der Sowjetunion nicht mehr bedroht.[6]
In Wirklichkeit läßt sich jedoch die Frage nach der Lage in der Sowjetunion und der Politik Gorbatschows nicht einfach positiv oder negativ beantworten – es handelt sich weder um hoffnungsfrohe Li-

beralisierung noch *allein* um ein großangelegtes Täuschungsmanöver gegenüber dem Westen – in Wirklichkeit ist die Situation außerordentlich komplex. Dies gilt es hier zu analysieren.

Der westliche Wunschtraum: Eine friedliebende Sowjetunion

»Breschnew zittert um den Frieden!« erklärte vor wenigen Jahren Willy Brandt[7] über den sowjetischen Generalsekretär, der von Afghanistan bis Vietnam und von Äthiopien und Angola bis Nicaragua alles unternommen hatte, um durch eigenes militärisches Eingreifen oder durch Stellvertreter den sowjetischen Machtbereich auszudehnen, und der zugleich aufgerüstet hat wie nie zuvor.
Aber Willy Brandt war nicht der erste und ist auch nicht der letzte westliche Politiker, der erklärt hat, die Sowjetunion habe sich nunmehr von Grund auf geändert, oder der den Westen aufgerufen hat, Moskau zu helfen:
Bereits vor einem halben Jahrhundert, in den Dreißiger Jahren, wurde der Erzbischof von Canterbury, *Hewlett Johnson,* von Josef Stalin zu einer Privataudienz empfangen und erklärte in Presseinterviews nach seiner Rückkehr nach England: »Stalin ist nicht ein orientalischer Despot. Seine neue Verfassung beweist es. Seine Bereitschaft, auf Macht zu verzichten, beweist es. Sein Wille, sein Volk durch neue und ungewohnte Wege zur Demokratie zu führen, beweist es.«[8]
Zur Begründung des Hitler-Stalin-Paktes und zur psychologischen Vorbereitung der deutschen Auslandsvertretungen auf dessen unmittelbar bevorstehende Unterzeichnung gab der Staatssekretär im Berliner Auswärtigen Amt, *Ernst von Weizsäcker,* am 22. August 1939 einen Drahterlaß an alle deutschen Auslandsvertretungen heraus, in dem es hieß: »An die Stelle der Idee der Weltrevolution ist die Verknüpfung der nationalen russischen Idee und der Gesichtspunkt der Konsolidierung des Sowjetstaates auf seiner jetzigen staatlichen, territorialen und sozialen Grundlage getreten.«[9]
Nur zwei Jahre später ließ der britische Premierminister *Sir Winston Churchill* sein nunmehriges Bündnis mit Stalin gegen Hitler mit ähnlichen Argumenten begründen. In der konservativen britischen

Zeitschrift »Round table« hieß es damals: »Die fundamentalen Wandlungen, die Stalin in der weiten Sowjetunion vornahm, besonders aber die Wiederentdeckung des russischen Nationalismus im Kriege, beweisen, daß das fanatische Dogma der früheren Kommunisten ihn nicht mehr berührt ...«[10]

1943 erklärte der amerikanische Präsident *Franklin D. Roosevelt:* »Ich habe das Gefühl, daß Stalin weiter nichts als Sicherheit für sein Land haben will, und ich glaube, wenn ich ihm alles gebe, was ich nur kann, und von ihm keine Gegenleistung erlange, so wird er sich nichts gewaltsam anzueignen versuchen und um Demokratie und Frieden in der Welt bemüht sein.«[11]

Als Stalin wenige Jahre nach dem Bündnis mit den Vereinigten Staaten die Komintern auflöste, erklärte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Senats, Senator *Tom Connally* (Texas): »Die Russen haben seit Jahren eine Umänderung ihrer Wirtschaft betrieben und nähern sich dem Moment, in dem sie den Kommunismus aufgeben. Und die ganze Welt wird dankbar sein für den glücklichen Erfolg ihrer Bemühungen.«[12]

1956 fühlte sich der amerikanische Außenminister *John Foster Dulles* durch den »Geist von Genf« zu den Worten bewegt: »Die sowjetischen Führer sind dabei, dreißig Jahre einer Politik der Gewalttaten und der Intoleranz zum alten Eisen zu werfen.«[13]

1959 erklärte *Averell Harriman,* langjähriger Botschafter in Moskau und Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium: »Ich glaube, Herr Chruschtschow ist äußerst bemüht, den sowjetischen Lebensstandard zu verbessern. Er sieht in seinem gegenwärtigen Siebenjahresplan den krönenden Erfolg der kommunistischen Revolution und einen historischen Wendepunkt im Leben des sowjetischen Volkes.«[14]

1964 erklärt der amerikanische Außenminister *Dean Rusk:* »Es scheint, als ob sie (die Kommunisten) begonnen hätten, einzusehen, daß zwischen der Forderung, der Weltkommunismus müsse mit Gewalt durchgesetzt werden, und den Bedürfnissen des sowjetischen Staates und seiner Bevölkerung ein unlösbarer Widerspruch besteht.«[15]

Derartige Äußerungen führender Politiker westlicher Länder aus den letzten fünfzig Jahren ließen sich noch nach Belieben erweitern. So unterschiedlich ihre Autoren auch sind, so haben sie doch eines

gemeinsam: Die Behauptung einer bestehenden oder erhofften Systemöffnung in der Sowjetunion sowie die Begründung einer erhofften oder bestehenden Zusammenarbeit mit dem sowjetischen System. Gemeinsam ist ihnen auch, daß sich bisher alle im Hinblick auf die Öffnung des sowjetischen Systems geirrt haben.

Gorbatschows Kampf um die Alleinherrschaft

Michail Gorbatschow ist ein Meister der Öffentlichkeitsarbeit und der Selbstdarstellung mit ausgeprägter Kontaktfähigkeit, hoher Intelligenz, mit Selbstvertrauen, Dynamik und von schneller Reaktion. Dies hebt ihn aus der Reihe all seiner Vorgänger heraus und unterscheidet ihn selbst von dem sprunghaften Chruschtschow und dem in der Taktik weniger flexiblen Andropow.
In dem für sowjetische Gepflogenheiten äußerst niedrigen Alter von 47 Jahren rückt Michail Gorbatschow im November 1978 in die oberste Führungsgruppe der Sowjetunion ein. Er verdankt dies dem Tod des ersten seiner politischen Protektoren, Fedor Kulakow, der ihn 1962 als erster Sekretär der Partei in seinem Geburtsort Stawropol zum Direktor der Landwirtschaftsadministration und später zum Verantwortlichen für die Organisation der Parteikader gemacht hatte. Zur Zeit des XXIV. Parteitages holte Breschnew Kulakow ins Politbüro. Gorbatschow wurde 1970 Nachfolger Kulakows als Erster Sekretär der Region Stawropol und ein Jahr später Mitglied des Zentralkomitees. Als Kulakow im Alter von 60 Jahren 1978 starb, übernahm Gorbatschow seinen Platz.
Stawropol ist nicht nur eine der wichtigsten landwirtschaftlichen Regionen der Sowjetunion, es ist auch Thermalbad, in dem eine Reihe der wichtigsten Führer der sowjetischen Nomenklatura ihren Urlaub verbringen, darunter der für die Ideologie zuständige Michail Suslow und der Chef des KGB und spätere Generalsekretär Juri Andropow. Beide hatten enge Bindungen an Stawropol: Suslow war dort Erster Sekretär von 1939 bis 1944, Andropow ist dort geboren.
Nach der Wahl Andropows zum Generalsekretär übertrug dieser im Rahmen des Sekretariats Gorbatschow die Verantwortung für die gesamte Wirtschaft – nicht nur die Landwirtschaft – und für die

Organisationsarbeit der Partei. Die intime Kenntnis sowohl der Wirtschaftssituation wie der Parteiorganisation brachte Gorbatschow zu der Überzeugung, daß zur Erhaltung der Sowjetmacht eine Umgestaltung notwendig war und daß ein Verharren in den überkommenen Strukturen für den Machterhalt der Sowjetunion größere Risiken in sich barg als der Versuch einer Umgestaltung, einer Perestrojka. Gorbatschow ist Protegé des härtesten Verfechters der orthodoxen Lehre, Suslow, und eines der rücksichtslosesten Chefs des KGB, Andropow – in dessen Amtszeit das Papstattentat fällt –, der ihn als seinen Nachfolger in der Rolle des Generalsekretärs favorisierte.

Nach dem kurzen Zwischenspiel Tschernenkos wird Gorbatschow zum Generalsekretär gewählt. Mit Nachdruck macht sich Gorbatschow an die Arbeit, die jeder seiner Vorgänger auch absolvieren mußte: Die Säuberung der Spitzenpositionen von unliebsamen und unsicheren Personen und ihre Besetzung durch Vertrauensleute. Bis zum Frühjahr 1988 hat Gorbatschow acht Mitglieder des Politbüros neu ernannt, 40 % des Zentralkomitees sind neu besetzt, von den elf anderen Parteisekretären sind neun neu ernannt; 59 von 105 Mitgliedern des sowjetischen Ministerrates sind neu; 12 von 14 Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates sind neu ernannt; 15 von 20 Chefs der Abteilungen des Zentralkomitees sind ersetzt worden, und 88 von 157 Ersten Sekretären der Regionen sind ausgewechselt worden.

Für Juni 1988 wurde in spektakulärer Weise erstmals seit 47 Jahren die Allunionskonferenz mit etwa 5000 Delegierten einberufen. Der einzige konkrete Beschluß dieser Konferenz war der Vorschlag zur Schaffung eines 2250köpfigen »Kongresses der Volksdeputierten« mit einem von dessen Mitgliedern geheim zu wählenden Staatspräsidenten an seiner Spitze. Aber selbst dieser einzige konkrete Beschluß des Allunionskongresses wurde nicht eingehalten, sondern von Gorbatschow ignoriert und über den Haufen geworfen. Als das neue sowjetische Superparlament, der Kongreß der Volksdeputierten, schließlich am 26. März 1989 gewählt wird, haben die Wähler von über 390 der je 750 territorialen und nationalterritorialen Wahlkreisen keine Möglichkeit, einem von mehreren Kandidaten den Vorzug zu geben, da dort jeweils nur ein Kandidat aufgestellt wurde. Auch wo mehrere Kandidaten aufgestellt sind, besteht keine

echte Wahlmöglichkeit, da andere Parteien außer der KPdSU nicht zugelassen sind.[16]

Nachdem bereits während Gorbatschows Reise nach Jugoslawien im Frühjahr 1988 sich Widerstand gegen ihn rührte und dies Ende September 1988 erneut deutlich wurde, griff Gorbatschow mit eiserner Hand durch, um die ganze Macht in Partei und Staat an sich zu reißen. Am Freitag, den 21. September 1988 erklärte Gorbatschow auf einer überraschend einberufenen Versammlung von Vertretern ideologischer Institutionen: »Wir haben erkannt, daß gewisse Fragen nur gelöst werden können, indem man sie in alter Weise angeht, wie früher auch. Was soll man tun? Das sind die Fakten des Lebens!«[17]

Am selben 21. September war Außenminister Schewardnadse auf dem Flug nach New York, um außenpolitische Termine zu absolvieren, die er dann zum großen Teil absagen mußte wegen seiner überstürzten Rückkehr nach Moskau. Am Montag, den 26. September veröffentlichte die Prawda einen Bericht, in dem es hieß, daß der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets Gromyko in dieser Eigenschaft in der zweiten Oktoberhälfte Nordkorea besuchen werde. Einen Tag später hatte Gromyko bereits diese Position verloren.

Am Dienstag, den 27. September fand eine vorher nicht angekündigte Sitzung des Politbüros statt, in der es zu einer offenen Auseinandersetzung kam. In einer nur vierzig Minuten dauernden Sitzung soll Gorbatschow in einer dramatischen Rede die katastrophale wirtschaftliche Lage in der Sowjetunion dargelegt, Vollmachten gefordert und für anderthalb Jahre erhalten haben. Ligatschow ist geschwächt. Handstreichartig hat Gorbatschow die Doppelfunktion der beiden höchsten Ämter in Partei und Staat in seiner Person vereint, aber die Fronten im Politbüro stehen nach wie vor.

Die Doppelfunktion Gorbatschows widerspricht in jeder Hinsicht der von ihm selbst geforderten Gewaltenteilung zwischen Staat und Partei mit der Begründung einer »besseren Kontrolle« der Macht der Monopolpartei. Das von Gorbatschow erreichte Machtmonopol ist das genaue Gegenteil dessen, was er selbst unter den Worten Gewaltenteilung und Demokratisierung gefordert hat. Allerdings ist er jetzt auch nur noch allein verantwortlich für die weitere Entwicklung in der Sowjetunion und wird hierfür zur Rechenschaft gezogen werden. Wenn Gorbatschow das Amt des Staatspräsidenten

noch mit den Befugnissen ausstattet, die er selbst vorgeschlagen hat, dann wird diese Machtkonzentration selbst diejenige Stalins überschreiten. Henry Kissinger urteilt:
»Trotz drei Jahren Glasnost und Perestrojka haben sich weder Geheimhaltung und handstreichartiges Vorgehen geändert noch die Brutalität, mit der die Verlierer von der Bühne geschoben wurden. Auch nach siebzig Jahren Machtausübung hat das sowjetische System noch immer keine Methode der rechtmäßigen Nachfolge auf oberster Ebene entwickelt.«[18]

Der Mann des KGB

Der Überraschungscoup im Politbüro vom 27. September 1988, der dazu führte, daß drei Tage später sowohl das gesamte Zentralkomitee wie auch der Oberste Sowjet ohne Debatte einstimmig die von Gorbatschow geforderten Personaländerungen annahm, wäre diesem nicht gelungen ohne die Hausmacht des KGB.
Von den drei Hauptsäulen der Macht in der Sowjetunion – Partei, Armee, KGB – verfügt der KGB über die am besten ausgebildeten Eliten, über die meisten Informationen und über den umfassendsten Machtapparat.
Ein hoher sowjetischer KGB-Offizier, der viele Jahre für die umfassende Auslandsdesinformationsarbeit sowohl in der KGB-Zentrale in Moskau wie auch in Auslandspositionen zuständig war, Stanislaw Levchenko, schreibt über Gorbatschow: »Ich höre, daß die Leute oft sagen, Herr Gorbatschow sei ein ›neuer Russe‹, sein neues Image bedeute eine neue Einstellung der sowjetischen Politik. Ohne Rücksicht auf die Reformen, die er in Industrie und Landwirtschaft verspricht, hat Herr Gorbatschow nicht die Absicht, die grundsätzlichen Ziele des Sozialismus, wie sie eindeutig von Marx, Engels, Lenin und Stalin definiert worden sind, zu ändern. In Übereinstimmung mit deren Theorie, die von allen sowjetischen Führern – einschließlich von Herrn Gorbatschow – in Vergangenheit und Gegenwart praktiziert worden sind, muß das sozialistische System über den Kapitalismus siegen – überall. Sozialistische Theorie und Praxis sind überaus flexibel, soweit es sich um Moral und Fairneß der internationalen Politik handelt. Jedes Mittel, Vorteile über die freie

Welt zu erreichen (einschließlich Subversion, Sabotage, Lügen, Verletzung bilateraler und internationaler Vereinbarungen), wird als moralisch betrachtet, wenn sie der Sache des Sozialismus in der Welt nutzen; einer solchen Praxis wird daher stets vom Politbüro zugestimmt.«[19]

Gorbatschow selbst war die Wahl seines Vorvorgängers, des langjährigen KGB-Chefs Juri Andropow. Mit Geschick und den notwendigen Informationen hat KGB-Chef Tschebrikow den entscheidenden Beitrag geleistet, um zwei Rivalen Gorbatschows zu neutralisieren – Viktor Grischin und Grigory Romanow –, um die Kandidatur Gorbatschows zum Generalsekretär zu sichern.

Seit der Machtübernahme Gorbatschows haben eine Reihe von Personalveränderungen innerhalb des KGB die Macht des Generalsekretärs zusätzlich abgesichert: So etwa die Ernennung von zwei Stellvertretenden Vorsitzenden, Sergej Antonow und Grigory Grigorenko; die Personalveränderungen in verschiedenen KGB-Direktoraten – etwa im fünften Hauptdirektorat (Inlandsnachrichtendienst); die Ernennung von fünf KGB-Chefs in der Ukraine, in Litauen sowie in den kirgisischen, tadschikischen und kasachischen Unionsrepubliken. Auch organisatorisch wird der KGB unter Gorbatschow gestärkt: während Andropow nur über fünf Stellvertreter in seiner Eigenschaft als Chef des KGB verfügte, hat der von Gorbatschow ernannte neue KGB-Chef Krjutschkow neun Stellvertreter. Außerdem werden die Zuständigkeiten des KGB erweitert. So erklärt der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Ryschkow auf der ersten Sitzung des neu gewählten Obersten Sowjet Ende Juni 1989, der KGB müsse in Zukunft auch die Bekämpfung des organisierten Verbrechens in der Sowjetunion übernehmen – ausgerechnet der KGB, der seit Lenin und Stalin für die *Durchführung* organisierter Verbrechen in der Sowjetunion zuständig war. Dies bedeutet eine erhebliche Stärkung der Macht und des Einflusses des KGB im sowjetischen Staats- und Parteigefüge.

Seit der Machtübernahme durch Gorbatschow wird in den sowjetischen Medien systematisch das Ansehen des gefürchteten KGB aufpoliert: In der Prawda, der Iswestija, der Moskowskije Nowosti und selbst in Ogonjok werden regelmäßig Artikel über die hervorragenden Leistungen der »Tschekisten« veröffentlicht.

Darüber hinaus gibt es Bestrebungen, den wichtigen Verteidigungsrat in einen Sicherheitsrat umzuwandeln, der den KGB umfassen und dem Staatspräsidenten direkt unterstellt werden soll. Dies würde nicht nur eine Verstärkung der Macht des KGB als zusätzliche Kontrolle über die Armee bedeuten, sondern insbesondere eine weitere Stärkung Gorbatschows.
Außer einigen unteren Chargen ist der KGB die einzige sowjetische Institution, die im Rahmen der Glasnost-Kampagne unangetastet geblieben ist. Von allen Generalsekretären der KPdSU, außer Lenin und Gorbatschow, ist der langjährige KGB-Chef Andropow der einzige, der von der Presse nicht kritisiert wird. Keine andere Institution in der Sowjetunion konnte wie der KGB dem Generalsekretär die notwendigen Informationen liefern über die verheerende wirtschaftliche Lage der Sowjetunion und die Gefahren von deren Verschlechterung, insbesondere aber über das Verhältnis der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung zur Entwicklung der freien Welt und die damit verbundenen Gefahren des Verlustes der Grundlagen der sowjetischen Weltmachtposition. Keine andere Institution in der Sowjetunion außer dem KGB, der sich als Schild und Schwert der Partei versteht, hat die Macht und die Möglichkeiten, das von Gorbatschow geplante Programm einer Umgestaltung durchzusetzen zu versuchen.
So ist denn auch die Ablösung des bisherigen KGB-Chefs Tschebrikow Anfang Oktober 1988 nicht eine Absetzung, sondern eine Beförderung gewesen. Als ZK-Sekretär und – wie bisher – Mitglied des Politbüros leitet er jetzt die Rechtskommission des Zentralkomitees und wird als langjähriger KGB-Chef die künftigen Gesetze vorbereiten und deren Durchführung überwachen: Dies ist eine weitere Stärkung des KGB. Tschebrikow ist auch für die Stärkung der Machtstrukturen des Staates zuständig. Seiner Kommission untersteht der gesamte sowjetische Sicherheitsapparat. Sie überwacht nicht nur das Innenministerium und den KGB, sondern auch die Armee und paramilitärische Verbände.
Nachfolger Tschebrikows als KGB-Chef wird dessen langjähriger Stellvertreter und Vertrauter, Generaloberst der Staatssicherheit Wladimir Krjutschkow, seit 1974 Leiter der ersten Hauptverwaltung des KGB (Auslandsspionage). Zur Zeit Stalins war der zwanzigjährige Krjutschkow nicht an der Front, sondern wurde 1944 Er-

ster Sekretär des Komsomol in dem unter der besonderen Obhut Stalins stehenden Stalingrad. 1954 holte ihn sich der damalige Sowjetbotschafter in Budapest, Juri Andropow – er organisierte zwei Jahre später die Niederschlagung des Ungarnaufstandes – als Botschaftssekretär nach Budapest. 1987 reiste der Generaloberst des KGB und seit dreizehn Jahren Leiter der gesamten sowjetischen Auslandsspionage mit Gorbatschow in die Vereinigten Staaten anläßlich dessen Besuchs bei Präsident Reagan. Aber der Name von Krjutschkow war in keiner der Listen der sowjetischen Delegation enthalten: Er reiste inkognito. Als Beruf war in seinem Paß schlicht verzeichnet: »Jurist«.

Der KGB hat in den letzten Jahren seit der Machtübernahme Gorbatschows seine gegen den Westen gerichteten Auslandsaktivitäten verstärkt. Neben den »aktiven Maßnahmen« und der Desinformation ist das Hauptziel vornehmlich die Beschaffung modernster westlicher Technologie, wofür bisher vornehmlich der Nachrichtendienst der Armee, GRU, zuständig war. Dies gilt für die Vereinigten Staaten und Kanada, für Ostasien und Westeuropa einschließlich der neutralen Staaten. Roland Hauenstein von der Berner Dienststelle der Schweizerischen Bundesanwaltschaft hat auch öffentlich hierüber berichtet[20], zwei von drei aufgedeckten sowjetischen Spionagefällen bezögen sich auf den illegalen Erwerb moderner Hochtechnologie. Ziel ist die Sicherstellung der wirtschaftlichen Grundlage für die expansive sowjetische Weltpolitik: Die erhöhte Spionagetätigkeit wird also nicht *trotz*, sondern *wegen* der Politik von Perestrojka durchgeführt.

Ein treuer Schüler Lenins

In der Herrschaftsstruktur folgt Gorbatschow dem Leninschen Modell. Der Gründer des sowjetischen Staates hat seine Macht von dem wichtigen Posten des Vorsitzenden des Volksrates der Kommissare abgeleitet und nicht vom Vorsitzenden des Parteiapparats. Seit seiner Wahl zum Präsidenten im Oktober 1988 hat sich Gorbatschow eine neue persönliche Machtgrundlage im Präsidium des Obersten Sowjet geschaffen. Seine Reorganisation des Parteiapparats zielt aber in keiner Weise darauf ab, die führende Rolle der

KPdSU zu vermindern oder gar in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Gorbatschows Plan ist ein taktischer Schachzug zur Stärkung seiner eigenen Position an der Spitze der sowjetischen Nomenklatura, indem er die gewaltige Macht des Parteisekretariats beschränkt.[21]
Gorbatschows Politik ist nicht neu. Sie ist in ihrem Kern zutiefst leninistisch. Leninistisch ist es, notfalls im Staube zu kriechen und einen Schritt rückwärts zu tun, um dann zwei Schritte voran machen zu können. Leninistisch ist es, den Gegner an seinem schwächsten Punkt anzugreifen, und das ist im Westen die öffentliche Meinung. Leninistisch ist es, eine Politik mit langem Atem und weitem Blick zu planen. Leninistisch ist es, das Endziel – die ganze Welt soll sozialistisch werden – nie aus dem Auge zu verlieren.
Gorbatschow hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß die Grundsätze Lenins für ihn entscheidende Richtschnur sind: Er hat dies nicht nur in vielen Reden innerhalb der Sowjetunion betont, sondern auch in Dutzenden von Gesprächen mit westlichen Politikern und in Interviews mit westlichen Zeitungen.
Man müsse eine Perestrojka, eine Umgestaltung der Presse vollziehen, um mehr Glasnost einzuführen, heißt es da:
»Wir müssen unsere Presse *umändern* ... in ein Instrument für die wirtschaftliche Umerziehung der Massen, in ein Instrument, das die Massen mit der Notwendigkeit eines neuen Arbeitsstils vertraut macht. Die Einführung von *Glasnost* in diesem Bereich wird ansich schon eine enormere Form sein und wird die Einbeziehung der breiten Massen in eigenverantwortliche Beteiligung an der Lösung ihrer eigenen Probleme erleichtern.«[22]
Diese Worte über die Perestrojka der Presse durch Glasnost stammen nicht etwa von Gorbatschow, sondern von Lenin. Sie sind im März 1918 von ihm formuliert worden. Die Worte bedeuteten auch keineswegs mehr Transparenz oder gar mehr Liberalität: In Wirklichkeit hat Lenin zur gleichen Zeit in mehreren Dekreten die Staatskontrolle über die Presse eingeführt und nichtbolschewistische Zeitungen verboten.
Nicht nur Glasnost und Perestrojka, auch Gorbatschows »Neues Denken« – angesichts der gemeinsamen Sorgen und der Bedrohung der Menschheit müßten alle Menschen zusammenstehen (mit der Folge, daß der Westen die Sowjetunion nicht mehr zu fürchten habe und ihr dementsprechend auch wirtschaftlich auf die Beine helfen

könne) – stützt sich auf Lenin. So erklärte *Gorbatschow* selbst in seiner Rede vom 18. Februar 1988:

»Das neue Denken stützt sich auf die Leninsche Theorie des Imperialismus, auf die von Lenin unternommene Erforschung der Natur des Imperialismus, die sich niemals zum Guten wandeln wird. In dieser Frage gab und gibt es bei uns keine Illusionen. Das zentrale Glied des neuen Denkens ist die neue Rolle der allgemeinen menschlichen Werte. Auf ihre Bedeutung haben sowohl Marx als auch Lenin hingewiesen ... unsere großen Lehrer haben die objektive Grundlage der allgemein menschlichen Werte aufgedeckt und sie dialektisch in sozial-klassenmäßige vereinigt. Jetzt wird alles dies zur Hauptlinie der praktischen Politik.«[23]

Gorbatschow will also den Klassenkampf im Weltmaßstab flexibler gestalten und bezieht sich hierbei auch auf Lenin:

»Die Form des Kampfes kann wechseln und wechselt beständig aus verschiedenen, verhältnismäßig untergeordneten und vorübergehenden Gründen, aber das Wesen des Kampfes, sein Klasseninhalt, kann sich durchaus nicht ändern, solange es Klassen gibt.«[24]

In diesem Sinne einer klassenbewußten, marxistisch-leninistischen Politik sagt Gorbatschow auch, daß das Ziel der Umgestaltung – der Perestrojka – nichts anderes als die Restauration des Leninismus ist. In seiner Jubiläumsrede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution führt er am 2. November 1987 aus:

»Ziel der Umgestaltung ist es, Lenins Auffassung vom Sozialismus in theoretischer wie praktischer Hinsicht vollständig wiederherzustellen.«[25]

In seinem Buch Perestrojka legt Gorbatschow unmißverständlich dar, daß es keineswegs eine Krise des Sozialismus als gesellschaftspolitisches System gebe, die den Stillstand herbeigeführt habe, sondern, daß umgekehrt die sozialistischen Prinzipien bisher nicht konsequent genug angewandt und durchgesetzt worden sind.[26]

Es gibt also keine Umgestaltung, keine Perestrojka der leninistischen Ideologie, sondern im Gegenteil eine leninistische Ideologie der Perestrojka. In der wichtigsten Resolution der 19. Unionsparteikonferenz heißt es unmißverständlich:

»Die kommunistische Partei hat ein weiteres Mal demonstriert, daß sie Trägerin der programmatischen Ziele der Gesellschaft ist und als Avantgarde, als Vorhut des Volkes auftritt ... Die Leninsche Kon-

zeption der Partei als der Avantgarde der Gesellschaft muß in ihrer ganzen Fülle und unter Berücksichtigung der heutigen Bedingungen erneuert werden. Als Avantgarde der Gesellschaft und auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Lehre kommen der Partei die folgenden Aufgaben zu:
Sie stellt sicher, daß die wichtigsten Fragen der Entwicklung des Landes theoretisch erörtert werden; sie befaßt sich damit, die Ideologie der Umgestaltung auszuarbeiten, und sie gibt – über diese Ideologie und über die organisatorische Arbeit in den Massen, durch deren Inspiration und Begeisterung – der Vorwärtsbewegung unserer gesamten Vielvölkergesellschaft die richtige, nämlich sozialistische Orientierung.«[27]
Schon Lenin sprach von Perestrojka. Er sprach aber insbesondere von der Notwendigkeit einer Peredyshka – einer Atempause. Durch das für den Westen so eingängige »Neue Denken« soll der Westen der Sowjetunion die notwendige Peredyshka gewähren, um die Perestrojka der Wirtschaft zur Festigung der Grundlagen der sowjetischen Weltmachtgeltung zu sichern.

II.

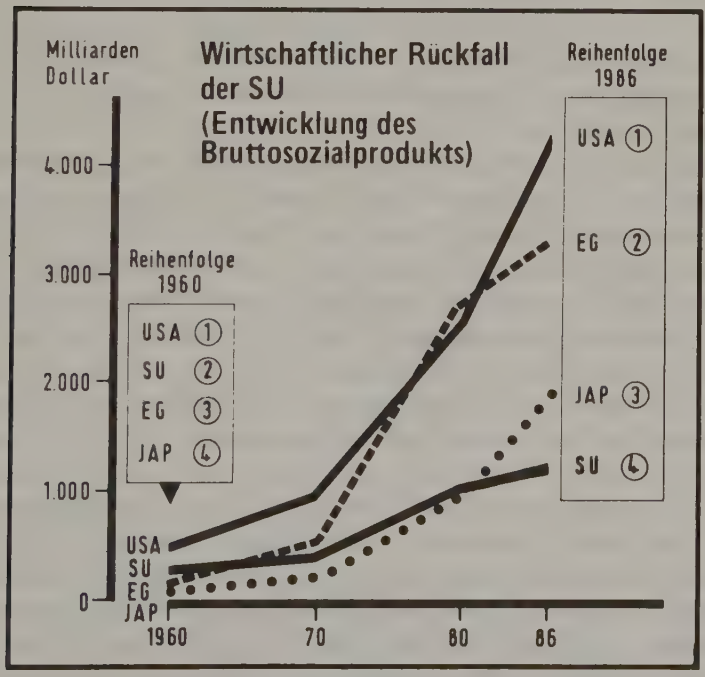
Warum Perestrojka?

Ohne eine Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes lassen sich unsere Positionen in der internationalen Arena nicht aufrechterhalten. Der Schlüssel für den Erfolg in den außenpolitischen Angelegenheiten liegt in der Verläßlichkeit und Festigkeit der Etappe, in der Gesundheit der sowjetischen Gesellschaft und unserer Wirtschaft.

Michail Gorbatschow[28]

Der Niedergang der sowjetischen Wirtschaft

»Wir haben das absurdeste aller ökonomischen Systeme geschaffen – eine Staatsmonopolwirtschaft«, erklärt Wladimir Tichonow, einer der führenden sowjetischen Wirtschaftsexperten und Professor an der sowjetischen Landwirtschaftsakademie.[29] Dieses absurdeste aller Systeme soll nun ohne grundsätzliche Systemänderung leistungsfähig gemacht werden. Sinn der Perestrojka ist es, die sowjetische Wirtschaft effizienter zu machen, um dadurch die Machterhaltung des Sowjetsystems zu ermöglichen. Perestrojka ist nicht eine aus dem Volk kommende Bewegung, sondern eine von oben verordnete »Revolution«.
Die Daten der wirtschaftlichen Entwicklung sind für die Sowjetunion niederschmetternd: Noch 1960 produzierte die Sowjetunion fünfmal soviel wie Japan. 1986 produzierten 120 Millionen Japaner



IAP-Dienst, Bielefeld, Nr. 4, 23.2.88, S. 4

nahezu anderthalbmal soviel wie 280 Millionen Sowjetmenschen. Alle Varianten des Sozialismus – von der Sowjetunion bis Kuba und von Jugoslawien bis Moçambique oder Vietnam – haben versagt. Botho Kirsch schreibt über das Fiasko der Planwirtschaft: »Südkoreas Wachstumsrate ist 14mal so hoch wie die Nordkoreas. Taiwan erzielt ein Bruttosozialprodukt je Einwohner, das neunmal größer ist als das der Volksrepublik China. In Kenia gibt es viermal mehr Autos auf 1000 Einwohner als im benachbarten Tansania. In der Bundesrepublik Deutschland verfügen neun von zehn Haushalten über ein Telefon, in der DDR nur einer auf acht. Im sozialistisch regierten Ghana stagniert das Pro-Kopf-Einkommen seit zwei Jahrzehnten, die marktwirtschaftlich organisierte Elfenbeinküste hat es trotz eines rasanten Bevölkerungsanstiegs im gleichen Zeitraum verdoppelt und ist eines der wenigen afrikanischen Länder, das seine Bevölkerung selbst ernähren kann.«[30]

Gegenüber 1986 hat sich 1987 das Wirtschaftswachstum in der Sowjetunion verlangsamt: das des verwendeten Nationaleinkommens fiel von 4,1 auf 2,3 %, das der Industrieproduktion von 4,9 auf 3,8 % und das der Produktivität von 3,8 auf 2,4 %. Im Durchschnitt beider Jahre liegen alle Wachstumsraten unter den Vorgaben des XII. Fünf-Jahres-Plans.[31]

Außer auf dem Gebiet der Rüstung ist die gesamte sowjetische Wirtschaft in einem katastrophalen Zustand. Der Sowjetbürger arbeitet sowenig wie möglich und schlecht, da er in einer Arbeit für das korrupte System keinerlei Sinn sehen kann. Die Wirtschaft wird von einem gigantischen Heer schmarotzender »Planer« verwaltet: 15,3 Millionen Beamte – das ist jeder siebte Werktätige der Sowjetunion – »verwalten« die Wirtschaft.[32]

Ein Kolchosenchef, Starodubzew, bringt alle Probleme auf die prägnante Formel: »Das Volk hörte auf zu glauben, das Volk hörte auf zu arbeiten.«[33]

In den Jahren zwischen 1965 und 1980 ist der Alkoholverbrauch 37mal schneller gestiegen als der Bevölkerungszuwachs. Die Lebenserwartung der Männer in der Sowjetunion liegt an 51. Stelle der Weltrangliste – an gleicher Stelle liegt auch die Säuglingssterblichkeit, hinter Barbados und Mexiko.[34] Die Sowjetunion ist das einzige Land der Welt, in dem aufgrund unzulänglicher Ernährung und schlechter hygienischer Verhältnisse die Durchschnitts-

größe der Menschen abnimmt und die Lebenserwartung zurückgeht.[35]
Die festgefahrene Planwirtschaft ist durchsetzt von einer Schattenwirtschaft. Es gibt den schwarzen Markt (illegaler Verkauf von Mangelwaren), den grauen Markt (Tauschhandel: Ware gegen Ware oder Dienstleistung) und den rosaroten Markt (Versorgung der privilegierten Nomenklatura mit Waren des gehobenen Bedarfs).
Die sowjetische Soziologin G. Belikowa schreibt: »Der Schwarzmarkt der Dienstleistungen umfaßt praktisch den ganzen Dienstleistungsbereich.«[36] Etwa 120 Millionen Menschen leben in der Sowjetunion weitgehend von der Schattenwirtschaft. Privilegiert sind auch etwa 50 % der Bevölkerung, die mit Staatswohnungen versorgt werden. Daneben sind ebenfalls privilegiert die Stadtbewohner, die in staatlichen Geschäften einkaufen können, denn nur diese profitieren von Preissubventionen der Grundnahrungsmittel.
Verheerend sind auch die sozialen Verhältnisse: Es gibt in der Sowjetunion keine Sozialhilfe und kein Mindesteinkommen pro Kopf der Bevölkerung. Es gibt keine staatliche ambulante Krankenbehandlung. Kinderarbeit ist gang und gäbe. In den Altersheimen herrschen schlimme Zustände. Die Ernährungssituation war in über 70 Jahren Kommunismus nie so schlecht wie heute. Etwa 5 % der Bevölkerung leben ohne jegliche soziale Sicherheit. 20 % der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze, insbesondere Familien mit Kindern. In der Pro-Kopf-Versorgung der Bevölkerung nimmt die Sowjetunion einen Platz zwischen 50 und 60 der Weltrangliste ein.
Daneben ist die Planwirtschaft nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch eine Sackgasse. Die Rohstofförderung verteuert sich von Jahr zu Jahr; dies ist deswegen von besonderer Bedeutung, da über 70 % des Außenhandels mit der freien Welt in Rohstoffexporten bestehen. Die ökologischen Probleme entstehen dadurch, daß etwa bei der Eisenerzförderung im Gebiet von Kursk für jeden Kubikmeter geförderten Erzes über das Dreifache an Schwarzerde zerstört wird, die nicht rekultiviert wird. Dasselbe gilt für die Goldförderung im Norden und die Erdölförderung in Westsibirien. Dort werden Gebiete von einem Umfang zerstört, die größer sind als die Fläche der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Benelux-Staaten. Durch Umweltschäden ist die Kindersterblichkeit in den Rohstofffördergebieten bis zu zehnmal so hoch wie in den ande-

ren Gebieten der Sowjetunion. Insofern ist Tschernobyl nur *ein* spektakuläres Beispiel für sozialistische Mißwirtschaft.
Überdies sind die Ausbeuten bei der Rohstofförderung durch veraltete Verfahrenstechniken gering. Darüber hinaus zwingt die Planwirtschaft zu mehr Umweltzerstörung: Wenn nämlich ein Produkt mit *viel* Energie und *viel* Rohstoffverschwendung hergestellt wird, ist der Plan schneller und besser erfüllt als bei sparsamer Produktionsweise. Die Betriebe und die Arbeiter bekommen daher einen Bonus für Umweltzerstörung.
Entsprechend schlecht ist die Lage in der sowjetischen Landwirtschaft. Nach amtlichen amerikanischen Schätzungen wird die Ernte 1988 205 Millionen Tonnen betragen, das sind 30 Millionen Tonnen unter Plansoll.[37] Nach sowjetischen Quellen hat die landwirtschaftliche Produktion in den letzten 20 Jahren nicht zugenommen, obwohl sich die staatlichen Subventionen für die Landwirtschaft in derselben Zeit um 1500 % erhöht haben und heute 60 Milliarden Rubel betragen.[38] Auch dies ist ein Ergebnis der Planwirtschaft. *W. A. Tichonow,* Mitglied der Akademie der landwirtschaftlichen Wissenschaften, erklärt hierzu: »Vor der Kollektivierung hat unser Land jährlich 2,4 Millionen Tonnen Getreide exportiert.«[39]

Die vier Monopole der Macht

Die totalitäre Herrschaft in der Sowjetunion besteht im wesentlichen in der Wahrung von vier Monopolen der Macht, die einander gegenseitig bedingen: dem Monopol der politischen Macht; dem Monopol der ideologischen Macht; dem Monopol der wirtschaftlichen Macht und dem Monopol der militärischen Macht.
Wird eines dieser Machtmonopole in Frage gestellt, so bedeute dies auch die Infragestellung der anderen Machtmonopole. Dies bedeutet, daß die politische Führung der Sowjetunion – auch wirtschaftlich! – nur *innerhalb* des sozialistischen Systems Reformen oder Veränderungen bzw. Umstrukturierungen, also Perestrojka, durchführen kann, wenn sie sich nicht selbst in Frage stellen will.
Auf wirtschaftlichem Gebiet ist das Lenkungsschema der Sowjetunion mit einer Pyramide vergleichbar, an deren Spitze das Zentralkomitee steht, darunter die zentrale Planungsbehörde Gosplan,

darunter auf der dritten Ebene die Ministerien und als Basis der Pyramide die einzelnen Betriebe. Dieses hierarchische Lenkungsschema mag zwar politisch ergiebig sein, wirtschaftlich kann es aber nicht sein. Das Problem besteht darin, daß die wirtschaftliche Ineffektivität die politische Effektivität bedroht. Will man versuchen, wirtschaftliche Effektivität herzustellen, so müssen die vertikalen Bindungen innerhalb der Pyramide zugunsten horizontaler Bedingungen geschwächt werden. Dann besteht jedoch die Gefahr des Einsturzes der Pyramide. Das heißt: Um wirtschaftliche Reformen effizient zu machen, sind politische Reformen notwendig. Überspitzt gesagt, besteht das Dilemma, vor dem Gorbatschow steht, darin: Entweder muß Gorbatschow bereit sein, notfalls auch Oppositionsführer zu werden in einem pluralistischen System, und seine wirtschaftlichen Reformen können erfolgreich sein, oder Gorbatschow erhält die politische Pyramide und damit die Macht des Systems, dafür sind aber die wirtschaftlichen Reformen zum Scheitern verurteilt.

Wenn die politische Führung sich nicht selbst aufgeben will – wovon auszugehen ist – kann sie zwar versuchen, an Symptomen zu kurieren, muß aber die vertikalen Bindungen und die Planung beibehalten.

Gorbatschow macht mit allem Nachdruck deutlich, daß die Planwirtschaft erhalten werden soll und Umstrukturierungen nur innerhalb des sozialistischen Systems geplant sind: »Der Hauptgedanke unserer Strategie ist, die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit der Planwirtschaft zu verbinden und das gesamte Potential des Sozialismus zu mobilisieren.«[40] Noch deutlicher wird die Absicht Gorbatschows, den Westen auch durch die Perestrojka einzubinden und die Sowjetunion als ein Land wie jedes andere darzustellen, in seiner Äußerung: »Unsere Umgestaltung mit all ihren internationalen Auswirkungen beseitigt die Angst vor der ›sowjetischen Bedrohung‹, und der Militarismus verliert seine politische Berechtigung.«[41]

Der Beschluß des Plenums des Zentralkomitees der KPdSU über den Umgestaltungsprozeß und die Kaderpolitik der Partei wird noch deutlicher und unterstreicht darüber hinaus, daß die Perestrojka nicht etwa eine Introvertierung der sowjetischen Politik und eine Hinwendung auf Wirtschafts- und Innenpolitik bedeutet, sondern

ganz im Gegenteil das Ziel hat, die Grundlage für den Ausbau der Weltmachtstellung der Sowjetunion zu verbessern: »Die gegenwärtige komplizierte internationale Situation und das Bestreben militanter imperialistischer Kreise der USA, die militärstrategische Parität zu zerstören und nukleare Überlegenheit zu erlangen, erfordern den schnellsten Ausbau des Wirtschaftspotentials, die allseitige Stärkung der defensiven Potenzen unseres Landes, die Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit des Landes auf dem erforderlichen Niveau, einen hohen Ausbildungsstand, eine hohe Gefechtsbereitschaft und ständige Wachsamkeit.«[42]

Wie sehr die Perestrojka als Funktion der Außenpolitik, der Verteidigungsfähigkeit und der Sicherung der Weltmachtstellung und der nach wie vor in Artikel 28 der neuen sowjetischen Verfassung als Endziel geforderten Weltrevolution – also der Weltherrschaft der Sowjetunion – gesehen wird, wird auch daraus deutlich, daß die politische Führung intern dem Militär vorwirft, mit der konventionellen Hochrüstung seit Jahren »in die falschen Gefahren investiert« und dadurch die »wirkliche Gefahr« des Zusammenbruchs der sowjetischen Wirtschaft erhöht zu haben. Die Perestrojka ist also Voraussetzung für die Ermöglichung der sowjetischen Weltherrschaft.[43]

Auch in seinem Buch über Perestrojka macht Gorbatschow deutlich, daß er den Sozialismus nicht etwa in Frage stellen oder gar aufheben, sondern ihn im Gegenteil festigen will: »Natürlich haben wir nicht die Absicht, die Sowjetmacht zu ändern; von ihren prinzipiellen Grundlagen werden wir nicht abgehen. Aber Änderungen sind notwendig, zudem solche, die den Sozialismus festigen, ihn politisch reicher und dynamischer machen.«[44]

Auch Tschebrikow macht deutlich, daß die Perestrojka vor jeglicher Abweichung von der Parteilinie bewahrt werden wird: »Es muß absolute Klarheit darüber herrschen, daß die Umstrukturierung unter der Führung der kommunistischen Partei stattfindet, im Rahmen des Sozialismus und im Interesse des Sozialismus. Und dieser revolutionäre Prozeß wird zuverlässig geschützt werden gegen jegliche subversive Intrigen!«[45]

Diese Äußerungen, denen noch viele ähnliche hinzugefügt werden könnten, machen deutlich, daß es der sowjetischen Führung nicht darum geht, das System zu öffnen, sondern darum, das bestehende

sozialistische System schlagkräftiger zu machen. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang auch das folgende Zitat: »Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in zehn Jahren durchlaufen. Entweder wir bringen das zustande, oder wir werden zermalmt.« Auch diese Erklärung könnte von Gorbatschow stammen, sie stammt jedoch von keinem anderen als Josef Stalin[46] vom Beginn der dreißiger Jahre. Es ist fast gleichbedeutend mit dem, was Gorbatschow etwa im April 1985 sagte: »Die wichtigste Frage besteht zur Zeit in folgendem: Wie und wodurch kann das Land eine Beschleunigung der Wirtschaftsentwicklung erreichen? ... Das historische Schicksal des Landes und die Position des Sozialismus in der modernen Welt hängen in vielem davon ab ...«[47] Tatsächlich ist Gorbatschows Perestrojka nicht der erste Versuch, die marode sowjetische Planwirtschaft leistungsfähig zu machen. Nachdem nach

Werner Keller:
Ost minus West = Null
– Der Aufbau Rußlands durch den Westen –, S. 253

drei Jahren bolschewistischer Herrschaft die russische Wirtschaft völlig zerrüttet war, macht Lenin eine Wendung um 180 Grad und verkündet 1921 die »Neue ökonomische Politik« (NEP). Lenins NEP ging viel weiter als Gorbatschows Perestrojka-Ansätze. Eine private Wirtschaft wurde als Parallelwirtschaft wieder eingeführt. Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde eingestellt. Bei Mehrproduktion galten freie Preise. Das Geld bekam seine Tauschfunktion zurück.

Bereits am 23. November 1920 erschienen die »Bestimmungen über die wirtschaftlichen und rechtlichen Bedingungen der Konzessionen«; diese betonten »die Notwendigkeit der Heranziehung von technischen Arbeitskräften und materiellen Mitteln industriell entwickelter Länder als ein akutes und praktisches Problem, und zwar sowohl im Sinne einer Wiederherstellung der Bedeutung Rußlands als einer der Hauptrohstoffbasen der Weltwirtschaft, als auch im Interesse der Entwicklung der eigenen, durch den Weltkrieg geschwächten produktiven Kräfte«.[48]

Lenin erklärte: »Ich bin überzeugt, daß die Sowjetmacht den Kapitalismus einholen und überholen wird.«[49] 1929 laufen 70 Konzessionsverträge, 30 davon mit deutschen Firmen von Weltruf. Von 1921 bis 1925 pumpt allein der amerikanische Handel Maschinen und Geräte im Wert von 37 Millionen Dollar in die Sowjetunion. US-Firmen organisieren Goldschürfungen am Amur, die Standard-Oil-Company erhält eine Konzession für Ölbohrungen. Hohe Handelskredite werden von den Vereinigten Staaten der Sowjetunion eingeräumt. Die General-Electric ermöglicht Moskau den Ankauf von elektrischen Geräten im Werte von über 20 Millionen Dollar. Über 18 Millionen Rubel investiert die britische Lena-Goldfields-Ltd., die eine hochmoderne Goldgewinnungsindustrie in der Taiga bei Witimsk einrichtet. Nördlich vom Kaukasus errichtet Krupp einen Muster-Landwirtschaftsbetrieb mit den modernsten Landmaschinen. In Vili bei Moskau errichtet Junkers ein Flugzeugwerk mit 1350 Mann Belegschaft, das hauptsächlich Militärflugzeuge baut.

Wenige Jahre nach der Errichtung ist der Traum vorbei: Lena-Goldfields-Ltd. wird wegen »Sabotage« des Landes verwiesen; der Kruppsche Musterbetrieb wird gewaltsam kollektiviert; seit 1925 zieht die Sowjetunion eine ausländische Konzession nach der ande-

ren zurück – entgegen allen vorherigen vertraglichen Zusagen. Auch Junkers verliert seine Konzession, die der deutschen Firma auf dreißig Jahre zugesichert worden war.[50]

Beginnend mit dem Jahr 1928 hat Stalin mit seiner »Revolution von oben« nach Lenins NEP eine erneute »Umgestaltung« der sowjetischen Politik vollzogen, die mit Verstärkung des »Klassenkampfes«[51], Vortreiben des Aufbaus der Rüstungs- und Schwerindustrie auf planwirtschaftlicher Grundlage und brutaler Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in die Massenmorde der großen »Säuberungen« der dreißiger Jahre einmündete.[52]

Auch Stalin versucht den Westen mit westlicher Hilfe zu überholen. Auf 1928 wird das Inkrafttreten des ersten Fünf-Jahres-Planes festgesetzt. Am 1. Mai 1930 unterzeichnet die Sowjetunion mit Henry Ford einen Vertrag über Patentlizenzen, technische Hilfe und Beratung sowie die Lieferung von Autoteilen in Höhe von 30 Millionen Dollar. Die McKee-Kompanie baut die Industriegigantenstadt Magnitogorsk auf. Dort wird die größte Hochofenanlage der Welt in Angriff genommen. John K. K. Calder aus Detroit baut in Tscheljabinsk die größte Traktorenfabrik der Welt. In Gorki wird nach amerikanischen Plänen eine Fabrik errichtet, die 1932 140 000 Autos pro Jahr erzeugen soll. Oberst Hugh Cooper, der Erbauer des mächtigen Wilson-Damms in Tennessee, erbaut in Dnjeprostroj das größte Kraftwerk der Welt. Daneben entstehen mit amerikanischer Hilfe die Stahlzentren von Nischnijkagil im Ural, von Kusnezkstroj und Stalinsk, die mächtigen Ölraffinerien in Batum sowie der Aufbau der Ural-Asbest-Werke. Die Sowjets bezahlen diese Leistungen mit Getreide, das dem hungernden und verhungernden Volk vorenthalten wird. Auch Stalin gelingt es nicht, den Westen auch nur einzuholen.[53]

1961 verkündet *Chruschtschow* auf dem XXII. Parteitag der KPdSU das 3. Programm der KPdSU. Unter der Überschrift »Der Kommunismus ist die lichte Zukunft der ganzen Menschheit« verkündet das sowjetische Programm, »bis 1970 wird erreicht sein: USA werden in der Pro-Kopf-Produktion übertroffen ... materieller Wohlstand aller Sowjetbürger gewährleistet ... Bedarf an komfortablen Wohnungen gedeckt ... Abschaffung der schweren körperlichen Arbeit ... UdSSR wird Land mit dem kürzesten Arbeitstag ... teilweise 5-Stunden-Tag und 30-Stunden-Woche ... Verdoppelung des Realeinkommens der Arbeiter und Angestellten ... Ab-

schaffung der niedrigen Lohn- und Gehaltsgruppen ... Verdoppelung der Realeinkommen der Kolchos-Bauern ... Verdreifachung der Fleischproduktion.«[54]
Chruschtschows Bemühungen, eine Dezentralisierung des wirtschaftlichen Entscheidungsmechanismus sowie der Administrationsstruktur, wurden von Malenkow, Molotow und der Mehrheit des Präsidiums bekämpft. Jewgenij Libermann entwarf 1962 seinen Charkower Plan, der geplante Produktion mit Plangewinnprämie vorsah. Hierdurch wurde den Betrieben jedoch lediglich die Illusion einer gewissen Entscheidungsfreiheit gegeben.
Chruschtschow bemühte sich auch um eine Umgestaltung der Landwirtschaftsverwaltung, des Rechts- und Erziehungswesens und sprach – ebenso wie später Gorbatschow – von »innerparteilicher Demokratie«. Während seiner sogenannten Tauwetterperiode ließ Chruschtschow die Mumie Stalins demonstrativ aus dem Kreml-Mausoleum entfernen.[55] Um den Westen zu überholen, soll das Prinzip des höheren Lohnes für die größere Leistung als Anreiz zur persönlichen Initiative eingesetzt werden. Chruschtschow scheitert wirtschaftlich ebenso wie vor ihm Lenin und Stalin. Bereits Chruschtschow hat im übrigen – wie später Gorbatschow und genau im gleichen Sinne – den Begriff Perestrojka benutzt: Am 10. Mai 1957 faßten das Zentralkomitee der KPdSU und der Ministerrat einen Beschluß über Perestrojka, in dessen Artikel 9 es heißt: »Um die Rückständigkeit der UdSSR zu beheben, wird eine Perestrojka der Wirtschaft ... eingeleitet«[56] – sie war schon damals innerhalb eines totalitären und dirigistischen Systems zum Scheitern verurteilt.
Einer der besten Kenner der sozialistischen Planwirtschaft, Prof. Dr. Hermann von Berg, Historiker und Wirtschaftswissenschaftler, bis 1985 ordentlicher Professor an der Ostberliner Humboldt-Universität, zuvor Ministerialdirektor für internationale Verbindungen beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR sowie im Ministerium für Außenwirtschaft, kommt zu dem Schluß, daß Gorbatschow »den Kern der Reformen, die Wirtschaftsreform, geistig nicht durchdrungen hat. Diese Reform zeigt seit drei Jahren, daß sie scheitert, sie ist konzeptionell nichts anderes als Stalins wirtschaftliche Rechnungsführung, 1932 beschlossen und gescheitert, 1950 wieder beschlossen und wieder gescheitert, unter Chruschtschow belebt und wieder gescheitert ...«[57]

Zusammenbruch der Perestrojka?

Außer der systembedingten Unmöglichkeit, im Rahmen des Sozialismus Planung durch Markt zu ersetzen, gibt es in der Sowjetunion eine Reihe weiterer Punkte, die selbst bei einer völligen Aufgabe des sozialistischen Systems und dem Versuch der Einführung einer Marktwirtschaft zumindestens für eine lange Übergangszeit erhebliche Schwierigkeiten verursachen würden:

- es gibt keine Tradition der *Privatinitiative;*
- es gibt keine Tradition eines *freien Marktes,* der die Investitionen lenkt;
- es besteht das Hindernis der aufgeblähten *Bürokratie,* insbesondere der lokalen Nomenklatura;
- *Korruption und Schwarzmarkt* blockieren jegliche offizielle Wirtschaft;
- nicht nur die Produktion von Wirtschaftsgütern bietet erhebliche Schwierigkeiten, mehr noch sogar die *Verteilung* und der *Dienstleistungssektor;*
- die erheblichen *Anforderungen des Militärs* blockieren einen großen Sektor der gesamten wirtschaftlichen Produktion;
- zusätzliche Schwierigkeiten bringt die nach *Tschernobyl* neu erwachte Opposition gegen Kernkraftwerke mit sich;
- weitere Schwierigkeiten schafft der desolate Zustand der gesamten *Landwirtschaft.*

Von westlichen Beobachtern weitgehend unbemerkt hat bereits im Herbst 1987 eine Perestrojka der Perestrojka oder doch zumindest deren ursprünglicher Intentionen stattgefunden. Während der langen Abwesenheit Gorbatschows im August 1987 hat eine gewisse Rezentralisierung unter die Planungsbehörde Gosplan stattgefunden. Das heißt: die Planung bleibt im wesentlichen bestehen, ja sie wird sogar optimiert, nur die Verantwortlichkeit wird weitgehend dezentralisiert. Auf einer entscheidenden Sitzung des Zentralkomitees am 21. Oktober 1987 wurde einer der engsten Vertrauten Gorbatschows, der Moskauer Parteivorsitzende Jelzin, abgelöst. Im Februar 1988 folgte – von der Öffentlichkeit weniger beachtet – die Ablösung Talysins als Chef der Planungsbehörde Gosplan. Sein Nachfolger wurde Masljukov, dem man – gemäß seiner Herkunft aus dem »militärisch-industriellen Komplex« – offenbar größere

Planungseffizienz zutraute. Zum Teil wurden neue Superministerien oder Staatskomitees geschaffen, die die Gefahr mit sich bringen, die Bürokratie noch zu verstärken. So wurde auf dem Gebiet der Landwirtschaftsindustrie die Behörde Gosagroprom geschaffen. Daneben gibt es eine neue Behörde für den Brennstoff- und Energiekomplex wie auch für den Maschinenbau.
Neue Schwierigkeiten hat auch die Einführung des staatlichen Qualitäts-Kontrollsystems, Gospriemka, mit sich gebracht. Nachdem zunächst auf verschiedenen Gebieten Qualitätskontrollen nach dem Vorbild des militärischen Wirtschaftskomplexes durchgeführt worden sind, mußten die Anforderungen wieder gelockert oder die Qualitätskontrollen abgeschafft werden, da der hohe Anteil des Ausschusses, der den Qualitätsanforderungen nicht entsprach, die Planerfüllung gefährdete.
Das im Mai 1987 in Kraft gesetzte Gesetz über private Arbeitstätigkeit hat im wesentlichen lediglich Teile des seit langem bestehenden schwarzen oder grauen Marktes legalisiert und versucht damit, Teile der bestehenden Schattenwirtschaft unter staatliche Kontrolle zu bringen. Da hierfür jedoch Steuern gezahlt werden müssen, besteht die Gefahr, daß durch das Gesetz private Tätigkeit nicht verstärkt, sondern im Gegenteil sogar eingeschränkt wird. Auf Grund der noch nicht in Angriff genommenen und äußerst problematischen und diffizilen Preisreform, die wegen der zu erwartenden Preiserhöhungen erhebliche negative Wirkungen auf die Akzeptanzbereitschaft und die Stimmung der Bevölkerung haben dürfte, ist überdies Geld – für das man sich bisher relativ wenig kaufen kann – nur ein geringer Anreiz für Kleinunternehmer.
Schwierigkeiten dürften auch die in Aussicht gestellten Pachtmöglichkeiten für landwirtschaftlichen Boden mit sich bringen. Aus ideologischen Gründen darf Boden den einzelnen nur in Pacht, nicht aber als Eigentum überlassen werden. Hier gilt jedoch die alte Erfahrung: »Gib einem Eigentümer ein Stück Wüste, und er wird es in ein Stück Paradies verwandeln; gib einem Pächter ein Stück Paradies, und er wird es in eine Wüste verwandeln.« Auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft ist daher eine systeminterne Reform nur wenig aussichtsreich.
In acht von den fünfzehn Sowjetrepubliken sind Nahrungsmittel rationiert. Jeder siebte landwirtschaftliche Betrieb arbeitet mit Ver-

lust. Kühe und Schweine warten am Beginn der Nahrungsmittelkette tagelang vor den Schlachthöfen, weil die Kapazitäten der Kühlräume nicht ausreichen; am anderen Ende warten die Verbraucher stundenlang in Schlangen vor den Läden, weil es nicht genug Fleisch gibt. Vor der Oktoberrevolution von 1917 war Rußland ein wichtiger Getreideexporteur; heute zählt die Sowjetunion zu den größten Importeuren von Korn.[58]

Am 15. und 16. März 1989 faßt das Agrarplenum der KPdSU Beschlüsse, die jedoch in keiner Weise eine radikale Abkehr von dem unter Stalin auf breiter Basis und zwangsweise eingeführten Kollektivsystem bedeuten.[59]

Der im Politbüro für Agrarfragen zuständige Jegor Ligatschow hebt hervor, das kollektive Landwirtschaftssystem werde auch weiterhin die Hauptlast der Agrarproduktion tragen. In den Grundzügen werde sich also die sowjetische Agrarpolitik nicht ändern.

Die Entscheidung über Pachtverhältnisse verbleibt im wesentlichen in den Händen der Kolchosen und Sowchosen und damit in der Hand der Partei und der Staatsbehörden. Weitere Entscheidungsfreiheit für landwirtschaftliche Betriebe zur Verfügung über ihre Produkte soll erst nach einer mehrjährigen »Übergangsperiode« herbeigeführt werden. Trotz einer bereits ergangenen Verordnung des Präsidiums des Obersten Sowjets über Pacht und Pachtverhältnisse in der Sowjetunion vom 7. April 1989 soll erst zu späterer Zeit – voraussichtlich Ende 1989 – ein neues Pachtgesetz erlassen werden. Darüber hinaus unterscheiden sich zumeist die Pachtbedingungen kaum von den traditionellen Bestimmungen über Vertragsbrigaden, die kaum freie Entscheidungen etwa über die landwirtschaftliche Produktion zulassen.[60]

Das heißt, daß die Last der Landwirtschaft auch weiterhin auf dem sowjetischen Haushalt lasten wird. In den gesamten achtziger Jahren haben die Einkünfte aus dem Verkauf sowjetischer landwirtschaftlicher Produkte weniger als ein Drittel der Produktionskosten gedeckt.[61] Das bedeutet, daß die jährlichen staatlichen Zuschüsse zur Nahrungsmittelproduktion 103 Milliarden Rubel betragen.[62]

So lag auch das Ernteergebnis von 1988 – dem dritten Jahr der Herrschaft Gorbatschow – vierzig Millionen Tonnen hinter dem Planziel. Es ist mit 195 Millionen Tonnen das schlechteste Ergebnis seit drei Jahren.

Gorbatschow hat lediglich von gewissen »Exzessen« bei der Kollektivierung der Landwirtschaft durch Stalin gesprochen, sich aber nicht dazu aufraffen können, die Kollektivierung selbst in Frage zu stellen oder rückgängig zu machen.[63]

Auch die erste Reformkampagne, die Gorbatschow eingeleitet hat, hat sich bisher als ein Fehlschlag erwiesen: die Anti-Alkohol-Kampagne. An dem Alkoholverbrauch pro Kopf der Bevölkerung hat sich bisher nichts geändert. Nur wurden vor Beginn der Kampagne etwa zwei Drittel des Alkohols vom Staat erzeugt und ein Drittel auf dem Schwarzmarkt; dieses Verhältnis hat sich in Kürze umgekehrt. Hierdurch sind dem sowjetischen Staat überdies erhebliche Steuergelder verlorengegangen, wie Gorbatschow selbst in der Sitzung des Zentralkomitees vom 18. Februar 1988 mitgeteilt hat. Darüber hinaus sind die Arbeitsausfälle und Krankheitsfälle seit Beginn der Anti-Alkohol-Kampagne gestiegen, da vielerlei Chemikalien, Giftsubstanzen und Lösungsmittel für die Herstellung höchst dubioser Alkoholika zum menschlichen Verbrauch illegal benutzt worden sind.

Noch ungewisser werden die Zukunftsaussichten für einen Erfolg der Perestrojka, wenn man in Rechnung zieht, daß Gorbatschow sich selbst unter einen nahezu unerfüllbaren Erfolgsdruck gesetzt hat. Die geplante jährliche Wachstumsrate im 12. Fünf-Jahres-Plan (1986 bis 1990) beträgt im Jahresdurchschnitt 4,2 %; in den darauffolgenden Jahren von 1990 bis 2000 soll sie sogar auf 5,1 bis 5,3 % jährlich steigen. Während des davorliegenden 11. Fünf-Jahres-Plans (1981 bis 1985) betrug die Wachstumsrate selbst nach den Angaben der offiziellen Statistiken lediglich 3,6 %, in Wirklichkeit dürfte sie noch darunter gelegen haben.[64]

Weitere Schwierigkeiten für die Durchsetzung von Perestrojka ergeben sich daraus, daß es – abgesehen von einigen Intellektuellen – kaum eine Gruppe in der sowjetischen Gesellschaft gibt, die sich von der Durchführung der Perestrojka Vorteile erhoffen kann. Die Arbeiter sehen in Perestrojka das Ende des leichten Geldes und garantierter Arbeitsplätze; die Betriebsführer befürchten, daß sie nun zusätzlich zu dem Druck von oben und von unten den horizontalen Druck der Konkurrenz erwarten müssen; die Mitglieder der regionalen Nomenklatura in Partei und Ministerien befürchten einen Abschied vom alten Trott und schwierigere Lebensbedingungen;

die Konsumenten befürchten höhere Preise, da die Preisreform noch immer wie ein Damokles-Schwert über allem hängt, sowie eine Abschaffung der Staatssubventionen; die Ideologen fürchten jeden Wechsel, der die Parteiideologie in Frage stellt.
Der Leiter des Schweizerischen Ostinstitutes in Bern, Peter Sager, faßt diese Sorgen zusammen: »Namentlich fehlt in der Sowjetunion allenthalben die Erfahrung mit dem Markt, seiner Funktionsweise und der Flexibilität, die er verlangt. Es fehlt die pädagogische Wirkung der Konkurrenz, schließlich und vor allem das marktwirtschaftliche Normverhalten einer Mehrheit von Produzenten und Konsumenten.«[65]
Im übrigen wird bei allen Abhandlungen der Perestrojka allenfalls von »Unternehmen«, nie jedoch von »Unternehmern« gesprochen. Der Grund ist einfach: Es gibt sie nicht und es kann sie nicht geben in einem totalitären Regime.
Entscheidend für das Versagen der Perestrojka ist auch, daß Gorbatschow sich bisher nicht dazu durchringen konnte, eine Preis- und Währungsreform durchzuführen. Von Ludwig Erhard wissen wir, daß man eine solche Reform nicht in Raten, sondern nur in einem Zuge vollziehen kann. Gorbatschow hat sie immer wieder hinausgezögert. Im übrigen ist es auch volkswirtschaftlich unmöglich, die Preisstruktur eines freien Marktes gewissermaßen über eine völlig zentral geplante dirigistische Wirtschafts- und Sozialstruktur zu stülpen. Nur in einer freiheitlichen Marktwirtschaft reguliert der Markt das Verhalten seiner Teilnehmer: Verbraucher, Produzenten und Staat. In einer dirigistischen Planwirtschaft kann »Markt« nur etwas völlig anderes bedeuten: ein schmales Randgebiet der Wirtschaft, auf dem die Verbraucher ihre staatlichen Gehälter ausgeben. Der einzige Teilnehmer ist der Konsument, der vom Staat am mehr oder weniger kurzen Zügel gehalten wird. Der Preis hat keine wirklich regulierende Funktion mehr; Schwarzmarkt und Korruption blühen. Selbst eine Preis- und Währungsreform in einem Zuge könnte allenfalls eine vorübergehende Veränderung bringen. Eine wirklich regulierende Funktion kann der Markt aber erst dann übernehmen, wenn auf ihm nicht nur Verbraucher, sondern auch freie Produzenten auftreten. Dies würde aber die Abschaffung der gesamten Planwirtschaft und die Einführung einer Marktwirtschaft voraussetzen. Damit würde das wirtschaftliche Machtmonopol der

Partei entfallen, und als Folge hiervon würde auch das politische und ideologische Machtmonopol und damit der Sozialismus zusammenbrechen. Genau diesen Schritt kann also Gorbatschow nicht unternehmen, ohne den Ast abzusägen, auf dem er und die kommunistische Partei sitzen.

Alexander Sinowjew, langjähriges Mitglied der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, kommt zu dem Schluß: »Natürlich sind die mit der Perestrojka verbundenen politischen, ideologischen und ökonomischen Risiken auch von vielen Parteifunktionären erkannt worden. Gerade die Funktionäre an der Basis beurteilen die Situation vielleicht realistischer als die Führungsspitze. Sie sind sich der Unveränderbarkeit von systemeigenen Gesetzen voll bewußt. Kein Reformator wird in der Lage sein, diese Gesetze zu verändern, es sei denn, die kommunistischen Führer kämen überein, das kommunistische System und damit sich selbst abzuschaffen.«[66]

Franz Josef Strauß sieht in Gorbatschows Vorstellung eines modernen Sozialismus mit der Idee einer »sozialistischen Marktwirtschaft« einen »Widerspruch in sich«.

Milovan Djilas, einer der besten internen Kenner des Kommunismus, kommt zu dem Schluß: »Das sowjetische System ist zu einem Anti-Modell geworden. Selbst siebzig Jahre ununterbrochenen Gorbatschowismus würde es nicht so weit verbessern, daß es auch nur beginnen könnte, mit den Lebenschancen und den Freiheiten freiheitlicher Demokratien verglichen zu werden. Nur Verrückte oder Schurken könnten dadurch in Versuchung geführt werden ... Kommunismus, wie er von Marx konzipiert und von Lenin verfremdet worden ist, ist insgesamt schlecht. Er ist von Grund auf falsch konzipiert und funktioniert nicht. Man kann einige seiner Fehler abschwächen und einige seiner Defekte flicken, aber man kann ihn nicht in ein akzeptables System verwandeln ... Selbstverwaltung ohne freie Marktwirtschaft und dies ohne politischen Pluralismus kann nicht zum Funktionieren gebracht werden. Das ist nur eine Hilfsutopie unter vielen, in die sich die Kommunisten flüchten, wenn das praktische Leben die Hauptutopie des Kommunismus selbst ad absurdum führt.«[67]

Wolfgang Leonhard berichtet aus der Sowjetunion, daß eine Umfrage der sowjetischen Zeitschrift »Argumente und Fakten« von

14 100 Personen in den größten sowjetischen Betrieben ergeben habe, daß 63,7 % der Befragten meinten, die Perestrojka werde »durch Gerede ersetzt«.[68]

Der bekannte sowjetische Wirtschaftswissenschaftler Nikolaj Schmeljow erklärt in der Moskauer Literarischen Monatsschrift Nowyj Mir, unter der breiten Masse verbreite sich die Meinung, die Perestrojka werde sich letztlich in einen Bluff verwandeln. »Die Schlangen vor den Geschäften und die Leere auf den Regalen sind so geblieben wie sie waren.«[69]

Drei Jahre Perestrojka haben die prekäre Versorgungslage nicht geändert, ja sie haben sie sogar verschärft. Zucker ist rationiert, Seife ist knapp und kostet statt 15 bis 30 Kopeken über einen Rubel. Kleidung und Schuhe fehlen ebenso wie Zahnpasta und Kosmetika. Von Haushaltsgeräten, Staubsaugern oder Kühlschränken, Kaffeemühlen oder Fernsehgeräten können Sowjetbürger nur noch träumen.[70]

In einem von der Ekonomitscheskaja Gaseta, der Wirtschaftszeitung des Zentralkomitees, veröffentlichten Bericht über die Wirtschaftsentwicklung heißt es nur: »Das Ausmaß der unbefristeten Güternachfrage hat sich extrem erhöht.« Die Regierungszeitung Iswestija veröffentlicht einen Brief einer Leserin aus Sibirien, die eigens nach Moskau kam, um Zahnpasta, Waschpulver und Seife zu ergattern. In dem Brief heißt es, schon seit August vergangenen Jahres gebe es in den Läden ihrer Heimatstadt in Sibirien diese Waren nicht mehr. In Moskau habe sie am ersten Tag zwei Stunden in einer Schlange angestanden. Als sie an der Reihe gewesen sei, war aber alles schon ausverkauft. Die Leserin schreibt weiter: »Ich war also gezwungen, mich am nächsten Tag ein weiteres mal anzustellen, von 15.00 Uhr bis 17.40 Uhr. Dann habe ich dreimal Zahnpasta und drei Stück Seife gekauft.«[71] Marshall Goldman, Stellvertretender Direktor des russischen Forschungszentrums der Harvard-Universität erklärt, die wirtschaftliche Situation in der Sowjetunion habe sich verschlechtert. Die Wirtschaftler hätten so schlechte Bedingungen seit zwanzig oder dreißig Jahren nicht gesehen.[72]

Der langjährige amerikanische Außenminister Henry A. Kissinger kommt zu dem Schluß: »Das Paradoxon: Ein moderner Staat kann durch sowjetische Zentralplanung nicht verwaltet werden – aber ohne ein System von Zentralplanung wird die kommunistische Partei irrelevant. Jeder Versuch, die Wirtschaft zu reformieren, muß

sich aus diesem Grund gegen das Eigeninteresse und die tiefverwurzelten Vorrechte der gleichen Gruppe richten, die einer kommunistischen Gesellschaft Legitimität verleiht. Daher das zweite Paradoxon: Wenn Gorbatschow die Gesellschaft reformieren will, dann muß er eben jenes Instrument schwächen, von dem er seine Macht herleitet.«[73]

In der Sowjetunion werden andererseits Stimmen laut, unter den Bedingungen von Glasnost und Perestrojka drängten sich in der UdSSR Gruppen in den Vordergrund, deren Forderungen und Ziele sich »offen von den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse« unterschieden, Kräfte, welche »Lenins theoretisches Erbe verfälschten«.[74] Die Kritikerin Nina Andrejewa fügt hinzu, die wirtschaftlichen Ergebnisse von Perestrojka seien bescheiden. Und sie kritisiert in diesem Zusammenhang die ungarische Wirtschaft, die mit Gorbatschows Plänen Ähnlichkeiten aufweist: Man müsse sich fragen, warum Ungarn neun Milliarden Dollar Auslandsschulden habe, 30 % der Betriebe mit Verlusten arbeiteten und das Wirtschaftswachstum dort 1 %, die Inflation aber 7 % betrage.

Am 23. September 1988 gibt Michail Gorbatschow nach seiner Rückkehr von Sibirien nach Moskau eine pessimistische Bilanz von den bisherigen Ergebnissen seiner Perestrojka: »Wir trödeln immer noch und verlieren Zeit, und das heißt, daß wir verlieren!«[75] Es ist eben immer noch leichter, das Politbüro umzubilden, als die Gewohnheiten der Menschen zu verändern. Jean-Marie Benoist weist darauf hin, daß keine einzige Gruppe in der sowjetischen Bevölkerung die Perestrojka von Gorbatschow mehr unterstützt. Er erinnert an das Wort von Marshall Goldman, dem Sowjetologen aus Harvard, »und ›Gorbatschow hat dem sowjetischen Volk gesagt: Ich will, daß ihr handelt, als ob ihr frei wäret. Das Pech ist, daß er das Volk nicht wirklich befreit hat.‹ Die sowjetischen Arbeiter und Bauern scheinen dies erkannt zu haben. Nur noch die westlichen Intellektuellen müßten hiervon überzeugt werden ...«[76]

Die Menschen in der Sowjetunion haben offenbar besser als westliche Intellektuelle erkannt, daß die Operation Perestrojka nicht in erster Linie der Verbesserung des Lebensstandards der Menschen im sowjetischen Machtbereich und nur vordergründig einer erhöhten Effizienz der sowjetischen Wirtschaft dient, sondern der Sicherung und Schaffung einer langfristigen Grundlage zur Erhaltung des

sowjetischen Weltmachtanspruchs und zur Sicherung der Erfüllbarkeit von Artikel 28 der neuen sowjetischen Verfassung: der Weltrevolution. Eine der herausragendsten Analytikerinnen der Politik Gorbatschows, Françoise Thom, weist in ihrem Mitte 1989 in Paris erschienenen Buch »Le moment Gorbatchev« auf die umfassenden weltweiten Ambitionen der Politik Gorbatschows und das geradezu messianische Sendungsbewußtsein bei der Durchführung der Perestrojka im Sinne einer Erfüllung Leninscher Prinzipien hin; insoweit überträfen die außenpolitischen Erwägungen bei der Durchführung von Perestrojka die innenpolitischen Implikationen. Françoise Thom weist auf einen Artikel der Prawda vom 14. April 1988 hin, in dem es heißt: »Die Perestrojka eröffnet den Kommunisten derjenigen Länder, in denen *noch* der Kapitalismus herrscht, neue Möglichkeiten.« Und die Literaturnaja Gasjeta zieht am 9. November 1988 Bilanz: »Unsere Politik der Perestrojka hat es uns ermöglicht, auf dem Gebiet der Außenpolitik Erfolge zu erringen, wie wir sie seit dreißig Jahren nicht verzeichnen konnten.«

III.
Die Funktion von Glasnost

Es gibt bei uns keine Opposition. Wie aber kontrollieren wir uns selbst? Nur durch Kritik und Selbstkritik – aber vor allem mit Glasnost. Ohne Glasnost kann es keine Gesellschaft geben ...

Michail Gorbatschow[77]

Verordnete Denunziation

Neben dem Wort »Perestrojka« ist »Glasnost« der zweite symbolhafte Begriff, der fast über Nacht zu einem Lehnwort nahezu aller westlicher Sprachen geworden ist. Wie im ersten Kapitel bereits dargelegt, hatte schon Lenin den Begriff »Glasnost« verwendet. In gleicher leninistischer Weise hat dies Chruschtschow in seiner Rede auf dem 20. Parteitag der KPdSU getan. Chruschtschow forderte eine Mobilisierung der Bevölkerung für neue Aufgaben, die die »Fehler« der Vergangenheit beheben sollte, und in diesem Zusammenhang faßte das Zentralkomitee der KPdSU am 22. Januar 1957 sogar einen speziellen Beschluß, in dem »Glasnost« ein wichtiges Element bildete.[78]

Die auch von Gorbatschow geforderte Glasnost wird häufig als gleichbedeutend mit »Liberalisierung« angesehen. Dies ist so nicht richtig. Glasnost manifestiert sich auf sehr unterschiedliche Weise und inzwischen auch auf verschiedenen Gebieten. Man kann aber die gesamte Politik Gorbatschows nicht verstehen, wenn man nicht die eigentliche und ursprüngliche Funktion von Glasnost kennt. Sie ist einer der Hauptschlüssel für das Verständnis dessen, was in der Sowjetunion vorgeht.

Die Funktion von Glasnost ist – wiederum von oben! – verordnete Denunziation. Die politische Führungszentrale in Moskau hat seit Jahren über die verknöcherte Struktur der gelähmten und großenteils korrupten Nomenklatura nur beschönigende und beschwichtigende Berichte über die Planerfüllung und wirtschaftliche Entwicklung erhalten. In einem Land mit geschlossener Gesellschaft, das weder Opposition noch freie Wahlen oder eine unabhängige Presse kennt, mußte zu dem für den Machterhalt des Sowjetsystems lebensnotwendigen Durchsetzen der wirtschaftlichen Perestrojka möglichst unverzüglich eine einigermaßen funktionierende Kontrolle eingerichtet werden. Darum wurde das Volk zur öffentlichen Kritik an allen Gegebenheiten aufgefordert, die den Wirtschaftsablauf und die Durchsetzung von Perestrojka behindern. Glasnost ist also nach dem Willen Gorbatschows und der sowjetischen Führung die Vorbedingung für eine erfolgreiche Perestrojka und soll Gorbatschow gewissermaßen die Köpfe der Hydra aus der griechischen Sage und die Arme der indischen Göttin Kali geben.

Der französische Sowjetexperte Alain Besançon erklärt hierzu: »Die Funktion von *Glasnost* ist die Propagierung des Rechts bzw. der Pflicht aller Sowjetbürger, die Feinde der Perestrojka zu kritisieren, namentlich jene Kader, die noch loyal zu Breschnew oder nicht loyal genug zu Gorbatschow stehen. Glasnost ist institutionalisiertes Verpetzen. Als solches wird sie besonders in den verschiedenen Grenzrepubliken gefördert, um die lokalen Mafias zu zerschlagen.«[79]

Michail Gorbatschow selbst erklärt hierzu im Juni 1986 vor einem ausgewählten Kreis sowjetischer Schriftsteller: »Es gibt bei uns keine Opposition. Wie aber kontrollieren wir uns selbst? Nur durch Kritik und Selbstkritik – aber vor allem mit Glasnost. Ohne Glasnost kann es keine Gesellschaft geben ...«[80]

Diese Aussage hat Gorbatschow in ähnlicher Form mehrere Male wiederholt, so etwa am 29. Juli 1987 vor Arbeitern in Zelenograd.[81]

Wer diese von Gorbatschow selbst formulierte Sinngebung und Funktion von Glasnost nicht erkennt, neigt leicht dazu, die gesamte Entwicklung in der Sowjetunion und die Absichten Gorbatschows von Grund auf falsch zu beurteilen, nämlich als eine Art »Liberalisierung« anstatt eines von oben verordneten Kontrollmechanismus zur Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen der sowjetischen Weltmacht. Daneben hat Glasnost noch andere beabsichtigte oder in Kauf genommene Funktionen. Auf einem anderen Blatt steht, daß Glasnost inzwischen Eigendynamik entwickelt hat und der Führung zum Teil aus dem Ruder gelaufen ist; hierüber wird im Kapitel VII die Rede sein.

Wie sehr die Denunziationsfunktion von Glasnost durch KGB und Staatsanwaltschaften genutzt wird, zeigen die öffentlichen Angaben in der sowjetischen Presse. So wurden bis Ende 1986 800 000 Werktätige oder Mitglieder der lokalen Nomenklatura verhaftet oder sind aus Furcht vor einer Verhaftung untergetaucht.[82] In der Kampagne gegen die Trunksucht wurde gegen weitere 130 000 Personen Anklage erhoben.[83] Die Denunziationswelle macht auch vor Parteikadern nicht Halt. Alain Besançon berichtet: »Gegen rund 200 000 Parteikader wurde 1986 ermittelt; die Todesurteile für Wirtschaftsverbrechen häufen sich. Einzelne Parteimitglieder werden eilends aus dem wirtschaftlichen Bereich abgezogen, und auch hierbei baut Gorbatschow auf die tätige Mitwirkung der bisher zu kurz gekom-

menen (kleine Arbeiter, Rentner, bestimmte Gruppen von Intellektuellen): Sie wurden aufgefordert, die korruptesten Parteichargen zu denunzieren. Das ist die Quintessenz der neuen »Demokratisierung« und einiger anderer leicht zu manipulierender Verfahren, wie der »geheimen Stimmabgabe« und der »Mehrfachkandidaten«. Mit einem Wort: Gorbatschow tastet die Partei nicht an; vielmehr gibt er ihr mit ihrer ausdrücklichen Billigung einige bittere Pillen zu schlucken, um ihre Autorität zu retten.[84]

Die Mobilisierung des Volkes

Neben der Hauptfunktion einer verordneten Denunziation hat Glasnost den hiermit eng zusammenhängenden Sinn einer gesellschaftlichen Mobilisierung und Motivierung. Bereits Andropow hatte versucht, eine ähnliche Mobilisierungskampagne, allerdings mit weitgehend repressivem Charakter, zu starten.
Gorbatschow versucht nunmehr mit seinem Populismus eine Art Aufbruchsstimmung zu erzeugen, um verkrustete Strukturen aufbrechen zu können, die eingefahrene Lethargie der Menschen zu überwinden und sie zur Mithilfe bei der Durchführung der Perestrojka zu motivieren. Auch die Kritik an manchen Mißständen der Vergangenheit soll die Menschen mit dem Glauben an die Möglichkeit eines »besseren Sozialismus« erfüllen.
Alain Besançon analysiert: »Eine Funktion von Glasnost ist es, den Menschen die Überzeugung einzuimpfen, daß die Dinge sich wirklich verändern, daß es an der Zeit ist, die Ärmel hochzukrempeln, daß man in Zukunft entsprechend der eigenen Leistung entlohnt wird und daß Diebe und Drückeberger bestraft werden. Glasnost soll für Vertrauen ins Regime werben, soll über dessen Doppelzüngigkeit hinwegtäuschen. Wenn es der Partei gelingt, das Vertrauen wiederherzustellen, besteht vielleicht Aussicht auf Überwindung jener gewohnheitsmäßigen Gespaltenheit des Denkens und Redens, wodurch die Sowjetbürger sich dem Zugriff der Partei entziehen. Glasnost zielt darauf ab, einen Abglanz von Gerechtigkeit und Gemeinwohl zu erzeugen, um den einzelnen in die Parteidisziplin zurückzuholen.«[85]
Auch die Entstalinisierung dient der Mobilisierung des Volkes so-

wie der Gewinnung der Intellektuellen, insbesondere aber der Möglichkeit für Gorbatschow, Mitglieder der älteren verknöcherten Generation aus der Nomenklatura zu entfernen und damit Schlüsselpositionen in der sowjetischen Verwaltung und Wirtschaft mit eigenen Anhängern zu besetzen, um seine Herrschaft zu sichern.
Darüber hinaus ist die Verdammung des Stalinismus ein semantischer Trick, um »Stalinismus« von »Sozialismus« und »Kommunismus« abzugrenzen – als ob nicht Stalin der Wunschnachfolger Lenins gewesen wäre, und als ob nicht Lenin mit Terror, Unterdrükkung und Einrichtung von Konzentrationslagern begonnen hätte. Der polnische Sowjetexperte Josef Darski sagt hierzu: »Wenn die Kommunisten jetzt den Stalinismus verdammen und ihm alle Schuld für sämtliche Verbrechen des Kommunismus zuschieben, dann wollen sie sich ganz einfach davor drücken, die historische Niederlage des Sozialismus und ihre eigene Verantwortung für das, was sie begangen haben, anzuerkennen. Sie möchten an der Macht bleiben mit einer Carte blanche für den Aufbau des Sozialismus, jetzt natürlich eines ›guten‹, ›nichtstalinistischen‹ Sozialismus.«[86]
Einen Schlüssel für diese durchsichtige Taktik liefert Gorbatschow selbst in den folgenden Sätzen, in denen er das »Leninsche Ideal des Sozialismus« deutlich von »Willkür und Repressalien« des bösen Stalin absetzt und diesen damit gewissermaßen zu einem bedauerlichen Betriebsunfall in der Geschichte des Sozialismus verniedlicht: »Es ist vollkommen offensichtlich, daß gerade das Fehlen des nötigen Niveaus der Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft sowohl den Personenkult als auch die Verletzungen der Gesetzgebung, die Willkür und die Repressalien der dreißiger Jahre ermöglichte. Offen gesagt – Verbrechen auf dem Nährboden des Machtmißbrauchs. Tausende Mitglieder der Partei und Parteilose waren Massenrepressalien ausgesetzt. Das ist die bittere Wahrheit. Dem Sozialismus und dem Ansehen der Partei wurde ernster Schaden zugefügt. Darüber müssen wir offen sprechen. Das ist notwendig, damit sich das Leninsche Ideal des Sozialismus endgültig und unumkehrbar durchsetzt.«[87]
Schließlich ist die »Entstalinisierung« – die ja auch Chruschtschow bereits betrieben hatte – außerdem ein Teil der Falle, die Gorbatschow dem Westen stellt, um das Bild von der neuen Sowjetunion als einem »Land wie jedes andere« aufzubauen, das Expansionismus

und Weltrevolution aufgegeben habe und Unterstützung vom Westen verdiene.
So werden die Verbrechen Stalins Stück für Stück aufgedeckt. Roy Medwedijew macht bekannt, daß etwa 40 Millionen von Stalin unterdrückt und 20 Millionen ermordet worden sind. Sowjetische Medien berichten über Massengräber, etwa in Gornoaltaisk in Sibirien.[88] Die sowjetische Schuld an dem Massaker an polnischen Offizieren im Wald von Katyn wird von den Sowjets zunächst bestritten; sie weichen aber Schritt um Schritt von ihrer Argumentation zurück. Massengräber in der Ukraine bei Winniza und Pikowna sowie bei Kuropatij werden bekannt.
Zug um Zug kann Gorbatschow sich von Funktionären aus der Stalin-Zeit sowie aus der »Epoche der Stagnation« – der Breschnew-Zeit – trennen und die Positionen mit Vertrauensleuten besetzen: 1986 umfaßte das Zentralkomitee der KPdSU noch 307 Mitglieder; bis Ende 1988 sind davon 70 ausgeschieden. Von den Verbliebenen stammen nur noch neun aus der Zeit des Stalinismus, und von den 55 Gebiets- und Regionalparteichefs der RSFSR sind es sogar nur noch drei, die die Breschnew-Zeit in verantwortlichen Positionen erlebt haben. Zur gleichen Zeit sind lediglich noch drei der insgesamt 110 Minister im Amt, die ein solches auch zur Zeit Breschnews innegehabt haben.[89]

Gewinnung der Intellektuellen

Ganz entscheidend mußte es für Gorbatschow sein, zu versuchen, die Intellektuellen für sich und seine Gedanken zu gewinnen. Wenn diese vielleicht auch mehr einen in sich geschlossenen Kreis darstellen und in der großen Sowjetunion nicht in gleicher Weise eine geistige Führungsfunktion haben wie in manchen westlichen Ländern, so mußte Gorbatschow doch folgendes beachten: Er konnte nicht versuchen, das Volk zu mobilisieren und zu Kritik im Sinne von Glasnost aufzurufen und gleichzeitig den Intellektuellen den Mund verbieten. Angesichts dessen mußte er verhindern, daß die Intellektuellen – wie etwa in Polen – sich mit ihren Stimmen gegen das sozialistische System wenden. Zugleich sind die Intellektuellen am besten dazu geeignet, ein positives Bild von Gorbatschow im westli-

chen Ausland zu bewirken und dort den Eindruck einer wirklichen Öffnung der Sowjetunion vorzuspiegeln. Dem dienen unter anderem Propagandapublikationen wie Moskowskoje Nowosti, die in der Sowjetunion selbst in russischer Sprache so gut wie nicht erhältlich sind, aber im Westen – einschließlich der Bundesrepublik Deutschland – als »Moscow News« inzwischen fast an jedem Bahnhofskiosk verkauft werden.
Gorbatschow mußte also alles daran setzen, die Intellektuellen für sich zu gewinnen und für seine Ziele einzubinden. In seiner brillanten Analyse der Funktion von Glasnost kommt Alain Besançon zu dem Schluß: Gorbatschow »brauchte die Intelligenz als gebildeten Befürworter seiner politischen Ideen und als Claqueure seiner Neuerung. Außerdem brauchte er sie bzw. ihre moralische Autorität und ihr Prestige in Europa und in den USA für seine Außenpolitik: Wenn er sie für sich gewinnen und vereinnahmen konnte, besaß er einen wertvollen Fürsprecher gegenüber dem Westen. Freilich mußte man dabei subtil und ohne Zwang zu Werke gehen. Wenn man beispielsweise die religionsfeindliche Propaganda verstärken wollte, mußte es entschieden von Vorteil sein, den Dichter Jewgenij Jewtuschenko die kulturellen Reichtümer der Bibel preisen zu lassen. Und wie nützlich für die Russifizierung, wenn die Intellektuellen unterdessen spontan den Verfall der Nationalsprachen beklagten! Dissens vermochte die wahre Situation wirksamer zu verschleiern als die gewohnte Einhelligkeit von früher, die niemanden mehr hinters Licht führte.«[90]

Die Grenzen von Glasnost

Daß Glasnost von oben verordnet Funktionen erfüllen soll und nicht ein durchgängiges Prinzip ist, zeigt sich auf vielen Gebieten, auf denen Kritik und Selbstkritik unerwünscht sind und allenfalls in begrenzter Form zugelassen werden, wenn es unvermeidbar geworden ist. Das spektakulärste Beispiel ist der Unfall des zugleich als Kraftwerk genutzten Plutoniumherstellungsbetriebes für Nuklearwaffen von Tschernobyl. Botho Kirsch schreibt hierzu: »Nach Hitlers Angriff auf die Sowjetunion verkroch sich Stalin elf Tage lang im Kreml und wartete auf ein Wunder, das nicht geschah. Gorba-

tschow brauchte achtzehn Tage, ehe er sich aufraffte und vor die Kameras des sowjetischen Fernsehens trat, um die Katastrophe einzugestehen. Wortreich rühmte er den Mut und die Opferbereitschaft der Helden von Tschernobyl. Für seine Person ließ er freilich jeden Anflug von Selbstkritik vermissen. Schuldzuweisungen gab es nur an untergeordnete Funktionäre und die angeblich schadensfrohen Imperialisten. Bis heute hat sich der Generalsekretär, trotz ausgedehnter Reisen durch die Provinz, nicht an der Unfallstelle in der Ukraine blicken lassen.«[91]

Glasnost ist in der Tat zu einem zweischneidigen Schwert geworden für denjenigen, der es handhabt. Die französische Sowjetologin Françoise Thom kommt zu dem Schluß, Gorbatschow kämpfe Schritt für Schritt, um die kranke sozialistische Ideologie zu retten und schrecke auch nicht vor gefährlichen Mitteln zurück wie Glasnost, die gleichviel Chancen habe, den Patient zu töten, wie ihm das Leben zu retten.[92]

So betont Gorbatschow selbst: »Kritik muß stets im Geiste der Partei erfolgen.«[93] Und die Prawda fügt hinzu, die »Macht der Presse« werde auch »unter Leitung der Partei ausgeübt«.[94]

Der russische Bürgerrechtler Iwan Kowaljow, früheres Mitglied der Moskauer-Helsinki-Gruppe, erklärt am 23. April 1987 in Bonn auf einer Pressekonferenz der von Cornelia Gerstenmaier geleiteten Gesellschaft Kontinent: Das sowjetische System werde eine wirkliche Demokratisierung nicht zulassen. Die von Gorbatschow betriebene Politik der »Öffnung« gelte nur für einige ausgewählte Themen. Es sei erlaubt, über Drogen, Prostitution oder über die Fähigkeiten der Vorgesetzten in den Betrieben zu diskutieren, nicht aber über die religiöse Freiheit oder die Lager der Krim-Tataren. Der Bürgerrechtler Sacharow habe zwar im Winter an dem internationalen Moskauer Atomforum teilnehmen können, doch seien seine Äußerungen in der Sowjetunion nicht veröffentlicht worden. Ferner habe Sacharow mit der Zeitung Literaturnaja Gaseta ein Gespräch geführt, das niemals erschienen sei.[95]

Führende Mitglieder der sowjetischen Nomenklatura, wie insbesondere Ligatschow und Tschebrikow, bringen mehrfach ihre Sorge über Mißbrauch, Ausuferung oder gar Verselbständigung von Glasnost zum Ausdruck. So wird im Sommer 1988 eine Knebelungsmaßnahme verfügt, die bisher selbst in der Sowjetunion unbe-

kannt war. Wolfgang Kasack berichtet: »Vom 1. Januar 1989 an wird die sowjetische Bevölkerung mit einem Problem konfrontiert sein, das sie bisher nicht kannte: Man kann die wichtigsten literarischen Zeitschriften, auch einige Zeitungen, nicht mehr abonnieren. Durch eine behördliche Maßnahme wurde angeordnet, daß die ab 1. August eines jeden Jahres laufenden Bestellungen auf ein Jahresabonnement stark, wohl auf 10%, beschränkt werden. Betroffene Presseorgane, vor allem solche, die sich durch die Perestrojka-Politik erhöhter Beliebtheit erfreuen, weil sie freimütig die Wahrheit schreiben, berichten von größter Empörung der Leser. Hunderte von Interessenten, die zum Beispiel am 1. August bei der Moskauer Poststelle in Kusminki stundenlang angestanden hatten, um ihre Zeitschriften zu abonnieren, mußten enttäuscht wieder gehen. 250 Mitarbeitern eines Provinzradiosenders wurden nur zwei Abonnements der einzigen sowjetischen Illustrierten Ogonjok genehmigt ... als Grund für die neue Maßnahme wird Papiermangel angegeben.«[96] Diese Bestimmungen sind später gelockert worden.
All dies ist jedoch nicht in der Lage, eine Ausuferung von Glasnost zu verhindern.

IV.
Die Einbindung des Westens

Der neue Stil der internationalen Beziehungen setzt augenscheinlich voraus, daß deren Rahmen weit über die Grenzen des diplomatischen Prozesses im eigentlichen Sinne erweitert wird ... Eine öffentliche Volksdiplomatie, ein unmittelbares Sich-Wenden an die Völker, wird zum normalen Mittel der zwischenstaatlichen Kommunikation.

Michail Gorbatschow[97]

Gorbatschow will also durch Perestrojka die wirtschaftliche Grundlage für die Erhaltung des marxistisch-leninistischen Systems und die expansive Weltmachtpolitik der Sowjetunion sichern, durch Glasnost diesen Prozeß kontrollieren und beschleunigen und dieses Ziel mit westlicher Hilfe erlangen.
Um dies zu erreichen, muß er versuchen, den Westen einzubinden und die westlichen Führungseliten, insbesondere über die öffentliche Meinung der westlichen Welt, dahingehend beeinflußen.
Im Laufe der letzten Jahrzehnte haben die Sowjets die psychologische Beeinflußungsstrategie zu hoher Meisterschaft entwickelt. Diese Form der psychologischen Kriegsführung wird allgemein als Desinformazia bezeichnet. Schon Felix Dserschinsky, der Begründer des sowjetischen Geheimdienstes, baute in der Tscheka, dem heutigen KGB, eine Geheimabteilung zur »Demoralisierung des Westens« ein unter der Leitung von Yakov Saulovitsch Agranow. Im Mai 1959 forderte der Chef des KGB, Alexander Scheljepin, die psychologische Entwaffnung des Westens durch Entspannung und friedliche Koexistenz.
Über die Desinformazia schreibt John Barron, einer der besten Kenner des KGB: »Die Sowjets definieren Desinformazia als ›Verbreitung von falschen und provozierenden Informationen‹. So wie sie der KGB praktisch anwendet, ist die Desinformazia weit komplexerer Natur als diese Definition zunächst angibt. Zu ihr gehört die Verteilung gefälschter oder fingierter Dokumente, Briefe, Manuskripte und Fotos; die Verbreitung irreführender oder verleumderischer Gerüchte und falscher Nachrichten durch Agenten; das Irreführen von Besuchern der Sowjetunion und die Durchführung konkreter, auf psychologische Wirkung angelegte Aktionen ... diese Techniken werden unterschiedlich benutzt, um die Politik auswärtiger Regierungen zu beeinflußen, Beziehungen zwischen anderen Nationen zu stören, das Vertrauen fremder Völker in ihre Führung und ihre Institutionen zu untergraben, einzelne und ganze Gruppen zu diskreditieren, die sich der sowjetischen Politik widersetzen ...«[98]
Viele Menschen, soweit sie sich überhaupt mit Fragen der Desinformation befassen, verstehen darunter allerdings lediglich Einzelmaß-

nahmen, wie etwa die Verbreitung eines gefälschten Briefes des amerikanischen Präsidenten an den spanischen König, eines gefälschten Artikels des amerikanischen UN-Botschafters in einer indischen Zeitung oder das Lancieren eines gefälschten Berichtes einer deutschen Botschaft aus Westafrika, um momentan und punktuell gewisse, den Sowjets unliebsame westliche Persönlichkeiten, zu diskreditieren oder unglaubwürdig zu machen. Dies ist allerdings gewissermaßen nur das »Kleingeld« der Desinformazia.
Auch auf diesem Gebiet mit tausenden von Operationen der Sowjetunion in den letzten Jahren und Jahrzehnten hat Gorbatschow

Prawda, Moskau, 31. Okt. 86
»Pentagon AIDS-Spezialisten.«

Besserung gelobt: »Keine Lügen mehr, keine Desinformation mehr«, erklärte der sowjetische Generalsekretär persönlich gegenüber dem Leiter der US-Information-Agency (USIA) Charles Wick im Dezember 1987.[99] Trotzdem hat die Sowjetunion gerade in der Zeit Gorbatschows auch ihre Einzelmaßnahmen und Einzelkampagnen auf dem Gebiet der Desinformation fortgeführt. Hierzu gehören insbesondere folgende falsche Behauptungen:

- Die Vereinigten Staaten importieren Babys aus Lateinamerika, töten sie und verkaufen ihre Organe für Transplantationen (Prawda, April 1988; wiederholt von TASS).
- Amerikanischer Kanibalismus (Iswestija, 25. Juli 1988; weltweite Verbreitung bis zu einem Nachdruck in Uruguay am 26. August 1988).
- CIA tötet 1000 Amerikaner in Yonestown/Guayana (Iswestija, Januar 1987).
- Die Vereinigten Staaten stehen hinter einem Mordversuch gegen Corazón Aquino (Prawda, Sommer 1987).
- AIDS-Virus in amerikanischen Laboratorien hergestellt (in verschiedenen sowjetischen Medien; weltweit wiederholt).
- »Ethnische Waffe« von den Vereinigten Staaten entwickelt, die nur Nicht-Weiße tötet (in verschiedenen Medien, insbesondere gegenüber Schwarzafrika).
- CIA steht hinter Mordanschlägen gegen
  - Olof Palme,
  - Papst Johannes Paul II.,
  - Indira Gandhi,
  - Aldo Moro,
  - Martin Luther King,
  - Samora Machel.[100]

In Wirklichkeit umfaßt jedoch die sowjetische Desinformationsstrategie weit mehr als die hier auszugsweise, stichwortartig genannten Einzelfälle und Einzelkampagnen, so haarsträubend sie auch sein mögen. Die sowjetische Desinformationsstrategie ist in den letzten Jahren zum entscheidenden Eckpfeiler in dem politischen Krieg gegen den Westen geworden.

Angesichts der während einer funktionierenden nuklearen Abschreckung bestehenden Unwahrscheinlichkeit einer militärischen Auseinandersetzung ist die umfassende Beeinflußung über die öf-

fentliche Meinung zum entscheidenden Mittel der psychologischen Auseinandersetzung geworden. Dazu kommt, daß konventionelle Rüstung am teuersten, auch nukleare Rüstung teuer, eine geschickte Strategie »aktiver Maßnahmen« jedoch am billigsten ist.

Strategische Desinformation

Die »Hohe Schule« der Desinformation ist weit mehr als die Verbreitung von falschen und provozierenden Informationen. Es hat vielmehr zu tun mit der Definition des Begriffs »Propaganda«, wie Sefton Delmer ihn gibt: Menschen dazu zu bringen, etwas tun zu wollen, was man selber will, in Verbindung mit dem Grundsatz Lenins, man müsse den Westen nicht nur besiegen, sondern ihn für die Sowjetunion arbeiten lassen. Eine der besten Definitionen für die Hohe Schule der umfassenden strategischen psychologischen Beeinflußung gibt Wladimir Wolkow: »Desinformation besteht darin, den Feind glauben zu lassen, was er glauben soll, damit er in sein eigenes Verderben rennt.«[101]

Während der Westen zur Wahrung seiner Sicherheit vornehmlich auf das Gleichgewicht der nuklearen und konventionellen Waffen achtet – Waffen, die nur dazu da sind, damit sie nie angewandt werden –, benutzt die Sowjetunion laufend und mit zunehmender Verfeinerung und wachsendem Erfolg die Waffen der psychologischen Beeinflußung der öffentlichen Meinung. Sie führt damit die Offensive auf einem Gebiet, auf dem der Westen hoffnungslos unterlegen ist, aufgrund der soziopolitischen Asymmetrie zwischen Ost und West und der Verwundbarkeit der offenen Gesellschaft.

Jean François Revel beschreibt sehr plastisch diesen Unterschied zwischen offener und geschlossener Gesellschaft. Und er nennt die von einer Demokratie gebotenen Möglichkeiten, die ein totalitärer Staat einseitig zu seinen Gunsten ausnutzen kann: »Das Recht auf Bildung von Vereinigungen, auf freie Meinungsäußerung, auf Verteilung von Informationsmaterial, auf Veröffentlichung von Zeitungen, auf Abhaltung von Kongressen, auf Straßendemonstrationen, auf Grenzübertritt, auf Eröffnung von Bankkonten, auf Anmietung von Räumen und Veranstaltungssälen, auf Sammeln und Verteilen von Geld, auf Entgegennahme von Geld über diskrete, von den Be-

hörden nicht überwachte Kanäle ... Die Kommunisten können auf die Staaten, auf die Gesellschaften und *in* die Gesellschaften außerhalb des Imperiums einwirken. Es ist die normalste Sache der Welt, daß sie in diesen Gesellschaften präsent sind und die verschiedenen Gruppierungen ansprechen und bearbeiten. Je demokratischer diese Gesellschaften sind, um so freier und offener können die Kommunisten dort agieren. Die Demokraten dagegen können keinen unmittelbaren Kontakt aufnehmen mit der Gesellschaft in einem kommunistischen Land, mit Gruppierungen, Bürgern und der anonymen Öffentlichkeit. Recht und Möglichkeit dazu besteht nur mit den offiziellen Organen, dem Staat. Die Gesellschaft bleibt völlig abgeschirmt ... Eine Desinformationskampagne kann nur Erfolg haben oder überhaupt geführt werden in einer demokratischen Gesellschaft, wo es die vielen Meinungen überhaupt gibt, die der Informationsverwirrer gegeneinander aufzuhetzen vermag. Das gelingt ihm um so leichter, je weiter ihm die Türen zu dieser Gesellschaft offenstehen und er im Lande auf eine erste Unterstützung rechnen kann. Die Demokratien dagegen verfügen über keines dieser hochentwickelten Propagandamittel, dieser mühelosen Zugänge und wohlgesonnenen Helfer in den totalitären Gesellschaften.«[102]

Sieg ohne Krieg – ist eine Maxime, die die größten strategischen Denker als Idealfall betrachtet haben, mit denen man sich in der Sowjetunion eingehend befaßt. So lernt man in der sowjetischen politischen Schulung die Strategeme von Sun Tsu, der zur Zeit der Shou-Dynastie in der Epoche der hegemonialen Auseinandersetzung des alten Chinas im fünften vorchristlichen Jahrhundert gelebt hat. Er ist der Klassiker der chinesischen Kriegskunst und der erste, der nicht nur Regeln über Truppenbewegungen, Kampf und militärische Auseinandersetzungen im Felde aufstellte, sondern sich auch mit dem Zusammenhang von Krieg und Strategie einerseits sowie Politik und Psychologie andererseits befaßte. In seinem Werk über die Kunst des Krieges heißt es: »Die größte Leistung besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne einen Kampf zu brechen.«[103] Etwas anders formuliert Carl von Clausewitz das Prinzip Sieg ohne Krieg, wenn er schreibt: »Der Eroberer liebt stets den Frieden ... Er würde gern widerstandslos in unser Gebiet einziehen.«[104] In seinem Handexemplar hat Lenin diesen Satz von Clausewitz dick angestrichen und am Rande vermerkt: »Ha, ha, geistreich«.

Sieg ohne Krieg – dies ist auch die Maxime für die sozialistische Politik des zwanzigsten Jahrhunderts: »Die Kommunisten wollen den Sieg des Sozialismus auf der ganzen Erde ohne Krieg erreichen.«[105] Sun Tsu führt die Lehre vom Sieg ohne Krieg noch weiter aus, wenn er schreibt: »Der kluge Anführer unterwirft die Truppen des Feindes ohne Kampf ... Dies ist die Methode, mit einer Kriegslist anzugreifen, indem man das Schwert in der Scheide läßt ... Jede Kriegsführung gründet auf Täuschung. Wenn wir also fähig sind anzugreifen, müssen wir unfähig erscheinen; wenn wir unsere Streitkräfte einsetzen, müssen wir inaktiv scheinen; wenn wir nahe sind, müssen wir den Feind glauben machen, daß wir weit entfernt sind; wenn wir weit entfernt sind, müssen wir ihn glauben machen, daß wir nahe sind. Lege Köder aus, um den Feind zu verführen. Täusche Unordnung vor und zerschmettere ihn ... Wenn du den Feind und dich selbst kennst, brauchst du den Ausgang von Schlachten nicht zu fürchten. Wenn du dich selbst kennst, doch nicht den Feind, wirst du für jeden Sieg, den du erringst, eine Niederlage erleiden, wenn du weder den Feind noch dich selbst kennst, wirst du in jeder Schlacht unterliegen.«[106] So wurde die Strategie der großangelegten Desinformation und der psychologischen Einbindung bereits vor zweieinhalbtausend Jahren beschrieben. Klaus Hornung weist darauf hin, daß nach dem Zweiten Weltkrieg die überkommenen begrifflichen Differenzierungen zwischen »Frieden« und »Krieg« der Boden entzogen wurde und der Krieg einen tiefgreifenden Gestaltwandel erlebte[107], die Auseinandersetzung unterhalb der militärischen Ebene zur Erzielung von Sieg ohne Krieg.[108] Präsident Richard Nixon nannte diese Auseinandersetzung »The real war«.[109] Der französische strategische Denker, General André Beaufre, charakterisiert diese neue Strategie als »eine sehr indirekte Militärstrategie, in der die politische Entscheidung durch den vorrangigen Einsatz psychologischer Mittel gesucht wird«. In einem neuartigen psychologischen Kriegskonzept, das es notwendig mache, »unsere Vorstellungen vom Krieg und seinen Grundelementen einer radikalen Überprüfung zu unterziehen«.[110]

Dieser *eigentliche* Krieg unserer Zeit, der bereits seit Jahrzehnten von der Sowjetunion gegen den Westen geführt und der von vielen im Westen nicht einmal wahrgenommen wird – darin liegt seine besondere Gefahr –, wird von Brian Crozier, dem langjährigen Leiter

des Londoner Institute for the Study of Conflict, realistisch als »Dritter Weltkrieg« bezeichnet[111], von Henry Kissinger als »fortgesetzter revolutionärer Kampf« mit einer »subtilen Mischung politischer, psychologischer, wirtschaftlicher und nebenbei auch militärischer Kriegführung« beschrieben[112], von Helmut Schmidt »erfolgreiche Strategie der Fortsetzung des Krieges mit den Mitteln der Politik« bezeichnet.[113] Klaus Hornung stellt fest: »Dieser Krieg ist ein vor allem ideologisch-politischer, langandauernder Konflikt, bei dem die organisierte militärische Gewaltanwendung primär als Instrument der Drohung oder Erpressung dient, nicht um Krieg zu *führen,* sondern um die *politische* Entscheidung *im Frieden* herbeizuführen, indem dieser Konflikt eine ganze Palette politischer, ideologischer, ökonomischer, kultureller, psychologischer und sprachlich-semantischer Mittel einbezieht. Während die liberalen Demokratien ihren anthropologischen und politischen Prämissen entsprechend ›Frieden‹ als Ziel an sich und Nichtvorhandensein von Kampf verstehen, ist Frieden für die totalitären Prämissen ›eine Form des Kampfes‹ ... Bei solcher ›Salamitaktik‹ kleiner Schritte und von faits accomplis im protracted conflict, im völkerrechtlichen Frieden und mit den Mitteln der Friedenspropaganda geht es stets darum, die Maßnahmen der totalitären Seite nach der geistigen und gesellschaftlichen Lage des demokratischen Gegners zu bemessen und zu erreichen, daß seine Regierungen von ihrer eigenen öffentlichen Meinung an Abwehrmaßnahmen gehindert bzw. zu bestimmten entgegenkommenden Aktionen gedrängt werden. Diese Doppelstrategie haben die Bolschewiki seit 1917 immer wieder erfolgreich erprobt ... Hier werden zum Beispiel mit Regierungen Verhandlungen geführt und Verträge geschlossen, während gleichzeitig die öffentliche Meinung der Gegenseite stetig im eigenen Sinn beeinflußt wird, so daß die demokratischen Regierungen immer wieder gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung und Wählerschaft, die von ›foreign entanglements‹ ungeschoren bleiben möchten und deren kurzes historisch-politisches Gedächtnis sie leicht beeinflußbar macht, unter Rechtfertigungszwang gesetzt werden, weshalb es in diesem System-Konflikt zwischen der konstitutionell-pluralistischen Demokratie und der monopolistischen Einpartei-Herrschaft a priori keine ›Waffengleichheit‹ gibt. Es wäre freilich schon von großer Wichtigkeit, daß auf westlicher Seite diese Tatsachen der

Lehre und Strategie der ›friedlichen Koexistenz‹ realistisch erkannt und entsprechend eingeschätzt würden. Über Erfolg oder Mißerfolg dieser Strategie entscheidet vor allem die Wahl des richtigen ›Zentralthemas‹ oder ›Leitmotives‹, die voraussetzt, die schwachen Punkte des Gegners – marxistisch ausgedrückt: seine gesellschaftlichen Widersprüche – zu erkennen und für den politisch-psychologischen Angriff optimal zu nutzen.«[114]

Angriffsziel der strategischen Desinformation ist insbesondere die veröffentlichte Meinung des Gegners – also in den freiheitlich repräsentativen Demokratien –, über diese die Willensbildung in der öffentlichen Meinung, von der über die freien Wahlen wiederum die Politiker und die Regierung in ihrer Entscheidungsfindung weitgehend abhängen.

In marxistisch-leninistischer Semantik wird dieses Ziel mit aller Deutlichkeit von Gorbatschow angesprochen. So heißt es in der von ihm betriebenen Neufassung des Parteiprogramms 1986: »Die revolutionären Parteien der Arbeiterklasse lassen sich von der wissenschaftlichen Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung, dem Marxismus-Leninismus, leiten und verfolgen eine prinzipielle Klassenpolitik. Sie sind von der historischen Unvermeidlichkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus überzeugt, erkennen klar die objektiven Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution, in welchen Formen – friedlich oder nicht friedlich – sie auch verlaufen mögen, und verstehen es, die allgemeinen Prinzipien des Kampfes für den Sozialismus auf die konkreten Bedingungen des jeweiligen Landes anzuwenden.«[115]

Noch deutlicher werden die Thesen zur Unionskonferenz der KPdSU vom 23. Mai 1988. In ihnen heißt es u. a.: »Im Kampf um das militärstrategische Gleichgewicht wurden in der Vergangenheit nicht immer die Möglichkeiten ausgeschöpft, die Sicherheit des Staates durch politische Mittel zu gewährleisten. Wir ließen uns dadurch ins Wettrüsten hineinziehen, was nicht ohne Auswirkungen auf die sozial-ökonomische Entwicklung des Landes und auf seine internationale Position bleiben konnte.«[116]

Die ZK-Sekretäre der Parteien der sozialistischen Länder stellten auf einer Konferenz im Januar 1987 in Warschau fest, »daß die von den sozialistischen Staaten ... unternommenen Anstrengungen ... einen günstigen Einfluß auf die Veränderung des politischen Klimas

in der Welt und auf die Stimmung der internationalen Öffentlichkeit ausüben ...«[117]
Da die Bundesrepublik Deutschland eines der Hauptziele dieser sowjetischen Beeinflußungsstrategie ist, ist es von besonderem Interesse, daß auch der sowjetische Botschafter in Bonn, Julij Kwizinskij, sich mit aller Deutlichkeit hierzu äußerte: »Das Hauptziel dieser Veränderungen muß, in Übereinstimmung mit dem Ziel unserer Politik in ihrer Gesamtheit, die Stärkung der sozialistischen Positionen und die Erschließung neuer Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die internationale Entwicklung sein.«[118]

Die Transmissionsriemen

Die erste und älteste Generation der Transmissionsriemen zur kommunistischen Beeinflußung im sowjetischen Sinn war die 1919 in Moskau gegründete Komintern, die von Moskau aus Weisungen an die kommunistischen Parteien in aller Welt gab. Ziel der Weisungen war nicht nur Subversion, Sabotage und Terrorismus, sondern auch die Ausgabe von Parolen und Sprachregelungen.
Als zweite Generation werden in den zwanziger Jahren die kommunistischen Frontorganisationen gegründet, deren Ziel und Aufgabe es ist, die öffentliche Meinung weltweit oder in bestimmten Ländern zu beeinflußen und in die nicht-kommunistischen Bevölkerungskreise hineinzuwirken. Stalin hat für sie den treffenden Namen »Transmissionsriemen« gefunden.[119] Die wichtigsten Frontorganisationen sind:
- der Weltfriedensrat,
- der Weltgewerkschaftsbund,
- der Weltbund demokratischer Jugend,
- die internationale demokratische Frauenföderation,
- sämtliche Gesellschaften für die Freundschaft mit der Sowjetunion,

dazu kommen eine ganze Reihe anderer Gruppierungen. Eine besondere Bedeutung für die Beeinflußung der öffentlichen Meinung haben darunter:
- die Internationale Organisation für Rundfunk und Fernsehen (OIRT) zur Koordinierung der Propaganda, Beeinflußung der

Personalpolitik und Aufbau von Rundfunk und Fernsehen in der Dritten Welt.
- die Internationale Journalistenorganisation (IJO) zur Infiltration der Massenmedien im Westen und in der Dritten Welt.

1988 wurde unter Gorbatschow Dušan Ulčak zum neuen Generalsekretär der aus Prag operierenden Frontorganisation ernannt. Ulčak ist ein erfahrener Spezialist für subversive Aktivitäten auf internationaler Ebene. Er war früher Präsident des ebenfalls als subversive Beeinflußungsorganisation Moskaus berüchtigt gewordenen Internationalen Studentenbundes und damit Mitorganisator der kommunistischen Weltjugendfestspiele. Er unterhält auch enge Beziehungen zu arabischen Studenten- und Terroristenorganisationen. Seine Ernennung zeigt, daß im Zeitalter von Glasnost die subversiven Aktivitäten und Beeinflußungsaktionen verstärkt werden sollen.

Mit zunehmender Verfeinerung der sowjetischen Desinformationstechnik wird einerseits der gesamte sowjetische Beeinflußungsapparat differenzierter, andererseits nimmt er mehr und mehr Abstand von einer unglaubwürdigen sowjetischen Gesamtpropaganda und konzentriert sich auf ein weltweit orchestriertes Zusammenspiel der verschiedensten Mittel und Organisationen zur Erreichung konkreter Einzelziele.

So tritt am 3. Januar 1966 in dem Hotel »Habana Libre«, dem ehemaligen Hilton der kubanischen Hauptstadt Havanna, die »Erste Solidaritätskonferenz der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas« zusammen, die – später auch unter dem Namen »Trikontinentale Konferenz« bekannt – einen Markstein nicht nur bei der Begründung der Zusammenarbeit des internationalen Terrorismus, sondern auch der weltweiten Desinformation setzt.

Für einen Zeitraum von sieben Tagen kommen 513 Teilnehmer aus 83 Ländern der Welt zusammen. Formeller Gastgeber ist Fidel Castro, aber eigentlicher Initiator und Motor der Konferenz ist die Sowjetunion. Unter der Leitung von Scharaf Raschidow, Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU und Erstem Sekretär der kommunistischen Partei Usbekistans, kommen 42 sowjetische Experten auf den Gebieten der Subversion, des Terrorismus, der Propaganda und der Medienbeeinflußung in die kubanische Hauptstadt. Unter den übrigen Teilnehmern sind Vertreter kommunistischer Terroristenorga-

nisationen aus Südvietnam, Laos, Kambodscha, Südjemen, Französisch-Somaliland, Angola, Mozambique, Rhodesien, Senegal, Südwestafrika/Namibia, Nicaragua, El Salvador, Guatemala und vielen anderen Ländern. Salvador Allende aus Chile ist ebenso anwesend wie Régis Débray aus Frankreich, der Chef der extremistischen PFLP, George Habash, ebenso wie eine Reihe engster Mitarbeiter von Arafats PLO.

Auf der Konferenz wird nicht nur die Koordination des internationalen Terrorismus unter Moskaus Leitung beschlossen, wird nicht nur die Errichtung der ersten zehn Terroristenausbildungslager unter Oberleitung des sowjetischen KGB-Obersten Vadim Kopschergin auf Kuba im selben Jahr in Angriff genommen, sondern die zweite der vier Kommissionen, die in Havanna ihre Arbeit aufnehmen, erhält die Aufgabe der Intensivierung und weltweiten Koordinierung der »antiimperialistischen« Propaganda. Alle diese Aufgaben werden unter dem Dach der bei dieser Gelegenheit gegründeten afro-asiatischen lateinamerikanischen Volkssolidaritätsorganisation (AALAPSO) weitergeführt. Das erste Ergebnis auf dem Gebiete der Desinformation ist die Organisation einer weltweiten Protest- und Propagandakampagne gegen das amerikanische Engagement in Vietnam. Diese Arbeit hat weltweit – insbesondere in den Vereinigten Staaten selbst – durchschlagenden Erfolg. Hunderte von internationalen und nationalen Organisationen in fast allen Ländern der freien Welt werden gegründet und ausgenutzt, um das von Moskau angestrebte Ziel zu erreichen. Erstmals erprobt Moskau weltweit erfolgreich, wie eine offene und freie Gesellschaft durch koordinierte Meinungsmache durchdrungen und ausgenutzt werden kann. Die Vereinigten Staaten verlieren den Krieg in Vietnam nicht an der Front, sondern vor den Fernsehschirmen im eigenen Land.[120]

Nachdem die oben genannten Transmissionsriemen der zweiten Generation – die älteren Frontorganisationen – weitgehend in der westlichen Welt diskreditiert und als sowjetische Einflußorgane bekannt geworden sind, hat Moskau in der Zeit von Gorbatschow seine Einflußstrategie weiter verfeinert.

Es handelt sich nunmehr um die dritte Generation von Transmissionsriemen. Die neue, verfeinerte Taktik sieht folgendermaßen aus:

1) Gründung *neuer,* noch nicht international diskreditierter *Frontorganisationen,* wie die Internationale Vereinigung von Juristen gegen Atomwaffen (gegründet am 8. April 1988 in Stockholm, weitgehend nach dem Muster der 1982 gegründeten Organisation Internationale Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges [IPPNW]).
2) *bilaterale berufsspezifische Kontakte* (etwa von Naturwissenschaftlern, Ärzten, Wirtschaftsleuten u.a.m.).
3) Veranstaltung *internationaler Tagungen* und Kongresse berufsspezifischer oder auf ein bestimmtes Ziel gerichteter Art wie etwa das »Moskauer Friedensforum« im Februar 1987.
4) Der Versuch der *Ausnutzung internationaler Organisationen,* die nicht als sowjetische Frontorganisationen gelten, die Moskau jedoch zu durchdringen und für die Verbreitung seiner Meinungsbeeinflußung auszunutzen versucht. Hierzu gehören nichtstaatliche Organisationen (NGOs) im UN-Rahmen sowie Sonderorganisationen der Vereinten Nationen wie etwa die Unesco sowie kulturell-wissenschaftliche Organisationsverbände, internationale Initiativ-Gruppen, Stiftungen und ähnliche Einrichtungen. Beispielsweise die sich »spontan« bildenden Internationalen Initiativ-Gruppen nach dem Moskauer Teststop-Forum im Juli 1986, die Zusammenarbeit des Issyk-kul-Forums mit dem Club of Rome sowie die Pugwash-Veranstaltungen.
5) Die weitere Differenzierung und Verstärkung der Beeinflußungsarbeit durch das von der sowjetischen Führung bereits seit Jahren in ihre »Friedensarbeit« eingebundene *Kirchliche Außenamt des Moskauer Patriachats* der Russisch-orthodoxen Kirche, das mit über hundert Mitarbeitern für religiöse Westeinwirkung einschließlich der Einflußnahme auf den Weltkirchenrat zuständig ist.[121]

»Ein Staat wie jeder andere ...«

Ziel Gorbatschows ist die Stabilisierung des sozialistischen Systems durch Umgestaltung der Wirtschaft mit westlicher Hilfe. Um dies zu erreichen, muß er nach der Erlangung militärischer Parität versuchen, weltweit auch moralische Parität für die Sowjetunion herzu-

stellen. Es geht darum, das Bild von der Sowjetunion im Westen von Grund auf zu verändern. Daher die (z. T. oben zitierten) wiederholten Erklärungen Gorbatschows, Gerassimows, aber auch Schewardnadses und Gromykos, es gelte, die Gedanken und Köpfe im Westen zu beeinflußen.

Im Westen soll daher der Eindruck hervorgerufen werden, die Sowjetunion sei ein Staat wie jeder andere, auf den man unkritisch und in selbstverständlicher Weise – gewissermaßen in einer Art Spiegelprojektion – die vertrauten Verhaltensweisen westlicher Demokratien anwenden könne. Die Sowjetologin Françoise Thom bezeichnet dies treffend als »Spiegeldesinformation«.[122]

Auch Alain Besançon begründet den Erfolg der sowjetischen Diplomatie und der Manipulation der öffentlichen Meinung des Westens mit der Übertragung der Denk- und Verhaltensgepflogenheiten westlicher Diplomaten und Journalisten auf ein so radikal unterschiedliches politisches Phänomen wie die Sowjetunion und fährt fort: »Von dem Moment an, da die westliche Diplomatie das Sowjetregime de jure anerkannt hatte, konzedierte sie, daß die Sowjetunion ein Staat wie jeder andere sei, ein Staat, zu dem normale, friedliche Beziehungen möglich und wünschenswert waren ... Was die Presse betrifft, so akzeptiert auch sie in dem Moment, wo es um die Sowjetunion geht, als Arbeitshypothese den Satz, daß West und Ost symmetrisch sind: daß es im Kreml ebenso wie in London oder Paris und speziell in Washington unterschiedliche Richtungen gibt, ›Falken‹ und ›Tauben‹; daß in der sowjetischen Politik alles letztlich eine Frage von Individuen und Persönlichkeiten ist (weil das häufig bei uns im Westen so ist); daß in der UdSSR stets irgendein Ereignis bevorsteht, selbst wenn sich nichts ereignet; daß das Land sich wandeln wird – dabei ist, sich zu wandeln –, sich schon gewandelt hat.«[123]

Diese Spiegeldesinformation führt dann auch semantisch zu einer moralischen Gleichsetzung von Ost und West und bei europäischen Beobachtern zu einer verbalen Äquidistanz zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion: So spricht man nicht mehr von der weltrevolutionären und expansiven Sowjetunion gegenüber den demokratischen Vereinigten Staaten, sondern wertneutral von »den beiden Supermächten«; nicht mehr von der sich ständig steigernden sowjetischen Überrüstung und dem westlichen Versuch, dem ein

Minimum an Abschreckung gegenüberzustellen, sondern von »dem Rüstungswettlauf zwischen Ost und West«; nicht mehr vom Zwangsbündnis des Warschauer Pakts und der Wertegemeinschaft der Atlantischen Allianz, sondern von »den beiden Blöcken«; nicht mehr von offensiver und subversiver sowjetischer Politik gegenüber Eindämmungsversuchen des Westens, sondern vom »Wettkampf der Systeme«. Folge dieser desinformativen psychologischen Mund-zu-Mund-Beatmung von Ost nach West ist dann die Überzeugung, man dürfe nur noch »gemeinsame Ziele« verfolgen, von der Entwicklung der Dritten Welt bis zum Überleben der Menschheit, und hieraus folgt dann die finanzielle Mund-zu-Mund-Beatmung von West nach Ost und die Lebensverlängerung des totalitären Systems.[124]

Hinter der Vorspiegelung von angeblichen Gemeinsamkeiten zwischen der Sowjetunion und dem Westen im Kampf um das »Überleben der Menschheit« verbirgt sich der Pferdefuß sowjetischer Klasseninteressen. Professor Afanassjew schreibt hierzu: »Die KPdSU gibt den allgemein menschlichen Werten, dem menschlichen Leben Vorrang und verteidigt eine gewaltlose Welt. Sie verneint aber keineswegs den partei- und klassenmäßigen Ansatz bezüglich gesellschaftlicher Prozesse und Kriege ... Die KPdSU unterstützt die internationalen Arbeiter-, die kommunistischen nationalen Befreiungsbewegungen und führt einen unversöhnlichen Kampf gegen den Klassenfeind. Marxisten sind keine Pazifisten. Sie betrachten gerechte Befreiungs- und Verteidigungskriege als natürlich und gesetzmäßig.«[125]

Auch Außenminister Schewardnadse bekräftigt vor den Diplomaten seines Ministeriums: »Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten war und bleibt ein in höchstem Maße parteiliches, ideologisch reines, klar organisiertes und arbeitsfähiges Organ der Sowjetmacht ... In dieser Theorie (der sowjetischen Außenpolitik) darf es keinen trennenden Gegensatz zwischen dem Proletarischen und dem Allgemeinmenschlichen geben ... Diese Konzeption ist dazu berufen, folgende Gesetzmäßigkeit zum Ausdruck zu bringen: Unsere Klasseninteressen bestimmen den Kampf für die allgemein menschlichen Ideale.«[126]

Einige Medien im Westen bringen mit Vorliebe angebliche Enthüllungsberichte über die Hintergründe der Schwierigkeiten Gorba-

tschows – so etwa das italienische KP-Organ L'Unità[127] –, die dann im Westen fast automatisch zur Schlußfolgerung führen, man müsse »Gorbatschow helfen« gegen seine »konservativen« Gegner.
Da viele in den einzelnen Demokratien des Westens häufig nur bis zum Tellerrand der nächsten Wahlen blicken, ist es darüber hinaus für westliche Beobachter kaum vorstellbar, daß die totalitäre Sowjetunion, ungehindert durch Opposition, öffentliche Meinung oder freie Wahlen, eine langfristige Außenpolitik betreibt. Terry McNeill schreibt hierzu: »Westliche Meinungsmacher zeigen einen scheinbar unwiderstehlichen Drang, ein gleichförmiges Selbstbildnis auf das sowjetische Regime zu projizieren, welches sich auf die Annahme gründet, daß unsere Motive ihre Motive und daß vergangene Probleme zwischen uns entweder das Ergebnis eines Mißverständnisses oder schlechter Führung seien. Wenn sich herausstellt, daß Gorbatschows ›Neues Denken‹ nichts anderes als eine leninistische ›Peredyshka‹ (eine Atempause) statt einer ›Perestrojka‹ ist, dann wird man von neuem wieder einige harte Lektionen lernen müssen.«[128]
Zur Beeinflußung des westlichen Denkens hat sich Gorbatschow die besten Kenner der westlichen Psychologie als seine Berater nach Moskau geholt. Hierzu gehört insbesondere Alexander Nikolajewitsch Jakowlew, der an der Columbia University in New York studiert hat und vor seiner Berufung nach Moskau zehn Jahre lang sowjetischer Botschafter in Kanada war. Bis Ende September 1988 gehörte auch der mit Gromyko eng verbundene Anatolij Dobrynin, langjähriger sowjetischer Botschafter in Washington, zu Gorbatschows Beratern. Spezialist für Deutschland ist Valentin Falin, der über Goethe promoviert hat und viele Jahre Botschafter in Bonn war. Unter Gorbatschow wurde Falin Leiter der vom KGB geführten sowjetischen Nachrichtenagentur Nowosti.
Ende November 1988 hat Gorbatschow ein strategisches Lenkungsorgan für sämtliche Aktivitäten der strategischen Desinformation und der auf die öffentliche Meinung des Westens zielenden zwischengesellschaftlichen Diplomatie eingerichtet: die von ZK-Sekretär Jakowlew geleitete 22-köpfige ZK-Kommission für Internationale Politik, in der die Schlüsselfunktionäre des sowjetischen Einfluß- und Propagandaapparates zusammengefaßt sind. Mit Achromejew, Arbatow, Falin, Kowaljow, Krjutschkow, Nikifo-

row, Primakow, Tschernjajew und Welichow – um nur einige der wichtigsten zu nennen – sind KGB und Militär ebenso vertreten wie das Außenministerium und die offiziellen wissenschaftlichen Institute. In einer Doppelstrategie soll nicht mehr lediglich Oppositions- und Protestpotential zur Behinderung der westlichen Politik mobilisiert werden, sondern – durch die Darstellung der Sowjetunion als eines Landes wie jedes andere – die politisch-psychologische Einbindung des Westens betrieben, um Unterstützung, Vertrauen und Kooperation mit dem Ziel der Erstarkung der Sowjetunion geworben werden. In medienwirksamer Weise soll auf einen Bewußtseinswandel in der westeuropäischen und westlichen Öffentlichkeit hingewirkt werden.
Um sich als »Staat wie jeder andere« darzustellen und um erfolgreich auf die öffentliche Meinung der offenen westlichen Gesellschaft einwirken zu können, bemüht sich die Sowjetunion, einige Werte, die den Menschen im Westen von besonders hoher Bedeutung sind, mit ihren Inhalten zu besetzen, einen Wandel innerhalb der Sowjetunion auf diesen Gebieten glaubhaft zu machen und dies operativ für ihre Desinformationspolitik zu nutzen. Hierzu gehören insbesondere: Frieden, Religion und Menschenrechte.

Der Krieg mit Namen »Frieden«

Das verführerische Wort vom Frieden hat seit jeher eine zentrale Bedeutung in den sowjetischen Desinformationskampagnen. Bereits 1922, als Lenin seinem Außenminister Tschitscherin Anweisungen gibt, der Konferenz von Genua »ein umfassendes Friedensprogramm« vorzuschlagen, fragt dieser entsetzt in Moskau zurück: »Mein Leben lang habe ich gegen diese kleinbürgerlichen Illusionen gekämpft, und jetzt zwingt mich das Politbüro auf meine alten Tage, sie zu vertreten ... Könnten Sie mir präzise Anweisungen dazu geben?« Diese präzisen Anweisungen kommen postwendend: »Genosse Tschitscherin«, schreibt Lenin, »Sie sind allzu nervös ... Sie und ich haben im Zeichen des Programmes unserer revolutionären proletarischen Partei gegen den Pazifismus gekämpft. Das ist klar. Aber sagen Sie mir doch, wo und wann die Partei es je abge-

lehnt hätte, den Pazifismus zu benutzen, um ihren Feind, die Bourgeoisie, zu spalten?«[129]

Von Moskau organisiert bzw. unterstützt dienen diesem Ziel auch die erste Friedensbewegung von 1932 – die sogenannte »Amsterdamer Bewegung« – ebenso wie die Friedensbewegung von 1949, deren Ziel es ist, einen Kontrapunkt zur sowjetischen Berlin-Blockade und dem Überfall auf Korea zu setzen, wie die »Ohne-Mich-Bewegung« und die Aktion »Kampf dem Atomtod« in den fünfziger Jahren. Mitte der siebziger Jahre folgte die Aktion gegen die Neutronenwaffe gewissermaßen als Generalprobe für die von Moskau breit orchestrierte und von Kanada und den Vereinigten Staaten bis nach Skandinavien und in die Türkei mit Schwerpunkten in der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien international koordinierte Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluß.[130]

Ziel der sowjetischen Kampagnen, die von Gorbatschow in neuer Form fortgesetzt werden, ist die Entblößung Westeuropas von nuklearen Abschreckungswaffen. Die Existenz nuklearer Waffen und die Strategie der abgestuften Abschreckung der Atlantischen Allianz haben nach 1945 auf dem europäischen Kontinent den Frieden gesichert, ein weiteres Vordringen der Sowjetunion in Europa verhindert und die Freiheit der westeuropäischen Staaten garantiert. Dies ist der entscheidende Grund für die Sowjetunion, Atomwaffen als apokalyptisch darzustellen und die öffentliche Meinung dagegen in Westeuropa aufzubringen, um eine Denuklearisierung Europas zu erreichen und das konventionelle Übergewicht der Sowjetunion auf dem europäischen Kontinent – zumindestens als militärische Drohkulisse zum Erreichen europäischer politischer Gefügigkeit – voll zum Tragen zu bringen.

Neben den zahlreichen nuklearen Abrüstungsvorschlägen Gorbatschows ist hier insbesondere das von der Sowjetunion in Moskau am 14./16. Februar 1987 organisierte »Internationale Friedensforum« zu nennen, zu dem mehr als 900 ausländische Teilnehmer aus 80 Ländern eingeladen wurden. Flug- und Aufenthaltskosten der Teilnehmer – einschließlich ihrer Ehefrauen – wurden von der Sowjetunion übernommen. Eingeladen waren insbesondere Meinungsführer mit hoher Ausstrahlungs- bzw. Multiplikationswirkung wie Schriftsteller, Wissenschaftler, Wirtschaftsführer, Schau-

spieler, Journalisten u.a.m. Das Motto der Veranstaltung lautete: »Für eine atomwaffenfreie Welt – Für das Überleben der Menschheit« und visierte damit gleichermaßen das politisch strategische Ziel einer sowjetischen Dominanz in Westeuropa wie auch das psychologische Ziel an, der Westen müsse nun gemeinsam mit der Sowjetunion (dem »Staat wie jeder andere!«) für gemeinsame übergeordnete Ziele kämpfen.

Gastgeber auf dem Moskauer Forum war der Präsident der sowjetischen Handelskammer, Pitowranow. Viele Gäste auf dem Moskauer Friedensforum mußten sich allerdings die Frage stellen, wieso in der Sowjetunion, in der es keine unabhängigen Unternehmen, sondern nur Staatsbetriebe gibt, eine »Handelskammer« besteht. Die Frage ist berechtigt: Mit dieser Aufgabe wurde Pitowranow erst 1983 von dem früheren sowjetischen Generalsekretär und langjährigen KGB-Chef Andropow betraut. In Wirklichkeit ist Pitowranow Generalleutnant im KGB. Zur Zeit Stalins diente er als KGB-Offizier in Gorki. Danach war er KGB-Resident in Ostberlin und in Peking. 1964 übernahm er die Leitung der KGB-Schule Felix Dserschinky. Die »Handelskammer« ist eine Anlaufstelle und ein Beeinflußungszentrum des KGB, insbesondere für westliche Wirtschaftsführer.[131]

Vom 13. bis 15. Mai 1987 fand in Moskau ein »Internationales Dialogtreffen der Vertreter von Friedensbewegungen« statt, dessen Ziel es war, die Arbeit der westlichen »Friedensbewegungen« durch Moskau zu koordinieren.

Vom 20. bis 22. Juni 1988 organisiert Erich Honecker in Ostberlin nach dem Muster des Moskauer Internationalen Friedensforums sein »Internationales Treffen für atomwaffenfreie Zonen«.

Im Umfeld der Vereinten Nationen bemühen sich von Moskau beeinflußte internationale Nicht-Regierungs-Organisationen (sogenannte NGOs), die dritte Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung (31. Mai bis 25. Juni 1988) weitmöglichst zu beeinflußen und für die sowjetischen Zielsetzungen auszunutzen. Über ein Viertel der insgesamt 110 offiziellen Veranstaltungen, die im Kalender der Vereinten Nationen zum Jahr des Friedens aufgeführt sind, werden entweder in Ländern des Sowjetblocks abgehalten oder von sowjetisch gesteuerten Friedensorganisationen wesentlich beeinflußt.

Vom 21. bis 23. Mai 1988 findet in Bonn der II. Internationale Pädagogen-Friedenskongreß unter dem Motto »Global denken und lehren – lokal handeln!« statt. Wesentlichen Einfluß hat, wie auf dem vorhergegangenen I. Internationalen Pädagogen-Friedenskongreß 1986 in Kopenhagen, die kommunistisch gesteuerte »Internationale Föderation der Lehrergewerkschaften« – FISE mit Sitz in Ostberlin.

Zugleich bemüht sich die sowjetische Führung, den Weltfriedensrat mit Sitz in Helsinki der Strategie Gorbatschows und seinem angeblich so neuen Denken anzupassen. Im September 1988 gibt der ehemalige sowjetische Sekretär beim Weltfriedensrat, Professor Tair Tairov, deutliche Richtlinien für eine Erneuerung der weltweiten Einflußkampagnen des Weltfriedensrates und übt gleichzeitig scharfe Kritik an der mangelnden Effizienz in der letzten Zeit.[132] Der Weltfriedensrat soll künftig in vier regionale Gruppen geteilt werden und die Propagandakampagnen den regionalen Verhältnissen angepaßt werden. Die Finanzierung soll zur besseren Tarnung nicht mehr durch den »Sowjetischen Friedensfonds«, sondern durch den zur Zeit Gorbatschows 1987 in Moskau errichteten sogenannten »Internationalen Friedensfonds« – der bereits Zweigstellen in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Schweden errichtet hat – organisiert werden. Die Operationen sollen elastischer und ideologiegebunden sein.

In ähnlicher Weise wird das Internationale Institut für Frieden in Wien reorganisiert. Sein Präsident ist nicht mehr ein Kommunist, sondern der zum linken Flügel der SPÖ gehörende frühere sozialistische Außenminister Österreichs, Erwin Lanc. Die Arbeit im Dienste Moskaus des Instituts ist jedoch dieselbe geblieben; der Direktor des Instituts ist nach wie vor ein von Moskau entsandter Sowjetrusse.[133]

Vom Sowjetischen Friedensrat – der nationalen sowjetischen Organisation im Weltfriedensrat – wird 1987 unter dem Namen »Seljony Mir« in Moskau eine neue Organisation gegründet, deren Ziel die Zusammenarbeit mit westlichen ökopazifistischen Gruppen in einer »Grünen Internationale« ist, nicht etwa zur Wahrung des Umweltschutzes, sondern zur Verbreitung sowjetischer »Friedens«-propaganda. Im März 1987 wurde unter Gorbatschow einer der geschicktesten Spitzenfunktionäre des sowjetischen Agitprop-Appa-

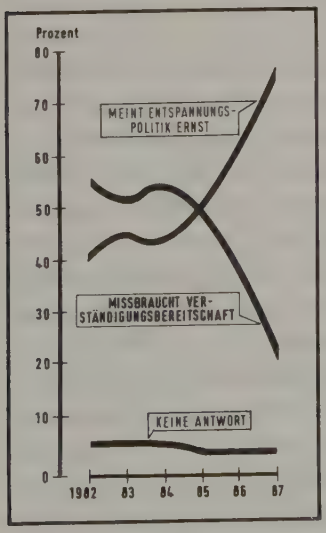
rates, Genrich Borowik, mit der Leitung des Sowjetischen Friedensrates betraut. Der »Friedenskämpfer« Borowik war bereits während der sechziger Jahre Offizier in der 10. Abteilung des zweiten Hauptdirektorats des KGB und dort für die Anwerbung westlicher Journalisten im Sinne der sowjetischen Desinformationsstrategie verantwortlich. Sein Schwager ist Wladimir Krjutschkow, der von Gorbatschow zum Chef des KGB ernannt worden ist.[134]
Als Ergebnis der massiven sowjetischen »Friedens«-propaganda kann die sowjetische Nachrichtenagentur Nowosti am 31. Oktober 1988 melden: »Der Prozeß der Umgestaltung der internationalen Beziehungen in Europa im Geiste des Neuen Denkens gewinnt an Kraft. Als Antwort auf die Forderung der besonders konservativen NATO-Kreise, das Nuklearpotential zu modernisieren und nachzurüsten, wird der Aufruf der breiten Öffentlichkeit zur Abrüstung und Humanisierung der internationalen Beziehungen immer lauter. Die Regierungen können diese Stimmungen nicht ignorieren.«[135]
Der engste Berater Gorbatschows, Alexander Jakowlew, hat noch zu seiner Zeit als Botschafter in Ottawa eine Äußerung getan, die als Schlüsselsatz für Sinn und Zielsetzung der großangelegten Desinformationsstrategie der heutigen sowjetischen Führung gelten kann: Mit dem Schwinden der sowjetischen Bedrohung würde auch das amerikanische Imperium verschwinden.[136]
Wichtigstes Ziel der sowjetischen Beeinflußungsstrategie ist die Bundesrepublik Deutschland. Hier muß angesetzt werden, um die Europäer von den Vereinigten Staaten von Amerika und um die Deutschen von ihren westlichen Nachbarn politisch, psychologisch und militärisch zu trennen. Einer der besten Sowjetunion-Kenner und langjähriger Chefredakteur der Osteuroparedaktion der Deutschen Welle, Botho Kirsch, analysiert: »Als gewiefte Politprofis wissen die Sowjets genau, wo sie die Deutschen psychologisch zu packen haben, um sie in die gewünschte Gorbatschow-Euphorie zu versetzen. Sie kennen die psychologischen Einbruchstellen genau: das Übergewicht der Sentiments und Emotionen über die kühl kalkulierende Vernunft, die langsame, aber stetige Ostdrift der deutschen Sozialdemokratie, die neutralistischen Ausstiegsillusionen in der Friedens- und Umweltbewegung, die Rapallo-Träume auf der Rechten und die antifaschistischen Einheitsfrontillusionen auf der Linken, Sühnekomplexe gegenüber den Völkern des Ostens. Sie alle

bieten sich geradezu an für eine Verführung durch die östlichen Propagandaprofis.«[137]

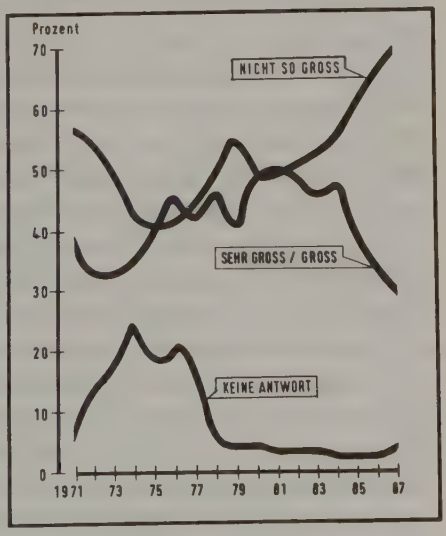
Der sowjetische Deutschlandexperte und langjährige Mitarbeiter der weitgehend vom KGB bestimmten sowjetischen Nachrichtenagentur Nowosti, Nikolai Sergejewitsch Portugalow, analysiert seinerseits den Erfolg der sowjetischen Bemühungen: »Der Bundeskanzler mit seinem feinen politischen Gespür hat schnell begriffen, daß die immense Popularität der sowjetischen Perestrojka in der Bundesrepublik Deutschland keine Mode und keine grundlose Euphorie ist, sondern ein Resultat des radikalen Umdenkens, das sich in den Köpfen einfacher Bundesdeutscher in bezug auf ihre Geschicke in Europa und auf ihre nationalen Interessen vollzieht, die nunmehr nach ihrer festen Überzeugung untrennbar mit einer Hinwendung zu Rußland verbunden sind ...«[138]

Das sowjetische Fernsehen jubiliert: »In der Tat werden in der Bundesrepublik Deutschland umfassend die Perspektiven einer neuen Politik erörtert. Zum Impuls hierfür wurde unsere Umgestaltung. ›Wir haben keine Angst mehr vor den Russen‹ – so lautet eine doppelseitige Überschrift in der ersten Nummer der populären westdeutschen Zeitschrift Stern. Sie hebt hervor, daß die Politik der Ab-

Verständigungsbereitschaft der UdSSR



Das Ausmaß der kommunistischen Bedrohung



IAP-Dienst, Bielefeld, Nr. 23, 17. Nov. 87, S. 7

rüstung und Entspannung, die die Sowjetunion führt, die westdeutschen Militärs und andere Anhänger des kalten Krieges des früheren Feindbildes beraubt hat. Die Jugend der Bundesrepublik Deutschland will davon nichts mehr hören: Die Bundeswehr macht eine Krise durch ...«[139]

Der langjährige Chef des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium in Bonn, Hans Rühle, kommt zu dem Schluß: »Die ›Akzeptanzkrise‹ ist daher im wesentlichen das Produkt einer Medienkampagne, in der die Daten der Meinungsforschung teilweise unprofessionell mißinterpretiert, teilweise absichtsvoll mißbraucht werden. Wenn es hierfür und für die Aussage, daß das reduzierte Bedrohungsbewußtsein keinen aktuellen Handlungsbedarf in Richtung auf alternative Konzepte auslöst, noch eines Beweises bedürfte, dann ergäbe er sich nicht zuletzt aus der Tatsache, daß die äußere Sicherheit in allen einschlägigen Umfragen nicht mehr unter den ›wichtigsten politischen Aufgabenbereichen‹ rangiert ... Am 17. Dezember 1988 jährte sich zum siebzigsten Mal der Tag, an dem die Legende erfunden wurde, eine im Felde unbesiegte Armee sei durch die Heimat erdolcht worden. Eine neue Variante dieser Legende entsteht gegenwärtig: die Erdolchung der erfolgreichen westlichen Sicherheitspolitik und ihres nationalen Instruments, der Bundeswehr, durch das in Meinungsbefragungen zu Wort kommende deutsche Wahlvolk.«[140]

Denselben Zielen der sowjetischen Desinformationsstrategie gelten auch die sich laufend wiederholenden, nicht abreißenden Abrüstungsvorschläge Gorbatschows. Thomas Kielinger kommt zu dem Schluß: »Gilt eigentlich noch ein Verhandlungsgrundprinzip für die am 6. März in Wien beginnenden Gespräche über die konventionelle Abrüstung in Europa? Oder wird durch das Trommelfeuer nicht abreißender Vorschläge aus dem Warschauer Pakt die Hand des Westens wie von ferne gelenkt, bis wir – wie unbeabsichtigt – vor einer öffentlichen Meinung in unseren eigenen Ländern stehen, die jede Besinnung auf nüchterne Verhandlungen unmöglich macht?«[141]

Eine derart beeinflußte und beeinflußbare Bundesrepublik Deutschland kann für die langfristig angelegte offensive sowjetische Weststrategie gerade dann von Nutzen sein, wenn sie nicht neutralisiert, sondern als Instrument der von Moskau konzipierten Desinformationsstrategie die Entscheidungen im westlichen Bündnis von

innen beeinflußt. So erklärt der sowjetische Botschafter in Bonn, Julij Kwizinskij, die Sowjetunion sei daran interessiert, daß die Bundesrepublik im westlichen Verteidigungsbündnis verankert ist. Dies sei eine Garantie für die Stabilität in Europa. Das gesamte Verhältnis zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt hänge sehr stark davon ab, wie »intensiv und positiv« sich die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau entwickeln.[142]

Doppeldeutige Religionspolitik

Am 5. Juni 1988 beginnen in der Moskauer Pogejawlenski-Kathedrale mit einem vom Oberhaupt der Russisch-orthodoxen Kirche, dem Patriarchen Pimen von Moskau, zelebrierten Gottesdienst die Tausendjahrfeiern der Christianisierung Rußlands – eigentlich der Kiewer Rus in der Ukraine. Geladene Gäste und Delegationen aus dem Ausland füllen die Kathedrale bis zu dem letzten Platz. Das sowjetische Fernsehen überträgt Ausschnitte des Festgottesdienstes.

Einige Kirchen und Klöster in der Sowjetunion sind anläßlich der Tausendjahrfeier restauriert worden. In Wilnius, der Hauptstadt Litauens, ist die Kathedrale den Gläubigen wieder zurückgegeben worden. Bibeln dürfen in beschränktem Umfang wieder in die Sowjetunion geschickt werden, ohne beschlagnahmt zu werden. Einige Zeitungsartikel befassen sich kritisch mit der Kirchenverfolgung zur Stalin-Zeit.

Hat sich auf dem Gebiet der Religionspolitik Grundlegendes in der Sowjetunion geändert? Nachdem die KPdSU mit der Revolution von 1917 zunächst die Kirchengemeinschaften in der Sowjetunion zerstört und Mitglieder der Hierarchie deportiert und liquidiert hatte, änderte sich dies im »großen vaterländischen Krieg« 1941 bis 1945, da Stalin, um das russische Volk zum Durchhalten zu zwingen, sich genötigt sah, auch an die Religiosität der Russen zu appellieren. Seitdem ist auch die kirchliche Hierarchie wieder geduldet, allerdings nur als Dienerin der kommunistischen Partei.

Der »Allrussische Rat der Geistlichen« wird gegründet. Er steht unter Aufsicht von Generalmajor G. Karpov vom KGB. Heute sind alle wichtigen Ämter der orthodoxen Kirche entweder von partei-

hörigen Priestern besetzt oder durch Mitglieder des KGB. In einer Ausarbeitung des Bundesnachrichtendienstes von Anfang 1977 heißt es: »Nach Aussagen von Überläufern und Aussiedlern aus der UdSSR ist bekannt, daß der KGB bemüht ist, eine größtmögliche Anzahl von kirchlichen Positionen durch eigene Vertrauenspersonen zu besetzen. Alle Priesteramtskandidaten werden, bevor sie zum theologischen Studium zugelassen werden, vom KGB überprüft. Vom Standpunkt des KGB ungeeignete Kandidaten werden überhaupt nicht zu den theologischen Studien zugelassen. Außerdem läßt der KGB auch eigene Mitarbeiter in diesen Schulen studieren und später zu Priestern weihen ... Die Hauptaufgabe des Moskauer Patriarchats auf dem Sektor der Außenpolitik ist die Unterstützung der allgemeinen sowjetischen Politik auf den für die Kirche besonders gut zugänglichen Gebieten, vornehmlich Friedenspropaganda und Propaganda der Freundschaft zu allen Völkern der Welt. Durch die Aktivität des Moskauer Patriarchats soll eine Neutralisierung von Institutionen erreicht werden, die der sowjetischen Politik entgegenwirken.«[143]

So ist etwa die »Weltkonferenz religiöser Führer für den Frieden«, die vom 10. bis 14. Mai 1982 in Moskau auf Einladung der Russisch-orthodoxen Kirche stattfindet, vom Standpunkt der internationalen Abteilung des ZK der KPdSU aus gesehen nur der Anfang einer breit angelegten Kampagne, um weltweit die religiösen Friedensbewegungen zu koordinieren.

Auch zur Zeit Gorbatschows hat sich dies grundsätzlich nicht geändert: Die Russisch-orthodoxe Kirche darf in begrenztem Umfang Gottesdienste abhalten, wenn sie sich dafür in den Dienst der sowjetischen Desinformationspolitik des KGB, insbesondere auf dem Gebiet der Friedenspropaganda, stellt.

Die Abteilung für die auswärtigen kirchlichen Beziehungen des Moskauer Patriarchats der Russisch-Orthodoxen Kirche wird seit 1981 vom Metropoliten von Minsk und Weißrußland Filaret geleitet. Er nimmt zahlreiche herausgehobene Funktionen im sowjetischen Propaganda- und Einflußapparat wahr: so ist er Vorsitzender der Kommission für die Verbindung mit religiösen Kreisen, die für den Frieden eintreten, im Rahmen des sowjetischen Friedenskomitees, Mitglied des Fortsetzungsausschusses der christlichen Friedenskonferenz, einer klassischen kommunistischen Front- und

Einwirkungsorganisation, Vorsitzender des Arbeitspräsidiums der Weltkonferenz religiöser Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe, leitender Teilnehmer am Internationalen Friedensforum in Moskau im Februar 1987 sowie Initiator, Gastgeber und maßgeblicher Teilnehmer an vielen Konferenzen von Theologen und wissenschaftlichen Experten, die zum Zwecke der »Friedensarbeit« seit 1982 im kirchlichen Außenamt der Russisch-Orthodoxen Kirche veranstaltet wurden. In zahlreichen Ausführungen hat Filaret die Politik Gorbatschows mit dem Segen seiner Kirche versehen und erklärt, das »Neue Denken« sei Teil einer neuen internationalen moralischen Ordnung.

Auch einer der wichtigsten Stellvertreter Filarets als Leiter des kirchlichen Außenamts, Bischof Sergij von Solnecnogorsk, und der verantwortliche Sekretär des kirchlichen Außenamtes, Dr. Alexi Bujewski, sind führende Repräsentanten der sowjetischen »Friedens«-propaganda. Mit insgesamt fünf Repräsentanten ist das Moskauer Patriarchat im Zentralausschuß des Weltkirchenrates in Genf vertreten. Dem siebenköpfigen Präsidium gehört auch der indische Metropolit, Dr. Paulos Mar Gregorius, an, eine Schlüsselfigur in der prokommunistischen Beeinflußung des Weltkirchenrates. Seine Funktionen zeigen exemplarisch die von kommunistischer Seite betriebene enge Verflechtung von Weltkirchenrat, Weltfriedensrat und Christlicher Friedenskonferenz auf.[144]

Der für Kirchenfragen zuständige Minister Gorbatschows, Konstantin M. Chartschew, fordert eine Zusammenarbeit von Gläubigen und Atheisten bei der Schaffung einer friedlichen Welt: »Nach meiner Auffassung ist es besser, gläubige Bürger zu haben, die zugleich auch der kommunistischen Partei ihr Vertrauen schenken.«[145] Chartschew wurde in der Zeitschrift Nauka i Religia hart angegriffen, nachdem er ein offenbar zuwenig restriktives Interview im Ogonjok gegeben hatte. Seit Anfang 1989 ist Chartschew lautlos von der Moskauer Bühne »verschwunden« und aus dem Verkehr gezogen worden; bald darauf taucht er als Botschafter in Ghana wieder auf. Chartschew galt als Motor einer liberaleren Religionsgesetzgebung; sein Entwurf wurde allerdings von der Ideologie-Kommission der KPdSU wieder verschärft. Monate, nachdem Chartschew sang- und klanglos untergetaucht ist, wird Ende Juni 1989 bekannt, daß Jirij Nikolajewitsch Christoradnow zum neuen

Vorsitzenden des staatlichen Rates für Religiöse Angelegenheiten ernannt worden ist.
Die Unterdrückung der Kirche und die Verfolgung der Gläubigen hat nicht aufgehört. Einer der engsten Vertrauten Gorbatschows, ZK-Sekretär Jakowlew, schreibt: »Alle Versuche, die Christianisierung als die Mutter der russischen Kultur vorzutäuschen, müssen kategorisch verworfen werden ... Wenn das mittelalterliche Rußland auch die Aufmerksamkeit der Historiker verdient, ist dies keinesfalls der orthodoxen Religion zu verdanken.«[146]
Die sowjetische Parteizeitung Sowjetskaja moldavija schreibt 1987, der Begriff Perestrojka bedeute auch »die öffentliche Entlarvung von Betrug und Parasitentum«. Als »betrügerischen Faktor« nennt sie die »Religion«, die eine »unserer Ideologie und Moral fremde Überzeugung« darstelle und »zur Gesundung aller Bereiche des sozialistischen Lebens notwendigerweise bekämpft« werden müsse. Menschen mit »Doppelmoral«, die sich nach außen zum Sozialismus bekennen, daneben aber »in einem dunklen Zimmer vor einer Ikone sitzen«, könne die im Sinne der Perestrojka erneuerte sowjetische Gesellschaftsordnung nicht dulden.[147]
Gorbatschow selbst forderte in einer im Herbst 1986 in Taschkent gehaltenen Rede ausdrücklich einen verstärkten Kampf »gegen alle religiösen Erscheinungsformen« in der Sowjetunion. Das offizielle Parteiorgan Prawda erklärte im März 1987, daß der Kampf gegen »nationalistische, pazifistische und religiöse Tendenzen auch in der Zeit der Glasnost und Perestrojka fortgesetzt werden müsse«.[148]
Das britische Informationszentrum Keston College, das sich seit Jahren mit Analyse und Registrierung der Glaubens- und Religionsfragen in der Sowjetunion befaßt, stellt im Herbst 1988 fest, daß sich die Situation in der Sowjetunion nicht grundlegend verbessert habe.[149]
Auch der in der Sowjetunion jahrelang inhaftierte litauische Priester Alfonsas Svarinskas hat Gorbatschows Reformpolitik als »Exportware« bezeichnet, die im Westen den Anschein einer »freien UdSSR« erwecken solle. So seien die Zugeständnisse an die Katholiken »unbedeutend« und die antireligiöse Propaganda stärker denn je. Die Katholiken lebten nach wie vor in »völliger Isolierung«. Viele seien wegen ihres Glaubens verhaftet oder verbannt.[150]
1989 berichtet auch der erst kürzlich aus unmenschlicher Lagerhaft freigekommene Petras Grazulis über die erbarmungswürdigen und

unmenschlichen Haftbedingungen von Geistlichen und Laien, die um ihres Glaubens willen in der Sowjetunion inhaftiert sind: »In den Zellen, die etwa 4 Meter lang und 2 Meter breit sind, waren zu den Zeiten der Zaren zwei, manchmal auch nur ein Verurteilter eingesperrt. Heute werden dort sechs, acht oder gar neun Gefangene untergebracht. In einer Zelle sind sechs Betten übereinander aufgestellt; die Matratze liegt auf einem Blech, das anstelle des Gitters in den Rahmen gelötet ist. So schlafen also sechs Gefangene in Betten, die anderen auf dem Boden. Dabei muß der neunte unter einem Bett liegen, da es nur für zwei Matratzen genug Platz hat. In der gleichen Zelle sind die Toilette (den Geruch kann man sich wohl vorstellen), die Waschgelegenheit und ein kleiner Kasten für das Essen. Es gibt so wenig Platz, daß nicht alle Gefangenen gleichzeitig aus dem Bett steigen könnten – man wüßte nicht, wo man den Fuß hinstellen sollte.«[151]

In einer Analyse des Schweizerischen Instituts »Kirche in der Zweiten Welt« der Millenniumsfeierlichkeiten in Moskau anläßlich des Jubiläums der Christianisierung der Rus heißt es: »Die Großveranstaltungen und Pressekonferenzen sind von Teilnehmern – insbesondere von solchen, die unbequeme Fragen stellen und sich nicht angepaßt verhielten – als Großeinsatz des KGB empfunden worden, der im einzelnen Falle auch vor rüden Maßnahmen selbst ausländischen Besuchern gegenüber nicht zurückschreckte. Ob nun auf Weisung des Generalsekretärs oder gegen seinen Willen – es zeigte sich jedenfalls, daß der KGB – soweit sich dies aus der Sicht eines regelmäßigen Besuchers ableiten läßt – in seinen antikirchlichen Aktivitäten nicht nachgelassen zu haben scheint.«[152]

Gorbatschow selbst hat jedenfalls, als er am 29. April 1988 im Kreml den Patriarchen von Moskau Pimen und Mitglieder der Synode der Russisch-orthodoxen Kirche empfangen hat, deren »Beitrag zum Kampf für die nukleare Abrüstung, für das Eintreten der Geistlichkeit für Humanismus, für gerechte Beziehungen zwischen den Völkern zur Unterstützung der Innen- sowie auch Außenpolitik des Sowjetstaates« gewürdigt.[153]

Getreu dieser engen Zusammenarbeit im Dienst der sowjetischen Innen- und Außenpolitik forciert die Russisch-orthodoxe Kirche die Beteiligung am »konziliaren Prozeß«. Auf Betreiben der Russisch-orthodoxen Kirche findet Mitte Juni 1988 an der Kaukasischen Schwarzmeerküste in der Sowjetunion die Tagung eines »gemeinsa-

men Planungsausschusses« der »Konferenz europäischer Kirchen« und des »Rates der Bischofskonferenzen Europas« zur Vorbereitung der für Mai 1989 geplanten Baseler »Europäischen Versammlung« unter dem Motto »Frieden in Gerechtigkeit« statt. Die Baseler Veranstaltung soll auf europäischer Ebene die abschließende Etappe im Rahmen eines »konziliaren Prozesses« sein, der – hauptsächlich auf Initiative des ökumenischen Weltrates der Kirchen – Weltkirchenrat – 1990 in eine Weltversammlung unter dem Motto »Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung« einmünden soll.

Die Russisch-orthodoxe Kirche bemüht sich, den vom Weltkirchenrat iniziierten konziliaren Prozeß für den kommunistischen »Friedenskampf« zu nutzen. Im Rahmen des Weltkirchenrates soll der sowjetische Staatsangehörige Georgiy Gluschik eine maßgebliche Rolle bei der Vorbereitung der »Weltversammlung« von 1990 spielen. Unter der Überschrift »Ein Sowjet-Agent im Weltkirchenrat?« berichtet eine Meldung des Evangelischen Nachrichtendienstes »IDEA«: »Die Informationen, daß bis vor kurzem ein sowjetischer Agent in der Genfer Zentrale des Weltkirchenrates tätig gewesen ist, verdichten sich. Es handelt sich um den russisch-orthodoxen Priester Georgiy Gluschik, der seit April 1987 in einem Sekretariat der Abteilung ›Gerechtigkeit und Dienst‹ in führender Position mit der Vorbereitung der Weltversammlung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung 1990 in Seoul beauftragt war. Gluschik hatte einen Vierjahresvertrag. Der sprachgewandte Priester, dem es aber schwer gefallen sein soll, einen orthodoxen Gottesdienst zu halten, soll im Sommer enttarnt worden sein. Er kehrte von einem Urlaub in der UdSSR nicht mehr zurück ...«[154]

Während die Russisch-orthodoxe Kirche sich in den Dienst der sowjetischen Friedenspropaganda stellt, wird die unierte ukrainisch-katholische Kirche, die sich weigert, dies zu tun, rücksichtslos verfolgt. Josyp Terelya, Vorsitzender des Zentralkomitees der verbotenen katholischen Kirche in der Ukraine, erklärt: »Wir sollten wissen und daran denken, daß im sowjetischen Gulag mehr Christen vernichtet werden als während der ganzen geschichtlichen Epoche seit Christus bis zum Jahr 1917.« Terelya fordert, Gorbatschow an seinen Taten und nicht an seinen Worten zu messen. Die Reformpolitik Gorbatschows sei eine Art »Dopingspritze« zur Machterhaltung. Seit Gorbatschows Amtsübernahme seien in der

Ukraine 150 katholische Kirchen und Kapellen zerstört worden.[155] Das Schweizerische Institut »Glaube in der Zweiten Welt« unter der Leitung von Pfarrer Eugen Voss berichtet hierzu: »Berichten aus der Ukraine zufolge wird die Ukrainische katholische Kirche in letzter Zeit wieder stärker verfolgt. Der Priester Iwan Senkiv beispielsweise wurde nach seiner Teilnahme an der illegalen Millenniumsfeier zu einem Reservedienst in der Armee aufgeboten. Ein weiterer Priester, Mychajlo Havryliv, mußte für zwei Wochen ins Gefängnis, nachdem er sich in Kiew mit einem ausländischen Priester getroffen und von ihm religiöse Literatur angenommen hatte. Der katholische Aktivist Jurij Rudenko wurde Anfang August unter dem Vorwurf, gegen Religionsgesetze verstoßen zu haben, verhaftet. Außerdem sollen die Behörden damit begonnen haben, Gläubige, die an unbewilligten Gottesdiensten teilnehmen, mit hohen Bußen zu belegen (laut Radio Liberty 300 Rubel für den ersten Verstoß und bis 1000 Rubel im Wiederholungsfall).«[156]
Am 16. Dezember 1987 schreibt Mykola Danilowitsch Rudenko, der nach sieben Jahren Lager und drei Jahren Verbannung in den Westen gekommen ist, über das »Urallager besonderer Regime« in Kutzino: »Die Gewissensgefangenen von Kutzino hatten die Sowjetunion lediglich aufgerufen ... sich an ihre eigenen Gesetze zu halten. Eben diese ›Glasnost‹, von der heute so viel die Rede ist. Aufgrund der dortigen Bedingungen kann man das Kutzino-Lager als Todeslager bezeichnen. Vier ukrainische Gewissensgefangene sind allein seit 1985 dort umgekommen, darunter der bedeutende Dichter Vasyl Stus, den man im Karzer erfrieren ließ. In diesem Lager werden heute noch unter grausamsten Bedingungen ukrainische und baltische Intellektuelle festgehalten ... In der Sowjetukraine werden immer noch Gläubige verfolgt: Orthodoxe, Angehörige verschiedener evangelischer Gemeinschaften und insbesondere Katholiken, deren griechisch-katholische Kirche seit 1946 verboten ist. Im Westen schreibt man begeistert von der liberalen Atmosphäre, die in Moskau herrscht. Doch niemand erwähnt, daß in den Nationalrepubliken, so zum Beispiel in der Ukraine, ehemalige Gewissensgefangene, die erst unlängst freigekommen sind, terrorisiert, geschlagen und mit erneuter Inhaftierung bedroht werden, weil sie die Freilassung der Gewissenshäftlinge fordern und ihre Meinung frei äußern möchten.«[157] Hinter der Fassade einiger restaurierter

Kirchen und Klöster sowie hinter den Millenniumsfeiern mit ausländischer Teilnahme verbirgt sich also nach wie vor Unterdrükkung des Glaubens und Verfolgung der Gläubigen.
Als Bischof Josef Stimpfle von Augsburg im September 1988 eine Bistumswallfahrt seiner Diözese anläßlich der 1000-Jahr-Feier der Taufe der Rus in die Ukraine und nach Rußland unternimmt, wird er zweimal vom KGB verhört, weil er Kontakte zu der ukrainisch unierten katholischen Kirche aufgenommen hatte.[158]
Im Zusammenhang mit der antireligiösen atheistischen sowjetischen Politik darf auch nicht vergessen werden, daß die Sowjetunion nachdrücklich die Zerstörung der Verkündung des wahren Evangeliums in der Welt außerhalb der Sowjetunion betreibt. Moskau fördert mit allen Mitteln die Verbreitung der sogenannten »Theologie der Befreiung« oder »Theologie der Revolution«. Deren Ziel ist nach den Worten eines seiner Hauptprotagonisten, des Franziskaners Leonardo Boff: »Was wir vorhaben, ist nicht Theologie im Marxismus, sondern Marxismus in der Theologie.«[159] In einer umfangreichen Studie weist der spanische Historiker Ricardo de la Cierva nach, in wie großem Umfang die Verbreitung der »Theologie der Befreiung« auch der politischen Strategie Moskaus entspricht.[160]
Der sowjetische Autor B. M. Pasika erklärt, die Theologie der Befreiung sei eine marxistische Konzeption, die zur notwendigen Beseitigung der kapitalistischen Sozialordnung führe und zur sozialen Revolution, deren Ziel der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft sein müsse.[161]
Die Theologie der Befreiung dient nach sowjetischer Zielsetzung und mit finanzieller Unterstützung linkskatholischer Entwicklungshilfsorganisationen der westlichen Welt, insbesondere der Destabilisierung der Dritten Welt und der Herstellung einer revolutionären Situation. Hauptzielgebiete sind Iberoamerika, Ostasien und dort insbesondere die Philippinen sowie Südafrika.
Jacques Bonomo weist nach, daß die Theologie der Befreiung in ihrer Destabilisierungs- und Revolutionierungspolitik eng den politischen sowjetischen Zielsetzungen folgt: dem Antiimperialismus (gegen die Vereinigten Staaten und ihre Außenpolitik), dem Antikapitalismus (gegen die Industriestaaten der westlichen Welt) und dem Antizionismus (gegen die Existenz des Staates Israel). Dieser Kampf für die sowjetischen Ziele versteckt sich unter einem

»Kampf für den Frieden«, »Kampf für die Menschenrechte« und »Kampf gegen den Rassismus«.[162]
Einer der berufensten, erfahrensten und besten Kenner der Glaubenssituation in der Sowjetunion und im gesamten sowjetischen Herrschaftsgebiet, Gründer und jahrzehntelanger Mentor des Liebeswerks Kirche in Not/Ostpriesterhilfe, der Praemonstratenserpater Werenfried van Straaten, faßt die Lage zur Zeit Gorbatschows in seiner Predigt am Christi Himmelfahrtstag 1989 in der Basilika von Altötting folgendermaßen zusammen: »Laßt Euch nicht mitreißen von der heutigen Euphorie von Glasnost und Perestrojka oder von dem naiven Glauben, daß man alles, was Gorbatschow sagt, für bare Münze nehmen kann ... Oder, falls er es ehrlich meinen würde, daß er sich behaupten kann gegen die Opposition, die über ihn herfallen wird, sobald er scheitert in seinem Vorhaben, dem Volk im roten Paradies endlich genügend Brot und ein wenig Glück zu geben. Alle unsere Informationen besagen, daß es Perestrojka in der Sowjetunion nur für eine kleine Gruppe von Intellektuellen und Künstlern in einigen wenigen Großstädten gibt. In den unermeßlichen Gebieten außerhalb dieser Städte haben die unterdrückten, ausgebeuteten und hungernden Sowjetvölker noch nichts davon gespürt. Seid auf der Hut! Denn es gibt keinen einzigen Beweis, daß der lächelnde Gorbatschow die Freiheit bringen wird, die er noch unlängst mit trügerischen Argumenten der ukrainischen Märtyrerkirche verweigert hat. Vielmehr müssen wir befürchten, daß dieser – wie er selber sagt – überzeugte Kommunist mit beängstigender Genialität danach strebt, den atlantischen Frieden durch einen Sowjetfrieden zu ersetzen, um die freien Industriestaaten Europas unter seine Macht zu zwingen. Nur so kann es ihm gelingen, die bankrotte Sowjetwirtschaft zu sanieren und sich vorzubereiten auf die Realisierung der unveränderten atheistischen Zielsetzung: Gottes Reich auf Erden zu zerstören.«[163]

Selektive Menschenrechte

Auch auf dem Gebiet der Menschenrechte versucht die Sowjetunion den Eindruck zu erwecken, als sei sie zu »einem Land wie jedes andere« geworden, als gehören Unterdrückung, psychiatrische Zwangseinweisung und Inhaftierung politischer Gefangener der Vergangen-

heit an. Gorbatschow erklärt, er wolle »einen sozialistischen Staat auf der Grundlage der Herrschaft des Rechts« errichten, und die Sowjetunion wolle auf ihre Beteiligung an den Menschenrechtsbestimmungen der Vereinten Nationen und nach der KSZE-Schlußakte verstärken. »Alles in allem ist dies unser Credo«, sagte Gorbatschow: »Politische Probleme dürfen nur mit politischen Mitteln, menschliche Probleme nur auf eine menschliche Weise gelöst werden.«[164]

Ebenso wie beim »Friedenskampf« und in Religionsangelegenheiten ist auch in Fragen der Menschenrechte der KGB federführend; federführend nicht nur für die Verhaftung und Lagereinweisung politischer Gefangener im Innern, der KGB ist auch zuständig, um nach außen eine angebliche »Normalisierung« der Menschenrechtssituation vorzuspiegeln. Zuständig ist hierfür der Direktor der Abteilung für »humanitäre und kulturelle Angelegenheiten« im sowjetischen Außenministerium, Jurij Kaschlew. Kaschlew ist zugleich Leiter der sowjetischen Delegation bei der KSZE-Nachfolgekonferenz in Wien, auf der die Sowjetunion gegenüber der westlichen Welt ihre Menschenrechtspolitik vertritt.

Jurij Kaschlew ist in Wirklichkeit Vier-Sterne-General des KGB. Österreich kennt er seit langem, da er bereits 1958 Resident des KGB in Österreich war. Später wurde er nach England versetzt und gehörte zu den 105 sowjetischen Geheimagenten, die 1971 von der Britischen Regierung wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit ausgewiesen wurden. Danach war Jurij Kaschlew bei der Unesco tätig, bevor er Leiter der Abteilung für humanitäre und kulturelle Angelegenheiten im sowjetischen Außenministerium sowie Leiter der sowjetischen Delegation bei der KSZE-Konferenz in Wien wurde.

Durch eine offensive Politik und Öffentlichkeitsarbeit versucht die Sowjetunion den Eindruck der Normalität zu erwecken. Gleichzeitig soll die Behandlung der Menschenrechte international möglichst beschränkt werden auf kollektive sogenannte »humanitäre Fragen«, auf »soziale und wirtschaftliche Rechte«, auf Wehrdienstverweigerung, »Friedenskampf« und auf Aktionen gegen die Apartheid. Dies ergibt sich im einzelnen beispielsweise aus der Programmatik des von Moskau gelenkten Weltfriedensrates.[165]

Krönung der sowjetischen Bemühungen wäre die Einberufung einer Menschenrechtskonferenz nach Moskau, was von der Sowjetunion bereits vorgeschlagen worden ist. So werden von der Sowjet-

union auch mehr oder weniger spektakuläre Erklärungen über beabsichtigte Entlassung von politischen Häftlingen gemacht. So erklärte Bundeskanzler Kohl bei Abschluß seines Moskau-Besuches Ende Oktober 1988: »In diesem Zusammenhang betonte die sowjetische Seite, sie werde bis Jahresende alle Personen entlassen, die vom Westen als politische Häftlinge angesehen werden.«[166]
Gleichzeitig erklärt die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt, sie habe »derzeit 503 Personen registriert, die in der Sowjetunion aus politischen oder religiösen Gründen inhaftiert sind«.[167] Gleichzeitig erklärt in Washington der Sprecher des State Department, Charles Redman, die amerikanische Regierung habe während der Gespräche zwischen dem Außenminister Shultz und Schewardnadse sowie in vorangegangenen Besprechungen der Sowjetunion Listen von über 200 Menschen übermittelt, die in sowjetischen Arbeitslagern, Gefängnissen und psychiatrischen Institutionen festgehalten werden, weil sie ihre Menschen- und Grundrechte ausgeübt hätten.[168]
Wenige Tage vorher hat jedoch der Stellvertretende Leiter der Verwaltung für Humanitäre und Kulturbeziehungen im sowjetischen Außenministerium, Alexej Glushow, erklärt: »Keine politischen Gefangenen in der Sowjetunion.«[169]
Kurz darauf erklärte zwar der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gerassimow, daß noch etwa zwei Dutzend Gefangene mit einer Freilassung rechnen könnten, der sowjetische Justizminister Kravtsow reduzierte die von Gerassimow genannte Zahl bald darauf sogar auf elf.[170]
Schließlich erklärt der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums während eines Besuchs in Wien am 8. November, die Sowjetunion werde bis 1991 »elf Gefangene freilassen, bei denen es sich nach westlicher Interpretation um politische Gefangene handeln könnte. Sie werden sicherlich in drei Jahren draußen sein ...«[171] So werden zunächst von sowjetischer Seite vollmundige Versprechungen gemacht, die aber dann ratenweise in sich zusammenfallen.
Noch immer ist die genaue Zahl der Lager und der Gefängnisse in der Sowjetunion nicht bekannt; ihre Zahl geht wahrscheinlich in die Tausende. Von psychiatrischen »Spezialkliniken« sind 85 im Westen bekannt, zwei sind zur Zeit Gorbatschows zusätzlich neu eingerichtet worden: in Eriwan und Tscheljabinsk. Zu Recht weist Wladimir

Bukowsky darauf hin, daß Chruschtschow Millionen von Häftlingen freigelassen habe, Gorbatschow nur 180, demgegenüber sind 80 im gleichen Zeitraum unter Gorbatschow neu inhaftiert worden.[172]
Der Stellvertretende Staatssekretär für Menschenrechtsfragen im Amerikanischen Außenministerium, Richard Schifter, erklärt im Februar 1988, es gäbe keine grundsätzlichen Änderungen in der sowjetischen Menschenrechtspolitik. Die Änderungen seien zwar mehr als kosmetisch, aber alles andere als grundsätzlich. Die Geheimpolizei, die Hauptsäule des sowjetischen Staates, bleibe in ihrer wichtigen Position, und eine Mehrheit der politischen Gefangenen sei noch hinter Gittern.[173] Am 8. Februar 1989 erklärt Richard Schifter vor dem Auswärtigen Ausschuß des Amerikanischen Senats, die Sowjetunion »muß noch einen weiten Weg zurücklegen, bevor ihr die Einhaltung der Schlußakte von Helsinki zuerkannt werden kann. Trotz Information der sowjetischen Behörden, der Mißbrauch der Psychiatrie werde angeblich nicht mehr angewandt und alle ungerechtfertigt eingelieferten Personen seien entlassen worden, lägen hierüber abweichende Berichte vor. Die Sowjetunion sei immer noch ein Einparteienstaat. Die Geheimpolizei spielt immer noch eine wichtige Rolle bei der Unterdrückung von Dissidenten. Rechtsstaatlichkeit ist eine geäußerte Zielsetzung, keine Realität. Die Medien sind in der Hand des Staates und werden von ihm kontrolliert. Religion wird ebenfalls vom Staat kontrolliert. Wir müssen uns darüber hinaus vergegenwärtigen, daß der Erfolg derjenigen, die um Reformen bestrebt sind, nicht garantiert ist ... Eine Bilanz der Entwicklungen im Jahr 1988 läßt den Schluß zu, daß Zusammenstöße ethnischer Minderheiten zur größten Zahl von Todesopfern führt und oftmals die schrecklichsten Menschenrechtsverletzungen mit sich gebracht hat.«[174]
Auch eine amerikanische Expertendelegation, die eine eingehende Informationsreise durch die Sowjetunion vollendet hatte, erklärt im März 1989, daß die sowjetischen psychiatrischen Kliniken einem Mißbrauch noch weit offen stünden. Patienten seien nach wie vor in Irrenanstalten aus politischen Gründen inhaftiert.[175]
Der sowjetische Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow erklärt Anfang 1989, auf dem Gebiet der Menschenrechte gebe es in der Sowjetunion sogar einen »Rückschritt«. Sacharow wirft Gorbatschow vor, dieser rede zwar über Demokratie, habe jedoch Angst davor,

daß sich die Menschen eine eigene Meinung bilden. Insbesondere kritisiert Sacharow die Verhaftung von zwölf Mitgliedern des armenischen Karabach-Komitees.[176] Die Einschüchterung und Unterdrückung unliebsamer und unabhängiger Menschen geht weiter, ja nimmt seit 1989 wieder zu. So wurde etwa bei dem Maler Julij Andrejewitsch Rybakow, der mehrere Jahre im Gulag verbracht hatte und für Freiheit und Demokratie in seinem Lande eintritt, am 14. Dezember 1988 eine Hausdurchführung durchgeführt.

In Wirklichkeit gehören Prügel, Schikanen und Erniedrigungen auch in der Gorbatschow-Zeit zum Alltag in sowjetischen Straflagern. Dies ergibt sich aus den Tagebuchaufzeichnungen eines ehemaligen Sträflings, des Schuldirektors Wladimir Gedrowitsch aus dem sibirischen Kemerowo, der 1983 wegen angeblich illegaler Geschäftemacherei zu zehn Jahren Haft verurteilt, im Sommer 1987 jedoch amnestiert wurde. Er schreibt: »Ich kehre ständig in Gedanken zu den ersten Tagen im Gefängnis zurück ... vier, sechs Quadratmeter für acht bis zehn Personen, auf dem Zementboden Schmutz und Wasser, übler Gestank.« Sein Gedächtnis sei aus ihm »herausgeprügelt« worden. »Sie ließen mich nicht schlafen, schlugen mich, hielten mich ständig in Spannung und Erniedrigung« ... Im Lager sei das Essen sehr schlecht gewesen: »Suppe aus stinkendem gesalzenem Speck.« In den kalten Werkshallen, wo täglich 12 bis 15 Stunden lang Netze geknüpft wurden, seien viele Häftlinge erkrankt. »Ich war erschüttert von dem, was ich sah, vorwiegend ältere Leute, darunter viele Invaliden, die besonders erniedrigt werden.« Die Lagerleitung fördere Spitzelwesen und Denunziantentum unter den Häftlingen, außerdem bereichere sich im Gefängnis die Miliz an den Gefangenen, »ein Päckchen von Verwandten kostet drei bis fünf Rubel oder eine Flasche Wodka ... Die Hälfte der Lebensmittel wird von der Miliz konfisziert, dazu alle Zigaretten ... Heute hat der Lagerleiter eine Rede gehalten«, heißt es in einem Eintrag vom 18. März 1986. »Wer Beschwerden schreibt, der wird in der Kommission für vorzeitige Entlassungen abgewiesen, erhält keine Vitaminspritzen mehr. So ist es also: Wenn man Opfer eines Justizirrtums ist und Gerechtigkeit sucht, dann muß man um so länger sitzen.«[177]

Auch auf dem Gebiet der Menschenrechte versucht sich die Sowjetunion unter Gorbatschow als ein Land wie jedes andere darzustellen, hinter der Fassade sieht die Wahrheit allerdings anders aus.

Gorbatschows Ziel: Der Westen soll für Moskau arbeiten

Durch die umfassende Desinformationskampagne soll der Westen eingebunden werden und der Erreichung der sowjetischen Ziele dienen. Voraussetzung hierfür ist weder ein militärischer noch ein politischer Kampf, sondern ein psychologischer Sieg, um den geistigen Widerstand des Westens zu brechen. Lenin schrieb hierzu: »Unser Ziel ist es, sämtliche Arten des Widerstandes der Kapitalisten zu bekämpfen, nicht nur die militärischen und politischen Arten, sondern auch die ideologische Form, die tiefgreifendste und mächtigste überhaupt.«[178]

Um dies zu erreichen, gilt es sich anzupassen. Auch hierzu hat Lenin die entscheidenden Parolen ausgegeben: »Wenn man sich nicht anpassen kann, wenn man nicht fähig ist, auf dem Bauch durch den Schmutz zu kriechen, dann ist man kein Revolutionär, sondern ein Schwätzer, und ich schlage nicht etwa deswegen vor, sich auf diese Weise vorwärts zu bewegen, weil mir das so gefällt, sondern weil es keinen anderen Weg gibt, weil die Geschichte es nicht so angenehm gefügt hat, daß die Revolution überall zu gleicher Zeit ausreift.«[179]

Auch das Ziel dieser Taktik hat Lenin bereits ausgeführt, und zwar im Zusammenhang mit der »Neuen Ökonomischen Politik« (NEP), die mit der Politik der Perestrojka und Glasnost viele Parallelen aufwies: »Wir dürfen uns mit einem Sieg über die Bourgeoisie nicht zufrieden geben, wir müssen diese zwingen, für uns zu arbeiten. Wir können unsere Wirtschaft verwalten, wenn es den Kommunisten gelingt, sie durch andere erbauen zu lassen.«[180]

Es gibt eine lange Tradition in der sowjetischen politischen Strategie, den Westen einzubinden und ihn gewollt oder ungewollt für sowjetische Ziele arbeiten zu lassen.

Wir haben oben in dem Kapitel über Perestrojka bereits gesehen, wie der Westen der sowjetischen Wirtschaft sowohl zur Zeit von Lenins NEP, wie auch zu Zeiten Stalins der sowjetischen Wirtschaft immer wieder unter die Arme gegriffen hat, getreu dem Wort von Lenin: »Die taubstummen kapitalistischen Hamsterer und ihre Regierungen werden uns Kredite eröffnen, welche die Kassen der kommunistischen Organisationen in ihren Ländern füllen, und werden mit der Lieferung von Waren aller Art unsere Kriegspro-

duktion vergrößern und verbessern, die wir für künftige siegreiche Angriffe gegen unsere Lieferanten benötigen.«[181]
Anfang der zwanziger Jahre organisierte der Gründer der Tscheka, Felix Dserschinsky, die Operation »Vertrauen«, er organisierte innerhalb Rußlands während des Bürgerkrieges eine angebliche Widerstandsorganisation, deren Ziel es zu sein schien, das bolschewistische Regime zu stürzen. Sowohl russische Emigranten in Europa wie auch der britische Geheimdienst fielen auf diese Operation herein und die vom sowjetischen OGPU – das war der damalige Name des heutigen KGB – kontrollierte angebliche Widerstandsbewegung konnte eine große Anzahl antisowjetischer Aktivitäten neutralisieren, dadurch zwei der führenden Generäle der »Weißen«, Kutepow und Miller, festnehmen sowie die britische Regierung davon überzeugen, das bolschewistische Regime nicht militärisch anzugreifen, da dies von innen heraus geschehen werde.[182]
In letzter Zeit sind auch politische Einzelheiten darüber bekannt geworden, wie Stalin es meisterhaft verstanden hat, einen Krieg zwischen Hitler und den Westmächten zu fördern, dessen Ziel es sein sollte, Rußland zum lachenden Dritten und eigentlichen Sieger als stärkste Kontinentalmacht Europas zu machen.[183]
Der in den Westen gekommene langzeitige Leiter des rumänischen Auslandsnachrichtendienstes, Generalleutnant Ion Mihai Pacepa, hat in allen Einzelheiten beschrieben, wie er im Auftrag Ceausescus und im Einvernehmen mit der Sowjetunion eine großangelegte Desinformationskampagne gestartet hat, die der westlichen Welt jahrelang mit Erfolg vorgetäuscht hat, Rumänien betriebe eine von Moskau unabhängige Außenpolitik. Ziel der Kampagne war es, sowohl westliche Gelder zur Unterstützung des sozialistischen rumänischen Regimes zu erhalten, wie auch indirekt Einfluß auf westliche politische Entscheidungen nehmen zu können.[184] Pacepa zieht in seinem Bericht auch eine Parallele zwischen seiner Desinformationsaktion und Gorbatschows Glasnost: »Es gibt auch eine erstaunliche Ähnlichkeit in der Weise, in der die beiden Diktatoren (Ceausescu und Gorbatschow) sich selbst gegenüber dem Westen darstellen. Beide Operationen, die rumänische ›Horizont‹ und sowjetische ›Glasnost‹, lassen einen angeblich liberalen und vernünftigen kommunistischen Diktator erscheinen, bei dem der Westen glauben soll, er könne mit ihnen vernünftig umgehen.«[185] Pacepa

meint hier natürlich den Ceausescu von Anfang und Mitte der siebziger Jahre, der zur Zeit seiner unter dem Decknamen »Horizont« angelaufenen strategischen Desinformationsoperationen ein begehrter Gesprächspartner westlicher Politiker war.
Heute, zur Zeit Gorbatschows, erklärt Oberst I. A. Selesnjow: »Die ideologische Waffe ist im Grunde eine Waffe mit Langzeitwirkung. Um Menschen mit Hilfe ideologischer Einwirkungen zu veranlassen, in unserem Interesse zu handeln, ist Zeit erforderlich.«[186]
Die Sowjetologin Françoise Thom kommt zu dem Schluß: »Wie kann man nun den Westen, der als gebranntes Kind das Feuer fürchtet, dazu bringen, dem kommunistischen Regime einmal mehr zu Hilfe zu eilen? Die Lösung ist einfach: Man muß die durch Breschnew verursachten Schäden wieder gutmachen, glaubhaft machen, daß das Wesen der UdSSR sich gewandelt habe. Gemäß Aussage der Kremlpropagandisten Alexander Jakowlew und Wladimir Posner ... muß man in den westlichen Gehirnen ›das Bild der UdSSR umwandeln‹. Aus diesem Grunde kam es denn auch zur Glasnost, die in der nichtkommunistischen Welt den Gedanken einprägen will, die UdSSR sei, weil sie die gleichen Leiden kenne wie wir, ein Land wie jedes andere auch ... Ziel der Glasnost ist die Förderung der Desinformation im Spiegel, um vergessen zu lassen, daß die Sowjetunion ein totalitärer Staat ist und bleibt.«[187]
Alexander Sinowjew, langjähriges Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, schreibt hierzu: »In einer kommunistischen Gesellschaft ist die Glasnost lediglich ein scheinheiliges Mittel der Desinformation und Manipulation des kollektiven Gewissens ... Unter den heutigen Umständen ist die Sowjetführung sogar bereit, mit den Problemen im Westen vergleichbare Fehler aufzuzeigen, um sich einen westlichen Anstrich zu geben.«[188]
Veranlaßt Glasnost den Westen, der Sowjetunion bei dem Ausbau ihrer Wirtschaft durch die Maßnahmen der Perestrojka zu helfen, so setzt dies Moskau instand, diese wirtschaftliche Stärkung wieder in außenpolitische Erfolge umzumünzen. Gorbatschow erläutert dies mit folgenden Worten: »Je besser uns die Revolution der Perestrojka gelingt, umso mehr Erfolg werden wir auf der internationalen Arena verbuchen können ... Das ist die Dialektik der weltweiten Entwicklung ... Wir müssen uns dessen immer bewußt sein, wenn wir in jeder Stadt, in jedem Dorf, in jedem Arbeitskollektiv

und allgemein im ganzen Land konkrete Aufgaben erfüllen.«[189] Um diese Ziele zu erreichen, ist die sowjetische Desinformationskampagne sowohl in vertikaler wie in horizontaler Richtung sehr differenziert.

Die vertikale Differenzierung wird dadurch deutlich, daß sich manche Desinformationsaktionen ausschließlich oder im wesentlichen auf die große Masse der westlichen Bevölkerung richten, während sich andere an bestimmte Expertengruppen oder an die politischen Entscheidungsträger wenden. Beides erfüllt jedoch denselben Zweck, nämlich die politischen Entscheidungen der westlichen Staatsführungen zu beeinflußen, da auf dem Umweg über die veröffentlichte Meinung bzw. Wahlen auch die an die breite Öffentlichkeit gerichteten Aktionen mit einem gewissen zeitlichen Verzögerungseffekt ihre Wirkung auf die politischen Entscheidungsträger nicht verfehlen.

Auf horizontaler Ebene wenden sich die sowjetischen Desinformationsaktionen in unterschiedlicher Form an verschiedene Nationen in differenzierter Weise. Stanislav Levchenko, langjähriger Offizier des KGB und einer der besten Experten auf dem Gebiet sowjetischer Desinformation, der sowohl in der Zentrale in Moskau tätig war, an der weltweiten sowjetischen »Friedens«-kampagne beteiligt war und an der sowjetischen Botschaft in Tokyo mehreren Dutzenden japanischer Journalisten die Feder führte und sogar Führungsoffizier für einen Kabinettsminister der liberal-demokratischen Partei war, schreibt über die sowjetischen Prioritäten auf dem Gebiet der Desinformation im Jahr 1988: »Die Vereinigten Staaten werden weiterhin das wichtigste Ziel der sowjetischen aktiven Maßnahmen sein, gefolgt von der NATO. Die Sowjets werden fortfahren zu versuchen, besonders in verdeckter Form, Mitglieder der NATO von den Vereinigten Staaten zu trennen und die NATO zu spalten. Im Unterschied zu bisher wird die Sowjetunion sehr energisch daran arbeiten, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland zu trennen; die Aussicht auf eine Annäherung zwischen diesen beiden Staaten auf dem Gebiet der Verteidigung macht die Sowjets außerordentlich nervös. Gorbatschow wird als der neue Typ eines internationalen Führers präsentiert werden und als ein Friedensapostel.«[190]

In der Tat richtet sich eine besonders effektive Desinformations-

kampagne gegen die Vereinigten Staaten: nicht nur die Besuche von Michail Gorbatschow selbst, auch die seines Außenministers und anderer Mitglieder der sowjetischen Führung sowie Vortragsreisen vieler Mitglieder der sowjetischen Nomenklatura und von Professoren. Anfang 1988 waren sieben hochkarätige Manager der US-Werbeagentur McCann-Erickson Worldwide, die zur Nummer Zwei unter der New Yorker Inter-public-groups (1986: ca. 5,6 Milliarden Dollar Umsatz) gehört, in Moskau und haben einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge noch 1988 mit einem Etat von 15 Millionen Dollar das Bild der Sowjetunion unter den Amerikanern umgewandelt werden soll. 1989 soll der Etat auf 30 Millionen Dollar aufgestockt werden.[191]

Für die gegen Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland gerichtete Desinformationskampagne hat die Sowjetunion unter der Leitung von Dr. Igor Fedorowitsch Maximitschew, Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Ostberlin, einen Sonderstab gebildet. Ziel ist es, Deutschland von Frankreich psychologisch, politisch und militärisch zu trennen und beide Staaten ihrerseits den Vereinigten Staaten von Amerika zu entfremden. Maximitschew ist Offizier des KGB und Spezialist für Frankreich wie auch für Deutschland. 1932 in Tachtabazar geboren, war er von 1966 bis 1971 an der sowjetischen Botschaft in Paris und von 1958 bis 1960 sowie von 1976 bis 1984 in Bonn. Für seine Zwecke kann er sich sowohl der KGB-Einheiten in Berlin-Karlshorst bedienen, die dort unter der Leitung von KGB-General Kosobrodow stehen, wie auch der GRU-Einheiten des sowjetischen militärischen Nachrichtendienstes, deren zweite Abteilung in Berlin-Wünsdorf unter dem Kommando von Generalmajor Beppajew stationiert sind.[192]

Der Erfolg der umfassenden sowjetischen Desinformationskampagne und dessen, was die westlichen Beobachter und Zeitungsleser über Veränderungen in der Sowjetunion wahrnehmen oder wahrzunehmen glauben, bleibt nicht aus. Das Schweizerische Ostinstitut kommt in einer Standortbestimmung und Analyse der Situation zu dem Schluß, daß Gorbatschow einen starken Eindruck auf die Öffentlichkeit in Westeuropa und in Amerika ausgeübt habe. Die »... Ansätze zu einem tiefgreifenden Wandel und mithin zu einer Öffnung der bislang geschlossenen Gesellschaft haben in Verbin-

dung mit einem starken, wenn auch nur latent vorhandenen, westlichen Wunschdenken zu beispiellosen Entspannungserwartungen geführt. Nach Auffassung vieler Westeuropäer hat sich die Bedrohungslage drastisch verändert. Die außenpolitische Gefahr, der Hegemonieanspruch der UdSSR und deren politische Kriegführung erregen kaum mehr Bedenken und erzeugen wenig Abwehrreflexe.«[193]
In einer im August 1988 veranstalteten Befragung in der Bundesrepublik Deutschland wurde festgestellt, daß 84 % der Befragten über den sowjetischen Partei- und Staatschef Gorbatschow eine gute Meinung haben, über US-Präsident Reagan 54 %.[194] Gorbatschow wird nicht nur in der allgemeinen westlichen Öffentlichkeit, sondern insbesondere auch bei den Führungseliten besonders positiv bewertet. Als Folge hiervon läßt das Bedrohungsgefühl nach. Eine auf Abrüstung zielende Politik wird immer mehr zum Selbstzweck. Die Denuklearisierungskampagne verschärft sich, nicht zuletzt deswegen, weil hier »Friedens«-kampf und Ökologiekampagne zusammenfließen. Das psychopolitische Akzeptanzklima wird den Zielen der Sowjetunion immer gewogener.
In der Führung der Bundeswehr wächst die Sorge über eine mangelnde Unterstützung durch die Politiker. In der Bewertung der Notwendigkeit der Verteidigung stellt sich ein rapider Bewußtseinswandel ein. Die Bundeswehr, die von vielen lange als notwendiges Übel betrachtet worden sei, werde mehr und mehr zum »unnötigen Übel«. Verteidigungsübungen (wie Tiefflüge oder Manöver) werden immer weniger akzeptiert. Atomare Abschreckung wird – zumal nach Unterzeichnung des INF-Vertrages – zunehmend als überflüssig angesehen.[195]
Mit Befriedigung vermerken die Medien im sowjetischen Machtbereich den zunehmenden Widerspruch gegen die NATO-Strategie der nuklearen Abschreckung und die angeblich mangelnde Abrüstungsbereitschaft des Atlantischen Bündnisses.[196] Professor Dr. Otto Reinhold, Mitglied des Zentralkomitees der SED und Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, erklärt: »Die alte antikommunistische Lüge von der Gefahr aus dem Osten ist in letzter Zeit tief erschüttert worden.[197] In Moskau erklärt der Direktor eines auch mit Desinformation befaßten Instituts – des IMEMO-Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen – Professor Jevgeni Primakow, Kandidat des ZK der KPdSU:

»Den Anti-Sowjets im Westen wird es immer schwerer, das von ihnen künstlich geschaffene Bild der UdSSR als eines militärischen, undemokratischen Staates aufrechtzuerhalten, der über der Welt schwebt, nur auf Expansion gesinnt. Umfragen in den USA und westeuropäischen Ländern zeugen davon, daß dieses Hirngespinst der Konfrontation mit der Perestrojka, der Glasnost in der UdSSR und der konstruktiven Außenpolitik der Sowjetunion nicht stand hält. Die Popularität des Sowjetstaates und unserer Führung im Ausland, sowohl bei der Masse des Volkes wie auch bei der Intelligenzschicht,,ist präzedenzlos geworden.«[198] Moskaus Desinformationskampagne zur Einbindung des Westens greift.

Moskaus verstärkter Kampf an der »unsichtbaren Front«

Gleichzeitig mit der Verstärkung seiner Desinformationstätigkeit erhöht der sowjetische Geheimdienst KGB zur Zeit der Herrschaft Gorbatschows auch seine Spionage-Aktivitäten. Im KGB wurden hierfür auch neue Abteilungen eingerichtet. An ihrer Spitze steht der oben bereits genannte Vorsitzende der sowjetischen Industrie- und Handelskammer, Jewgeni Pitowranow, verdienter General des KGB. Die beiden Abteilungen, die sogar innerhalb der KGB-Struktur weitgehend geheimgehalten werden, laufen unter dem Namen »Sonderreserve« und arbeiten völlig getrennt von den anderen Abteilungen. Ihre Hauptaufgabe ist neben der Spionage die Unterstützung von Perestrojka durch die Förderung der Auslandsbeziehungen der Sowjetunion einschließlich der Werbung ausländischer »Freunde«, insbesondere aus Kreisen der Wirtschaft, der Wissenschaft und Politik, um mit illegalen Mitteln den sowjetischen Technologierückstand zu überbrücken.[199]
Rund um die Welt hat die Sowjetunion ihre Spionagetätigkeit verstärkt. In den Vereinigten Staaten kam ihr hierbei insbesondere die Erleichterung der Reisebeschränkungen zugute. Der Schwerpunkt liegt hier bei Wirtschafts- und Industriespionage. Für den Osten der Vereinigten Staaten ist die KGB-Residentur in der sowjetischen Botschaft in Washington, für den Westen die in Mexiko City zuständig.[200] In Kanada werden im Juni 1988 19 sowjetische »Diplomaten« wegen Spionage des Landes verwiesen.[201]

Auch in Japan richtet sich die sowjetische Spionage im wesentlichen gegen die modernen Industriebetriebe; daneben ist das sowjetische Interesse an japanischen Entwicklungen auf dem Gebiet der Seefahrt besonders stark. Im Dezember 1988 muß der stellvertretende Chef des Tokyoer Büros von Aeroflot, Alexander Okunev, das Land »freiwillig« verlassen.[202] Auch in Südkorea wird sowjetische Spionage sowie nachrichtendienstliche Tätigkeit aus dem Bereich der übrigen Warschauer Paktstaaten registriert.[203]
In Israel konzentriert sich das sowjetische Interesse offenbar insbesondere gegen die Entwicklungen auf dem Gebiet der nuklearen Kapazität.[204]
Gegen Schweden richtet sich nicht nur nach wie vor die Aufklärungsarbeit »unbekannter« U-Boote, sondern auch die Spionagetätigkeit von Angehörigen der sowjetischen Handelsmission, von denen einer Ende 1988 des Landes verwiesen worden ist, da er unter dem Verdacht stand, »illegal Informationen über schwedische und ausländische wirtschaftliche und industrielle Tatbestände« erhalten zu haben.[205] Auch der Chef der norwegischen Sicherheitsbehörden, Jostein Erstad, bestätigt fortdauernde sowjetische Spionagebemühungen gegen sein Land: »Wir haben keinerlei Beweis für eine verringerte sowjetische Spionageaktivität.«[206]
Aus Italien wird nicht nur ein Spionagering des KGB enttarnt, der sich gegen die italienische Rüstungsindustrie wendet; daneben werden auch geheime Waffenlieferungen zwischen Italien und der Tschechoslowakei bekannt, bei denen KGB-Agenten der sowjetischen Handelsmission in Wien als Überwacher tätig waren.[207]
In Österreich wird im Februar 1989 ein neunköpfiger Spionagering des polnischen Nachrichtendienstes aufgedeckt, der die Ausspähung der amerikanischen und deutschen Botschaften in Wien betrieben hat.[208] Die schweizerische Spionageabwehr hat Mitte 1988 festgestellt, daß die Sowjetunion in der Zeit Gorbatschows ihre Spionageaktivitäten gegen die Schweiz verdoppelt haben. Von 2000 in der Schweiz arbeitenden Sowjetbürgern gelten etwa 700 als nachrichtendienstlich Tätige. In Belgien wandte sich ein Spionagering der GRU gegen die belgische Luftwaffe. Darüber hinaus wurde der Militärattaché der bulgarischen Botschaft ausgewiesen, da er im Verdacht stand, für den bulgarischen Nachrichtendienst DS gearbeitet zu haben.[209]

Aus Großbritannien werden im Mai 1989 acht sowjetische Diplomaten und drei Journalisten – die Londoner Korrespondenten sowohl von Prawda wie Nowosti und TASS – ausgewiesen. Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe erklärt, es gebe »unwiderlegbare Beweise«, daß sich die Sowjets mit »nicht mit ihrem Status zu vereinbarenden« Dingen beschäftigt hätten und Premierministerin Margaret Thatcher meint, die Aktivitäten des KGB »enthüllten, daß sich die Sowjetunion wahrscheinlich sehr viel weniger verändert hat, als einige Leute erhofft hatten«.[210]

In der Bundesrepublik Deutschland erklärt Generalbundesanwalt Kurt Rebmann, im Jahr 1988 habe es 355 neue Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche Ost-Spione gegeben. Die Zahl der Haftbefehle und Urteile sei »ungewöhnlich hoch«. Vornehmlich die geheimdienstliche Tätigkeit des KGB dauere »mit unverminderter Stärke« an.[211] Insbesondere hat sich die sowjetische Industriespionage gegen die Bundesrepublik Deutschland verstärkt.[212] Im März 1989 wurde bekannt, daß deutsche Hacker in den bisher spektakulärsten Fall von Computer-Spionage verwickelt waren und Rechner militärischer Stellen, von Raumfahrt- und Rüstungsfirmen angezapft und diese Daten an den sowjetischen Geheimdienst verkauft haben. Ihrem sowjetischen Mittelsmann überreichten sie eine Aufstellung aller Rechner, die an die vertraulichen US-Datennetze Arpanet, Milnet und Internet angeschlossen sind.[213] Auch ein Agent des tschechoslowakischen Staatssicherheitsdienstes wurde in der ersten Hälfte 1989 festgenommen, der den Auftrag hatte, Informationen über Radio Free Europe auszuforschen. Bei seiner Festnahme erklärt er, er sei nicht der einzige Mitarbeiter des CSSR-Staatssicherheitsdienstes in Radio Free Europe.[214]

Der spektakulärste Fall in Deutschland ist die Festnahme eines Ehepaares in Reutlingen, die als Agenten von Ostberlin aus gesteuert wurden. Beide hatten die Funktion von »Schweige-Agenten«, die den im Spannungs- oder Verteidigungsfall eingeschleusten sowjetischen Spezialeinheiten (Speznas) bei der Sprengung von Brücken oder Energieversorgungsanlagen, bei Entführungen, Morden und anderen Verbrechen Hilfsdienste leisten sollen. Bei dem Ehepaar wurden Funkgeräte modernster Bauart aus russischer Fabrikation und weitere Unterlagen sichergestellt. Auch an der »unsichtbaren Front« hat Moskau seine Offensive weltweit verstärkt.

V.
Abrüstung als politische Waffe

Wir in Moskau freuen uns, daß eine immer größere Zahl von führenden Menschen in Staat, Politik, Partei und Öffentlichkeit die Last der allgemeinen Verantwortung auf ihre Schultern zu nehmen bereit sind. Besonders nennen möchte ich die Wissenschaftler, die Vertreter der Massenbewegungen und der verschiedenen Kirchen, die Aktivisten der sogenannten Volksdiplomatie ... Ja, die Tendenz zur Abrüstung hat einen starken Impuls erhalten. Und dieser Prozeß gewinnt eine eigene Kraft.

Michail Gorbatschow[215]

Sirenenklänge der Abrüstung

Ziel jeder vernünftigen Politik muß es sein, Überrüstung abzubauen und Rüstung zu kontrollieren; dies muß ausgewogen, auf Gegenseitigkeit, unter glaubwürdiger Kontrolle und unter der Wahrung der Sicherheit aller Beteiligten geschehen, mit dem Ziel, nicht nur einen nuklearen Konflikt, sondern *jeden* Krieg zu verhindern.
Es wäre allerdings völlig falsch zu glauben, man könne durch Abrüstung *allein* den Frieden sichern. Im Gegenteil: Wenn eine Seite sich gegenüber einem möglichen Angreifer Blößen gibt, kann dies sogar zum Beginn eines kriegerischen Konflikts geradezu einladen. Im übrigen sind nicht die Waffen die Ursachen von Spannungen, und auch nicht die Waffen in sich sind moralisch gut oder böse, sondern der Wille dessen, der die Waffen zu seiner Verfügung hat.
Mao Zedong hat einmal zu Rech gesagt, ihn interessiere nicht, wieviel Gewehrläufe auf ihn gerichtet seien, sondern lediglich, was diejenigen dächten, die diese Gewehre in der Hand hätten. Oder, um ein Beispiel aus dem Alten Testament zu nehmen: Nicht der Stein, mit dem Kain seinen Bruder Abel getötet hat, war moralisch gut oder böse, sondern der Wille des Kain war verwerflich. Oder ein Beispiel aus der Gegenwart: In Westeuropa sind die am stärksten gerüsteten Mächte gewiß Frankreich mit seiner force de frappe und die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Bundeswehr. Noch niemand hat aber je vorgeschlagen, deutsch-französische Abrüstungsverhandlungen zu beginnen, da beide Nachbarstaaten in gutem Einvernehmen leben und nicht daran denken, sich gegenseitig zu bedrohen.
Der große spanische Philosoph und Europäer, Salvador de Madariaga, der darüber hinaus auch Abrüstungsbevollmächtigter beim Völkerbund war, hat daher zu Recht gesagt: »Die Nationen mißtrauen einander nicht, weil sie gerüstet sind, sondern sie rüsten, weil sie einander mißtrauen. Zu glauben, man könne eine Beseitigung von Spannungen durch Abrüstung erreichen, wäre genauso, wie wenn man den Menschen sagen würde: Geht nackt auf die Straße, damit der Winter aufhört!« – Madariaga macht damit deutlich, daß es in Wirklichkeit zur Beseitigung von Spannungen nicht um Abrüstung gehen muß, sondern um die Beseitigung der Spannungsursachen, die in Europa im wesentlichen in der Verweigerung des

Selbstbestimmungsrechts und der Menschenrechte im sowjetisch beherrschten Teil Europas liegen.
Nichts anderes sagt der 1967 von den Mitgliedern der Atlantischen Allianz beschlossene und noch heute gültige Harmel-Bericht – der oft fälschlicherweise zur Begründung einer illusionären »Entspannung« fehlinterpretiert wird. In Wirklichkeit versteht der Harmel-Bericht zu Recht Entspannung als Beseitigung der Spannungs*ursachen* in Europa, wenn es dort heißt: »Eine endgültige und stabile Regelung in Europa ist jedoch nicht möglich ohne eine Lösung der Deutschlandfrage, die den Kern der gegenwärtigen Spannungen in Europa bildet. Jede derartige Regelung muß die unnatürlichen Schranken zwischen Ost- und Westeuropa beseitigen, die sich in der Teilung Deutschlands am deutlichsten und grausamsten offenbaren ... Zwar hat die sowjetische Doktrin der ›friedlichen Koexistenz‹ den Charakter der Konfrontation mit dem Westen verändert, nicht dagegen die grundlegende Problematik.«
Wir können heute in der Mitte Europas auf die längste Friedensepoche seit Menschengedenken zurückblicken. Dies ist eine große politische Leistung, und wir müssen dies auch für die Zukunft für die nach uns kommenden Generationen sichern. Wir verdanken dies der Atlantischen Allianz, die weit mehr ist als ein militärisches Verteidigungsbündnis freier Nationen; sie ist eine Gemeinschaft, die für gemeinsame Werte eintritt.
Wir verdanken diesen Frieden und die Wahrung unserer Freiheit der Strategie der nuklearen Abschreckung durch die Möglichkeit des Verbundes einer konventionell und nuklear abgestuften flexiblen Antwort. Diese reicht gewissermaßen von den Einheiten des Bundesgrenzschutzes an der Demarkationslinie zwischen Ost und West bis hin zu den Interkontinental-Raketen auf dem amerikanischen Kontinent. Entscheidend ist für uns Europäer und insbesondere für uns Deutsche, die wir geographisch in der am weitesten vorgeschobenen Position des Bündnisgebietes gelegen sind, die Einheit und Untrennbarkeit der Sicherheit aller Bündnismitglieder: gemeinsame Sicherheit und gemeinsame Haftung.
Hauptziel der sowjetischen Politik ist es daher immer gewesen, Deutschland vom Westen und Europa von Amerika strategisch und damit politisch und psychologisch abzukoppeln und die Unteilbarkeit der Sicherheit des Bündnisgebietes aufzubrechen. Dabei geht es

der Sowjetunion insbesondere um die Entblößung Deutschlands und Europas vor dem friedenssichernden nuklearen glaubwürdigen Schutz.

Durch das Aufkommen der Nuklearwaffen hat sich nicht nur die Strategie, sondern es haben sich auch die Grundregeln der Außenpolitik geändert. War es früher – im vornuklearen Zeitalter – Ziel der Militärstrategie, Kräfte zu massieren, um den Gegner militärisch vernichtend zu schlagen, so ist es Ziel der Nuklearstrategie, eine glaubwürdige Abschreckung aufrecht zu erhalten, um *jeden* militärischen Krieg zu verhindern.

Außenpolitisch entstehen durch die Existenz der Nuklearwaffen der Atom-Hegemonialmächte Gravitationssysteme der Macht, die so weit reichen, wie die Glaubwürdigkeit der Abschreckung gesichert ist. Dies ist grundsätzlich zunächst bei geographisch zusammenhängenden Gebieten gegeben. Völlige Glaubwürdigkeit der Abschreckung ist jeweils nur bei der Bedrohung des Sanktuariums des Gegners gegeben, da das Risiko der Selbstvernichtung durch das nukleare Patt im Falle der Bedrohung vorgelagerter Gebiete durch die andere Hegemonialmacht die Glaubwürdigkeit der Abschrekkung fraglich macht.

Diese Problematik wird deutlich durch die geographische Asym-

Die geographische Asymmetrie

Der Mittler-Brief, Bonn, 3. Jg. 1988, Nr. 1, S. 5

metrie zwischen Ost und West, bei der die Sowjetunion mit ihrem Zwangsbündnis des Warschauer Paktes einen geographisch in sich geschlossenen Bereich bildet, während Westeuropa von der westlichen Hauptmacht – den Vereinigten Staaten – durch den Atlantischen Ozean getrennt ist.[216] Um trotz dieser Problematik Freiheit und Frieden für das westliche Europa zu sichern, ist die Atlantische Allianz in den sechziger Jahren zur »abgestuften Abschreckung« oder »flexiblen Antwort« übergegangen, im Rahmen derer schließlich Nuklearwaffen der Vereinigten Staaten in Europa stationiert wurden, die das sowjetische Sanktuarium bedrohen und unter europäischem NATO-Kommando stehen.

Die sowjetische Strategie richtet sich darauf, über die Mobilisierung der öffentlichen Meinung in Westeuropa den Abbau dieser Waffen zu erreichen, die die Sicherheit Europas an die Vereinigten Staaten koppelt. Ist dies einmal erreicht, so ist nicht nur ein Krieg in Europa wieder führbar und denkbar geworden; Europa wäre insbesondere politisch-psychologisch erpressbar durch die Sowjetunion. Nicht das gewaltige konventionelle Übergewicht Moskaus würde militärisch eingegrenzt werden, die psychologisch-politische Umarmung im Sinne des »Friedens« würde genügen. Auch hier wußte Salvador de Madariaga eine treffende Anekdote zu erzählen: »Löwe, Adler und Bär wollen abrüsten. Der Löwe schlägt dem Adler vor, alle sollten die Krallen vernichten. Der Adler macht den Gegenvorschlag, alle sollten sich die Zähne ziehen lassen; der russische Bär schließlich schlägt vor: Vernichten wir Krallen und Zähne und dann wollen wir uns alle umarmen.«[217]

Zur Friedenssicherung ist es also entscheidend, daß das freie Europa – wenn auch auf niedrigstmöglicher Ebene – eine ausreichende nukleare Abschreckung und den politisch-psychologischen Verbund mit den Vereinigten Staaten aufrecht erhält. Dies gilt auch für den Zeitpunkt *nach* einem eventuellen Abbau des konventionellen sowjetischen Übergewichts in Europa. Denn ein nuklearfreies Europa mit etwaigem konventionellen Gleichgewicht würde Kriege wieder führbar machen: Es wäre genau der Zustand, in dem der Erste und der Zweite Weltkrieg ausgebrochen sind. Was wir haben müssen, ist eine Strategie, die nicht nur nukleare Kriege, sondern – wie in den letzten vierzig Jahren – *jeden* bewaffneten Konflikt in Europa unmöglich macht.

In der Tradition des alten Byzanz und geprägt von Jahrhunderten mongolischer Bedrohung und Unterdrückung war der koordinierte Einsatz aller Mittel einschließlich der Täuschung des Gegners stets ein integrierender Teil der Außenpolitik der eurasischen Kontinentalmacht Rußland. Über die Expansions- und Unterwerfungspolitik der Mongolen schreibt H. G. Behr in seinem Buch »Die Söhne der Wüste«: »Die mongolische Form der Kriegserklärung hieß ›Freundschafts- und Nichtangriffspakt‹. Wer sich weigert, einen solchen mit dem Khan abzuschließen, durfte als Feind sofort mit dem totalen Krieg rechnen. Wer einen unterschrieb, mußte zunächst einmal mongolische Berater ins Land lassen und außerdem seine Truppen auf ein vereinbartes Friedensmaß reduzieren. Von da ab jagte ein Ultimatum das andere, und wenn ihr Opfer auch nur einen Augenblick zögerte, sich in sein Schicksal zu fügen, gab es natürlich Krieg.«[218]

So waren auch Abrüstungsvorschläge stets Bestandteil einer offensiven russischen Politik. Für die Sowjetunion ist Abrüstung nicht vorrangig ein moralisches Gebot, ein wünschenswertes politisches Ziel, ein politischer Selbstzweck oder ein Mittel zur Entlastung wirtschaftlicher Anspannung, sondern Funktion und operativer Teil einer offensiven und expansiven Außenpolitik, der im übrigen wirtschaftspolitische Erwägungen stets unterzuordnen sind.

Die sowjetischen Abrüstungsvorschläge sind Bestandteil der politisch und psychologisch offensiven sowjetischen Friedenskampagne, deren Grundzüge bereits in Kapitel IV angeführt sind. Die sowjetische Abrüstungspolitik

- ist geprägt durch die russische außenpolitische Tradition;
- wird bestimmt durch die marxistisch-leninistische Forderung nach Täuschung des »Klassenfeindes«;
- hat gerade in den siebziger Jahren gezeigt, wie hinter dem Dunstschleier von »Entspannung« und KSZE-Verhandlungen die Feuerkraft der konventionellen Verbände gestärkt, nukleare Systeme, wie unter anderem die SS-20 neu aufgebaut und von Vietnam und Kambodscha über Afghanistan, Südjemen, Äthiopien, Mozambique, Angola bis nach Mittelamerika eine expansive Politik betrieben wurde, ungeachtet einseitiger amerikanischer Zugeständnisse beim Verzicht auf die Produktion chemischer Waffen, bei der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, bei Verzicht

auf die Indienststellung des B-1-Bombers sowie beim Verzicht auf die Produktion der Neutronenwaffe;
- ist kein Selbstzweck, sondern Bestandteil einer offensiven und expansiven politischen Strategie;
- nützt bewußt den Gegensatz zwischen der geschlossenen sowjetischen und der offenen westlichen Gesellschaft aus, um durch Desinformation und Infiltration auf die öffentliche Meinung im Westen einzuwirken und die natürliche Friedenssehnsucht der Menschen in der freien Welt zur Erreichung expansiver sowjetischer Ziele einzusetzen, in ähnlicher Form, wie dies Hitler insbesondere gegenüber Großbritannien und Frankreich vor Beginn des Zweiten Weltkrieges tat;
- bemüht sich, psychologisch, politisch und militärisch eine Abkoppelung Europas von den Vereinigten Staaten zu erreichen;
- versucht mit allen Mitteln, durch Serien von konventionellen und nuklearen Abrüstungsvorschlägen Gegensätze zwischen den einzelnen Staaten im Westen und Zwist zwischen den unterschiedlichen politischen Gruppierungen innerhalb der westlichen Staaten zu wecken und für ihre Ziele auszunutzen;
- versucht gegenüber der westlichen öffentlichen Meinung, Abrüstung und nicht Konfliktlösung als vorrangigen politischen Wert und als Hauptziel darzustellen, während in Wirklichkeit eine wahre Entspannung, die diesen Namen verdient, ausschließlich durch Beseitigung der Spannungsursachen – der Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechtes und der Menschenrechte im sowjetischen Machtbereich – erzielt werden kann.

Bei der Beurteilung sowjetischer Abrüstungsvorschläge sollte man nicht vergessen, was Lenin hierzu gesagt hat: »Wir werden wunderbare theatralische Friedensveranstaltungen aufziehen, wir werden singen wie die Engelein, unsere schönsten Kleider tragen und mit der leisesten Zunge sprechen. Wir werden streicheln und liebkosen, Schlafpillen verteilen und Himmelbetten aufstellen. Unsere Feinde werden Beifall klatschen und unsere Friedensliebe rühmen. Sie werden ihre schützende Rüstung ablegen – bis auf die Haut –, und dann werden wir sie umarmen ...«[219] Lenin sagte auch: »Jedes Friedensprogramm ist Heuchelei, wenn es nicht auf einer Propaganda für die Notwendigkeit der Revolution und auf der Förderung des überall beginnenden revolutionären Kampfes im Volke fußt.«[220]

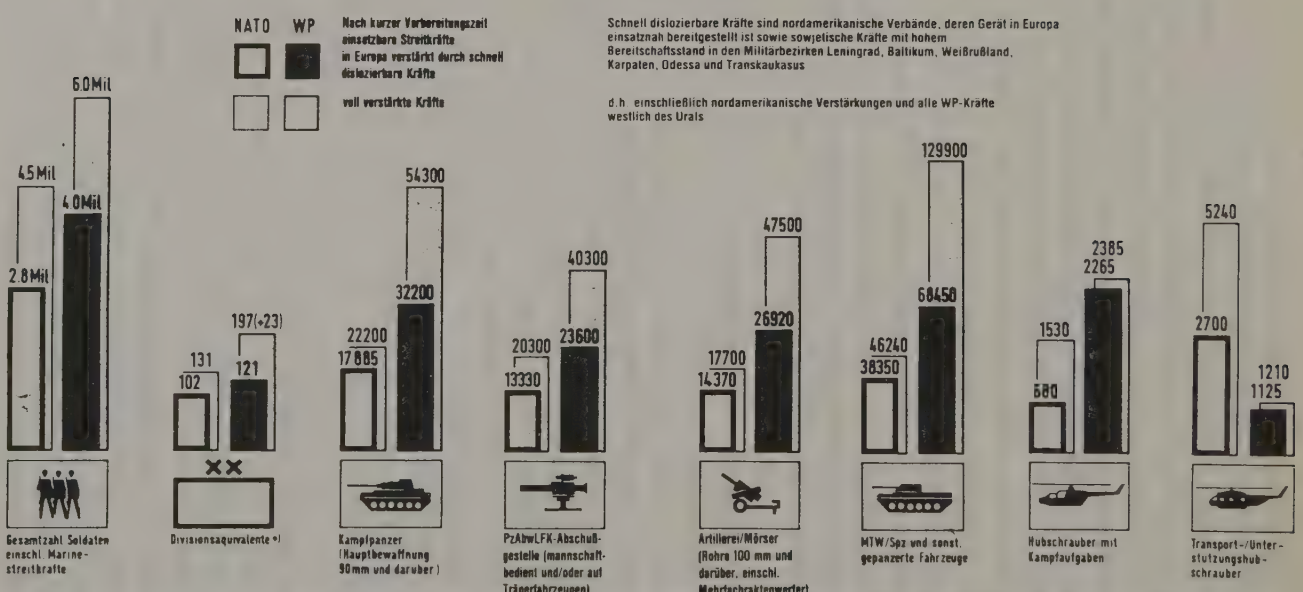
Und Lenin faßte zusammen: »Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein.«[221]
Eine ausgewogene und überprüfbare Abrüstung, die für alle Beteiligten mehr Sicherheit auf einem möglichst niedrigen Rüstungsniveau bietet, ist selbstverständlich nur zu begrüßen und anzustreben. Aber eine Abrüstung um der Abrüstung willen, die zu einer Ideologie wird und die sich mehr und mehr loslöst von den strategischen Notwendigkeiten und von außenpolitischer Vernunft sowie von den grundlegenden Sicherheitserfordernissen, führt zum Gegenteil dessen, was man mit Abrüstung bezweckt: zu Krise, Krieg und Unsicherheit statt zu Friedenssicherung.
Seitdem Gorbatschow im März 1985 die Macht übernommen hat, belegt er den Westen geradezu mit einem Trommelfeuer von werbewirksamen Abrüstungsvorschlägen. Im ersten Jahr seiner Herrschaft hat er nahezu jeden Monat einen neuen Abrüstungsvorschlag gemacht:

- April 1985: Moratoriumsvorschlag für die Stationierung von Mittelstreckenraketen;
- Juli 1985: Moratorium für jede Art von Kernexplosionen;
- August 1985: Nichtmilitarisierung des Weltraums;
- September 1985: Chemiewaffenfreie Zonen in Mitteleuropa;
- Oktober 1985: Modus vivendi zwischen Warschauer Pakt und Atlantischer Allianz;
- Oktober 1985: Keine Entwicklung konventioneller Waffen mit hoher Zerstörungskraft;
- Oktober 1985: Einfrieren des Personalbestandes der Streitkräfte der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten;
- Oktober 1985: Verpflichtung zur Nichterhöhung des Rüstungshaushalts;
- Dezember 1985: Kontrollierte Einstellung von Kernwaffenversuchen;
- Januar 1986: Vernichtung aller Kernwaffen auf der ganzen Welt bis zum Jahre 2000;
- Mai 1986: Verlängerung des sowjetischen Moratoriums für Kernexplosionen;
- Juni 1986: Verringerung der konventionellen Rüstung und der Streitkräfte von Warschauer Pakt und Allianz.

Diese Liste könnte weiter fortgesetzt werden. Der propagandisti-

Kräftevergleich Landstreitkräfte NATO / Warschauer Pakt in Europa

mit Personal Gesamtstärke



*) WP-Divisionen haben in der Regel eine geringere personelle Stärke als viele NATO-Divisionen, verfügen aber über mehr Panzer und Artillerie und somit über ähnlich große Kampfkraft; ihre Unterstützungselemente sind auf höheren Führungsebenen eingegliedert.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, Dez. 87

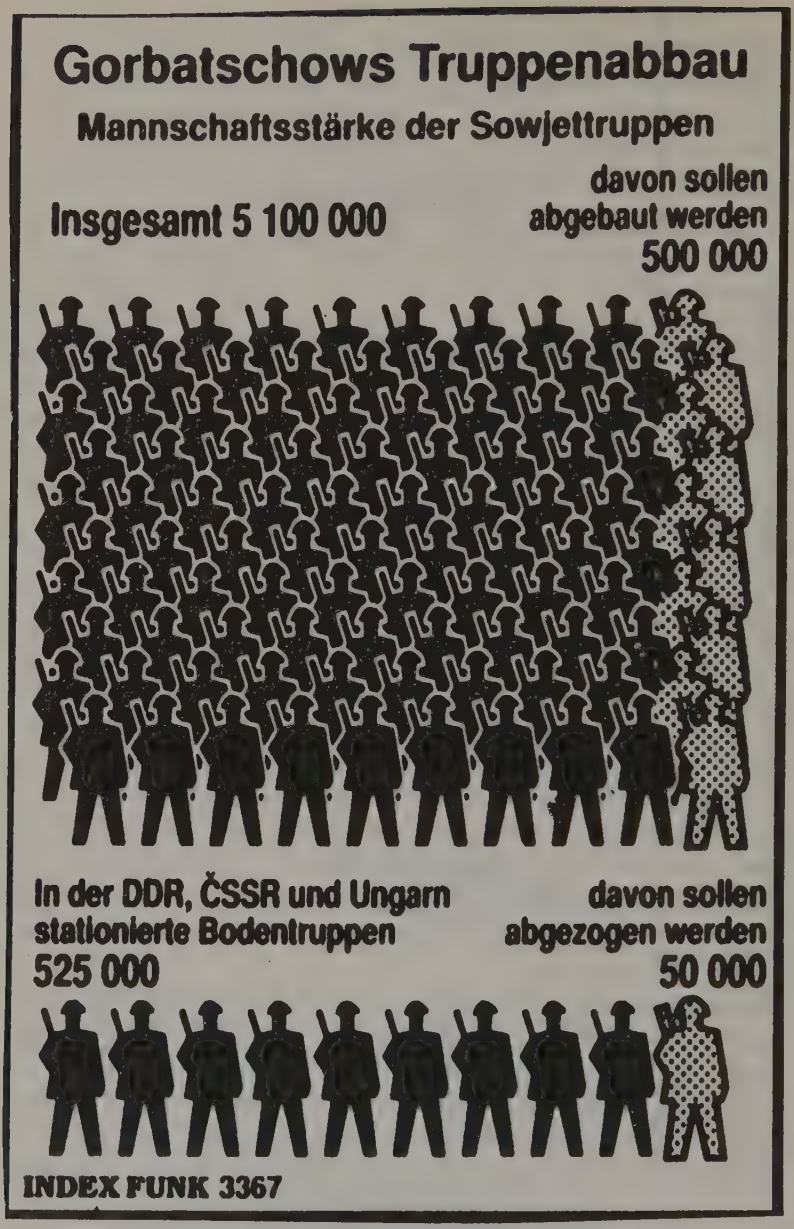
sche Effekt ist groß: 80% der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland sind – wie Umfragen ausweisen – davon überzeugt, daß die Sowjetunion abrüsten will.[222] Leider fragen dieselben 80% nicht, warum die Sowjetunion nicht das tut, was sie angeblich will. Wie gute Eröffnungen in einem Schachspiel, bilden manche sowjetische Abrüstungsvorschläge auch einen psychologisch geschickten Einstieg zur Erreichung politischer Ziele: So soll etwa der Vorschlag der Einrichtung atomwaffenfreier Zonen eine Vorstufe der Entnuklearisierung Europas – und damit der Entblößung Europas von friedenssichernder Abschreckung – sein. Und so soll etwa der Vorstoß des sowjetischen Generalstabschefs Marschall Sergej Achromejew, die Verminderung der Landstreitkräfte an eine Reduzierung der Seestreitkräfte zu knüpfen, die maritime Verbindung zwischen Amerika und Europa schwächen und andererseits der Weltmacht Amerika ihre Beweglichkeit zur See und ihre Flexibilität nehmen oder zumindestens einschränken.[223]

Am 7. Dezember 1988 kündigt Gorbatschow vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen eine »einseitige« Verringerung sowjetischer Truppen um 500000 Mann an sowie die Bereitschaft, sechs von insgesamt 31 sowjetischen Divisionen aus dem europäischen Vorfeld – Polen, Mitteldeutschland, der Tschechoslowakei und Ungarn – abzuziehen.

Angesichts der gewaltigen sowjetischen Überlegenheit auf konventionellem Gebiet und der Invasionsfähigkeit des Warschauer Paktes steht es außer Frage, daß es sich hierbei um einen Schritt in die richtige Richtung handelt, der zu begrüßen ist. Zugleich ist es jedoch auch notwendig, die Pferdefüße einer so spektakulären Ankündigung zu untersuchen, die für die breite Öffentlichkeit natürlich nicht erkennbar sind.

Zunächst einmal ist festzustellen, daß sich die Sowjetunion mit Abrüstungsvorschlägen schon deshalb sehr viel leichter tut als der Westen, weil sie – wie jedes totalitäre Regime – »einsame Entscheidungen« treffen kann, während der Westen sich in einem komplizierten Konsultationsprozeß auf gemeinsame Lösungen einigen muß, die auch noch von den innenpolitischen Gegebenheiten der demokratisch regierten Staaten der Atlantischen Allianz abhängig sind.

Dann ist festzustellen, daß es sich bei dem Vorschlag Gorbatschows um einen perfekt gewählten Zeitpunkt handelt: Der neue amerikani-



Münchner Merkur, Nr. 284 v. 9.12.1988, S. 2

sche Präsident Bush zwar schon gewählt, aber noch nicht in sein Amt eingeführt – kann also noch keine Entscheidungen treffen –, während der alte Präsident in seiner Auslaufphase seinen Nachfolger nicht durch Entscheidungen präjudizieren kann. Nur die Sowjetunion hat also völlig freien Handlungsspielraum.
Außerdem lag der Zeitpunkt des 7. Dezember genau einen Tag vor dem Beginn der NATO-Dezember-Tagung, die unter dem Eindruck derart publikumswirksamer sowjetischer einseitiger Abrüstungsbereitschaft daran gehindert werden sollte, notwendige Modernisierungsentscheidungen – etwa für Kurzstreckenraketen – festzulegen, obwohl – der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt – die Sowjetunion ihre Kurzstreckenraketen bereits modernisiert hat. Durch den sowjetischen Schritt soll also Druck auf die westliche Verhandlungsposition ausgeübt werden, die – bei der notwendigen Einmütigkeit freier Staaten – immer nur so stark ist wie das schwächste Glied in der westlichen Kette.
Vor der Weltöffentlichkeit sollte darüber hinaus Bewegung in der sowjetischen Abrüstungspolitik gezeigt werden, ohne daß in Wirklichkeit die Überlegenheit des Warschauer Paktes auch nur in irgendeiner Weise beseitigt wäre.
Darüber hinaus handelt es sich bei dem Vorschlag Gorbatschows um eine einseitige Maßnahme, die also nicht – wie bei vertraglichen Abrüstungsvereinbarungen – überprüfbar ist.
Würde aber trotz der mangelnden Überprüfbarkeit die Sowjetunion die Ankündigung Gorbatschows tatsächlich Punkt für Punkt durchführen, so würde sich – wie der noch amtierende Außenminister der Vereinigten Staaten, George Shultz, am 9. Dezember 1988 während der NATO-Tagung in Brüssel dargelegt hat – lediglich folgendes ändern: Die Überlegenheit des Warschauer Paktes gegenüber den Divisionen der NATO in Europa würde von derzeit 2,99:1 auf lediglich 2,91:1 verringert. Außerdem würde die Überlegenheit des Warschauer Paktes bei Panzern von derzeit 2,76:1 auf nur 2,18:1 abgebaut, der Vorsprung bei der Artillerie würde von 2,3:1 auf 1,47:1 schrumpfen, und das Verhältnis bei Kampfflugzeugen würde von einer Überlegenheit von 3,2:1 auf 3,0:1 fallen. Das heißt im Klartext: Die gewaltige konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion in Europa würde erhalten bleiben und sich nur unmerklich ändern.

Ein ganz entscheidender Pferdefuß ist darüber hinaus die Tatsache, daß Gorbatschow nichts darüber gesagt hat, ob er die entsprechenden Waffen unter internationaler Kontrolle zu vernichten bereit ist, ob es sich um moderne oder lediglich um ältere, ohnehin zur Ausmusterung anstehende Waffen handelt, und ob er die Waffen gegebenenfalls nur in Depots zurückzieht, aus denen sie jederzeit wieder hervorgeholt werden können.[224]

Dazu kommt die Frage, ob die Verringerung von Mannschaften tatsächlich ein sowjetisches Zugeständnis oder nur die Folge der demographischen Probleme der Sowjetunion ist. Angesichts des außerordentlich hohen Umfangs der Streitkräfte von etwa 5 Millionen Mann – also ungefähr 1,8 Prozent der Bevölkerung – mit etwa 3,4 Millionen Wehrpflichtigen, ergibt sich ein jährlicher Ergänzungsbedarf von 1,9 Millionen Mann. Zur Verfügung stehen etwa 2 Millionen jährlich. Das heißt: Selbst bei einem Tauglichkeits- und Ausschöpfungsgrad von 80 %, der auch in der Sowjetunion kaum zu erreichen ist, stehen nur 1,6 Millionen Mann zur Verfügung. Das ergibt einen jährlichen Fehlbestand von 400 000 Mann. Bei einem Ausschöpfungsgrad von etwa 75 % liegt der Fehlbetrag etwa bei 500 000 Mann und entspricht damit ziemlich genau der ohnehin angekündigten Streitkräftereduzierung.[225]

Es gibt aber noch weitere Möglichkeiten im Sinne der klassischen sowjetischen »Maskirovka« – der Täuschungsmaßnahmen auf militärischem Gebiet. Von dem jetzigen Stand von über fünf Millionen Soldaten entfallen auf Eisenbahn-, Bau- und Versorgungseinheiten 700 000 Mann. Wenn man den Soldaten und Offizieren dieser Einheiten befiehlt, die Uniformen auszuziehen und erklärt, daß sie ab sofort als Zivilbedienstete bei der sowjetischen Armee dienen, ändert sich nicht das geringste, und nominell sind die »einseitigen Abrüstungsvorschläge« erfüllt.[226]

Darüber hinaus gibt es Widersprüche bei den Erklärungen verantwortlicher sowjetischer Militärs: Während Verteidigungsminister, Armeegeneral Jasow, die Truppenverminderung um 500 000 Mann als Beweis für eine neue Verteidigungsdoktrin anführt, schreibt der Stellvertreter des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte, Generalleutnant G. Stefanowski: »Es werden hauptsächlich solche Armeeangehörige entlassen, deren Dienstzeit zu Ende geht, solche, die die Ehre des Offiziers besudelt haben oder aus morali-

schen und politischen Gründen ihrer Stellung nicht entsprechen.«[227]
Die politisch und publizistisch spektakulären einseitigen Abrüstungsvorschläge Gorbatschows sind also bei Nähe besehen in Wirklichkeit auf militärischem Gebiet außerordentlich fragwürdig. Sie erfüllen jedoch ihr Ziel, die Sowjetunion als friedliebend und abrüstungsbereit darzustellen und erschweren es der von der öffentlichen und veröffentlichten Meinung abhängigen westlichen Politik, die notwendigen Entscheidungen für die westliche Sicherheit zu treffen. Insbesondere war der Gorbatschowsche Vorschlag naturgemäß auf die Entscheidungsfähigkeit der deutschen Bundesregierung über die notwendige Modernisierung der Kurzstreckenraketen gerichtet, die nach dem sowjetischen Erfolg der beiden Null-Lösungen auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen (INF) umso wichtiger geworden ist.
Auf konventionellem Gebiet muß die Sowjetunion bei den im Frühjahr 1989 in Wien begonnenen konventionellen Abrüstungsverhandlungen noch beweisen, ob die Sowjetunion und der Warschauer Pakt wirklich in Zukunft bereit sind, auf ihre konventionelle Überlegenheit und Invasionsfähigkeit gegenüber Europa zu verzichten, und ob Moskau seine Stationierungsstreitkräfte innerhalb des Warschauer Paktes so zu verringern bereit ist, daß sie zahlenmäßig den jeweiligen Heimatarmeen nicht mehr überlegen sind.

Der INF-Vertrag über die Abrüstung von Mittelstreckenraketen

Nach dem Treffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Reykjavik unterzeichneten die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion am 8. Dezember 1987 den INF-Vertrag.
Der Vertrag verpflichtet die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion zur Beseitigung aller landgestützten ballistischen Systeme und Marschflugkörper mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 Kilometern und gibt beiden Seiten das Recht, Verifizierungsmaßnahmen durchzuführen, um die Einhaltung des Vertrages zu überwachen.

Wenn auch die Sowjetunion erheblich mehr Systeme vernichten muß als die Vereinigten Staaten, da sie über weitaus mehr verfügt – wobei auf beiden Seiten lediglich die Träger, nicht aber die nuklearen Sprengköpfe vernichtet werden –, so ist das Ergebnis dennoch unausgewogen zugunsten Moskaus, da die Sowjetunion auf Grund der geographischen Asymmetrie zwischen Atlantischer Allianz und Warschauer Pakt mit ihren ballistischen Systemen weiterhin die Bundesrepublik Deutschland und ihre europäischen Nachbarländer erreichen kann, während umgekehrt es unter europäischem NATO-Kommando keine landgestützten Systeme mehr gibt, die das sowjetische Sanktuarium bedrohen – das heißt glaubhaft abschrecken – können. Die Sowjetunion verliert also keine einzige strategische Option, während die Atlantische Allianz die entscheidende einbüßt, die die europäische Sicherheit an die amerikanische Sicherheit knüpft, damit wird die Glaubwürdigkeit der Strategie der flexiblen Antwort erheblich beeinträchtigt.

Die Deutsche Atlantische Gesellschaft kommt in einer Analyse des INF-Vertrages zu folgendem Schluß: »Die Zahl der verbleibenden Kernwaffen in Europa ist sicherlich erheblich. Aber es verbleiben die ›falschen‹ Waffen, oder besser, die Struktur ist unausgewogen geworden. Die erste Null-Lösung entfernt die wirksamsten Waffen gegen Ziele auf SU Territorium, die zweite das wirksamste System gegen die zweiten Staffeln der Fronten und sonstige entscheidende Ziele wie Flugplätze.«[228]

Am 31. August 1987 verabschiedet die CSU unter Vorsitz von Franz Josef Strauß eine Zehn-Punkte-Erklärung zur Sicherheitspolitik, in der sie vor der doppelten Null-Lösung warnt. In dieser Erklärung heißt es: »... Die Teilung des Bündnisgebietes in drei Zonen von unterschiedlicher Sicherheit mit dem Totalrisiko für die Bundesrepublik Deutschland, vermindertem Risiko für die europäischen Partner und fast ohne Risiko für die Verbündeten jenseits des Ozeans, ist unerträglich. Das Bündnis würde dann seinen Sinn verlieren. Es würde dann zu einer Neuorientierung der deutschen Politik zwangsläufig kommen. Schon deshalb war die Null-Lösung I problematisch, ist die Null-Lösung II mit der mittelbaren Einbeziehung der Pershing 1 A durch den Bundeskanzler falsch, weil die Lage nach Vollzug wesentlich schlechter sein wird, noch kritischer sein wird, als vor der Nachrüstung. Diese Null-Lösung II führt da-

zu, daß im Bereich von 0 bis 500 Kilometer der Westen nur 88 Lance mit 120 Kilometer Reichweite, im Bereich von 120 bis 500 Kilometer nichts hat, während die Sowjetunion in diesen beiden Bereichen zusammen 1300 Atomraketensysteme in der DDR und CSSR hat; ganz abgesehen davon, daß die Sowjetunion hier keine Bereitschaft zur Abrüstung bis jetzt gezeigt hat – aber auch diese Null-Lösung III löst das Problem nicht, weil die Überlegenheit der konventionellen Bewaffnung der Sowjets auf allen Gebieten und nicht zuletzt der chemischen Waffen erdrückend ist ... Entscheidungen dürfen nicht vom Grade der Popularität, sondern nach dem Ernst der Situation erfolgen. Für uns geht es um die unteilbare Sicherheit und Freiheit der Menschen. Die sogenannte doppelte Null-Lösung schafft ja nicht das, was sich viele in unserer Bevölkerung vorstellen, denn 97% der nuklearen Potentiale bleiben auch nach der doppelten Null-Lösung übrig, die jeden Teil der Bundesrepublik und Westeuropa treffen können ...«[229]

Der Oberkommandierende der Alliierten Streitkräfte in Europa, General Bernard W. Rogers, befürchtet, daß das INF-Abkommen die Glaubwürdigkeit der NATO in sowjetischen Augen verringern und die Atlantische Allianz auf die abschüssige Bahn führen wird, die zur Denuklearisierung Westeuropas, dem von der Sowjetunion angestrebten Ziel, führt. Hierdurch wird Westeuropa der konventionellen Angriffsfähigkeit des Warschauer Paktes ausgesetzt oder, noch wahrscheinlicher, in die Neutralisierung gedrängt. Die Befürchtungen von General Rogers gipfeln in den Worten: »Die NATO ist dabei, durch Schuld der Vereinigten Staaten die langfristige Glaubwürdigkeit ihrer Abschreckung zum Preis von kurzfristigen persönlichen Interessen zu opfern.«[230]

Die CSU hat also bei ihren Befürchtungen und Warnungen kompetente Unterstützung erhalten. Neben dem NATO-Oberkommandierenden General Rogers warnt auch der frühere amerikanische Außenminister Henry A. Kissinger: »Die Administration rechtfertigt die bevorstehende Vereinbarung, indem sie darauf hinweist, daß die Sowjetunion mehr Sprengköpfe als die USA aufgeben wird. Doch es gehört nicht zu den Gewohnheiten der Sowjetunion, ungleiche Abkommen abzuschließen. Ihr quid pro quo ist ein Ziel, das die Sowjets über eine ganze Generation angestrebt haben: Amerika von seinen europäischen Verbündeten abzutrennen. Dies ist insbe-

sondere ein Problem der Bundesrepublik Deutschland: Kein anderes Land befindet sich in einer solch prekären geographischen, politischen und psychologischen Position.«[231]
Auch der frühere NATO-Oberkommandierende in Europa und amerikanische Außenminister unter Präsident Reagan, General Alexander Haig, warnt: »Alle NATO-Oberkommandierenden, einschließlich des gegenwärtigen, sind gegen die doppelte Null-Lösung. Sie macht einen konventionellen Krieg wieder denkbar.«[232]
Der Sicherheitsberater des Bundeskanzlers und Leiter der Abteilung für Auswärtige Beziehungen und Äußere Sicherheit im Kanzleramt, Ministerialdirektor Horst Teltschik, kommt zu dem Schluß: »Wenn die doppelte Null-Lösung Wirklichkeit wird, sieht sich die NATO, allen voran die Europäer, vor eine neue Ausgangslage gestellt: Das Bündnis verliert die Fähigkeit, sowjetisches Territorium vom europäischen Boden aus mit amerikanischen Nuklearraketen zu erreichen. Dies bedeutet sicherlich die Aufgabe eines der wirksamsten Instrumente der Kriegsverhinderung in Europa. Dagegen behält die Sowjetunion alle ihre nuklearen Optionen gegenüber Westeuropa, auch wenn sie die dreifache Zahl von nuklearen Mittelstreckenraketen abbauen muß. Ihr verbleibendes strategisches Nuklearpotential ist groß genug, damit auch zukünftig die Ziele in Westeuropa abgedeckt werden können.«[233]
Es ist keine Frage, daß die Sowjetunion ihrem langfristigen dreifachen Stil, der Konsolidierung ihrer konventionellen Überlegenheit, der psychologisch-politischen Abkopplung Europas von den Vereinigten Staaten sowie der Abkopplung der Bundesrepublik Deutschland von ihren westlichen Nachbarn, einen entscheidenden Schritt nähergekommen ist. Diese negativen Auswirkungen können nur dann verhindert werden, wenn der Westen einerseits die von der Atlantischen Allianz in Montebello 1983 getroffenen Vereinbarungen – Einführung von luftgestützten Abstandswaffen für das Tornado-Kampfflugzeug und Modernisierung der Kurzstreckenraketen – durchführt, und wenn andererseits die Sowjetunion zu einem Abbau ihrer gewaltigen konventionellen Überlegenheit in Europa bereit ist. Erst wenn dies erreicht wird, können die nuklearstrategischen und damit langfristigen politischen Gefahren des INF-Vertrages neutralisiert werden. Für sich allein gesehen ist der INF-Vertrag jedoch ein Erfolg Moskaus und ein Meisterwerk sowjetischer

Verhandlungsstrategie: Durch die Gewährung eines vordergründigen und scheinbaren Vorteils an den Westen – da dieser weniger Mittelstreckensysteme abrüsten muß als die Sowjetunion – erreicht in Wirklichkeit die Sowjetunion eine entscheidende Etappe auf ihrem Weg zu dem Ziel einer Abkopplung Europas von den Vereinigten Staaten und einer erhofften Neutralisierung Westeuropas. Der INF-Vertrag ist ein Musterbeispiel für die Handhabung der Abrüstung als offensive politische Waffe.

Unterlaufen der Rüstungskontrolle

Bereits in den vergangenen Jahren haben eine Anzahl einseitiger amerikanischer Verzichtsmaßnahmen auf weitere Rüstung die Sowjetunion nicht davon abgehalten, ihrerseits ihre Überrüstung fortzusetzen. So haben die Vereinigten Staaten bereits 1969 einseitig auf die Herstellung chemischer Waffen verzichtet, um die Sowjetunion dazu zu bewegen, auch ihrerseits auf chemische Waffen zu verzichten – vergeblich. Ebenfalls einseitig haben die Vereinigten Staaten in den siebziger Jahren auf die allgemeine Wehrpflicht verzichtet, auf die Produktion des B-1-Bombers sowie auf die Neutronenwaffe. Auch das hat die Sowjetunion nicht von einer weiteren Verstärkung ihrer Rüstung abgehalten.
Darüber hinaus hat Moskau jedoch bestehende Rüstungskontrollabkommen unterlaufen. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan, hat daraufhin am 23. Dezember 1985 in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Repräsentantenhauses und den Senatspräsidenten in Beantwortung der mit dem Gesetz 99/145 eingebrachten Anfragen an den Kongreß einen Bericht der amerikanischen Regierung über die sowjetische Nichteinhaltung der Rüstungskontrollabkommen übermittelt.[234]
Präsident Reagan stellt fest: »Die sowjetische Nichteinhaltung ist eine ernste Angelegenheit. Sie stellt wichtige, aus der Rüstungskontrolle erwachsende Vorteile für die Sicherheit in Frage und könnte neue Sicherheitsrisiken schaffen. Sie höhlt das für einen wirkungsvollen Rüstungskontrollprozeß in der Zukunft wichtige Vertrauen aus.«
Der Bericht der amerikanischen Regierung kommt zu dem Schluß,

»daß es ein Verhaltensmuster sowjetischer Nichteinhaltung gibt«. Wie in diesem und in bisherigen Berichten dokumentiert wird, hat die Sowjetunion ihre rechtlichen und politischen Verpflichtungen verletzt, und zwar beim SALT-I-ABM- und Interims-Abkommen, beim SALT-II-Abkommen, dem Vertrag über ein begrenztes Versuchsverbot von 1963, der Konvention über biologische und toxische Waffen, dem Genfer Protokoll über chemische Waffen und der Schlußakte von Helsinki.[235]

Insgesamt belegt der Bericht Verletzungen in neun Fällen. Dazu gehört die Errichtung einer Radaranlage zur Raketenabwehr in Krasnojask, der durch den ABM-Vertrag von 1972 verboten ist und den Nerv des ABM-Vertrages trifft. Dazu gehört ebenfalls die Verschlüsselung telemetrischer Daten und Geheimhaltung der Verbindung zwischen Raketen und ihren Abschußeinrichtungen, der die Verifizierung der sowjetischen Einhaltung behindert und den Bestimmungen des SALT-II-Vertrages entgegensteht. Dazu kommt auch die verbotene Fähigkeit der Sowjetunion zur offensiven biologischen Kriegsführung. Dazu gehört auch die Überschreitung der Obergrenzen für strategische Atomwaffenträgersysteme.

Eine besonders gravierende Verletzung ist jedoch die ebenfalls in dem Bericht des Präsidenten angeführte Stationierung neuer Interkontinentalraketen vom Typ SS-25, »eine eindeutige und unwiderrufliche Verletzung der sowjetischen Verpflichtungen in SALT-II« mit »ebenfalls wichtigen politischen und militärischen Auswirkungen. Test und Stationierung dieser Raketen verletzten eine zentrale Bestimmung des SALT-II-Vertrages, mit dem die Absicht verfolgt wurde, die Anzahl neuer Interkontinentalraketen zu begrenzen.«[236]

Daneben hat die Sowjetunion inzwischen auch noch einen neuen Raketentyp, die SS-24, stationiert. Beide Raketen, die SS-24 und die SS-25, fallen nicht unter den INF-Vertrag über Mittelstreckenraketen, da sie wegen ihrer Reichweite als Interkontinentalraketen gelten. Die neuen Typen können jedoch mit variabler Reichweite eingesetzt werden und sind daher nicht nur ein vollwertiger, sondern sogar ein verbesserter Ersatz für die alten SS-20, da die SS-20 nur drei unabhängig lenkbare Sprengköpfe pro Rakete hatte, die SS-24 jedoch zehn. Der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Lothar Rühl, erklärt hierzu: »Die Gefahr, daß ein INF-Abkommen durch am 13. August vom Sprecher des sowjetischen Au-

ßenministeriums bestätigte Stationierung dieser neuen sowjetischen Interkontinentalraketen sozusagen ›von oben umgangen‹ werden kann, muß man deutlich sehen ... Die SS-24-Raketen mit variabler Reichweite zwischen 3000 und 9000 Kilometer werden schwer aufklärbar auf dem sowjetischen Eisenbahnnetz bewegt und verändern damit ihre Stellung großräumig und schnell. Selbst bei einer Stationierung weit ostwärts des Urals können diese Raketen Ziele in Westeuropa erreichen, also auch Ziele, die bisher durch die SS-20 abgedeckt sind. Jede SS-24 trägt zehn unabhängig voneinander auf getrennte Ziele lenkbare Nukleargefechtsköpfe. Somit wären nur 81 SS-24-Raketen erforderlich, um die Zahl von 810 Gefechtsköpfen, die gegenwärtig auf sowjetischen Mittelstreckenraketen (SS-20 und SS-4) installiert sind und Westeuropa bedrohen, nach deren Beseitigung durch das INF-Abkommen zu ersetzen. ... aber auch die bodenbewegliche und silo-gestützt stationierte Interkontinental-Rakete SS-25 mit einem Sprengkopf könnte Ziele der SS-20 in Westeuropa übernehmen. Bisher sind fast 100 SS-25 stationiert.«[237]
Staatssekretär Rühl kommt zu dem Schluß, »daß der Sowjetunion gegen Westeuropa über die verschiedenen Entfernungen hinweg noch immer ausreichende nukleare Optionen verbleiben, um einen auf Europa begrenzten Krieg zu unterstützen, zu dem die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes fähig ist.«[238]
Aber damit nicht genug. Auch über die Stationierung der neuen SS-24 und SS-25 hinaus trifft die Sowjetunion weitere Maßnahmen, um die Wirkung des INF-Vertrages zu unterlaufen. Am 27. April 1988 berichtet der Chef der amerikanischen Defense Intelligence Agency (DIA), Peroots, vor der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Brüssel, die Sowjetunion habe in den letzten Monaten Raketen, U-Boote der Yankee-Klasse im Nordmeer stationiert, deren Raketen sich wegen ihrer Reichweite bei dieser Stationierung nur gegen Europa richten können. Auch die Zahl der sowjetischen Kampfflugzeuge, die für Atomwaffeneinsätze ausgerüstet seien, sei auf mehr als 4000 erhöht worden. Mittelstreckenbomber der Typen »Backfire«, »Badger« und »Blinder« seien in den vergangenen Monaten mehrfach in die DDR und nach Polen verlegt worden. Desgleichen seien Kurzstreckenraketen des Typs SS-21 mit einer Reichweite von 110 Kilometern nach Polen und in die westlichen Militärbezirke der Sowjetunion verlegt worden. Alles in allem verfüge die

Sowjetunion derzeit über einen Bestand von etwa 9000 nuklearen Kurzstreckenraketen. Peroots kam zu dem Schluß, die Sowjetunion sei in der Lage, alle die Ziele, die bislang der SS-20 in Europa zugewiesen gewesen seien, mit anderen, vom INF-Vertrag nicht erfaßten Atomwaffen abzudecken.[239]
Der INF-Vertrag ist also nicht nur ein politisch-strategischer Erfolg der Sowjetunion zur militärischen, politischen und psychologischen Schwächung der Atlantischen Allianz und ihres Transatlantischen Zusammenhalts, sondern darüber hinaus hat Moskau seine wesentlich geringeren strategischen Optionsverluste durch Neuaufrüstung, Modernisierung und flankierende Maßnahmen im Sinne einer Unterlaufung des Vertrages bereits mehr als voll kompensiert.

Eine neue Militärdoktrin?

Der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Paktes hat auf seiner Tagung in Ostberlin am 29. Mai 1987 ein Dokument mit dem Titel »Über die Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages« verabschiedet. Der Warschauer Pakt erklärt hier, daß die Militärdoktrin der sozialistischen Staaten dem »Wesen ihrer Gesellschaftsordnung« nach »ausschließlich Verteidigungscharakter« habe und stellt die Behauptung auf, der Warschauer Pakt werde »unter keinen Umständen militärische Handlungen gegen einen beliebigen Staat oder ein Staatenbündnis beginnen, wenn die Staaten nicht selbst einem bewaffneten Angriff ausgesetzt sind.«[240]
Sergej Achromejew, Mitglied des ZK der KPdSU, Marschall der Sowjetunion, Chef des Generalstabs der Streitkräfte und 1. Stellvertreter des Ministers für Verteidigung der UdSSR unterstreicht, »daß die Doktrin der sozialistischen Länder auf Verteidigung orientiert ist.«[241] Achromejew stellt allerdings weiter fest: »Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages werden weiterhin ihre Verteidigungskraft stärken« und spricht von der »Stärkung der Verteidigungskraft und ... Gewährleistung der Sicherheit der sozialistischen Staaten, ausgehend von der Auffassung Lenins: ›Eine Revolution ist nur dann etwas wert, wenn sie sich zu verteidigen versteht ...‹«[242]
Der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Lothar

Rühl, stellt allerdings in seiner Analyse der angeblich neuen sowjetischen Verteidigungsdoktrin lakonisch fest, daß die sowjetische Kommuniquésprache nicht neu sei. Immer schon, wenn die Sowjetunion eine Aggression begangen hat, hat sie von »Verteidigung« gesprochen: »Schon Stalin befand sich stets in der Defensive: Als er im Winter 1939/1940 Finnland angriff, als er die Rote Armee 1940 in die baltischen Länder, die während der russischen Revolution zum Zarenreich abgefallen waren, einrücken ließ, als er in Polen einfiel oder 1945 die Mandschurei eroberte. Chruschtschow sah sich und den Warschauer Pakt in der Defensive, als 1956 die Sowjetunion den ungarischen Volksaufstand niederschlug, und Breschnew verstand seine Lage nicht anders, als er 1968 die Truppen des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei einmarschieren ließ, um den Prager und Pressburger Frühling zu beenden. Auch seit 1949 befindet sich die Sowjetunion in Afghanistan wieder in einer Verteidigungslage ...«[243]

Lothar Rühl kommt zu dem Schluß, daß die Behauptung der Erklärung der Warschauer-Pakt-Staaten vom 29. Mai 1987 historisch unhaltbar und von zweifelhafter Glaubwürdigkeit für die Zukunft sei, wenn es dort hieße, daß die sozialistischen Staaten »ihre Zukunft nie mit der militärischen Lösung internationaler Probleme verbunden habe«, da »seit Lenin die militärische Lösung politischer Konflikte durch die russische Sowjetgewalt selbstverständlich war – soweit die Mittel reichten«.

Rühl weist nach, daß auch Gorbatschows neuer Verteidigungsminister, Armeegeneral Dimitrij Jasow, in seiner 1987 in Moskau erschienenen Schrift »Auf Wacht für den Sozialismus und den Frieden« in nichts von der klassischen sowjetischen Militärdoktrin abweicht. Nach Jasow haben die sowjetischen Streitkräfte die Aufgabe, jeden Angriff abzuwehren, »unabhängig von den Mitteln, die der Aggressor einsetzt«, sie müßten zu Aktionen »sowohl in einem nuklearen als auch in einem konventionellen Krieg bereit sein«. Schon in der Vergangenheit – so Jasow – hätten die sowjetischen Streitkräfte die »Verbindung der Verteidigung mit dem Angriff angewandt«.[244]

Lothar Rühl bestätigt, daß Jasow damit den früheren Generalstabschef Marschall Ogarkow bestätige, der seit 1985 Oberbefehlshaber des Schauplatzes von Kriegshandlungen Mittel-Westeuropas ist

und der alle sowjetischen Streitkräfte im Westen führt, in der These, daß selbst Nuklearkriegsoperationen in Verbindung mit konventionellen führbar im Sinne eines militärischen Sieges seien.
Marschall Ogarkow hat 1985 in seiner Schrift »Die Geschichte lehrt Wachsamkeit« erklärt: »... Die sowjetische Militärdoktrin fordert, sich nicht einfach verteidigen zu können, indem man dem Aggressor passive Mittel und Methoden des Schutzes entgegenstellt, sondern auch die Fähigkeit zu besitzen, ihm vernichtende Antwortschläge zuzufügen und ihn unter beliebigen Umständen einer sich ergebenden Lage zu zerschlagen ...«[245]
Lothar Rühl kommt bei einem Vergleich der Strategien und Militärdoktrin der Atlantischen Allianz und des Warschauer Paktes zu dem Schluß: »Die NATO-Militärstrategie ist dem Gesetz der Mäßigung, der Selbstzügelung und Begrenzung ihrer Ziele im Kriege unterworfen, während die sowjetische Forderung nach ›vernichtender Abfuhr‹, wie es in der Mai-Erklärung des Warschauer Paktes von 1987 und in der Schrift Jasows heißt, die Niederwerfung des Gegners und die Eroberung von zumindest erheblichen Teilen dessen Gebietes in Europa zum Gegenstand hat, wie in der Vergangenheit, bevor Gorbatschows ›Neues Denken‹ einsetzte.«[246]
Marschall Nikolay Ogarkow forderte schon zu Beginn der achtziger Jahre eine umfassende Reform der sowjetischen Wirtschaft und der Produktionsstrukturen – also eine »Perestrojka« –, um die von ihm neuorganisierten sowjetischen konventionellen Streitkräfte mit modernsten, der fortschrittlichen westlichen Technik ebenbürtigen, Waffensystemen ausrüsten zu können.
Gorbatschow hat, seitdem er die Macht in der Sowjetunion übernommen hat, dafür gesorgt, daß eine große Anzahl hoher Offiziere aus der Schule Ogarkows in Schlüsselpositionen versetzt worden ist. Hierzu gehören an erster Stelle Verteidigungsminister Jasow sowie der Chef der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte, Armeegeneral Lisitschew. Hierzu gehört auch der neuernannte Chef der Luftverteidigungskräfte, Armeegeneral Iwan Tretjak. Dessen Nachfolger als neuer Chef des Hauptinspektorats der Streitkräfte wurde Armeegeneral Michail Sorokin, der ebenfalls aus den Reihen der Luftlandetruppen kommt und seit 1976 enge Beziehungen zu Jasow hat. Nachfolger Jasows in dessen Eigenschaft als Stellvertretender Verteidigungsminister und Chef der Personalabteilung des

Ministeriums wurde Armeegeneral Dimitri Suchorukow, der ebenfalls aus der Schule von Marschall Ogarkow kommt. Suchorukow spielte eine wichtige Rolle bei der Reorganisation und Modernisierung der für Offensivmaßnahmen entscheidenden Luftlandetruppen, deren Kommando er 1979 übernommen hatte.[247]
Marschall Ogarkow hat in den westlichen Militärbezirken die dort stationierten sowjetischen Streitkräfte sowie die Streitkräfte des Warschauer Paktes systematisch mit modernsten Angriffswaffen verstärkt und im Sinne einer offensiven mobilen Kriegsführung reorganisiert. Insbesondere wurden auch die in der DDR und der Tschechoslowakei stationierten Spezialeinheiten, die für Einsätze tief im Rücken des Feindes bestimmt sind – wie Luftlandetruppen und »Speznas«, die großenteils ihre Übungen in Uniformen von NATO-Streitkräften durchführen –, erheblich verstärkt, zum Teil verdoppelt. Auch die gesamte Dislozierung und Logistik der Warschauer-Pakt-Truppen wurde einer offensiven Kriegsführung angepaßt.
Dazu kommt die Ernennung von hohen Offizieren in den westlichen Militärbezirken, die erst kürzlich mit offensiven Sondereinsätzen praktische Erfahrung in Afghanistan sammeln konnten. Hierzu gehört etwa der im September 1986 ernannte neue Oberkommandant der in der DDR stationierten, aus zwanzig kampfstarken Divisionen und verschiedenen Sondereinheiten bestehenden sowjetischen Streitkräfte (GSTD), Armeegeneral Belikow, sowie der Kommandant der für Sonderaufgaben vorgesehenen Truppen der GSTD, Oberst Pawlow, der in Afghanistan Luftsturmeinheiten kommandiert hat, der gegenwärtige Erste Stellvertretende Oberkommandant der GSTD, Generalleutnant Fudschenko, der neue Stabschef der GSDT, Generaloberst Kriwoschejew, der Kommandant der in Mitteldeutschland stationierten sowjetischen Luftstreitkräfte, Generalleutnant Gorjaniow, und der Kommandant der Achten Gardearmee mit dem Kommandostab in Weimar-Nohra, Generalmajor Acholow. Der Ostexperte der Schweizerzeit, Peter Weiss, kommt zu dem Schluß: »All dies und die verstärkte ideologische Schulung der Soldaten sprechen sicher nicht dafür, daß die sowjetische Militärdoktrin und die Militärpolitik Gorbatschows, wie es in der Propaganda heißt, rein defensiven Zielen dienen.«[248]
So kommt auch der Oberkommandierende der Alliierten Streitkräf-

te in Europa, General John R. Galvin, in einer Erklärung vor dem Verteidigungsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses am 30. September 1988 zu dem Schluß: »Ich kann nicht finden, daß es eine Änderung in der sowjetischen Dislozierung, in Manövern, Vorräten oder in irgend etwas gibt.« Galvin weist weiter darauf hin, man sage, »gebt den Sowjets Zeit«, aber Generalsekretär Gorbatschow hat keinerlei Verminderung der Rüstungsproduktion vorgeschlagen in den mehr als drei Jahren, die er an der Macht ist. Auf die Frage nach einem möglichen Wechsel in der sowjetischen Militärdoktrin und -strategie erwidert Galvin: »Ich kann nicht auf die Absichten der Sowjetunion schauen, die können sich wie Launen jederzeit über Nacht verändern. Ich habe auf ihre Kapazitäten zu schauen.«[249]

Nach westlichen Erkenntnissen gibt die Sowjetunion weiterhin 15 bis 17% des Bruttosozialproduktes für die Rüstung aus.[250] Am 30. Mai 1989 erklärt Michail Gorbatschow überraschend vor dem Kongreß der Volksdeputierten in Moskau, daß die Sowjetunion im laufenden Haushaltsjahr 1989 77,3 Milliarden Rubel oder rund 230 Milliarden DM ausgeben werden. Diese neue Zahl ist etwa dreieinhalb mal so hoch wie die noch wenige Monate vorher – im Oktober 1988 – ebenfalls von Gorbatschow bekanntgegebene Zahl von 22 Milliarden Rubel.

Es muß allerdings gleich hinzugefügt werden, daß auch die neue Zahl von 77,3 Milliarden Rubel in keiner Weise richtig sein kann, da die Sowjetunion nach vorsichtigen und recht präzisen Rechnungen von Experten der Atlantischen Allianz *mindestens* 120 Milliarden Rubel im Jahr ausgibt; es können auch erheblich mehr sein.[251]

Des Rätsels Lösung ist verhältnismäßig einfach: Die vergleichsweise geringe, bisher angegebene Summe für Verteidigungszwecke umfaßt lediglich den Haushalt des Verteidigungsministeriums. Der ehemalige Offizier im sowjetischen militärischen Nachrichtendienst GRU, Viktor Suworow, erläutert: »Die Budgets der anderen zwölf Ministerien, die Rüstung produzieren, werden geheimgehalten. Das sowjetische System ist so eingerichtet, daß das Verteidigungsministerium nicht kauft oder beschafft, es bekommt die Rüstung, die es benötigt.«[252] Da bekanntlich Geld in einer zentralgelenkten Wirtschaft eines totalitären Staates lediglich eine begrenzte Funktion hat – nämlich im wesentlichen für die Bezahlung der Kon-

sumgüter der einzelnen –, kann nahezu jegliche Phantasiesumme eingesetzt werden.
Eine Studie des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien über die sowjetische Militärstrategie kommt zu dem Schluß, daß die Kampfkraft der Warschauer-Pakt-Streitkräfte in den vergangenen Jahren beträchtlich erhöht wurde. Neben den quantitativen Verstärkungen habe das Aufholen des Ostens gegenüber dem Westen in qualitativer Hinsicht besonderes Gewicht. Strukturelle und konzeptionelle Veränderungen im Streitkräftedispositiv lassen auf grundlegende Neuorientierungen im strategischen und operativen Bereich schließen. Die UdSSR sei bestrebt, sich gegen das Risiko eines westlichen Kernwaffeneinsatzes abzusichern und suche im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung mit der NATO nukleare Eskalation zu vermeiden. Diese Strategie beruhe letztlich auf überlegener konventioneller Kraft und auf dem Prinzip der strategischen Offensive. Initiative und Überraschung, intensives Zusammenwirken aller Kräfte, Feuer und Bewegung, Kampf in der Tiefe des Raumes und ein flexibles Staffelprinzip seien die bestimmenden Kennzeichen. Im raschen Durchbruch durch die Verteidigungslinien der NATO sollen Tiefenoperationen folgen, welche die raumgreifende Offensive der Fronten zu unterstützen haben.[253]
Zu ähnlichen Folgen kommt der Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Wellershoff, im Februar 1988 in einer Rede an der Offiziersschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck. Die konventionelle Kriegsgefahr wachse, da die Sowjetunion weiter rüste. Generalinspekteur Wellershoff warnt daher vor einer Abrüstungseuphorie. Das Kernproblem für die Sicherheit Europas sei die sowjetische Fähigkeit zur raumgreifenden Offensive mit strategischer Zielsetzung, verbunden mit der Fähigkeit zum Angriff nach kurzer Vorbereitungszeit der Truppen. Generalinspekteur Wellershoff kommt zu dem Schluß: »Die Entwicklung der konventionellen Streitkräfte entspricht dem Kriegsbild und der Militärdoktirn der UdSSR. Danach rückt ein nur mit konventionellen Mitteln geführter Krieg – jedoch unter Beibehaltung der nuklearen Optionen – zunehmend in den Vordergrund militärischer Überlegungen.«[254]
Ebenso wie Bundesverteidigungsminister Professor Scholz während seines Besuches in der Sowjetunion Ende 1988 wie auch nach

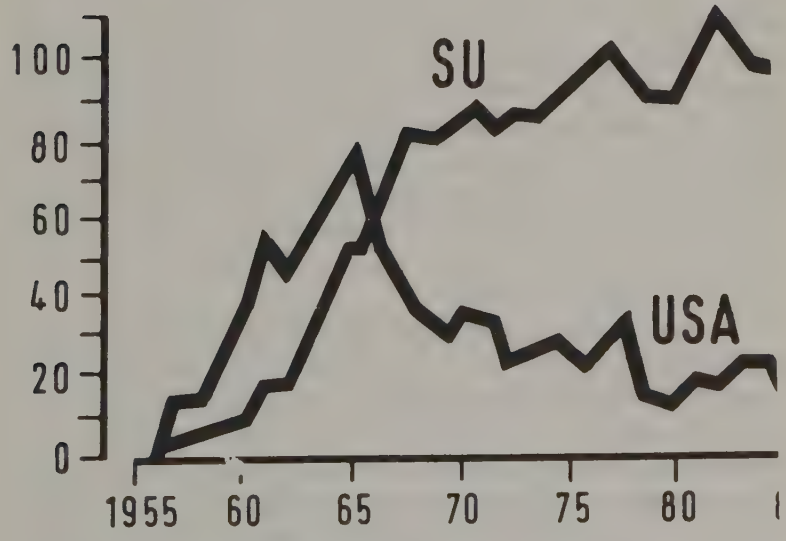
seiner Rückkehr von diesem Besuch bei verschiedenen Gelegenheiten auf die unverminderte sowjetische Überrüstung hinweist, hat auch sein damaliger amerikanischer Kollege, Verteidigungsminister Frank C. Carlucci, nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion im August 1988 erklärt: »Die Sowjetunion mag im Hinblick auf Reformen zögernde Schritte unternehmen, aber im Umfang oder beim Einsatzkonzept ihres Militärs ist immer noch keine nennenswerte Veränderung zu verzeichnen. Die ›neue Doktrin‹ hat weder zur Zerstörung oder Ausmusterung eines einzigen Schiffes, Flugzeuges oder Panzers geführt, noch zu einem Abzug von Truppen aus Europa oder Ostasien. Die sowjetischen Streitkräfte sind ihrem Aufbau und ihrer Ausrüstung nach immer noch in der Lage, mächtige Offensivschläge auszuführen, um Territorium zu erobern und zu halten.«[255]

Herausforderung im Weltraum

Präsident George Bush hat noch zur Zeit seiner Vizepräsidentschaft am 23. November 1987 erklärt: »Wie ich aus erster Hand während meiner Zeit als Direktor der CIA erkannt habe, sind die Sowjets seit Jahren bestrebt gewesen, die militärische Beherrschung des Weltraums zu erlangen. Es wäre ein fataler Irrtum für die Amerikaner, diese ernste Gefahr auf die leichte Schulter zu nehmen.«[256]
Seit dem tragischen Verlust des amerikanischen Space Shuttle Challenger ist es den Vereinigten Staaten bewußt geworden, wie sehr sie im Weltraum gegenüber der Sowjetunion ins Hintertreffen geraten sind. Dies gilt nicht nur für die Errichtung bemannter Raumfahrtstationen, sondern auch für die Zahl unbemannter sowjetischer Satelliten, die die Erde umkreisen. Bereits 1986 gab es sowjetische Kosmonauten, die sich über ein Jahr im Weltraum aufgehalten haben. Dabei wurde die Weltraumstation Mir auf eine langjährige Funktion vorbereitet. Mit dem neuen Raumschiff Sojus TM wurden neue Methoden automatischer Ankopplung an Weltraumstationen erprobt. Die Sowjetunion hat auch Killersatelliten entwickelt, die äußerst kurzfristig starten und gegnerische Raumstationen sowie Satelliten vernichten können.
Demgegenüber haben die Vereinigten Staaten eine Menge Rück-

schläge auf dem Gebiet der Raumfahrt erlitten. Hierzu gehört nicht nur die Explosion der Raumfähre Challenger. Am 18. April 1986 explodierte auch eine Titan-Rakete 34-D beim Start vom Luftwaffenstützpunkt Vandenberg in Californien, die einen rund 800 Millionen Dollar teuren Fotoaufklärungssatelliten des Typs KH-11 in eine 250 Kilometer hohe Erdumlaufbahn bringen sollte. Bereits am 28. August 1985 war eine andere Titan-Rakete mit einem Aufklärungssatelliten an Bord nach dem Start explodiert. Die Titan-Rakete ist das amerikanische Trägersystem für schwere Satelliten. Der KH-11 ist von großer Bedeutung, da er unter anderem zur Beobachtung von Raketenbewegungen der Sowjetunion und von Truppenbewegungen in Krisengebieten verwandt wird. Zum Zeitpunkt der Explosion hatten die Vereinigten Staaten nur noch einen derartigen Satelliten im Weltraum. Die verbesserte Version KH-12 ist so schwer, daß sie nur mit einem Raumtransporter in die Umlaufbahn gebracht werden kann. Am 4. Mai 1986 mußte überdies eine ameri-

Anzahl der amerikanischen und sowjetischen Weltraumstarts



IAP-Dienst, Bielefeld, Nr. 2–3, Jan. 88, S. 2

kanische Rakete des Typs Delta, die zwei Minuten nach dem Start außer Kontrolle geraten war, vom Bodenpersonal gesprengt werden. Mit der 30 Millionen Dollar teuren Rakete ging auch ein Wettersatellit im Wert von knapp 60 Millionen Dollar verloren.
Seit langem betreibt die Sowjetunion auch Forschungen, um ein Raketenabwehrsystem zu entwickeln, das ihr im Weltraum Überlegenheit gibt. Als der amerikanische Präsident Ronald Reagan am 23. März 1983 die Entwicklung einer Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) ankündigte, war dies die Antwort auf seit Jahren laufende sowjetische Entwicklungen und Forschungen.
Während die Vereinigten Staaten nach Unterzeichnung des ABM-Vertrages zur Begrenzung von Raketensystemen zur Abwehr ballistischer Flugkörper 1972 ihre Arbeiten an Raketenabwehrsystemen weitgehend eingestellt hatten, liefen die sowjetischen Forschungs-, Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen, teilweise im Widerspruch zum ABM-Vertrag, weiter. So hat die Sowjetunion zur Verteidigung Moskaus das einzige aktive ABM-System der Welt disloziert und ständig modernisiert. Dort werden unter Gorbatschow weitere verbesserte Abwehrraketen bis zu der im ABM-Vertrag erlaubten Grenze von 100 Systemen installiert. Außerdem hat die Sowjetunion mit sieben Groß-Radaranlagen – zwei davon sind derzeit im Bau – ein flächendeckendes ABM-Radarsystem errichtet. Darüber hinaus gibt es Nachrichten über die Entwicklung transportabler und schnell installierbarer Zielverfolgungs-Radars.
Außerdem stationiert die Sowjetunion landesweit Luft-Boden-Raketen vom Typ SA-10 und testet eine neue, mobile Abwehrrakete SA-X-12. Mit diesen Waffensystemen ist es möglich, einige Typen westlicher Raketen abzufangen. Zusammen mit den genannten Radarsystemen könnte die Sowjetunion in relativ kurzer Zeit eine Raketenabwehrfähigkeit herstellen.
Wie bereits erwähnt, verfügt die Sowjetunion auch über ein Satellitenvernichtungssystem, das seit 1971 einsatzbereit ist und in jüngster Zeit von sowjetischen Generälen öffentlich als äußerst wirksam bezeichnet wurde.
Die Sowjetunion hat auch Laser- und Teilchenstrahlwaffen intensiv erforscht. Man muß davon ausgehen, daß sie Anfang der neunziger Jahre Laserwaffen einsetzen kann: Die Vereinigten Staaten haben nachgewiesen, daß bereits zwei derartige Waffensysteme als Ver-

suchstypen gebaut sind. Schließlich betreibt die Sowjetunion auch Forschungen über elektromagnetische Hochgeschwindigkeitskanonen.
Damit besitzt die Sowjetunion die technischen Grundlagen und Fähigkeiten, um ein weltraumgestütztes Abwehrsystem aufzubauen und um auf der gewissermaßen höchsten Ebene der Verteidigung und Abschreckung – im Weltraum – sich die Vorherrschaft zu sichern.
Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Sowjetunion gegenüber den Vereinigten Staaten auf eine besonders strikte Einhaltung und enge Auslegung des ABM-Vertrages drängt, um amerikanische Forderungen und Versuche im Weltraum für SDI zu unterbinden. Gleichzeitig mobilisiert sie alle ihre psychopolitischen Hilfstruppen, um im Rahmen ihrer »Friedens«-kampagne die Entwicklung eines amerikanischen weltraum- und bodengestützten Schutzschildes für die freie Welt in Form von SDI gegen sowjetische Raketen zu verhindern. Gelänge der Sowjetunion dies, so würde dies bedeuten, daß Moskau im Weltraum eine Monopolstellung bei der Abwehr eindringender Flugkörper erringen würde und damit einen entscheidenden Schritt für die Erlangung der Weltherrschaft.
Nachdem Moskau allerdings jahrelang behauptet hatte, lediglich die Vereinigten Staaten »militarisierten« den Weltraum, gab Generalsekretär Gorbatschow am 30. November 1987 zu, daß auch die Sowjetunion Forschungsvorhaben zur strategischen Verteidigung durchführe. Gorbatschow erklärte: »Die Sowjetunion tut dasselbe, was die Vereinigten Staaten tun, und ich denke, wir führen eine Grundlagenforschung durch, die sich mit den Aspekten beschäftigt, die in den Vereinigten Staaten von SDI abgedeckt werden.«[257]

Sowjetische Hochrüstung

Obwohl Gorbatschow einen Abrüstungsvorschlag nach dem anderen macht, und obwohl er nicht müde wird zu behaupten, die sowjetische Wirtschaft müsse mehr für den Konsum und den Lebensstandard der Sowjetmenschen leisten, hat er nichts getan, um den ständigen Anstieg der zunehmenden sowjetischen Überrüstung auch nur abzuflachen oder gar Rüstungskapazitäten zugunsten zivi-

ler Fertigung einzuschränken. Allein im dritten Jahr seiner Herrschaft, 1987, sind unter anderem folgende neue Entwicklungen in der sowjetischen Rüstung festzustellen:

- die Erststationierung der schienengestützten Interkontinentalrakete (ICBM) SS-24;
- der Raumtransporter für mittlere Nutzlasten (SL-16) wurde einsatzreif;
- der erste Einsatz des Raumtransporters für schwere Nutzlasten (SL-X-17) wurde beobachtet;
- der seegestützte Marschflugkörper SS-N-21 wurde einsatzreif;
- ein vierter Flugzeugträger der Kiew-Klasse wurde einsatzreif;
- ein drittes atomgetriebenes Angriffs-U-Boot der Akula-Klasse lief vom Stapel;
- das luftgestützte Frühwarn- und Führungssystem IL/76/Mainstay wurde einsatzbereit;
- die sowjetischen strategischen atomaren Offensivstreitkräfte wurden weiter verbessert. Zu Beginn dieses Jahrzehnts wurde die Stationierung der vierten Generation von Interkontinentalraketen abgeschlossen – der SS-17, der SS-18 und SS-19. Im Jahr 1985 leiteten die Sowjets mit der straßenmobilen SS-25 die Einführung der fünften Generation von Interkontinentalraketen ein, deren Dislozierung verstärkt fortdauert;
- das mit zwanzig ballistischen Raketen vom Typ SS-N-20 ausgerüstete Atom-U-Boot (SS-BN) Typhoon wurde eingeführt und kurz darauf auch das mit SS-N-23 Raketen bewaffnete SS-BN vom Typ Delta IV;
- der mit dem atomar bestückten Marschflugkörper längerer Reichweite vom Typ AS-15 bewaffnete Bomber Bear-H wurde eingeführt und die Stationierung des neuen strategischen Bombers Blackjack steht kurz bevor;
- die Sowjetunion fährt mit der Modernisierung ihres Verteidigungssystems gegen ballistische Raketen um Moskau fort, indem sie es zu einem zweischichtig angelegten, aus silo-gestützten, weitreichenden und modifizierten Abwehrflugkörpern vom Typ Galosh, silo-gestützten, schnell-beschleunigenden, endoatmosphärischen Abwehrflugkörpern vom Typ Gazelle sowie damit verbundenen Gefechts-, Leit- und Kampfführungsradarsystemen, einschließlich des neuen phasengesteuerten Großradars

vom Typ Pill Box in Puschkino, bestehenden Verteidigungssystem umrüsten;
- die umfassende Modernisierung der sowjetischen konventionellen Streitkräfte in den achtziger Jahren, darunter Panzer, Artillerie, Kampfflugzeuge sowie Über- und Unterwasserschiffe stellt eine bedeutende Verbesserung sowjetischer militärischer Fähigkeiten dar. Der Kampfpanzer T 80, der Schützenpanzer BTR-80, die Luftabwehrkanone SPAA-M-1986, die Boden-Luft-Rakete SA-12 und die ballistische Kurzstreckenrakete SS-1923 sind seit 1981 einsatzreif geworden;
- das Flugzeug SU-25/Frogfoot sowie die Flugzeuge SU-27/Flanker, MiG-29/Fulcrum und MiG/Foxhound, alle modernster Bauart, sind heute einsatzreif und werden in großen Zahlen stationiert;
- in der sowjetischen Marine ist ein mit Startrampen ausgerüsteter Flugzeugträger von 65 000 Tonnen im Bau. Zusätzlich stellten die Sowjets vier neue Klassen von Überwasserschiffen, zwei Klassen von Angriffs-U-Booten, sechs neue Überwasserwaffensysteme sowie sechs neue Klassen von Allzweck-U-Booten in Dienst.[258]

Nicht nur die Waffen und die Schlagkraft, auch die Präsenzstärke der Roten Armee ist unter Gorbatschow erhöht worden. Nach Angaben von Professor Michail Voslensky, dem Direktor des Forschungsinstituts für sowjetische Gegenwart, betrug die Stärke der sowjetischen Armee beim Tode Breschnews 3,6 Millionen Mann, sie beträgt 1988 5,3 Millionen Mann.[259] Mit Besorgnis mußte die Führung der Atlantischen Allianz im Oktober 1988 zur Kenntnis nehmen, daß die Sowjetunion ungebremst weiterrüstet. Nicht an einer einzigen Stelle widerspiegele die sowjetische Rüstung die Einlassungen des Staats- und Parteichefs über eine angeblich defensive Militärpolitik. Die Geheimdiensterkenntnisse aus den NATO-Mitgliedsstaaten stimmten in beklemmender Weise überein. Als besonders drastisches Beispiel wird in den Dienststellen der NATO in Brüssel hervorgehoben, daß die Sowjets die Kampfkraft der Panzer T-62, T-64 und T-80 umfassend erhöht hätten. Darüber hinaus sei die Produktion des neuesten sowjetischen Kampfpanzers angelaufen, der in der NATO noch in Unkenntnis seiner sowjetischen Typenbezeichnung FST/1 (Future Soviet Tank 1) genannt werde. Die Sowjetunion produziere 3000 Kampfpanzer pro Jahr, die NATO-

Staaten ein Drittel. Schon gebe es Meldungen über die Planung eines weiteren sowjetischen Kampfpanzers FST/2.
Darüber hinaus massieren die Verbände des Warschauer Paktes Brückenlegegerät bei den im vorderen Raum stehenden Truppen – eine typische Dislozierung für Angriffsabsichten. Der Warschauer Pakt verfügt über 1700 Schnellbrücken.
Für die strategische Raketenausrüstung sind Eisenbahnzüge in Dienst genommen worden, auf denen die mobilisierte neue Interkontinentalrakete SS-24 stationiert ist. In vorderster Linie ist die neue Rakete SS-21 stationiert worden, die mit einer Reichweite von weniger als 500 Kilometern nach dem INF-Vertrag erlaubt ist. Technisch entspricht die SS-21 der vorgesehenen Nachfolgewaffe für die Lance-Rakete auf westlicher Seite.
Bei den Luftstreitkräften hat der Warschauer Pakt die Angriffsfähigkeit durch Modernisierung dramatisch gesteigert und besitzt für den Angriff in Zentraleuropa ohne Verstärkungen 5700 Jagdbomber und Kampfhubschrauber, die mit 11000 bis 12000 Einsätzen pro Tag wenigstens 25000 Tonnen Munition abwerfen könnten.[260]
Auf allen entscheidenden Gebieten der kampfentscheidenden Waffen bestehen Disparitäten, gerade auch bei der konventionellen Bewaffnung, zugunsten der Sowjetunion. Der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Lothar Rühl, stellt fest: »Auf Europa von den Atlantikküsten im Westen bis zum Ural im Osten gezogen, ließ sich die Disparität bei Kampfpanzern 1987 auf etwa 18800 der NATO gegenüber 54300 des Warschauer Paktes beziffern, also auf 35500 Panzer zugunsten des Warschauer Paktes. Bei der Artillerie (Geschütze, Mörser, Raketenwerfer mit wenigstens 100 Millimeter Kaliber) bestand eine Disparität von 15400 der NATO zu 47500 des Warschauer Paktes, also von abgerundet 32000 zum Vorteil des WP. Bei den Schützenpanzern und sonstigen gepanzerten Gefechtsfahrzeugen stellte sich die Disparität auf rund 46000 der NATO (einschließlich aller Verstärkungskräfte) zu rund 130000 des WP westlich des Urals, also ein Unterschied von rund 84000 Panzerfahrzeugen zugunsten des Warschauer Paktes.«[261]
Als der amerikanische Verteidigungsminister Frank C. Carlucci im August 1988 in der Sowjetunion war, zog er nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten folgendes Fazit: »Zwanzig Jahre nach dem Prager Frühling unterhält die Rote Armee mehr Divisionen in

der Tschecholowakei, als die Vereinigten Staaten in ganz Europa, und mehr Divisionen in der DDR als die Vereinigten Staaten in ihrem gesamten aktiven Heer haben. Auf der Halbinsel Kola, drei norwegischen Grenzbataillonen mit leichter Infanterie, gegenüber haben die Sowjets drei Divisionen, eine Flotte und eine Marineinfanteriebrigade stationiert. Vor der Küste Japans unterhalten sie umfangreiche Landstreitkräfte, die, von zahlreichen Flugzeugen unterstützt, der Verteidigung gegen eine angebliche Invasionsbedrohung seitens der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte dienen sollen.«[262]

Auch die britische Fachzeitschrift Jane's Defence Weekly kommt zu dem Schluß, daß die Sowjetunion ungebremst weiterrüstet. Insbesondere heißt es im November 1988 in dem britischen Fachjournal, die Sowjetunion habe in den letzten Wochen begonnen, Raketen des Typs SS-18 Mod. 5 mit je 10 Mehrfach-Sprengköpfen zu stationieren. Die Sowjetunion habe dank der neuen SS-18 ihre Fähigkeit, amerikanische ICBM-Raketen-Silos zu treffen, erheblich vergrößert.[263]

Demgegenüber wertet es der sowjetische Verteidigungsminister Jasow als »Unterstellung«, daß seitens des Westens behauptet werde, der Warschauer Pakt besitze bei den konventionellen Waffen eine erdrückende militärische Überlegenheit. In Wirklichkeit – so der sowjetische Verteidigungsminister – bestünden »weder in der Welt noch in Europa Verletzungen des militärischen Gleichgewichts«.[264]

Durch derartige Erklärungen sowie durch eine Beeinflußung der öffentlichen und veröffentlichten Meinung in Westeuropa will die Sowjetunion die Durchführung des NATO-Beschlusses von Montebello verhindern, die Modernisierung der Lance-Kurzstreckenraketen durchzuführen.

Trotz aller Abrüstungsbeteuerungen läuft die sowjetische Hochrüstung weiter auf vollen Touren. Das betrifft nicht nur Raketenwaffen und Nuklearwaffen überhaupt, das betrifft auch nicht lediglich die Heereseinheiten und deren konventionelle Bewaffnung, das betrifft auch die Luftwaffe und die Marine. So liegen in Nikolajew am Schwarzen Meer drei neue große Flugzeugträger für die sowjetische Kriegsmarine im Bau, der größte davon mit 75 000 Tonnen Wasserverdrängung.[265] Dazu gehört auch die zunehmende gewaltige Massierung sowjetischer Marineeinheiten im Nordmeer und an der norwegischen Küste.[266]

Im Juni 1989 besucht Admiral Crowe, der höchstrangige Soldat der amerikanischen Streitkräfte, die Sowjetunion. Er will wissen, warum die Sowjets in jüngster Zeit die Panzerproduktion erneut erhöht haben, obwohl Gorbatschow kürzlich eine Reduzierung des sowjetischen Verteidigungsetats angekündigt hatte.[267] Tatsache ist, daß die amerikanische Satellitenauswertung der letzten Monate deutlich gemacht hat, daß die riesige sowjetische Panzerfabrik in Minsk ihren Ausstoß in den letzten anderthalb Jahren erheblich erhöht hat. Die Verteidigungsminister der europäischen NATO-Länder erklären im Juni 1989, das Übergewicht des Warschauer Paktes bleibe nicht nur bestehen, sondern darüber hinaus gebe es bisher »noch keine Anzeichen für wesentliche Einschränkungen von Umfang und Dynamik der sowjetischen Programme zur Streitkräftemodernisierung«.[268]

Auch die sowjetische Abrüstungspolitik fügt sich nahtlos in die Gesamtstrategie der großangelegten Desinformation Moskaus ein: Während in der öffentlichen Meinung des Westens der Eindruck entsteht, Moskau sei friedensbereit und rüste ab, während hierdurch notwendige westliche Entscheidungen zur Gewährleistung eines Mindestmaßes an Sicherheit verhindert, blockiert oder verzögert werden, geht die sowjetische Aufrüstung auf nahezu allen Gebieten weiter.

Ende August 1989 stellt der amerikanische Verteidigungsminister Dick Cheney fest, trotz der Abrüstungsinitiativen Gorbatschows betreibe die Sowjetunion in allen Bereichen den Ausbau und die Modernisierung ihres strategischen Potentials. Im Sommer 1989 werden die von Gorbatschow im Dezember 1988 vor der UN-Vollversammlung angekündigten einseitigen Abrüstungsmaßnahmen in Europa durch Umgliederungen und Verstärkungen weitgehend aufgehoben: die Feuerkraft der Artillerie wird verstärkt und die Zahl der Schützenpanzer erhöht. Auch weltweit verstärkt Gorbatschow den sowjetischen militärischen Einfluß und erhöht in seiner Amtszeit die Waffenexporte von 13,2 auf 18,3 Milliarden Dollar im Jahr.

VI.
Offensive Außenpolitik

Die revolutionären Parteien der Arbeiterklasse lassen sich von der wissenschaftlichen Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung, dem Marxismus-Leninismus, leiten und verwirklichen eine prinzipielle Klassenpolitik. Sie zeichnen sich aus durch ihre Überzeugung von der historischen Unvermeidlichkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus, durch ihr klares Verständnis der objektiven Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Revolution – in welchen Formen sie auch verlaufen möge, ob friedlich oder nicht friedlich –, durch die Fähigkeit, die allgemeinen Prinzipien des Kampfes für den Sozialismus auf die konkreten Bedingungen eines jeden Landes anzuwenden.

Aktionsprogramm Gorbatschows[269]

Kontinuität und Taktik

»Die russische Politik ist unwandelbar. Ändern können sich Rußlands Methoden, seine Taktik, seine Manöver; aber der Polarstern der russischen Politik – die Beherrschung der Welt – ist ein Fixstern ... In der Politik Rußlands gibt es keinen Zug, der mehr ins Auge springt, als die traditionelle Gleichheit nicht nur ihrer Ziele, sondern auch der Art, sie zu verfolgen. Es gibt keine Komplikation in der gegenwärtigen Ostfrage, keinen Vorgang, keine offizielle Note, die man nicht aus schon bekannten Seiten der Geschichte zitieren könnte ... Der russische Bär wird sicher zu allem fähig sein, solange er weiß, daß die anderen Tiere, mit denen er umgeht, zu nichts fähig sind ... Es gibt nur einen Weg, um mit einer Macht wie Rußland umzugehen, und das ist der Weg der Furchtlosigkeit ... Wenn Europa den Rückzug antritt, so tut es das mit einer einfachen Niederlage, sondern begibt sich sozusagen unter das kaudinische Joch.«[270] Diese Zitate stammen aus Berichten zur Ostpolitik von dem Londoner Korrespondenten der New York Daily Tribune. Ihr Autor hat vieles geschrieben, was heute alles überholt ist, aber kaum etwas, was noch immer von solcher Aktualität wäre; er heißt Karl Marx. Die Berichte stammen aus den Jahren 1853 bis 1856.

Rußland hat schon durch seine geographische Ausdehnung eine beherrschende Position auf der eurasischen Landmasse. Darum war es für die Väter der Geopolitik, von ihrem Begründer Friedrich Ratzel über Karl Haushofer bis zu Sir Halford Mackinder, stets faszinierend, sich mit der herausragenden Rolle Rußlands in Geschichte und Weltpolitik zu befassen. Mackinder sah in der Mitte der heutigen Sowjetunion den »geographischen Drehpunkt der Geschichte«. Er teilte die Welt in die eurasisch-afrikanische »Weltinsel« und die darum herum gruppierten »Randgebiete« von den britischen Inseln über Nord- und Südamerika, Australien und Neuseeland bis nach Japan ein. Im Zentrum der »Weltinsel« sah er Osteuropa als das »Herzland«. Aus dieser Sicht sah er für unser Jahrhundert die Auseinandersetzung zwischen dem kontinentalen Herzland und den atlantischen Seemächten voraus. Die Herrschaft über Osteuropa sah Mackinder als entscheidend für die Herrschaft über das Herzland und die Weltinsel und damit für die Weltherrschaft an.

Der amerikanische Geopolitiker Nicholas J. Spykman stellte dem-

gegenüber für die amerikanische Politik die These auf, die Vereinigten Staaten müßten in Westeuropa und in Ostasien die Gegenküsten unter ihrem Einfluß wissen, um eine Weltherrschaft des eurasischen Herzlandes – also Rußlands – zu verhindern: Wer das eurasische Rußland beherrsche, entscheide über das Schicksal der Welt.
Der französische Geopolitiker Jacques Bellettini entwickelt die Lehren Mackinders weiter und wendet sie auf das Nuklearzeitalter an. Er kommt zu dem Schluß, ein geopolitisches Gleichgewicht bestehe, solange der Sowjetunion der Weg zur Weltherrschaft im Westen durch den Riegel Westeuropa und in Ostasien durch den Riegel China/Japan versperrt werde.[271] Der französische Geopolitiker General Poirier schließlich weist auf die Schlüsselstellung Deutschlands und der Deutschen Frage hin, da hier die Sowjetunion ihren Trumpf mit der deutschen Karte ausspielen könne, um zu versuchen, den Riegel Westeuropa zu durchstoßen und seine Herrschaft über das westeuropäische Randland der Weltinsel auszudehnen.
Legt man diese geopolitischen Überlegungen zugrunde, so muß es ein entscheidendes Ziel der Sowjetunion sein, die geographischen Riegel in Westeuropa und Ostasien zu durchbrechen und damit die Vereinigten Staaten von ihren Gegenküsten sowohl des Atlantik wie des Pazifik zu verdrängen.
Ein drittes, entscheidendes Ziel muß auch der Durchbruch auf der eurasischen Landmasse nach Süden sein, nicht nur, um die Erdölfelder des Mittleren Ostens und die warmen Wasser des Indischen Ozeans zu erreichen, sondern insbesondere, um langfristig eine maritime Gegenposition zu der ozeanischen Macht der Vereinigten Staaten aufbauen zu können.
Eine Schlüsselstellung kommt hier dem Indischen Ozean zu, der als einziges der großen Weltmeere keine Supermacht als Anlieger verzeichnet. Der Indische Ozean als sowjetisches Mare nostrum wäre langfristig zugleich die entscheidende maritime Abstützung der Beherrschung des »Herzlandes«, da er Afrika und den eurasischen Kontinent verbindet. Zugleich würde die Sowjetunion ihre kontinentale Einschließung durchbrechen und an die Stelle der Ost-West-Achse von Sibirien bis an die Elbe, die an beiden Enden durch den japanisch/chinesischen bzw. europäischen Riegel blockiert ist, eine – unblockierte – Nord-Süd-Achse setzen, die vom nördlichen Eismeer bis in den Indischen Ozean reichen würde. Der amerikani-

Quelle: IfPB Frieden und Sicherheit 1981, Heft 189

sche Geopolitiker und Marinestratege Admiral Alfred Thayer Mahan hat bereits vor fast einem Jahrhundert erklärt, wer den Indischen Ozean kontrolliere, beherrsche Asien. Dieser Ozean sei der Schlüssel zu den sieben Meeren. Im 21. Jahrhundert werde das Schicksal der Welt auf den Wogen des Indischen Ozeans entschieden werden.

Das russische Vordringen nach Südasien und in das Schlüsselland Afghanistan hat ein anderer amerikanischer Geopolitiker, der 1876 in San Francisco geborene Homer Lea, in visionären Worten bereits vor dem Ersten Weltkrieg beschrieben: »Wenn wir ... die Möglichkeiten der russischen Expansion für das 20. Jahrhundert untersuchen, dann sehen wir eine ungeheure potentielle Angriffsmacht, die im Vergleich zu den Gegenkräften, die sie überwältigen muß, viel größer ist, als dies während des 18. und 19. Jahrhunderts der Fall war ... In der Entwicklung des russischen Imperiums beobachten wir mehr als irgendwo anders jene Kennzeichen, die das unmerkliche, langsame Wachsen der Natur ausmacht. Die Expansion Rußlands erfolgt mit elementarer Gleichmäßigkeit. Wie ein Gletscher ist diese Bewegung nur erkennbar über längere Zeitabstände. Und so unmerklich ist ihr schrecklich unaufhaltsames Vorwärtswälzen, daß wir das Vorrücken nicht gewahr werden, bevor es nicht über einen bestimmten Punkt hinausgegangen ist ... In der ganzen Welt gibt es nicht zwei Orte, die ihnen – den afghanischen Städten Kabul und Herat – an Wichtigkeit gleichkommen. Nirgends haben die Heerstraßen den Marschtritt größerer Armeen gehört oder den Triumph bedeutenderer Eroberer widergespiegelt. Vor mehr als zweitausend Jahren wurde schon gesagt, daß derjenige, der den Schlüssel von Herat besitzt, das Tor nach Indien öffnen kann – und heute, obwohl so viele Jahrhunderte vergangen sind, bleibt das so richtig wie damals.«[272]

Die ungesicherten Grenzen des russischen Riesenreiches haben ganz sicher das Trauma der Gefahr und ein geradezu manisch übersteigertes Sicherheitsbedürfnis entscheidend geprägt. Dazu kommt die Erfahrung der Mongoleneinfälle des späten Mittelalters.

Als das »Dritte Rom« hat sich Moskau stets in der Kontinuität von Byzanz verstanden, dessen Diplomatie es meisterhaft verstand, sich durch einen Gürtel abhängiger Satellitenstaaten zu umgeben und zu schützen. Die Politik und Diplomatie von Byzanz war auch Meister

in der politisch-psychologischen Einbindung des potentiellen Gegners und damit seiner Beherrschung unterhalb der Ebene militärischer Auseinandersetzung.
Das außenpolitische Ziel der Weltherrschaft, das bereits Karl Marx Rußland zugeschrieben hatte, hat die Sowjetunion in Artikel 28 ihrer neuen Verfassung, für jeden der die marxistisch-leninistische Semantik versteht, deutlich festgelegt: »Der Sowjetstaat wird konsequent die leninistische Friedenspolitik befolgen und sich für die Konsolidierung der Sicherheit der Völker und der Zusammenarbeit einsetzen. Die Außenpolitik der UdSSR ist gerichtet auf die Sicherstellung günstiger internationaler Bedingungen für den Aufbau des Kommunismus in der UdSSR, die Stärkung der Positionen des Weltsozialismus, die Unterstützung des Kampfes der Völker um nationale Befreiung und sozialen Fortschritt, die Verhinderung von Aggressionskriegen und die konsequente Verwirklichung des Grundsatzes der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen.«[273]
»Sozialer Fortschritt« bedeutet Errichtung eines sozialistischen Systems unter sowjetischer Oberherrschaft. »Frieden« bedeutet Kampf um die Vergrößerung der Macht der Sowjetunion und Ausübung der Sowjetherrschaft.[274] »Friedliche Koexistenz« bedeutet Klassenkampf im Weltmaßstab einschließlich der »Mobilisierung für den aktiven Kampf und Ausnutzung der ganzen Macht des Sozialismus«.[275] Die »friedliche Koexistenz« findet ihr parteipolitisches Gegenstück durch den »proletarischen Internationalismus«, der sozialistischen Parteien gebietet, einander zur Seite zu stehen, um mit allen Mitteln dem »Kapitalismus« – der freien Welt, dem freiheitlichen Rechtsstaat und der pluralistischen Gesellschaft – den Todesstoß zu versetzen sowie »nationale Befreiungsbewegungen« in jeder Form – einschließlich des »organisierten Terrorismus« – zu unterstützen.
Gorbatschow selbst bedauert ausdrücklich, daß der weltrevolutionäre Impuls der sowjetischen Politik zur Zeit Breschnews – im sowjetischen Sprachgebrauch der Ära Gorbatschow »Periode der Stagnation« genannt – zurückgegangen ist und daß gerade auch dies ein Grund dafür war, um die Kräfte der Revolution – das sind in marxistisch-leninistischer Diktion die »Kräfte des Sozialismus, der Demokratie und des Fortschritts« – wieder weltweit aktiv unterstützen

Bemerkungen:
1. IRAN: Garantie- und Neutralitätsabkommen, seit
IRAN einseitig für nichtig erklärt, von d
noch als gültig angesehen
2. INDIEN: Freundschaftsvertrag und gegenseitige
verpflichtung
3. IRAK, ANGOLA, MOCAMBIQUE, SYRIEN, DVR JEM
Jeweils Vertrag über Freundschaft und
Zusammenarbeit
FINN
Mers el Kebir
ALGERIEN
?
MEXIKO
KUBA
JAMAIKA
NICARAGUA
GRENADA
GUYANA ?
PERU
?
Atlantischer
Ozean
MALI
GUINEA-BISSAU
GUINEA
SIERRA LEONE
NIGERIA
VR
BENIN
SAÜ TOMÉ u. PRINCIPE
Pointe Noire
(zu ANGOLA)
Luanda

e Sowjetunion als Weltmacht

zu können. Gorbatschow sagt: »Was die KPdSU betrifft, so stellt sie sich ihre Pläne und ihr Wirken im Innern nicht außerhalb des internationalen Zusammenhanges und natürlich nicht losgelöst von der Bedeutung vor, die diese für unsere Gleichgesinnten und für die fortschrittlichen Kräfte insgesamt haben oder haben können. Wir selbst haben stark zu spüren bekommen, wie in der Periode der Stagnation der internationale Impuls des Sozialismus schwächer wurde. So gesehen war die Umgestaltung in der UdSSR auch von diesem Standpunkt aus herangereift. Wir sind uns über die Bedeutung unserer Arbeit in der neuen Etappe nicht nur in weltweiter ökonomischer und politischer Hinsicht, sondern auch vom Standpunkt der moralischen Unterstützung der Kräfte des Sozialismus, der Demokratie und des Fortschritts voll bewußt.«[276]

Zwar wird in der von Gorbatschow verkündeten Lehre des »Neuen Denkens« in der Außenpolitik zur Erlangung der für die Sowjetunion gegenwärtig notwendigen Peredyshka – Atempause – eine harte Konfrontation zur Zeit hintenangestellt, dies bedeutet jedoch keineswegs, daß sich das Ziel geändert habe. So heißt es in dem zur Zeit Gorbatschows revidierten Parteiprogramm der KPdSU von 1986: »Keinerlei Modifizierungen und Manöver des heutigen Kapitalismus können die Gesetze seiner Entwicklung verändern, können den scharfen Antagonismus zwischen Arbeit und Kapital, zwischen den Monopolen und der Gesellschaft beseitigen und das historisch dem Untergang geweihte kapitalistische System aus dem Zustand der tiefen, allseitigen Krise herausführen. Die Dialektik der Entwicklung besteht darin, daß die gleichen Mittel, die der Kapitalismus zur Stärkung seiner Position einsetzt, unvermeidlich zur Verschärfung aller seiner grundlegenden Widersprüche führen. Der Imperialismus ist faulender und sterbender Kapitalismus, der Vorabend der sozialistischen Revolution.«[277]

Auch auf außenpolitischem Gebiet soll es also nur eine vorübergehende Phase verminderter Konfrontation geben, bis die Sowjetunion die wirtschaftlichen Grundlagen für die politische und militärische Vorherrschaft ausgebaut hat.

Der Leiter des schweizerischen Ostinstituts in Bern, Peter Sager, unterscheidet in seiner umfassenden Analyse der sowjetischen Außenpolitik unter Gorbatschow drei sich erweiternde Kreise der außenpolitischen Zielsetzung Moskaus:

1. Die unmittelbare geopolitische Sicherung des sowjetischen Imperiums (hier in Übereinstimmung mit der zaristischen Außenpolitik);
2. Die Erringung einer hegemonialen Stellung unter Ausschluß beider amerikanischer Kontinente;
3. In sehr weiter Ferne die Übernahme der Weltherrschaft.

Peter Sager kommt zu dem Schluß, daß diese drei Ziele mit abnehmender Intensität parallel verfolgt werden, weil ein Teilerfolg zum zweiten Ziel einen Erfolg zum ersten darstellt und ein Teilerfolg zum dritten Ziel Annäherungen an die beiden ersten erlaubt.[278]

Gorbatschow verfolgt die alten Ziele der sowjetischen Außenpolitik, allerdings mit einer weit stärker verfeinerten Taktik als seine Vorgänger und unter Benutzung verschleiernder semantischer Begriffe, die – wie die für diesen Bereich zentrale Wortschöpfung des »neuen politischen Denkens«[279], die bereits weiter oben behandelt wurde – eine neue Außenpolitik vorspiegeln. Der Sowjetexperte Jeffrey Checkel kommt zu dem Schluß: »Gorbatschow benutzt eine sehr unterschiedliche Garnitur von Konzepten, Politiken und Vorgehensweisen, um verschiedene langfristige sowjetische Ziele zu erreichen: die Aufrechterhaltung der Sicherheit des Sowjetstaates, die Aufrechterhaltung des Status der Sowjetunion als Supermacht und, wo immer möglich, die Expansion des sowjetischen Einflußes nach außen.«[280]

Auch Alain Besançon weist darauf hin, man brauche nur Gorbatschows Buch Perestrojka aufzuschlagen, um zu erkennen, daß er an der leninistischen Vision unverändert festhalte. Demzufolge ist die Welt heute wie eh und je in zwei »Lager« gespalten: das der »Imperialisten«, welche die Vergangenheit repräsentieren, und das des »Sozialismus«, der die Zukunft repräsentiert. Alain Besançon kommt zu dem Schluß: »Drei Jahre lang hatten wir nun Gelegenheit, sein Auftreten in der Außenpolitik zu beobachten: Es ist aktivistischer und phantasievoller als das seines Vorgängers. Die globale Strategie ist dieselbe geblieben, aber die Taktik hat sich verbessert. Die Strategie bedarf eines designierten Hauptfeindes. Das sind, wie eh und je, die USA. Der strategische Schauplatz, auf dem der Sieg sich entscheiden wird, ist, wie eh und je, Westeuropa. Das Ziel besteht darin, Deutschland von Europa und Europa von Amerika abzukoppeln und Westeuropa einem Protektorat zu unterstellen,

durch das es dem Ostblock ausgeliefert ist. Zugleich hat Gorbatschow einige bedeutsame taktische Veränderungen vorgenommen, die bei manchen Leuten im Westen zu der – von ihm beabsichtigten – Überzeugung geführt haben, er hätte die Strategie geändert.«[281]

Zum gleichen Ergebnis kommt auch General John Galvin, der Oberbefehlshaber der Alliierten Truppen in Europa: Gorbatschow wolle ein Europa ohne Atomwaffen, ein Europa ohne amerikanische Truppenpräsenz und schließlich die Auflösung der Atlantischen Allianz. Damit ähnele Gorbatschow in seiner Außenpolitik »verblüffend« der seiner Vorgänger. Geändert habe sich mit ihm lediglich die Methode, denn die neue Führung habe erkannt, »daß die Drohungen und das Säbelrasseln der Vergangenheit nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben.« Dadurch sei die NATO enger zusammengerückt. Gorbatschows Devise laute deshalb, locken statt einschüchtern und versprechen statt drohen.[282]

Henry Kissinger weist zu Recht darauf hin, daß die Bewährung der Ost-West-Beziehungen nicht die Innenpolitik des Kremls ist, sondern die sowjetische Außenpolitik.[283] Tatsächlich ist es ja so, daß oberflächliche Beobachter im Westen unter der sowjetischen Innenpolitik im Zeichen der Schlagworte von »Perestrojka« und »Glasnost« eine Art Liberalisierung verstehen und daraus dann den – doppelt falschen – Schluß ziehen, dies bedeute auch eine Liberalisierung in der Außenpolitik und gewissermaßen automatisch eine Abkehr der Sowjetunion vom Expansionismus und dem Ziel der Weltherrschaft. Dieser Schluß ist aber ebenso unerlaubt wie falsch, wie bereits ein oberflächlicher Blick auf die letzten Jahre zeigt:

1956 hielt Chruschtschow seine berühmte Geheimrede mit der Verurteilung Stalins – im selben Jahr fielen die sowjetischen Truppen auf seinen Befehl in Ungarn ein.

1958 wurden Millionen Inhaftierte der Stalinzeit aus dem Archipel Gulag entlassen und viele Lager geschlossen – im selben Jahr stellte die Sowjetunion ihr Berlin-Ultimatum.

1961 verkündete Chruschtschow seine neue konsumorientierte Wirtschaft – im selben Jahr wurde die Mauer in Berlin gebaut.

1962 durfte Alexander Solschenizyn in der Sowjetunion sein Buch »Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch« veröffentlichen

– im selben Jahr schickte Chruschtschow die sowjetischen Raketen zur Stationierung nach Kuba.

1968 praktizierte Breschnew die auf der Karlsbader Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien verkündete friedliche Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Kräften einschließlich Christen – im selben Jahr walzten sowjetische Panzer den Prager Frühling nieder.

1975 unterzeichnete Breschnew feierlich die KSZE-Schlußakte von Helsinki, in der er Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen versprach – im selben Jahr dehnte die Sowjetunion ihr Einflußgebiet in Übersee unter anderem auf die ehemaligen portugiesischen Territorien Angola und Mozambique aus.

1979 erhoffte die Welt eine Liberalisierung durch die Unterzeichnung des Rüstungsbegrenzungsabkommens von SALT-II durch Breschnew und Präsident Carter in Wien – im selben Jahr begann die Sowjetunion ihren kriegerischen Einfall in Afghanistan.

Diese Aufstellung zeigt mit aller Deutlichkeit, daß eine erhoffte weichere politische Linie in der Innenpolitik – die im übrigen so gut wie nie gehalten hat, was man sich von ihr versprach – keineswegs von einer weniger expansionistischen oder zurückhaltenderen Außenpolitik begleitet war.

Ebenso wie Chruschtschow setzt sich auch Gorbatschow von Stalin – und zum Teil verbal auch von Breschnew – ab. So kann etwa der Kommentator Alexander Bowin in der Iswestija den Einmarsch in Afghanistan und die Stationierung der SS-20 als Folge von »Dogmatismus und subjektivistischer Einstellung« bezeichnen.[284] Wjatscheslaw Daschitschew kann in der Literaturnaja Gaseta behaupten, der Westen habe über Jahrzehnte Grund zu der Annahme gehabt, daß Moskau die Entspannungsphase der siebziger Jahre zum Ausbau der militärischen Stärke genutzt habe.[285] Michail Voslenski bezeichnet den Artikel von Daschitschew allerdings als »Propagandagastspiel« und weist darauf hin, daß Daschitschew kein Berater Gorbatschows sei.[286] Darüber hinaus werden solche Töne bald von gewichtigeren Repräsentanten der sowjetischen Außenpolitik korrigiert: So schreiben der Publizist und West-Propagandist Lew Be-

symenskij und der Novosti-Chef Valentin Falin, früherer Botschafter in Bonn und seit Oktober 1988 zum Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, einer der Schlüsselpositionen der sowjetischen Außenpolitik ernannt – im Sommer 1988 in der Prawda, es sei nicht die Sowjetunion, die am kalten Krieg und an den Spannungen der Nachkriegszeit schuld gewesen sei, sondern allein die imperialistische Politik der Vereinigten Staaten von Amerika.[287]
Hinter einem Schleier schöner Worte des »Neuen Denkens« verfolgt die Sowjetunion weiterhin ihre offensive Außenpolitik. Zu einer Zeit, zu der sie im Zeichen der Perestrojka angeblich jeden einzelnen Rubel zur Ankurbelung der sowjetischen Wirtschaft braucht, gibt Moskau nicht nur mehr als je zuvor für Rüstung aus, sondern auch für seine expansive Politik. Unter Gorbatschow erhält Nicaragua von der Sowjetunion und Kuba über eine Milliarde Dollar im Jahr in Wirtschafts- und Militärhilfe. Allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 1987 erhalten Vietnam, Laos und Kambodscha mehr als eine Milliarde Dollar an Rüstungsgütern. Seit der Machtübernahme Gorbatschows hat Angola über vier Milliarden Dollar an Rüstungsmaterial erhalten. Kuba erhält von der Sowjetunion etwa fünf Milliarden Dollar Unterstützung im Jahr.
Auch die Breschnew-Doktrin hat Gorbatschow keineswegs zurückgenommen. Breschnew selbst hatte diese Doktrin auf dem Warschauer Parteitag 1968 nach seiner »brüderlichen Hilfe« für die Tschechoslowakei wie folgt formuliert: »Es ist bestens bekannt, daß die Sowjetunion manches für die reale Stärkung der Souveränität und Selbständigkeit der sozialistischen Länder getan hat ... aber bekanntlich, Genossen, gibt es auch allgemeine Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaues, und ein Abweichen von diesen Gesetzmäßigkeiten könnte zu einem Abweichen vom Sozialismus allgemein führen ... Dann wird dies nicht nur zu einem Problem für das Volk dieses Landes, sondern auch zu einem gemeinsamen Problem, zu einem Gegenstand der Sorge aller sozialistischen Länder. Begreiflicherweise stellt militärische Hilfe für ein Bruderland zur Unterbindung einer für die sozialistische Ordnung entstandenen Gefahr eine erzwungene, außerordentliche Maßnahme dar. Sie kann nur ... durch Handlungen ausgelöst werden, die eine Gefahr für die gemeinsamen Interessen des sozialistischen Lagers darstellen.«[288]

Ausgerechnet in Prag wird zum 20. Jahrestag der »brüderlichen Hilfe« Breschnews unter der Ägide Gorbatschows der sowjetische Einmarsch von 1968 gutgeheißen, ebenso wie die ganze Breschnew-Doktrin und die Haltung, die hinter ihr steht.[289]

Ziel Gorbatschows ist es, unter dem Deckmantel von Konzilianz und Verhandlungsbereitschaft die harte Linie der sowjetischen Außenpolitik zu bewahren und die Haltung des Westens aufzuweichen. Gorbatschow selbst hat hierzu im September 1986 erklärt: »Wir haben folgendes Prinzip: eine harte Politik führen und die Prinzipien verteidigen, von denen ich bereits sprach, aber konstruktiv verhandeln. Man muß Härte und Beharrlichkeit bekunden, keine Weichheit. Man muß Beharrlichkeit bekunden, und Beharrlichkeit ist nicht Weichheit. Sollen sie (im Westen) doch weich werden, ich werde nicht weich.«[290]

Auch in der Außenpolitik soll es also darum gehen, den Westen einzubinden und die öffentliche Meinung in der westlichen Welt zu beeinflußen. Mit äußerster Deutlichkeit schreibt dies die Prawda: »Die neuen außenpolitischen Maßnahmen der Sowjetunion fördern die Veränderung der öffentlichen Meinung im Westen im Sinne einer Tendenz zur Wende in der internationalen Lage.«[291]

In seiner Analyse der sowjetischen Außenpolitik anläßlich des Gipfelgespräches zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow sowie der Unterzeichnung des INF-Vertrages in Washington kommt das langjährige Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Alexander Sinowjew, zu dem Schluß: »Die Sowjetunion bedarf jetzt einer Zeitspanne von fünf, vielleicht sogar von zehn Jahren, um ihre militärische Industrie zu modernisieren und ihre Armee umzurüsten. Eine der wesentlichsten Zielsetzungen von Gorbatschows Politik auf internationaler Ebene liegt darin, die Voraussetzungen für diese Umstrukturierung zu schaffen. Tatsächlich ist es den bisherigen Initiativen des Generalsekretärs gelungen, den Westen für die Interessen Moskaus in die Pflicht zu nehmen – viel erfolgreicher, als dies je einem seiner Vorgänger gelang. So betrachtet, ist der Gipfel von Washington ein Markstein der erfolgreichen Außenpolitik und Propaganda Moskaus gegenüber dem Westen.«[292]

Mit neuer, verfeinerter Taktik führt Gorbatschow die sowjetische Außenpolitik mit ihren alten Zielsetzungen fort. Sowohl in Westeu-

ropa wie in Ostasien geht es der sowjetischen Führung um die Durchbrechung der Riegel und um das Verdrängen des Einflußes der Vereinigten Staaten von den Randzonen des Herzlandes auf dem eurasischen Kontinent und in Afrika und damit um die langfristige Einbeziehung insbesondere Europas in den sowjetischen Herrschaftsbereich. Die Sowjetunion mit ihrer expansiven Außenpolitik ist – wie Henry Kissinger zu Recht feststellt – für den Westen und insbesondere die Vereinigten Staaten eine »geopolitische Herausforderung«.[293]

Das »gemeinsame europäische Haus«

Die Politik der Sowjetunion zielt seit jeher auf die Beherrschung ganz Europas. In Umkehrung der Vision de Gaulles will man in Moskau ein Europa vom Ural bis zum Atlantik. Voraussetzung hierfür ist, daß die Einigung des Freien Europa verhindert wird. Die Europäische Gemeinschaft darf bestenfalls eine Freihandelszone, keinesfalls eine politische Union werden.
Das freie Europa, das wirtschaftlich stark ist, politisch aber noch nicht mit einer Stimme spricht, entscheidet über die Zukunft der Welt. Die Freiheit Westeuropas bedeutet für die Vereinigten Staaten die Sicherung der eigenen Freiheit. Für die Volksrepublik China trägt ein freies Europa dazu bei, dem Reich der Mitte den Rücken freizuhalten. Für die Sowjetunion bedeutet die Erstreckung ihrer Herrschaft auf ganz Europa die Sicherung ihrer Vormachtstellung gegenüber den Vereinigten Staaten in der Welt.
Strategisches Ziel der sowjetischen Westpolitik ist es, das freie Europa von Amerika und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland von ihren westlichen Partnern langfristig psychologisch, politisch und militärisch abzukoppeln. Hat diese Strategie Erfolg, so wäre dies der entscheidende Schritt, um Europa über eine Neutralisierung und Finnlandisierung schließlich in eine Sowjetisierung zu führen. Eine Abkoppelung des freien Europa von den Vereinigten Staaten wäre der entscheidende Schritt Moskaus zur Vorherrschaft in der Welt; er würde langfristig die sowjetische Überlegenheit über die Vereinigten Staaten sicherstellen.
Die Abkoppelung Europas von den Vereinigten Staaten ist ein altes

Ziel der sowjetischen Politik. Immer wieder hat der Kreml in den letzten Jahren und Jahrzehnten unterschiedliche Hebel angesetzt, um dieses Ziel zu erreichen:

1. Im März 1952 versucht Stalin durch seine Deutschland-Note die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in den freien Westen zu verhindern.
2. Im November 1954 schlägt der sowjetische Außenminister Molotow in einer Note an die westlichen Staaten die Auflösung der Atlantischen Allianz und die Gründung eines »Systems kollektiver Sicherheit« für Europa vor, um hiermit die Vereinigten Staaten aus Europa herauszudrängen.
3. In den fünfziger Jahren inszeniert Moskau bereits mehrere sogenannte »Friedens«-kampagnen unter den Schlagworten »Aktion Widerstand«, »Amy go home« und »Kampf dem Atomtod«, um die Aufstellung der deutschen Bundeswehr und die sicherheitspolitische Integration der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Gemeinschaft sowie die Aufstellung nuklearer Kurzstreckenwaffen unter deutsch-amerikanischem Zwei-Schlüssel-System zu verhindern.
4. Ende der fünfziger Jahre schlägt der polnische Außenminister nach Rücksprache mit Moskau den »Rapacki-Plan« vor, dessen Ziel ebenfalls die Aufweichung der westlichen Allianz und ein Status verminderter Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland ist.
5. Im April 1967 legt die Karlsbader Konferenz der Europäischen Kommunistischen Parteien die Strategie für eine Volksfrontzusammenarbeit zwischen Kommunismus, Sozialisten und anderen »friedliebenden Kräften« fest, um »in jedem Land und auf kontinentaler Ebene breite Kampagnen, Massenaktionen für die kollektive Sicherheit in Europa zu entfalten«.
6. Ende der sechziger Jahre greift die Sowjetunion den von Molotow 1954 gemachten Vorschlag einer »Europäischen Sicherheitskonferenz« wieder auf, die in sowjetischer Sicht zu einer internationalen Anerkennung der Kriegsbeute Stalins und des sowjetischen Einflußgebietes in Europa führen und durch »Anerkennung der Realitäten« das westliche Bündnis und die Anwesenheit der Vereinigten Staaten in Europa überflüssig machen soll.

7. Nach Bildung der liberal-sozialistischen Regierung in Bonn unter der Leitung von Bundeskanzler Brandt setzt Moskau wesentliche Ziele seiner Westpolitik im Deutsch-Sowjetischen Vertrag durch, den Breschnew am 28. August 1970 als »das Ergebnis einer konsequenten politischen Linie unserer Partei, das Ergebnis langwieriger Bemühungen des Sowjetstaates und der mit ihm verbündeten sozialistischen Länder« bezeichnet und den Moskau als entscheidenden vorbereitenden Schritt für eine Neutralisierung des freien Deutschland und Europa sieht.
8. Im September 1970 propagiert der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Obersten Sowjet, Jurij Schukow, eine »Großeuropa-Politik« vom Ural bis zum Atlantik, die die Integration des freien Europa und insbesondere die Bildung einer Europäischen Politischen Union im Bündnis mit den Vereinigten Staaten verhindern soll.
9. In den siebziger Jahren richtet sich die expansive sowjetische Politik in der Dritten Welt mit Afghanistan, Süd-Jemen, Syrien und dem Horn von Afrika insbesondere auf die Weltenergiereserven im Mittleren Osten und mit Mozambique, Rhodesien/Zimbabwe, Südwestafrika/Namibia und Angola insbesondere gegen die Weltrohstoffreserven im südlichen Afrika, von denen das westliche Europa, wie auch Japan, weit mehr in ihrer Existenz abhängig sind als die Vereinigten Staaten. Ein erfolgreicher Griff Moskaus nach diesen Gebieten ist ein entscheidender wirtschaftlicher Hebel zur Abkoppelung Europas einerseits und Japans von den Vereinigten Staaten andererseits. »Wir wollen uns der zwei Schätze bemächtigen, von denen der Westen auf Leben und Tod abhängt – der Schatzkammer des Treibstoffes im Persischen Golf und der Mineralschätze des mittleren und südlichen Afrika« – so Breschnew zum somalischen Staatspräsidenten Siad Barre.[294]
10. Seit den siebziger Jahren bemüht sich Moskau bei den MBFR-Verhandlungen in Wien über gegenseitige und ausgewogene Truppenreduzierung in Europa, der Deutschen Bundeswehr einen Sonderstatus aufzuerlegen, um damit ein Mitspracherecht im westlichen Teil des europäischen rüstungspolitischen Reduzierungsraums zu erhalten.
11. Ende der siebziger Jahre treibt Moskau die Aufrüstung, insbe-

sondere auf dem Gebiet der Westeuropa bedrohenden Mittelstreckenraketen SS-20 voran, um unter Ausnutzung der geographischen Asymmetrie der Bündnisse – die sowjetischen Satellitenstaaten sind unmittelbare Nachbarn der Sowjetunion, während das westliche Europa durch den Atlantik von den Vereinigten Staaten getrennt ist – die Europäer einer besonderen Bedrohung auszusetzen. Gleichzeitig sollen entsprechende westliche Gegenmaßnahmen der Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen, wie im NATO-Doppelbeschluß festgelegt, verhindert werden.

12. Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre beginnt die sowjetische Kampagne, die Vereinigten Staaten planten einen »begrenzten Atomkrieg« in Europa, um damit durch das Schüren von Angst die psychologische Abkoppelung Westeuropas von den Vereinigten Staaten voranzutreiben.
13. Mitte der achtziger Jahre versucht Gorbatschow, durch das Wegverhandeln der Pershing II als transatlantisches Ankoppelungsinstrument die Vereinigten Staaten vom europäischen Kontinent zu verdrängen, Europa zu verunsichern und durch das Monopol von Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite darüber hinaus die politische Erpreßbarkeit der Bundesrepublik Deutschland zu singularisieren.
14. Ende der achtziger Jahre bemüht sich Gorbatschow, durch eine psychologische »Friedens«-kampagne eine Modernisierung der westlichen Kurzstreckenraketen Lance zu verhindern und durch eine dritte Null-Lösung zu einer völligen Entblößung Westeuropas von Atomwaffen zu kommen, wodurch die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion auf dem europäischen Kontinent erst volle Wirksamkeit erhielte.

Diese Aufzählung, die keineswegs vollständig ist, zeigt die Kontinuität der sowjetischen Europapolitik von Stalin bis Gorbatschow, das freie Europa von den Vereinigten Staaten zu trennen und Schritt für Schritt in das sowjetische Gravitationszentrum der Macht einzubinden. Weitblickende politische Beobachter haben diese Kontinuität stets deutlich gesehen. So erklärte Konrad Adenauer: »Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn einzelne europäische Länder glauben würden, Sowjetrußland werde sich damit begnügen, den jetzigen Status seiner Macht zu halten oder lediglich noch die Bun-

desrepublik in seinen Machtbereich hereinzuziehen ... Die Zielsetzung der Politik der Sowjetunion ist eindeutig und klar. Sie geht hin auf die Beherrschung Europas durch Sowjetrußland ... Die Schlüsselposition hält die Bundesrepublik. Ohne die Bundesrepublik ist eine Herrschaft über Westeuropa für Sowjetrußland unmöglich ... Wenn es Sowjetrußland gelingen würde, Westeuropa nicht etwa zu Satellitenstaaten zu machen, nein, in sein politisches Kielwasser zu bekommen, dann wäre Sowjetrußland in der Tat die stärkste Macht der Welt, viel stärker als die Vereinigten Staaten ... Hier in Europa liegt die Gefahr für die Welt, auch für die Vereinigten Staaten, liegt aber auch für Sowjetrußland die Möglichkeit, so stark zu werden, daß es auch gegenüber Rotchina bestehen kann ... Derjenige, der dieses Deutschland ... ausschaltet, oder – richtiger gesagt – in die sowjetrussische Einflußsphäre bringt durch die Neutralisierung, der verschiebt das Gewicht der Kräfte in der ganzen Welt zu dem freien Westen zu dem russischen Kommunismus hin.«[295]

Auch Franz Josef Strauß ist in seinen außenpolitischen Analysen zu dem Ergebnis gekommen, daß die sowjetischen Führer bereits in den siebziger Jahren mehr und mehr davon überzeugt waren, »daß das sowjetische System einer zentralgesteuerten Verwaltungswirtschaft nicht in der Lage ist, die Probleme einer modernen Industriegesellschaft zu lösen.« Sie würden daher versuchen – wie dies heute unter Gorbatschows Perestrojka-Politik deutlich wird –, das freie Europa als wirtschaftliches Hilfsaggregat für die marode sowjetische Planwirtschaft einzubinden. Franz Josef Strauß fährt fort: »Unter Zusammenarbeit verstehen die Sowjets langfristige Kredite, besonders für die Lieferung von Industrieausrüstungen sowie wissenschaftliche und technische Beratung, das heißt Geld und Know-how von den ›Kapitalisten‹. Damit sollen die Schwächen der sozialistischen Planwirtschaft ebenso ausgebügelt wie die sowjetische Rüstungsüberlegenheit erhalten und verstärkt werden.« Die politische Konsequenz für die Sowjetunion lautet nach der Analyse von Franz Josef Strauß: »Zu den vordergründigen Zielen – Sicherung und Verbesserung des Besitzstandes und Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage – kommt noch ein drittes hinzu: Die Unterbindung des Entstehens einer politischen Großmacht Europa mit weitgehender eigener Verteidigungsfähigkeit ... Die Kreml-Strategen operieren im Hintergrund mit dem Vorschlag, den Gedanken an die Bildung ei-

ner europäischen Union fallen zu lassen. An ihre Stelle soll dafür eine Zusammenarbeit aller europäischen Staaten untereinander und besonders aber mit der Sowjetunion treten, die dann die Rolle eines gesamteuropäischen Führungszentrums spielen würde, gewissermaßen als Ersatz für ein westeuropäisches Zentrum.«[296]

Diese Analyse der langfristigen Ziele der sowjetischen Politik, die von führenden politischen Beobachtern beiderseits des Atlantik geteilt wird, sieht auch von China gesehen nicht anders aus. So berichtet Radio Peking, »die strategischen Ziele der Sowjetunion bleiben unverändert. Gorbatschows Außenpolitik zielt darauf ab, Westeuropa in eine kernfreie Zone zu verwandeln, die Amerikaner aus dem europäischen Kontinent zu verdrängen und nicht zuletzt Europa zu neutralisieren!«[297]

Die von manchen westlichen Politikern so kritiklos aus Gorbatschows Mund übernommene Formel vom »gemeinsamen europäischen Haus« ist keineswegs eine neue Kreation oder gar der letzte Schrei auf dem Laufsteg sowjetischer Polit-Modeschöpfungen, sondern ein seit Jahrzehnten unverkäuflicher Ladenhüter offensiver sowjetischer Westpolitik, bei dem allenfalls ab und zu das Etikett ausgewechselt wird:

- Am 6. März 1954 schlägt Stalins langjähriger Außenminister Wjatscheslaw Molotow einen »gesamteuropäischen Vertrag über die kollektive Sicherheit in Europa« vor.[298]
- Am 13. November 1954 übermittelt die sowjetische Regierung unter Ministerpräsident G. M. Malenkow an alle europäischen Staaten, mit denen sie diplomatische Beziehungen unterhielt, gleichlautende Noten, in denen sie die Schaffung eines »europäischen kollektiven Sicherheitssystems« vorschlug.[299]
- Am 22. September 1970 bekennt sich der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Obersten Sowjet, Jurij Schukow, in einer Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn zu Moskaus Großeuropa-Konzept und erklärt, die »gesamteuropäische Zusammenarbeit muß eine Antwort auf die amerikanische Herausforderung darstellen«.[300]
- Am 23. November 1981 propagiert Leonid Breschnew während seines Besuchs in Bonn die sowjetische Großeuropapolitik und spricht in seiner Tischrede vom »gemeinsamen europäischen Haus«.[301]

- Am 18. Januar 1983 erklärt Andrej Gromyko als Außenminister Andropows auf einer Pressekonferenz in Bonn, »sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die Sowjetunion leben im gemeinsamen europäischen Haus, unter einem Dach.«[302]
- Am 18. Dezember 1984 greift dann Michail Gobatschow noch vor seinem Amtsantritt als Generalsekretär in einer Rede im Britischen Unterhaus erstmals diesen alten sowjetischen Ladenhüter auf und spricht von Europa als »unserem gemeinsamen Haus«[303]; angesichts des Anklangs, den Gorbatschow unverdientermaßen bei einigen mit dieser Formulierung fand, hat er sie seither bei allen ihm geeignet erscheinenden Gelegenheiten wiederholt.

Ein rein geographisch definierter Zusammenschluß, das »gemeinsame europäische Haus« – durch dessen Mitte allerdings Stacheldraht, Mauer und Schießbefehl verläuft –, soll Schritt für Schritt an die Stelle des durch gemeinsame freiheitliche Grundwerte definierten Verbundes der Atlantischen Allianz gesetzt werden. Nur zögerlich und äußerst behutsam – zum Teil durch Dementis unterbrochen, man wolle keinesfalls die Vereinigten Staaten aus Europa ausschließen oder die Beziehungen der Sowjetunion zu den Vereinigten Staaten seien zwar wichtig, aber die Welt bestehe natürlich nicht nur aus den USA allein[304] –, äußerst vorsichtig also werden die Vereinigten Staaten von Gorbatschow verbal vor die Türe des »gemeinsamen europäischen Hauses« gesetzt. So etwa wenn Gorbatschow beklagt, daß die Fragen der europäischen Sicherheit nicht durch eine unabhängige Politik der Europäer, sondern von jenseits des Ozeans bestimmt werden[305], oder wenn Gorbatschow schreibt, daß auch über der europäischen Kultur eine ernste Gefahr schwebe durch den Einbruch der Massenzivilisation von jenseits des Atlantik und er daher die Sorgen der westeuropäischen Intellektuellen gut verstehen könne, vor diesem primitiven Einbruch von Gewalt, Pornographie und der Flut billiger Gefühle und niedriger Gedanken. Ansonsten überläßt es Gorbatschow den sowjetischen Medien, hier etwas deutlicher zu werden. So etwa wenn in der Prawda zu lesen ist, für die Vereinigten Staaten sei Europa »ein fremdes Haus«[306] und für Washington sei Europa lediglich »ein Schlachtfeld auf den Landkarten seiner Strategen«[307], oder wenn die Iswestija schreibt, »die Cowboy-Haltung zu Problemen von Krieg und Frieden, die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten vorherrscht, ist für das heutige Europa untypisch.«[308]

Um seinem Ziel näherzukommen, sich Westeuropa dienstbar zu machen, bemüht sich die Sowjetunion in besonderer Weise um die Bundesrepublik Deutschland – und um die psychologisch-politische Abkoppelung der Bundesrepublik Deutschland von ihren westlichen Nachbarn. Ein schrittweises Hinüberziehen der Bundesrepublik Deutschland nach Osten wäre die entscheidende Voraussetzung für die Konstruktion eines »gemeinsamen europäischen Hauses« von Moskaus Gnaden. Die Sowjetunion hat daher wiederholt versucht, die »deutsche Karte« zu spielen, sei es auch nur mit dem Erfolg, eine stärkere Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in den Westen zu verhindern, das Verhältnis des freien Deutschland zu seinen westlichen Alliierten zu trüben oder um in der deutschen Innenpolitik mitzumischen.

Eines der bekanntesten Beispiele hierfür war die sowjetische Note Stalins vom 10. März 1952 über einen Friedensvertrag mit Deutschland, die eine Einbindung der Bundesrepublik Deutschland ins freie Europa und die westliche Sicherheitsallianz verhindern sollte. Auch von der »neuen Ostpolitik« Brandts Anfang der siebziger Jahre und von der europäischen Sicherheitskonferenz 1975 hatte sich der Kreml eine Lockerung des Verbunds zwischen Deutschland und dem Westen erhofft. Im Februar 1973 hieß es in Radio Moskau: »Die Werktätigen der Bundesrepublik Deutschland werden in Zukunft augenscheinlich gleichfalls Wege des Sozialismus betreten, und dann wird eine Wiedervereinigung Deutschlands, jedoch nur auf den Grundlagen des Sozialismus, erfolgen können.«[309] Noch fünf Jahre später bekräftigt Erich Honekker in einer Grundsatzrede: »Die DDR repräsentiert ... das neue, das sozialistische Deutschland«, und er fährt fort: »daß der Sozialismus ... auch um die Bundesrepublik Deutschland keinen Bogen machen wird.«[310]

Gegenüber besorgten westeuropäischen und amerikanischen Politikern operiert Moskau mit Beschwichtigungen: Man solle im Westen doch nicht glauben, daß der Kreml tatsächlich ein kommunistisches Gesamtdeutschland wolle; mit einem starken kommunistischen Nachbarn – China – habe es bereits Sorgen genug. Diese Argumentation ist ebenso einleuchtend wie falsch. Moskau kommt es darauf an, den Hebel einer sozialistischen deutschen Wiedervereinigung in die Hand zu bekommen. Damit öffnen sich ihm verschiede-

ne Optionen für seine offensive West- und Deutschlandpolitik: Von einem deutschen nationalen Sozialismus über zwei deutsche sozialistische Staaten zu einer Finnlandisierung Gesamtdeutschlands oder nur der Bundesrepublik Deutschland bis hin zu einem Hineinwirken in die westlichen Strukturen – wie der Europäischen Gemeinschaft und NATO – über eine noch nicht kommunistisch gleichgeschaltete, aber weitgehend Moskau hörige Bundesregierung in Bonn.

Daher betont man im Moskau Gorbatschows gegenüber Besuchern aus der Bundesrepublik Deutschland immer wieder, wie ernst es dem Kreml sei in seinen Bemühungen, eine neue Seite aufzuschlagen in den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Die Bundesrepublik Deutschland sei für die Sowjetunion unter vielen Aspekten – nicht zuletzt im Rahmen der sowjetischen Neubewertung Westeuropas und der Europäischen Gemeinschaft – ein äußerst wichtiger Faktor. Mit großem Interesse verfolge man in Moskau auch die außenpolitischen Neubewertungen der großen Parteien. Es ist schon ein gewaltiger Erfolg Moskaus, wenn es dem Kreml gelingt, daß die deutsche offizielle Außenpolitik im Rahmen der westlichen Strukturen die sowjetischen Interessen berücksichtigt und für ein Entgegenkommen gegenüber sowjetischen Positionen plädiert. So erklärte der sowjetische Botschafter Julij Kwizinski im Sommer 1986 in Bonn, »daß die Möglichkeiten der Bundesrepublik objektiv gesehen als die eines großen europäischen Staates nicht unbeträchtlich sind«, und er fuhr fort: »Immerhin möchten wir gerade in den Fragen der Sicherheit und Abrüstung in der Bundesrepublik einen konstruktiven Partner sehen. Einen Partner, der bereit ist, nicht nur aus dem Englischen zu übersetzen, sondern auch seine eigene Sprache zu sprechen.« Auch bei den Abrüstungsverhandlungen solle Bonn eine – in sowjetischen Augen – »positive Rolle« spielen.[311]

Hand in Hand damit warnt die Sowjetunion davor, das »gemeinsame Haus Europa« könne durch eine Verstärkung der Einigung des freien Europa – wie durch den EG-Binnenmarkt – gefährdet werden. So erklärte im Sommer 1988 Michail Gorbatschow gegenüber dem deutschen Außenminister in Moskau, die politischen Führer Europas müßten vermeiden, daß die für 1992 vorgesehene Verwirklichung des EG-Binnenmarktes sowie die Vorschläge für eine militärische Integration in Westeuropa »den Prozeß von Helsinki und

das Konzept eines gemeinsamen europäischen Hauses untergraben«.[312] Auch gegenüber dem österreichischen Bundeskanzler Vranitzky erklärt Gorbatschow im Herbst 1988, ein europäisches Haus für alle Völker lasse sich nicht bauen, wenn Westeuropa vorhabe, sich »in diesem neuen Gebilde – der Europäischen Gemeinschaft! – einzuschließen«.[313] Es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß man in Moskau noch vor Vollendung des europäischen Binnenmarktes 1992 kräftig auf dieser Klaviatur in die Tasten greift.

Gorbatschow weiß sehr genau, daß die Zukunft Europas entscheidend für die Weltgeltung der Sowjetunion ist und daß schon aus geographischen Gründen Deutschland entscheidend für Europa ist. Darum versucht Gorbatschow alles, um Deutschland und Westeuropa politisch, wirtschaftlich, psychologisch und abrüstungspolitisch einzubinden und von den Vereinigten Staaten zu trennen.

In seiner umfassenden Analyse über die sowjetische Außenpolitik unter Gorbatschow kommt der Leiter des Schweizerischen Ostinstituts, Peter Sager, zu dem Schluß, daß die westeuropäische Angst vor einer militärischen Angriffsdrohung Moskaus wohl unbegründet sei, »keineswegs unbegründet ist dagegen die Sorge vor einer Übernahme Westeuropas durch Moskau. Davor vermag nur ein *politischer* Verteidigungskrieg zu schützen, in dessen Rahmen der Erhaltung des militärischen Rüstungsgleichgewichtes und einer besseren außenpolitischen Koordination innerhalb der atlantischen Partnerschaft Priorität zukommt ... Wenn sich Westeuropa nicht zu einer Konvergenz mit Nordamerika bereitfindet, werden künftig Lösungen von Krisen im zweiten Kreis der sowjetischen Außenpolitik« – der Erringung einer hegemonialen Stellung unter Ausschluß des amerikanischen Doppelkontinents – »vorwiegend im Versuch bestehen, Westeuropa einen möglichst langsamen und unmerklichen Weg unter die Sowjetherrschaft finden zu lassen.«[314]

Das sowjetische Ziel ist klar: Bereits 1976 hatte der sowjetische Außenminister Gromyko in Wien im Zusammenhang mit den Gesprächen über die Begrenzung der strategischen Nuklearwaffen auf die Frage, wo Europa seine Sicherheit finden solle, geantwortet: »Dort, wo die Geographie sie bietet, also an der Seite der Sowjetunion.«[315]

Das »gemeinsame asiatische Erbe«

Westeuropa einerseits sowie China und Japan andererseits sind in ihren außenpolitischen Interessen gegenüber der Sowjetunion miteinander verbunden. Ebenso wie Westeuropa ein wichtiges Interesse an der Unabhängigkeit Chinas und Japans hat, müssen die beiden ostasiatischen Mächte an der Unabhängigkeit des westlichen Europa interessiert sein. Die Unabhängigkeit der einen Position ist jeweils das Unterpfand für die Unabhängigkeit der anderen. Könnte die Sowjetunion ihren Einfluß auf das westliche Europa erstrecken in Realisierung des »gemeinsamen europäischen Hauses«, so hätte Moskau den Rücken frei für eine offensivere Politik in Richtung Osten und umgekehrt. Umgekehrt ist es für Moskau erfolgversprechender, seine Macht auf den einen Nachbarbereich zu erstrecken, je mehr Fortschritte er gegenüber dem anderen aufzuweisen hat: Je länger die Schatten der Kremltürme über dem westlichen Europa werden, um so mehr müssen China und Japan um ihre Unabhängigkeit besorgt sein und umgekehrt.

Die Sowjetunion führt ihren politischen Krieg offensiv gegenüber beiden Fronten. Die bisherige sowjetische Politik, die geographischen und demographischen Verhältnisse sowie die wirtschaftlichen Potentiale an beiden Flanken machen deutlich, daß das vorrangige Ziel für die Sowjetunion das westliche Europa ist, das jedoch um so eher erreicht werden kann, je größere Erfolge Moskau dabei erzielt, sich im Osten den Rücken freizuhalten. Daher ist die Ostasienpolitik der Sowjetunion nicht nur für das Zielgebiet, sondern auch für die Europäer von vitaler Bedeutung.

Der Sowjetunion muß es in ihrem politischen Krieg also darum gehen, Gegensätze zu China und Japan abzubauen sowie den Einfluß des Hauptgegners – der Vereinigten Staaten – von der pazifischen Gegenküste zu verdrängen. Dazu kommt gegenüber Südasien das längerfristige Ziel, die warmen Wasser des Indischen Ozeans zu erreichen. Was gegenüber dem Westen die Formel des »gemeinsamen europäischen Hauses« ist, ist gegenüber dem Osten das Schlagwort vom »gemeinsamen asiatischen Erbe«.

Auch gegenüber Asien steht Gorbatschow – wie gegenüber Europa – in den großen Linien und Zielsetzungen seiner Außenpolitik in der Tradition seiner Vorgänger. Schon Ende der sechziger Jahre

überraschte während der kommunistischen Weltkonferenz Leonid Breschnew am 7. Juni 1969 in Moskau mit einem neuen Vorschlag: Das von der Sowjetunion seit Jahren angestrebte europäische System kollektiver Sicherheit solle durch eine entsprechende Konstruktion für Asien ergänzt werden. Der sowjetische Parteichef schlägt eine Sicherheitskonferenz für Asien vor.
Wenn der Kreml dieses Projekt auch nicht mit voller Kraft vorantreibt, so hat er es doch nicht aufgegeben. 1971 wird ein Freundschaftsvertrag mit Indien abgeschlossen, im Jahr darauf mit dem Irak. Beide Vereinbarungen konnten als Elemente eines von Moskau geplanten künftigen asiatischen Sicherheitssystems angesehen werden.
Auch im Zusammenhang mit der Asienpolitik der Sowjetunion muß nochmals auf die zentrale Bedeutung des Indischen Ozeans für die sowjetische Großmachtpolitik hingewiesen werden. Der Indische Ozean ist das einzige der Weltmeere, das keine Großmacht als Anrainerstaat hat. Großbritannien, das über ein Jahrhundert lang im Indischen Ozean eine Pax Britannica aufrecht erhalten hat, zieht sich 1971 aus den Gebieten östlich von Suez zurück.
Moskaus Eindringen in dieses Machtvakuum dient nicht nur der offensiven Politik gegenüber Afrika und der Absicht, die Erdölreserven im Mittleren Osten und die von dort ausgehenden Ölversorgungsrouten zu kontrollieren, sondern auch der maritimen Absicherung der von Moskau errungenen Vorherrschaft in Südostasien nach Beendigung des Vietnam-Krieges. Zugleich wird ein mögliches chinesisches Eindringen in den Indischen Ozean verhindert. Außerdem aber kommen alle südasiatischen Länder in eine Zweifrontensituation zwischen der kontinentalen sowjetischen Vorherrschaft im Norden und ihrer maritimen Suprematie im Süden.
Wie bereits für das britische Weltreich zu Ende des vergangenen Jahrhunderts ist heute für die Sowjetunion die Beherrschung des Indischen Ozeans die Voraussetzung für die Errichtung der Vorherrschaft auf der gesamten eurasisch-afrikanischen Kontinentalmasse. Im Gegensatz zu der damaligen Stellung Großbritanniens ist die Sowjetunion jedoch heute in einer ungleich günstigeren Position, da sie selbst den größten Teil der eurasischen Landmasse mit ihrem eigenen Territorium okkupiert, während Großbritannien im vergangenen Jahrhundert im wesentlichen lediglich die Randzonen des In-

dischen Ozeans machtpolitisch durchdrang – damals übrigens in einer steten Auseinandersetzung mit der russischen Kontinentalmacht am Hindukusch und Himalaya. Gelingt es Moskau, die unbestrittene Vorherrschaft im Indischen Ozean zu etablieren und Südasien zu durchdringen, so wird damit China einerseits und Westeuropa andererseits in eine isolierte Randstellung auf dem eurasischen Kontinent abgedrängt.

Wie sehr sich die Sowjetunion der Interdependenz ihrer außenpolitischen Zielsetzungen gegenüber Westeuropa einerseits und Ostasien andererseits bewußt ist, zeigt etwa die Äußerung von Alexander Jakowlew – deren Ziel die Abkoppelung Europas sowie Japans von den Vereinigten Staaten ist –, weder im ökonomischen noch im politischen und strategischen Bereich gebe es eine Interessengemeinschaft der »Drei Zentren des Imperialismus«: »Die internationalen Ambitionen der gegenwärtigen amerikanischen Führung stimmen bei weitem nicht mit den Interessen Westeuropas und Japans überein.«[316]

Im Oktober 1985 hielt sich eine Delegation des Obersten Sowjets unter Leitung des stellvertretenden Präsidiumsvorsitzenden Akil Salomow in verschiedenen ostasiatischen Ländern – unter anderem auch in Thailand – auf und betonte dort, daß die Sowjetunion eine asiatische Macht sei und daß es darum ginge, »das gemeinsame asiatische Erbe« zu wahren. Dies ist ein deutlicher Ausdruck einer politisch-psychologischen Offensive der sowjetischen Außenpolitik im ostasiatischen Raum. Die sowjetische Außenpolitik unter Gorbatschow versucht hier keineswegs, Positionen aufzugeben oder zurückzunehmen, sondern im Gegenteil ihren Einfluß auszudehnen. Hierzu zählt nicht nur eine offenbar flexiblere Politik gegenüber China sowie gegenüber Japan als unter Gorbatschows Vorgängern, sondern auch eine insgesamt stärkere Machtprojektion in den pazifischen Raum.

Dies zeigt sich nicht nur durch eine verstärkte Flottenpräsenz, sondern auch durch ein neuerwachtes und intensiviertes Interesse an den Philippinen, durch die Ernennung von sowjetischen Botschaftern, die aus dem KGB stammen, in verschiedenen südostasiatischen und südpazifischen Ländern bis hin zum Abschluß von Fischereiabkommen mit den südpazifischen Inselstaaten Kiribati 1985 und ein Jahr später mit Vanuatu. Dazu kommen die Verstär-

kung der sowjetischen Flottenpräsenz im Pazifik[317] sowie die zunehmende Bedrohung des ostasiatischen und pazifischen Raumes durch sowjetische Nuklearraketen.[318]

Am 28. Juli 1986 hielt Gorbatschow eine Grundsatzrede zur Asienpolitik in Wladiwostok, in der er betonte, daß die Sowjetunion eine »asiatische und pazifische« Macht sei: »Wir sind bereit, unsere Bindungen mit Indonesien, den Philippinen, Thailand, Malaysia, Singapur und Brunei, ... alles junge und unabhängige Teilnehmer am politischen Leben der Region, zu verstärken.«[319] Wie in seiner Politik gegenüber Europa geht es Gorbatschow auch in seiner Asienpolitik um die Beeinflußung der öffentlichen und veröffentlichten Meinung in den Zielländern: Abrüstungsvorschläge, mehr Dynamik in den bilateralen Beziehungen, Umwerbung der ASEAN-Staaten.

Am 22. Juli 1987 veröffentlicht die indonesische Zeitung Merdek einen Abrüstungsvorschlg Gorbatschows mit dem Ziel einer vollständigen Beseitigung aller atomaren Mittelstreckenwaffen. Damit will Gorbatschow für ein »gesamtasiatisches Forum« werben.[320] Als Vorstufe einer kollektiven asiatischen Sicherheitskonferenz will Gorbatschow offenbar eine Konferenz über die Verwandlung des Indischen Ozeans in eine »Zone des Friedens« herbeiführen.

Am 16. September 1988 macht Gorbatschow in einer großen außenpolitischen Rede in der sibirischen Stadt Krasnojarsk neue Abrüstungsvorschläge für den asiatischen Raum und setzt damit seine politische Offensive in Richtung Osten fort. Zu diesen Vorschlägen gehören:

1. Verpflichtung der Sowjetunion, die Zahl der Nuklearwaffen im asiatisch-pazifischen Raum nicht zu verstärken, falls die Vereinigten Staaten sich hierzu ebenfalls bereit erklären;
2. Konsultationen über Begrenzung der Streitkräfte in der Region;
3. Abhaltung multilateraler Gespräche zur Verringerung der Spannungen durch Verminderung der Luft- und Seestreitkräfte;
4. Abzug sowjetischer Seestreitkräfte von Cam Ranh Bay in Vietnam, wenn die Vereinigten Staaten ihre Stützpunkte auf den Philippinen aufgeben;
5. Ausarbeitung von Bestimmungen zur Verhinderung von Zwischenfällen im asiatisch-pazifischen Raum;
6. Herbeiführung einer internationalen Konferenz unter UN-Auf-

sicht, spätestens 1990, mit dem Ziel, den Indischen Ozean in eine »Friedenszone« zu verwandeln;

7. Schaffung eines »Konsultativmechanismus« für eine asiatisch-pazifische Zone kollektiver Sicherheit.[321]

Am Rande sei nur angemerkt, daß Gorbatschow von den Vereinigten Staaten die Aufgabe der philippinischen Stützpunkte Clark und Subic Bay fordert – die unter den gegebenen politischen Verhältnissen unwiderruflich wäre –, während er seinerseits lediglich den Abzug von Seestreitkräften aus Cam Ranh Bay, nicht aber die Aufgabe der Flottenbasis anbietet. Im übrigen hat die Sowjetunion im asiatischen Raum in den letzten Jahren – auch und gerade in der Amtszeit Gorbatschows – derart aufgerüstet, daß es ihr leicht fällt, hier Streitkräfte zu vermindern. Zum Zeitpunkt seines Abrüstungsvorschlages von Krasnojarsk stehen allein 57 sowjetische Panzer- und motorisierte Infanteriedivisionen in Asien – 14 mehr als 1978. Diese Einheiten verfügen über mehr als 15 000 Panzer und 13 000 Stücke Artillerie und werden durch etwa 1300 Kampfflugzeuge einschließlich modernster Mig-29 und Mig-31 sowie SU-24-Bomber und SU-25 unterstützt. Die Kampfgeschwader der sowjetischen Luftwaffe in Ostasien sind seit 1978 von 15 auf 21 erhöht worden.[322]

Eine entscheidende Bedeutung für das weltpolitische Gleichgewicht der Kräfte hat das sowjetische Verhältnis zu China. Oberflächlich betrachtet stehen sich hier zwei große Mächte mit marxistisch-leninistischer Ideologie gegenüber. Während jedoch in der Sowjetunion der alte russische Messianismus des Dritten Rom in der Ideologie des dialektischen Materialismus eine neue Form der Selbstverwirklichung fand, erscheint die Funktion der Ideologie im chinesischen Selbstverständnis völlig unterschiedlich. Gewiß kennt auch China in seiner langen Geschichte Epochen, in denen es ideologische Motivationen gegeben hat – etwa im Tai-ping-Aufstand des Hung Hsiu-chüan in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts – wie etwa die von Bücherverbrennungen begleiteten gewaltsamen Reformen des Kaisers Chin Shih Huang-ti im dritten vorchristlichen Jahrhundert.

Während das unstillbare russische Sicherheitsbedürfnis sich jedoch in immer erneutem Hinausgreifen über die bestehenden Grenzen hin manifestierte, wird das chinesische Sicherheitsbedürfnis – bei allem Selbstverständnis politischer und kultureller Überlegenheit des

Reiches der Mitte gegenüber seinen Nachbarn – durch den Defensivbau der Großen Mauer symbolisiert. Für China wurde die kommunistische Ideologie ein Mittel zur Reichsreform und Wieder-Selbstbehauptung nach dem Niedergang des Reiches in der Qing-Dynastie und der Demütigung durch den imperialistischen europäischen Kolonialismus, vom Opium-Krieg bis zum Boxer-Aufstand. Erst als demokratische Reformversuche von Sun Yat-sen scheiterten und die Herrschaft Tschiang Kai-sheks nach dem Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke von den Japanern in die Enge getrieben wurde, wurde die vom Westen übernommene kommunistische Ideologie für die pragmatischen Chinesen das Vehikel zu Wiederaufbau und Neuordnung ihres Reiches und zur Überwindung der Demütigungen des 19. Jahrhunderts.

Seit dem Vorstoß des Kosaken-Hetmans Chabarow um 1650 über die »ungleichen Verträge« von Aigun und Peking 1858 und 1860, in denen Rußland seine Grenzen zu Lasten Chinas vorschob, über den Vorstoß der Roten Armee in die Äußere Mongolei 1921, über die sowjetische Annexion Tannu Tuwas und Stalins Vorstoß auf der Seidenstraße in den vierziger Jahren bis Dunhuang, bis hin zum plötzlichen Abzug sowjetischer Spezialisten aus China 1960 und zu den Zwischenfällen am Ussuri 1969 sowie zur sowjetischen Expansion nach Indochina und Afghanistan fühlt sich China durch die russische Expansionspolitik bedroht.

Im Interesse eines ausgewogenen Gleichgewichts macht sich China seit den sechziger Jahren zum Fürsprecher der deutschen Einheit und der politischen Union des freien Europa, unterstützt Pakistan in seinem Selbstverständnis gegen sowjetische und indische Hegemoniebestrebungen. 1972 beginnt der amerikanische Präsident Nixon die »chinesische Karte« gegen Moskau auszuspielen. Für Peking wird dies zugleich die »amerikanische Karte«, die zu einem Wechselspiel mit der »russischen Karte« werden kann.

Die Sowjetunion war vom ideologisch bestimmten »Großen Bruder« der fünfziger Jahre zur Verkörperung des »Sozialimperialismus« der »Roten Zaren« der sechziger und siebziger Jahre geworden, deren Hegemonismus für die gesamte Welt gefährlich wurde: »Tiefe Tunnel graben, Vorräte anlegen und gegen den Hegemonismus kämpfen«, lautete die Parole. Durch die Massierung sowjetischer Truppen an den Grenzen Singkiangs und am Ussuri, durch die

Aufstellung von Mittelstreckenraketen im asiatischen Raum der Sowjetunion, durch den Ausbau der sowjetischen Pazifikflotte und durch das machtpolitische Ausgreifen Moskaus nach Vietnam, Laos, Kambodscha und Afghanistan sowie durch die immer enger werdenden Beziehungen Moskaus zu Indien fühlt sich Peking von der Sowjetunion mehr und mehr eingekreist und bedroht.
Seit der Beendigung der chinesischen Kulturrevolution Ende der siebziger Jahre beginnt eine gewisse Auflockerung des verhärteten Verhältnisses zwischen Peking und Moskau. Gorbatschow, der erkennt, daß er mit dem Spielen der chinesischen Karte einen gewissen Druck auf die Vereinigten Staaten und Westeuropa ausüben kann, entsendet im Dezember 1985 den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Archipow nach Peking. Ein Jahr später gibt Deng Xiaoping ein Signal, er könne sich eine Normalisierung der Beziehungen durchaus vorstellen. China betont wiederholt drei Voraussetzungen für eine solche Wiederannäherung: Verminderung der sowjetischen Truppen an der chinesischen Nordgrenze, Aufgabe der von Moskau gedeckten Besetzung Kambodschas durch Vietnam und Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Trotz teilweise unklarer Konturen in der chinesischen Führung hat Peking in den ersten Jahren spektakuläre Produktivitätserfolge mit der Reprivatisierung der chinesischen Landwirtschaft. Diese Erfolge dürften zugleich *mit* ein Anstoß für die sowjetische Politik der Perestrojka gewesen sein. Aber anders als die Sowjetunion übt die chinesische Führung zumindestens den »großen Sprung« weg vom Marxismus, da dieser »eine neue Entwicklung benötige« und die Theorien der Klassiker unter »eingeschränkten historischen Bedingungen« aufgestellt worden seien.[323] China scheint zu beginnen, sich dieser Mißgeburt des westlichen Geistes zu entledigen.
Wenn Gorbatschow dem auch weder folgen kann, noch will, so weiß er doch, daß eine Verbesserung des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses ihm mehr Spielraum in seiner Außenpolitik gegenüber den Vereinigten Staaten und Europa gibt. Darum stellt die sowjetische Presse auch den Besuch des chinesischen Außenministers Qian Qischen im Dezember 1988 groß heraus: TASS spricht von dem »Beginn einer neuen Etappe«[324] und das Zentralorgan der KPdSU Prawda gar von »einer neuen Ära«[325] in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Ein Treffen zwischen Gorbatschow und

den chinesischen Spitzenpolitikern Deng Xiaoping und Zhao Ziyang wird vorbereitet. In Anbetracht der Entkrampfung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses ist auch für Peking eine Wiederherstellung normaler Beziehungen zur Sowjetunion ein notwendiger Schritt, um die volle Handlungsfähigkeit der chinesischen Außenpolitik zu sichern. Trotz sowjetischer Bemühungen bei der Verminderung der »drei Hindernisse« – Afghanistan, Kambodscha und den Truppenmassierungen im Norden – kommen chinesische Experten in internen Gesprächen zu dem Schluß, daß eine über Rhetorik und Taktik hinausgehende wirkliche Änderung der sowjetischen Außen- und Militärpolitik bisher nicht nachweisbar ist.[326] Immer noch sind etwa 500 000 Mann sowjetischer Truppen – 57 sowjetische Divisionen – an der sowjetisch-chinesischen Grenze stationiert.[327]

Wie sehr die Sowjetunion sich um China bemüht, zeigt die Tatsache, daß in der sowjetischen Botschaft in Peking fünfmal soviel Diplomaten Dienst tun wie in der amerikanischen Vertretung.

Für Peking ist an die Stelle der »Drei-Welten-Theorie« und der antisowjetischen und antihegemonialen »Einheitsfront von Japan, Westeuropa, China und den USA« eine »pluralistische Welt« getreten, in der man die zwischenstaatlichen Beziehungen nach den bereits 1954 von Zhou Enlai und Pandit Nehru verkündeten »fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz« regeln soll: 1. Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität; 2. Unterlassen von Angriffshandlungen; 3. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen; 4. Gleichberechtigung und gegenseitige Begünstigung; 5. friedliche Koexistenz.

Herbert Kremp weist darauf hin, daß die große Anziehungskraft für China nach wie vor im Westen liegt: »Wachstum und Zukunft liegen auf der anderen Seite in der pazifischen Gegen-Welt von Amerika, Japan, Süd-Korea, Taiwan, Teilen Südost-Asiens. Dort entstehen magnetische Kräfte, von denen sich auch China angezogen fühlt. Seine Öffnung gegenüber den USA, Japan und Europa ist die große Revolution der achtziger Jahre ... Gesprochen hat Gorbatschow im Grunde nur zu den Chinesen. Im Reich der Mitte regiert das wirtschaftliche Interesse, Maos Weltrevolution ist zur Geschichte geworden, der zelotische Sozialismus verschwindet hinter der Formel: Ein Staat, zwei Systeme ... Seine Ankündigung einer

Truppenreduktion paßt zu der Maxime Deng Xiaopings, China benötige für seine Modernisierung eine friedliche Umwelt. Druck von den Grenzen zu nehmen, bedeutet jedoch nicht ›Entspannung‹ oder gar ›Annäherung‹ – die europäische Denkschablone paßt nicht auf Asien. Man tut ganz einfach etwas zum beiderseitigen Nutzen.«[328]
Die Sowjetunion hat mit großem Nachdruck ein besonderes Interesse an dem Zustandekommen des sowjetisch-chinesischen Gipfelgesprächs deutlich gemacht. Wenn auch eine Einigung in der Kambodscha-Frage noch nicht erzielt worden ist, so hat Moskau doch den vollständigen Rückzug seiner Truppen aus Afghanistan bis zum 15. Februar 1989 zugesagt und andererseits mit dem Truppenrückzug aus der Mongolei begonnen. Am Amur hat Moskau die Anerkennung des Talwegs als Grenze zugesagt. Darüber hinaus hat Moskau bei dem Vorschlag für ein »Gesamtasiatisches Forum« im Mai 1985 die Teilnahme Chinas ausdrücklich einbezogen.
Auch gegenüber Ostasien ist also eine sowjetische Einbindungsstrategie erkennbar, die deutliche Parallelen zu der sowjetischen Westeuropapolitik aufzeigt. In beiden Fällen geht es offensichtlich darum, sich eine Peredyshka, eine Atempause, zu sichern.
Sowohl für Deng Xiaoping wie auch für Gorbatschow hat das Treffen auch innenpolitische Bedeutung: beiden kann es Rückenstärkung gegen innenpolitische Gegner bringen.[329]
Als Gorbatschow Mitte Mai 1989 schließlich nach Peking kommt, trifft er auf hunderttausende demonstrierender Studenten, Wissenschaftler, Arbeiter, Bauern und Journalisten, die mehr Freiheit und Demokratie fordern. Darüber hinaus müssen die sowjetischen Gäste feststellen, daß die Wirtschaftsreformen in der Volksrepublik China erheblich erfolgreicher waren als in der Sowjetunion. Während in Moskau – und noch mehr in der Provinz – Käuferschlangen das Straßenbild bestimmen, gibt es in der Volksrepublik China ein ausreichendes Angebot von Konsumartikeln.
Es war ein in Ostasien schwerwiegender Gesichtsverlust der Gastgeber, daß sie aufgrund der tagelang währenden Demonstrationen das Programm ihres Gastes teilweise umdisponieren mußten. Für Gorbatschow wird deutlich, daß in China die Wirtschaftsreformen greifen, während in der Sowjetunion auch auf diesem Gebiet kein Fortschritt zu verzeichnen ist. Die für mehr Freiheit demonstrierenden chinesischen Studenten auf dem Platz des Himmlischen

Friedens bringen im übrigen keine Gorbatschow-Hochrufe aus – wie in manchen Teilen Westeuropas –, sondern stellen im Gegenteil eine Nachbildung der amerikanischen Freiheitsstatue als Symbol ihrer Forderungen auf. Gorbatschow solidarisiert sich in Peking nicht mit den Studenten, sondern im Gegenteil ausdrücklich mit der reaktionären chinesischen Führung.

Der sowjetische Generalsekretär ist insbesondere daran interessiert, außenpolitisch mit Peking ins Reine zu kommen. Er bietet der chinesischen Führung Verhandlungen über eine totale Entmilitarisierung der gemeinsamen Grenzen an und sagt den Abzug von drei Vierteln der in der Mongolei stationierten sowjetischen Truppen zu.[330] Mit großem Geschick bezeichnet Gorbatschow den Pazifik als ein »verbindendes Gewässer« zwischen Asien und Amerika, mit dem offensichtlichen Ziel, die Einbindung Pekings voranzutreiben, ohne Washington zu brüskieren.[331]

Den erhöhten Spielraum, den sich China seinerseits durch das außenpolitische Arrangement mit der Sowjetunion geschaffen hat, wird deutlich unter anderem durch den erhöhten Nachdruck, mit dem Peking seine Oberhoheit über die Spratly-Inseln behauptet. Auch auf Tokyo wird die chinesisch-sowjetische Verständigung Einfluß haben: Der Druck auf die japanische Regierung, eine Verständigung mit Moskau zu suchen, wird stärker. Die außenpolitische Einbindungsstrategie Gorbatschows zeigt Erfolge.

Andererseits hat sich anläßlich des Gorbatschow-Besuches in Peking gezeigt, daß die chinesische Reformpolitik nicht irreversibel gewesen ist. Die Liberalisierungsmaßnahmen der chinesischen Führung waren zwar erheblich erfolgreicher als die sowjetischen, sie beschränkten sich aber lediglich auf wirtschaftliche Maßnahmen.

Der frühere Generalsekretär der kommunistischen Partei Chinas, Hu Yaobang, dem von den ideologischen Scharfmachern in der kommunistischen Partei »Bourgeoiser Liberalismus« vorgeworfen wird, mußte Ende 1986 seinen Posten aufgeben. Das war das Signal für die geistige Führungsschicht Chinas, zu Deng Xiaoping in Opposition zu gehen. Bald darauf bezeichnet Premierminister Li Peng den Weg zur Privatisierung der Wirtschaft als »unbegehbar«. Überhitzung der Wirtschaft und Korruption bei den Funktionären bei gleichbleibender politischer und ideologischer Starrheit führen zu einer sich mehr und mehr verschärfenden Situation.[332] Als Hu Yao-

bang im April 1989 stirbt, ist dies das Signal für den Beginn der Studentendemonstrationen, die den Gesichtsverlust der chinesischen Führung während des Gorbatschow-Besuchs bewirken. Als in der Nacht zum 4. Juni 1989 Militär eingreift, führt dies zu einem Blutbad in Peking.

Die Demonstranten fordern den Rücktritt Dengs und Lis. Das brutale Eingreifen der strategischen Reservetruppe der Zentralen Militärkommission sowie der Bewaffneten Volkspolizei sowie das brutale Niederwerfen der als »Konterrevolutionäre Rebellion« bezeichneten friedlichen Demonstration der Studenten[333] sowie die Aufforderungen zur Selbstbezichtigung und die öffentliche Durchgabe von Telefonnummern für Denunzianten[334] führen zwar zu Protesten aus aller Welt, nicht jedoch aus Moskau: Gorbatschow spricht sich im Gegenteil für einen »Dialog zwischen den Chinesen« aus und weigert sich, zu den brutalen Unterdrückungsmaßnahmen Stellung zu nehmen, ja er wendet sich gar gegen eine »auswärtige Einmischung«.[335]

Im Westen stellt man sich die Frage, wie lange die Verhärtung der Lage in China andauern wird, zumal Proteststimmen deutlich werden, wie etwa ein Brief von sieben führenden chinesischen Offizieren, die öffentlich erklären, daß die Volksarmee Teil des Volkes sei und nicht in Opposition zum Volk stehen könne und noch weniger das Volk unterdrücken dürfe.[336] Andererseits stellt man sich in Washington und insbesondere in Tokyo auch die Frage, inwieweit von Moskau gelenkte Drahtzieher hinter den Ereignissen von Peking stehen, um eine chinesisch-sowjetische Annäherung durch eine Entfremdung Chinas von den Vereinigten Staaten, dem Westen und Japan zu kompensieren. Bekannt ist, daß der KGB seit über einem Jahrzehnt sich nachdrücklich bemüht, Einfluß auf die chinesische Politik in diesem Sinne zu nehmen.

Die ideologische und machtpolitische Verhärtung in der Volksrepublik China wirft die Frage auf, wie weit ein kommunistisches Regime zu gehen bereit ist, wenn sich die Machtfrage stellt. Zugleich wird deutlich, wie gefährlich es ist, die Politik gegenüber einer totalitären Diktatur lediglich auf eine Person auszurichten.

In Ostasien hat die Haltung Japans eine zunehmende Bedeutung für die Sowjetunion, dies um so mehr, als nach dem stetigen wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahrzehnte das Land der aufgehen-

den Sonne international auch mehr und mehr politisches Gewicht bekommt. Durch den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag mit den Vereinigten Staaten verbunden, war Japan zunächst weitgehend in der Gewährleistung seiner Sicherheit von Amerika abhängig. Trotz einengender Bestimmungen seiner Verfassung hat Japan in den achtziger Jahren seine »Selbstverteidigungsstreitkräfte« zunehmend ausgebaut und schickt sich an, insbesondere auf dem Gebiet der Seeverteidigung sowie der Luft- und Raumfahrt ein wachsender Machtfaktor im ostasiatisch-pazifischen Raum zu werden. Dieser Ausbau der japanischen Verteidigungsfähigkeit ist eine Antwort auf die sowjetische Bedrohung, die nicht nur von der verstärkten sowjetischen Eskadra im Pazifik ausgeht mit ihrem neuen Stützpunkt Cam Ranh Bay in Vietnam, sondern, wie das Verteidigungs-Weißbuch der japanischen Regierung 1986 mitteilt, durch den »Ausbau der sowjetischen fernöstlichen Streitmacht«, der »besonders bemerkenswert auf dem Gebiet der nuklearen Mittelstreckenraketen« ist, »die das japanische Territorium in ihrer Reichweite haben.«[337]

Im Gaimusho, dem japanischen Außenministerium, hat man es als sowjetische Strategie erkannt, Japan von den Vereinigten Staaten abzukoppeln und andererseits zu versuchen, mit verlockenden Angeboten das japanische Wirtschaftspotential für den Aufbau Sibiriens einzubinden. In Japan ist man jedoch nicht bereit, Politik und Wirtschaft zu trennen. Man pocht auf die Rückgabe der vier südlichen Kurilen-Inseln, Etorofu, Kunashiri, Habomai und Shikotan, die 1945 von der Sowjetunion besetzt worden waren. Am 26. Juli 1945 hatten die Alliierten Japan zur bedingungslosen Kapitulation aufgefordert; am 6. August fiel die amerikanische Atombombe auf Hiroshima; erst am 8. August – zwei Tage vor der japanischen Bereitschaft zu kapitulieren – erklärte die Sowjetunion Japan den Krieg. So waren Stalin nahezu kampflos die Kurilen-Inseln, Südsachalin sowie die Reichtümer der Mandschurei in die Hand gefallen. Japan hat die sowjetische Annexion der Kurilen-Inseln niemals anerkannt, und auch bei dem Besuch von Gorbatschows Außenminister Schewardnadse Ende Dezember 1988 ist es in dieser Frage zu keinerlei Annäherung gekommen. Moskau hat sich sogar geweigert, in das gemeinsame Schlußkommuniqué einen Satz aufzunehmen, in dem es heißt, daß »eine territoriale Frage zwischen Japan und der

Sowjetunion« besteht. Dies war eine um so größere Enttäuschung für manche japanischen Erwartungen, als in Tokyo die Gerüchte nicht verstummen wollten, daß Moskau möglicherweise zu einer teilweisen Rückgabe der Inseln – Shikotan und Habomai – bereit sein könnte. Solche Erwartungen ergaben sich aus sowjetisch-japanischen Vereinbarungen von 1956, die Schewardnadse jedoch vor der Presse als Produkte einer »überholten Epoche«[338] bezeichnete. Während Gorbatschow versucht, China und Japan von Westen zu isolieren, bemüht er sich, die kleineren Staaten Ostasiens in sowjetische politische Bestrebungen einzubinden. Unterstützt wird die sowjetische Außenpolitik im ostasiatischen Raum insbesondere von Nord-Korea und Vietnam, die beide große Mengen militärischen Materials zu ihrer Aufrüstung von Moskau erhalten haben. So hat Nord-Korea in den letzten Jahren unter anderem SU-25-Kampfflugzeuge sowie SA-5 und SCUD-Raketen erhalten. Außerdem werden in Nord-Korea, unter Mitwirkung des KGB, in verschiedenen Lagern Terroristen aus den unterschiedlichsten Ländern – einschließlich Lateinamerikas und des Nahen Ostens – ausgebildet.[339] Einer der letzten nordkoreanischen Terrorakte, die weltweites Aufsehen erregten, war der Absturz des südkoreanischen Zivilflugzeuges des KAL-Fluges 858 im Oktober 1987.[340]

Die sowjetische und nordkoreanische Kriegsmarine hielten erstmals 1986 gemeinsame Manöver im Pazifik ab. Zur Zeit Gorbatschows wurde die sowjetische Kriegsmarine im Pazifik ausgebaut. Seit 1983 ist die pazifische Eskadra der Sowjetunion die größte der gesamten sowjetischen Marine.[341] 1989 umfaßt sie etwa 82 wichtige Überwasser-Kampfschiffe einschließlich zwei Flugzeugträgern der Kiew-Klasse, 14 Kreuzer, 13 Zerstörer, 22 Fregatten und 31 Korvetten.[342] Ihre offensive Streitmacht umfaßt auch etwa 76 nuklear- und konventionellgetriebene U-Boote der Whisky-, Foxtrot- und Kilo-Klasse sowie nuklearangetriebene Angriffs-U-Boote der Vector- und Akula-Klasse. Überdies sind sowjetische U-Boote der Julitt- und Echo-Klasse mit SS-N-3 und SS-N-12 Langstreckenraketen sowie U-Boote der Charlie-Klasse mit Raketen kürzerer Reichweite ausgestattet. Die sowjetischen Marineflieger umfassen etwa 160 TU-22 Backfire und TU-16-Badger Mittelstreckenbomber sowie TU-95 und 142 Bear-Langstreckenaufklärungsflugzeuge. Diese gewaltige Machtdemonstration im Pazifik dient der Einschüchte-

rung der kleineren ostasiatischen Staaten sowie dem Versuch, insbesondere Japan von den Vereinigten Staaten zu trennen.
Ähnlich wie im Westen gegenüber dem freien Europa geht auch in Ostasien Hand in Hand mit der militärischen Aufrüstung und Machtdemonstration eine Offensive des Lächelns, des Versuches der politischen Einbindung im Geiste des »neuen politischen Denkens«. So hat etwa der sowjetische Außenminister Schewardnadse bei seinem Besuch Pyöngyang um Verständnis für eine Politik der Intensivierung wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen Moskau und Süd-Korea geworben. Und in der Tat macht sich die nordkoreanische Führung zum Hilfsaggregat der sowjetischen Außenpolitik, wenn sie unverzüglich dreiseitige nordkoreanisch-südkoreanisch-amerikanische Verhandlungen vorschlägt über den Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Süden Koreas. Gleichzeitig schlägt Nord-Korea die Bildung einer gemeinsamen nord/südkoreanischen Sportmannschaft für die asiatischen Sportwettkämpfe 1990 vor. Eine koreanische Anlayse kommt zu dem Schluß, daß Gorbatschow Erfolg habe bei der »Entwaffnung des koreanischen Volkes«, insbesondere auf ideologischem Gebiet. Die Sowjetunion marschiere geradezu mit List und Tücke in Süd-Korea ein.[343]
Die öffentliche Meinung in Südkorea gegen die Anwesenheit amerikanischer Truppen wird aufgebracht. Wenn am Wochenende vom 28. Januar 1989 in Korea große Demonstrationen gegen die Stationierung amerikanischer Streitkräfte stattfinden, ist dies ein Erfolg für die sowjetisch-psychologische Offensivstrategie zur Verwirklichung der »gemeinsamen Ziele des Friedens«, bei der die Sowjetunion die Rolle eines »Landes wie jedes andere« spielt.
Mit besonderem Nachdruck wendet sich die sowjetische Einbindungsstrategie gegen die Philippinen, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten erhielten und auf denen sich mit dem Luftwaffenstützpunkt Clark und der Marinebasis Subic-Bay zwei der wichtigsten amerikanischen Stützpunkte im pazifischen Raum und in Ostasien befinden. Nach seiner längeren Abwesenheit von der politischen Bühne macht Gorbatschow im September 1988 in seiner Rede zur Asienpolitik im sibirischen Krasnojarsk den Vorschlag, den von den Vereinigten Staaten übernommenen und von Moskau ausgebauten See- und Luftstützpunkt Cam-Ranh-Bay in Vietnam zu räumen, falls Washington be-

reit sei, auf seine philippinischen Stützpunkte zu verzichten. Dies zielt auf die festgefahrenen amerikanisch-philippinischen Stützpunktverhandlungen und insbesondere auf die öffentliche und veröffentlichte Meinung in Manila.
Der philippinische Außenminister Manglapus und sogar Verteidigungsminister Ramos zeigen sich von dem sowjetischen Vorschlag beeindruckt, und die Präsidentin Corazón Aquino hält sich bedeckt. Mit den Philippinen hat Gorbatschow ein neues Ziel für die sowjetische Expansionspolitik anvisiert und geht damit in seiner Offensivstrategie über seine Vorgänger hinaus. Gleichzeitig bemüht sich die Sowjetunion, ihre offene wirtschaftliche und diplomatische Präsenz auf den Philippinen auszuweiten durch die Bemühung um Landerechte für Aeroflot, um Fischereiabkommen, um Bergwerksrechte, um das Betreiben einer Nickelschmelzanlage, um die Errichtung von Industriebetrieben, um die Genehmigung zur Benutzung von Trockendocks und Reparaturanlagen für sowjetische Handels- und Fischereischiffe sowie um den Export philippinischer Arbeitskraft in die Sowjetunion. Außerdem bemüht sich Moskau um das Exequatur für ein zusätzliches sowjetisches Konsulat auf den Philippinen sowie um Genehmigung für die Erweiterung des Stabes der sowjetischen Botschaft in Manila. Außerdem werden Filipinos von sowjetischen Stellen über Singapur nach Vietnam und in die Sowjetunion zur Ausbildung verbracht.
Darüber hinaus gibt es Meldungen über eine zunehmende sowjetische Unterstützung der kommunistischen philippinischen Aufstandsbewegung New People's Army (NPA). In den vergangenen Jahren ist eine zunehmende Aktivität sowjetischer U-Boote in philippinischen Territorialgewässern beobachtet worden. In einem Land, das aus über 7000 Inseln besteht, läßt sich das Abladen von Waffen aus sowjetischen U-Booten – und noch weniger aus Dschunken, die von Vietnam herüberkommen – so gut wie nicht kontrollieren. 1987 berichtet ein hoher Funktionär der kommunistischen Partei der Philippinen, daß die Sowjetunion und Vietnam seit mehreren Jahren »materielle Hilfe« der kommunistischen Partei und der NPA angeboten haben.[344] Darüber hinaus wird die NPA auch durch prosowjetische kommunistische Frontorganisationen in Europa unterstützt.[345]
Bei der New People's Army handelt es sich um eine der gefährlich-

sten Subversionserscheinungen im ostasiatischen Raum. Während es dem Präsidenten Magsaysay gelungen war, die Vorgängerorganisation der NPA, die seit den Jahren nach dem Krieg operierenden Hukbalahaps auf der Insel Luzon zurückzudrängen, umfaßt die NPA heute über 20000 Mann, die mit modernen Waffen versehen und gut ausgebildet sind. Demgegenüber verhält sich die Feldstärke der philippinischen Armee einschließlich der Polizei lediglich wie im Verhältnis 1,5:1 zu den kommunistischen Aufständischen. Gefährlicher als deren militärische Stärke ist noch die politisch-psychologische Schlagkraft, zumal es keiner philippinischen Regierung – weder unter Marcos noch Corazón Aquino – gelungen ist, ein glaubwürdiges Sozialprogramm insbesondere für die arme Landbevölkerung auf die Beine zu stellen. Es gibt auf den Philippinen etwa vierzig operierende kommunistische Organisationen: von den Studenten über die Kirche mit starken Einflüssen der »Theologie der Befreiung« und die Gewerkschaften bis zu den Journalisten und anderen Berufsgruppen. Alle diese Organisationen haben über die internationale Abteilung der kommunistischen Partei der Philippinen direkte Verbindungen zu den 17 kommunistischen Parteien in der Welt. Über 30 % der Gelder für die philippinische kommunistische Partei kommen aus dem Ausland, darunter Kirchengelder aus den Vereinigten Staaten, Europa, Australien und Neuseeland. Außerdem erhebt die KP der Philippinen Erpressungsgelder nach Mafiamanier von Wirtschaft und Industrie. Multinationale Gesellschaften zahlen einmal oder mehrmals jährlich Erpressungsgelder in Hongkong – einschließlich Geldwäsche –, aus denen die KP ihre Arbeit sowie die Beschaffung von Waffen für die NPA finanziert. Dazu kommt noch die materielle Unterstützung der muslimischen »Befreiungsorganisation« auf den südlichen Inseln der Philippinen durch Gaddafi.

Ähnlich wie in Europa hat Gorbatschow auch für den ostasiatisch-pazifischen Raum eine atomwaffenfreie Zone vorgeschlagen. In offenbarer Abstimmung mit diesen Vorschlägen unterstützt etwa die Hälfte der Senatoren des philippinischen Senats eine Ächtung nuklearer Waffen, unterstützt auch von Politikern in Australien, Neuseeland und den ASEAN-Staaten. Wenn die Sowjetunion mit diesen Bestrebungen durchdringt, würde sie ihr gesamtes konventionelles Übergewicht zu Lande und zur See zum Tragen bringen und

zugleich die Stationierung- und Landemöglichkeit amerikanischer Marineverbände erheblich einschränken.
Insbesondere seit der sowjetischen Übernahme Vietnams strahlt die Machtprojektion Moskaus bis weit in den südlichen Pazifik; dies hat sich zur Zeit der Herrschaft Gorbatschows verstärkt. Bei seinem Ziel einer Neutralisierung des ANZUS-Paktes zwischen Australien, Neuseeland und den Vereinigten Staaten hat Moskau Unterstützung bei der von ihm beeinflußten australischen und neuseeländischen »Friedens«-bewegung gefunden, die ihrerseits starken Einfluß auf die sozialistischen Parteien beider Staaten ausüben. Die vor kurzem gewählte neuseeländische Abgeordnete Sonja Davies ist seit 1986 Vizepräsidentin des sowjetisch geleiteten Weltfriedensrates. Der Vorsitzende des neuseeländischen Gewerkschaftsbundes Ken Douglas ist zugleich Vorsitzender der kleinen, aber mächtigen sozialistischen Einheitspartei, der einzigen kommunistischen Partei Neuseelands, die formelle Beziehungen zur KPdSU unterhält. Diese hat wiederum die Anti-Atom-Politik der neuseeländischen Labour Party unterstützt, die 1986 zu einem Bruch in den amerikanisch-neuseeländischen Verteidigungsbeziehungen geführt hat.
Darüber hinaus hat die Sowjetunion über den kommunistischen Weltgewerkschaftsbund das pazifische Gewerkschaftsforum (PTUF) begründet und über dessen Einfluß die sowjetischen Beziehungen zu den Fidschi-Inseln verstärken können.[346]
Ebenfalls zur Zeit Gorbatschows hat Moskau seine Präsenz im Südpazifik durch den Abschluß eines Fischereiabkommens mit Kiribati im August 1985 und mit Vanuatu im Januar 1987 verstärkt.[347] Ähnlich wie die muslimischen Insurgenten in den Südphilippinen finden auch die aufständischen Kanaken in Neukaledonien Unterstützung von Gaddafi.

Eckpfeiler Vietnam

Wichtigster Eckpfeiler der Politik sowjetischer Machtprojektion in Südostasien ist Vietnam. Die Machtprojektion richtet sich sowohl gegen die Vereinigten Staaten, insbesondere auf den Philippinen, wie hinaus in den Südpazifik, gegen die ASEAN-Staaten und natürlich gegen die Volksrepublik China. Sowjetische Waffenlieferungen

waren die Grundlage für den vietnamesischen Einfall in Kambodscha 1978. Seither hat die Sowjetunion innerhalb von zehn Jahren militärische und Wirtschaftshilfe an Vietnam in einem Wert von über 17 Milliarden Dollar geleistet. Damit hat Moskau nicht nur das wirtschaftliche Überleben Hanois garantiert, sondern auch die Stationierung von 140000 vietnamesischen Truppen in Kambodscha und 50000 vietnamesischen Truppen in Laos ermöglicht.[348]
Darüber hinaus liefert Moskau Mig-23 und SU-20-Kampfflugzeuge an Vietnam. Als Gegenleistung können die Sowjets über den Hafen von Haiphong und den Flugstützpunkt Da Nang verfügen und haben Cam Ranh Bay in den größten sowjetischen Überseestützpunkt verwandelt. Etwa 25 bis 30 sowjetische Kriegsschiffe und U-Boote benutzen Cam Ranh Bay jeden Monat. Seit der Machtübernahme Gorbatschows sind auch noch TU-16-Badger-Mittelstreckenbomber dorthin verlegt worden. Sowohl diese wie die in Cam Ranh Bay häufig stationierten U-Boote sind nuklearwaffenfähig. Cam Ranh Bay ist zur Stationierung von Nuklearwaffen eingerichtet, und alles deutet darauf hin, daß sich auch welche dort befinden.[349] Von Cam Ranh Bay aus haben sowjetische und vietnamesische Streitkräfte gemeinsame amphibische Landemanöver durchgeführt.[350] Von Cam Ranh Bay aus haben sowjetische Luft- und Seestreitkräfte im Februar 1986 ihre ersten koordinierten Angriffsmanöver gegen Flugzeugträger in der südchinesischen See durchgeführt.[351] Mit der Verfügungsgewalt über Cam Ranh Bay hat die Sowjetunion neben ihrem pazifischen Hauptstützpunkt Wladiwostok eine eigene Basis für eine unabhängige Eskadra in der südchinesischen See geschaffen.[352] Daneben hat die Sowjetunion mit dem Ausbau eines Kriegshafens und U-Bootstützpunktes in Kompong Som, Kambodscha, nahe der thailändischen Grenze begonnen.[353]
Moskau geht es natürlich auch darum, China an der Südflanke zu engagieren, um, außer an der russisch-chinesischen Grenze, zusätzlichen Druck ausüben zu können.[354] Moskau hat nicht nur über Vietnam seinen Einfluß auf Laos und Kambodscha ausgedehnt, sondern diese Politik führt auch zur Förderung der Guerilla-Tätigkeit an der thailändischen Grenze. In der Nordostprovinz Thailands Nam ist das Einströmen kommunistischer Terroristen aus Laos unkontrollierbar. Im Grenzgebiet leben allein 20000 laotische Flüchtlinge, deren politische Einstellung schwer feststellbar ist. Seit

Jahren führt die thailändische Armee Operationen gegen kommunistische Partisanen durch. Allein im Herbst 1983 hat die thailändische Regierung 33 sowjetische Agenten des KGB und GRU aus Bangkok ausgewiesen.
Seit über zehn Jahren schwelt der Guerillakrieg in Kambodscha. Hanoi hat seit dem Ende des Vietnamkrieges insgesamt eine Million Mann unter Waffen, die de facto als sowjetische Hilfstruppen fungieren und für deren finanziellen Unterhalt Moskau aufkommt.[355]
Eine politische Lösung für Kambodscha ist trotz wiederholter Versuche bisher nicht gefunden worden. Jahr für Jahr schlägt Hanoi vor, eine Regionalkonferenz einzuberufen, an der das von Vietnam in Phnom Penh eingesetzte Regime Heng Samrins teilnehmen soll. Der kambodschanische Premierminister Son Sann erklärt zur Frage von Verhandlungen mit Vietnam: »Verhandlungen mit den Vietnamesen sind sinnlos. Sie sind Kommunisten, die erst zum Schein akzeptieren würden, für die aber die Lüge Mittel der Politik ist ...«[356]
Im Sommer 1987 teilt der rumänische Präsident Nicolae Ceausescu in Bukarest dem kambodschanischen Premierminister mit, Gorbatschow habe ihn über Moskaus Willen der Mitarbeit an einer politischen Lösung für Kambodscha informiert.[357]
Im Mai 1988 unterhalten sich Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Moskau auch über eine mögliche politische Lösung des Kambodscha-Konfliktes. Im Januar 1989 erklärte der vietnamesische Außenminister Thach, das Kambodscha-Problem könne spätestens bis September des Jahres gelöst sein. Wieder kommt der Vorschlag einer Mehrparteienkonferez, die im Februar 1989 in Djakarta stattfinden soll. Vietnam behauptet, seit Juli 1988 hätten über 30000 vietnamesische Soldaten Kambodscha verlassen. Bis zum Frühjahr 1990 wolle Vietnam alle seine Truppen zurückziehen. In Wirklichkeit hat es jedoch Vorsorge getroffen, daß es auch nach dem Truppenabzug die Kontrolle über Kambodscha ausüben kann. Aus einem in Singapur veröffentlichten »Indochina Report«, der sich auf die Angaben der italienischen Ärztin Esmiralda Luciolli stützt, geht hervor, daß Kambodscha von einem Heer vietnamesischer »Zivilberater« regiert werde, die praktisch alle wichtigen politischen Entscheidungen treffen. Darüber hinaus sollen sich seit 1979 bis zu 30000 vietnamesische Siedler in Kambodscha niedergelassen haben. Auch der Sender »Voice of Democratic Kamputchea« be-

zeichnet den angeblich durchgeführten und weiterhin beabsichtigten vietnamesischen Truppenabzug als »betrügerischen Propagandaversuch«; allein 1988 habe Vietnam über 21000 neue Soldaten nach Kambodscha geschleust.[358] Auch aus Peking wird gemeldet, daß Vietnam seine Truppen in Kambodscha verstärkt und sie – entgegen den Angaben – auch aus Laos nicht abgezogen habe.[359]
Daher bleibt Prinz Sihanouk, eine der wichtigsten Persönlichkeiten im Machtspiel um Kambodscha, der im Februar 1989 in Djakarta abgehaltenen Konferenz fern, an der neben den Spitzen der vier Khmer-Fraktionen auch die Außenminister von Vietnam, Laos und den sechs ASEAN-Staaten, Thailand, Malaysia, Indonesien, Singapur, Brunei und den Philippinen teilnehmen. Prinz Sihanouk bezeichnet dieses zweite Djakarta-Treffen als »eine zynische Komödie«, die von den vietnamesischen Kolonialisten und deren Gehilfen Phnom Penh in schamloser Weise gespielt werden.[360]
Das Fußfassen der Sowjetunion in Vietnam hat das geostrategische Gleichgewicht in Südost-Asien, im Pazifik und teilweise auch im Indischen Ozean grundlegend verändert. Im Dreieck des weltpolitischen Kräftespiels zwischen Washington, Moskau und Peking hat sich die Sowjetunion hier als stärkste Macht erwiesen. Entscheidend war die Ausgrenzung der Vereinigten Staaten aus Indochina und die Sicherung der sowjetischen Vorherrschaft in Vietnam gegenüber der Volksrepublik China. Neben der Sicherung der Stützpunkte von Cam Ranh und Da Nang wirken sich die offensiven militärischen Aktionen Vietnams in der Form von Stellvertreter-Streitkräften der Sowjetunion aus. Die eigentlichen Gegenspieler der Sowjetunion in der Region sind naturgemäß die Volksrepublik China und die Vereinigten Staaten; beide haben jedoch unterhalb der Ebene einer offenen militärischen Auseinandersetzung nur begrenzte Einwirkungsmöglichkeiten. Alles deutet darauf hin, daß Vietnam – und damit die Sowjetunion – die beherrschende Ordnungsmacht in dem strategisch wichtigen Südostasien bleibt.[361]
Die im August 1967 in Anknüpfung an die Gedanken von Bandung und Maphilindo begründete Vereinigung südostasiatischer Nationen (ASEAN), die ursprünglich eine vornehmlich wirtschaftliche und kulturelle Zielsetzung auf der Grundlage politischer Neutralität hatte, wird insbesondere seit dem Fall von Phnom Penh und der zunehmenden sowjetisch-vietnamesischen Expansionspolitik in In-

dochina zu einem Forum, auf dem sich die Sorge über das machtpolitische Ausgreifen Moskaus artikuliert. Die außenpolitische Kooperation der ASEAN-Staaten tritt gegenüber der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Mittelpunkt.

Ähnlich wie in Europa bemüht sich die sowjetische Außenpolitik unter Gorbatschow auch im südostasiatischen Raum um eine psychopolitische Offensive zur Einbindung von Drittländern – etwa der ASEAN-Staaten –, ohne jedoch die eigenen geostrategischen Vorteile und das militärpolitische Übergewicht aufzugeben oder in Frage zu stellen. Lediglich Gesten der Friedfertigkeit und der Kooperationswilligkeit treten an die Stelle der früheren ungebremsten Expansionspolitik auf der Grundlage von Subversion und Stellvertreterkriegen auf dem Hintergrund militärischer Machtprojektion. Es handelt sich sogar um eine Überhöhung der eigenen Position in eine Art Schiedsrichterrolle – so insbesondere im Mittleren und Nahen Osten –, obwohl es doch natürlich in den stets im Hintergrund stehenden Fragen eigener Machterweiterung in höchstem Maße selbst Partei ist.

So hat Gorbatschow etwa auf seiner Grundsatzrede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution Regionalorganisationen wie ASEAN und selbst die Islamische Konferenz – Organisationen, die der Sowjetunion zurückhaltend gegenüberstehen und in marxistisch-leninistischer Terminologie eher als »bourgeois« oder gar »feudalistisch« bezeichnet werden könnten – herausgestellt.[362] Gorbatschow hat sich um einen ganzen Strom hochrangiger Besucher aus den ASEAN-Ländern bemüht: So waren etwa Präsident Suharto von Indonesien, Premierminister Prem Tinsulanonda von Thailand und Ministerpräsident Mahathir von Malaysia in der Sowjetunion.[363]

Bereits auf seiner Rede in Wladiwostok am 28. Juli 1986 hatte Michail Gorbatschow erklärt, die Sowjetunion sei eine asiatische und pazifische Macht und sie sei bereit, ihre Beziehungen mit Indonesien, den Philippinen, Thailand, Malaysia, Singapur und Brunei zu vertiefen, zur Abrüstung beizutragen, auf eine Lösung des Kambodscha-Problems und eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den Ländern Indochinas und den ASEAN-Staaten hinzuwirken.

Unter anderem nutzt Moskau geschickt die negativen Auswirkun-

gen protektionistischer handelspolitischer Bestrebungen im amerikanischen Kongreß auf die ASEAN-Staaten aus. Zu diesem Zweck hält sich im Juni 1987 eine sowjetische Handelsdelegation unter der Leitung des Stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Georgij Tarasewitsch, in Indonesien auf. Kurz zuvor hatte bereits Außenminister Eduard Schewardnadse einen Besuch in Djakarta gemacht. Im Juli 1987 streicht Gorbatschow in einem Interview mit der indonesischen Tageszeitung »Merdeka« die friedfertigen Absichten der Sowjetunion gegenüber Indonesien heraus. Im September 1987 empfängt Alexander Jakowlew den indonesischen Informationsminister Harmoko. Diese psychopolitische Offensive zeitigt bald Erfolg: Im September 1987 erklärt der Leiter des indonesischen Nachrichtendienstes, General Yoga Sugana, die Sowjetunion sei zwar eine wirtschaftliche, jedoch keine politische oder militärische Bedrohung.[364] Seither verhindert Indonesien zunehmend auch gemeinsame entschiedene Stellungnahmen der ASEAN-Staaten zur Kambodscha-Frage.[365] Moskau legt auch Lippenbekenntnisse zugunsten des Planes einer südostasiatischen nuklearfreien Zone ab, die seit langem vom indonesischen Außenminister Mochtar Kusumaatmadja befürwortet wird.[366]

Gegenüber Malaysia nutzt die Sowjetunion geschickt die wirtschaftlichen Schwierigkeiten aus, die sich durch den Preisverfall auf dem Weltkautschukmarkt ergeben. Im August 1987 besuchte der malaysische Premierminister Mahathir bin Mohamramed Moskau. Hierbei ergaben sich grundsätzliche Übereinstimmungen im Hinblick auf die Errichtung einer nuklearfreien Zone in Südostasien sowie bei dem sowjetischen Ziel einer »Friedenszone« im Indischen Ozean. Darüber hinaus hat die Sowjetunion Ausbildungsplätze für Studenten aus Malaysia angeboten.

Auch gegenüber Thailand hat es Moskau verstanden – trotz der traditionell engen Beziehungen Thailands zu den Vereinigten Staaten und dem Westen –, die sich aus den protektionistischen Tendenzen ergebenden Schwierigkeiten in den amerikanisch-siamesischen Wirtschaftsbeziehungen auszunutzen. Der Generalsekretär des thai-nationalen Sicherheitsrates, Suwit Suthanukun, stellt 1987 fest, daß es einen zunehmenden Trend in Thailand für eine Verbesserung der Beziehungen mit der Sowjetunion gebe.[367] Als im April 1987 der sowjetische Handelsminister Boris Aristow Bangkok besucht, bie-

tet Moskau kurz darauf an, 70000 Tonnen thailändischen Reis zu kaufen – eine psychopolitische Bombe, nachdem insbesondere die thailändische Reisproduktion, von der 70% der Bevölkerung abhängig ist, unter der protektionistischen amerikanischen Außenhandelspolitik leidet.[368] Inzwischen haben auch Außenminister Schewardnadse und der sowjetische Armeeoberkommandierende Iwanowskij Bangkok besucht, letzterer, nachdem der Oberbefehlshaber der Königlich-Thailändischen Armee, General Chavolit Yongschaiyut, in Moskau war.
Zuckerbrot und Peitsche gehen Hand in Hand: Wie bereits erwähnt, gibt es eine zunehmende vietnamesische Infiltration über Laos und Kambodscha nach Thailand. Anfang 1987 dringen vietnamesische Truppen auf thailändisches Gebiet nahe dem Chong Bok-Paß vor; während der dreimonatigen Kämpfe werden über 1000 thailändische Soldaten verwundet. Daneben gibt es eine sowjetisch-vietnamesisch-laotische Zusammenarbeit bei der Unterstützung der prosowjetischen Fraktion der kommunistischen Partei Thailands, der »Thai volksrevolutionären Bewegung«, deren Hauptstützpunkte in vietnamesisch-besetztem laotischem Gebiet liegen.[369] Darüber hinaus hat die Sowjetunion ihre Spionagetätigkeit gegenüber Thailand besonders verstärkt. Die thailändische Abwehr hat etwa zwei Drittel der 87 sowjetischen auswärtigen Beamten in Bangkok als Mitarbeiter der sowjetischen Nachrichtendienste KGB und GRU identifiziert. Außerdem betreiben etwa die Hälfte der 15 sowjetischen Mitarbeiter der UN-Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP) in Bangkok Spionage für die sowjetischen Dienste. Der KGB-Resident in Bangkok, Boris Nikolajew, ist der ständige sowjetische Vertreter bei ESCAP.[370]

Aufgabe Afghanistans?

Am 15. Februar 1989 meldet die sowjetische Nachrichtenagentur TASS: Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan ist abgeschlossen; als letzter Sowjetsoldat überschreitet der Oberbefehlshaber der Truppen in Afghanistan, Generalleutnant Gromow, die Brücke über den Grenzfluß Amu Darja. Dies ist wohl die spektakulärste Nachricht der letzten Jahre über die Außenpolitik Gor-

batschows, die viele Beobachter zur Überzeugung geführt hat, daß Moskau einen grundlegenden Wandel seiner Außenpolitik vollzogen und seinen Expansionismus aufgegeben habe. Präziser muß allerdings wohl die Frage lauten, ob der Kreml die *Ziele* seiner Außenpolitik in Südasien – die warmen Gestade des Indischen Ozeans einerseits und Einfluß auf die Ölquellen im Mittleren Osten andererseits – aufgegeben habe, oder ob er zur Erreichung dieser Ziele lediglich die *Mittel* unmittelbarer militärischer Gewalt zurückgestellt habe, um sie gegebenenfalls durch andere, erfolgversprechendere zu ersetzen.

Nach seiner Machtübernahme 1985 hat Gorbatschow zunächst versucht, den von Moskau begonnenen Krieg in Afghanistan durch erhöhten Einsatz militärisch zu lösen – ohne Erfolg. Im Mai 1986 hat er versucht, durch die Ersetzung Babrak Karmals durch den bisherigen Leiter des vom KGB angeleiteten Geheimdienstes Khad, Najibullah, eine politische Konsolidierung herbeizuführen – ebenfalls ohne Erfolg. So ergreift er, für viele Beobachter unerwartet, am 8. Februar 1988 die Initiative[371] und kündigt den Beginn des sowjetischen Truppenabzugs für den 15. Mai des Jahres an. Für diese Initiative nach einem fast zehnjährigen brutalen sowjetischen Vernichtungsfeldzug gegen das afghanische Volk handelt sich Gorbatschow noch die öffentliche Anerkennung durch den amerikanischen Außenminister George Shultz ein, er wolle ehrlich den Frieden.[372]

Die Weltmacht Sowjetunion hat den Krieg gegen das kleine Afghanistan verloren. Der Mut und die Opferbereitschaft der gläubigen islamischen Mudschahedin haben den Sieg davongetragen. Das Land ist verwüstet. Sechs Millionen sind geflohen. Anderthalb Millionen, davon viele Frauen und Kinder, sind tot. Schätzungsweise zehn Millionen Minen sind noch im Lande verstreut.

Auf sowjetischer Seite sind 50000 Tote und Vermißte zu verzeichnen, über fünf Milliarden Rubel jährlich hat der Afghanistankrieg die Sowjetunion gekostet.[373]

Tausende von Soldaten des sowjetischen Marionettenregimes Najibullah laufen mit voller Ausrüstung zu den Freiheitskämpfern über. Selbst der Bruder Najibullahs und sein Vizeaußenminister haben sich in die Vereinigten Staaten abgesetzt.

Trotz des Scheiterns einer militärischen Lösung gibt Moskau seine

Bemühungen um Afghanistan nicht auf und setzt zum mindesten auf eine Finnlandisierung. Bereits seit Jahren hat Moskau neben dem Versuch einer militärischen Befriedung Bemühungen um langfristige Sowjetisierungsbestrebungen Afghanistans von der wirtschaftlichen Ausnutzung bis zur ideologischen Durchdringung, vom Schulunterricht bis zur Gleichschaltung der Medien und der Infiltration der Verwaltung durch Sowjetmenschen gesetzt. Mitte der achtziger Jahre befinden sich etwa 25 000 afghanische Jugendliche ab einem Alter von zwölf Jahren zur Kaderschulung in der Sowjetunion. Die Hauptarbeit für die Leitung des Nachrichtendienstes Khad leistet nicht die Rote Armee, sondern KGB und Ostberliner Staatssicherheitsdienst.

Noch am 4. November 1988 stellt der sowjetische Botschafter in Kabul, Julij Woronzow, das Genfer Afghanistan-Abkommen in Frage und der Erste Stellvertretende Außenminister, Alexander Bessmertnych, gibt in Moskau bekannt, daß die Sowjetunion bis auf weiteres keine Verbände mehr abziehen werde.[374] Noch nach dem Abzug der sowjetischen Truppen weist der amerikanische Präsident George Bush darauf hin, daß die Sowjetunion »eine enorme Menge tödlicher Waffen« zurückgelassen habe.[375] In der Tat hat die Sowjetunion Backfire-Bomber und SCUD-Raketen nach Afghanistan verbracht und das Najibullah-Regime bis an die Zähne bewaffnet.[376] Noch am 20. Dezember 1988 hat sich der Vorsitzende der siebenseitigen Allianz afghanischer Mudschahedin, Barhanuddin Rabbani, darüber empört gezeigt, daß die Sowjetunion noch 5000 neue Soldaten von dem zweitgrößten sowjetischen Luftstützpunkt Schin Dand nach Kandahar entsandt habe.[377] Außerdem seien 15 000 Mann aus den zentralasiatischen Sowjetrepubliken nach Afghanistan verbracht worden, die dort in afghanischen Uniformen eingesetzt würden. 3000 von ihnen sollen an der Verteidigung Kandahars beteiligt sein.[378] Gleichzeitig hat Moskau im Süden Afghanistans durchschnittlich am Tag über 100 Einsätze sowjetischer Kampfflugzeuge von der Sowjetunion aus verfügt.[379]

Daneben verstärkt Moskau den Druck auf Pakistan. Seit der Machtergreifung Gorbatschows 1985 hat der vom KGB kontrollierte afghanische Geheimdienst Khad etwa 127 terroristische Anschläge in Pakistan verübt. Allein 1987 forderten diese Anschläge 234 Tote und 1200 Verwundete – die stärkste staatlich unterstützte terroristi-

sche Kampagne in der gesamten Welt.[380] Überdies bemüht sich der afghanische Geheimdienst Khad im Auftrage Moskaus, Zwietracht in den Reihen der unterschiedlichen Gruppen der Mudschahedin zu säen.[381]

Darüber hinaus wird im Norden Afghanistans durch Verwaltungsumstrukturierung eine Großprovinz geschaffen, in der die wichtigsten für Moskau interessanten Rohstoff- und Energiereserven lagern und die gegebenenfalls als Pufferstaat für ein Regime von Moskaus Gnaden dienen kann.

Wenn man bedenkt, daß Leonid Breschnew in seinem »Prawda«-Interview vom 12. Januar 1980 den sowjetischen Einfall in Afghanistan damit zu rechtfertigen versucht hat, er sei dazu gezwungen gewesen, »weil sich sonst das gleiche wie in Chile abgespielt hätte«[382], also daß entgegen marxistischer Geschichtsideologie ein sozialistisches Regime abgelöst worden wäre, so ist das Ergebnis dieser ideologisch bestimmten Aktion allerdings verheerend. Die Pariser Zeitung »Le Figaro« faßt zusammen: »Zum ersten Mal ist eine kommunistische Partei gescheitert, die mit Hilfe der Roten Armee an die Macht gekommen war. Zum ersten Mal ist Breschnews Dogma von der Unumkehrbarkeit des Kommunismus vom Willen eines Volkes zur Selbstbestimmung hinweggefegt worden. Ein um so gefährlicherer Präzedenzfall, als er sich an den Grenzen der UdSSR in direkter Nähe zu Zentralasien abspielt, wo das islamische Bewußtsein durch den Triumph der Mudschahedin nur weiter angefacht werden kann.«[383] Aus einem in der sowjetischen »Komsomolskaja-Prawda« veröffentlichten Leserbrief einer Mutter in Taschkent, deren 19 Jahre alter Sohn in Afghanistan gefallen ist, geht hervor, daß die Mutter bereits die Entwürfe für ein Denkmal gesehen hat, das man zu Ehren der gefallenen sowjetischen Soldaten errichten wolle. Kommentar der Mutter: »Wir brauchen kein Monument des Ruhms, wir brauchen ein Monument des Schmerzes.«[384]

Gorbatschows politische Rechnung geht allerdings wohl in eine andere Richtung. Klaus Natorp stellt fest: »Aus einer Niederlage einen Sieg zu machen – das gelingt nur wenigen. Gorbatschow ist dabei, dieses Kunststück zu vollbringen. Der sowjetische Parteichef hat gute Aussicht, daß im Beifall über den in Genf besiegelten Rückzugsbeschluß aus Afghanistan untergehen wird, wie schmachvoll es für die östliche Weltmacht ist, von einem kleinen Nachbarland in

die Schranken verwiesen zu werden. Er braucht auch kaum zu fürchten, daß nun noch lange von den Untaten die Rede sein wird, die das sowjetische Invasionsheer in Afghanistan begangen hat. Wer will davon jetzt noch etwas wissen? Gorbatschow steht da als der große Friedensfürst, der mit dieser Geste der Entspannung der Welt hoffnungsvolle Zukunftsperspektiven eröffnet. Ihn in diesem Augenblick daran zu erinnern, was die sowjetische Intervention in Afghanistan angerichtet hat und wieviel Blut an den Händen der abziehenden Besatzungsmacht klebt, dürfte schon bald als ungehörig gelten.«[385] Im zehnten Jahr sowjetischer Kriegsführung hat sich gezeigt, daß der Kampf in Afghanistan militärisch nicht zu gewinnen ist – es sei denn mit noch weit höherem militärischem Einsatz. Insofern hat Gorbatschow mit der Beendigung des Krieges das geringere Übel gewählt.

Insbesondere war das sowjetische Abenteuer in Afghanistan das Haupthindernis für die Durchführung der von Gorbatschow geplanten psychopolitischen Kampagne zur Einbindung der nichtsowjetischen Welt in seine Zielvorstellungen: Jedes Jahr stimmen die Vereinten Nationen über Afghanistan ab – mit großen Mehrheiten gegen die Sowjetunion; insbesondere in der Dritten Welt ist das Mißtrauen gegen Moskau wegen des Überfalls auf das ungebundene neutrale Afghanistan gewachsen; vornehmlich die islamische Welt, in der die Sowjetunion traditionell politische Erfolge verbuchen konnte, wandte sich von Moskau mehr und mehr ab; auch von westlichen Staaten wurde die Kremlführung immer wieder auf das Hindernis Afghanistan hingewiesen; insbesondere der Versuch einer Wiederannäherung an die Volksrepublik China scheiterte jedoch an Afghanistan als dem wichtigsten der »drei Hindernisse«.

Angesichts der 50000 Toten und Vermißten wurde das afghanische Abenteuer für die Sowjetunion – ganz abgesehen von den Kosten – auch innenpolitisch zunehmend zu einer schweren Belastung. So hat sich Gorbatschow durch das Abblasen eines ohnehin nahezu gescheiterten Unternehmens weltweit Türen geöffnet und Möglichkeiten für die Fortführung einer offensiven Politik mit neuen Mitteln geschaffen, ohne auf die langfristigen sowjetischen Ziele verzichten zu müssen.

Die sowjetische Außenpolitik ist überaus erfahren und geschickt im Erringen indirekter Erfolge, im »Spiel über Bande«. Als 1974 nach

der »Revolution der roten Nelken« in Lissabon im Westen höchste Alarmstufe herrschte, da eine kommunistische Machtergreifung in Portugal bevorzustehen schien, machte sich schließlich Erleichterung breit, als der Kreml den revolutionären Druck verringerte – zu spät bemerkten viele erst, daß die Sowjetunion inzwischen über MPLA und Frelimo ihren Herrschaftsbereich auf die strategisch wichtigen portugiesischen Überseegebiete Angola und Moçambique ausgedehnt hatte. Auch der Rückzug aus Afghanistan und der damit Hand in Hand gehende Prestigegewinn als »Friedensmacht« kann der Sowjetunion politische Optionen am Indischen Ozean, im Mittleren und Nahen Osten eröffnen, die den militärischen Rückzug aus Afghanistan mehr als ausgleichen können.[386]

Seit langem bemüht sich die Sowjetunion darum, ihre machtpolitische Position in Indien auszubauen. So richtet sich der Vorschlag einer »Friedenszone Indischer Ozean« mehr an Indien als an den weltstrategischen Partner Vereinigte Staaten. Indien ist für die Sowjetunion aber nicht nur eine wichtige Anrainermacht des Indischen Ozeans, sondern auch Gegenpol zur Volksrepublik China. Sehr bald nach den sowjetisch-chinesischen Zusammenstößen am Ussuri Ende der sechziger Jahre schlug Breschnew die Errichtung eines »Systems kollektiver Sicherheit« in Asien vor. Im August 1971 wurde ein sowjetisch-indischer Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Dieser Vertrag bedeutete die Abkehr Indiens von der Blockfreiheit und war gleichzeitig die Grundlage für weitere vertragliche Bindungen an Ostblockstaaten sowie für das militärische Eingreifen Indiens, das zur Zerschlagung Pakistans durch die Abtrennung des bisherigen Ostpakistan und dessen Umwandlung in den Indien nahestehenden Staat Bangladesch führte.

Der indische Angriff auf Pakistan wurde von sowjetischen TU-16-Bombern und AN-22-Transportmaschinen unterstützt, die von Ägypten aus – das ebenfalls 1971 einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion geschlossen hatte – zugunsten Indiens eingriffen. Eine sowjetische TU-114-Radarleitmaschine mit sowjetischer Besatzung lenkte die indischen Luftangriffe bis weit hinter die pakistanischen Linien.

Seither hat die Sowjetunion insbesondere die militärische Zusammenarbeit mit Indien verstärkt. So ist Indien das erste Land in der Dritten Welt, das über nukleargetriebene sowjetische U-Boote der

Charlie-I-Klasse, über MiG-29-Fulcrums sowie über modernste sowjetische Kampfhubschrauber verfügt. Die indische Kriegsmarine hat Lenkwaffenzerstörer der Kashin-Klasse und auch U-Boote der Kilo-Klasse. Der sowjetische Panzer T/72 wird – wie inzwischen auch die MiG-29-Fulcrum – in Indien gebaut. Im August 1988 ist der indische Oberbefehlshaber der Marine, Admiral J. G. Nadkarni, in der Sowjetunion; einen Monat später ist der sowjetische Verteidigungsminister Dimitri Jasow in Neu-Delhi.
Im übrigen ist durch Flugzeugabschüsse erwiesen, daß indische Piloten in Kampfflugzeugen und Hubschraubern Einsätze im sowjetischen Afghanistankrieg geflogen haben – einschließlich gegen pakistanische Ziele. Dies wie auch die Entsendung des indischen Expeditionskorps nach Sri Lanka macht deutlich, daß Indien mehr und mehr in die Rolle einer eng mit Moskau verbundenen Hegemonialmacht am Indischen Ozean hineinwächst. In einem gemeinsamen indisch-syrischen Kommuniqué vom 4. Juni 1988 wird sogar der Persische Golf als indisches Interessengebiet verstanden.
Anläßlich des Besuches des sowjetischen Generalsekretärs im November 1988 in Neu-Delhi unterzeichnet Gorbatschow gemeinsam mit dem indischen Premierminister Rajiv Gandhi eine gemeinsame sowjetisch-indische Erklärung, in der sich Indien die sowjetische Desinformationsstrategie einer »Philosophie des Überlebens und des Fortschritts unter den Bedingungen des Atom- und Weltraumzeitalters« zu eigen macht und in der das europäische und asiatische gemeinsame Haus überhöht wird zur Feststellung, »daß die moderne, interdependente Welt ein gemeinsames Haus aller Menschen darstellt«. Selbstverständlich wird auch wegen befürchteter amerikanischer Fortschritte bei SDI das »Wettrüsten im Weltraum« angeprangert, die PLO wird ebenso gelobt wie die Contadora-Gruppe und der »Kampf des Volkes Südafrikas«. Eine neue Weltwirtschaftsordnung wird gefordert, ebenso die Erstreckung der Souveränität von Mauritius auf den amerikanischen Flottenstützpunkt Diego Garcia im Indischen Ozean. Und überhaupt wird der »Indische Ozean als Friedenszone« und das Verbot »ausländischer Militärpräsenzen« im Indischen Ozean gefordert – damit wäre das eng mit der Sowjetunion verbundene Indien wichtigste Militärmacht im Indischen Ozean.[387] Erinnern wir uns an die prophetischen Worte

des amerikanischen Geopolitikers und Marinestrategen Admiral Mahan: Auf den Wogen des Indischen Ozeans werde sich das Schicksal der Welt entscheiden.
Der Besuch Rajiv Gandhis in Peking nach dem Gorbatschow-Besuch in Delhi hat wenig Konkretes ergeben; China sieht in Indien nach wie vor den Handlanger Moskaus.[388]
Gleichzeitig verschärft sich der verbale Krieg Delhis gegen Pakistan. So beschuldigen die Inder die pakistanische Regierung, die Kaschmiri und Sikhs mit Waffen zu unterstützen – darunter mit Stinger-Raketen, die eigentlich für die afghanischen Mudschahedin bestimmt seien.[389]
Nicht nur Indien und der kommunistische afghanische Nachrichtendienst Khad, auch die Sowjetunion bedrängt Pakistan, das die ganze Last der Millionen von den Sowjets vertriebenen afghanischen Flüchtlingen trägt. Am 10. April 1988 explodiert ein Munitionsdepot im Militärlager Ojheri, das zwischen der Hauptstadt Pakistans, Islamabad, und Rawalpindi liegt. Dabei werden Bomben, Handgranaten, Munition und raketengetriebene Geschosse gezündet, wodurch über 100 Menschen getötet und 1200 verletzt werden. Ausländische Diplomaten in Islamabad schließen nicht aus, daß der mit Moskau eng verbundene afghanische Geheimdienst Khad den Anschlag verübt haben könnte. Am 26. April 1988 warnt die sowjetische Regierung Pakistan vor »weiterer subversiver Tätigkeit« von seinem Boden aus. Am 17. Mai 1988 überreicht Afghanistan eine Protestnote in gleichem Sinne. Am 28. Mai fordert das sowjetische Außenministerium in einer harten Erklärung die Nichteinmischung in innerafghanische Angelegenheiten vom Territorium Pakistans aus und droht, es sei »durchaus natürlich«, wenn die Sowjetunion und Afghanistan »konkrete Maßnahmen verfügen würden, die auf die rechtswidrigen Aktionen Islamabads zurückzuführen sind. Jedenfalls behält sich die Sowjetunion das Recht vor, entsprechend der Situation zu reagieren.«
Am 17. August kommt der pakistanische Präsident Zia ul-Haq bei einem Flugzeugabsturz in der Nähe der Stadt Bahawalpur ums Leben. Die Präsidentenmaschine des Typs Herkules C/130 war nach einer Explosion in der Luft abgestürzt. Alle 30 Insassen – neben Präsident Zia ul-Haq auch der amerikanische Botschafter in Islamabad, Arnold Raphel, der pakistanische Generalstabschef Akhtar Ab-

dul Rahman sowie weitere hohe Offiziere – finden den Tod. Die Behörden in Islamabad äußern den Verdacht der Sabotage; ein leitender Beamter sagt, möglicherweise stehe eine ausländische Macht hinter dem Anschlag, denn die Geheimdienste hätten einige Tage zuvor von einem geplanten Attentat auf Zia berichtet. Zu den Verdächtigen wird auch der afghanische Geheimdienst Khad gerechnet.[390]
Die Destabilisierung Pakistans ist nicht nur ein Ziel Indiens, sondern wird auch seit langem von der Sowjetunion betrieben. Hierzu gehört auch die Förderung von Unruhen in Belutschistan und Paschtunistan.

Krisenregion Mittlerer Osten

Durch den militärischen Rückzug aus Afghanistan hat es die Sowjetunion verstanden, auch im Mittleren und im Nahen Osten jeweils an diplomatischem Terrain zu gewinnen. Hatte es sich bisher im Mittleren Osten im wesentlichen auf die Seite des Irak geschlagen und im Nahen Osten auf die PLO gesetzt, so hat es nach seinem militärischen Rückzug aus Afghanistan auf höchster Ebene Gespräche mit dem Iran und auch mit Israel aufgenommen.
Konnte es Anfang der siebziger Jahre der amerikanische Außenminister Henry Kissinger noch als Erfolg verbuchen, Moskau aus Friedenslösungen für die Region herauszuhalten, so hat es die Diplomatie unter Gorbatschow erreicht, daß weder eine Befriedung zwischen Iran und Irak noch eine Lösung der Palästinafrage ohne die sowjetische Mitwirkung vorstellbar erscheint. Sowohl im Mittleren wie im Nahen Osten hat es Moskau verstanden, sich jeweils für beide Seiten unentbehrlich zu machen. Darüber hinaus hat Moskau Konzessionen in der Frage der ägyptischen Schuldenregelung gemacht, hat Kuwait Tanker zur Verfügung gestellt, als Vermittler in den Reihen der Palästinenser gewirkt, hat Syrien zur Mäßigung gedrängt und hat die jüdische Emigration aus der Sowjetunion erleichtert.[391] – Alles in allem eine beachtliche Mobilität der sowjetischen Außenpolitik im mittel- und nahöstlichen Raum, die Moskau jeweils aus der Position des Parteigängers in die eines Schiedsrichters befördert und damit die weitgehende Monopolstellung der Ver-

einigten Staaten relativiert hat. Die Diplomatie des Kreml hat das Kunststück fertiggebracht, Verbindungen zu neuen Partnern anzuknüpfen, ohne das Verhältnis zu traditionellen Freunden allzu sehr zu belasten.[392]

So erleichtert der militärische sowjetische Rückzug aus Afghanistan nicht nur den Ausbau der Vormachtstellung Moskaus in Indien an den Ufern des Indischen Ozeans, sondern auch eine stärkere sowjetische Mitbestimmungsmöglichkeit in der Region der Erdölreserven des Mittleren Ostens. Auf die entscheidende Bedeutung dieser Region für die weltpolitische Langzeitstrategie der Sowjetunion hatte bereits Leonid Breschnew in seinen Worten an den Präsidenten Somalias, Siad Barre, hingewiesen, als er sagte, die Sowjetunion wolle sich der beiden »Schatzhäuser« bemächtigen, von denen der Westen abhängig sei: der Energiereserven des Mittleren Ostens und der Rohstoffreserven des südlichen Afrika. Dies wäre in der Tat der entscheidende Schritt zur Abkoppelung Europas und auch Japans von den Vereinigten Staaten.

Bereits im Sommer 1979 hat der langjährige amerikanische Verteidigungs- und danach Energieminister James Schlesinger auf diese Gefahr für den Westen hingewiesen und den politischen Angriff Moskaus vorausgesagt: »Falls es den Vereinigten Staaten nicht gelingt, die Sicherheit des Persischen Golfs auf ein festes Fundament zu stellen, sehen wir in der Tat sehr schwierigen Zeiten entgegen. Wäre der Zugang zu diesen Vorkommen gesperrt (oder unterläge er auch nur einer Kontrolle, falls die Russen die Kontrolle über den Ölhahn im Persischen Golf erringen sollten), käme es unweigerlich zu einer Auflösung der Bündnisse und einer grundlegenden Veränderung der freien Welt, so wie sie sich seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat ... Falls dieses Gebiet unter sowjetische Oberhoheit käme, bliebe Japan und Westeuropa kaum etwas anderes übrig, als sich um einen Ausgleich zu bemühen, als dessen Ergebnis die uns nun schon seit annähernd zwei Generationen bekannten Bündnisse aufgelöst würden ... Die Sowjetunion kann ihr Ziel einer Unterwerfung Westeuropas am leichtesten durch den Persischen Golf erreichen. Dabei ist festzuhalten, daß die NATO ein Verteidigungsbündnis ist. Aufgrund ihrer Satzung kann sie der Gefahr nicht begegnen, die möglicherweise die schwerwiegendste Bedrohung der Sicherheit Westeuropas darstellt: dem Wandel der

geopolitischen Realitäten, der sich unmittelbar vor unseren Augen vollzieht!«[393]

Gegenüber dem Mittleren Osten ist die von langer Hand vorbereitete gezielte sowjetische Einkreisungspolitik klar erkennbar. Am Ausgang des Roten Meeres in den Indischen Ozean, an der Straße von Bab-el-Mandeb, hat die Sowjetunion in Äthiopien und die Rote Flotte im Hafen von Massawa Fuß gefaßt. Waffen im Wert von über zwei Milliarden Dollar hat die Sowjetunion an Addis Abeba geliefert. Darüber hinaus befinden sich kubanische Streitkräfte in Äthiopien.[394] Gegenüber, auf der asiatischen Seite von Bab-el-Mandeb, hat Moskau Südjemen zu seinem Satelliten gemacht, das ehemals britische Aden ist der größte sowjetische Flotten- und Luftwaffenstützpunkt im Mittleren Osten. Von Aden aus operiert auch die kommunistische Guerilla-Bewegung PFLO (Popular Front for the Liberation of Oman), deren Chef Abdul Aziz al-Qadi bereits neue Aktionen gegen das am Eingang des Persischen Golfes gelegene Oman angekündigt hat. Von hier aus wird auch gegen Nordjemen operiert.

Weiter nördlich bemüht sich Moskau mit zunehmendem Erfolg um wachsenden Einfluß im Irak und in Syrien. Unter Breschnew liefert die Sowjetunion Waffen sowohl an den Iran wie an den Irak. Nach dem Ausbruch des Krieges zwischen diesen beiden Staaten im September 1980 werden zunächst die Direktlieferungen aus der Sowjetunion an den Irak eingestellt, sie gehen jedoch sowohl über die osteuropäischen Satellitenstaaten wie über Syrien und Libyen weiter. Unter Andropow setzt Moskau wieder stärker auf den Irak und intensiviert seine Waffenlieferungen. Am 10. Dezember 1982 reist eine hochrangige irakische Delegation unter der Leitung des Stellvertreters des Präsidenten Saddam Hussein, Taha Yassin Ramadan, mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Tarik Aziz und dem Stabschef Abd al-Jabbar Shanshal nach Moskau.

Ayatollah Khomeini läßt Ende 1981 eine sowjetische Expertendelegation in den Iran kommen, darunter 36 farsisprechende Agenten des KGB, um den iranischen Sicherheitsdienst wieder aufzubauen. Seit dieser Zeit sind auch über 3000 sowjetische Wirtschafts-»Berater« im Iran tätig. Sowjetische Waffenhilfe an den Iran läuft über Libyen, Nordkorea und Syrien. Zugleich werden iranische Offiziere in der Sowjetunion ausgebildet.[395]

Trotz der engen sowjetischen Bindungen an den Irak empfängt

Ayatollah Khomeini im Februar 1989 den sowjetischen Außenminister Schewardnadse und spricht sich – nicht zuletzt unter dem Eindruck der Auseinandersetzung über die Veröffentlichung des Buches »Satanische Verse« von Salman Rushdie – für »starke Beziehungen« zur Sowjetunion aus, um »den teuflischen Taten des Westens entgegenzutreten«.[396] Radio Teheran meldet am 26. Februar 1989: »Seine Heiligkeit der Imam begrüßte den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und unterstrich das gutnachbarliche Verhältnis, den Ausbau der starken Beziehungen in allen Dimensionen gegen westliche Verschwörungen sowie den Abzug ausländischer Truppen vom Persischen Golf. Er äußerte die Hoffnung, daß dem sowjetischen und dem iranischen Volk stets ein Leben in Ruhe und Frieden vergönnt sein werde.«[397] Geschickt nutzt Moskau die iranisch-westliche Kontroverse aus, um sich dem Iran anzunähern. Dazu kommt das gemeinsame iranisch-sowjetische Interesse, das westliche Engagement nicht zu stark werden zu lassen. Dabei erhebt auch Moskau die Forderung auf einen Rückzug der ausländischen Kriegsschiffe aus dem Persischen Golf. Auch für Moskau dürfte es deutlich sein, daß weder westlich-aufklärerische noch marxistisch-leninistische Gedankenstrukturen dem Islam aufoktroyiert werden können; Moskau bangt allerdings um ein Übergreifen des islamischen Feuers auf den zentralasiatischen Teil der Sowjetunion.

Auch nach dem Tode von Ayatollah Khomeini führt die Sowjetunion ihre Einbindungspolitik gegenüber dem Iran fort. Ende Juni 1989 unterzeichnen Gorbatschow und Hashemi Rafsanjani eine gemeinsame Erklärung über »freundschaftliche Zusammenarbeit« – eine seltene Bezeichnung bei der Definition der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und nichtsozialistischen Staaten – auf dem Gebiet von Wirtschaft und Industrie, deren Kern jedoch die Stärkung des militärischen Gewichts Irans ist.

Auch im Nahen Osten hat Moskau mit den Gesprächen von Außenminister Schewardnadse in Damaskus, Amman und Kairo eine neue Ära sowjetischer Orientpolitik eingeleitet. Die Gespräche zeigen, daß es den Vereinigten Staaten nicht gelungen ist, Moskau auf die Dauer aus dem Nahen Osten auszugrenzen, zumal im Jahr zuvor der amerikanische Außenminister Shultz bei seinen Befriedungsbemühungen keinen Erfolg zeitigen konnte. Schewardnadse

konferiert sowohl mit PLO-Chef Yassir Arafat wie mit dem israelischen Außenminister Moshe Arens. Unter dem sowjetischen Verhandlungsdruck sieht sich der israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir, der bislang eine internationale Friedenskonferenz über den Nahen Osten abgelehnt hatte, gezwungen, seine Bereitschaft zur Teilnahme an einer solchen Konferenz unter amerikanischem und sowjetischem Vorsitz zu erklären.
Daneben ist es der Sowjetunion gelungen, die PLO zu einem akzeptablen Gesprächspartner für Washington zu machen. Auch die Normalisierung des sowjetischen Verhältnisses zu Ägypten ist ein Erfolg für die Politik Moskaus und stützt dessen Schiedsrichterstellung im nahöstlichen Raum. Die formelle Aufkündigung der Vereinbarung zwischen PLO-Chef Arafat und König Hussein von Jordanien im April 1987 führte wieder zu einer verstärkten Annäherung zwischen Moskau und der PLO und gab der Sowjetunion die Sicherheit, daß es den Vereinigten Staaten nicht gelingen werde, im Alleingang eine Friedensregelung im Nahen Osten herbeizuführen.
Moskau hat es erreicht, neben den Vereinigten Staaten eine ebenbürtige Rolle im Nahen Osten zu spielen. Zugleich hat Moskau die Rolle der PLO – seines langjährigen Verbündeten – gestärkt, die auch nach der Ausrufung eines palästinensischen Staates weder auf Gewalt verzichtet noch das Lebensrecht Israels unzweideutig anerkannt hat. Moskau hat die PLO einer weltweiten Anerkennung auch im Westen näher gebracht, ohne daß diese formell oder de facto auf ihre enge Abhängigkeit von der Sowjetunion oder auf eine weltweite Unterstützung des Terrorismus – von Nicaragua bis Europa – verzichtet hätte. Die PLO hat sich als ein erfolgreicher Verbündeter der sowjetischen Außenpolitik erwiesen.
Im November 1988 kommentiert die sowjetische Zeitung »Krasnaja Swesda« die Tagung des Palästinensischen Nationalkongresses in Algier: »Es ist keine Frage, daß die konstruktiven Entscheidungen des jüngsten Palästinensischen Nationalkongresses zeigen, daß die Palästinenserführung die Prinzipien des neuen politischen Denkens erfaßt hat und daß sie demgemäß handelt.«[398]
Im August 1988 erklärt der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gennadij Gerassimow, die Sowjetunion setze sich für eine Verringerung des militärischen Potentials im Mittelmeer ein.[399] Die Wirklichkeit sieht anders aus. So hat Moskau erst Anfang 1988 da-

mit begonnen, die modernsten Waffen an Syrien zu liefern, darunter MiG-29, SU-24, SS-21, Kurzstreckenraketen sowie Panzer. Außerdem hat die Sowjetunion Raketenstellungen entlang der syrischen Küste aufgebaut, die sich nicht nur gegen Israel, sondern auch gegen die amerikanische Sechste Flotte richten können. Darüber hinaus hat Moskau den für chemische Waffen zuständigen Oberbefehlshaber der Roten Armee, General Pikalow, nach Syrien entsandt und die syrische Armee mit C-Waffen-Schutz ausgestattet. Trotz wiederholter Dementis ist die sowjetische Kriegsmarine dabei, den Hafen Tartus an der syrischen Mittelmeerküste auszubauen. Die Hafeneinrichtungen stehen ausschließlich der Sowjetunion zur Verfügung und dürfen von syrischem Personal ohne sowjetische Genehmigung nicht betreten werden. Etwa 8000 sowjetische Militärberater befinden sich im nahöstlichen Raum; darüber hinaus 2000 Mann sowjetischer Truppen in Syrien und der Volksrepublik Jemen.

Moskaus Ziele in Afrika

Zur Drehscheibe der sowjetischen Präsenz im südlichen Mittelmeer ist bereits seit Jahren das Libyen Gadaffis geworden. 1970 trafen die ersten sowjetischen Waffen in Libyen ein, inzwischen wird das sowjetische Waffendepot dort auf einen Wert von zwölf Milliarden Dollar geschätzt.[400] Mehrere tausend sowjetische Militärberater stehen der libyschen Armee zur Verfügung.[401] Die Gesamtzahl von Personal aus dem Sowjetblock in Libyen wird von einer libyschen Publikation im Januar 1983 mit über 70 000 angegeben.[402] Libyen ist zu einem Waffenarsenal geworden, das der Sowjetunion für weitere Einsätze im Mittelmeer und im afrikanischen Raum zur Verfügung steht – weit mehr, als die kleine libysche Armee von 30 000 Mann überhaupt verwenden kann. So hat diese etwa nur 320 ausgebildete Panzerbesatzungen zur Verfügung, während aber über 1000 sowjetische Panzer in Libyen stationiert sind. Daneben gibt es modernste MiG, Kampfhubschrauber mit Panzerabwehrraketen, Sam-2-, Sam-3- und Sam-6-Raketen sowie Raketenartillerie. Als der sowjetische General Tretjak im Dezember 1987 Libyen besucht, verkündet er, daß dringende Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Luftverteidigungsfähigkeit Libyens noch weiter zu verbes-

sern. Daneben sind die drei der Sowjetunion besonders nah verbundenen Staaten im mittelmeerisch-nahöstlichen Bereich – Libyen, Syrien und Südjemen – Drehscheiben des internationalen Terrorismus.

Ähnlich wie in Afghanistan trägt auch in Äthiopien die Sowjetunion entscheidende Verantwortung für Millionen Tote. Mord, Hungertod und Vernichtung der Zivilbevölkerung sind das Ergebnis der Politik des marxistisch-leninistischen Diktators Oberst Mengistu Haile Mariam in Komplizenschaft mit der Sowjetunion. Mengistus zwölfjährige Schreckensherrschaft hat zu politischem und wirtschaftlichem Totalitarismus geführt, die Bevölkerung einschließlich Frauen und Kindern in ganzen Landschaften, in denen Widerstand gegen die brutale Unterdrückung geleistet wird, dem bewußten Hungertod und Bombenangriffen ausgesetzt sowie die Versorgung der notleidenden Bevölkerung mit westlichen Hilfsgütern verhindert.

Zur Durchführung dieser Politik hat Mengistu ausgedehnte sowjetische militärische Unterstützung erhalten. Seit 1977 hat die Sowjetunion Waffen und militärisches Material im Wert von etwa sechs Milliarden Dollar geliefert, um die Unterdrückung des Widerstandes in neun von den 14 Provinzen Äthiopiens sicherzustellen. Mit sowjetischer Unterstützung sind über fünf Millionen Äthiopier ähnlich wie im Kambodscha Pol Pots in Volkskommunen zwangsumgesiedelt worden. Diese unmenschliche Politik einschließlich Mengistus Krieg gegen die Nordprovinz Eritrea wird von der Sowjetunion und von Gorbatschow ausdrücklich gebilligt, unterstützt und zum Teil geleitet.[403]

Allein im Rahmen des Zwangsumsiedlungsprogrammes sind Hunderttausende von Äthiopiern durch Krankheiten und Unterernährung sowie durch Mißhandlungen umgekommen. Ein Sprecher der französischen Hilfsorganisation Médecins sans Frontières erklärt 1986: »Internationale Hilfe wird in einer solchen Weise gebraucht, daß durch sie mehr Menschen getötet als gerettet werden.« Dr. Claude Malhuret, französischer Staatssekretär für Menschenrechte und früherer Vorsitzender der Organisation Médecins sans Frontières, erklärt: »Westliche Regierungen und Menschenrechtsgruppen wie Live Aid unterstützen eine Operation, die rückblickend in einigen Jahren als eine der größten Blutbäder des 20. Jahrhunderts bezeichnet werden wird.«[404]

Zur Unterstützung von Mengistus Politik halten sich 1700 sowjetische Militärberater und Truppen, unterstützt durch 500 Angehörige der Ostberliner Nationalen Volksarmee und des Staatssicherheitsdienstes sowie von 2000 kubanischen Kampftruppen, in Äthiopien auf.[405]

Für weitere militärische Unterstützung wendet sich Mengistu regelmäßig an die Sowjetunion und Kuba, an Ost-Berlin und Nordkorea.[406] Aber auch westliche Hilfsleistungen, die großenteils nicht der von Mengistu verfolgten Bevölkerung, sondern seinen eigenen Truppen zugute kommen, verlängern das mörderische Regime des kommunistischen Diktators.[407] Mengistu selbst nennt sich »Castro von Afrika«.[408]

Es gibt kaum eine Region des afrikanischen Kontinents zwischen der Straße von Bab-el-Mandeb und dem Horn Afrikas im Osten sowie den Kapverdischen Inseln im Westen, zwischen Libyen im Norden und dem Kap der guten Hoffnung im Süden, in der die Sowjetunion – trotz verschiedener Rückschläge – in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten nicht versucht hätte, Fuß zu fassen.[409] Von herausragender Bedeutung ist wegen der strategischen Lage, der Wichtigkeit der Kaproute und der für die westlichen Industriestaaten lebenswichtigen Rohstoffreserven stets das südliche Afrika gewesen. Auch unter Gorbatschow steht Südafrika nach wie vor im Mittelpunkt der sowjetischen Afrikapolitik. Nach wie vor gilt der oben zitierte Satz Breschnews von den beiden Schatzhäusern der westlichen Welt – den Energiereserven des Mittleren Ostens und den Rohstoffen des südlichen Afrika –, von denen das Schicksal des Westens abhänge und deren sich Moskau daher bemächtigen wolle. Allerdings ist es der Sowjetunion bisher nicht gelungen, mit Waffengewalt – durch die Entsendung sowjetischer Militärberater und die Lieferung von Waffen, durch die Ausbildung von Terroristen und durch die Mobilisierung von »Befreiungsbewegungen«, durch das Einschleusen kubanischer und sowjetdeutscher Hilfstruppen – eine Entscheidung herbeizuführen. Zwar ist es Moskau gelungen, die beiden ehemals reichen portugiesischen Überseeprovinzen Angola und Moçambique in die Hand zu bekommen und dort kommunistische Regierungen an die Macht zu bringen, aber marxistisch-leninistische Wirtschaftspraxis unter schwarzafrikanischer politischer Führung hat die beiden Staaten, genauso wie Äthiopien,

zu Armenhäusern des afrikanischen Kontinents gemacht. Darüber hinaus sind beide Staaten durch Bürgerkrieg zerrissen.
In Moçambique ist die Macht der Frelimo-Regierung auf die großen Städte beschränkt; in allen Provinzen des Landes kämpft die Befreiungsbewegung Renamo unter ihrem Chef Alfonso Dhlakama. In Angola operiert die straff organisierte pro-westliche Befreiungsbewegung UNITA unter ihrem Führer, dem charismatischen Politiker Dr. Jonas Savimbi, die den gesamten Südosten Angolas beherrscht und bereits wesentlich weiter vorgedrungen wäre, wenn nicht 60 000 Kubaner, sowjetische Offiziere und modernste sowjetische Waffen ein weiteres Vordringen verhindert hätten. Trotzdem sind mehrere sowjetische Offensiven mit überlegenem Material von der UNITA Dr. Savimbis erfolgreich zurückgeschlagen worden.
Parallel zu seiner Taktik in anderen Weltregionen hat Gorbatschow daher auch in Afrika darauf verzichtet, *allein* auf die militärische Karte zu setzen. Moskau versucht durch eine Kombination von Psychostrategie, Subversion und diplomatischen Verhandlungen ohne eine grundsätzliche Aufgabe seiner Ziele, Terrain zu gewinnen, politisch vorzustoßen und einer Beherrschung des südlichen Afrika näher zu kommen.
In seinem Buch »Perestrojka« schreibt Gorbatschow: »... die Lage in Südafrika ist schon seit langem geradezu stürmisch«, und er fügt hinzu: »Die Bevölkerung Südafrikas kämpft gegen die Apartheid und die unmoralische Unterdrückung durch ein Regime, das allerdings international zunehmend isoliert wird. Und sogar hinter dieser Konfliktsituation sehen viele Leute im Westen eine kommunistische Verschwörung und den Einfluß Moskaus, obwohl es in Südafrika keine Spur einer sowjetischen Präsenz gibt, was man von den USA und ihren Verbündeten nicht sagen kann.«[410]
Dies ist ein typisches Beispiel für bewußte Desinformation durch Gorbatschow in seinem Buch »Perestrojka«. Bereits seit über 60 Jahren besteht eine sowjetische Präsenz durch die zielbewußte Infiltration des African National Congress (ANC). Der ANC ist eine von Moskau gelenkte kommunistische Terroristenorganisation; er bedeutet für Südafrika dasselbe wie die IRA für Irland, die Brigate Rosse für Italien, die RAF für Deutschland. Der ANC wird 1912 als schwarzafrikanische Interessengemeinschaft gegründet, gerät je-

doch bald unter extremistische Führung und wird von der Südafrikanischen Kommunistischen Partei infiltriert. 1928 schließt sich der Generalsekretär der ANC, E. J. Khaile, dem Zentralkomitee der kommunistischen Partei an. 1936 wird das Mitglied des Johannesburger Bezirkskomitees der kommunistischen Partei, J. B. Marks, Generalsekretär des ANC. Seit den fünfziger Jahren sind die Kommunistische Partei Südafrikas und der ANC nahezu austauschbare Größen: 1949 wird der Generalsekretär der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, Moses Kotane, zugleich Generalsekretär des ANC. 1984 ist der Vorsitzende der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, Yusuf Dadoo, zugleich Vizepräsident des Exekutivkomitees des ANC. Der einzige Weiße in einer höheren Position im ANC ist der südafrikanische Kommunist litauischer Abstammung Joe Slovo, der zugleich Oberst im sowjetischen Geheimdienst KGB ist und über eine Datscha am Baikalsee verfügt.
Im Juli 1980 wird Nikolaj Michailowitsch Koslow, Verbindungsmann des KGB zu ANC und SWAPO (südwestafrikanische Volksorganisation), in Johannesburg festgenommen. In den frühen Morgenstunden des 9. Dezember 1982 greifen Einheiten der südafrikanischen Streitkräfte zwölf Ziele des ANC in Maseru, Lesotho, an. Dabei wird ein fünfseitiges Richtlinienpapier mit der Überschrift »Guidelines« erbeutet, das in einer Sitzung des Politbüros der Südafrikanischen Kommunistischen Partei angenommen worden ist. Darin wird nicht nur die marxistisch-leninistische Grundlage des ANC deutlich, sondern daraus geht auch hervor, daß der sogenannte »Umkhonto We sizwe« – der bewaffnete Arm des ANC, der für Gewalttaten und Terrorismus verantwortlich ist – durch einen gemeinsamen Beschluß des ANC und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei gebildet worden ist. Die Kader des ANC werden – ebenso wie die der SWAPO – in der Sowjetunion oder ihren Satellitenstaaten ausgebildet.
Wie irreführend die Angaben Gorbatschows in seinem Buch »Perestrojka« zu Südafrika sind, zeigt folgendes: Im November 1982 veröffentlicht der Vorsitzende des Unterausschusses für Sicherheit und Terrorismus des Rechtsausschusses des Senats der Vereinigten Staaten in Washington ein Dokument über »sowjetische, ostdeutsche und kubanische Verwicklung in das Schüren des Terrorismus im südlichen Afrika« – den sogenannten »Denton-Report«, in dem

auch die Aussagen von Bartolomeu Hlapane, dem ehemaligen Mitglied des Zentralkomitees der Südafrikanischen Kommunistischen Partei und des Nationalen Exekutivkomitees des ANC, enthalten sind. Hlapane sagt vor dem amerikanischen Senat aus, daß »keine wichtigere Entscheidung vom ANC getroffen werden konnte ohne die Mitwirkung und das Einverständnis des Zentralkomitees der Südafrikanischen Kommunistischen Partei. Die meisten wichtigen Entwicklungen sind in der Tat vom Zentralkomitee eingeleitet worden ... Der militärische Flügel des ANC, auch bekannt als Umkhonto We sizwe, war das Geisteskind der Südafrikanischen KP, und nach der Entscheidung, ihn zu gründen, wurden Joe Slovo und J. B. Marks vom Zentralkomitee der Südafrikanischen KP nach Moskau entsandt, um Waffen, Munition und Geldmittel für Umkhonto We sizwe zu organisieren.«[411] Diese Aussage eines führenden Mitglieds der Kommunistischen Partei Südafrikas und zugleich des ANC – der angeblichen »Befreiungsbewegung« – straft Gorbatschow Lügen. Im übrigen wurde Bartolomeu Hlapane kurz nach dieser Aussage vor dem amerikanischen Senat gemeinsam mit seiner Frau am 9. Dezember 1982 von ANC-Terroristen in Johannesburg ermordet.

Wie sehr – im Gegensatz zu den Ausführungen Gorbatschows in seinem Buch »Perestrojka« – die Sowjetunion im südlichen Afrika präsent ist, zeigen nicht nur die gewaltigen sowjetischen Waffenlieferungen an Angola in den Jahren 1987 und 1988, sondern auch die Erklärung des Nationalen Exekutivkomitees des – mit der Leitung der von Moskau geführten Südafrikanischen Kommunistischen Partei nahezu identischen – ANC vom 17. August 1988, in der es heißt: »Weiterhin bekräftigte das Nationale Exekutivkomitee erneut die zentrale Rolle des bewaffneten Kampfes in der nationalen demokratischen Revolution und die Notwendigkeit, die bewaffneten Aktionen weiterhin zu verstärken und unsere Offensive in einen allgemeinen Volkskrieg umzuwandeln. Das Nationale Exekutivkomitee nahm zur Kenntnis, daß – im Einklang mit unserer Perspektive – eine bedeutsame und begrüßenswerte Ausweitung dieser Offensive stattgefunden hat.«[412]

Auch die von gewissen westlichen Medien zur »Mutter der Nation« hochstilisierte Winnie Mandela, die erklärt hatte, man werde Südafrika mit »Halskrausen« und Streichhölzern befreien – Hunderte

schwarze Südafrikaner wurden in den letzten Jahren von ANC-Terroristen mit übergestülpten benzinbegossenen Autoreifen bei lebendigem Leibe verbrannt –, und deren als Fußballclub firmierende Leibgarde unter Mordverdacht an schwarzafrikanischenKindern steht, hatte noch 1986 in einem Interview in der »Prawda« mit der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS erklärt, die Sowjetunion sei »das Ziel all ihrer Hoffnungen und Sehnsüchte«.[413]

Die »Halskrausenmorde«, durch die allein bis 1986 über 300 Schwarzafrikaner bei lebendigem Leibe verbrannt wurden, sind auch von der Führung des ANC öffentlich gebilligt worden. In einem Interview mit »The Sunday Times« erklärte der Generalsekretär des ANC, Alfred Nzo, daß »Kollaborateure mit dem Feind« eliminiert werden müssen. Auf die Frage, ob das die Halskrausenmethode einschließe, nickte Nzo nachdrücklich und sagte: »Was immer die Leute verwenden wollen, um jene feindlichen Elemente zu eliminieren, liegt bei ihnen. Wenn sie sich entscheiden, die Halskrausenmethode anzuwenden, dann unterstützen wir das.«[414]

Gewalt hatte bereits Nelson Mandela – Verfasser der Schrift »How to Be a Good Communist« – gepredigt, weswegen er 1964 zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde. Eine Begnadigung gegen das Versprechen von Gewaltverzicht hat Mandela bisher abgelehnt. In seinem Geständnis am 20. April 1964 erklärte Mandela: »Ich bestreite nicht, Sabotageakte geplant zu haben. Die Planung war das Ergebnis ruhiger und nüchterner Beurteilung der politischen Situation ...« Vor Gericht erläuterte er dies wie folgt: »Angriffe auf die wirtschaftlichen Lebensadern des Landes sollten verbunden werden mit Sabotageakten gegen Regierungsgebäude und andere Symbole der Apartheid. Diese Angriffe sollten einerseits unser Volk aufrütteln und andererseits jenen Leuten, die für Gewaltmethoden eintreten, ein willkommenes Ventil schaffen ... Ich habe auch damit begonnen, klassische und revolutionäre Kriegsführung zu studieren. Außerdem absolvierte ich einen militärischen Trainingskurs im Ausland ... Gleichzeitig verfaßten wir Zusammenfassungen von Büchern über Guerillakriegsführung und militärische Strategie.«[415]

Ein Gespräch zwischen dem südafrikanischen Staatspräsidenten P.W. Botha und Nelson Mandela am 5. Juli 1989 scheint gewisse Hoffnungen auf eine friedliche, durch Verhandlungen erreichbare Lösung der Konflikte zu Südafrika zu eröffnen.

Natürlich bemüht sich der ANC in seinen Werbekampagnen in westlichen Staaten, seine kommunistische Bindung möglichst zu vertuschen, obwohl er gerade in den letzten Jahren zunehmend in kommunistisches Fahrwasser geraten ist.[416] Das Schweizerische Ostinstitut kommt zu dem Schluß: »Der letzten Nicht-Marxisten entledigte sich die ANC-Exekutive Mitte der siebziger Jahre. Als Gegenleistung für politische und finanzielle Hilfe durch den Sowjetblock folgte und folgt der ANC jeder Drehung und Windung der sowjetischen Politik ... Der Afrikanische National-Kongreß hat sich unter Oliver Tambo zur reinen marxistisch-leninistischen Partei transformiert. Nach Tambo ist die Verbindung mit der SAKP nicht nur eine ›papierene Allianz‹, sondern ein ›lebendiger Organismus‹.«[417] Oliver Tambo erklärt Ende 1986: »Unser Befreiungsbündnis ist stark, unser Bündnis unter anderem mit der Südafrikanischen Kommunistischen Partei. Die Partei ist fester Bestandteil der Befreiungsbewegung unseres Landes.«[418]

Der ANC, selbst Frontorganisation und »Befreiungsbewegung« im sowjetischen Sinne, bekennt sich dazu, in Südafrika seinerseits weitere Frontorganisationen aufgebaut zu haben. Während der zwölf Monate des Ausnahmezustandes in Südafrika habe der ANC »beispiellose Aktionen« durchgeführt: »Wir haben den South African Youth Congress, die United Democratic Front und andere Organisationen aufgebaut, direkt im Schatten des Kriegsrechts.«[419]

Auch zum SED-Regime in Ost-Berlin sind die Bindungen des ANC eng. »Wenn unser Kampf heute stark ist, so ist das der ständigen Unterstützung durch die DDR, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten zu danken«, erklärt ANC-Präsident Tambo im Ostberliner Fernsehen.[420] Im mecklenburgischen Teterow befinden sich große Ausbildungslager für afrikanische »Befreiungskämpfer«, die im wesentlichen vom ANC belegt sind und von sowjetischen »Vertrauensleuten« beaufsichtigt und indirekt geführt werden. Während sich die sowjetische Operationsbasis für das südliche Afrika in Lusaka befindet, koordiniert Ost-Berlin seine Tätigkeiten im wesentlichen von Moçambique aus. Das offizielle ANC-Organ »Sechaba« wird seit 1966 durch Ost-Berlin finanziert und in der Druckerei »Erich Weinert« in Neubrandenburg gedruckt. Das Organ der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, »The African Communist«, wird bei Interdruck in Leipzig hergestellt.[421]

In Ost-Berlin jedenfalls plant man einen schnellen Übergang Südafrikas zum Sozialismus. In einer von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED herausgegebenen Studie heißt es: »Angesichts der entwickelten kapitalistischen Strukturen und der Existenz einer kampferprobten kommunistischen Partei in der RSA kann in der Perspektive ein relativ schneller Übergang von der nationaldemokratischen zur sozialistischen Revolution möglich werden.«[422]

In einer Studie über die Südafrikapolitik der Sowjetunion kommt Professor Werner Pfeifenberger zu dem Schluß, Südafrika biete sich nicht nur wegen seines Rohstoffreichtums und seiner strategisch bedeutsamen Lage, sondern auch wegen seiner innenpolitischen Schwierigkeiten als ein kurzfristig verlockendes Kampfziel Moskaus an. »Infolge seines innenpolitischen Konfliktpotentials wird Südafrika von Moskau gewissermaßen als das schwächste Glied der kapitalistischen Kette betrachtet, das es herauszubrechen gilt, um die Kette als Ganzes zu zerreißen. Ein unter sowjetischem Einfluß stehendes Südafrika würde es infolge der Rohstoffabhängigkeit des Westens von Südafrika dem Kreml innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit ermöglichen, Westeuropa zwar nicht zu kommunisieren, wohl aber zu finnlandisieren. Damit wäre die günstigste strategische Ausgangsposition für die ›friedliche Koexistenz‹ gegenüber dem eigentlichen ›imperialistischen Klassenfeind‹ USA geschaffen. Der Kreml betrachtet Südafrika also sozusagen als politischen Hebel, an dem vorrangig anzusetzen ist, um die kapitalistische Welt aus den Angeln zu heben.«[423] Zur Erreichung ihrer Ziele bedient sich die sowjetische Außenpolitik folgender taktischer Mittel:

- der Unterstützung südafrikanischer Terrororganisationen, wie dem ANC;
- der imperialistischen Beherrschung der Nachbarstaaten Südafrikas, der sogenannten »Frontstaaten«, als politisches und militärisches Aufmarschgebiet;
- der direkten und indirekten psychologischen Kriegsführung gegen die Republik Südafrikas um diese politisch und psychologisch vom Westen zu trennen.

Insbesondere die psychopolitische Kriegsführung wird von der Sowjetunion mit Meisterschaft, Konsequenz und Erfolg betrieben. In dem Buch »Sieg ohne Krieg« hatte ich auf folgendes hingewiesen:

»Auf Einladung der Sowjetdeutschen Regierung findet Ende August 1981 in Ost-Berlin ein Geheimtreffen statt, an dem kommunistische Regierungsmitglieder, Angehörige von ›Solidaritätskomitees‹ und Mitwirkende in dem Sonderkomitee gegen Apartheid der Vereinten Nationen teilnehmen. Es wird beschlossen, die gegen Südafrika bereits laufende weltweite Propaganda-Kampagne insbesondere auf folgenden Gebieten zu beginnen oder zu verstärken: Erstens: Sanktionen gegen Südafrika. Zweitens: Waffen- und nukleares Embargo. Drittens: Öl-Embargo. Viertens: Verhinderung von Bankkrediten für Südafrika. Fünftens: Boykott auf dem Gebiet des Sports und des Kulturlebens. Sechstens: Solidaritäts-Kampagne mit den ›unterdrückten Völkern Südafrikas und Namibias‹. Siebtens: Unterstützung für ›Nationale Befreiungsbewegungen‹ in beiden Staaten. Achtens: Kampagne für die Freilassung aller ›politischen Gefangenen‹ – gemeint sind kriminelle Terroristen.«[424] Dies wurde 1984 veröffentlicht.

Am 9. September 1985 unterzeichnete der amerikanische Präsident Ronald Reagan unter dem Druck des Kongresses einen Präsidialerlaß, in dem unter anderem verboten werden: 1. die Gewährung oder die Genehmigung von Bankkrediten an die südafrikanische Regierung; 2. alle Nuklearexporte sowie verwandte Transaktionen nach Südafrika; 3. die Einfuhr von in Südafrika hergestellten Waffen, Munition oder Militärfahrzeugen, sowie weitere Maßnahmen. Einen Tag später, am 10. September 1985, einigen sich die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft in Luxemburg auf ein Bündel von Maßnahmen gegen Südafrika. Dazu gehören: 1. ein Embargo für den Ex- und Import von Waffen und paramilitärischer Ausrüstung nach und von Südafrika; 2. die Verweigerung jeder Zusammenarbeit im militärischen Bereich; 3. die Einstellung aller Ölexporte nach der Republik Südafrika; 4. die Einstellung der Ausfuhr sensitiver Ausrüstung für die Polizei und die Streitkräfte Südafrikas; 5. das Verbot jeder neuen Zusammenarbeit im nuklearen Bereich; 6. die Erschwerung des Kultur- und Wissenschaftsaustauschs; 7. die Einfrierung offizieller Beziehungen im Sport- und im Sicherheitsbereich. Weiter wird betont, die Europäische Gemeinschaft werde ihre Haltung nach angemessener Zeit überprüfen, und die Frage anderer Maßnahmen, einschließlich Sanktionen, bleibe bestehen, wie etwa die Beschränkung der Exportkredite und der

Neuinvestitionen sowie Hilfsmaßnahmen zugunsten von Anti-Apartheidsorganisationen.[425] Im übrigen erhalten die »Anti-Apartheidsorganisationen« – die terroristischen Gruppierungen ANC, SWAPO und andere – inzwischen Unterstützung von einer Reihe nichtkommunistischer Staaten sowie von kirchlichen Organisationen.

Der Westen hat sich dem koordinierten Trommelfeuer, das jahrelang auf seine öffentliche Meinung niedergegangen ist, gebeugt: Vergleicht man die auf der Ostberliner Strategiekonferenz im August 1981 gesteckten Ziele mit den Beschlüssen der amerikanischen Regierung und denen der Europäischen Gemeinschaft vom September 1985, so kann man der sowjetischen psychopolitischen Kriegsführung nur einen durchschlagenden Erfolg bescheinigen. Wie sagte doch Lenin? – Man müsse den Westen nicht nur besiegen, sondern ihn für sich arbeiten lassen! Und wie definiert Wladimir Wolkow die hohe Schule der psychologischen Kriegsführung? – »Desinformation besteht darin, den Feind glauben zu lassen, was er glauben soll, damit er in sein eigenes Verderben rennt.«[426] Leidtragender der amerikanischen und europäischen Maßnahmen ist im übrigen nicht die – reformwillige! – südafrikanische Regierung von P. W. Botha, die seit Jahren einschneidende Apartheidbestimmungen Punkt für Punkt abschafft, sondern die wirtschaftlich schwächsten schwarzafrikanischen Arbeitnehmer in Südafrika, worauf einsichtige schwarze Südafrikaner – wie der Vorsitzende der INKATHA-Bewegung Buthelezi – hingewiesen haben. Leidtragend sind auch die Beziehungen Südafrikas zum Westen und die Einflußmöglichkeiten des Westens auf die südafrikanische Politik.

Während der Westen Südafrika als Paria behandelt, werden die südafrikanischen Delegierten, als sie bei den Verhandlungen über die Zukunft Südwestafrika-Namibias und Angolas erstmals mit der Sowjetunion und Kuba am Verhandlungstisch sitzen, von Moskau und Havanna hofiert. Der südafrikanische Außenminister Pik Botha trifft mit dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Anatolij Adamishin zusammen, unterstreicht die »positive Rolle« Moskaus und läßt Anfang 1989 durchblicken, daß Pretoria die Möglichkeit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion erwäge.[427]

Nachdem Moskau durch seine Desinformationskampagne Südafri-

ka psychologisch mehr und mehr vom Westen getrennt hat, beginnt Moskau eine Doppelstrategie einerseits der fortlaufenden Unterstützung revolutionärer kommunistischer und terroristischer Organisationen, andererseits diplomatisch-politischer Lockungen zur psychologischen Einbindung Südafrikas. So erklärt der Vorsitzende der Afrika-Abteilung des sowjetischen Außenministeriums, Jurij Jukalow: »Wir würden eine politische Regelung in Südafrika vorziehen und wollen, daß Apartheid mit politischen Mitteln gelöst wird.« Gleichzeitig erklärt der ANC, daß es keinerlei Veränderung der sowjetischen Unterstützungspolitik für den ANC gebe, im Gegenteil, es gebe »Unterstützung für den Kampf in allen seinen Formen, einschließlich des bewaffneten Kampfes«.[428]
Die südafrikanische Regierung ist durchaus bereit, den Lockungen aus Moskau Gehör zu schenken: Im November 1987 richtet Pretoria eine eigene Sowjetabteilung im Außenministerium ein. Der bisherige Abteilungsleiter Peter Bezuidenhout wird Anfang 1989 an die südafrikanische Botschaft in Wien versetzt, die Drehscheibe für Ost-West-Beziehungen. Philp Nel, Leiter der Abteilung für sowjetische Studien an der südafrikanischen Universität Stellenbosch, erwartet Verhandlungen mit der Sowjetunion auf Regierungsebene.[429]
Der südafrikanische Verteidigungsminister, General Magnus Malan, erklärt schließlich, Südafrika könne nicht abseits stehen, wenn Ost und West ein neues Verhältnis aufbauten. Die Sowjetunion sei offenbar bereit, ihre Interessen im südlichen Afrika neu zu definieren. Dies sei auch aus den Gesprächen mit dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Anatolij Adamishin in Brazzaville deutlich geworden.[430]
Was der ANC für die sowjetische Politik gegenüber der Republik Südafrika bedeutet, ist die SWAPO für die Moskauer Bestrebungen gegenüber Südwestafrika/Namibia. Die SWAPO wird in den fünfziger Jahren in Kapstadt unter dem Namen OPO (Ovamboland Peoples' Organization) von einer Gruppe von Ovambos gegründet unter der Anleitung bekannter weißer Kommunisten wie Dennis Goldberg, Ben Turok, Fred Carnesson und George Peake sowie Professor Jack Simons und Brain Bunting. Am 19. April 1959 erweiterten die weißen Kommunisten in Kapstadt die OPO zur SWAPO (South West Africa Peoples' Organization), um auch bei anderen der elf Volksstämme Südwestafrikas auf Stimmenfang gehen zu

können.[431] Seit 1962 werden Mitglieder der SWAPO zur Terroristenausbildung über Britisch-Betschuanaland – später Botswana – und Tansania zur »höheren Ausbildung« in die Sowjetunion, nach Nordkorea und in den SED-Staat verbracht.
Am 26. August 1966 wird das erste Lager mit etwa 50 in sozialistischen Ländern ausgebildeten SWAPO-Terroristen in Ongulumbashe von der südafrikanischen Polizei ausgehoben. Die SWAPO beteiligt sich weder an der demokratischen Meinungsbildung noch an Regionalwahlen der Ovambos oder Wahlen in Südwestafrika. Nach Ostberliner Vorbild hat das Zentralkomitee der SWAPO auf seiner Tagung vom 28. Juli 1976 in Lusaka/Sambia ihr politisches Programm beschlossen, das eine Ergänzung der ebenfalls nach Ostberliner Muster erstellten Verfassungsvorschläge ist. Es fordert den »Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft«, die »auf den Grundsätzen und Idealen des wissenschaftlichen Sozialismus« gründet.
Hunderte von Unschuldigen, insbesondere Frauen und Kinder, die meisten Schwarze, werden von SWAPO-Terroristen ermordet, die bei Nacht und Nebel über die angolanische Grenze eindringen. Als im Herbst 1980 südafrikanische Armee-Einheiten SWAPO-Kämpfer bis tief nach Angola hinein verfolgen, gelingt es ihnen, zwei Hauptstützpunkte der SWAPO auszuheben, die bezeichnenderweise die Namen »Moskau« und »Vietnam« tragen.[432] Im Jahr darauf werden auch Unterlagen, darunter das Befehlsbuch eines SWAPO-Kommissars, erbeutet. Darin stehen die Mordbefehle und Mordberichte, so etwa: »Am 9.1.1981 töteten unsere Kämpfer die bekannte Informantin des Feindes, Elisabeth Kushipisi.« Unter den Mordbefehlen und -berichten stereotyp: Sowjetstern und Unterschrift.[433]
Seit den sechziger Jahren, insbesondere aber seit der von Moskau organisierten trikontinentalen Konferenz im Januar 1966 in Havanna, tritt Kuba als sowjetischer Agent für die Dritte Welt, insbesondere aber für Afrika, deutlich in den Vordergrund. Auf der trikontinentalen Konferenz in Havanna werden Beschlüsse über Intensivierung der Guerillatätigkeit in Afrika gefaßt, welche durch kubanische Kampftruppen unterstützt werden soll. Die militärische Ausrüstung für diese Kampfgruppen, von der Sowjetunion geliefert, wartet in Algier und in Conakry auf die Terroristen. Große kubanische Trawler der »Alecrín«-Klasse transportieren jeweils etwa

30 kubanische Terroristen mit all ihrer Ausrüstung über den Atlantik von Kuba nach Afrika. Mit dem auf der trikontinentalen Konferenz errichteten ständigen Sekretariat der afro-asiatischen-lateinamerikanischen Volkssolidaritätsorganisation (AALAPSO) in Havanna arbeiten Antonio Agostinho Neto in Angola, Luis Cabral in Guinea, Kwame Nkrumah in Ghana, Marien Ngouabi aus dem Kongo, Samora Machel von Moçambique, Julius Nyerere von Tansania, Aokello aus Sansibar, der Vorgänger Idi Amins, Milton Obote aus Uganda, Sekou Touré aus Guinea und der Äquatorialguineer Macias Nguema zusammen.
Auf einem Geheimtreffen führender militärischer Parteifunktionäre in Santiago de Cuba Ende Dezember 1974 erklärt Fidel Castro den Teilnehmern, daß Kuba demnächst seine internationalen Aktivitäten erheblich verstärken werde. Moskau hat Kuba inzwischen angewiesen, sich auf den künftigen Stellvertreterkrieg in Afrika vorzubereiten. Der politische Kommissar der kubanischen Armee, Major Perez-Herrero, wird beauftragt, etwa 20000 Mann kubanische Truppen für die Invasion in Angola zu rekrutieren. Anfang 1978 befinden sich bereits 19000 kubanische Söldner in Angola und 10000 in Äthiopien; daneben sind kubanische Militärberater in Benin, auf den Kapverdischen Inseln, in Kongo-Brazzaville, in Äquatorialguinea, in Guinea und in Guinea-Bissau, aber ebenso in Moçambique, in Libyen, auf Madagaskar, in Tansania, Sierra Leone, Sambia und Uganda.
Während in Portugal die »Revolution der Nelken« von Moskau orchestriert wird, wird vom kubanischen Luftwaffenstützpunkt Holguin über Barbados, Portugiesisch-Guinea und Äquatorialguinea eine kubanische Luftbrücke nach Afrika eingerichtet. Auf den kubanischen Frachtern »Isla de Coral«, »Vietnam Heróico«, »Cerro Telado« und »Playa Habana« stehen bereits die von der Sowjetunion gelieferten Waffen bereit. Außerdem werden 16 kubanische Frachter sowie einige Frachtschiffe der Sowjetunion und der DDR für die Truppentransporte von Kuba nach Angola eingesetzt.
Neben den Kubanern halten sich in Angola noch etwa 2000 sowjetische Berater auf. Sie sind zunächst im wesentlichen auf sowjetischen Schiffen im Hafen von Luanda kaserniert. Anfang 1980 stehen darüber hinaus ein Kontingent von Honeckers Staatssicherheitsdienst sowie Einheiten der Nationalen Volksarmee von insgesamt 10000

Mann in Angola, davon 3500 in der Hauptstadt Luanda. 1500 Mann gehören dem Eliteregiment »Felix Dserschinski« an – benannt nach einer der blutigsten Gestalten der sowjetischen Geschichte, dem Begründer der Geheimpolizei Tscheka, dem heutigen KGB.
Im Kriegstagebuch von Manzana Ranca, Kommandeur einer Kampfeinheit der angolanischen Befreiungsbewegung UNITA von Jonas Savimbi, berichtet dieser 1979 über das Regiment »Felix Dserschinski« nach dem von den DDR-Einheiten begangenen Massaker im Dorf Diowadu Lundu am 9. September 1979: »Das ist Elite im Sinne der roten Preußen. Sie paradiert perfekt, und sie liquidiert nicht weniger perfekt.«[434]
Trotz der Verstärkung der kubanischen Truppen in Angola auf nahezu 60 000 Mann und der laufenden Entsendung modernsten sowjetischen Materials und sowjetischer Stäbe – darunter modernste Panzer sowie SAM-6-Flugabwehrraketen mit sowjetischen Bedienungsmannschaften – gelingt es der Sowjetunion im Verein mit den Kubanern und der kommunistischen MPLA-Regierung von Eduardo dos Santos in Luanda nicht, den Widerstand der von Südafrika und der amerikanischen Regierung unter Präsident Reagan gestützten UNITA-Befreiungsbewegung zu brechen.
Nach seiner Machtübernahme verstärkt Gorbatschow die sowjetischen Waffenlieferungen nach Angola. Jahr für Jahr – zumeist während der Trockenzeit zwischen Juli und Oktober – werden unter sowjetisch-kubanischer Führung verstärkt Offensiven gegen die UNITA vorangetragen; die letzte scheitert im Oktober 1987 am Widerstand der Truppen des freien Angola unter Savimbi. Den auf über 55 000 Mann verstärkten Kubanern gelingt es jedoch Mitte Mai 1988, im Westen Angolas bis an die Grenze Südwestafrika-Namibias vorzudringen. Aufgrund der modernen sowjetischen Ausrüstung verlieren die von westlichen Zulieferungen ihrer Luftstreitkräfte abgeschnittenen Südafrikaner die Lufthoheit über Angola und können die Schlüsselstellung Cuito Cuanevale nicht behaupten. Sie müssen sich entweder auf einen möglicherweise langwierigen konventionellen Krieg in Angola einrichten oder eine Friedensregelung einschließlich der Unabhängigkeit Namibias sowie dem von Südafrika seit jeher als Bedingung geforderten Rückzug der Kubaner aus Angola hinnehmen.
Am 21. Dezember 1988 erklärt der amerikanische beigeordnete

Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten, Chester Crocker, angesichts der bevorstehenden Unterzeichnung des von den Vereinigten Staaten vermittelten Abkommens über Südwestafrika-Namibia und Angola durch Kuba, Südafrika und die MPLA-Regierung Angolas, die »drei untereinander zusammenhängenden Kriege« in Afrika würden nun zu einem Ende gebracht: der Krieg zwischen der SWAPO und den südafrikanischen Streitkräften; der Krieg zwischen Kuba, Angola und Südafrika sowie der Bürgerkrieg innerhalb Angolas. Damit hat Crocker der Entwicklung allerdings vorgegriffen, denn eine Beendigung des angolanischen Bürgerkrieges steht zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs fest.[435] Mit dem Abkommen wird zwar das Prinzip anerkannt, daß mit dem Abzug der südafrikanischen Truppen aus Südwestafrika auch der Abzug der kubanischen Truppen aus Angola erfolgen müsse. Eine Gleichzeitigkeit des Truppenabzugs konnte jedoch nicht vereinbart werden: Während Südafrika seine Streitkräfte innerhalb von sieben Monaten aus Namibia abziehen muß, werden den Kubanern 27 Monate für deren Abzug zugestanden.
Während in Windhoek im November 1989 eine verfassungsgebende Versammlung gewählt werden soll, werden zur selben Zeit noch kubanische Truppen in Angola stehen, und auch eine Beendigung des Kampfes zwischen MPLA und UNITA ist für diesen Zeitpunkt noch nicht gesichert.
Bis Anfang März 1989 haben nur etwa 3500 Soldaten des kubanischen Expeditionskorps Angola verlassen; gleichzeitig sollen jedoch neue kubanische Truppen unter anderem mit dem sowjetischen Frachter »Swedo Slawian« nach Luanda transportiert worden sein.[436] Darüber hinaus steht nicht fest, ob die abziehenden Kubaner wirklich nach Kuba zurücktransportiert werden, oder ob ein Teil von ihnen in das kommunistische Kongo-Brazzaville oder nach Moçambique verbracht wird.[437] Es gibt auch Informationen, daß Fidel Castro Truppen aus Angola nach Panama gebracht habe, die dort in der Provinz Chiriqui umgruppiert worden seien. Zum Vorantreiben der Subversion in Iberoamerika seien von dort aus drei Einheiten kubanischer Truppen – jeweils unter dem Kommando eines Generals – nach Ecuador, Peru und Argentinien eingeschleust worden.[438]
Erst 1988 hat die Sowjetunion die kubanischen Truppen in Angola

um etwa 15000 Mann verstärkt. Die sowjetischen Waffenlieferungen an die angolanische MPLA werden auf bisher zwölf Milliarden Dollar geschätzt. Sowjetische MiG-23-Kampfflugzeuge sind an die Grenze Angolas zu Südwestafrika-Namibia verlegt worden. Auch sowjetische Angriffsjäger SU-22K sind erst 1988 nach Angola verlegt worden. Modernste sowjetische Flugradarsysteme überwachen den Luftraum bis weit nach Namibia hinein. Von dem Abzug der Waffen und dem modernen sowjetischen Kriegsgerät ist in den Vereinbarungen nicht die Rede. Unterdessen versucht die MPLA-Führung, die UNITA von ihrem charismatischen Führer Savimbi zu trennen.

In den von den südafrikanischen Verteidigungstruppen geräumten Gebieten Angolas führt die SWAPO gemeinsam mit Soldaten der angolanischen Regierungsarmee und dem kubanischen Expeditionskorps »Säuberungsaktionen« durch, vor denen Anfang 1989 täglich Hunderte von angolanischen Zivilisten über die Grenze nach Südwestafrika-Namibia flüchten und von Morden sowie Mißhandlungen berichten. Der Vorsitzende der SWAPO, Sam Nujoma, erklärt indessen in Sambia auf die Frage nach einer möglichen Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien der südwestafrikanischen Übergangsregierung: »Wir werden sie bekämpfen und sie besiegen.«[439] Wird Moskau versuchen, seinen Einfluß in Angola zu erhalten und ihn zugleich über die SWAPO nach Namibia auszudehnen und damit weit in das südliche Afrika hinein?

Am 1. April 1989 um 6.00 Uhr tritt der Waffenstillstand für Südwestafrika-Namibia offiziell in Kraft. Wenige Stunden später brechen die heißesten Kämpfe in der über zwanzigjährigen Geschichte der Auseinandersetzung mit der SWAPO aus. Über 600 SWAPO-Kämpfer haben auf Befehl ihrer Kommandeure die Grenze unter Bruch des Waffenstillstandes in Richtung Süden überschritten. Sie sind mit modernen sowjetischen Handfeuerwaffen, aber auch mit schwerem Gerät – unter anderem Granatwerfern und Flugabwehrwaffen – hervorragend ausgerüstet.[440] Unmittelbar nördlich der Grenze zu Angola rücken nahezu 4500 weitere SWAPO-Truppen nach. Die in Südwestafrika eingedrungenen SWAPO-Kämpfer halten Funkkontakt mit ihren in Angola befindlichen Stäben. Auf Bitten der Vereinten Nationen, die gar nicht in der Lage sind, sich der hervorragend ausgerüsteten SWAPO-Einheiten zu erwehren, grei-

fen südafrikanische Truppen ein; an die 300 SWAPO-Kämpfer finden den Tod.[441] Offenbar handelt die SWAPO gemäß der Erklärung ihres Anführers Sam Nujoma, die Unabhängigkeit für Namibia werde »nur aus dem Gewehrlauf der SWAPO« kommen. Tatsache ist allerdings, daß die SWAPO von Angola aus nicht ohne kubanische und angolanische Komplizenschaft vorgehen konnte. Es handelt sich also – ähnlich wie bei der sowjetischen Politik gegenüber Südafrika – auch hier um eine kommunistische Doppelstrategie: einerseits Einbindung, Abkommen, Verhandlungen und Teilnahme an Wahlen, andererseits Fortsetzung des militärischen Kampfes.[442] Henning von Löwis of Menar kommt zu dem Schluß: »Jene, die auf drei Kontinenten über die Zukunft Angolas und Namibias verhandelten, haben einen entscheidenden Fehler gemacht: Die Menschen in Angola und Namibia wurden nie gefragt. Sie bleiben außen vor. Man verhandelte über ihre Köpfe hinweg. Am Verhandlungstisch saßen und sitzen – direkt oder indirekt – Südafrika und die Supermächte – beziehungsweise ihre Stellvertreter. Diese Mächte sind zweifellos mächtig genug, um Konfliktlösungen gegebenenfalls auch zu erzwingen. Wenn sie ihre Macht jedoch nicht dazu einsetzen, die Weichen zu stellen für eine nationale Versöhnung in Angola und Namibia, für einen demokratischen Interessenausgleich in beiden Ländern, wird der Friede brüchig bleiben.«[443] Auch der auf Vermittlung des Präsidenten von Zaire, Mobutu Sese Seko, zwischen dem Präsidenten Angolas, José Eduardo dos Santos, und dem Chef der UNITA, Jonas Savimbi, im Juni 1989 vereinbarte Waffenstillstand scheint wenig Garantien dafür zu bieten, wie die künftige Entwicklung in Angola aussehen wird.

Moskau in Mittelamerika: vor der Haustür der Vereinigten Staaten

Ebenso wie der sowjetische Versuch, die beiden von Breschnew so bezeichneten »Schatzhäuser« der westlichen Welt – die Energiereserven des Mittleren Ostens und die Rohstoffreserven des südlichen Afrika – in die Hand zu bekommen, zielt der sowjetische Vorstoß nach Ibero-Amerika – insbesondere in die Karibik und nach Mittelamerika – auf das strategisch für Moskau entscheidende Ziel: die

Abkoppelung Europas von den Vereinigten Staaten. Entscheidendes Ziel der sowjetischen Politik ist dabei Mexiko, denn welcher Präsident der Vereinigten Staaten könnte es sich leisten, 300000 Mann amerikanischer Truppen in Westeuropa stationiert zu haben, wenn südlich des Rio Grande del Norte ein sowjetfreundliches Regime etabliert wäre.

Der Leiter des Schweizerischen Ostinstitutes, Peter Sager, kommt in seiner Analyse der sowjetischen Außenpolitik unter Gorbatschow zu dem Schluß, es liege auf der Hand, daß sich die Sowjetunion prioritär Westeuropa zuwenden müsse, eine spürbare Störung der westeuropäischen Handelslinien sei jedoch vorläufig nicht möglich. Sager fährt fort: »Von größter Wichtigkeit aber bleibt die Abkoppelung der USA von Westeuropa. Dazu bietet sich die aus historischen Gründen unstabile Lage Zentralamerikas im besonderen und Südamerikas im allgemeinen auf beinahe ideale Weise an. Der politische Krieg, den als sowjetische Transmissionsriemen Kuba (vor allem in Zentralamerika) und Libyen (mehr und mehr in der Karibik) führen, bindet in hohem Maße amerikanische Mittel und Aufmerksamkeit. So werden Willen und Fähigkeit einer Intervention zugunsten Westeuropas geschwächt, zumal Westeuropa der antiamerikanischen Propaganda zunehmend erliegt und so das Seine zur Entfremdung des atlantischen Partners beiträgt. Zentralamerika gehört mithin zur zentralen Front Moskaus ...«[444] Insoweit ist die politische Strategie der Sowjetunion gegenüber Ibero-Amerika nicht bloß regionaler Natur, sondern entscheidender Bestandteil der globalen Politik Moskaus.

Abgesehen von den mittelamerikanischen Staaten und der Karibik – Kuba, Nicaragua und dem Vorstoßversuch nach Grenada – sind die Hauptmittel des verdeckten sowjetischen Krieges im wesentlichen Subversion und Terrorismus[445], Destabilisierung durch Drogenhandel[446] sowie einzelne Umsturzversuche.[447] Neben der Karibik und dem Golf von Mexiko, wo Kuba im Ernstfall ein Ausgangspunkt für die Störung amerikanischer Nachschublieferungen nach Europa sein kann – neben Nicaragua als Brückenkopf sowohl gegenüber Mexiko wie gegenüber Panama mit seinem strategisch wichtigen Kanal –, hat Chile aus geopolitischen Gründen eine besondere Bedeutung wegen seiner wichtigen Pazifikküste und den zu Chile gehörenden Osterinseln, wegen seiner reichen Kupfervor-

kommen, wegen der Magellan-Straße und der chilenischen Antarktis im Süden wie auch aufgrund der besonderen und alten Tradition der chilenischen kommunistischen Partei, die schon in den dreißiger Jahren gemeinsam mit Spanien und Frankreich auf Geheiß der Komintern die Volksfront geprobt hat.[448]

Bereits 1971 hat der wichtigste Mann in der Leitung der verdeckten sowjetischen Außenpolitik, der Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU, Boris Ponomarjow, erklärt: »Das Aufkommen der revolutionären Bewegung auf dem lateinamerikanischen Kontinent ist von enormer Bedeutung für den weltrevolutionären Prozeß. Die scheinbar zuverlässigen rückwärtigen Verbindungslinien des amerikanischen Imperialismus werden zu einer gewaltigen Brutstätte antiimperialistischer Revolution ... Diese Veränderungen haben heute und zweifellos auch in der Zukunft einen starken Einfluß auf die weiteren Veränderungen im Weltkräftegleichgewicht zugunsten der internationalen Arbeiterklasse und des Sozialismus.«[449]

Seit dem Raketenvorstoß Chruschtschows Anfang der sechziger Jahre ist in der Karibik Kuba der seither von den Sowjets mehr und mehr ausgebaute Stützpunkt Moskaus. Kuba verfügt heute über die größte Armee der gesamten westlichen Hemisphäre nach den Vereinigten Staaten und erhält jährlich eine durchschnittliche finanzielle Unterstützung der Sowjetunion von etwa vier Milliarden Dollar.[450] Ungefähr 10000 sowjetische Berater – davon 2800 Militärs – sind in Kuba stationiert. Der kubanische Geheimdienst, die Dirección General de Inteligencia, ist an den sowjetischen KGB angebunden. Darüber hinaus operiert in Lourdes in der Nähe von Havanna die stärkste elektronische Abhör- und Entschlüsselungsstation der Sowjetunion außerhalb des sowjetischen Staatsgebietes.[451]

Trotz der wirtschaftlichen Engpässe in der Sowjetunion werden die sowjetischen Leistungen für Kuba zur Zeit Gorbatschows erhöht und belaufen sich 1987 auf eine Gesamtwirtschaftshilfe in Höhe von rund vier Milliarden US-Dollar, zu der noch eine Rüstungshilfe von weiteren eineinhalb Milliarden Dollar kommt sowie noch 100 Millionen aus den übrigen Staaten des Warschauer Paktes.[452] Die Hilfe und die strategisch-militärische Unterstützung Gorbatschows sind so hoch, obwohl Fidel Castro sich Ende 1988 vor dem erwarteten Staatsbesuch seines sowjetischen Amtskollegen Michail Gorba-

tschow auf einer Massenkundgebung in Havanna unter dem Beifall von 500000 Anhängern gegen Glasnost und Perestrojka wendet und wörtlich erklärt: »Wir möchten nicht die Experimente anderer sozialistischer Länder kopieren.«[453]

Aber Kuba ist für Gorbatschow als amerikanischer Brückenkopf wichtig: Von hier aus operieren sowjetische U-Boote; von hier aus läuft der Nachschub nach Nicaragua; von hier aus operieren die kubanischen Söldner auf dem afrikanischen Kontinent; von hier aus werden die Subversionsmaßnahmen gegen das übrige Lateinamerika orchestriert; von hier aus starten die sowjetischen Spionageflugzeuge, und hier auf Kuba und auf der Isla de Pinos werden Terroristen und Nachwuchskader für eine große Anzahl Länder der Dritten Welt ausgebildet. Eine sowjetische Kampfbrigade der Roten Armee mit 3000 Mann, 250 sowjetische MiG-Kampfflugzeuge und nahezu 1000 sowjetische Kampfpanzer sind in Kuba stationiert.

Entscheidend für das weitere Ausgreifen nach Mexiko und zum Panamakanal ist der sowjetische Brückenkopf auf dem amerikanischen Kontinent in Nicaragua. Im Juli 1979 wird die Somoza-Diktatur in Nicaragua mit kubanischer Unterstützung und sowjetischer Hilfe von den Sandinisten gestürzt. Während man die Vereinigten Staaten und die Westeuropäer – die den Sturz Somozas begrüßen – im Glauben läßt, es gehe um die Errichtung einer freiheitlichen Demokratie, kommen unmittelbar nach der sandinistischen Machtübernahme, die in allen Einzelheiten mit sowjetischer Unterstützung auf Kuba vorbereitet worden ist, Tausende von kubanischen Instrukteuren in das Land, um Nicaragua kommunistisch gleichzuschalten.

Allein in den Sicherheitsorganen sitzen 1983 neben 400 Kubanern etwa 70 sowjetische KGB-Offiziere, an die 50 Ostberliner Stasi-Experten und etwa 25 Bulgaren an den Schalthebeln der Macht. Als es im Mai 1983 dem Mitglied der nicaraguensischen Abwehr, Miguel Bolanos Hunter, gelingt, nach Costa Rica zu entkommen, zeigt sein Bericht, daß die Sowjetunion Nicaragua als Subversionszentrum gegen die Nachbarländer ausbaut. Bolanos berichtet auch über die Arbeit der sowjetischen Experten für psychologische Kriegsführung, wie diese, bis in alle Einzelheiten geplant, die Presse manipulieren, ausländische Journalisten desinformieren und – etwa mit der »Operation Spinnennetz« – katholische Kirche, papsttreuen Klerus

und die Vereinigten Staaten von Amerika diskreditieren. Einzelne Mitglieder des katholischen Maryknoll-Ordens und der Jesuiten lassen sich in diese sowjetisch-sandinistische Aktion bereitwillig einspannen. 1987 berichtet der engste Mitarbeiter des nicaraguensischen Verteidigungsministers General Humberto Ortega, Major Roger Miranda Bengoechea, nach seiner Flucht in die Vereinigten Staaten über die Ziele Moskaus in Nicaragua: Die Karibik solle im Falle eines konventionellen Krieges der Sowjetunion gegen Westeuropa so verunsichert werden, daß amerikanische Hilfskräfte Europa nicht schnell genug erreichen könnten.

Darüber hinaus verfügen Libyen, die PLO und die baskische ETA in Nicaragua über starke Stützpunkte und zum Teil auch eigene Ausbildungslager.[454]

Zur Zeit Gorbatschows werden die Waffenlieferungen weiter verstärkt. Obwohl zur Zeit der ausgehenden Präsidentschaft Ronald Reagans in den Vereinigten Staaten die militärischen Aktivitäten der »Contras« praktisch zum Stillstand gekommen sind, seitdem die USA ihre Militärhilfe eingestellt haben, steigern die Sowjetunion und ihre Verbündeten die Waffenlieferungen an die Sandinisten. Um die Jahreswende zu 1989 erhält Nicaragua sechs nordkoreanische Torpedoboote als Teil einer größeren Waffenlieferung. Im gleichen Zeitraum kommen Schiffsladungen voll Mörsern, Panzerabwehrwaffen, Raketen, Minen, Munition und Fahrzeugen.[455]

Trotz der im Westen weitverbreiteten Hoffnungen, die Sowjetunion wolle unter Gorbatschow abrüsten, habe ihr Einflußgebiet überdehnt und wolle sich von den Schauplätzen überseeischer Weltpolitik zurückziehen, und trotz der Einstellung amerikanischer Waffenlieferungen an die Contras erklärt der sowjetische Botschafter in Nicaragua, Nikolawenko, Ende 1988, aufgrund der »revolutionären Solidarität der Sowjetunion in Nicaragua« und angesichts der »Aggression des US-Imperialismus« werde die Sowjetunion künftig nicht nur ihre Wirtschafts-, sondern auch ihre Militärhilfe für das Sandinisten-Regime verstärken.[456]

Gorbatschow selbst hat zwar in einem Schreiben an den amerikanischen Präsidenten Bush wie auch in einem persönlichen Gespräch mit dem Außenminister der Vereinigten Staaten Baker in Moskau behauptet, die Sowjetunion habe seit Anfang 1989 die Waffenlieferungen an die Sandinisten in Nicaragua eingestellt.[457] Nach Aus-

kunft des amerikanischen Verteidigungsministeriums werden jedoch die sowjetischen Waffenlieferungen an Nicaragua fortgesetzt. Zwischen Januar und Mai 1989 sind allein 17 Schiffsladungen mit militärischen Ausrüstungsgegenständen im Wert von 80 Millionen Dollar in Nicaragua eingetroffen.[458]

Ein deutliches Zeichen für die Langfristigkeit der sowjetischen offensiven strategischen Ziele in der Region ist die Tatsache, daß Moskau in Nicaragua in Konkurrenz zum bestehenden Panamakanal einen neuen Kanaldurchstich zwischen Karibik und Pazifik in Angriff genommen hat. Außerdem baut Moskau in Nicaragua eine Reihe moderner Militärflughäfen.

Während Moskau Nicaragua weiter aufrüstet, ist es der amerikanischen Administration aufgrund des Widerstandes des Kongresses und der veröffentlichten Meinung nicht gelungen, das Sandinisten-Regime durch die Aufrüstung der Contras aus dem Sattel zu heben. Parallel zu dem sich immer mehr zugunsten der Sowjetunion verschiebenden Kräftegleichgewicht in der Region liefen jahrelange diplomatische Befriedungs- und Beschwichtigungsaktionen, die es dem amerikanischen Präsidenten zusätzlich erschwert haben, eine Entscheidung herbeizuführen. So haben etwa die Bemühungen der Contadora-Gruppe zwar die amerikanische Entscheidungsfreiheit eingeengt, nicht aber zu einer freiheitlichen Demokratie in Nicaragua geführt. Der langjährige Außenminister von Costa Rica, Gonzalo J. Facio, urteilt: »Mit dem Vorwand, einen zentralamerikanischen Krieg zu beenden, haben sich die Bemühungen der Contadora darauf gerichtet, das sandinistische Regime zu konsolidieren, während sie gleichzeitig verhindert haben, daß die nicaraguanischen Rebellen die Wirtschafts- und Militärhilfe erhalten, die sie zu einem Sieg brauchen. Wenn es auch geradezu ketzerisch ist, dies zu behaupten, so ist es doch die Wahrheit, daß die Bemühungen der Contadora-Gruppe nicht dem Frieden gedient haben und noch weniger dem Fortschritt der Demokratie in Mittelamerika.«[459]

Ebenso wie die Sandinisten 1979 versprochen haben, eine freiheitliche Demokratie in Nicaragua einzuführen, und damit den Westen getäuscht haben, haben sie ähnliche Versprechungen danach gegenüber der Contadora-Gruppe abgegeben, ohne sie zu halten. Genauso war es bei späteren Zusagen. Nach wie vor gibt es an die 9000 politische Häftlinge, Tausende von Flüchtlingen, die strikte Kontrolle

durch die von Moskau geleitete Geheimpolizei und die Einschüchterung durch die Schlägerbanden der »turbas divinas« sowie die Indoktrinierung mit den Grundsätzen der marxistischen Theologie der Befreiung.
Über die unterschiedliche Haltung von Ost und West gegenüber Nicaragua urteilt der Sekretär für politische Bildung der konservativen Partei Nicaraguas, Dr. Emilio Alvarez Montalván: Die Sandinisten »haben sich auf Konfrontation vorbereitet und das Land in eine große Kaserne verwandelt; dazu haben sie die innere Opposition unterdrückt und massive Hilfe vom Ostblock erhalten. Dagegen ist die Politik der westeuropäischen Länder und der Vereinigten Staaten nie sehr entschieden gewesen. Sie wollten zwar etwas tun, haben aber nie viel erreicht. So haben letzten Endes die Sandinisten überlebt.«[460]
So hat die Sowjetunion auch in Mittelamerika – wie in Asien und im südlichen Afrika – Erfolge durch die Verbindung militärischer Präsenz, politischer Subversion und diplomatisch-psychologischer Einbindungsstrategie. Die »Neue Zürcher Zeitung« urteilt über die Waffenstillstandsvereinbarungen von Sapoá, »daß die Sandinisten ihre politische Existenz gesichert, die Contras die ihre mindestens erheblich in Frage gestellt haben werden ... Das inzwischen massiv gewachsene militärische Potential der einen und die womöglich noch größere Disparität auf der anderen Seite haben jedoch das Verhältnis der Kräfte seit 1979 zugunsten der Sandinisten verschoben ... Die Comandantes haben aber eine Verfassung durchgesetzt, deren oberste Prämisse die Sicherung der Revolution ist, was Präsident Ortega vor nicht allzu langer Zeit zum ominösen Satz beflügelte, er könne sich zwar die Abgabe der Regierung, nicht aber die Aufgabe der Macht vorstellen ... In diesem Lichte betrachtet, haben die Vereinigten Staaten mit dem Vertrag von Sapoá und dem von ihrem Parlament massiv mitverschuldeten absehbaren Ende der Contras ein zwar unzureichendes und möglicherweise fragwürdiges Instrument zur Beeinflussung der Entwicklung in Zentralamerika aus der Hand verloren ... Zum wirklichen Frieden ist es in Nicaragua und im übrigen Zentralamerika noch weit. Ob Sapoá ihn näher gebracht hat oder als Ort der Kapitulation vor einer undemokratischen Ideologie in die Geschichte eingehen wird – die Frage bleibt.«[461]
Mitte Februar 1989 kann Nicaraguas Präsident Daniel Ortega die

Übereinkunft auf dem jüngsten Gipfeltreffen der fünf mittelamerikanischen Staatschefs als Sieg bezeichnen: Die Contras werden entwaffnet, ihre Stützpunkte in Honduras aufgelöst, und sie müssen das Land verlassen. Die Zusage Nicaraguas ist die gleiche wie seit Jahren: das Versprechen politischer Reformen.[462]

Bereits 1982 erklärte der amerikanische Senator Henry Jackson, außenpolitischer Experte der Demokratischen Partei: »Revolten der Linken in Nicaragua, El Salvador und Guatemala sind das Vorstadium eines Angriffs auf Mexiko, das wahre Ziel der Sowjets in der westlichen Hemisphäre.«[463] Zu einem ähnlichen Schluß kommt die Zweiparteien-Kommission unter Leitung des früheren amerikanischen Außenministers Henry Kissinger, nämlich daß ein kommunistisches Zentralamerika ein ernstes Risiko für Mexiko und damit für die Vereinigten Staaten sei, daß, »wie es in Nicaragua bereits geschieht, zusätzliche marxistisch-leninistische Regimes in Zentralamerika erwartet werden könnten, die ihre bewaffneten Streitkräfte vergrößern, eine große Zahl kubanischer und sowjetischer Berater hereinbringen und raffinierte Agenturen einer inneren Unterdrükkung und äußeren Staatsgefährdung entwickeln würden«.[464]

Mexiko mit einem quasi sozialistischen Einparteiensystem und reichen Erdölreserven sowie einer über 3000 Kilometer langen Grenze zu den Vereinigten Staaten – wo die Sowjetunion in Schlüsselstädten Konsulate zu eröffnen versucht – ist strategisches Ziel der politischen Offensive Moskaus in Mittelamerika. Bereits am Vorabend der Olympischen Spiele in Mexiko sowie Anfang der siebziger Jahre hat die Sowjetunion Umsturzversuche in Mexiko unternommen.[465] Außerdem schürt Moskau geschickt den »Antiyanquismo« der Mexikaner, was angesichts der historischen, ethnischen, sozialen und demographischen Gegensätze sowie der wirtschaftlichen Unterlegenheit gegenüber den Vereinigten Staaten und dem häufig gegenüber den Lateinamerikanern nicht sehr ausgeprägten Einfühlungsvermögen der amerikanischen Politik nicht sehr schwer ist.

So pflegt Mexiko beste Beziehungen zu Kuba, setzt 1975 die Aufhebung von Wirtschaftssanktionen gegenüber Havanna in der Organisation amerikanischer Staaten durch und verhindert 1979 die Entsendung einer interamerikanischen Friedenstruppe nach Nicaragua, die möglicherweise eine Machtübernahme der kommunistischen Sandinisten hätte verhindern und die Herbeiführung demokrati-

scher Verhältnisse nach dem Sturze Somozas hätte sichern können. Auch die sandinistenfreundliche Contadora-Gruppe war ein Lieblingskind der mexikanischen Politik. Mexiko war 1924 der erste Staat auf der westlichen Hemisphäre, der diplomatische Beziehungen zu Moskau aufnahm, und auch der erste nichtkommunistische Staat auf dem amerikanischen Kontinent, der 1975 mit dem sowjetischen Rat für »gegenseitige Wirtschaftshilfe« – dem Comecon – eine Vereinbarung geschlossen hat.[466]

Die Wirtschaft Mexikos befindet sich durch ihre Schwäche, die Kapitalflucht sowie eine überhöhte Verschuldung, die mit 105 Milliarden Dollar nur von derjenigen Brasiliens übertroffen wird, in einem äußerst prekären Zustand. In dieser Situation hat Cuauhtemoc Cárdenas im Frente Democrático Nacional (FDN) die stärkste linksextreme politische Bewegung geschaffen, seitdem in den dreißiger Jahren sein Vater Lázaro Cárdenas eine mexikanische Volksfrontregierung angeführt hat.

Die Sowjetunion unterstützt den Terrorismus in Mexiko.[467] Moskau unterhält in Mexico City eine der größten Botschaften außerhalb des sowjetischen Machtbereichs mit über 200 Mitarbeitern. Von diesen gelten etwa 40 % als Angehörige des KGB oder des militärischen Nachrichtendienstes GRU.[468] Je mehr die Sowjetunion ihre Positionen in Nicaragua und Kuba ausbaut, desto gefährdeter ist Mexiko und damit auch die militärisch-strategische Bindung Europas an die Vereinigten Staaten.

Constantine Menges, Sonderberater von Präsident Reagan in nationalen Sicherheitsfragen, analysiert in einer Untersuchung die Verhandlungsstrategie Gorbatschows mit dem Westen und insbesondere die Vereinbarungen über Afghanistan, Angola und Nicaragua. Er erinnert an die konsequenten kommunistischen Verletzungen ähnlicher früherer Vereinbarungen: den Waffenstillstand in Korea von 1953, die Genfer Abmachungen über Indochina von 1954, die Neutralitätserklärung für Laos von 1962 sowie die Pariser Vereinbarungen über Vietnam von 1973. Er kommt zu dem Schluß, daß bei allen diesen Vereinbarungen die späteren Vertragsbrüche und -verletzungen von kommunistischer Seite bereits während der Verhandlungen eingeplant waren.

Unter der Überschrift »Die Diplomatie der Niederlage – verlieren wir Nicaragua, Angola und Afghanistan noch einmal?« kommt

Constantine Menges zu dem Schluß, daß der Arias-Plan für Mittelamerika zur Unterbrechung militärischer Hilfe für die Contras ohne Errichtung einer freiheitlichen Demokratie in Nicaragua geführt habe; daß das Afghanistan-Abkommen die militärische Unterstützung der Mudschahedin beschränke, ohne daß eine Verpflichtung für die Errichtung einer nichtkommunistischen Regierung in Kabul bestehe; und daß die Vereinbarung über das südwestliche Afrika die Gefahr in sich berge, daß Namibia unter kommunistischen Einfluß komme, ohne die Garantie eines vollen sowjetischen und kubanischen Rückzugs aus Angola oder der Beendigung der Herrschaft des kommunistischen Regimes in Luanda.[469]

Auch wenn sich das Urteil von Constantine Menges als zu pessimistisch erweisen sollte, so scheint doch eines festzustehen: Die sowjetische Außenpolitik besteht nicht mehr vornehmlich aus dem Ausspielen militärischer Macht allein, sondern aus einer Verbindung des Einsatzes militärischer Macht mit einer psychologisch äußerst geschickten Strategie von Abrüstungsvorschlägen, dem Zurückziehen von Truppen, von Verhandlungsbereitschaft und Vermittlungsangeboten. Hinter dem Schleier teilweiser und scheinbarer Konzessionen, kombiniert mit dem Ausspielen, ja sogar der regionalen Verstärkung militärischer Macht, versteht es die brillante sowjetische Diplomatie, den Westen über die wahren Ziele zu täuschen und politisch-psychologisch einzubinden. Primakov schreibt in der »Prawda«: »Die Situation ist heute weit entfernt von der, wie sie sich vor zwei oder drei Jahren darstellte. Es wird mehr und mehr schwierig für die Sowjetgegner, im Westen ihr künstlich geschaffenes Bild von der UdSSR als einer kriegerischen undemokratischen Macht aufrechtzuerhalten, die den Westen bedroht und an nichts als an Expansion denkt.«[470]

Durch zum Teil atemberaubende taktische Konzessionen erzielt Gorbatschow unwiderrufliche psychologische Erfolge. Auch wenn im einen oder anderen Falle effektive taktische Rückzüge notwendig sein sollten, so ermöglichen sie doch um so sicherer erneute Vorstöße in der Zukunft. Die Zurücknahme von Positionen – und sei es auch nur aus taktischen Gründen – ist in der sowjetischen Außenpolitik, wie etwa beim österreichischen Staatsvertrag 1955, nur Ausnahme gewesen. Ziel bleibt die Forderung von Artikel 28 der neuen sowjetischen Verfassung: Die ganze Welt soll sozialistisch werden.

VII.
Die Büchse der Pandora

Es gab (bei der Diskussion zur Perestrojka) auch Vorschläge, die über die Grenzen unseres Systems hinausgingen, unter anderem solche, auf das Instrument der Planwirtschaft zu verzichten. Darauf ließen und lassen wir uns niemals ein, weil wir den Sozialismus festigen und nicht durch eine andere Gesellschaftsordnung ersetzen wollen.

Michail Gorbatschow[471]

Glasnost läuft aus dem Ruder

Durch Perestrojka soll die sowjetische Wirtschaft effizienter werden, soll die wirtschaftliche Grundlage für die sowjetische Weltmachtstellung für die Zukunft abgesichert werden. Aber bereits während des Jahres 1988 beginnt sich abzuzeichnen, daß grundlegende wirtschaftliche Erfolge ausbleiben und daß die Menschen in der Sowjetunion angesichts immer leerer werdender Regale in den Geschäften zusehends das Vertrauen in die Tauglichkeit der begonnenen Perestrojka verlieren. So erklärt der Ende 1988 aus der Sowjetunion ausgereiste Professor Edward Nadgorni: »Die Auswirkungen der sogenannten Perestrojka auf das Leben der Sowjetbürger wird im Westen überschätzt, wie wir seit unserer Ausreise immer wieder bemerkt haben. Da herrscht eine regelrechte Euphorie, die direkt im Gegensatz zur Stimmung in der Sowjetunion selbst steht.«[472]

Glasnost wiederum soll nach dem Willen von Gorbatschow die in der Sowjetunion fehlende Opposition insoweit ersetzen, als sie Mängel bei der Durchführung der wirtschaftlichen Umgestaltung aufdecken und gegenüber der Nomenklatura und dem Parteiapparat anprangern und korrigieren helfen soll, um das Funktionieren der Perestrojka sicherzustellen. Die Schwierigkeiten der Perestrojka zeigen jedoch, daß Glasnost diesen Effekt nur sehr unvollkommen erzielt. Dafür dehnt sich jedoch die mit Glasnost ins Leben gerufene öffentliche Kritik auf mehr und mehr Gebiete aus und droht für die Ideologie des Marxismus-Leninismus und das Sowjetsystem zur Büchse der Pandora zu werden. War es noch vor kurzem gefährlich, ein Wort der Kritik zu wagen, so daß Eltern es sich nicht einmal im engsten Familienkreis vor ihren Kindern leisten konnten, offen zu reden, ohne Gefahr zu laufen, Bekanntschaft mit dem Archipel Gulag oder einer psychiatrischen Klinik zu machen, so ist heute, um Glasnost zu ermöglichen, dieser Druck bewußt erheblich zurückgeschraubt worden. So wachsen bisher bereits bestehende kleinste kritische Kreise verläßlicher Freunde über sich hinaus, finden Gleichgesinnte und wachsen mehr und mehr zu einem Flächenbrand oppositioneller intellektueller Kritik, der immer weitere Kreise und immer weitere Gebiete erfaßt. Offenbar hat der sowjetische Herrschaftsapparat seiner eigenen Propaganda zuviel Glauben

geschenkt und war überzeugt, den »neuen Menschen«, den Sowjetmenschen, im Sinne des Marxismus-Leninismus in einem ideologisch unumkehrbaren Prozeß bereits geschaffen zu haben, während er sich nun einer wachsenden Flut von Kritik und Infragestellung gegenübersieht, die zeigt, wie sehr der rote Koloß schon bisher auf tönernen Füßen stand. Wenn Glasnost weiterhin aus dem Ruder läuft und damit eine Eigendynamik entwickelt, kann dies zu einer Selbstzerstörung des real existierenden Sozialismus führen.

Freilich darf auch dieses Phänomen nicht zu sehr verallgemeinert werden, konzentriert es sich doch insbesondere auf die großen Städte wie Moskau und Leningrad und dort wiederum insbesondere auf die Intellektuellen, weit weniger auf Arbeiter, Kolchosbauern oder gar Parteifunktionäre. Dazu kommt, daß das Echo von Glasnost im Ausland im Verhältnis weit stärker ist als in der Sowjetunion selbst, aufgrund des Interesses Gorbatschows und der Parteiführung, die Sowjetunion in der Welt als »ein Land wie jedes andere« erscheinen zu lassen, dem man trauen kann und das man unterstützen soll.

So ist etwa eines der wichtigsten publizistischen Organe, das eine Vorkämpferrolle für Glasnost spielt – »Moscow News« –, zwar in den Hauptsprachen der westlichen Welt von San Francisco bis West-Berlin an jedem besseren Zeitungskiosk zu erhalten, kaum jedoch in der Sowjetunion selbst. Frau Professor Nadgorni erklärt hierzu gegenüber dem Schweizerischen Ostinstitut: »Repräsentativ ist die Zeitschrift schon, aber vor allem für das Ausland. In Moskau ist sie am Kiosk praktisch nicht zu kriegen, weil die wenigen Exemplare gleich beim Eintreffen ausverkauft sind. Das kann ich Ihnen aus Erfahrung bezeugen. Finden Sie es normal, daß man in Bern wohnen muß, um mühelos zu einer guten sowjetischen Zeitung zu kommen?«[473]

Zusammenfassend könnte man also sagen: Perestrojka stagniert, und Glasnost bordet über; beides jedoch wird im Westen weitgehend überschätzt. Zutreffend wird in Moskau die Frage an den imaginären Rundfunksender »Radio Eriwan« kolportiert: »Trifft es zu, daß die Politik von Glasnost und Perestrojka ein großer Erfolg ist?« – Die Antwort von Radio Eriwan lautet wie immer: »Im Prinzip ja«, und der imaginäre Rundfunksender fügt hinzu: »Aber nicht so sehr in der Sowjetunion wie im Westen!«

Gewiß ist auf wirtschaftlichem Gebiet Lenin mit seiner Neuen

Ökonomischen Politik, bei der er Privatunternehmen zuließ, weiter gegangen als Gorbatschow, und auf geistig-kulturellem Gebiet durfte zur Zeit Chruschtschows sogar Alexander Solschenizyn seinen »Tag im Leben des Iwan Denissowitsch« publizieren, während Solschenizyn bei Gorbatschow tabu ist. Allerdings fordern führende russische Intellektuelle die Wiedereinbürgerung Solschenizyns, und die illustrierte Zeitschrift »Ogonjok« wagt den Abdruck eines Teils der Erzählung »Matrjonas Hof«.[474] Auch gibt es Gerüchte, daß »Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch« wieder publiziert werden soll.[475]

Trotzdem wird im Vergleich zu Chruschtschows Tauwetter heute die Substanz der marxistisch-leninistischen Ideologie in Frage gestellt. Mit Glasnost wird die Niederlage der marxistischen Utopie deutlich, das Experiment der Erschaffung einer egalitären sozialistischen Gesellschaft ist gescheitert. Cornelia Gerstenmaier kommt zu dem Schluß: »Die Glasnost hat unter anderem nicht nur eine bedrückende Vielfalt von Mißständen zutage gefördert und damit so manche westlichen Experten widerlegt, die jahrelang ein sehr viel lichteres Bild der Sowjetunion in Geschichte und Gegenwart zu suggerieren versuchten, die Glasnost hat auch jene durchaus einflußreichen Teile der westlichen Öffentlichkeit Lügen gestraft, die einst meinten, die Ansichten einer ›Handvoll‹ Dissidenten seien nicht repräsentativ: das ›Volk‹ denke anders.«[476] In der Tat werden Rückversicherer und Naivlinge, sozialistische Utopisten, trojanische Esel und rosarote Fellow-Travellers durch Glasnost Lügen gestraft, die bisher mit Überzeugung oder wider besseres Wissen die sozialistische Gesellschaft in der Sowjetunion als ein erstrebenswertes Ziel und Vorbild hingestellt haben. Eben jene sozialistische Gesellschaft wird heute in der Sowjetunion selbst als Sklavenstaat, moralische Steinzeit und Gesellschaft der Lüge bezeichnet. Korruption, Nepotismus, Privilegienwirtschaft und Mafiamethoden werden angeprangert. Analogien zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus werden gezogen. Stalin wird mit Hitler verglichen. Die »weißen Flecken« in der sowjetischen Geschichte werden untersucht. Die Nationalitätenfragen werden debattiert. Die Kritik der sowjetischen Außenpolitik ist kein Tabu mehr. Mehr Offenheit über die Interna der Partei wird gefordert. Fragen der Roten Armee und selbst des KGB werden offen diskutiert. Heilige Kühe der Plan-

wirtschaft werden in Frage gestellt. Literatur, Presse, Theater und Film packen heiße Eisen an, nicht nur die wie Pilze aus dem Boden wachsenden neuen Samisdat-Publikationen.[477]

Kulturelle Aufbruchstimmung

Besonders auf kulturellem Gebiet herrscht Aufbruchstimmung und eine Bewegung und Ausdrucksfreiheit, wie sie vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen wären. Peter Sager stellt fest: »Maler, die sich außerhalb des ›sozialistischen Realismus‹ bewegen, können freier arbeiten, im In- und Ausland ausstellen und ihre Werke dort und hier verkaufen. Schriftsteller kommen zum Zuge, die bisher für Samisdat oder Tamisdat (Selbstverlag oder Verlag im Westen) gearbeitet haben. Daß Pasternaks ›Doktor Schiwago‹, George Orwells ›1984‹ und sogar Arthur Koestlers ›Sonnenfinsternis‹ in der UdSSR offiziell verlegt werden, ist vollends unerwartet.
Ähnliches gilt für den Film: Streifen, vor ein, zwei Jahrzehnten gedreht, dürfen heute gezeigt werden, und heute entstehen Filme von atemberaubender Offenheit über den realen Sozialismus und werden sofort vorgeführt.«[478] So zeigt etwa die Liste der Empfänger der Staatspreise für Kultur der UdSSR des Jahres 1988, daß man von einer regelrechten Kulturrevolution sprechen kann, wenn man die Entwicklung der letzten Jahre betrachtet.[479] Von den 14 Empfängern des sowjetischen Staatspreises im Jahr 1988 hätten gewiß neun zuvor nicht die geringste Chance einer so hohen Auszeichnung durch den Staat gehabt.
So erhält etwa Alexej German den Staatspreis für seinen Film »Straßenkontrolle«, der 15 Jahre lang in den Archiven der Zensur schlummerte.[480] Der Ukrainer Wladimir Schevtschenko und sein Aufnahmeteam erhalten den Filmpreis für ihren Dokumentarfilm über Tschernobyl.[481] Wladimir Dudinzew – der während des Tauwetters zur Zeit Chruschtschows 1956 in seinem Buch »Der Mensch lebt nicht vom Brot allein« die Repression gegen Ingenieure zur Zeit Stalins gegeißelt hatte – erhält 1988 den Staatspreis für seinen Roman »Die reinen Gewänder«, in dem er die Verfolgung der Genetiker zur Stalin-Zeit anprangert.[482] Der Bildhauer Georgij Ochiauri und die Architekten Wladimir Alexi-Meskhischwili, Otar

Litanischwili und Kiazo Nachutsischwili bekommen den Staatspreis für Kultur zuerkannt für den Entwurf eines Denkmals für die Opfer Stalins, das im Siegespark in Tiflis errichtet werden soll.
Der Kunsthistoriker Andrej Tschegodajew erhält den Staatspreis für ein Buch über den französischen Impressionisten Edouard Monet. Das Besondere daran ist jedoch, daß derselbe Tschegodajew im Jahr zuvor einen sensationellen Artikel veröffentlicht hat, in dem er die sowjetischen Behörden offen anklagte, die vormals freie Wissenschaft der Kunstgeschichte zu einem sklavischen Instrument der Verherrlichung von Parteidirektiven auf künstlerischem Gebiet gemacht zu haben.[483] Wegen dieses Artikels war Tschegodajew vom sowjetischen Kulturminister Wassilij Sacharow hart kritisiert worden.[484] Trotzdem setzte Tschegodajew seinen Namen wenige Monate später als ersten unter einen gemeinsamen Appell, der den sozialistischen Realismus als »Pseudorealismus« abkanzelte[485] – eine Definition, die Andrej Sinjawskij in seinem Essay »Was ist sozialistischer Realismus?« gebraucht hatte, wofür er 1966 zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde. Schließlich erhält Lidya Ginzburg den Staatspreis für ihre literarischen Werke über Osip Mandelstam, Anna Achmatowa und Boris Pasternak. Bis 1985 wäre es fast unmöglich gewesen, Werke über irgendeinen dieser Dichter in der Sowjetunion zu publizieren.
In den Jahren seit 1985 wird erstmals wieder die Genehmigung für die Veröffentlichung von Werken zugelassen, die teils jahrelang, teils sogar jahrzehntelang von der Zensur gesperrt gewesen sind.[486] Diese Genehmigung betrifft sowohl Werke der Vertreter der ersten Emigration wie Wladimir Nabokov, Georgij Iwanow und Jewgenij Samjatin, in der Sowjetunion verfolgte und verstorbene wie Nikolai Gumiljow, Boris Pasternak, Michail Bulgakow, wie auch lebende Schriftsteller, darunter Victor Rosow oder Bulat Okudschawa.
Zuvor ungewohnte Diskussionen wie auch Kritik werden bereits auf dem 8. Schriftstellerkongreß der Sowjetunion im Juni 1986 laut.
Die Massenillustrierte »Ogonjok« wird unter der Leitung des Lyrikers Korotitsch zu einem Vorkämpfer der freiheitlichen geistigen Linie und setzt die Rehabilitierung einer Reihe bisher verbotener Schriftsteller durch. Eine Reihe anderer literarischer Zeitschriften folgt zunächst zögernd diesem Beispiel. Nikolai Gumiljow, der als

Gegner des bolschewistischen Umsturzes 1921 hingerichtet worden war, wird anläßlich seines 100. Geburtstages rehabilitiert.
Jurij Trifonow stellt in seinem Roman »Das Verschwinden« das Luxusleben der Nomenklatura zur Stalin-Zeit dar. Anatolij Rybakow schildert in seinen »Kinder des Arbat« die Ermordung Kirows im Jahr 1934 auf Geheiß Stalins. Victor Rosow stellt in seinem Theaterstück »Kabantschik« eine Familientragödie dar, in der der Vater wegen Wirtschaftsverbrechen verurteilt wird. Michail Schatrow stellt in seinem Theaterstück »Die Diktatur des Gewissens« den Gegensatz zwischen idealem und tatsächlichem Sozialismus dar. Alexander Burawskij geißelt in seinem Stück »Sprich ...« den Machtmißbrauch von Parteifunktionären. In seinem Stück »Der Sarkophag« brandmarkt der »Prawda«-Redakteur Wladimir Gubarjow die zum Teil systembedingten Unzulänglichkeiten beim Reaktorunfall von Tschernobyl. Tschingis Ajtmatow behandelt in seinem Roman »Das Schafott« sowohl die Drogensucht in der Sowjetunion wie auch die aufkeimende Religiosität in ihrem Gegensatz zum staatlich verordneten Atheismus; in seinem Werk wird erstmals seit dem bolschewistischen Umsturz das Wort »Gott« wieder mit großem Anfangsbuchstaben geschrieben. Bei seiner Analyse über die Lage der Literatur in der Sowjetunion seit 1985 kommt Wolfgang Kasack zu dem Schluß: »Im Tiefsten geht es um einen Versuch der geistigen Erneuerung, bei dem einige Autoren erkannt haben, daß sie nur aus der religiösen – also in Rußland aus der russisch-orthodoxen – Tradition möglich ist, andere, daß sie mindestens eine Lösung vom materialistischen Denken und von der ständigen Lüge aus kommunistischer Staatsraison zugunsten von Ehrlichkeit und der Anerkennung des Primats des ethisch-seelischen Bereichs erfordert. Sehr viel ist noch aufzuarbeiten. Aber was 1985 bis 1987 geschehen ist, hebt sich positiv von der Vergangenheit ab, hat die russische Literatur bereichert.«[487]
Ähnlich wie 20 Jahre zuvor ihre tschechischen und slowakischen Kollegen während des Prager Frühlings, kämpfen sowjetische Journalisten um die Gewährung von Pressefreiheit. Ende Oktober 1987 findet in Leningrad eine Zusammenkunft von Herausgebern unabhängiger Samisdat-Publikationen statt.[488] Es wird beschlossen, einen unabhängigen Presseclub zu gründen. Ein weiteres Treffen findet am 7./8. Mai 1988 in Moskau statt. Repräsentanten von über 30 unabhängigen Publikationen aus Moskau, Leningrad, Riga,

Lemberg und anderen Orten sind vertreten, unter ihnen Sergej Grigorjanz, Lew Timofejew, Alexander Ogorodnikov, darunter auch Vertreter christlicher Publikationen.

Das Wiedererwachen der Religiosität

Von entscheidender Bedeutung ist der religiöse Aufbruch bei den Völkern in der Sowjetunion, denn hier manifestiert sich die Abkehr von der Ersatzreligion des Marxismus-Leninismus.[489] Die Phänomene sind auf diesem Gebiet besonders verwirrend, und die Analyse der gegenwärtigen Situation ist dadurch besonders erschwert, daß es etwa allein im Verhältnis zwischen russisch-orthodoxer Kirche und offizieller Parteiideologie nicht weniger als vier parallele Entwicklungen gibt, die sich zum Teil berühren und vermischen, andererseits aber gegenläufig sind: erstens die offizielle Atheismus-Propaganda; zweitens die bewußte Ausnutzung der internationalen Verbindungen der russisch-orthodoxen Kirche zur weltweiten »Friedens«-Propaganda im Sinne der sowjetischen Außenpolitik durch den KGB; drittens eine bewußt »liberalisierende« Darstellung der sowjetischen Religionspolitik unter Gorbatschow nach außen – wie etwa bei den Millenniumsfeierlichkeiten der Taufe der Rus – im Sinne der Darstellung der Sowjetunion als ein »Land wie jedes andere«; viertens ein echtes Wiedererwachen der russischen Religiosität.

Propaganda, Täuschungsmanöver, atheistische Repression und wirklicher religiöser Aufbruch laufen also nebeneinander. Entscheidend ist, daß im Zeichen von Glasnost die Repression im Sinne der Parteiideologie nicht voll greifen kann und darf, um das Bild einer sich öffnenden Sowjetunion nicht unglaubwürdig zu machen. So dürfen Bibeln in die Sowjetunion geschickt werden, einige Kirchen und Klöster werden restauriert, und Ausschnitte aus religiösen Zeremonien werden im Fernsehen übertragen. So entsteht ein Freiraum für den echten religiösen Aufbruch, der sich nicht nur bei den russisch-orthodoxen Gläubigen, sondern insbesondere auch bei den Anhängern der auf das härteste unterdrückten unierten ukrainischen Kirche sowie bei den Katholiken im Baltikum, aber auch bei den Moslems im zentralasiatischen Teil der Sowjetunion zeigt.

So kann Pfarrer Eugen Voss, der Herausgeber der schweizerischen Zeitschrift »Glaube in der zweiten Welt«, zum 70. Jahrestag der sowjetischen Machtergreifung schreiben: »Als 1945 in Nürnberg das Internationale Tribunal zur Beurteilung von Kriegsverbrechen zusammentrat, fragte ich mich das erste Mal: Wann wird ein Tribunal sich mit den Verbrechen im Zusammenhang mit der kommunistischen Machtübernahme in der Sowjetunion und besonders mit den Verbrechen von und unter Stalin beschäftigen? ... Die Frage beantwortet sich jetzt, während Sie das lesen, auf unerwartete Weise. In der Sowjetunion reden Schriftsteller, Filmschaffende, Journalisten, redet das Volk von ihr ... Zum Bahnbrecher dieser Diskussion wurde der Film ›Reue‹ von T. Abuladze ... Die Diskussion bezieht das ganze Volk in die Verantwortung ein. ›Wir haben ihn hervorgebracht‹, sagt Lew Annenskij, ein Moskauer Literaturkritiker. ›Wo Sklaven sind, da ist auch ein Diktator‹ ... ›Die Wahrheit ist schrecklich durch ihre Unteilbarkeit.‹ Da wird die Schuld der gesamten Volksgemeinschaft festgestellt. Das ist letztlich eine religiöse Aussage. Denn nur der Mensch, der sich als Teil einer geistigen Gemeinschaft, der Kirche, versteht und der um seine Verantwortlichkeit vor einer transzendenten Instanz weiß, ist zu einem solchen Schuldbekenntnis fähig ... Das Religiöse meldet sich in der sowjetischen Bevölkerung nach siebzig Jahren systematischer Verfolgung und Verdrängung mit der Kraft eines Urphänomens ... Denn mit ›Reue‹ hat in der Sowjetunion die nachkommunistische Gesellschaft ihren Anfang genommen, wie lange es auch noch dauern mag, bis die neue Gesellschaft politisch verwirklicht sein wird.«[490]

Der aus Lettland stammende, in Workuta und Bautzen jahrelang inhaftierte Wolfgang Strauss berichtet: »Gefordert wird, im Gegensatz zum Leninisten Gorbatschow, nicht ein ›neues Denken‹, sondern ein ›neues Bewußtsein‹ (Solotusskij), und Victor Rosow postuliert: ›Man muß den Menschen das Geistige wiedergeben.‹ Gemeint ist ein religiöses Bewußtsein. Zu den Gottsuchern wider die sittliche Verrohung und moralische Verwüstung gesellt sich Rußlands berühmtester Filmregisseur, Elem Klimow. ›Vor uns steht die Notwendigkeit einer psychischen Veränderung der Menschen‹, bekennt Klimow, und sein Freund Bulat Okudschawa warnt die Reformoptimisten: ›Würden wir uns mit dem moralischen Sieg begnügen, müßten wir morgen schon eine schwere Niederlage hinnehmen.‹

Was doch bedeutet, daß man auch den politischen Sieg will, den ›Umbruch von unten‹, also die Ausweitung des ›Wandels‹ – bislang verkörpert in einer dünnen Schicht der Intellektuellen – auf die noch schweigende Masse der Volksmehrheit. Begreift der Westen die Tiefe dieser Wende? Erkennt er in der Avantgarde der Dorfprosa eine Alternative zum oberflächlichen Reformismus eines Gorbatschow? ›Wir haben zwar einiges zu befürchten, aber *Er* wird es schon für uns schaffen‹, verrät der Gottsucher Klimow ... Unabhängig vom Gorbatschowismus vollzieht sich in Rußland ein Wandel der Gesinnung, der Einstellung zu Religion, Natur, Volk, Gott, Kirche. Man sagt ›russische Partei‹ und meint die konservativen Revolutionäre, die in der auflagenstarken politisch-literarischen Zeitschrift ›Nash sowremennik‹ (Unser Zeitgenosse) eine Tribüne besitzen ... Die ›russische Partei‹, das ist die Partei der Gottsucher und Vaterlandsliebenden. Die Partei der Nation, die überleben will. Nein, das ist nicht die Partei des Leninisten Gorbatschow. Der Kommunismus ist die zeitgenössische Existenzform des absoluten Satanismus, schreibt Josef Aleschkowskij ... Eine junge Leningraderin, die ihre geistige Befreiung der marianischen Frauenbewegung Rußlands verdankt, schreibt, nachdem sie zwei Jahre im Westen war. ›Ich hoffte, unter der Maske den Menschen zu entdecken, aber ich entdeckte nur Tote auf Urlaub. In meinem Vaterland tragen die Menschen unter der Maske der traurigen Lügen ein Antlitz der Schönheit, verunstaltet zwar durch Armut und Erniedrigung, aber gezeichnet vom Kreuz, das Auferstehung verheißt. Wer an den Gekreuzigten glaubt, hat sich von den Ketten des Todes befreit. Das ist die Wahrheit, die der Osten dem Westen übermittelt.‹«[491]

Auch in Sowjetisch-Zentralasien wird es immer deutlicher, daß der Glaube der Moslems an Gott stärker ist als die Ersatzreligion des Marxismus-Leninismus. Der Sufismus verbreitet sich. Heiligengräber werden verehrt. Der Einfluß der Untergrund-Moscheen wächst, während der der offiziellen Medressen zurückgeht. Ende November 1988 erscheinen in Baku bei Protestdemonstrationen Fahnen mit dem Halbmond.[492] Kenner Sowjetisch-Zentralasiens sagen voraus, daß der Einfluß der muslimischen Entwicklung im Iran auf Sowjetisch-Transkaukasien noch stärker und nachhaltiger sein werde als derjenige der Freiheitskämpfer in Afghanistan.[493]

Bewältigung der Geschichte

Ein wichtiger Teil von Glasnost ist die Bewältigung der jüngeren sowjetischen Geschichte. Auch sie ist, wie manches andere, zunächst von oben angestoßen worden. Michail Gorbatschow hatte öffentlich erklärt, daß es in der sowjetischen Geschichte »keine vergessenen Namen und weißen Flecken« geben solle.[494] Auch diese Entwicklung scheint der Führung aus dem Ruder zu laufen, auch hier ist die Büchse der Pandora geöffnet. Grundsätzlich ist eine solche Abrechnung mit der Vergangenheit auch in der sowjetischen Entwicklung nichts Neues; bereits Chruschtschow hatte einen deutlichen Bruch mit Stalin vollzogen. Für Gorbatschow ist sie zudem ein Mittel, mit der erzeugten Aufbruchstimmung die verkrusteten Strukturen des Parteiapparates wieder beweglicher machen zu können, und darüber hinaus verbessert sie seine Möglichkeiten bei der Wahrnehmung einer der wichtigsten Aufgaben jedes neuen sowjetischen Generalsekretärs zur Sicherung der Machterhaltung, nämlich der Ablösung von nicht zuverlässigen oder genehmen Mitgliedern der Nomenklatura und ihre Ersetzung durch eigene Vertrauensleute. Insoweit bleibt die Distanzierung Gorbatschows von Stalin durchaus im Rahmen des Üblichen, ja des zu Erwartenden, zumal es auch noch dazu beiträgt, sein Ansehen in der westlichen Welt zu erhöhen und dort das Bild von der Sowjetunion als einem »Land wie jedem anderen« zu verfestigen.

Doch auch hier nimmt die Entwicklung, verstärkt durch die größeren literarischen und künstlerischen Freiheiten, eine Bewegung und einen Umfang an, die sich nicht nur gegen Stalin und seine Henkersknechte, sondern mehr und mehr gegen die Grundlagen des sozialistischen Systems selbst wenden.

Die Organisation »Memorial« macht es sich zur Aufgabe, eine Dokumentation über die Opfer der Stalin-Zeit zu erstellen und eine Gedenkstätte zu errichten. Die Überlebenden des Archipel Gulag schließen sich zusammen und kämpfen gegen die Bürokratie um Renten und Wiedergutmachung. Der Rektor der Moskauer Hochschule für Geschichte, Jurij Afanassjew, erklärt, bei den sowjetischen Historikern und Geschichtslehrern herrsche blankes Chaos. Die alten Lehrbücher mit den Stalinschen Lügen über die Geschichte der Revolution und der Sowjetunion seien teilweise eingezogen

worden, neue Lehrbücher aber gebe es nicht. Sämtliche Prüfungen im Fach Geschichte seien suspendiert.[495]
Gorbatschow erklärt erstmals im November 1985, der Stalin-Terror habe »viele tausend« Menschenleben gefordert. Das ist noch weit untertrieben. Professor Igor Westuschow-Lada kommt in einem Artikel der Wochenbeilage »Nedelja« von der »Iswestija« im April 1988 bei einer Berechnung der Gesamtzahl der Stalin-Morde während des »Kulaken-Legens« anläßlich der Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft sowie der »Säuberungen« in den dreißiger Jahren auf eine Zahl von etwa 50 Millionen Todesopfern.[496]
Am 3. Juni 1988 veröffentlichen die Archäologen Senon Posnjak und Jewgenij Schmygaljow in einem Artikel der Moskauer Zeitschrift »Literatura i Mastatstva« die Ergebnisse ihrer Untersuchungen über die Stalinschen Massenmorde von Kuropaty, die später auch in der Zeitung »Moscow News« publiziert werden: »Das Vernichtungslager war ungefähr zehn bis 15 Hektar groß und lag nicht weit von der Stadt Minsk in Weißrußland. Der Name des Ortes war Bod oder Kuropaty. Es war ein Ort, in dem Menschen in Massen getötet wurden ... Wenn wir die Zahl der durchschnittlich in jedem Grab gefundenen Leichen – 200 – mit der Zahl der bisher entdeckten Gräber – 511 – multiplizieren, kommen wir dort auf über 102 000 Tote. – Aber die wirkliche Zahl der Opfer muß noch größer gewesen sein ... Das Vernichtungslager war von 1937 bis Juni 1941 in Betrieb. Das Knattern der Schüsse wurde für die Bauern der Umgebung Teil des täglichen Lebens ... Die Todgeweihten wurden nach dem Abendessen erschossen, am Abend und die ganze Nacht hindurch. Die Unglücklichen wurden in Lastwagen herbeitransportiert, gruppenweise mit Nagant-Revolvern erschossen und in tiefe Löcher geworfen. Die Angehörigen der Hinrichtungskommandos trugen Uniformen der sowjetischen Geheimpolizei NKWD« – die später in KGB umgetauft wurde.[497]
Aus allen Teilen der Sowjetunion kommen ähnliche Nachrichten. In dem ukrainischen Ort Pikowna steht ein Obelisk zu Ehren von über 6000 Toten, die von den »deutschen Faschisten« ermordet worden seien. Ende 1988 melden sich Zeugen, die erklären, in der Nähe dieses Massengrabes seien niemals deutsche Soldaten oder Polizisten gewesen; die Toten seien Opfer des NKWD. Zur gleichen Zeit werden in Litauen drei Ärzte und eine Krankenschwester mit

einer Gedenktafel als Märtyrer geehrt, die vor dem Einmarsch der deutschen Truppen vom NKWD ermordet wurden. Der Moskauer Historiker Jurassow veröffentlicht in einer ukrainischen Zeitschrift die Ergebnisse seiner Forschungen über die Massengräber von Winniza mit 4000 Ermordeten, von denen die Sowjets behauptet hatten, sie seien ebenso wie Katyn ein »faschistisches Verbrechen«. Jurassow belegt, daß es auch in Winniza die Sowjets waren, die ihre eigenen Landsleute umgebracht haben. Der Priester Gleb Jakunin, der selbst lange als Häftling im Gulag war, erklärte Ende 1988 auf einem Gedenkgottesdienst für die Opfer Stalins in Moskau, die russische Erde sei »getränkt vom Blut der Märtyrer«.[498] Kurz vor Ostern 1989 meldet die sowjetische Nachrichtenagentur TASS, daß auch im Wald von Darnitza in der Nähe der ukrainischen Hauptstadt Kiew Massengräber von Stalin-Opfern gefunden worden seien.[499]

Bei vielen Menschen in der Sowjetunion, denen diese Morde oder doch deren Umfang bisher nicht bekannt waren, lösen diese Nachrichten tiefe Betroffenheit aus – eine Betroffenheit, die sich nicht nur gegen Stalin, sondern auch gegen das sozialistische System richtet. So wird etwa im Moskauer Studententheater, nicht weit vom Kreml und der Lubjanka, dem Sitz des KGB, entfernt, mit dem Stück »Der schwarze Mann – oder ich bin der arme Soso Dschugaschwili« des Autors Viktor Korkija in einer absurd-surrealistischen, zugleich aber äußerst realistischen »Paratragödie« mit Stalin abgerechnet. In Wirklichkeit aber richtet sich die Abrechnung gegen das sozialistische System. Neben Stalin tritt dessen NKWD-Chef und Mordgehilfe Lawrentii Berija auf. Und ein »Papagei« in menschlicher Gestalt, der erklärt: »In diesem Lande muß jeder ein Papagei sein, wenn er überleben will.« »Geheimpolizisten« in grauen Regenmänteln nehmen einen Schauspieler fest und schleifen ihn hinter die Bühne, als dieser das Stück ankündigen will; bei Beendigung des Stücks verabschieden sie sich dadurch, daß sie mit Kameras das Publikum fotografieren. Stalin erklärt auf der Bühne: »Wenn ich sterbe, werden sie meine Denkmäler niederreißen. Aber ich – ich bleibe ...« Das Stück ist voller Anspielungen auf die russische Geschichte und die sowjetische Gegenwart. Stalin fordert Berija auf: »Jetzt laß uns mal die Rollen tauschen. Jetzt bist du einmal Stalin, und ich bin Berija!« Der NKWD-Chef darauf: »Wozu brauchen wir in unserem Stück eine solche Perestrojka?« Zum Schluß sagt Stalin zu Be-

rija: »Lawrentii, dieses Stück, das wir hier aufführen, müßte man verbieten!« Berija antwortet: »Wenn der Kultusminister dieses Stück verbietet, dann wissen wir, daß er unser Mann ist!« Hinter den Schauspielern ist auf der Bühne ein großer roter Sowjetstern, der während der Aufführung zerreißt; an seiner Stelle erscheint dahinter ein großes schwarzes Loch, von dem Stalin sagt: »Alle, alle werden darin verschwinden.«[500]

Aber nicht nur auf der Bühne, auch in Artikeln von Schriftstellern und Wissenschaftlern wird die Frage nach dem sozialistischen System gestellt. So erklärt Anfang 1989 der Schriftsteller Wladimir Solouschin in einem Artikel der Monatsschrift »Nasch Sowremennik«, er weigere sich, dem antistalinistischen Komitee »Memorial« beizutreten, da man kein Denkmal für die Opfer der Unterdrükkung Stalins errichten könne. Ein Denkmal »nur für die Stalin-Opfer« könne den Eindruck erwecken, als seien die vorangegangenen Morde unter Lenin weniger verbrecherisch gewesen. Er – Solouschin – habe »Memorial« gefragt, ab welchem Jahr denn nun die im Namen des Staates und der Revolution verübten Morde als ungesetzlich anzusehen seien. Darauf habe er keine Antwort erhalten, und deshalb sei er gegen das Denkmal.[501]

Ende Mai 1989 erklärt der Moskauer Abgeordnete Ilja Petrowitsch Wlassow auf dem Kongreß der Volksdeputierten, die KGB-Verbrechen seien beispiellos in der Geschichte der Menschheit: »Wir haben die Pflicht, das Andenken von Mitbürgern zu ehren, die entwürdigt und hingerichtet wurden. Zehntausende unschuldig Hingerichteter – unserer eigenen Leute – liegen da. Ein derartiges Verbrechen steht in der Geschichte der Menschheit beispiellos da. Es steht außer Zweifel, daß die KGB-Archive für die weiteren Ermittlungen eine wesentliche Hilfe bieten können. Doch sie sind auch heute noch hermetisch verschlossen. Und Hunderttausende Familien bei uns können ihren ungerecht hingerichteten oder zu Tode gefolterten Angehörigen nicht die letzte Ehre erweisen. Ist es denn nicht an der Zeit, diese Frage zu regeln? Für die Einschränkung der Freiheit des Apparats ist es unbedingt erforderlich, eines der mächtigsten Fundamente seiner Lebensfähigkeit unter die Kontrolle des Volkes zu stellen ... Unterwirft sich der KGB doch einzig und allein dem Apparat; der KGB ist der Kontrolle durch das Volk entglitten – er ist die verschlossenste, die konspirativste unter allen staatlichen

Institutionen ... Es wäre angebracht, die KGB-Ämter vom Dserschinski-Platz zu entfernen. Die blutige Geschichte des Hauptgebäudes, in dem das Schwert ruht, das das Volk schützt, ist uns in nur allzu deutlicher Erinnerung. Jahrzehntelang gingen von hier die Befehle zur Vernichtung oder Verfolgung von Millionen Menschen aus ... In den Verliesen dieses Gebäudes wurden Menschen gequält und gefoltert, und zwar in der Regel die Besten unter den Angehörigen unserer Völker, die, die ihr ganzer Stolz waren.«[502]
Am 8. Februar 1989 erklärt der Direktor des offiziellen Instituts für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems in Moskau, Oleg Bogomolov, die Theorien von Marx hätten vor der gegenwärtigen Zeit versagt und müßten der Gegenwart angepaßt werden.[503] Kurz zuvor hat der Mitarbeiter desselben Instituts, Alexander Tsipko, in einer vierteiligen Artikelserie in der Monatsschrift »Nauka i shisn« die Wurzeln des Stalinismus auf den bolschewistischen Terror der Lenin-Zeit nach der Oktoberrevolution und auf die Schwächen der marxistischen Theorie selbst zurückgeführt.[504] Noch weiter geht der Publizist Igor Kljamkin, der ebenfalls Anfang 1989 in der sowjetischen Monatszeitschrift »Nowy Mir« in einem umfassenden Artikel eine »ideologische Perestrojka« sowie den »Abriß des gesamten Wertesystems« fordert. Auch Kljamkin sieht die Fehlentwicklung bereits bei Lenin und kommt dann zu dem Schluß, daß auch gegenwärtig bei Gorbatschow wie bei Lenin der Grundsatz der Einheit der Partei über das Prinzip der Demokratie gesiegt habe. Er greift Gorbatschow mit den Worten an: »Die Aufgabe des Demokratieprinzips zugunsten des Einheitsprinzips erlaubte es im Parteiapparat, sich ein doppeltes Monopol anzueignen: Entscheidungen zu treffen und sich vor niemandem dafür zu verantworten, außer vor sich selbst und dem Parteiführer ... Die Menschen machen sich heute Gedanken, warum die Demokratisierung des politischen Systems von Maßnahmen begleitet wird, die selbst bei größtem Einbildungsvermögen nicht als demokratisch bezeichnet werden könnten.« Und Kljamkin kommt zu dem Schluß, auch die Perestrojka werde noch immer von politischen Lügen begleitet.[505]

Aufbrechen des Pluralismus

Aber politische Kritik und geistige Unruhe sind nicht mehr bloß die Sache einer kleinen intellektuellen Avantgarde. Überall in der Sowjetunion bilden sich inoffizielle Gruppen, an denen sich, Umfragen zufolge, insbesondere etwa die Hälfte der Jugend des Landes beteiligt.[506] Bereits Anfang 1988 wurde die Zahl solcher Gruppen von der »Prawda« auf über 30000 beziffert; inzwischen haben sie sich weiter lawinenartig vermehrt.[507] Versuche der sowjetischen Behörden, diese informellen Gruppen unter die Kontrolle der Jugendorganisation Komsomol oder lokaler Parteiorganisationen zu bringen, sind gescheitert.[508] Andererseits haben es die Behörden mit Erfolg erreicht, einige wichtige solcher Gruppen, sogenannte »Volksfronten«, in die Zusammenarbeit mit Parteimitgliedern oder -organisationen einzubinden. Es scheint festzustehen, daß dies eine kalkulierte Maßnahme der sowjetischen Behörden zur Einbindung inoffizieller Gruppen ist, die zugleich dazu dient, deren Forderungen die Spitze zu nehmen.[509] So haben etwa in den baltischen Staaten die sogenannten Volksfrontbewegungen eine Reihe ihrer spektakulärsten Forderungen zwar erhoben, aber teilweise nicht mehr weiterverfolgen können.

Bei einer Reihe von inoffiziellen Organisationen und Gruppen ist eine solche Einbindung jedoch nicht gelungen. Zum Teil wird auch bei untergeordneten Organen der Behörden, einschließlich des KGB, Unsicherheit deutlich, wie im Einzelfall zu reagieren ist. Etwa wenn im Mai 1988 auf dem Roten Platz in Moskau gegen das sozialistische System gerichtete Flugblätter verteilt, die Verteilenden dann festgenommen, aber nach kurzer Haft wieder freigelassen werden, mit der Bemerkung, was in den Flugblättern stehe, sei ja gar nicht so falsch. Das gleiche gilt, wenn in einem Leningrader Stadion sich Tausende unter den alten Zarenfahnen versammeln. Auch Untergrundpublikationen mit dem alten russischen Doppeladler der Zarenzeit finden reißenden Absatz. Andere Gruppen treten für die Freiheit der Presse, für Religionsfreiheit, für Marktwirtschaft, für die Bereinigung der Geschichte, für Menschenrechte oder für den Schutz der bedrohten Umwelt in der Sowjetunion ein. Selbst kleinere Gruppen wie der »Club für die Unterstützung der Perestrojka« in Krasnojarsk oder die »Demokratische Initiative« in Magadan ma-

chen sich durch Kritik an der Arbeit der regionalen Parteihierarchie einen Namen.[510]
Professor Nikolai Petrakow vom Zentralen Institut für Mathematik und Wirtschaftswissenschaften der sowjetischen Akademie der Wissenschaften erklärt im Frühjahr 1989, er habe vor, die Gedanken Ludwig Erhards, des »Vaters des deutschen Wirtschaftswunders«, demnächst in russischer Sprache herauszugeben. Zugleich stellt Petrakow fest, daß kein wirtschaftliches Problem der Sowjetunion ohne eine radikale Währungsreform lösbar sei. Ein realistischer Markt mit einem realistischen Währungssystem müsse geschaffen werden. Petrakow erklärt mit Nachdruck, Gorbatschows politischer Kurs werde nur dann unumkehrbar werden, wenn es gelänge, die Marktwirtschaft erfolgreich in der Sowjetunion einzuführen.[511]
Die Aufbruchstimmung in der Sowjetunion wird auch deutlich bei dem Ergebnis der Wahlen am 26. März 1989 zum Volksdeputiertenkongreß, »Wahlen«, die sich mit demokratischen freien Wahlen in keiner Weise vergleichen lassen, da andere Parteien als die KPdSU nicht zugelassen sind und in einem Drittel aller Wahlkreise auch nur ein einziger Kandidat zur »Wahl« steht. Darüber hinaus wird nur ein Teil der Volksdeputierten auf diese Weise »gewählt« – ein großer Teil wird von der KPdSU und den von ihr beherrschten Institutionen unmittelbar bestimmt, so daß an einer Mehrheit für die Partei gar nicht zu rütteln ist. Trotzdem gingen 83 % freiwillig zu den Wahlurnen und machten in den Wahlbezirken, in denen mehrere Kandidaten aufgestellt waren, von ihrer begrenzten Wahlmöglichkeit Gebrauch. Das Ergebnis ist trotzdem bemerkenswert, denn in vielen entscheidenden Wahlbezirken fallen die offiziellen Kandidaten der KPdSU durch. In Moskau wird Oberbürgermeister Valeri Sajkin nicht gewählt; in Leningrad scheitert die gesamte Parteispitze mit dem Kandidaten für das Politbüro Jurij Solowjow und Bürgermeister Wladimir Chodirow. Im Baltikum setzen sich in vielen Wahlkreisen reformorientierte Bewerber gegen die Kandidaten der Parteihierarchie durch. Sogar in Wahlkreisen, in denen nur ein einziger Kandidat aufgestellt war – wie bei Spitzenpositionen in Leningrad –, machen die Wähler ihre Mißbilligung dadurch geltend, daß sie ihn durchfallen lassen, indem sie ihn auf ihren Wahlzetteln durchstreichen. Wenn auch eine echte Wahlmöglichkeit im demokratischen Sinne nicht gegeben ist, machen die Menschen in der So-

wjetunion am 26. März 1989 mit ihren Stimmzetteln deutlich, daß sie die Führungsrolle der Partei ablehnen und Freiheit und Selbstbestimmung fordern.
Offiziell zugelassene Parteien außerhalb der KPdSU gibt es zwar nicht, aber verschiedene Gruppierungen stehen bereit, und manche neuen Organisationen schießen wie Pilze aus dem Boden. So kämpft seit Jahrzehnten der Bund Russischer Solidaristen NTS innerhalb der Sowjetunion und vom westlichen Ausland aus für ein freies, föderalistisch aufgebautes Rußland auf christlicher, sozialer und demokratischer Grundlage. Durch häufige Angriffe in der offiziellen sowjetischen Presse bereits zur Breschnew-Zeit wird der NTS in der Sowjetunion mehr und mehr bekannt, und seine Gruppen erhalten in den letzten Jahren überall im Lande Zulauf.
Am 17. Dezember 1988 wird in Rußland die »Christlich-Patriotische Union« als föderative, christlich-freiheitliche Bewegung gegründet. Vorsitzender der CPU ist Wladimir Ossipow, in den siebziger Jahren Herausgeber der Zeitschrift »Vetsche« (Ratsplatz) und nun der Vierteljahreszeitschrift »Semlja« (Erde). Ossipow hat seit 1961 insgesamt 15 Jahre lang im Gulag verbracht. Ziel Ossipows und der CPU ist die Wiederbesinnung auf die christlichen Werte, die Wiederherstellung des russischen nationalen Bewußtseins und eine geistig-moralische Erneuerung. Ossipow betont, die CPU sei nicht nationalistisch, sondern patriotisch. Neben Russen gehören ihr auch Weißrussen und Ukrainer an. »Glasnost begann im Samisdat«, erklärt Ossipow. Ebenso wie dieser hat ein anderer führender Repräsentant der CPU, Igor Ogurzow, an die 30 Jahre im Gulag verbracht. Von der CPU aus gibt es auch Berührungspunkte mit den christlichen Flügeln der Demokratischen Union.[512]
Anfang Mai 1988 finden sich auf Einladung der Moskauer Dissidentin Jewgenija Debrjanskaja an die 150 Menschen in Moskauer Privatwohnungen zusammen, um nach Beratungen über Parteiprogramm und Organisation eine »Demokratische Union« zu gründen, die für eine parlamentarische Demokratie, freie Gewerkschaften und den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Mittel-Osteuropa eintritt. 60 der Dissidenten werden vom KGB festgenommen.[513] Kurz darauf wird auch in Leningrad eine Demokratische Union mit entsprechenden Zielen gegründet.[514] Am 12. März 1989 organisiert die Demokratische Union eine Demonstration auf dem

Moskauer Majakowski-Platz zum Gedenken des Jahrestages der Februarrevolution von 1917. Auf den Spruchbändern heißt es: »Nieder mit der Tyrannei der KPdSU« und »Wann und von wem hat die KPdSU die Staatsgewalt erhalten?« Etwa 40 Menschen werden vom KGB verhaftet.[515]

Mit diesen freiheitlich-demokratische Ziele verfolgenden Gruppen nicht zu vergleichen ist die extrem großrussisch-nationalistische und antisemitische Gruppierung Pamjat, die in 30 Städten der Sowjetunion Fuß gefaßt hat.[516] Im Gegensatz zu freiheitlich-demokratischen Organisationen, die sich gegen das sozialistische System wenden und das Sowjetregime in Frage stellen, sind weder die sogenannten Volksfrontorganisationen, die mit der KPdSU in irgendeiner Weise zusammenarbeiten, noch auch Pamjat schwerwiegenden Verfolgungen oder Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt. Dies ist um so bemerkenswerter, als Pamjat sogar das Mitglied des Politbüros und einen der wichtigsten Berater von Parteichef Gorbatschow, Alexander Jakowlew, persönlich angegriffen hat, so daß der Chefredakteur von »Znamja«, Grigorij Baklanow, sogar schon öffentlich die Frage erhoben hat, wer eigentlich hinter Pamjat stehe.[517]

Im Dezember 1987 erscheint ein Aufruf von Pamjat, der sich an »das russische Volk und die Patrioten aller Länder und Nationen« wendet. Alexander Sinowjew schreibt hierzu: »In dem ›Aufruf‹ finden sich zahlreiche kritische Äußerungen über die Lage im Lande, über die jüngste Sowjetgeschichte und sogar über Gorbatschows Perestrojka, was auf den ersten Blick den Eindruck einer mutigen Kritik am Sowjetregime macht. Doch dieser Eindruck verliert sich schon bald. Diese Art Kritik kann man heutzutage auch aus dem Munde von Parteifunktionären hören und in der offiziellen Sowjetpresse lesen ... Die ›Pamjat‹ ist eine im höchsten Grade russische Erscheinung, verstärkt durch das Element des Sowjetischen. Sie vereinigt den verzweifelten Schrei der Seele mit schlauer Berechnung, Aufrichtigkeit mit Heuchelei, Rebellentum mit unterwürfigem Gehorsam. Sie bezeichnet sich als ›informelle Interessenvereinigung‹, fordert aber formelle juristische Anerkennung. Sie hat sogar einen eigenen Stempel – unübersehbares Attribut einer bürokratischen Institution. Sie existiert illegal. Sie ist sogar verboten und wird verfolgt. Aber wenn einige tausend Menschen über mehrere Jahre hinweg eine Vereinigung bilden, so ist das unter sowjetischen Bedin-

gungen mehr als legal. Eine Bewegung von – für sowjetische Verhältnisse – derart gewaltigem Ausmaß könnte nicht einen einzigen Monat ohne die stillschweigende Zustimmung oder Zulassung der Regierung existieren ... Die derzeitige Sowjetregierung läßt die ›Pamjat‹ die heimliche Überzeugung aller Bereiche des sowjetischen Regierungs- und Verwaltungssystems artikulieren, jedoch so, daß sie selbst dabei eine weiße Weste behält und sich als Kämpfer gegen diese Geisteshaltung aufspielen kann.« Sinowjew kommt zu dem Schluß, die nationalistische und antisemitische Organisation solle vor allem das Volk darin bestärken, »der Obrigkeit Gehorsam zu leisten und sogar den ›gesunden Kräften in der Partei‹ behilflich zu sein, ›im Lande Ordnung zu schaffen‹«. Sinowjew erinnert schließlich an die Tatsache, daß Sergej Subatow, der zwischen 1901 und 1903 Chef der Moskauer Polizei und später Leiter der zaristischen Geheimpolizei Ochrana mit Sitz in St. Petersburg war, Anfang des Jahrhunderts eine gewerkschaftliche Organisation von der Polizei aus gründete, um damit die Arbeiterorganisation unter staatlicher und polizeilicher Kontrolle zu haben: »Ob es ihre Anhänger wollen oder nicht, sie tragen dazu bei, die ideologische Lage im Lande zu verschleiern, und dienen damit letztlich den Zielen der Machthaber im Kampf gegen die wahre Opposition. So kommen genau dieselben Methoden wieder zum Zuge, derer sich die zaristische Regierung im Kampf gegen die revolutionäre Bewegung bediente. Ein charakteristisches Beispiel hierfür ist die sogenannte ›Subatowschtschina‹, die Zeit des Moskauer Polizeichefs Subatow, die mit dem Aufbau legaler, unter Polizeikontrolle stehender Arbeiterorganisationen endete. Das Ziel dieser Organisationen war es, die Arbeiter vom politischen Kampf abzubringen.«[518]

Auch die »Volksfront« in Moskau sowie die »Union der demokratischen Kräfte« in Leningrad werden von Beobachtern der sowjetischen Szene in die Reihe fiktiver Oppositionsgruppen eingeordnet, die in Wirklichkeit von den sowjetischen Organen manipuliert und als kontrollierbare außerparteiliche Opposition aufgebaut werden. Auch die »Union für die geistige Erneuerung des Vaterlandes« unter der Leitung des besonders nationalistischen Michail Antonow erfreut sich offenbar der Protektion in den Reihen der Behörden.

Das Eindämmen von Glasnost

»Welch ein Glück«, schreibt ein usbekischer Theaterfunktionär in der »Iswestija«, »daß wir in einer Zeit leben, die mit drei Kostbarkeiten gesegnet ist: der Redefreiheit, der Gewissensfreiheit und der Vorsicht bei ihrer Anwendung.«[519] Diese Vorsicht bei der Anwendung ist auch notwendig, denn es sind nicht nur die »Reaktionäre«, »Ewiggestrigen«, »Stalinisten« oder »Breschnew-Anhänger«, die sich gegen ein Überborden von Glasnost wenden, sondern es ist Gorbatschow selbst. So erklärt er etwa auf der 19. Parteikonferenz: »Kürzlich haben wir Versuche gesehen, demokratische Rechte in Verfolgung antidemokratischer Ziele zu gebrauchen. Manche Leute scheinen zu meinen, daß wir auf diese Weise alle unsere Probleme lösen können, von der Öffnung unserer Grenzen bis zur Schaffung von Oppositionsparteien. Das Zentralkomitee der KPdSU glaubt, daß ein solcher Mißbrauch der Demokratisierung in vollständigem Gegensatz zu den Zielen von Perestrojka steht und gegen die Interessen des Volkes gerichtet ist.«[520]

Auf einem Treffen mit Wissenschaftlern und Kulturschaffenden im Zentralkomitee der KPdSU erklärt Gorbatschow am 6. Januar 1989, daß ihn vieles von dem, was in der Sowjetunion geschehe, auch beunruhige: »Ich kann nicht umhin, auch davon zu sprechen, daß unter dem Deckmantel der Glasnost Versuche unternommen werden, die KPdSU anzugreifen ... Solche Ansichten sind, unabhängig davon, welche subjektiven Ursachen ihnen zugrunde liegen und unter dem Druck welcher Umstände sie entstehen, in der Wurzel falsch und widersprechen den Interessen des Volkes, sie sind im Grunde ihres Wesens gegen die Perestrojka gerichtet ... Unser Volk, davon bin ich zutiefst überzeugt, wird nie einem nihilistischen Herangehen an die Vergangenheit und all dem zustimmen, was durchlebt und geschaffen wurde, an das Leben der vorangegangenen Generationen ... Deshalb sind für uns auch im gleichen Maße neueste Rezepte mit Wegen der weiteren Entwicklung unserer Gesellschaft unannehmbar, Rezepte, die auf geliehenen Werten aufgebaut sind. Das ist keine Umgestaltung mehr, wir wollen doch durch die Umgestaltung das Potential des Sozialismus eröffnen und unserer Gesellschaft eine neue Qualität verleihen. Und das, was uns vorgeschlagen wird, ist nichts anderes als Unglaube an unsere histori-

sche Wahl, an das Festhalten unseres Volkes an den Idealen des Sozialismus und an die Fähigkeit des Volkes, die Gesellschaft auf der Grundlage der Leninschen Prinzipien und der wahren sozialistischen Werte zu erneuern ... Im Zusammenhang damit kann ich nicht umhin, auf die ganz und gar unnormalen Beziehungen einzugehen, die in der Sphäre der künstlerischen Intelligenz entstanden sind ...«[521]

Die Repression der überbordenden Glasnost hat bereits eingesetzt – nicht im Namen der »Vertreter einer harten Linie«, sondern im Namen Gorbatschows selbst. Sie bedient sich der unterschiedlichsten Mittel und reicht von Polizeieinsatz, Festnahmen und Verboten bis zu subtileren und seit Jahren vom KGB geübten Prozeduren. Alexander Sinowjew berichtet: »Bei ihrer gründlichen, Jahre dauernden Zerschlagung der Dissidentenbewegung bediente sich die Sowjetregierung eines reichen Arsenals an Hilfsmitteln wie Provokation, Verleumdung, medizinischen ›Behandlungen‹, Erpressung, Heuchelei und vorgetäuschtem ›Liberalismus‹. In diesem Spiel hatten auch operettenhafte ›Oppositionelle‹ (wie der Parteifunktionär Arbatow) und zugelassene ›Regimekritiker‹ (angefangen beim Schriftsteller Tschingis Ajtmatow bis hin zum Stadtparteichef von Moskau, Jelzin) ihre Rolle. Die Sowjetregierung hat es verstanden, die intellektuelle und moralische Atmosphäre um die sowjetische Opposition, insbesondere aber die sowjetischen Emigranten im Westen und die westlichen Massenmedien in einem solchen Grade zu desorientieren, daß heute selbst Kenner der Szene nicht in der Lage sind, die echte Opposition von den Täuschungsmanövern des KGB zu unterscheiden, die das Ziel haben, diese Opposition im Keim zu ersticken und sie ihres Rückhalts im Westen zu berauben – soweit es diesen Rückhalt überhaupt noch gab. Die neue Sowjetregierung, auf die man im Westen so große Hoffnungen setzt, ist fest entschlossen, der oppositionellen Bewegung keine Chance zu geben, sich im Lande zu einer dauerhaften Tradition zu entwickeln. Hierbei bedient sie sich auch des Teils der Sowjetintelligenz, der früher in nur scheinbarer oder lauer Opposition zum Sowjet-›regime‹ stand und ohne besonderes Risiko ›in Opposition‹ machte, ja sogar noch daraus Nutzen zog (ein typischer Vertreter dieser ›Oppositionellen‹ ist Roy Medwedjew). Dieser Teil der Intelligenz ging den Weg der Kooperation mit der neuen Regierung, wobei er

geflissentlich vergaß, welche Rolle die Kader dieser Regierung beim Zustandekommen der ›dissidentenfreien‹ in den ihnen unterstellten Bezirken, Gebieten und Betrieben gespielt haben.«[522]

Ein typisches Beispiel der Repression und Zensur auf literarischem Gebiet war etwa die Ankündigung, daß Werke von Alexander Solschenizyn in der sowjetischen literarischen Monatsschrift »Nowij Mir« veröffentlicht würden. Diese Ankündigung mußte nach einem Treffen sowjetischer Chefredakteure – einschließlich Sergej Salygin von »Nowij Mir« – mit dem neuen Chef des Politbüros für Ideologiefragen, Vadim Medwedjew, zurückgezogen werden. Die Zeitschrift konnte daraufhin die 1150000 Exemplare ihrer Novemberauflage nicht ausliefern; sie mußte zum Teil neu gedruckt werden.[523]

Sergej Grigorjanz, Herausgeber der Zeitschrift »Glasnost«, wird wegen unliebsamer Veröffentlichungen festgenommen. Auf eine Frage hierüber erklärt Gorbatschow, daß Änderungen in der Sowjetunion nur erlaubt seien »innerhalb der Grenzen des Sozialismus und auf der Grundlage sozialistischer Werte«.[524] Ein anderes Mal ist es nicht Gorbatschow oder Medwedjew selbst, sondern es sind Schriftsteller – offenbar in höherem Auftrag –, die zu bremsen versuchen: »Wir unterstützen aus tiefstem Herzen den fruchtbaren Prozeß, der unser Leben bestimmt, doch zur gleichen Zeit können wir nicht schweigen über den Schaum, der auf den Wellen des mächtigen Stromes der Erneuerung schwimmt«, heißt es in einem offenen Brief in der »Prawda«, den sechs Schriftsteller und ein Regisseur, darunter Walentin Rasputin und Walentin Astafjew, an die Öffentlichkeit richten, und mit dem sie gegen die Zeitschrift »Ogonjok« vorgehen, der sie vorwerfen, sie wolle »erniedrigen, diffamieren und diskreditieren ... Wir schämen uns für diese Zeitschrift.«[525] Darüber hinaus sieht sich der Chefredakteur von »Ogonjok«, Witalij Korotitsch, bei einer Versammlung im Kulturhaus der »Prawda« einem Mob der Organisation Pamjat gegenüber, der mit Fäusten gegen ihn und seine Anhänger vorgeht. Außerdem werden Korotitsch Unterlagen in den Archiven vorenthalten, die er für seine publizistische Arbeit braucht, etwa authentische Dokumente über Stalin und Trotzki oder der Text der Entstalinisierungsrede von Chruschtschow 1956.[526]

Darüber hinaus ist »Ogonjok« – und nicht nur »Ogonjok« – an den

Kiosken in Moskau so gut wie nicht zu bekommen. Dies wird mit »Papiermangel« begründet. Daneben werden natürlich parteigenehme Publikationen in Massenauflagen herausgebracht. Wolfgang Kasack kommt zu dem Schluß: »Die Wahrheit wird dann zwar gedruckt, die Verbreitung der Wahrheit aber reduziert. Der Zensor greift nicht beim Druck, sondern bei der Verteilung ein.«[527]
Im Hintergrund gibt es bereits ein Tauziehen um ein neues Pressegesetz, dessen offiziellem Entwurf zufolge alle inoffiziellen Publikationen verboten werden sollen und ihre Autoren strafgesetzlicher Verfolgung ausgesetzt werden. Andrej Sacharow erklärt hierzu, dieser offizielle Entwurf sei »ein großer Schritt rückwärts«.[528]
Als die Gründung von Genossenschaften durch Gorbatschow genehmigt wird, werden sowohl in den baltischen Republiken wie in Georgien bereits 1987 auch Verlage in der Form von Genossenschaften gegründet. Bald darauf hat der sowjetische Ministerrat in einer Erklärung die Gründung von Genossenschaften »auf intellektuellem Gebiet« untersagt.[529] Im Januar 1989 werden darüber hinaus neue Bestimmungen eingeführt, die der Leiter der Presseabteilung des sowjetischen Innenministeriums, Oberst Michailow, in der »Iswestija« erläutert[530], denen zufolge Journalisten besondere Ausweise des Innenministeriums benötigen, um sich jeglicher Art von Menschenansammlung – seien es Demonstrationen, politische Versammlungen, Unfälle, Erdbeben u. a. – überhaupt zu nähern. Wer ohne Passierschein des Innenministeriums an einer solchen Versammlung teilnimmt und über sie berichtet, ist demzufolge ein Gesetzesbrecher.
Ab 1. Februar 1989 werden den privaten Genossenschaften weitere Beschränkungen über das Gebiet der Publizistik hinaus auferlegt: Die erst vor zwei Jahren überhaupt zugelassenen Kooperativen dürfen seither auch keine Videofilme mehr verkaufen, verleihen, kopieren oder zeigen, sie dürfen keine Privatschulen unterhalten, keine Reparaturen am staatlichen Fernmeldesystem ausführen, keine alkoholischen Getränke herstellen, nicht mit Waren handeln, die Ausländern gehören, keine Arzneien herstellen, keine Pfandhäuser, Unterhaltungseinrichtungen oder Lotterien eröffnen. Sie dürfen insbesondere auch keine Gegenstände mit religiösen Symbolen oder Kerzen für Kirchen mehr herstellen.[531]
In einer Analyse über das vierte Jahr von Perestrojka und Glasnost

kommt der Moskauer Korrespondent der »Neuen Zürcher Zeitung«, Christoph Güdel, zu dem Schluß, daß trotz der Abrechnung mit staatsterroristischen Begleiterscheinungen kommunistischer Herrschaft »vor dem düsteren Hintergrund verbreiteter Güterknappheit der Legitimitätsanspruch des Systems in den alten triumphalistischen Tönen weitergepflegt« werde. Er berichtet weiter, daß in der Nähe von Minsk eine Versammlung, bei der es um die bei Kurapaty aufgefundenen Opfer von Massenerschießungen ging, gewaltsam aufgelöst worden sei und zahlreiche Teilnehmer verhaftet worden seien.[532]

Ende Dezember 1988 kommt es auch zu einem Protest der Gesellschaft »Memorial« gegen das sowjetische Ministerium für Kulturangelegenheiten, da letzteres versuche, die Pläne der »Memorial«-Gesellschaft zu unterwandern und an sich zu reißen, da die sowjetischen Behörden die Errichtung von Gedenkstätten außerhalb Moskaus verhindern wollten und darüber hinaus auch in Moskau lediglich ein Denkmal errichten wollten, nicht aber – wie geplant – ein Forschungszentrum und Archive über die Verbrechen der Stalin-Zeit.[533]

Auch die Rechtsreform Gorbatschows, die die Sowjetunion in einen »sozialistischen Rechtsstaat« verwandeln soll, scheint mehr und mehr zu einer Bestätigung des Machtmonopols der Partei zu führen. Kerstin Holm kommt zu dem Schluß: »Die in den letzten Monaten neuerlassenen Gesetze untermauern das politische, wirtschaftliche und soziale Monopol der Parteiherrschaft.«[534] So wird es in neuen Gesetzen der Polizei erleichtert, gegen Demonstranten vorzugehen; Haussuchungen »auf Verdacht« sind erlaubt. Die neuen Entwürfe zur Änderung der restriktiven sowjetischen Religionsgesetzgebung werden offenbar blockiert. Nicht nur in Moskau, auch in Leningrad, Nowosibirsk, Saratow und Swerdlowsk werden unliebsame Personen wegen »antisowjetischer Agitation und Propaganda« verhaftet – darunter führende Mitglieder der Demokratischen Union, der sowjetischen Helsinki-Gruppe oder Alexander Ksobow von der unabhängigen Gewerkschaft SMOT. Auch Mitglieder des »Karabach-Komitees« sowie der baltischen »Volksfront« werden festgenommen oder von »Unbekannten« überfallen.

Am 21. April 1989 gibt die sowjetische Regierung öffentlich bekannt, daß der KGB im Moskauer U-Bahn-System hausgemachte

Bomben entdeckt und entfernt habe. Dies sei – so heißt es weiter – ein Signal, um die Wachsamkeit gegen »verrückte Extremisten« zu verstärken.[535] Eingeweihte betrachten diese öffentliche Regierungserklärung über angebliche Bomben, die es wahrscheinlich gar nicht gibt, als eine unmißverständliche Warnung des KGB an Systemkritiker.

Begriffe wie »Menschenrechte« und »Selbstbestimmungsrecht« werden von Gorbatschow nach außen – so etwa in Ansprachen vor den Vereinten Nationen und in einem Entwurf für eine internationale Vereinbarung – betont, jedoch in Wirklichkeit ihres Sinngehalts, wie er in der freien Welt verstanden wird, entkleidet. So bindet Gorbatschow bei diesen Gelegenheiten die Menschenrechte an das »unveräußerliche« Recht jedes Staates auf Selbstbestimmung, auf seine »freie gesellschaftlich-politische Entscheidung«.

Mit dieser Sinngebung wird von sowjetischer Seite natürlich auch die in der Bundesrepublik Deutschland von manchen so positiv bewertete gemeinsame deutsch-sowjetische Erklärung interpretiert, die von Gorbatschow und dem deutschen Bundeskanzler im Juni 1989 unterzeichnet wird.

Kerstin Holm kommt zu dem Schluß: »In Vokabeln wie ›unveräußerlich‹ und ›freie Entscheidung‹ klingt der Wortlaut der Menschenrechtserklärung an. Deren Stoßrichtung jedoch ist umgekehrt. Nicht die Rechte der Bürger gegenüber den Machthabern sind hier gemeint, sondern die Rechte der Staaten, das heißt ihrer Machthaber. So zeichnen sich allmählich die Umrisse des ›sozialistischen Rechtsstaates‹ ab. Nicht zufällig hat Gorbatschow eine Kommission unter der Leitung des vormaligen KGB-Chefs Tschebrikow beauftragt, dessen Grundlagen auszuarbeiten. Daß Demokratisierung, ›Glasnost‹ und größere Eigenverantwortung der Werktätigen nicht zu mehr Selbstbestimmung der Bürger, sondern zur Mobilisierung der Bevölkerung nach den Direktiven der Partei führen sollen, konnte man schon aus Gorbatschows ›Perestrojka‹-Buch erfahren. Zusätzlich soll der ›freien Entscheidung‹ eines Volkes für ein politisches System, als welches Gorbatschow an derselben Stelle den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion beschrieben hat, der gleiche Naturrechtscharakter zugesprochen werden wie den Menschenrechten. Die Welt soll den Machtanspruch der Partei als ›unveräußerliches Grundrecht‹ anerkennen. Sollte Gorbatschow

ein solches Abkommen erreichen, wäre er wirklich ein ›Revolutionär‹. Nationen, die sich vor 14 Jahren in Helsinki auf Prinzipien der Herrschaftsbegrenzung als oberste Richtlinie für die politische Kultur einigten, würden ein autoritäres Einparteiensystem (mitsamt dessen künftigem Kurs) legitimieren.«[536]

In Lettland wendet sich Anfang Februar 1989 Generalstaatsanwalt Dsenitis in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur TASS gegen diejenigen, die seiner Meinung nach starken Einfluß hätten und auf ein Umschlagen der allgemeinen Veränderungen in Anarchie hofften. Er nennt dabei wörtlich nicht nur die »Bewegung für die Unbhängigkeit Lettlands«, sondern auch die »Volksfront«, den »Umweltschutz-Club« sowie »Helsinki 86«. Am 10. Februar 1989 warnt die »Prawda« vor den »mehr als 60000 unabhängig wirkenden Vereinigungen« in der Sowjetunion und den damit verbundenen »Attacken auf unser System«.[537] Die offizielle sowjetische Presse unterdrückt auch bewußt Meldungen über Unruhen etwa in Transkaukasien, in Sowjetisch-Zentralasien sowie Bessarabien.[538] Wenn der Prozeß von Glasnost in der Sowjetunion auch anhält und offenbar auf manchen Gebieten den Behörden aus dem Ruder gelaufen ist, so sind doch die Gegenkräfte aktiv, und dies sind nicht nur »Dogmatiker«, sondern Gorbatschow selbst versucht, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, soweit sie seine politischen Zwecke überschreitet. Und eines gibt es in der Sowjetunion nicht: eine wie immer geartete rechtliche Handhabe, die verhindern könnte, daß die Parteibehörden, die politische Führung und der KGB Glasnost völlig unterbinden, wann immer ihnen dies tunlich erscheint.

VIII.

Die Entkolonialisierung der Sowjetunion

Diejenigen, die Estland in die Isolation treiben, in eine Eigenbedarfswirtschaft, in die Schwäche und in den politischen, wirtschaftlichen wie auch kulturellen Bruch mit anderen Republiken, diese Arbeiter Estlands und anderer Republiken müssen wissen, daß sie auf dem Weg ins Verderben sind. Das darf nicht sein. Das ist keine seriöse Politik, das ist politisches Abenteurertum ... Die Forderung nach Dezentralisierung ist nicht mit der Verfassung zu vereinbaren und unterminiert das wirtschaftliche Einheitssystem der UdSSR ... Dieser Versuch läuft dem gesamten Kurs der Perestrojka, den Wirtschaftsreformen und der Demokratisierung des öffentlichen Lebens entgegen. Wir müssen die Perestrojka, Glasnost und die Demokratisierung vor Demagogie schützen.

Michail Gorbatschow[539]

Sowjetischer Kolonialismus

Die Sowjetunion ist die einzige noch bestehende große Kolonialmacht der Welt, die den Prozeß der Entkolonialisierung noch vor sich hat. Der Unterschied im Verhältnis zwischen Moskau und etwa Sowjetisch-Zentralasien einerseits zum Verhältnis zwischen Paris und Algerien, Brüssel und Belgisch-Kongo oder London und Kenia in den fünfziger Jahren andererseits besteht lediglich darin, daß zwischen den westlichen Metropolen und ihren Kolonialgebieten, die sie in den fünfziger Jahren noch besaßen, sich das Meer befand: Es waren überseeische Gebiete, während Rußland seine Kolonialausdehnung auf dem Landwege vollzogen hat.

Es war niemand anderes als Lenin, der dies festgestellt und miteinander verglichen hat. In seiner Schrift »Der Imperialismus – als höchstes Stadium des Kapitalismus« vergleicht er den Kolonialbesitz aller Staaten der Welt und insbesondere der Großmächte, wobei er Rußland als die Kolonialmacht bezeichnet, die »in ökonomischer Hinsicht am meisten zurückgeblieben ist«. Lenin veröffentlicht in seiner Schrift eine vergleichende statistische Übersicht über den Kolonialbesitz der Großmächte und kommt darin zu dem Schluß, daß bei Rußland im Jahr 1914 von der Gesamtfläche von 22,8 Millionen Quadratkilometern eine Fläche von 17,4 Millionen Quadratkilometer auf die »Kolonien« und lediglich 5,4 Millionen Quadratkilometer auf das russische »Mutterland« entfällt.[540]

Es war auch Lenin, der erklärte: »Das unbeschränkte Recht auf Lostrennung, die weitestgehende lokale und nationale Autonomie, bis ins einzelne ausgearbeitete Rechtsgarantien für die nationalen Minderheiten – das ist das Programm des revolutionären Proletariats.«[541] Bald darauf fügte er hinzu: »Wenn Finnland, wenn Polen oder die Ukraine sich von Rußland lostrennen, so ist daran nichts Schlimmes.«[542] Auch in seiner Deklaration der Rechte der Völker Rußlands vom 15. November 1917 erkennt Lenin ausdrücklich das Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung einschließlich des Rechts auf die Abtrennung und Bildung selbständiger Staaten an.

Es war jedoch auch Lenin, der dieses Prinzip sofort korrigiert hat, als es nach dem Putsch vom November 1917 tatsächlich zu Unabhängigkeitsbestrebungen von Randvölkern Rußlands kam; Lenin

erklärt daraufhin, das Selbstbestimmungsrecht habe sich den Interessen der Revolution unterzuordnen. Auf dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale im Jahr 1920 sagt er: »Die Kommunistische Internationale muß auch die These aufstellen – und theoretisch begründen –, daß die rückständigen Länder mit Unterstützung des Proletariats der fortgeschrittensten Länder zur Sowjetordnung und dann über bestimmte Entwicklungsstufen zum Kommunismus kommen können.«[543] Noch deutlicher wurde Stalin in seinem Schlußwort zum XII. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands im Jahr 1923: »Es gibt Fälle, in denen das Selbstbestimmungsrecht im Widerspruch zu einem anderen, höherem Recht gerät, im Recht der zur Macht gekommenen Arbeiterklasse auf Festlegung ihrer Macht. In solchen Fällen – das muß man offen aussprechen – kann und darf das Selbstbestimmungsrecht nicht zum Hindernis für die Verwirklichung des Rechts der Arbeiterklasse auf ihre Diktatur werden. Das erste muß hinter dem zweiten zurücktreten.«[544]

Aus diesen von Lenin und Stalin aufgestellten Grundsätzen ergibt sich die Lehre von der »brüderlichen Hilfe« – die in der sogenannten Breschnew-Doktrin ihren schließlichen Ausdruck findet – ganz von selbst: Nicht das Volk hat sein Selbstbestimmungsrecht in freier Wahl zu verwirklichen, sondern eine winzige Minderheit von Moskau genehmen Kommunisten des betreffenden Landes oder Gebietes ruft den Kreml um Hilfe, damit dieser dann mit militärischer Gewalt das »Selbstbestimmungsrecht« des betreffenden Volkes verwirklicht, indem er ihm die Segnungen des Kommunismus bringt, das heißt es Moskau unterwirft; denn nur darin kann nach sowjetischer Lesart die »Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts« liegen.

Auf diese Weise hat Lenin höchstpersönlich dafür gesorgt, daß die von ihm angeprangerte Kolonialmacht Rußland unter kommunistischer Herrschaft die Verwirklichung eines echten Selbstbestimmungsrechtes und die Lostrennung von Kolonialgebieten nicht duldet oder sie notfalls mit militärischen Mitteln rückgängig macht, ja sogar über die Ausdehnung des Zarenreichs hinausgreift.[545]

So wird 1917/18 die neuentstandene Ukrainische Nationale Republik von Petrograd anerkannt. Auf dem ersten allukrainischen Sowjetkongreß in Kiew ergibt sich am 3. Dezember 1917 eine gewaltige anti-bolschewistische Mehrheit. Unverzüglich veranstalten die

Bolschewiken einen Gegenkongreß, proklamieren dort am 24. Dezember 1917 die Ukrainische Sowjetrepublik und rufen darüber hinaus sofort die Rote Armee zur Hilfe.
In ähnlicher Weise geht die russische kommunistische Führung in Georgien und Armenien, in Aserbaidschan, auf der Krim, im Wolga-Gebiet und in Zentralasien vor: Erst werden kommunistische Gruppen künstlich gebildet, diese rufen um Hilfe, danach folgt der Einmarsch der Roten Armee.
In Turkestan marschiert die russische Rote Armee ein, weil das »werktätige Volk« sie um Hilfe gerufen hat. Daraufhin wird am 1. Mai 1918 die Sowjetrepublik Turkestan gegründet – sie umfaßt das heutige Kasachstan und die vier anderen zentralasiatischen Sowjetrepubliken – und sofort der RSFSR angegliedert.
Die Tataren, Baschkiren, Udmurtem und Mariyzen wollen unmittelbar nach der russischen Oktoberrevolution ebenfalls eigene Staaten bilden und gründen den Einheitsstaat der Tataren mit Mittelpunkt in Kasan. Am 17. Februar 1918 setzt sich die verschwindend kleine bolschewistische Minderheit vom tatarischen Nationalrat ab, bildet einen Revolutionsrat und ruft die russische Rote Armee zu Hilfe. Als dann am 26. September 1920 der erste »Alltatarische Sowjetkongreß« zusammentritt, gibt es unter den Delegierten nur 152 Tataren, dagegen 205 Russen.
In Estland verlieren die Kommunisten im Juni 1917 die Wahlen und gründen daraufhin ein Militärrevolutionskomitee, das danach Sowjetrußland mehrfach im Namen des »estnischen Volkes« – allerdings damals noch vergeblich – zu Hilfe ruft.
In Lettland ruft die Kommunistische Partei am 19. November 1918 den Aufstand aus und proklamiert von Rußland aus eine lettische Exil-Sowjetregierung. Diese ruft ebenfalls die Rote Armee Rußlands um Hilfe, die dann auch bis Mitte Januar 1919 große Teile Lettlands besetzen kann, danach allerdings von der baltischen Landeswehr wieder aus Lettland vertrieben wird.
In Litauen bildet die Kommunistische Partei im Oktober 1918 eine provisorische Revolutionsregierung und proklamiert eine »Litauische Sowjetrepublik«, die die russische Rote Armee ebenfalls zu Hilfe ruft. Diese kommt dem Ruf unverzüglich nach, doch wird sie bis zum 26. August 1919 durch einen nationalen litauischen Aufstand aus dem Lande vertrieben.

Insbesondere die baltischen Staaten müssen lernen, was von den Sowjets feierlich unterzeichnete Verträge bedeuten: Die Regierung der Bolschewiki erkennt feierlich die Unabhängigkeit Estlands am 2. Februar 1920, Litauens am 12. April 1920 und Lettlands am 11. August 1920 an. Dem folgen Jahre später noch ebenso feierliche Nicht-Angriffs-Pakte: am 28. September 1926 mit Litauen, am 5. Februar 1932 mit Lettland und am 4. Mai 1932 mit Estland, die jeweils noch durch Protokolle am 4. April 1934 verlängert werden. Im geheimen Zusatzprotokoll zu dem von Stalin angestrebten und am 23. August 1939 in dessen Namen von Wjatscheslaw Molotow gemeinsam mit Joachim von Ribbentrop unterzeichneten deutsch-sowjetischen Vertrag wird nicht nur die vierte Teilung Polens besiegelt, sondern auch die Grundlage für die sowjetische Angriffspolitik gegen Finnland, die baltischen Staaten sowie Bessarabien gelegt. Das geheime Zusatzprotokoll zu diesem Vertrag bildet die Grundlage für die gemeinsame aggressive Expansionspolitik des nationalsozialistischen Dritten Reiches und der Kommunistischen Sowjetunion. Nach der Einverleibung Ostpolens im September 1939 zwingt die sowjetische Regierung unter Drohungen am 1., 5. und 10. Oktober 1939 die drei baltischen Staaten, Verträge über »gegenseitige Hilfeleistungen« abzuschließen. Am 31. Oktober 1939 erklärt der sowjetische Außenminister Molotow vor dem Obersten Sowjet, Moskau denke nicht daran, die baltischen Staaten zu sowjetisieren – solche Behauptungen seien nichts als antisowjetische Hetze. Die sowjetische Regierung werde die von ihr mit den baltischen Staaten abgeschlossenen Verträge feierlich einhalten. Bereits im Sommer des folgenden Jahres 1940 rückt die Rote Armee in Estland ein, verhaftet und verschleppt den estnischen Staatspräsidenten Konstantin Paets sowie die gesamte estnische Regierung. Die estnische Armee wird entwaffnet, die Offiziere entweder nach Sibirien deportiert oder ermordet. In Estland, Lettland und Litauen werden sowjetische Kommissare eingesetzt, die »Wahlen« mit kommunistischen Einheitslisten veranstalten. Am 21. Juli 1940 treten die drei neugewählten »Nationalversammlungen« zusammen und »bitten« um Aufnahme in die UdSSR.

Lenin greift auch über die Grenzen des alten Zarenreiches hinaus: So waren etwa die Khanate, Buchara und Chiva nie Teile des Russischen Reiches gewesen, sondern seit 1868 bzw. 1873 lediglich russi-

sche Vasallenstaaten. In Buchara selbst gab es keinen einzigen Kommunisten.
So wird die kommunistische Partei Bucharas Ende 1918 in Sowjetturkestan gegründet; ihr provisorisches Komitee arbeitet in Taschkent. Dort werden bewaffnete Terroristengruppen ausgebildet, die den nicht existierenden »Revolutionären von Buchara« zur Hilfe eilen sollen. Durch den Widerstand der Bevölkerung von Buchara wurde der erste sowjetische Invasionsversuch vereitelt, und erst im August 1920 gelang es Marschall Michail W. Frunse mit der gewaltigen Überlegenheit der von ihm geführten Roten Armee, das Land der Sowjetunion einzuverleiben.
Auch für das Khanat Chiva müssen die kommunistische Partei und das Revolutionskomitee im russischen Ausland gebildet werden. Auch hier gelingt es nach deren Hilferufen der Roten Armee erst beim zweiten Versuch im November 1919, das Khanat zu besetzen.
Das Nationalitätenproblem ist – neben der Misere der dahinsiechenden sozialistischen Wirtschaft – das kritischste Problem der Sowjetunion. Auf diesem Gebiet haben sämtliche kommunistischen Systeme versagt: etwa Jugoslawien, insbesondere gegenüber den Albanern, die Volksrepublik China in Tibet, Rumänien gegenüber den Siebenbürger Deutschen und den Ungarn, Polen im Verhältnis zu den Deutschen, aber insbesondere die Sowjetunion.
Trotz der massiven Russifizierungspolitik Breschnews ist die Verschmelzungspolitik gescheitert. Es geht heute um die Gleichberechtigung der Nationalitäten, um die Verwirklichung eines wirklichen Selbstbestimmungsrechts und auch um die Frage der Unabhängigkeit. Bei jeder einzelnen der Nationalitäten liegen die Probleme unterschiedlich. Fast überall gibt es jedoch enge Berührungen und Wechselwirkungen zwischen der Nationalitätenfrage und religiösem Erwachen: so etwa bei den unierten Orthodoxen in der Ukraine, bei der Frage der religiösen Freiheit für die Katholiken im Baltikum und beim Wiedererwachen des Islam in Zentralasien. Hier, in Sowjetisch-Zentralasien kommen Bevölkerungsexplosion, übergreifender islamischer Fundamentalismus, Mangel an sozialer und schulischer Infrastruktur sowie ausbeuterische wirtschaftliche Monokultur zusammen und ergeben ein klassisches Beispiel von rückständigem Kolonialismus.
Die sowjetischen Führungsorgane bestehen zum weit überwiegen-

den Teil aus Russen: So befinden sich unter den zwölf Vollmitgliedern und acht Kandidaten des Politbüros lediglich drei Nichtrussen. In der sowjetischen Armee bestehen etwa 90 % des Offizierskorps aus Russen. In allen Teilen der Sowjetunion wird Russisch gewissermaßen als Ober-Sprache eingeführt. Die Einheimischen in den nichtrussischen Teilen der Sowjetunion müssen daher Russisch lernen, während die in diesen Gebieten angesiedelten oder zugezogenen Russen in der Regel nicht bereit sind, die Sprache des Landes zu erlernen.

In der Sowjetunion mit ihren über 280 Millionen Einwohnern gibt es etwa 100 verschiedene Völker und Volksgruppen: 15 Sowjetrepubliken, von denen die russische Föderation RSFSR die größte ist, 20 Autonome Republiken, 8 Autonome Gebiete und 10 Autonome Kreise. Daß diese Autonomie jedoch in Wirklichkeit nur auf dem Papier steht, berichtet László Révész: »Eine eigentliche Groteske aber bildet das ›garantierte‹ Sezessionsrecht der Sowjetrepubliken. Artikel 72 (der Verfassung) erkennt ›jeder Sowjetrepublik das Recht auf freien Austritt aus der UdSSR‹ zu. Demgegenüber aber definiert das Strafgesetz eine ›vorsätzliche Handlung gegen die territoriale Integrität der UdSSR‹ als ›Hochverrat‹ und sieht als Höchststrafe dafür den Tod vor (Art. 64 RSFSR-StGB; die inhaltsgleiche Bestimmung findet sich auch in den Strafgesetzbüchern der anderen Sowjetrepubliken). Somit: Wer dieses Verfassungsrecht beansprucht, kann dafür laut Strafgesetz hingerichtet werden. Die sowjetische Nationalitätenpolitik betrachtet die Kultur der verschiedenen Sowjetvölker gemäß der Standardformel als ›national in der Form und sozialistisch im Inhalt‹. Oder in der Parteiprogramm-Version als ›national in der Form und internationalistisch im Geist‹. Das ist durchaus auch die Lesart des gegenwärtigen Parteichefs. In seinem politischen Bericht zuhänden des Parteitags von 1986 heißt es: ›Das gesunde Interesse für die nationalen Kulturwerte darf nicht in Versuche ausarten, sich gegen den objektiven Prozeß der Annäherung aller nationalen Kulturen abzuschirmen.‹ Gewarnt wird weiter vor Idyllisierung religiöser und ›nationalreaktionärer Überbleibsel‹. Vereinfacht: Man darf zum Folklore-Abend andere Trachten tragen als die Russen, solange man bloß nicht anders denkt als sie.«[546]

Die von Lenin angekündigte Verschmelzung aller unterschiedlichen Individualitäten zum »neuen Menschen«, dem Sowjetmen-

schen, hat sich als ebenso falsch erwiesen wie sämtliche marxistisch-leninistischen Ankündigungen über die Wirtschaftsentwicklung. Das Gegenteil ist eingetreten. Religiosität, Selbstbewußtsein, Eigenständigkeit, Nationalgefühl sind gewachsen, dazu kommen die Ressentiments gegen die Versuche der Russifizierung, die Forderungen der Wiedergutmachung wegen der Unterdrückung vieler Völkerschaften und die ungelösten Probleme der Umgesiedelten, Vertriebenen und Entrechteten wie etwa der Krim-Tataren und der Wolga-Deutschen. Insgesamt besteht etwa die Hälfte der Bevölkerung der Sowjetunion aus Nichtrussen.

Insgesamt ist die Nationalitätenfrage seit dem Bestehen der Sowjetunion niemals zur Ruhe gekommen, aber mit dem Aufkommen von Glasnost unter Gorbatschow ist sie wohl eines der größten und wichtigsten Probleme, die der Büchse der Pandora entwichen sind. Sehr bald nach der Machtübernahme Gorbatschows beginnen im Dezember 1986, nach der Absetzung des kasachischen Parteichefs Kunajew und seiner Ersetzung durch den Russen Kolbin, in Alma Ata die ersten größeren nationalen Unruhen, die seither fast alle Teile der Sowjetunion erfaßt haben.

Dies ist um so weniger verwunderlich, als sich viele dieser Völker bereits nach 1917 einem Anschluß an die sozialistische Sowjetunion widersetzt und in der Stalin-Zeit während und nach dem Zweiten Weltkrieg zum Teil mit der Waffe in der Hand für ihre Unabhängigkeit gekämpft haben: In der Ukraine, in Litauen, Lettland und Estland, bei den Kalmücken und Tataren, bei den Völkern des Kaukasus und vielen anderen hatte es bewaffnete Aufstände gegeben. In den Sechziger Jahren brechen Massenstreikbewegungen in der Ukraine aus. 1965 folgen bewaffnete Aufstände in Kasachstan und Sumgait, 1967 wiederum in der Ukraine. 1968 fordern Studenten in großen Protestdemonstrationen die Rückkehr von Nagorno-Karabach zu Armenien. Viele dieser Bewegungen leben wieder auf.

Im Herbst 1988 erklärte der Stellvertretende Direktor des amerikanischen Geheimdienstes CIA, Richard Gates, die CIA habe seit Anfang 1987 rund 600 Unruhen in der Sowjetunion registriert, von denen fast die Hälfte auf ethnische Konflikte zurückzuführen seien.[547]

Die Londoner Times dokumentiert in einem mehrseitigen umfassenden Bericht allein während eines Vierteljahres zwischen Februar

und April 1988 etwa 200 Zwischenfälle, Demonstrationen oder Unruhen aus allen Teilen der Sowjetunion.[548]
Gorbatschow hat zwar mehrmals versprochen, die Nationalitätenfrage zu lösen – so bereits anläßlich des 27. Parteikongresses im Februar 1986 –, auch die Einsetzung einer Sonderkommission und die Einberufung des Zentralkomitees der KPdSU zu einer Sondersitzung wurden angekündigt. Dies blieb bis heute jedoch nur Versprechung.[549]
Der Osteuropa-Experte der Schweizerzeit, Peter Weiss, kommt zu dem Schluß: »Der Grund für die Verzögerung könnte darin liegen, daß Gorbatschow sich diesbezüglich in einer Zwickmühle befindet und selbst nicht weiß, wie diese brisante Frage gelöst werden könnte, ohne die staatliche Integrität der Sowjetunion zu gefährden. Seine ursprüngliche Konzeption bestand darin, bei der gleichzeitigen Unterstützung der russischen Dominanz Versuche mit einer Art föderalistischer Lösung in den kleinen baltischen Republiken durchzuführen, von denen er sich besonders im skandinavischen Raum propagandistische Erfolge erhofft hat. Doch war er dabei nicht in der Lage, die ausbrechenden Emotionen der baltischen Völker einzudämmen. Dazu kam noch der fast unlösbare Konflikt in den kaukasischen Republiken. So scheint ihm nichts anderes übrig zu bleiben, als sich weiterhin zur Fortsetzung der Nationalitätenpolitik seiner Vorgänger zu entschließen und auf die Suche nach einer Lösung des Nationalitätenproblems vorläufig zu verzichten.«[550]
Politbüro und Zentralkomitee haben die Feder mit geführt und zeigen Gorbatschow mehr als einen Getriebenen als einen Treibenden, als er am 1. Juli 1989 über Fernsehen und Rundfunk den Sowjetmenschen eine »Katastrophe« vor Augen führt, wenn es nicht zu einer Beruhigung in der Nationalitätenfrage komme. Wenn der Volksgruppenstreit sich ausbreite, dann stünden schlimme Zeiten bevor. Verantwortungslose Parolen und politische Hetze könnten zu einer allgemeinen Tragödie führen. Der Nationalitätenkonflikt sei ein Spiel mit dem Feuer. Zum wiederholten Male kündigt Gorbatschow an, daß die Führungsgremien von Staat und Partei sich mit der Frage beschäftigen würden, er beschuldigt seine Vorgänger und insbesondere Stalin falscher Entscheidungen und Handhabung des Nationalitätenkonflikts; Lösungsrezepte hat er allerdings selbst nicht anzubieten.

Selbstbestimmungsrecht für die baltischen Staaten

Überall in der Sowjetunion werden Freiheitsgefühl, Selbstbehauptungswille, aber auch lang zurückgestaute Empörung über die sowjetische Russifizierungspolitik deutlich. Unüberhörbar wird der Ruf nach Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmungsrecht insbesondere in den drei baltischen Staaten, die erst 1940 im Zuge ihrer Annexion durch Stalin ihre Unabhängigkeit verloren haben. Esten, Letten und Litauer haben bereits 1987 im Zuge von Glasnost begonnen, offen um größere Autonomie zu kämpfen und bereiten im Herbst 1988 die Gründung von »Volksfronten« vor, um für ihre Unabhängigkeit zu kämpfen. Ein wichtiger Punkt hierbei ist die Einführung der einheimischen Sprachen als offizielle Staatssprachen – dies war bisher allein Russisch. In Sorge über die sich mehr und mehr verstärkende Freiheitsbewegung in den drei baltischen Republiken werden Anfang November 1988 von Moskau die drei Politbüromitglieder Sljunkow, Tschebrikow und Medwedjew zu »Arbeitsbesuchen« in die drei baltischen Staaten geschickt, um dort »vor zu weitgehenden Forderungen nach größerer Autonomie« zu warnen.[551]

In Estland spricht man nicht mehr nur von »sozialistischem Pluralismus«, sondern von einer darüber hinausgehenden breiteren Sicht dessen, was die Volksfront anstreben solle. Eines der sieben Vorstandsmitglieder der estnischen Volksfront, Marju Lauristin, erklärt: Wir wollen den Mechanismus der Macht in Estland verändern ... Wir wollen Kandidaten in jeder Stadt und jedem Dorf aufstellen, die wirklich den Namen eines Abgeordneten verdienen.[552] Mit Fackeln und estnischen Nationalflaggen marschieren die Menschen durch die Straße und rufen »Estland ist in unserer Hand«.[553] Wenn die Umbildung der Sowjetunion von einer Föderation in eine Union selbständiger Republiken nicht funktioniere, müsse auf demokratische Weise entschieden werden, ob Estland in der Union bleibe oder aus der UdSSR ausscheide, erklärt einer der Führer der Volksfront.[554] Zehntausende unterschreiben Appelle, in denen der Oberste Sowjet Estlands zur Ablehnung der Verfassungsänderung der UdSSR aufgefordert wird, durch die der Zentralismus in der Sowjetunion gestärkt werden soll.[555] Am 16. November spricht sich

Estland als erste der drei baltischen Republiken für die Wahrung und den weiteren Ausbau seiner Autonomierechte gegenüber der Zentralregierung in Moskau aus. In einer vom estnischen Parlament in Tallinn, dem alten Reval, einstimmig angenommenen Resolution wird gefordert, daß die von Michail Gorbatschow angestrebten Verfassungsänderungen abgeschwächt werden sollen und das bisherige Recht der Sowjetrepubliken, auf Wunsch aus der Union auszuscheiden, erhalten werden müsse.
Der Chef der estnischen Planungsbehörden erklärt, Estland strebe eine eigene, vom sowjetischen Rubel unabhängige Währung und eine eigene Staatsbürgerschaft an.[556] Zwei Wochen später billigt das Zentralkomitee der KPdSU in Moskau die von Gorbatschow geforderten Verfassungsänderungen einschließlich verstärktem Zentralismus. Auch künftig wird Moskau bei der »allseitigen Entwicklung« der nichtrussischen »Bruderrepubliken« das Sagen haben. Statt sich die nationalen Traditionen, ihre Dynamik und Produktivkräfte zu eigen zu machen und für die Ziele der Perestrojka zu nutzen, siegt großrussische Hegemonialtradition, die die Gegensätze nur noch mehr verstärken muß. Günter Zehm kommt zu dem Schluß: »Es berührt sehr eigenartig, wenn Gorbatschow da immer nur erklärt, die nationalen Bewegungen seien ›Störer‹, die den Erfolg der Perestrojka gefährdeten. Wahr ist ja stattdessen, daß Perestrojka ohne eine liberale, auf Autonomie, Dezentralisierung und Selbstbestimmung abzielende Nationalitätenpolitik gar nicht möglich ist.«[557]
Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR erklärt zu den estnischen Verfassungsänderungen, »daß diese Bestimmungen der Verfassung der UdSSR und den Gesetzen der UdSSR nicht entsprechen.«[558] Aus Reval jedoch heißt es: »Wir werden unseren Kampf mit gesetzlichen Mitteln fortsetzen.« Sowohl der Vorsitzende des estnischen Sowjetpräsidiums, Ruutel, wie auch der estnische KP-Chef Väinö Väljas wollen von den Beschlüssen des estnischen Parlaments nicht abweichen.[559] Der Oberste Sowjet Estlands erklärt, er betrachte den Beschluß des Obersten Sowjets der UdSSR nur »als Richtlinie«.[560]
Darüber hinaus kritisiert der estnische Ministerpräsident Indrek Toome die Organisation der in Estland lebenden Russen »Interfront« scharf, da diese in Estland lebenden Russen zu zivilem Unge-

horsam gegenüber der estnischen Partei- und Staatsführung aufgefordert haben.[561] M. L. Bronstein, Mitglied der estnischen Akademie der Wissenschaften in Reval, wirft in einem offenen Brief der Moskauer Prawda Lügen vor, da sie ihre Leser wissentlich falsch über die neuesten politischen Entwicklungen in Estland informiere.[562]

Noch bevor 1988 erstmals in Estland wieder offiziell Weihnachten gefeiert werden darf und auch wieder Bibeln in estnischer Sprache im Lande gedruckt werden, wird eine Christliche Union gegründet, die ihre amtliche Zulassung erwirken will.[563] In Estland, mit der alten wissenschaftlichen Tradition seiner Universität Dorpat und seinen traditionellen Bindungen an Finnland, dessen Sprache auch mit dem Estnischen verwandt ist, waren die persönlichen Kontakte über die finnische Grenze hinweg nie abgerissen, zumal man durch die Möglichkeit des Empfangs des finnischen Fernsehens stets genauestens über die Entwicklung in der westlichen Welt informiert war.

Aber auch in Lettland ist der Ruf nach Autonomie nicht mehr zu überhören. Unter dem Glockengeläut der ehrwürdigen Domkirche zu Riga bildet sich am 9. Oktober 1988 auch eine lettische »Volksfront«.[564] Als Gegenorganisation hierzu konstituiert sich zwei Monate später eine »Internationale Front der Werktätigen der Republik«, die »Interfront«, in der etwa 300000 Vertreter verschiedener Nationalitäten zusammengetrommelt werden, die »die führende Rolle der Partei in unserer Gesellschaft und die Treue zum Sozialismus« bestätigen.[565]

Am 23. Oktober 1988 geht in Wilna die Gründungsversammlung der litauischen Bewegung für Perestrojka »Sajudis« mit der Verabschiedung eines Programms sowie der Wahl eines Sejms – eines Parlaments – zu Ende.[566] Das neugewählte Parlament erklärt Litauisch zur Staatssprache und verleiht der alten gelb-rot-grünen Nationalfahne aus der Zeit der litauischen Unabhängigkeit vor 1940 den Status einer Staatsflagge.[567] Auch in Wilna werden Gegenkräfte mobilisiert. Mitte Februar 1989 protestieren 50000 russisch- und polnischsprachige Einwohner gegen die Einführung des Litauischen als Amtssprache. Der Protest ist von der neugegründeten Massenbewegung der Jedinstwa (Einheit) organisiert, der zumeist Nichtlitauer angehören.[568]

Der litauische Kardinal Sladkevicius fordert seine Landsleute offen auf, der Sowjetunion den Rücken zu kehren, und Bischof Julijonas Steponavicius rät in einer Predigt in Wilna den Litauern, einen »friedlichen Unabhängigkeitskampf« gegen Moskau zu führen. Sprecher von Sajudis erklären: »Wir werden ein Referendum abhalten, und dann heißt es: Lebwohl, Sowjetunion!«[569]
Die Unabhängigkeitsbewegungen in den baltischen Republiken haben eine baltische Versammlung begründet, die am 13. und 14. Mai 1989 in der estnischen Hauptstadt Reval tagt. Vertreten sind 82 Delegierte von der estnischen Volksfront, 100 von der lettischen Volksfront und 173 von der litauischen Nationalbewegung Sajudis. Auch ausländische Beobachter aus Ungarn, der Tschechoslowakei und Finnland nehmen an der Versammlung teil. Neun Dokumente wurden verabschiedet, die die wirtschaftliche Unabhängigkeit der drei Republiken, die Auflösung der Einsatztruppen, die Begrenzung des Einsatzes der Roten Armee auf Fälle der Landesverteidigung und die Anullierung der kürzlich beschlossenen sowjetischen Bestimmungen zur Einschränkung der Meinungsfreiheit fordern.[570]
Außerdem haben die Landesparlamente von Estland und Litauen den Kongreß der Volksdeputierten in Moskau aufgefordert, das geheime Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt von 1939 für von Anfang an nichtig zu erklären. Die von der sowjetischen Regierung – einschließlich vom Staatsoberhaupt und langjährigen Außenminister Andrej Gromyko – immer wieder bestrittene Existenz des Geheimabkommens wurde durch Veröffentlichungen des Wortlauts in der baltischen Presse entkräftet.
Darüber hinaus hat das estnische Parlament die Souveränitätserklärung für Estland vom November 1988 bekräftigt. Staatspräsident Ruutel hat erklärt, die estnische Regierung habe trotz des sowjetischen Einspruchs danach gehandelt und bereits mehrere sowjetische Gesetze abgelehnt.[571] Ende Juli 1989 beschließt der Oberste Sowjet weitgehende wirtschaftliche Selbständigkeit für die baltischen Republiken.
Am 23. August 1989, dem 50. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes, bilden zwei Millionen Esten, Letten und Litauer eine Menschenkette von Reval über Riga nach Wilna. Ukrainer und Bessarabier solidarisieren sich mit ihrer Freiheitsforderung.

Freiheit für die Ukraine

Die Ukraine mußte in den vergangenen siebzig Jahren ganz besonders schwer unter sowjetischer Unterdrückung leiden. Im Mai 1988 wurden in der Ukraine Flugzettel verteilt mit der Forderung: Wir wollen Freiheit! Russische Besetzer: Heraus aus der Ukraine![572]

In den vergangenen siebzig Jahren wurde von Moskau aus eine brutale Unterdrückungspolitik gegen das ukrainische Volk geführt: In drei weitgehend vorsätzlich erzeugten Hungersnöten sind Millionen Ukrainer umgekommen – 1921 zwei Millionen, 1933 elf Millionen Menschen; 1947 wurde erneut eine künstliche Hungersnot erzeugt, um die Ukrainer für ihre Haltung im »großen vaterländischen Krieg« zu bestrafen.

Die Ukrainer haben ihren Kampf um Selbständigkeit und ihren Widerstand gegen das Moskauer Regime nie aufgegeben. Seit Frühjahr 1988 häufen sich die Protestdemonstrationen, insbesondere in Kiew, Lemberg und Odessa. Am 23. Juni 1988 nehmen 30 000 Menschen an einem Requiem für die Opfer des Stalinismus in Lemberg teil. Etwa gleichviel Menschen beteiligen sich an vielen Einzelveranstaltungen in der Westukraine, die von Bischöfen und Priestern der ukrainischen katholischen Untergrundkirche aus Anlaß des Millenniums der Taufe der Rus veranstaltet werden.

Am 1. September 1988 versammeln sich 4000 Bürger von Lemberg anläßlich des 40. Jahrestages der Unterzeichnung der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen, obwohl der Oberste Sowjet nach den vorhergehenden Massenkundgebungen eine Einschränkung des Demonstrationsrechts und den Einsatz von KGB-Truppen zur Auflösung von Demonstrationen verfügt hatte.[573] Die großen Demonstrationen in Lemberg im Sommer 1988 führen nach dem Muster der »Volksfront« in den baltischen Staaten zur Bildung einer »demokratischen Front zur Unterstützung von Perestrojka«.[574] In Lemberger Zeitungen werden die Demonstranten als »Nationalisten« und »Unierte Raudis« bezeichnet, die von der CIA abhängig und »bezahlte Agenten westlicher Geheimdienste« seien.[575] Der Bürgerrechtler Iwan Makar wird verhaftet, und bei späteren Kundgebungen am 4. August und 1. September werden Demonstranten von

neugegründeten Spezialeinheiten des Staatssicherheitsdienstes MWD zusammengeschlagen und mit Hunden gejagt.[576]
Aufgrund des Reaktorunfalls von Tschernobyl konzentriert sich in der Ukraine darüber hinaus der Widerstand gegen das sowjetische Kernenergieprogramm. Ihre Repräsentanten fordern ein Mitspracherecht der Ukrainer bei den bisher allein von Moskau getroffenen Entscheidungen.[577] So haben am 13. November 1988 in Kiew[578] und am 26. November in Tschernowtsy in der Westukraine Kundgebungen stattgefunden, wo etwa 130 Kinder wegen Thallium-Vergiftung in Krankenhäuser eingeliefert worden sind.[579]
Im Februar 1989 kommt Gorbatschow in die Ukraine, wo sich aufgrund der harten Haltung des dortigen Parteisekretärs Wladimir Schtscherbitzki die Situation mehr und mehr zuspitzt. Trotz Warnungen durch die kommunistische Partei hat die ukrainische Schriftstellerunion ein politisches Programm für die Ukraine entwickelt, das den Forderungen der Esten und Letten in nichts nachsteht und das am 11. und 12. Februar 1989 von der Gesellschaft für die Ukrainische Sprache mit Begeisterung unterstützt wird. Die Versammlung der 500 Delegierten und über 3000 Beobachter wird zu einer Demonstration gegen Schtscherbitzki, dessen Rücktritt gefordert wird.[580]
Bohdan Rebryk, einer der Wortführer der ukrainischen Menschenrechtsbewegung und Mitglied des Helsinki-Komitees, faßt die Stimmung mit den Worten zusammen, in der Ukraine sei »eine Wiedergeburt des ukrainischen Nationalgefühls« zu beobachten.[581] Rebryk fügte hinzu: »Die Jugend ist völlig der Kontrolle des Regimes entglitten. Die jungen Leute akzeptieren weder den Kommunistischen Jugendverband Komsomol, noch die Staatsmacht überhaupt ... Wohin haben die Kommunisten unser Land geführt? Sie haben das Gleichgewicht der menschlichen Natur zerstört, indem sie uns ein Leben ohne Gott und im Zeichen des Materialismus aufzwangen ... Die einfachen Arbeiter verlangen von den Vorgesetzten in den Betrieben, auf ukrainisch und nicht wie bisher auf russisch angesprochen zu werden. Wir wurden in den sechziger und siebziger Jahren wegen ›ukrainischem Nationalismus‹ eingesperrt und verfolgt – jetzt aber sehen die Menschen, daß wir recht hatten mit unserer Kritik am kommunistischen System.«[582]
Anfang 1989 wird das Programm der neugegründeten ukrainischen

Helsinki-Union bekannt, die unter der Leitung von Levko Lukjanenko steht. Lukjanenko ist bereits 1961 zum Tode verurteilt worden – das Urteil wurde in fünfzehn Jahre Gulag umgeändert – und hat 1976 die ukrainische Helsinki-Gruppe mitgegründet; auch hierfür wird er nochmals zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt.
Das Dokument unter der Überschrift »Was nun?« ist zugleich ein Programm für eine nationale Befreiungsbewegung der Ukraine wie auch ein grundlegender theoretischer Beitrag zum ukrainischen politischen Gedankengut in der Zeit von Glasnost. Es heißt darin: In der Sowjetunion hat »die imperiale kommunistische Ordnung einen Krisenpunkt als Ergebnis der logischen Entwicklung ihrer auf Eroberung angelegten Außenpolitik und der künstlichen nichtgangbaren inneren Wirtschaftspolitik erreicht ... Wir erleben den Bankrott der marxistischen Idee einer internationalen Diktatur des Proletariats, den Bankrott der 600 Jahre alten imperialistischen russischen Idee, den Bankrott einer wirtschaftlichen Konkurrenz der autoritären Sowjetunion mit dem demokratischen Westen, und weil dies fast die halbe Menschheit miteinbezogen hat, wird auch die Lösung dieser Fragen die Menschheit in eine neue Welt führen, zu einer historischen Wende auf einer neuen geistigen Grundlage.«[583]
Mit ähnlichen Zielen wie die demokratische Union im russischen Teil der Sowjetunion wird auch in der Ukraine auf christlicher Grundlage eine ukrainische demokratische Union (UDU) gegründet. Gruppen gibt es in Kiew, Odessa, Dnjepropetrowsk und anderen Orten.[584]
Am 15. Februar 1989 richtet ein »Initiativkomitee für die Wiedergeburt der ukrainischen autokephalen orthodoxen Kirche in der Ukraine« einen Appell an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, der Ukraine und an die internationale christliche Gemeinschaft.[585] Zugleich mit dem wiederaufgeflammten Kampf für ihre nationale Unabhängigkeit fühlen sich die Ukrainer ermutigt, auch wieder offen ihren Glauben zu bekennen und dafür zu kämpfen. Als Generalsekretär Gorbatschow nach seinem Besuch von Kiew am 20. Februar 1989 nach Lemberg in die Westukraine fliegt, werden dort einige führende Bürgerrechtler vorsorglich in Haft genommen, unter ihnen Iwan Hel – der bereits achtzehn Jahre Gulag hinter sich hat –, der Vorsitzende des Komitees zur Verteidigung der Ukrainischen Katholischen Kirche. Aber das beeindruckt den Bekenner-

mut der Ukrainer nicht: Wenige Tage später, am 26. Februar, finden sich über 25 000 Ukrainer vor der Himmelfahrtskirche in Lemberg ein, wo anläßlich des 128. Jahrestages des Todes von Karas Schewtschenko, des ukrainischen Nationaldichters, zur Unterstreichung der Solidarität zwischen der orthodoxen Kirche und der ukrainischen unierten katholischen Kirche ein ökomenischer Gottesdienst zelebriert wird. Auch bei dieser Gelegenheit kommt es wieder zu vorsorglichen Festnahmen.[586]

Die römisch-katholische Kirche zeigt demonstrativ ihre Solidarität mit den unierten ukrainischen Glaubensbrüdern: Während im Sommer 1988 in Neu-Ulm eine ukrainische Kulturwoche zur Feier des Millenniums in der Ukraine stattfindet, deren Schirmherrschaft der Augsburger Bischof Dr. Josef Stimpfle übernommen hat, folgt der Bischof gemeinsam mit etwa 100 Pilgern nach Kiew und Lemberg. Diese pastorale Reise ermöglicht es Bischof Stimpfle als erstem westlichen Bischof, nach vierzig Jahren ein Zeuge der Lebendigkeit, aber auch der Verfolgung der Ukrainischen Katholischen Kirche zu sein. In Lemberg besucht er den greisen Altbischof Sterniuk und den leitenden Untergrundbischof Pawlo Wassylyk: »Der Besuch katholischer Pilger aus Deutschland gibt uns Schutz, Hoffnung und Kraft«, äußert der ukrainische Bischof, der wegen seiner Treue zur katholischen Kirche dreizehn Jahre in Gefängnissen verbrachte, bevor er 1974 heimlich die Bischofsweihe empfing.

Die ukrainische Katakombenkirche lebt – im Jahre ihres Millenniums feiern Tausende und Abertausende von Gläubigen in den Wäldern der Wallfahrtsorte Hruschiw, Hoschiw und Zarwanytsa, wo über 20 000 Gläubige trotz Störversuche der Miliz und strömenden Regens zusammenkommen. Die Verbundenheit von Bischof Dr. Stimpfle mit der verfolgten ukrainischen Kirche bringt ihm allerdings zwei ausgiebige Verhöre durch den KGB und einen ambulanten Krankenhausaufenthalt ein. Bischof Stimpfle richtet trotzdem einen Appell an die Führung der Sowjetunion für die Legalisierung der Ukrainischen Katholischen Kirche und ruft die westlichen und insbesondere die deutschen Politiker dazu auf, sich für die im Untergrund wirkende ukrainische Kirche und für ihre Wiederzulassung einzusetzen, denn Glaubens- und Gewissensfreiheit sind die Grundlagen aller Menschenrechte.[587]

Nationales Wiedererwachen in Weißrußland

Auch in Bjelorußland rührt sich der Wille zur Eigenständigkeit. Die Weißruthenen erinnern sich an ihre alte Tradition. Im 16. und 17. Jahrhundert war weißrussisch die Amtssprache im litauischen Staat. 1917/18 war Weißrußland unabhängig, bis es zwangsweise von Lenin in die Sowjetunion eingegliedert wurde.

Der bekannte weißruthenische Schriftsteller Vasil Bykow fordert in einem Interview nationale Erneuerung und Entstalinisierung und gibt die Bildung einer »Initiativgruppe für die Volksfront Weißrußlands« bekannt.[588] Bykow wendet sich auch gegen die »ideologischen Bajonette«, mit denen sich die sowjetischen Behörden gegen die Initiative gewandt haben.[589] Am Allerseelentag 1988 findet in Minsk eine Großdemonstration zum Gedenken an die weißrussischen Opfer der stalinistischen Verfolgung statt, die mit Tränengas und Wasserwerfern auseinandergetrieben wird. Die Zufahrtswege zum Moskauer Friedhof von Minsk werden gesperrt, um die Teilnahme der Menschen zu verhindern. Hierauf wendet sich die Empörung der Öffentlichkeit gegen die Moskauer Lippenbekenntnisse zu Glasnost und Perestrojka, während in Wirklichkeit die alte Unterdrückungspolitik fortdauere.[590]

Zwei Tatsachen verstärken die Opposition der Weißruthenen: Erstens liegt Bjelorußland an der Grenze zu Polen, wo etwa 350000 Weißrussen leben, so daß bereits 1980 die Gründung der polnischen freiheitlichen Gewerkschaft »Solidarność« auch in Weißrußland einen starken Eindruck gemacht hat. Zweitens hat auch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, das lediglich 150 Kilometer von der weißrussischen Stadt Gomel entfernt liegt, die Gemüter erregt. Daher hat es auch öffentliche Proteste gegen den geplanten Bau eines neuen Kernkraftwerkes auf bjelorussischem Territorium gegeben.

Dies ist auch ein Auslöser für den weißrussischen Widerstand gegen die Russifizierung und das jahrzehntelange Zurückdrängen der weißrussischen Sprache durch die Moskauer Zentrale. Lediglich 15 % der Zeitungen erscheinen in weißrussischer Sprache, und bjelorussische Schulen gibt es lediglich noch in wenigen Dörfern.

Auch von den stalinistischen Massenmorden war Weißruthenien neben der Ukraine besonders stark betroffen. Dazu kommt der Ein-

fluß der Unabhängigkeitsbewegungen im Baltikum und auch der 400 000 in Weißrußland lebenden katholischen Polen.
Die Weißruthenen haben auch nicht vergessen, wie 1986 vor der Dreifaltigkeitskirche in Minsk eine nationale Kundgebung mit großer Brutalität gesprengt wurde. Beachtlich ist, daß es nicht die ältere Generation, sondern hauptsächlich die Jugend und die Intelligenz ist, die sich an die Spitze einer großen Zahl informeller Gruppierungen stellen, die im Geiste der weißruthenischen Eigenständigkeit arbeiten. Allein in Minsk gibt es fünfzehn solcher Vereinigungen, deren aktivste »Talaka« heißt.[591]
Die weißruthenische Volksfront »Erneuerung« hat sich in einer Elf-Punkte-Erklärung an die Bürger Bjelorußlands gewandt. In ihnen wird Demokratie gefordert sowie Unterstützung für die weißrussische Souveränität, wirtschaftliche Selbstverwaltung, Respekt für Menschenrechte, eine strikt ökologische Politik sowie die Wiedereinführung des Weißrussischen als Staatssprache.[592]

Sprachenkampf in Bessarabien

Auch in dem alten rumänischen Bessarabien – der nachmaligen moldauischen Sowjetrepublik – rührt sich der Drang nach Eigenständigkeit. Das Land zwischen Pruth und Dnjestr war nach der Oktoberrevolution rumänisch und wurde erst in der Folge des Hitler-Stalin-Paktes vom August 1939 durch die Sowjetunion annektiert. Moskau behauptet, das »moldauische Volk« habe nichts mit Rumänien zu tun und spreche eine eigene Sprache; daher wird zwangsweise das kyrillische Alphabet eingeführt. In Wirklichkeit unterscheidet sich die in Bessarabien gesprochene Sprache nur durch geringfügige Dialektunterschiede von der des rumänischen Mutterlandes. In den fünfziger Jahren wird sogar von den Sowjets »wissenschaftlich bewiesen«, daß »moldauisch« in Wirklichkeit eine slawische Sprache sei.
1988 werden in der Hauptstadt der moldauischen Sowjetrepublik Chisinau – auf russisch Kischinew – zwei für die Eigenständigkeit kämpfende Vereinigungen gegründet: der Matejewitsch-Literaturclub unter der Leitung von Anton Salar und eine »Demokratische Bewegung für die Unterstützung von Perestrojka«.

Am Weihnachtstag 1988 finden in Chisinau große Kundgebungen statt, gemeinsam mit der »Liga demokratischer Studenten«, die den Rücktritt des moldauischen Parteichefs Simeon Grossul und die Einführung des Rumänischen als Amtssprache fordern.[593]
Mitte Februar 1989 demonstrieren etwa 10000 Menschen in Chisinau erneut für ihre Muttersprache als Amtssprache sowie für die Einführung des lateinischen Alphabets.[594] Mitte März 1989 erscheint in Chisinau die neue Kulturzeitschrift Glasul (Die Stimme). Die Ausgabe war von moldauischen Schriftstellern vorbereitet, in Lettland in lateinischer Schrift in 60000 Exemplaren gedruckt und dann von Riga nach Chisinau befördert worden. In den Artikeln wird die Erhaltung nationaler Tradition als Verteidigung gegen ethnische Zwangsassimilierung gefordert. Die Behörden drohen mit Gegenmaßnahmen und der erste Sekretär der moldauischen KP, Grossul, erklärt, die Herausgabe der Zeitschrift sei »ungesetzlich«, da dies die sowjetischen Pressegesetze verletze.[595]
Bei den großen Demonstrationen am 12. Februar wie auch am 12. März 1989 werden die Demonstranten von Einsatztruppen des KGB zerstreut, die mit Gasmasken ausgerüstet sind sowie mit »Tscherjomucha 10«, einem Kampfgas, das wenige Wochen später bei dem Einsatz in Tiflis, der Hauptstadt Georgiens, so viele Todesopfer fordert.[596]
Im Juni 1989 fordert die neugegründete »Volksfront« Rumänisch als Staatssprache, das Recht zum Austritt aus der UdSSR und die rumänische Trikolore als Staatsflagge.

Unterdrückung in Georgien

In Georgien – der Heimat von Stalin und dem Außenminister Gorbatschows Schewardnadse, der als georgischer Innenminister für seine besonders harte Hand bekannt war – wurde Ende Oktober 1987 die Ilja-Schawschawadse-Gesellschaft gegründet. Sie ist nach einem der führenden Politiker Georgiens im 19. Jahrhundert benannt und nennt sich auch »Die Vierte Gruppe«, um zu zeigen, daß sie in einer ungebrochenen Tradition zu den georgischen politischen Bewegungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts steht.[597] Die

Bewegung tritt für die Verteidigung der georgischen Sprache, Religionsfreiheit und Vaterland ein.
Daneben wird der »kaukasische Club« zum Studium und zur Erhaltung der historischen kulturellen Tradition Georgiens gegründet. Im August 1988 folgt die Gründung der nationaldemokratischen Partei, die gemeinsam mit den anderen Organisationen in Tiflis und Batum für Menschenrechte, für die Wiedereröffnung von Kirchen, gegen Russifizierung und für die Wiederherstellung georgischer Souveränität und Unabhängigkeit demonstriert. Bis zu 100000 Menschen finden sich auf der größten dieser Demonstrationen am 12. November 1988 in Tiflis zusammen. Drohungen und Festnahmen sind die Reaktion der sowjetischen Behörden.[598]
Wenige Tage später demonstrieren trotz massivem Armee- und Polizeiaufgebot erneut 5000 Georgier vor dem Regierungssitz in Tiflis; 62 treten zur Unterstreichung ihrer Forderungen in den Hungerstreik. In der Menge werden georgische Fahnen geschwenkt und »es lebe das unabhängige Georgien« in Sprechchören skandiert. Trotz eines Aufgebots von über einem Dutzend Panzer lassen sich über 1500 Demonstranten nicht verdrängen.[599]
Anfang Dezember 1988 wird der Entwurf eines Programms für die Erhaltung und den Unterricht der georgischen Sprache veröffentlicht.[600] Die Unruhen in Tiflis sind der Grund, daß Bundeskanzler Kohl bei seinem Besuch in der Sowjetunion Ende 1988 Georgien nicht besuchen darf.
Ende Februar 1989 demonstrieren erneut 15000 Georgier für ihre Unabhängigkeit von der UdSSR. 200 Demonstranten werden festgenommen, Einheiten von Militär und Polizei sowie gepanzerte Fahrzeuge fahren in Tiflis auf.[601] Der 25. Februar ist der 68. Jahrestag des Zwangsanschlusses Georgiens an die Sowjetunion durch Lenin.
Aber die Demonstrationen reißen nicht ab: Anfang April 1989 sind es über 100000 Demonstranten, die sich in Tiflis zusammenfinden. In der durch Generalstreik und eine nächtliche Ausgangssperre angeheizten Stimmung schießen Spezialeinheiten in die Menge. Etwa vierzig Menschen bleiben auf dem Asphalt liegen. Panzer kontrollieren die Straßen. Auf Häusern werden Scharfschützen postiert. Auf Transparenten wird nicht nur ein »freies und unabhängiges Georgien«, sondern sogar der Eintritt in die NATO gefordert.[602] Nach

Angaben des georgischen Gesundheitsministers Irakli Menagaraschwili werden bei dem Blutbad am 9. April in Tiflis Giftgas und Feldspaten gegen die Demonstranten eingesetzt.
Der Korrespondent von »Moskau News« berichtet, die Bereitschaftspolizei des KGB habe die Menschenmenge in der georgischen Hauptstadt im Schutz gepanzerter Fahrzeuge angegriffen, kurz nachdem Demonstranten das »Vater unser« angestimmt hätten. Von 16 Getöteten seien 14 Frauen gewesen.[603]
Hand in Hand mit den in die Zukunft gerichteten Demonstrationen geht eine Aufarbeitung der Geschichte: So werden Artikel über die Demonstrationen in Tiflis im Jahr 1986 veröffentlicht.[604] Die Memoiren des 1960 verstorbenen Schriftstellers und Nationaldemokraten Geronti Kikodse werden veröffentlicht.[605] Dort wird mit der Sowjetisierung abgerechnet und festgestellt, daß »die georgische Nation unter dem Einfluß ihres politischen Instinkts den Parlamentarismus und die Reformideen dem Terror revolutionärer Diktatur vorzog«. Es wird hervorgehoben, welche Bedeutung für die georgische Unabhängigkeit in den Jahren 1919/20 deren diplomatische Anerkennung durch das Deutsche Reich und Großbritannien hatte, und es wird beschrieben, wie sich Tiflis 1921 gegen die vorrückende Rote Armee verteidigte. Es wird daran erinnert, wie in der Weihnachtsnacht 1951 35000 Georgier festgenommen und ins Exil geschickt wurden und wie der sowjetische Terror die niedrigsten Instinkte der menschlichen Natur förderte.
Ende Juli 1989 müssen Tausende von KGB-Truppen eingesetzt werden, um im Gebiet von Suchumi Unruhen zwischen Georgiern und Abchasen zu schlichten. Die bewaffneten Auseinandersetzungen fordern Todesopfer und Hunderte von Verletzten.

Berg Karabach: Zwischen armenischer Heimat und aserbaidschanischer Unterdrückung

Während viele der nationalen Aufbruchbewegungen außerhalb des sowjetischen Imperiums kaum zur Kenntnis genommen werden, hat die Welt bei einem Konflikt in Sowjetisch-Transkaukasien aufgehorcht: bei der Auseinandersetzung zwischen Armeniern und

Aserbaidschanern um das autonome Gebiet der Berg-Karabachen bei Stepanakert.
Das christliche Gebiet von Nagorno-Karabach ist von der sowjetischen Führung dem moslemischen Aserbaidschan zugeschlagen worden. 75000 Unterschriften hatten die Einwohner des Berglandes von Karabach nach Moskau geschickt, um wegen der Diskriminierung durch die moslemischen Aserbaidschaner ihre Angliederung an die armenische Republik, deren Einwohner Christen sind, zu fordern. Aber Moskau stellt sich taub. So gehen am 23. Februar 1988 eine Million Demonstranten auf die Straßen: Zentrum der Kundgebung ist der Opernplatz von Eriwan. »Das war die Woche der Freiheit«, schreibt Sergej Grigorjanz, selbst Armenier, in Moskau in seiner Untergrundzeitschrift »Glasnost«.[606]
Ein »Karabach-Komitee« bildet sich in Eriwan zur Koordination der Demonstrationen und Streiks im ganzen Lande. Im aserbaidschanischen Sumgait beginnen blutige Ausschreitungen gegen Armenier; der Belagerungszustand muß verhängt werden. 14000 Schußwaffen werden beschlagnahmt, 5000 Beamte, darunter Richter und Staatsanwälte der Korruption angeklagt, 1800 Polizisten werden entlassen und der Verkehrsminister Karawajew wird zu dreizehn Jahren Gefängnis verurteilt.[607] Der aserbaidschanische Parteichef Kiamran Bagirow und der armenische Parteivorsitzende Karen Demiartschjan werden ihrer Ämter enthoben.[608] Das Karabach-Komitee wird amtlich aufgelöst.
Trotz der Festnahme vieler seiner Mitglieder arbeitet das armenische Karabach-Komitee jedoch weiter. Anfang Juli 1988 ruft es zu einem Streik auf, um den weiteren Antransport sowjetischer Truppen zu verhindern. Das Komitee wird von Moskau gewaltsam zerschlagen: Am 5. Juli besetzen Luftlandetruppen und Panzer das Flughafengelände von Eriwan. Wieder gibt es Todesfälle und Verletzte. Eine Woche später versuchen die sowjetischen Streitkräfte, die Tagung des Gebietssowjets von Karabach gewaltsam zu verhindern. Die Versammlung läßt sich trotz der Umstellung des Gebäudes durch Militär und trotz Unterbindung der Strom- und Wasserzufuhr nicht einschüchtern, sagt sich offiziell von Aserbaidschan los und erklärt sich zum Bestandteil der Sowjetrepublik Armenien. In der offiziellen sowjetischen Presse werden alle diese Vorfälle kleingeschrieben; Glasnost findet nicht statt.[609]

Als am 18. November 1988 das Oberste Gericht in Moskau einen 22-jährigen Aserbaidschaner als Anstifter des anti-armenischen Pogroms von Sumgait zum Tode verurteilt und sich darüber hinaus das Gerücht verbreitet, Moskau beabsichtige die Eingliederung von Karabach in die russische Föderation, beginnen Protestkundgebungen in Aserbaidschan. Am 19. November demonstrieren 30000 Menschen in Baku, am Tag darauf sind es bereits 100000 und am 25. November etwa eine Million.
Im Inneren Aserbaidschans, insbesondere in Kirowobad, Naschitschewan und Agdam beginnen grauenhafte Ausschreitungen gegen Armenier: Lynchmorde, Armenier werden zerstückelt und verstümmelt, Kinder werden umgebracht, Häuser angezündet und Autos umgeworfen.
Die Staats- und Parteiverwaltung versagt auf allen Ebenen; lediglich die Geheimhaltung funktioniert so gut wie seit Lenins Zeiten. Bei den Kundgebungen der moslemischen Aserbaidschaner erscheinen grüne Fahnen des Islam und einzelne Portraits des Ayatollah Khomeini. Eine Flüchtlingskommission muß gebildet werden, die sich mit einer Viertel Million innersowjetischer Flüchtlinge befassen muß – ein trauriges Eingeständnis für den Mißerfolg der sowjetischen Nationalitätenpolitik.[610]
Der Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow erklärt am 25. November 1988 in einem Aufruf: »Die gegenwärtigen Geschehnisse in Aserbaidschan verlangen dringend nach einer Intervention der weltweiten öffentlichen Meinung. In Kirowobad wurden über 130 Armenier umgebracht und mehr als 200 verletzt, und zwar von aserbaidschanischen Aufrührern, die von nationalistischer Leidenschaft getrieben waren. Fünf Tage währen nun schon mit dem stillschweigenden Einverständnis der Behörden die Morde, Vergewaltigungen, Brandstiftungen und greifen bereits auf andere Städte in Aserbaidschan über. Presse und Fernsehen geben über die Geschehnisse unvollständige, nicht objektive, manchmal falsche und provokative Informationen. Die zentralen Behörden sind extrem unschlüssig und parteiisch. Armenier sehen sich immer mehr der Gefahr eines Völkermordes gegenüber. Was in Sumgait und Kirowobad geschah, könnte ein Anfang sein. Dazu darf es nicht kommen ...«[611]
Der aus der Sowjetunion ausgebürgerte Bürgerrechtler Parwir Airikjan macht die sowjetische Führung für die Probleme in Armenien

verantwortlich. Es handele sich bei den Auseinandersetzungen keineswegs um ein »Nationalitätenproblem«, sondern es gehe um das Recht auf Selbstbestimmung und damit um ein Problem der Demokratie.[612]
Wiederum werden Hunderte von Funktionären zur Verantwortung gezogen. Den Nationalitätenstreit will man in Moskau nicht zugeben: Hinter den nationalen Unruhen stünden die »Anführer der Schattenwirtschaft und korrumpierter Clans«, die sich zu einer festen Allianz zusammengeschlossen hätten, um die Reformpolitik Gorbatschows zu sabotieren.[613] Die Wahrheit sieht anders aus. Das Nationalitätenproblem, dessen Lösung die sowjetische Parteiführung nicht einmal im Ansatz versucht, schwelt weiter. Die Armenier haben weiterhin ihr Untergrund-Karabach-Komitee. Und die Aserbaidschaner gründen Ende 1988 eine »nationale Volksfront«.[614] Am 8. Mai 1989 erschüttern erneut Unruhen und Streiks das Gebiet von Berg-Karabach.[615]

Eine Republik für die Wolgadeutschen?

Ein besonderes Problem innerhalb der ungelösten Nationalitätenfragen der Sowjetunion bilden die aus ihrem Siedlungsgebiet vertriebenen Volksgruppen der Wolgadeutschen und der Krimtataren. Die Wolgadeutschen wurden um 1763 von der Zarin Katharina II. in der Kirgisensteppe an der Wolga angesiedelt. Dies waren im wesentlichen west- und süddeutsche Bauern. 1940 zählte die wolgadeutsche Republik fast 400000 Einwohner in der Region von Saratow. Stalin hat sie während des Zweiten Weltkriegs nach Sibirien und Kasachstan deportiert. Insgesamt leben in der Sowjetunion noch immer etwa zwei Millionen Deutsche, die Hälfte davon in der zentralasiatischen Republik Kasachstan. Viele der Rußlanddeutschen haben Ausreiseanträge in die Bundesrepublik Deutschland gestellt.
Bis 1988 gibt es keine Organisation, keine zentrale Behörde der Rußlanddeutschen, die einen politischen Status hätte und imstande wäre, für die Rußlanddeutschen zu sprechen. Jeder Versuch, eine solche Organisation zu gründen, wurde im Keime erstickt. Wenn Organisationen gegründet werden, weigern sich die Behörden, diese zu registrieren.

Erst nach drei Jahren Glasnost hat der Druck der sowjetischen Behörden etwas nachgelassen und es bildet sich eine repräsentative, mehrere hundert Personen zählende Initiativ-Gruppe aus Vertretern aller Schichten der deutschen Bevölkerung, deren Ziel es ist, mit dem Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und dem Zentralkomitee zu verhandeln.
1964 hatten das Zentralkomitee und der Ministerrat der UdSSR einen Beschluß über die Verbesserung des Unterrichts der deutschen Muttersprache in Schulen mit starkem Anteil sowjetdeutscher Kinder gefaßt. Der Beschluß wurde jedoch in der Praxis boykottiert. Deutsche Clubs, deutsche Chorgemeinschaften wurden aufgelöst. In der zentralen Zeitung für die Sowjetdeutschen »Neues Leben« gab es in der über dreißigjährigen Geschichte keinen einzigen deutschen Chefredakteur oder Stellvertretenden Chefredakteur. Von 1965 bis 1985 faßte die Regierung Kasachstans über fünfzig Beschlüsse zu kulturellen Fragen – kein einziger wurde erfüllt. Die rußlanddeutsche Literatur ist völlig von der Umwelt abgekapselt. Die meisten Autoren der dreißiger Jahre fielen den Stalinschen Säuberungen zum Opfer.
Ein führender Rußlanddeutscher schreibt: »Die Sowjetdeutschen warten auf eine Zeit, da man ihre Kultur nicht mehr am Gängelband führt. Erst jetzt beginnt man endlich zu begreifen, daß große Kultur nicht dort entsteht, wo herumkommandiert wird, sondern dort, wo man voneinander lernt ... Im Endeffekt hängen das Schicksal der Perestrojka, unsere Erfolge bei der Vertreibung der Bürokraten aus ihren Ämtern, die Bekämpfung von Schlamperei und der Aufbau einer rentablen Volkswirtschaft vom Stand der Kultur ab. Ohne grundlegende Änderungen im Bereich der Kultur werden wir unsere Ziele nicht erreichen. Um unsere Gesellschaft umzubauen, brauchen wir einen völlig anderen, einen neuen Menschentyp, und einen neuen Menschentyp kann man nur durch Kultur schaffen. Toleranz ist ein integrierender Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Die Geschichte unserer Gesellschaft war in vieler Hinsicht die Geschichte einer Intoleranz. Teils resultierte diese Intoleranz aus den Besonderheiten der Entwicklung in Rußland, teils wurde sie aber inspiriert und massiv gefördert. Das administrative System brauchte nur solche Leute, die jeden Befehl ausführen, es brauchte daher beschnittene Kultur und mittelmäßige Bildung. Es kultivierte

Standardmäßiges und hatte Angst vor Einmaligem. Doch das Leben hat gezeigt, daß das Einmalige wertvoller ist als das Standardisierte. Eine Gesellschaft, die aus sich einander nicht gleichenden Individuen besteht, ist viel stabiler, ist bildungsfähiger und reicher an Talenten als eine, die sich aus einer grauen Masse zusammensetzt.«[616]
Nur die Wiederherstellung einer Autonomie für die Rußlanddeutschen kann diese Probleme lösen. Ende März 1989 findet in Moskau die erste Zusammenkunft der Sowjetbürger deutscher Nationalität statt. 135 Teilnehmer aus allen Teilen der Sowjetunion gründen die Allunionsgesellschaft mit dem Namen »Wiedergeburt«. An erster Stelle jedes Programms steht die Wiedererrichtung der Autonomen Republik der Wolgadeutschen. Daneben fordern die Rußlanddeutschen die Wiederherstellung und Entwicklung ihrer nationalen Kultur und die Rehabilitierung nach den langen Jahren der Unterdrückung und Diskriminierung.[617] Die Rußlanddeutschen hoffen, daß ihren Sorgen auf dem im Sommer 1989 geplanten Plenum des Zentralkomitees der KPdSU über die zwischennationalen Beziehungen gebührende Aufmerksamkeit gewidmet wird.[618] Die Zeitung der Rußlanddeutschen »Neues Leben« berichtet über die Bemühungen zur Wiederherstellung der Wolgarepublik und erklärt, daß eine Delegation von Rußlanddeutschen »die zentralen Partei- und Staatsorgane in Moskau um die Wiederherstellung der Autonomen Republik der Wolgadeutschen ersucht hat«.[619]

Die Krimtataren fordern Gerechtigkeit

Ende Februar 1989 findet in Kasan der konstituierende Kongreß des tatarischen gesellschaftlichen Zentrums statt. Ihm wohnen 586 Delegierte, darunter auch Gäste aus neun Unions- und drei Autonomen Republiken der Sowjetunion sowie Gäste aus Finnland und Kanada bei.
Das tatarische gesellschaftliche Zentrum nennt sich auch »Demokratische Bewegung für die Unterstützung der Perestrojka«. Das Hauptziel ist die Aktivierung der Tataren, um eine vollberechtigte Vertretung in den Machtorganen des Landes zu sichern, eine eigene Unionsrepublik zu errichten und ihre Sprache als Staatssprache anerkannt zu bekommen.

Nur noch wenige Krimtataren befinden sich auf der Krim. Sie sind eine türkische Stammesgruppe, Nachkommen von Mongolen, die sich mit Kumanen und anderen Türken, mit Genuesen und Krimgoten vermischt haben. Sie sind sunnitische Moslems und wurden zu Stalins Zeiten aus der Krim vertrieben. Sie haben mehrfach in Moskau und an anderen Orten für ihre Rückkehr und die Wiederherstellung ihrer Staatlichkeit demonstriert.

Religiöses und nationales Erwachen in Sowjetisch-Zentralasien

Die ersten offenen Aufstände gegen das Sowjetregime zur Zeit Gorbatschows haben in Sowjetisch-Zentralasien begonnen: In der Hauptstadt von Kasachstan, Alma Ata, und in der kirgisischen Metropole Frunse im Herbst 1986. In diesem Teil der Sowjetunion wird es ganz besonders deutlich, daß es sich bei dem Aufbegehren nicht nur um einen Nationalitätenstreit, sondern um eine antikolonialistische Bewegung handelt.

In Sowjetisch-Zentralasien, an der weichen Südflanke der Sowjetunion, leben an die 60 Millionen Moslems. Ähnlich wie bei der russisch-orthodoxen Kirche war die sowjetische Parteiführung auch darum bemüht, sich den Islam dienstbar zu machen. So verfügt der KGB nicht nur in der tadschikischen Sowjetrepublik über eine Sonderabteilung, die sich mit der Anwerbung und Ausbildung moslemischer Agenten für die Infiltrationsarbeit in arabischen Staaten befaßt, auch die beiden islamischen Lehranstalten, die für theologischen Nachwuchs der Moslems in der Sowjetunion sorgen – das Hohe islamische Institut in Taschkent und die nahezu fünfhundert Jahre alte Mil-Arab-Medresse in Buchara – stehen unter Kontrolle der KPdSU.[620] Schätzungsweise werden etwa 200 Moscheen im zentralasiatischen Teil der Sowjetunion von Mullas betreut, die unter Kontrolle des KGB stehen.

Dies hat jedoch nicht verhindern können, daß sich – ähnlich wie bei Christen in der Sowjetunion – eine islamische Untergrundbewegung gebildet hat. Sufismus und Geheimsekten breiten sich fast unkontrollierbar aus. Die Turkvölker in der Sowjetunion erwachen; ein Tamerlan-Kult entsteht. In Usbekistan werden »Heiligengrä-

ber« verehrt, bei denen es sich häufig um Grabstätten von Deserteuren des Zweiten Weltkrieges handelt. Afghanische Mudschaheddin, die auch jenseits der afghanischen Grenzen in Tadschikistan operieren, haben Tausende von Exemplaren des Korans in sowjetisches Gebiet eingeschleust.

Die Bewegung nimmt weiter zu: Nicht nur wegen des allgemeinen religiösen und nationalen Erwachens im Sowjetimperium, sondern auch weil die Geburtenrate der Moslems in der Sowjetunion weit höher ist als die der anderen Völker: Im Jahr 2000 wird voraussichtlich jeder dritte Bürger auf dem Gebiet der heutigen Sowjetunion Moslem sein.

Die Bewegung wächst aber auch durch das Übergreifen des islamischen Fundamentalismus von Süden her – Iran und Afghanistan – auf die benachbarten Gebiete innerhalb der Sowjetunion.

Mit Sorge sieht man bei den sowjetischen Behörden die Wiederbelebung des Islam. Radio Eriwan sendet einen Kommentar von Professor Vahan Bajburtjan, in dem er den Aufstieg des fundamentalistischen Islam als politische Kraft im Anschluß an Khomeinis Revolution im Iran beschreibt und erklärt, diese Bewegung sei ihrem Wesen nach antikommunistisch und werde vom Westen gegen die Sowjetunion ausgenutzt: »Der Khomeinismus betrachtet es als grundlegende politische Aufgabe, eine weltweite islamische Revolution herbeizuführen.«

Es ist geradezu grotesk, wenn ausgerechnet ein offizieller sowjetischer Rundfunksender weiter kommentiert: »Diese anmaßende Vorstellung vom Export der Revolution ist zweifellos äußerst reaktionär und gefährlich, da sie Feindseligkeit und Spannungen in den Beziehungen zwischen den Nationen mit sich bringt.« Der Sender fährt fort: »Es ist kein Geheimnis, daß in jüngster Zeit in der ganzen Sowjetunion eine deutliche Wiederbelebung des Islam festzustellen ist. Man kann eine Tendenz zur Vermischung von islamischen und volkstümlichen Riten, zur Bestimmung der ethnischen Einordnung nach der Zugehörigkeit zu Religionsgruppen und so weiter beobachten. Neben den Moscheen, deren Status offiziell ist, werden neue Kultstätten – oder sogenannte ›Parallele Moscheen‹ – errichtet, deren Zahl sich bereits auf mehr als 1800 beläuft.«[621]

Anfang Februar 1989 kommt es zu Demonstrationen in der usbekischen Hauptstadt Taschkent. Hunderte von Moslems aus Usbeki-

stan, Tadschikistan und Kasachstan kommen zu einer »ungenehmigten Versammlung« zusammen. Es war in Taschkent, wo Gorbatschow bereits vor einiger Zeit zu einem »kompromißlosen Kampf gegen religiöse Manifestationen« aufgefordert und verlangt hatte, alle Parteifunktionäre »zur Rechenschaft zu ziehen«, die der »kommunistischen Moral« nur Lippendienste erweisen und in Wahrheit an religiösen Zeremonien teilnehmen.[622]

Während der dreistündigen Demonstration am 3. Februar 1989 auf dem Leninplatz in Taschkent fordern die sowjetischen Moslems den Rücktritt des Mufti Shamsuddinkhan Babakhan, der seit 1982 der sogenannten Geistlichen Verwaltung für die Muslime Zentralasiens und Kasachstans vorsteht. An seiner Stelle wird der 36 Jahre alte Mukhammad Sadyk berufen.

Hinter der Demonstration steht die Gruppe »Islam und Demokratie«, die Ende Oktober 1988 in Alma Ata gegründet worden ist. Nach Auskunft ihres Vorsitzenden Almas Estekow gehören ihr etwa 2500 Mitglieder aus allen Teilen Sowjetisch-Zentralasiens an. Die Begründung für die Absetzung Babakhans gibt Estekow mit folgenden Worten: »Sie verstehen, Babakhan weiß überhaupt nichts; aber andererseits gefällt er den Autoritäten, er gefällt dem KGB.« Und Estekow begründet, warum es so viele Untergrundmoscheen gibt: »Die meisten Leute ziehen es vor, nicht in staatliche Moscheen zu gehen ... Sogar diese einfachen Moslems verstehen, daß jeder Imam entweder ein Mitglied der Parteinomenklatura oder ein Arbeiter für den KGB ist.«

Estekow fügt hinzu, daß die Moslems in der Sowjetunion auch in Zukunft sich gegenüber den Vertretern des »offiziellen Islam« zurückhalten werden und begründet dies: »Mit seiner Politik hat Moskau seine wahre Natur gezeigt, und seine wahre Natur ist die eines doppelt gehörnten Teufels. Afghanistan ist der Beweis hierfür, die Unterdrückung der Krimtataren ist der Beweis hierfür, und die Unterdrückung unseres Islams ist auch der Beweis hierfür ... Und insbesondere die Zusammenarbeit zwischen den Religionsgemeinschaften kann helfen, eine vereinte Front gegen die Macht der Moskauer Politik aufzubauen.«[623]

Anfangs haben in Zentralasien informelle Gruppen eine geringere Bedeutung gehabt als etwa die »Volksfronten« in den baltischen Republiken, die kulturellen Vereinigungen in Weißrußland und der

Ukraine und die Gesellschaften zur Nationalen Erneuerung in der Kaukasus-Region. Als dann – etwa in Kasachstan – das Vorhandensein solcher Gruppen bekannt wurde, wurden diese von den Behörden als Alliierte zur Durchsetzung der Perestrojka gegenüber der Parteibürokratie angesehen. Bald jedoch griff die Gründung solcher Gruppen derart um sich und ihre Tätigkeit beschränkte sich durchaus nicht auf die Unterstützung der Perestrojka, sondern ging von kulturellen Angelegenheiten bis zur Wahrung der zentralasiatischen Nationalitäten und von ökologischen bis zu sozialen und religiösen Fragen, daß die Staatsanwaltschaft in Kasachstan sich genötigt sah, sich mit dem Überhandnehmen dieser Gruppen zu befassen. Anfang September 1988 wird von der Staatsanwaltschaft in Kasachstan erklärt, daß es dort über 300 nicht legalisierte Gruppen mit weit mehr als 3000 Mitgliedern gebe.[624]

Im November 1988 bildet sich auch in Tadschikistan eine Bewegung: Unter der Leitung des tadschikischen Dichters Askar Hakim und des Chefredakteurs der literarischen tadschikischen Zeitung Sadoi Schark, Loik Scherali, wird eine »Volksfrontbewegung« unter dem Namen »Freunde der Perestrojka« gegründet. Am 10. Dezember 1988 erklärt der Erste Tadschikische Parteisekretär Kachar Machkamow in einer Rede in Duschanbe, die tadschikischen Intellektuellen sorgten sich um ökologische Fragen und um den Status ihrer Muttersprache ebenso wie die Schriftsteller und Intellektuellen in anderen Republiken. Außerdem geht Machkamow auf die Gegensätze zwischen Tadschiken und Usbeken ein.[625] Ende Februar 1989 findet in Duschanbe eine Demonstration statt, die die Einführung des Tadschikischen – einer mit dem Persischen verwandten indo-germanischen Sprache – als Amtssprache der zentralasiatischen Sowjetrepublik fordert.[626]

Auch in Usbekistan werden die Gegensätze zu Moskau deutlich: Ende 1988 wird in Taschkent gegen die zentrale sowjetische Presse demonstriert, die einen 1966 verstorbenen usbekischen Parteiführer, Usman Jusupow, angegriffen hat. Anlaß ist die Auseinandersetzung um einen Film, der sich mit dem Leben Jusupows in der Stalin-Zeit befaßt.[627] Darüber hinaus fordern die Usbeken eine Revision der Alphabet-Reform, mit der die kyrillische Schrift eingeführt worden ist. Hierdurch werde das usbekische Volk von seiner Literatur in der vorrevolutionären Zeit, die in arabischer Schrift vorlie-

ge, abgeschnitten.[628] Auch die Befassung mit der alten türkischen Schrift wird in Usbekistan wieder gefordert.
Außerdem fordern usbekische Intellektuelle die Abschaffung russischer Orts- und Straßennamen und deren Rückbenennung oder Neubenennung in usbekischer Sprache. Dies ist eine typische Forderung, die dem Geist des Antikolonialismus entspringt: Ebenso wie etwa Léopoldville in Kinshasa oder Südwestafrika in Namibia umgetauft wurde, sollen nun in der Sowjetunion russische Namen durch die der einheimischen Nationen ersetzt werden.[629]
Anfang Juni 1989 kommt es zu schweren Zusammenstößen zwischen Angehörigen verschiedener Volksgruppen im Süden der Usbekischen Sowjetrepublik. Teile der Stadt Fergana gehen in Flammen auf und Menschen kommen ums Leben. Der aus Fergana kommende Volksdeputierte Rachmatullah Achmetow berichtet, »Tausende und Abertausende« von Häusern stünden in Brand.[630] Die Zusammenstöße finden zwischen der einheimischen usbekischen Bevölkerung und Turk-Mesketen statt, die 1924 gewaltsam aus ihrer georgischen Heimat nach Usbekistan vertrieben worden sind. Der sowjetischen Zentralregierung fällt nichts anderes ein, als Truppen in das Gebiet zu entsenden. Es kommt zu Schußwechsel.[631] Aus Moskau wird behauptet, es handele sich um »Mafia«-Zwischenfälle. Die Nachricht erscheint allerdings außerordentlich unwahrscheinlich, wonach Mitglieder der dortigen Mafia zu Tausenden mit der Waffe in der Hand die Politik Gorbatschows bekämpfen und Polizeistationen, Gefängnisse sowie Waffenlager stürmen.[632] Nikolai Ryschkow, der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, erklärt schließlich, daß man es nicht nur mit einzelnen randalierenden Elementen zu tun habe. Diese würden von »irgendwelchen Kräften wie ein blindes Mittel« in einer schon lange geplanten und ausgearbeiteten, umfassenden und geschickt durchgeführten politischen Aktion eingesetzt, die das Ziel verfolge, die Lage nicht nur in der Region, sondern auch in der Republik und im gesamten Lande zu destabilisieren.[633] Insgesamt über 15000 Turk-Mesketen werden zwangsweise evakuiert.[634] Der zu diesem Zeitpunkt in Bonn weilende Parteichef Gorbatschow erklärt: »Die Situation in Usbekistan ist noch nicht unter Kontrolle.« Es gehe im übrigen nicht nur um die Beziehungen zwischen Bevölkerungsgruppen, darüber hinaus habe »der Fundamentalismus die Zähne gefletscht«.[635]

Auch in anderen Teilen Zentralasiens werden Protestaktionen deutlich: Im Mai 1988 haben in Jakutien Studenten zu Demonstrationen aufgerufen, ebenso wie in der udmurtischen autonomen Sowjetrepublik; auch kirgisische Nationalisten haben in Frunse Flugblattaktionen und Demonstrationen veranstaltet.[636] Im Mai 1989 kommt es auch in der Sowjetrepublik Turkmenistan zu schweren Ausschreitungen. In Aschchabad, der Hauptstadt Turkmenistans, brechen Unruhen aus, bei denen Geschäfte, Kioske und Autos demoliert werden. Die Unruhen sollen auch auf andere Städte Turkmenistans übergegriffen haben. 150 Demonstranten werden verhaftet.[637]

Eine Freiheitscharta der versklavten Nationen der Sowjetunion

Gerade bei der Nationalitätenfrage wird deutlich, daß offenbar für viele die Begriffe Glasnost und Perestrojka in Wirklichkeit Abkehr vom Sozialismus und Unabhängigkeit bedeuten. Die Bildung eines »neuen Menschen«, eines »Sowjetmenschen«, ist gescheitert. Von sozialistischer Kultur spricht niemand mehr, dafür aber um so mehr von nationaler Kultur. Die Annahme, daß Sowjetherrschaft und »Internationalismus« automatisch zu einem Ausgleich nationaler Konflikte führt, ist eine Fehl-Annahme, die sich als tödlich für das sozialistische System erweisen kann.
Die sowjetische Führung ist in Schwierigkeiten und schiebt die Lösung der Probleme vor sich her. Je mehr sie dies tut, um so größer werden allerdings die Probleme, die sich rasant entwickeln. Als Gorbatschow aus Jugoslawien zurückkommt, warnt Fjodor Burlatsky: »Jugoslawien zeigt uns die Grenzen der Dezentralisierung ... Wir müssen die Zentralgewalt abbauen, aber andererseits dürfen wir nicht so weit gehen wie Jugoslawien ...«[638]
Einerseits wird Glasnost im Prinzip zugelassen, andererseits verstärkt sich wieder die Repression: Bürgerrechtler werden festgenommen, Publikationen werden untersagt, Demonstrationen werden aufgelöst – eine explosive Mischung! Gorbatschow wendet sich gegen »verantwortungsloses politisches Abenteurertum«, gegen alle, die aus »nationalistischen, demagogischen« und »extremisti-

schen« Motiven die Perestrojka aufs Spiel setzen[639] und warnt davor, den »von politischen Ambitionen, Karrierismus und offener Feindschaft gegenüber dem Sozialismus diktierten Appellen«[640] Gehör zu schenken. Solche Losungen seien »tückisch, gefährlich und verderblich«.

Das erwachende Nationalgefühl läßt sich von solchen verbalen Kraftakten nicht beeindrucken. Im Gegenteil: Nicht nur das Wiedererwachen der Eigenständigkeit und des Selbstbewußtseins geht seinen Weg und nimmt weiter zu, darüber hinaus schließen sich auch die verschiedenen nationalen Bewegungen zusammen und unterstützen sich gegenseitig: Am 9. Juli 1988 bei einer Demonstration von über 100000 Menschen aus den drei baltischen Republiken und aus Weißrußland unterstützen Sprechchöre die armenische Forderung auf Selbstbestimmung von Nagorno Karabach.[641] Am 11. und 12. Juni 1988 treffen ukrainische, litauische, lettische, estnische, armenische und georgische Bürgerrechtler in Lemberg zusammen und gründen ein »Koordinationskomitee patriotischer Bewegungen von den Völkern der Sowjetunion«. Am 28. und 29. Januar 1989 findet bereits das 5. Treffen dieser Organisation statt, diesmal in Wilna. Acht Bewegungen sind nunmehr vertreten, einschließlich der Weißruthenen und der Krimtataren. Die Teilnehmer haben verschiedene Dokumente verabschiedet, unter ihnen eine »Freiheitscharta der versklavten Nationen der Sowjetunion« und einen Appell an die russischen Intellektuellen.[642]

Wolfgang Strauß, der in Lettland geborene Publizist, der jahrelang die Entwicklung in der Sowjetunion von innen betrachtet und analysiert hat, kommt zu dem Schluß: Die politische Triebkraft bei den einzelnen Nationen heiße Antikolonialismus. Gorbatschow habe an der Stalinschen Nationalitätenpolitik kein Jota geändert und seine Kriegserklärung gelte nach wie vor zwei Phänomenen: Der »Aktivierung der Religion« und der »Belebung nationalistischer Stimmungen«. Beschleunigt werde die Balkanisierung der Sowjetunion durch das Unvermögen Gorbatschows, dem zutiefst verletzten Nationalstolz der 50 Millionen Ukrainer – immerhin das viertgrößte Volk Europas – Rechnung zu tragen. Er habe im Gegenteil den antiukrainischen Haßkeil noch tiefer geschlagen, indem er die Kollektivierung der Landwirtschaft unter Stalin als richtig und notwendig bezeichnet habe. Eine fremdenfeindliche Grundströmung mache

sich im russischen Teil der degenerierten Sowjetgesellschaft breit. Eine Progromstimmung richte sich gegen die nichtrussischen Nationen. Daraus folge aus der Sicht aller Progromopfer, aller Opfer einer chauvinistischen Fremdenfeindschaft: Dieses Kolonialregime ist nicht reformierbar. Wolfgang Strauß kommt zu dem Schluß: »Die Vorenthaltung von Freiheit und Selbstbestimmung ist das Hauptkriterium des bolschewistischen Kolonialismus. Die Freiheit ist der Kern der europäischen Frage und also auch der ungelösten deutschen Frage. Der Sieg der Freiheit bleibt die Grundvoraussetzung für die Überwindung der europäischen Teilung. Dies ins Stammbuch aller westdeutschen Rapallo-Schwärmer, Konföderationsstrategen, Neutralitätsapostel, die allen Ernstes glauben, man könnte durch ein deutsch-sowjetisches Sonderarrangement die deutsche Frage von der osteuropäischen Frage abnabeln, das Anliegen der Deutschen von dem der unterdrückten Nachbarn im Osten abkoppeln – Solidaritätsverweigerungen als Hebel zur deutschen Wiedervereinigung. Ein Irrweg, moralisch und politisch, wie wir wissen, und nicht erst seit dem 23. August 1939.«[643]

IX.
Freiheit für Mittel-Osteuropa?

Der Sozialismus hat tiefe Wurzeln gefaßt, und die Werktätigen unserer Länder können sich nicht vorstellen, ohne ihn zu leben. Das bedeutet, daß die sozialistischen Errungenschaften unumkehrbar sind ... Die sozialistische Ordnung anzugreifen, ... sowie das eine oder andere Land aus der sozialistischen Gemeinschaft herauszubrechen, bedeuten einen Anschlag nicht nur auf den Willen der Völker, sondern auch auf die ganze Nachkriegsordnung und letzten Endes auf den Frieden.

Michail Gorbatschow[644]

Das Pulverfaß

Mit dem Überborden von Glasnost wurde, vom Moskauer Machtzentrum ausgehend, die Büchse der Pandora geöffnet. Hand in Hand damit ist der sowjetischen Führung die Nationalitätenfrage aus dem Ruder gelaufen. All dies hat weit über die Grenzen der Sowjetunion hinaus gewirkt, insbesondere in alle Staaten des Warschauer Paktes. Dort geht es aber nicht nur um Probleme der Ideologie oder der Innen- und Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder. Ziel der Gärung, die mehr und mehr ganz Mittel-Osteuropa erfaßt, ist in ihrem Kern das Abschütteln der sowjetischen Fremdherrschaft und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes. Dieselben Motive gelten natürlich auch für die in den sowjetischen Staatsverband einverleibten baltischen Staaten sowie für andere nichtrussische Teile des Sowjetimperiums. Trotzdem ist der Spielraum bei formal unabhängigen Staaten, wie Polen und Ungarn, größer.

In Mitteldeutschland, zwischen Thüringer Wald und Oder, werden in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre trotz harter Linie des SED-Regimes die Kirchen mehr und mehr zu Zentren des freiheitlichen Widerstandes. In Polen nötigen die Streiks das kommunistische Regime, sich mit der freiheitlichen Gewerkschaft Solidarność an einen Tisch zu setzen. In der Tschechoslowakei fordern Hunderttausende mehr Religionsfreiheit. Die traditionsbewußten Ungarn erkämpfen sich den Weg zu einem Mehrparteiensystem. In Rumänien flammen Streiks auf gegen das persönliche Regiment und die Unterdrückung des sozialistischen Führers Ceaucescu. In Bulgarien bilden sich Menschenrechtsorganisationen, die mehr Freiheit fordern. Das nationale Selbstbewußtsein regt sich allenthalben zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, zwischen Wismar und Varna, und ein verstärktes Auflodern der Flamme der Freiheit, das die nationalen Grenzen überschreitet, ist absehbar.

Zbigniew Brzezinski, außenpolitischer Berater des früheren amerikanischen Präsidenten Carter und erfahrener Osteuropakenner, urteilt: »In der Zwischenzeit wird Osteuropa rasch zu der europäischen Region möglicher explosiver Instabilität, eine Region, in der sich fünf Staaten bereits in einer klassischen vorrevolutionären Situation befinden. Wirtschaftliches Versagen und politische Unruhe

werden die beherrschenden Charakteristika des Lebens in Polen, Rumänien, Ungarn, der Tschechoslowakei und dem nicht von der Sowjetunion beherrschten, aber geopolitisch wichtigen Jugoslawien. In jedem einzelnen dieser Länder, aber auch in mehreren zu gleicher Zeit kann ein Funken eine größere Explosion auslösen, angesichts des Ausmaßes der Unzufriedenheit der Völker. In der Tat gibt es bestechende Parallelen zwischen der gegenwärtigen Situation in dieser Weltregion und dem historischen Völkerfrühling von 1848.«[645]

Wenn auch Ausmaß und Betonung unterschiedlich sind, so sind doch die Probleme in allen mittel-ost-europäischen Staaten des Warschauer Paktes dieselben: Sowjetische Fremdherrschaft und Einbindung in die politischen Zielsetzungen Moskaus; Unterwerfung unter die Herrschaft der sozialistischen Ideologie; militärische Einbindung in die sowjetischen imperialistischen Zielsetzungen; Unterwerfung unter die Herrschaft der kommunistischen Partei; Unterdrückung der Menschenrechte, insbesondere der Religions- und Meinungsfreiheit; Beschränkung der Freizügigkeit; Planwirtschaftsmisere und hierdurch bedingte, sich immer mehr vergrößernde Rückständigkeit gegenüber der Freien Marktwirtschaft in der westlichen Welt; Einbindung in das wirtschaftliche Zwangssystem des »Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe« zugunsten Moskaus.

Innerhalb der Staaten haben sich in den letzten Jahren zwei Gruppen gebildet: auf der einen Seite Polen und Ungarn, in denen sich aus unterschiedlichen Gründen und auf verschiedenen Gebieten bereits eine stärkere Liberalisierung vollzieht und auf der anderen Seite das orthodox-sozialistische SED-Regime in Ostberlin, die einen neuen Prager Frühling fürchtende, sozialistische Führung der Tschechoslowakei, das weitgehend indifferente Bulgarien und das einem Steinzeitsozialismus frönende Personenkultsystem in Rumänien.

Während die Staaten zwischen Polen und Bulgarien über eine nationale Identität verfügen, ermangelt es dem Ostberliner Regime auch noch an dieser. Nicht zuletzt ist dies ein Grund, warum die Machthaber in Pankow nicht bereit sind, die Zügel zu lockern, da sie jederzeit mit einem abrupten Ende des erduldenden Schweigens der Menschen rechnen müssen und mit einem Ausbruch des Wunsches nach deutscher Wiedervereinigung in Freiheit.

Alle kommunistischen Regime zwischen Ostsee und Schwarzem Meer bewegen sich auf sehr dünnem Eis, denn wenn sie sich jeder Lockerung widersetzen, kann der revolutionäre Druck übermächtig werden, wenn sie jedoch den Forderungen nach Wandel nachgeben, kann dies zu einer Lawine weiterer Forderungen nach völliger Freiheit führen. Die Mischung von Glasnost mit dem gegen die sowjetische Vorherrschaft gerichteten Freiheitsgefühl der Menschen in Mittel-Osteuropa kann zu einem höchst explosiven Sprengstoff werden. Das Hauptbestreben aller kommunistischen Regime in Mittel-Osteuropa zielt darauf ab, sich an der Macht zu halten und die Organisation des Warschauer Paktes – deren Statthalter sie sind – nicht in Frage zu stellen.

Der britische Osteuropa-Experte, Professor Bick, beschreibt die Güterabwägung, vor der Gorbatschow steht: »Gorbatschow hat den Deckel einer Pandora-Büchse ungewisser Auswirkungen gelüftet ... Mit einer schweren Krise im System konfrontiert, mußte Gorbatschow wählen, ob er versuchen sollte, marginale Verbesserungen zu erreichen, oder aber radikale Lösungen anstreben sollte, durch die das ganze sowjetische System in Fluß geraten könnte. Der Warschauer Pakt ist Teil dieses Systems und kann daher den Folgen der offensichtlichen Entschlossenheit Gorbatschows nicht entkommen, die UdSSR in eine moderne Supermacht zu verwandeln, deren Fortbestand ins nächste Jahrhundert gesichert ist. Die relative Destabilisierung des ganzen Gebietes scheint ein Teil des Preises zu sein, der für diese Umwandlung gezahlt werden muß.«[646]

Die Abneigung gegen Moskau sitzt bei allen Staaten Mittel-Osteuropas tief. Da sind nicht nur die politische Gleichschaltung und die militärische, ideologische und wirtschaftliche Unterdrückung. Da ist auch nicht vergessen der Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939, infolgedessen Polen geteilt, die baltischen Staaten von der Sowjetunion einverleibt und Rumänien durch die sowjetische Annexion Bessarabiens und der Nordbukowina dezimiert wurde. Dazu kommt die Abtrennung der Karpatho-Ukraine von der Ostslowakei. Dazu kommt die »brüderliche Hilfe«: die Niederschlagung des Aufstandes am 17. Juni 1953 in Ostberlin und Mitteldeutschland; das Niederwalzen des ungarischen Freiheitskampfes 1956 und die Ermordung seiner Führer; die gewaltsame Beendigung des Prager Frühlings durch sowjetische Panzer im August 1968; die mehrfa-

chen Drohgebärden gegenüber Warschau bis hin zu der von Moskau verfügten Selbstbesetzung Polens im Dezember 1981; dazu kommen noch die sowjetischen Bluttaten wie die Ermordung tausender polnischer Offiziere im Walde von Katyn. Dazu kommt aber auch die blutige Unterdrückung und Ermordung selbst kommunistischer Führer: Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde eine Säuberung der polnischen KP durchgeführt; der bulgarische Kommunist Blagoy Popov verbrachte siebzehn Jahre im sowjetischen Gulag; der ungarische Kommunistenführer Bela Kun verschwand 1937 auf Nimmerwiedersehen; die Ermordung völlig Unschuldiger im Zuge von Schauprozessen, wie etwa im Prager Slansky-Prozeß, wo im Sinne der Anklage Unschuldige durch konstruierte und erzwungene Aussagen verurteilt und gehenkt wurden. Dazu kommen ungezählte Märtyrer; von Kardinälen über Bischöfe, Priester, Ordensleute bis hin zu gläubigen Laien, die um ihres Glaubens willen vor Schauprozesse gezerrt, in Uranbergwerke gesteckt und zu Zwangsarbeit verurteilt wurden oder im Gulag umkamen.
Die Erinnerung hieran sitzt tief und die Wunden hiervon sind noch nicht geheilt. In dieser Situation hat Gorbatschow von seinen osteuropäischen Zwangsverbündeten einerseits eine vergleichbare Umgestaltungspolitik wie in der Sowjetunion gefordert, ihnen andererseits aber erklärt, er werde einen »eigenen Weg« anerkennen. Innersowjetische Kritiker Gorbatschows, wie etwa Ligatschow, haben dem sowjetischen Parteichef daher eine »schizophrene Bündnispolitik« vorgeworfen, die für die zunehmende Verschlechterung des Verhältnisses Moskaus zu den übrigen Staaten des Warschauer Paktes allein verantwortlich sei. Gorbatschow habe diesen geradezu einen »Freibrief« ausgestellt und ihnen ermöglicht, sich mehr und mehr von der absoluten Abhängigkeit zu lösen.[647] Dazu komme, daß Gorbatschow die Breschnew-Doktrin gelockert habe. Bei einer genauen Analyse der Aussagen Gorbatschows scheint dieser Schluß jedoch fehl zu gehen. So kommt die Neue Zürcher Zeitung in einer eingehenden Untersuchung der Äußerungen Gorbatschows bei dessen Besuchen in Polen und Jugoslawien zu dem Schluß, die »Bruderländer« seien zwar in der Wahl ihres Weges frei, Gorbatschow habe aber die »Unumkehrbarkeit« der in Mittel-Osteuropa bestehenden politischen Verhältnisse festgestellt und hinzugefügt, jeder Versuch einer Änderung dieser Verhältnisse bedeute eine Ge-

fährdung des Friedens. Das Ergebnis der Untersuchung lautet daher, daß die »Breschnew-Doktrin« von Moskau bisher nicht widerrufen wurde.[648]

Allerdings hat Gorbatschow die Breschnew-Doktrin mehrfach relativiert. Vor den Vereinten Nationen in New York erklärte er am 7. Dezember 1988, es könne »mehrere Varianten der gesellschaftlichen Entwicklung verschiedener Länder« geben. Dies betreffe »sowohl das kapitalistische als auch das sozialistische System«. Dies bedeutet allerdings keineswegs eine Aufgabe der Breschnew-Doktrin, sondern lediglich das Anerkenntnis, daß es mehrere Wege zum Sozialismus geben könne. Deutlicher sind Gorbatschows Formulierungen im Juli 1989 vor dem Europarat: »Jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten, jeder Versuch, die Souveränität der Staaten zu begrenzen, handele es sich um Freunde und Verbündete oder andere Staaten, ist unannehmbar«. Auszuschließen sei auch die Anwendung militärischer Gewalt sowohl »zwischen den Bündnissen als auch innerhalb der Bündnisse«. So plump wie im August 1968 in Prag ist allerdings selbst Breschnew nicht mehr vorgegangen, als er Ende 1981 die Selbstbesetzung Polens durch General Jaruzelski verfügte. Dies war – ohne Einsatz unmittelbarer sowjetischer militärischer Gewalt – eine subtilere Form der Anwendung der Breschnew-Doktrin. Nach außen hin trat die Sowjetunion vordergründig nicht in Erscheinung, aber die Proklamation des Kriegsrechts in Polen war schon Monate vorher in polnischer Sprache in der Sowjetunion gedruckt worden.

Ost-Berlin: für Einheit in Freiheit

Die »Deutsche Demokratische Republik« ist weder deutsch noch demokratisch noch eine Republik – daran hat auch der Zeitablauf seit ihrer Gründung nichts geändert. Sie ist eine sowjetische Gründung, in Moskau gezeugt, verdankt ihre Existenz und ihren Fortbestand der massiven Anwesenheit sowjetischer Truppen, und ihr erster, langjähriger führender Machthaber als Statthalter Moskaus, Walter Ulbricht, war sogar sowjetischer Staatsbürger. Sie ist auch nicht demokratisch; freie Wahlen hat es dort nie gegeben. Der langjährige Institutsleiter an der Babelsberger Akademie für Staats- und

Rechtswissenschaft in Ost-Berlin, Professor Wolfgang Seiffert, schreibt hierzu: »Die formelle Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschland erfolgte auf dem Wege einer manipulierten Einheitswahl ...«[649] Sie ist auch keine Republik, sondern kann allenfalls als sowjetisches Protektorat qualifiziert werden in ihrer Eigenschaft als »Bestandteil der politischen Organisation des Sozialismus«.[650] Auch gezielte östliche Versuche und westliche Gedankenlosigkeit, die auf eine Gleichstellung des SED-Regimes mit anderen Staaten abzielt, können über diese grundsätzlichen Unterschiede nicht hinwegtäuschen. Professor Wolfgang Seiffert schreibt hierzu: »Die SED drapiert das politische System der DDR oft und gern als ›real existierenden Sozialismus‹ und preist die Verhältnisse in der DDR – verschleiernd – als ›sozialistische Demokratie‹. Auch politologisch orientierte westliche Systemvergleiche neigen nicht selten dazu, freiheitliche Demokratie und kommunistische Gewaltherrschaft gleichzustellen wie austauschbare Größen einer mathematischen Reihe. In die gleiche Richtung wirkt die pragmatisch notwendige juristische Gleichstellung von Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen. Doch weder solche Betrachtungen, noch die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch viele Staaten auch des Westens und die Respektierung der DDR als zweiter Staat in Deutschland durch die drei westlichen Alliierten und die Bundesrepublik können das geringste daran ändern, daß die DDR unverändert alle Merkmale einer klassischen kommunistischen Parteidiktatur trägt.«[651]

Der SED-Staat erfüllt unterschiedliche Funktionen im Rahmen der offensiven sowjetischen Westpolitik:

- Er ist der erste sozialistische Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden, im Heimatland von Marx und Engels.
- Er soll zu gegebenem Zeitpunkt Ausgangspunkt für eine deutsche Wiedervereinigung unter sozialistischen Vorzeichen sein.[652]
- Er ist die am weitesten vorgeschobene Bastion der Roten Armee in Europa, vor den Toren Hamburgs, nur wenige hundert Kilometer vom Rhein entfernt, und dient damit als ständige Drohkulisse und Instrument der Einschüchterung gegenüber dem freien Europa, insbesondere aber den politischen Entscheidungsträgern in Bonn.

- Er ist ein sowjetisches Faustpfand, das als ständiges Spielmaterial zur Vorspiegelung sowjetischer Konzessionsbereitschaft in der deutschen Frage – sei es als »verdünnte militärische Zone«, »eigene Abrüstungsregion« mit einem Status unterschiedlicher Sicherheit, Konföderationsmodell oder Neutralisierungsobjekt – dienen kann, um so das alte sowjetische Ziel einer Abkoppelung der Bundesrepublik Deutschland von ihren westlichen Bündnispartnern voranzutreiben.
- Er ist auch – dies wird im Westen und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland häufig übersehen, ist aber für Moskau zur Erhaltung des sowjetischen Machtbereiches in Europa von entscheidender Bedeutung – westliche Klammer der Sowjetunion um Polen. Wie hätte sich die Lage 1956, Anfang der siebziger Jahre oder 1980/81 weiterentwickelt, wenn Polen unmittelbarer Anrainer der freien Welt gewesen wäre!

Diese Funktion einer westlichen Klammer um Polen sowie die von Anfang an bestehende und in den letzten Jahren insbesondere auch bei der jungen Generation noch verstärkte Ablehnung des SED-Staates durch die deutsche Bevölkerung in Mitteldeutschland engen den Spielraum Moskaus erheblich ein, »Angebote« in der deutschen Frage zu machen – selbst wenn es dies wirklich wollte. Ohne Gefährdung der sowjetischen Machtposition in Europa sind lediglich Scheinangebote möglich, die zu einer Aufwertung des SED-Regimes in Ost-Berlin und zur Weckung von Illusionen in Westdeutschland führen können.

Der Widerstand des deutschen Volkes gegen die ihm von Moskau aufgezwungene Diktatur in der DDR – der Deutschen Diktatur-Region – wird insbesondere dokumentiert durch den Aufstand der Arbeiter, Bauern und der Jugend am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und ganz Mitteldeutschland, der auf brutale Weise von sowjetischen Panzern niedergewalzt wurde, wie auch durch die »Abstimmung mit den Füßen« von über 2,7 Millionen Menschen aus Mitteldeutschland, die bis 1961 in die Bundesrepublik Deutschland abwanderten – ein Aderlass, gegen den sich Moskau und Ost-Berlin nicht anders wehren konnten als mit dem Bau der unmenschlichen Berliner Mauer.

Auch seither sind es jährlich Tausende, die großenteils unter Einsatz ihres Lebens in den Westen, in die Freiheit gelangen. Trotz schwe-

rer Nachteile für persönliche Freiheit, Familie und Beruf hält sich die Zahl der Menschen aus Mitteldeutschland, die Ausreiseanträge in den Westen stellen, in den letzten Jahren fast immer konstant zwischen einer halben Million und 600000, seit 1988 mit erheblich ansteigender Tendenz.[653] In der ersten Jahreshälfte 1988 sind über 12000 Übersiedler, fast 5000 Flüchtlinge und 206 »Sperrbrecher« – letztere unter Gefahr für Leib und Leben – in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gekommen.[654] Terror und unmenschliche Haftbedingungen für politische Gefangene in Mitteldeutschland – unter anderem in den Strafanstalten Bautzen, Brandenburg und Hoheneck – dauern an. Die Sperranlagen an der Zonengrenze werden immer raffinierter ausgebaut. Trotz Abbau der Selbstschußanlagen am Metallgitterzaun seit 1984 dauert der Schießbefehl für die Grenztruppen fort; ihm wurde mit Paragraph 27 des Grenzgesetzes vom 25. März 1982 in Verbindung mit Paragraph 213 des Ostberliner Strafgesetzbuches, der einen gezielten Schußwaffengebrauch ohne vorherigen Anruf fordert, eine Scheinlegitimation gegeben. Er wird bis zum heutigen Tage praktiziert.

Im Herbst 1988 wird im Westen das Ergebnis einer vertraulichen Umfrage bekannt, die die Ostberliner Führung bei der mitteldeutschen Bevölkerung über die Wiedervereinigung Deutschland durchführen ließ. Das Ergebnis: Über 80% wünschen die Wiedervereinigung; das sind genauso viele wie – bei einer Infratest-Umfrage 1987 – in der Bundesrepublik Deutschland.[655]

Obwohl verschiedentlich bei Demonstrationen in Ost-Berlin gegenüber der eingreifenden Volkspolizei der Ruf »Gorbatschow« laut wurde, ist die Begeisterung für die sowjetischen Reformen auch bei der Bevölkerung in Mitteldeutschland nicht sehr weit verbreitet. Man begrüßt zwar jede Möglichkeit und Form einer Auflockerung, es fehlt jedoch an der Identifizierung der Menschen nicht nur mit dem kommunistischen Regime, sondern auch mit dem deutschen Teilstaat, und darüber hinaus bezweifelt man grundsätzlich die Reformfähigkeit des Sozialismus innerhalb des Systems. Leitbild ist nicht die wirtschaftliche Misere der Sowjetunion, sondern die freiheitliche Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, die Abend für Abend, wenn sich die Straßen der Städte und Dörfer zwischen Rostock und Leipzig schlagartig von Menschen leeren, in den Wohnungen auf den Fernsehschirmen vorgeführt wird. Die Ent-

scheidung der Menschen heißt daher nicht »Perestrojka«, sondern Ausreiseantrag oder auch Resignation.[656]

Wirtschaftlich geht es in Mitteldeutschland wieder bergab. Die These der SED-Führung, Ost-Berlin habe seinen Platz unter den zehn führenden Industriestaaten der Welt behaupten können[657], ist längst nicht mehr wahr. Wie Professor Wolfgang Seiffert schreibt, ist der SED-Staat »aus der Gruppe dieser führenden Industrieländer seit vielen Jahren herausgefallen und steht nur noch an 18. bzw. an 25. Stelle. Nach Berechnungen der Weltbank liegt die DDR hinsichtlich des absoluten Bruttosozialproduktes an 18. Stelle hinter Mexiko und hinsichtlich des Bruttosozialproduktes je Einwohner an 25. Stelle ...«[658] Hermann von Berg, langjähriger Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin, Ministerialdirektor für internationale Verbindungen beim Vorsitzenden des Ministerrates und Koordinator im Ministerium für Außenwirtschaft, fügt hinzu: »Die Arbeitsproduktivität liegt in der DDR nach offiziellen geschönten Angaben generell um 30 % unter derjenigen in der Bundesrepublik. In der Landwirtschaft macht dieser Rückstand bis zu 50 % aus ... Ohne Modernisierungstechniken, vor allem aus der Bundesrepublik, zu importieren, kommt die DDR ökonomisch zukünftig nicht über die Runden. Der Rückstand ist katastrophal ... die Verschuldung der DDR nähert sich 1986 wieder jener von 1982 bis 1983. Die Netto-Verschuldung liegt z. Z. bei acht bis neun Milliarden Dollar. Wieder droht der Bankrott ... Das ist die reale Lage: Die SED weiß nicht, wie sie ihre Schulden bezahlen soll.«[659]

Die Wissenschaftlerin Maria Haendcke-Hoppe von der »Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen« weist darauf hin, daß Anfang der achtziger Jahre Ost-Berlin lediglich durch eine rigorose Konsolidierungspolitik mit scharfer Begrenzung von Devisenimporten und Privatverbrauch in Kombination mit den beiden westlichen Milliarden-Krediten eine Rettung aus der wirtschaftlichen Sackgasse durch Halbierung der Netto-Hartdevisenverschuldung gelang. Dennoch seien Honeckers Außenwirtschafts-Konzepte mehrheitlich gescheitert. Teilerfolge seien von einer Summe von Mißerfolgen überlagert: »Der Handel schrumpft, die Warenstruktur ist schwer deformiert, die Devisenverschuldung steigt, Kooperationsmöglichkeiten mit dem We-

sten, insbesondere mit der Bundesrepublik, werden kaum genutzt.« Aufgrund der sich aus der mangelnden nationalen Identifikation ergebenden strukturellen Schwäche des SED-Regimes einerseits und der besonderen Gefährdung als westlichstem Vorposten Moskaus in Europa andererseits herrührenden besonderen Situation des SED-Regimes, sieht sich dieses nicht in der Lage, die Zügel zu lokkern. Dies geschieht durchaus auch im Interesse Moskaus, und es ist kein Zufall, daß die beiden kommunistischen Herrschaftsgebiete, die eine unmittelbare Grenze zu freiheitlichen Staaten, die Mitglieder der westlichen Allianz sind, besitzen – daneben noch die Tschechoslowakei –, einen härteren inneren Kurs verfolgen. So ist es durchaus eine Ausnahme, wenn der ehemalige Ostberliner Spionagechef Markus Wolf davon spricht, daß man die Stalin-Zeit noch aufarbeiten müsse.[660] Ansonsten gilt der Grundsatz des Chefideologen Kurt Hager, der erklärt hat, wenn sein Nachbar das Haus neu tapeziere, habe man selbst noch längst nicht Veranlassung, dasselbe zu tun. Die Übereinstimmung Honeckers mit Gorbatschow über die Aufrechterhaltung des europäischen Status-quo und der Teilung Deutschlands sowie die gemeinsame Sorge um die Gefährdung des westlichsten sowjetischen Vorpostens in Europa geht aus der gemeinsamen Erklärung beider Parteiführer vom 29. September 1988 hervor, in der es heißt, »daß die Welt ihren Bewohnern nur dann erhalten bleibe, wenn die gegenwärtigen territorialpolitischen Realitäten in Europa unerschütterlich sind und die gesellschaftlich-soziale Wahl, die die Völker Europas, einschließlich das Volk der DDR und das der BRD, getroffen haben, vorbehaltlos anerkannt wird.«[661] So kann der Parlamentarische Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium, Ottfried Hennig, zu Recht erklären: »Die derzeitige SED-Führung arbeitet unbeirrt für den Endsieg einer verlorenen Sache, des orthodoxen Kommunismus. Wir müssen der DDR-Führung klarmachen, daß es mit dem Steinzeit-Sozialismus dort nur ein schlechtes Ende nehmen kann. Wir müssen das Unrecht brandmarken:

- daß an der Grenze noch immer auf Flüchtlinge geschossen wird – und zwar neuerdings sogar mit Hochgeschwindigkeitsgeschossen.
- daß Kinder und Armee immer noch zum Haß erzogen werden.
- daß politisches Strafrecht menschenrechtswidrig ist.

– daß es noch niemals eine freie Wahl in der DDR gegeben hat.
All dies läuft einer Politik der guten Nachbarschaft, wie sie mit der DDR verabredet ist, entgegen und kann nicht hingenommen werden. Die Führung der DDR begibt sich geradewegs ins Abseits. Die DDR ist zum Hemmschuh der Entspannungs- und Abrüstungspolitik geworden. Die SED zeigt sich unfähig zur Reform. Versorgungsmängel und Fehlplanungen sind typisch für die Lage. Mit alldem schwimmt sie gegen den Strom der Zeit. Es gärt in der DDR. Die tägliche Drangsalierung von Deutschen muß aufhören. Wer dazu schweigt, macht sich mitschuldig! Ein Deutscher, der den millionenfachen Massenmörder Stalin verteidigt, ist keinen Deut besser als einer, der Hitler für ›nicht so schlimm‹ hält.«[662]
In der Tat war das Ost-Berliner Parteiorgan Neues Deutschland die einzige Parteizeitung eines Staates des Warschauer Paktes, die den stalinistischen Brief der Leningrader Lehrerin, Nina Andrejewa, der in der Sowjetunion erscheinen war, abgedruckt hat.[663] Zu dem Überborden von Glasnost in der Sowjetunion sprach Honecker vom »Gequake wildgewordener Spießer, die die Geschichte der KPdSU und der Sowjetunion im bürgerlichen Sinne umschreiben möchten.«[664] In einem Artikel von Neues Deutschland wird Walter Ulbricht hochgelobt.[665] Die sowjetische Zeitschrift Sputnik wird in Ost-Berlin verboten, stalinkritische Filme werden aus den Kinos verbannt, sowjetische Theaterstücke werden in Mitteldeutschland abgesetzt, das Ost-Berliner Kabarett »Die Distel« muß auf Druck der Zensur sein Programm ändern, kritische Kirchenblätter werden verboten oder erhalten keine Papierzuteilung.[666] Die deutschsprachige »Budapester Rundschau« wird aus dem Verkehr gezogen.[667]
Aber auch in Mitteldeutschland ist die Bevölkerung nicht mehr bereit, ohne Protest Unterdrückung und Gängelung durch das sozialistische System hinzunehmen. Die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland in mühsamen Verhandlungen erreichten Genehmigungen für häufigere Westreisen bewirken, daß die Menschen aus Mitteldeutschland den freien Teil Deutschlands nicht mehr in völliger Isolierung lediglich aus den zumeist einseitigen Darstellungen des westlichen Fernsehens kennen, sondern das Leben im Westen mit eigenen Augen sehen. Dies wirkt sich bei den einzelnen zumeist als tiefer Schock aus, der ihnen die Misere ihres täglichen Lebens im kommunistischen System erst voll bewußt macht.

Mehr und mehr Widerstand- und Protestgruppen formieren sich, die häufig im kirchlichen Leben ihren Kristallisationspunkt finden. So demonstrieren die Katholiken in einem Kirchentag erstmals ihren lebendigen Glauben. Die zahlenmäßig stärkere evangelische Bevölkerung bildet Diskussions- und Bürgerrechtsgruppen in den Kirchen, von denen viele Anfang 1988 vom Staatssicherheitsdienst zerschlagen und deren aktivste Mitglieder zur Übersiedlung in den Westen gezwungen werden. Trotzdem gibt es Anfang 1989 etwa 200 Protestgruppen in Mitteldeutschland.[668] Ende 1988 fordert die Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen in Halle eine »Erneuerung der Gesellschaft in der Wahrheit« einschließlich Rechtssicherheit und Mündigkeit, Demokratisierung der gesellschaftlichen Institutionen, Zugang zu Informationen, Aufhebung der Zensur und Wahlen, bei denen »die Benutzung der Kabinen und die geheime Stimmabgabe für jeden Wähler verbindlich« werden muß.[669] In Ost-Berlin kritisiert der evangelische Stadtjugendpfarrer Wolfram Hülsemann die Berichterstattung der offiziellen Medien über den Schweigemarsch, mit dem am 10. Oktober 1988 Hunderte von Lesern einer evangelischen Kirchenzeitung gegen die fortgesetzten staatlichen Zensureingriffe protestiert haben. Künstler fordern die Möglichkeit zu Westreisen.[670] Ein internationaler kirchlicher Kongreß in Buckow wird von den Behörden verboten.[671] Der Ost-Berliner Pfarrer Rainer Eppelmann findet in seinem Arbeitszimmer einen kompletten Minisender mit Verstärker und Antenne – vom Staatssicherheitsdienst eingebaute Wanzen –, obwohl nach der Ost-Berliner Verfassung Seelsorger einem besonderen Vertrauensschutz unterliegen.[672] Mehrere Pfarrer aus Ost-Berlin fordern in einem Schreiben an die sogenannte Volkskammer eine grundlegende Änderung der bestehenden Verfassungs- und Rechtsordnung.[673]

In Leipzig müssen Mitglieder der »Aktion Sühnezeichen«, der »Initiativgruppe Leben«, der »Arbeitsgruppe Gerechtigkeit« und der »Arbeitsgruppe Umweltschutz« Anfang 1988 hinter Gitter; bei Hausdurchsuchungen werden kofferweise Bücher und Schriften, Tagebücher und Notizen beschlagnahmt. Von 800 Demonstranten anläßlich des 70. Jahrestages der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden 120 Frauen und Männer vom Staatssicherheitsdienst festgenommen; sie hatten eine »Demokratisierung

unseres sozialistischen Staates« unter Berufung auf die beiden kommunistischen Jubilare gefordert und für Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit demonstriert.[674] Ein aus Eisenhüttenstadt stammender Rechtsanwalt und ehemaliger SED-Parteifunktionär, Rolf Henrich, fordert im April 1988 eine Reform der herrschenden kommunistischen Partei »an Haupt und Gliedern«. Wenn eine Neuorientierung ausbleibe, sei das »das Ende« der SED, und veröffentlicht ein im Westen verlegtes Buch unter dem Titel »Der vormundschaftliche Staat«.[675]

Viele von den weit über eine Million zählenden Bewohnern Mitteldeutschlands, die einen Antrag auf Übersiedlung in die Bundesrepublik gestellt haben, demonstrieren, um ihrem Begehren Nachdruck zu verleihen, mit einem weißen Stoffbändchen an der Autoantenne oder am Seitenspiegel ihres Kleinwagens; ihre Kinder kommen mit einem großen »A für Ausreiseantragsteller« auf dem Schulranzen zum Unterricht. Die SED-Staatsmacht reagiert darauf rigoros und kassiert Strafen wegen »Irritation der anderen Verkehrsteilnehmer«.[676] Die Proteste nehmen zu, da die seit dem 1. Januar 1989 geltende neue staatliche Reiseverordnung zu mehr und mehr staatlicher Unterbindung von Besuchsreisen in den Westen führt; 80 bis zum Teil 100 % der Ausreiseanträge werden abgelehnt.[677]

Hunderte von Bürgern demonstrieren öffentlich zur Zeit der Leipziger Messe in der Nähe der Nikolai-Kirche für ihre Ausreise und skandieren Texte wie: »Wir wollen raus!« oder: »Stasi raus!«[678] Gegenüber den vermehrten Protesten des Volkes weiß sich das Ost-Berliner Regime nicht anders zu helfen, als den Druck zu verstärken, Demonstrationen aus panischer Angst gegen eine offene Rebellion im Keim zu ersticken und – so eine Verfügung des Ost-Berliner Ministerrates – Ausreisewillige sogar zu bespitzeln und zu überwachen.[679] Aber trotz aller Unterdrückungsversuche des kommunistischen Regimes: Auch im SED-Staat gärt es, der Widerstand der Bevölkerung nimmt zu und kann zu einer explosiven Situation führen.

Im Sommer 1989 wenden sich Tausende von Mitteldeutschen, insbesondere junge Menschen, an die Botschaften des freien Deutschland in Budapest und Prag sowie an die Ständige Vertretung in Ost-Berlin oder suchen den Weg über die ungarisch-österreichische Grenze, um in Freiheit zu gelangen. Im August 1989 ruft der Ost-

Berliner Physiker Hans-Jürgen Fischebeck in einer öffentlichen Veranstaltung zur Gründung einer oppositionellen Sammlungsbewegung gegen das SED-Regime auf, da das kommunistische System Ost-Berlins nicht mehr reformierbar sei.

Polen: »Für Euere und unsere Freiheit!«

»Für Euere und unsere Freiheit!« Das stand als Wahlspruch auf den Fahnen von Tadeusz Kosciuzko, der sich 1794 zwischen der zweiten und dritten polnischen Teilung gegen die russische und preußische Unterdrückung gemeinsam mit polnischen Patrioten erhob. Dieses Motto könnte über der gesamten polnischen Geschichte stehen, denn immer wieder sind die Polen, oft auch in hoffnungsloser Lage, für ihre Freiheit aufgestanden, für ihre und zumeist auch für Europas Freiheit, so etwa als König Johann Sobieski Schulter an Schulter mit kaiserlichen, bayerischen und sächsischen Truppen Wien von der Türkengefahr befreite. Das ausgeprägte polnische Nationalgefühl kristallisiert sich zugleich – angesichts ihrer Mittellage zwischen dem protestantischen Preußen und dem orthodoxen Rußland – in ihrem unbeugsamen katholischen Glauben. Ihr Freiheitswille wird zugleich beflügelt durch ein ausgeprägtes lebendiges Geschichtsbewußtsein, das ihnen zugleich Auftrag für Gegenwart und Zukunft ist und ihr Bewußtsein bildet – ob es nun um das Gedenken an die Verfassung von 1791 geht, der ältesten Europas –, oder um den politischen Messianismus des Dichters Adam Mickiewicz. So hat die deutsch-russische Unterdrückung seit der vierten Teilung Polens durch den Hitler-Stalin-Pakt von 1939, die barbarischen Verfolgungen durch den Nationalsozialismus und die sowjetische Unterdrückung seit 1945 trotz aller Grausamkeiten nur die Oberfläche berühren und die äußeren Umstände bestimmen können. Die polnische Nation hat sich nie gebeugt. Immer wieder flakkert, insbesondere seit 1956, das Feuer der Freiheit in Polen auf. Die Wahl des Kardinals von Krakau, Karol Wojtyla, zum Papst trug ein weiteres dazu bei, um das polnische Selbstbewußtsein zu festigen und seine beiden Reisen nach Polen wurden zu triumphalen Kundgebungen für Glauben und Freiheit.
Die Gründung der Gewerkschaft Solidarność trifft die Überreste

der marxistisch-leninistischen Ideologie im Mark, da es Arbeiter, Bauern und Studenten sind, die sich hier gegen den Sozialismus freiheitlich organisieren. Am 31. August 1980 wird die freie Gewerkschaft offiziell von dem polnischen Regime anerkannt. Dem folgt im Dezember 1981 die von Moskau verfügte Selbstbesetzung Polens. Nachdem die Strukturen der kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zerstört waren oder doch jegliche Autorität verloren hatten, mußte als Ersatzstruktur und Auffangposition der Macht die polnische Armee unter General Jaruzelski herhalten. Trotz Unterdrückung, Festsetzung von politischen Gefangenen und Hungersnot gelingt es auch diesmal nicht, den Freiheitswillen des polnischen Volkes zu brechen.

Mit besonderer Härte nimmt das polnische Regime erneut den Kampf gegen die Kirche auf: durch eine Doppelstrategie der Umarmung einerseits und brutaler Unterdrückung andererseits. Für viele Märtyrer steht hier stellvertretend der Name des ermordeten polnischen Priesters Jerzy Popieluszko – die Kirche und die Gläubigen unter Kontrolle zu bringen. Dies endete mit einem eklatanten und einzigartigen Mißerfolg.

Bereits in den ersten Nachkriegsjahren wurden unter der Leitung sowjetischer Spezialisten Sondereinsatzgruppen (specjalne grupy operacyjne) gebildet, um Gegner des Regimes stillschweigend zu liquidieren.[680] Nach 1981 nimmt das Jaruzelski-Regime diese stalinistischen Methoden wieder auf. Sonderkommandos von Schlägertruppen des Zomo – der Einsatzpolizei – schüchtern Oppositionelle ein oder beseitigen sie.[681] So werden insbesondere in Breslau und Danzig Angehörige der Solidarität heimlich ermordet.[682]

Durch die Mißwirtschaft des kommunistischen Regimes liegt die polnische Wirtschaft am Boden. Polen ist 1989 nicht mehr in der Lage, seine Auslandsschulden zu bedienen. Der reale Lebensstandard liegt 1988 8 % unter dem von 1978. Die Inflationsrate des Zloty liegt 1988 bei etwa 70 %. Das »offizielle« Polen versucht, westliche Kapitalhilfe, Investitionen und Schuldenerlaß zu erhalten, dies ist aber abhängig von einer wenigstens vordergründigen Einigung des Regimes mit den Vertretern des »wahren« Polen, als deren wichtigster Repräsentant nach wie vor der Arbeiterführer und Friedensnobelpreisträger Lech Walesa gilt.

In Polen bestehen bereits Hunderte unabhängiger Organisationen,

Gesellschaften und Diskussionsclubs. Dutzende neuer Gruppen werden 1988 gegründet. Darunter etwa der christlich-demokratische Club, die Bauern-Bürger-Bewegung, die sich gegen das Monopol der kommunistischen Partei wendet, oder die Polnische Ökologische Partei.

Das polnische Regime zögert Gespräche am Runden Tisch mit der seit der Verhängung des Kriegsrechts 1981 im Untergrund operierenden Gewerkschaft Solidarność immer wieder hinaus, so daß 1988 die Spannungen derart zunehmen, daß der Sprecher von Solidarność, Janusz Onyszkiewicz, erklärt, Polen könne jeden Moment explodieren wie Ungarn im Jahre 1956.[683] Unter dem wachsenden Druck des aufbegehrenden Volkes sieht sich das Regime schließlich genötigt, in Gespräche mit Lech Walesa, der eine Explosion vermeiden will, einzuwilligen.

Es ist Walesa mit der von ihm repräsentierten Solidarność neben katholischen Gruppierungen und der Freiheitsorganisation KOR, die eine Linie der Reformen und des Versuchs einer Verständigung mit den Machthabern steuern. Daneben gibt es die sogenannten »Independisten« wie die Konföderation »Unabhängiges Polen« (KPN), die Liberaldemokratische Partei, die Polnische Unabhängigkeitspartei und die »Kämpfende Solidarność«, die in der Politik der Versöhnung und des Dialogs eine Selbsttäuschung sehen, da sie davon ausgehen, daß das System nicht bereit ist, die Macht zu teilen.[684]

Die polnische Unabhängigkeitspartei (PPN) sieht um die Jahreswende 1988/89 die Lage folgendermaßen: »Die Mehrheit der Polen im Lande sieht in den Gesprächen der Regierungsvertreter mit Walesa nur ein Manöver; bei einer allfälligen ›Zusammenarbeit‹ werden die Kommunisten schnell wieder die Alleinherrschaft an sich ziehen. Die Teilnahme Walesas und seiner Berater an Gesprächen mit der Regierung bewirkt eine Entfernung vom Volk, das mit Betrübnis feststellt, daß ungeachtet des bösen Endes der ›Zusammenarbeit‹ Mikolajczyks mit den Kommunisten (1945 bis 1946) und aller seitherigen üblen Erfahrungen es immer noch Leute gibt, die glauben, mit den Kommunisten gäbe es einen modus vivendi. Mit dem Angebot von Gesprächen ›am Runden Tisch‹ ist es der Regierung gelungen, die Opposition zu spalten in solche, die eine Zusammenarbeit versuchen wollen, und in solche, die das als aussichtslos erachten und die den Kommunismus überhaupt ablehnen ... Die NATO-

Staaten stehen vor der Frage, ob sie Walesa unterstützen und damit die Positionen von Jaruzelski und Rakowski und den sowjetischen Einfluß in Polen stärken wollen, oder ob sie den Unabhängigkeitsbewegungen politisch und materiell helfen wollen, ist doch die Unabhängigkeit Polens nicht nur eine polnische, sondern eine europäische Angelegenheit. Leider ist es Gorbatschow gelungen, mit seinen politischen Aktivitäten im Weltmaßstab eine Desorientierung der Politiker im Westen zu bewirken, von denen viele die Perestrojka als den Wandel eines expansionistischen Imperiums zu einem friedlichen Staat ansehen. Mit dem Vorschlag eines ›gemeinsamen europäischen Hauses‹ will er einen Teil der Europäer von Amerika abspenstig machen und an sich ziehen, mit dem Fernziel, die USA aus Europa zu vertreiben und seinen Einflußbereich bis zum Atlantik auszudehnen. Die Sicherheit des Westens und insbesondere Europas kann nicht durch ›Einlenken‹ oder gar Abrüstung erreicht werden, wie Naive meinen, sondern nur durch ein Gleichgewicht der Stärke und langfristig durch Begrenzung des demographischen und wirtschaftlichen Potentials der UdSSR, wovon die Satelliten ein Drittel ausmachen.«[685]

In einem Dokument vom 3. Oktober 1988 hat die PPN ihre Lagebeurteilung wie folgt zusammengefaßt:

1. Die Kommunistische Partei und ihre Machthaber sind schwach, ein Teil des Apparates identifiziert sich mit dem Volk.
2. Die Einheit der Armee ist geborsten, diese ist im Falle eines Konfliktes mit dem Volk kein sicheres Werkzeug der Partei mehr. Ein Teil des Offizierkorps und der Soldaten stehen auf der Seite des Volkes und der Arbeiter.
3. Die Schwäche der Partei hat zur Folge, daß die Kommunisten nicht mehr allein regieren können; schon verzichten sie auf ihr Machtmonopol, indem sie Parteilose sowie Anhänger der Solidarność zur Mitregierung einladen. Sie haben die ideologische Macht über die Kirche verloren und sie erkennen die Privatwirtschaft an.
4. Wegen der Unfähigkeit der von den Kommunisten gebildeten Regierungen wird der Lebensstandard weiter sinken, was zu Aufständen gegen die Kommunisten führen wird.
5. Wegen inneren Schwierigkeiten und der Bemühungen um Entspannung mit dem Westen hat die Wahrscheinlichkeit eines so-

wjetischen Eingreifens in Polen abgenommen. Die UdSSR wird nicht den Einsatz einer Million Soldaten riskieren, um die polnische Armee zu unterdrücken.

6. Die Unabhängigkeitsbewegung hat dafür zu sorgen, daß die weiteren Aufstände in Polen nicht vergeblich bleiben, daß sie nicht nur Opfer fordern, sondern auch politische Resultate zeitigen. Diese hängen ausschließlich davon ab, ob es gelingt, die Kommunisten von der Macht zu entfernen.[686]

Mitte Dezember 1988 kommt es in mehreren polnischen Städten in Erinnerung an den 7. Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts zu Kundgebungen, so in Krakau, Lódz, Danzig, Breslau, Lublin und Thorn. In Warschau gehen Sondereinsatzkommandos hart gegen Studenten vor. Unter den empörten Rufen der Menschenmenge: »Gestapo, Gestapo!« werden von Sondereinsatzkommandos Demonstranten abgeführt, darunter der Sprecher der verbotenen polnischen sozialistischen Partei, Piotr Ikonowicz.[687] In Krakau kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den protestierenden Jugendlichen und der Polizei. Dabei ertönen sowjetfeindliche Parolen, so daß sich die polnische Regierung beim sowjetischen Botschafter entschuldigen muß.[688]

Dem Regime steht das Wasser bis zum Hals. Der Zerfall im Zwangsapparat geht weiter. In der Miliz wird Korruption deutlich; eine Reihe von Offizieren werden wegen Bestechlichkeit verhaftet – zwei davon begehen Selbstmord. Verbände der Einsatzpolizei ZOMO in Schlesien haben sich geweigert, gegen Arbeiter vorzugehen. In der Armee nimmt die Unzufriedenheit zu.[689] Regierungssprecher Jerzy Urban muß vor der Presse zugeben, daß die mehr als 4000 polnischen Offiziere im Wald von Katyn nicht von der deutschen Wehrmacht, sondern von den Sowjets ermordet worden sind: »Wir sind der Meinung, daß alles darauf hindeutet, daß diese Verbrechen von dem stalinistischen NKWD begangen wurden«[690] – dies war bisher in Polen ein Tabu.

Am 6. Februar 1989 beginnen die Gespräche am Runden Tisch zwischen Regierung und Solidarność. Es geht um die Wiederzulassung der verbotenen Gewerkschaft, um die Formulierung eines neuen Gewerkschaftsgesetzes und insbesondere einer neuen polnischen Reformpolitik. Für Lech Walesa ist dies eine Gratwanderung. Die Preise steigen, die Läden sind leer, mit der Wirtschaft geht es weiter bergab.

Am 21. Januar wird der 75jährige Pfarrer an der Warschauer Borromäus-Kirche, Stefan Niedzielak, umgebracht, der Widerstand sowohl gegen die Nationalsozialisten wie gegen die Kommunisten geleistet hatte. Am 28. Januar findet man in Bialystok die Leiche von Pater Stanislaw Suchowolec, einem engen Freund des von den polnischen Sicherheitskräften ermordeten Priesters Popieluszko; Suchowolec ist eines gewaltsamen Todes gestorben. Um die Stimmung nicht anzuheizen, erscheint Walesa zur Enttäuschung der Teilnehmer nicht bei der Beisetzung.[691] Andererseits wird es zu einem triumphalen Ereignis, als Walesa erstmals seit fünf Jahren Anfang Dezember 1988 wieder im staatlichen Fernsehen auftritt und in einer Diskussion mit dem Vorsitzenden des offiziellen Gewerkschaftsbundes OPZZ, Alfred Miodowicz, erklärt: »Geben wir den Menschen Freiheit. Schauen sie, was die Ungarn tun, wie weit sie gehen. Sie gründen sogar neue Parteien – und wir stehen hier still.«[692]

Nachdem der von Lech Walesa angeführte »Bürgerrat«, in dem über 100 Intellektuelle, Künstler und Anhänger von Solidarność vereint sind, die Regierung warnt, die Lage in Polen werde sich weiter zuspitzen, wenn sie nicht endlich Zugeständnisse macht[693], läßt das Regime schließlich erklären, die kommunistische Partei wolle das Land in Richtung einer »sozialistischen parlamentarischen Demokratie« führen – einem Widerspruch in sich, der aber zeigt, daß die kommunistische Partei wenigstens Anzeichen eines Nachgebens zeigt.[694] Mitte Februar 1989 ist das Regime schließlich bereit, Solidarność wieder als landesweite Organisation zuzulassen.

Bohdan Gorski urteilt: »Die Partei will, um es auf die Kurzformel zu bringen, die alternative Gewerkschaft unter der Bedingung anerkennen, daß sie sich nicht alternativ verhält ... Wenn die Solidarność in regimegestellte Bedingungen einwilligt, gibt sie tatsächlich einen Teil ihrer Identität auf, vielleicht sogar gerade jenen Teil ihres Wesens, der sie in den letzten Monaten wieder zum Symbol der Polen hatte werden lassen: die kämpferische Vertretung der Werktätigen ... Also ein Meisterstreich der Parteiführung? Keineswegs. Die ZK-Resolution bliebe sogar dann ein strategischer Mißerfolg, wenn sie ein taktisches Glanzstück gewesen wäre, und das war sie nicht. Sie war vielmehr das Resultat einer erbitterten Auseinandersetzung vor dem ZK-Plenum, das sich erst nach zusätzlichen Sitzungen kurz

vor der Zerreißprobe zu einer dürftig gekitteten Einheit fand. Und das ist durchaus begreiflich. Wenn das Regime nämlich auf das Taktieren angewiesen ist, um der verbotenen Solidarność zu begegnen, dann widerspricht es seinem eigenen Arbeitervertretungsanspruch ganz direkt, dann desavouiert es seine gesamte Sozialismusrettungspolitik von 1981 bis heute, dann gibt es zu, daß ihm nur Ausflüchte übrig bleiben, seien sie auch ›schlau‹. In diesem Sinne hatten die ›Betonköpfe‹ auf dem Plenum durchaus recht: Die Partei hat ihre Führungsrolle verloren, und selbst ein hinterhältig gemeintes Kollaborationsangebot an die Solidarność bedeutet den Verzicht darauf, die verlorene Führungsrolle wiederzugewinnen.«[695]

Die wichtigsten Punkte der Vereinbarung zwischen dem Regime und Solidarność sind: Die Gewerkschaft und der Bauernverband Land-Solidarität werden wieder zugelassen. Die Bildung von Vereinen und politischen Clubs werden erlaubt. Der Staatsrat wird aufgelöst, durch einen Präsidenten nach französischem Vorbild ersetzt. Das polnische Parlament erhält mit dem Senat eine zweite Kammer, die im Juni 1989 demokratisch gewählt werden soll. Das Wahlverfahren zum Sejm, dem Unterhaus, wird geändert; der Opposition wird eine feste Quote von 35 % der Sitze zugeteilt. Die Wirtschaft soll auf Markt, Eigentumsfreiheit, Abschaffung staatlicher Monopole ausgerichtet werden. Die Opposition darf offiziell eine landesweite Tageszeitung herausgeben. Lech Walesa sieht das »notwendige Minimum« erreicht; jetzt müsse die Bevölkerung von der Chance der Wahlen Gebrauch machen – während diesesmal nur der Senat frei gewählt werde, sollen die nächsten Wahlen demokratisch sein.[696]

Adam Michnik urteilt: »Das Argument der Kraft ist durch die Kraft der Argumente ersetzt worden. Doch für wie lange?« Michnik betont, Solidarność habe insbesondere die Beseitigung der bisherigen Nomenklatura-Praxis gefordert, aber in dieser Frage sei das Regime zu Zugeständnissen nicht bereit gewesen: »Der Streit um die Nomenklatura, der ja nur die logische Konsequenz aller anderen Kontroversen ist, stellt in seinem Wesen den Konflikt um den eigentlichen Kern der stalinistischen Ordnung dar. Hier wird sich, nicht nur in Polen, sondern auch in der UdSSR, die wichtigste Schlacht abspielen ... aber ich gebe mich keinen Illusionen hin. Dieses Prinzip wird hart und rücksichtslos verteidigt werden von all denen, die

ihm ihre Teilnahme an der Macht und den damit verbundenen Privilegien verdanken.« Michnik warnt davor, daß der Chef der offiziellen Regime-Gewerkschaft OPZZ, Miodowicz, dabei sei, mit Unterstützung der doktrinären Führer in den kommunistischen Zentralen Ost-Berlins und Prags eine stalinistische Lobby zu organisieren: »Deshalb erinnern die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Jaruzelski und der OPZZ an eine Situation, in der nicht der Hund mit dem Schwanz, sondern der Schwanz mit dem Hund zu wedeln versucht. Deshalb werden die nächsten Monate nicht leicht sein für die Polen. Doch ich sehe keinen besseren Weg für Polen als die Verwirklichung der am Runden Tisch geschlossenen Abkommen. Meine Hoffnung ist, daß der Schwanz bald aufhören muß, mit dem Hund zu wedeln. Und deshalb bringe ich, besorgt, aber optimistisch, einen Toast aus auf das Gelingen und den Erfolg unserer hoffnungslosen Sache.«[697]

Durch die Vereinbarung ist das Machtmonopol der kommunistischen Partei nur eingeschränkt, nicht aber aufgehoben worden. Die Tür ist nur einen dünnen Spalt hin zur Entwicklung zu einer parlamentarischen Demokratie geöffnet worden. Die Gewerkschaft Solidarität ist offiziell anerkannt worden – wie schon einmal im August 1980 – im Jahr darauf wurde sie wieder in den Untergrund gedrängt. In den Schlüsselfragen der Machtausübung hat sich nichts geändert. In Wirklichkeit stehen sich das System und das Volk, vertreten durch Solidarność und andere Gruppen, nach wie vor wie Feuer und Wasser gegenüber: Während das System erwartet, daß durch die Vereinbarung Solidarność dem System behilflich ist, eine effizientere Politik zu machen, erwartet Solidarność, daß die Vereinbarung den Weg dazu öffnet, das System selbst zu verändern und das Monopol der Macht zu brechen. Die nächste Runde der Auseinandersetzung ist bereits eingeläutet.

Das kommunistische Regime versucht, den Wahlkampf von Solidarität zu behindern: das staatliche Fernsehen setzt die Ausstrahlung einer Wahlsendung ab; die Wahlkampfzeitung von Solidarność wird zensiert.[698]

Es ist verständlich, wenn das kommunistische Regime in Warschau versucht, Wahlkampfzeitungen der Opposition zu unterdrücken. Diese verfügen nämlich über ausgezeichnete Informationen aus der kommunistischen Machtzentrale der Statthalter Moskaus in War-

schau. So berichtet etwa Anfang Mai eine Wahlzeitung in Breslau Einzelheiten sowohl der kommunistischen Strategie in Polen, die auf eine psychologisch-politische Einbindung der Opposition abzielt, wie auch über die Situation in der Sowjetunion und die wahren Hintergründe der Strategie Gorbatschows: »Am 25. April 1989 fand im Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei eine Sitzung der Ideologischen Abteilung statt. Zweierlei Probleme wurden diskutiert, erstens die Einbeziehung der positiven Opposition in die Zusammenarbeit und zweitens die ideologisch-politische Lage in der UdSSR.« Hierzu heißt es im einzelnen:

»Erstens: Es wurde billigend zur Kenntnis genommen, daß ein Konsens zwischen den Behörden und der positiven Opposition erzielt wurde, und es wird davon ausgegangen, daß die Opposition aus diesem Konsens auszusteigen nicht in der Lage sein werde. Man müsse, so wurde es ausgedrückt, die positive Opposition in das in Polen vorhandene System einbinden. Nach dem Einbinden müsse man, so wurde empfohlen, zur nächsten Phase, nämlich zur Verwischung der Identität der Opposition im Rahmen dieses Systems übergehen.

Zweitens: Gestützt auf Material aus der UdSSR wurde billigend zur Kenntnis genommen, daß Gorbatschow und seine Mannschaft die ideologischen Grundlagen des Marxismus nicht aufgegeben haben, daß der Marxismus infolge des Zusammenbruchs der Wirtschaft der UdSSR und in den sozialistischen Ländern in Zwang geriet. Daher darf im Augenblick keine ideologische Offensive geführt werden, sondern man müsse sich auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau konzentrieren ...«[699]

Die internen Informationen, die die ideologische Abteilung des Zentralkomitees der polnischen Kommunisten von ihren Genossen in Moskau erhalten haben, bestätigen also die Strategie Gorbatschows, durch Perestrojka eine Peredyshka – eine Atempause – zu erhalten, diesen Zeitraum mit einer Offensive des Lächelns zu überbrücken, und die wirtschaftlichen Grundlagen des sowjetischen Weltmachtanspruchs möglichst mit westlicher Hilfe wiederherzustellen: eine authentische Bestätigung der Falle, die Gorbatschow dem Westen stellt.

Die nur zum Teil freien Wahlen im Juni 1989 in Polen führen zu einem überwältigenden Erfolg der Opposition: 99 der 100 freige-

wählten Senatoren sowie 35 % der Abgeordnetensitze – da 65 % schon im vorhinein für das kommunistische Regime reserviert waren – fallen an die Vertreter der Bürgerkomitees von Solidarität. Nachdem nahezu alle Repräsentanten des kommunistischen Regimes einschließlich Ministerpräsident Rakowski durchfielen, mußten für die den Kommunisten reservierten Sitze »Nachwahlen« stattfinden, bei denen sich nur etwa 25 % der Bevölkerung beteiligten – eine neue Schlappe für das Regime. Resignierend stellt einer der durchgefallenen prominenten kommunistischen Kandidaten fest: »Wie soll man das Volk davon überzeugen, daß es einer Partei die Stimme geben soll, die inzwischen selber zugibt, vierzig Jahre lang so gut wie alles falsch gemacht zu haben?«[700]
Entscheidend für die Effektivität der Opposition wird es sein, daß sie sich nicht von den Kommunisten einbinden läßt. Schon warnen unabhängige Oppositionspolitiker wie der christliche Demokrat Wladyslaw Sila-Nowicki, die Solidarität habe eine »Neue Nomenklatura« geschaffen und unterdrücke den wahren Pluralismus.[701] Wohlweislich erklären Vertreter von Solidarność, sie seien nicht bereit, Regierungsverantwortung mit zu übernehmen.
Durch die »halbfreien« Wahlen in Polen ist das polnische Pulverfaß keineswegs entschärft: Am 17. Juni 1989, dem 36. Jahrestag des Arbeiteraufstandes in Ost-Berlin, kommt es zu Demonstrationen in Warschau, die den Abzug der sowjetischen Truppen aus Polen fordern.[702]
Das erste Ergebnis freier Wahlen im kommunistischen Machtbereich, nämlich der Wahlen zum polnischen Senat, bei denen die Opposition 99 % der Sitze erhält, ist zugleich ein Zeichen dafür, wie die Menschen im sowjetischen Machtbereich wirklich denken, und eine schallende Ohrfeige für jene westlichen »Realpolitiker«, die glauben, eine »Entspannung« mit dem kommunistischen Regime Mittel-Osteuropas durch deren direkte oder indirekte Unterstützung und Stabilisierung bewirken zu können, anstatt Partei für die Völker zu ergreifen. Als sich im August 1989 Solidarność mit Tadeusz Masowiecki um eine Regierungsbildung bemüht, gehen die kommunistischen Einbindungsbemühungen weiter: Die PVAP fordert das Verteidigungs-, Innen- und Außenministerium. Gorbatschow entsendet zur Warnung KGB-Chef Krjutschkow, und im Warschauer Pakt wird eine Sondersitzung gefordert.

Tschechoslowakei: Die Menschen haben ihre Angst verloren

»Die Karten liegen auf dem Tisch. Das totalitäre Regime und auch die geistige Opposition wissen jetzt, woran sie sind. Die Menschen haben ihre Angst verloren, sie sind nicht mehr bereit, alles schweigend hinzunehmen, sondern geben deutlich zur Kenntnis, daß sie fähig sind, für ihre Freiheit vieles zu tun.«[703] Das schreibt Vaclav Havel 1988 im letzten Artikel vor seiner Verhaftung in der tschechischen Exilzeitschrift »Listy«.

Seitdem die während des Prager Frühlings plötzlich aufgeblühte Geistesfreiheit am 21. August 1968 von sowjetischen Panzern niedergewalzt worden war, hatten viele Tschechen und Slowaken weitgehend resigniert. Nachdem Gustáv Husak 1969 seinen Vorgänger, den Reformpolitiker Alexander Dubček, in der Parteiführung abgelöst hatte, beginnt er mit Parteisäuberungen und Berufsverboten für Intellektuelle. Auf dem 14. Parteitag der KPC Ende Mai 1971 dankt er der Sowjetunion offiziell für die »brüderliche Hilfe« der Invasion.

Anfang 1977 rührt sich erstmals wieder deutlich der Widerstand gegen das kommunistische Regime: Die von über 250 Bürgern unterzeichnete »Charta 77« fordert unter Bezug auf die auch von der Tschechoslowakei unterzeichneten KSZE-Bestimmungen von Helsinki die Verwirklichung der Menschenrechte in der CSSR. Das tschechoslowakische Regime beginnt unverzüglich damit, die Unterzeichner unter Druck zu setzen.

Im Dezember 1978 beschließt das Zentralkomitee der KPC eine erneute Säuberung der Partei. Im Jahr darauf werden in einem Strafprozeß gegen zehn Mitglieder der Bürgerrechtsbewegung »Charta 77« zum Teil langjährige Freiheitsstrafen verhängt. Überall werden die Schrauben der Unterdrückung angezogen; etwa eine halbe Million von Tschechen und Slowaken werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Mit harter Hand herrscht das Regime Husak/Bilak über das Land.

Auch nach der Wahl des neuen Generalsekretärs Jakes wird der harte Kurs fortgesetzt. Die entscheidenden politischen Positionen sind in der Hand des »dogmatischen Blocks«, dem auch Generalsekretär und Sicherheitschef Jakes selbst zuzurechnen ist: der Sekretär des

Zentralkomitees für Ideologie Fojtik, der Altstalinist Hoffmann und der Parlamentspräsident Indra. Die Dogmatiker und insbesondere Generalsekretär Jakes wollen von Perestrojka nichts wissen und lassen sich hierzu von Moskau auch nicht drängen.[704]

Die wirtschaftliche Lage der Tschechoslowakei ist zwar nicht so prekär wie in Polen, aber wenn man daran denkt, daß Böhmen und Mähren zur Zeit der k.u.k.-Monarchie eine der fortschrittlichsten und blühendsten Industrielandschaften Europas und der Welt waren, kann man die gegenwärtige Lage nur trostlos nennen. Ota Sik, der als Stellvertretender Ministerpräsident während des Prager Frühlings 1968 für die Wirtschaftsreformen zuständig war, erklärt: Das Land ist nicht in der Lage, diejenigen westlichen Waren zu kaufen, die es braucht, um seine industrielle Grundlage zu modernisieren. Moderne Technologie ist sehr teuer und die Tschechoslowakei ist nur in der Lage, sie in kleinen Mengen einzuführen. Als eine Folge hiervon ist die industrielle Grundlage der Tschechoslowakei völlig veraltet und kann in keiner Weise mit westlichen Industrien verglichen werden. Die Tschechoslowakei fällt immer mehr zurück und ist dabei, auf das Niveau eines unterentwickelten Landes zu fallen.[705]

Besonders katastrophal ist die Umweltzerstörung durch die veralteten Industriebetriebe. Etwa acht Millionen Tonnen umweltzerstörender Emissionen kommen jährlich aus der Tschechoslowakei, von denen 40 % die Nachbarländer schädigen.[706]

Aber noch verheerender als die Gängelung der Wirtschaft durch das kommunistische Regime ist die Gängelung der Menschen. Die Werke von über 200 lebenden und toten tschechischen und slowakischen Schriftstellern sind in der Tschechoslowakei verboten.[707] 1989 gibt es etwa zwanzig Widerstandsorganisationen in der Tschechoslowakei mit völlig unterschiedlicher Ausrichtung; wenigstens zehn neue Gruppen wurden allein 1988 gegründet, darunter die Bewegung für bürgerliche Freiheiten, die Demokratische Initiative, die ausgesprochen politische Ziele haben. Zwei andere Gruppen, die Initiative für soziale Verteidigung und das Helsinki-Komitee, bemühen sich um die Einhaltung der Menschenrechte.[708]

1989 wird in Prag von Reformkommunisten eine eigene Bürgerinitiative mit Namen »Obroda« (Wiedergeburt) gegründet.[709] Carl Gustaf Ströhm berichtet: »Daneben schießen vielerorts wie Pilze

nach dem Sommerregen Perestrojka-Vereinigungen oder ›Clubs der Leser der sowjetischen Presse‹ empor – letzteres ein an den Soldaten Schwejk erinnernder Versuch, eine Opposition zu installieren ... in der Prager Führung herrscht große Sorge darüber, daß die Reformprozesse in anderen kommunistischen Staaten, wie Ungarn, Polen, Jugoslawien und nicht zuletzt in der Sowjetunion nun auch auf die CSSR übergreifen könnten.«[710]

Die Behörden greifen daher massiv gegen jede Regung freiheitlichen Widerstandes durch: So wird 1988 eine Menschenrechtskonferenz in Prag schon im Vorfeld verboten. Bis auf Vaclav Havel werden alle, die eine Teilnahme beabsichtigen, bereits am Vortag, Vaclav Havel unmittelbar nach der Eröffnung, verhaftet.[711]

Als Ende Januar 1989 sich der Todestag von Jan Palach, der sich aus Protest gegen die sowjetische Unterdrückung auf dem Prager Wenzelsplatz 1969 selbst verbrannt hatte, zum zwanzigsten Mal jährt, sperren die tschechoslowakischen Sicherheitskräfte das ganze Stadtviertel unterhalb des Hradschins in Prag völlig ab; mehrere Regimekritiker werden in Vorbeugehaft genommen. Das KP-Zentralorgan Rude Pravo erklärt, daß man »keine Subversion gegen die Republik«[712] dulden werde. Als die Polizei an drei aufeinanderfolgenden Tagen vom 15. bis 17. Januar 1989 in Prag Wasserwerfer, Tränengasgranaten und Polizeihunde einsetzt, um am Wenzelsplatz die Menschen zu vertreiben, veröffentlicht das Zentralorgan der italienischen kommunistischen Partei »L'Unità« einen Artikel des prominenten tschechischen Dissidenten Jiři Dienstbier, in dem der frühere Sprecher der Charta 77 erklärt: Die Polizei »überschlug sich in Brutalität«, daß aber die gegenwärtigen Machthaber des Regimes wissen, daß sie an einer Wegkreuzung stehen, aber sie wollen »den einzig möglichen Weg nicht weiter gehen: dieser führt zu der endgültigen Liquidierung des stalinistischen politischen Systems, und diesen Weg können sie nicht einschlagen aufgrund ihrer eigenen Vergangenheit.«[713]

Im Februar 1989 protestieren über tausend Persönlichkeiten aus dem kulturellen Leben, Wissenschaftler, Professoren und Forscher von über siebzig verschiedenen Institutionen in einem offenen Brief an Ministerpräsident Ladislav Adamec gegen das brutale Eingreifen der Polizei in Prag anläßlich des Gedenktages an Jan Palach.[714] Vaclav Havel und mindestens 17 weitere Teilnehmer an der Demon-

stration auf dem Wenzelsplatz werden angeklagt. Und Vaclav Havel wird zu Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.
Besonders hart ist in der Tschechoslowakei auch die Unterdrükkung der katholischen Kirche. Das trifft insbesondere die slowakische Bevölkerung, die ihrem Glauben in besonderer Treue verbunden ist. 1983 beginnen die ersten großen kirchlichen Demonstrationen in der Slowakei. Jahr für Jahr hat die Zahl der Pilger zugenommen. Trotz polizeilicher Unterdrückungsmaßnahmen sind 1988 etwa 700000 Pilger unterwegs.[715]
Im März 1988 findet in Preßburg eine Kundgebung für die Glaubensfreiheit statt, auf der die Polizei gegenüber den Gläubigen handgreiflich wird. Auf der anderen Seite gibt die Regierung manchmal etwas nach, so etwa, als sie im Dezember 1988 in Olmütz eine Demonstration zugunsten von Augustin Navratil zuläßt, der in Kromeritz in eine psychiatrische Klinik eingewiesen wurde, da er wegen seines Eintretens für die Glaubensfreiheit und seiner wiederholten Proteste gegen das Regime als an »Paranoia Querulans« leidend diagnostiziert wurde.[716]
Mit ungebrochenem Mut setzt sich der greise Kardinal Frantisek Tomasek für die Glaubensfreiheit und die Rechte der Kirche ein. Sowohl in Hirtenbriefen wie in Schreiben an den Ministerpräsidenten Lubomir Strougal kämpft der Primas und Erzbischof von Prag gegen den »repressiven und ungerechten Charakter« der staatlichen Religionspolitik: »Die Katholiken kennen ihre Rechte; sie werden fortfahren, sie einzufordern und sind entschlossen, Opfer zu bringen.«[717]
Als am 22. März 1989 in Rom der 18. Parteitag der Italienischen Kommunistischen Partei zu Ende geht, ist der Star des Tages nicht Generalsekretär Achille Occhetto, der an diesem Tag seine große Rede hält, sondern Alexander Dubček, der dort die Ideale des Prager Frühlings proklamiert. Er wird mit donnerndem Applaus der über 1000 Delegierten begrüßt. In Prag ist man empört: Generalsekretär Milos Jakes erklärt, eine politische Rehabilitierung des ehemaligen Führers der KPC sei nicht geplant, dies würde im Lande falsch verstanden werden und könne zur Destabilisierung der innenpolitischen Lage führen.[718] Aber Dubček setzt noch eins drauf: Einen Monat später erscheint der immer noch offiziell Geächtete live im ungarischen Fernsehen, übt harte Kritik am langjährigen

ungarischen KP-Chef Janos Kadar, verteidigt seine Politik zur Zeit des Prager Frühlings und erklärt: »Ich habe damals schon gewußt, was heute in Ungarn oder auch bei Gorbatschow ganz natürlich ist.«[719] Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 und der sowjetische Einmarsch hätten die Reformbewegung im ganzen Ostblock um zwanzig Jahre zurückgeworfen. Das ungarische Fernsehen kann insbesondere auch in großen Teilen der Slowakei – der engeren Heimat Dubčeks – empfangen werden.

Ungarn: »Das System des Kommunismus muß hinweggefegt werden«

Mut, Geradlinigkeit und ein ausgeprägtes Ehrgefühl kennzeichnen die Haltung des ungarischen Volkes, das in diesem Jahrhundert 1918, 1945 und 1956 dreimal zu Boden geworfen wurde, aber immer wieder den Weg zu seiner Selbstbehauptung gefunden hat.
1918 wurde das Königreich Ungarn durch den Vertrag von Trianon auf ein Drittel seines ursprünglichen Staatsgebietes verkleinert. 1945 muß Ungarn erneut auf die Gebietserwerbungen der vorausgegangenen Jahre verzichten und gerät unter sowjetische Vorherrschaft. 1949 wird Ungarn offiziell zur »Volksrepublik«; im selben Jahr wird Józef Kardinal Mindszenty nach einem Schauprozeß zu lebenslangem Gefängnis verurteilt und wird damit zum Symbol des ungarischen Widerstandes gegen den Sozialismus.
Am 23. Oktober 1956 beginnt ein Volksaufstand gegen die kommunistische Herrschaft, der schließlich von sowjetischen Panzern blutig niedergewalzt wird. In seiner letzten Rundfunkbotschaft vor seinem Sturz und seiner Entführung, die 1958 zu seiner Ermordung durch die Sowjets führt, appellierte Ministerpräsident Imre Nagy in beschwörenden Worten an die Welt: »Die ganze Welt wird erleben, wie die russischen Streitkräfte unter Mißachtung aller Verträge den Widerstand des ungarischen Volkes brechen werden. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es eine Einmischung in brutalster Form ist ...«[720] Am selben Tag wird Janos Kádár als Strohmann der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzt und erklärt als Punkt 15 seines Regierungsprogramms »Verhandlungen über den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn mit der Sowjetregierung« – auch

dreißig Jahre später sind die sowjetischen Truppen noch nicht abgezogen. Zehntausende ungarischer Flüchtlinge kommen in den Westen.

Im Laufe der über dreißig Jahre währenden Herrschaft Kádárs erzielt dieser einen bescheidenen Wohlstand und eine gewisse oberflächliche Entpolitisierung der Lage seines Landes. Als sich jedoch in den achtziger Jahren die wirtschaftliche Situation Ungarns zuspitzt und der alternde Kádár die entschlossensten Reformer aus der kommunistischen Partei ausstößt, wird er im Mai 1988 selbst abgelöst.

Die in der Sowjetunion zur wirtschaftlichen Absicherung von deren politischer Machtposition ausgegebenen Parolen von Perestrojka und Glasnost werden von den ungarischen Reformern begierig aufgegriffen: Für sie bedeuten sie allerdings nicht Stärkung des sowjetischen Sozialismus, sondern im Gegenteil Befreiung von der Sowjetherrschaft und vom Sozialismus obendrein. Bereits im September 1987 wird das Demokratische Forum gegründet, zunächst im Untergrund und unbemerkt von der Öffentlichkeit, ein Jahr darauf wird jedoch auch in der offiziellen Presse darüber berichtet.[721] Die Eröffnungsansprache wird von dem Literaturhistoriker Zoltan Biro gehalten, einer von denjenigen, die in den letzten Tagen Kádárs noch aus der Partei ausgestoßen worden waren.[722] Aus dem Ungarischen Demokratischen Forum entwickelt sich die bedeutendste unter den oppositionellen Bewegungen.

Im Laufe des Jahres 1988 sind etwa dreißig neue oppositionelle Organisationen in Ungarn entstanden, darunter etwa der Club der Öffentlichkeit, eine Vereinigung, die für Pressefreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung eintritt[723], neue unabhängige Gewerkschaftsorganisationen, die Vereinigung junger Demokraten, der Bund freier Demokraten und andere.[724]

Im November 1988 empfiehlt der neue ungarische Chef der kommunistischen Partei, Karoly Grosz, die Entwicklung eines Mehrparteiensystems: Eine Frage des Prinzips sei, daß der Sozialismus gut funktionieren müsse. Wenn dazu mehr Parteien notwendig seien, dann solle man eben mehr Parteien zulassen. Er glaube nicht, daß man in Ungarn noch lange unter einem Ein-Parteien-System arbeiten werde.[725]

Einer der bekanntesten Politikwissenschaftler Ungarns, Professor

Bihari, fordert die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung, ein neues Wahlgesetz und die Einführung eines Mehrparteiensystems, da die Regierung nicht mehr imstande sei, richtige Entscheidungen durchzusetzen, da sie Gefangene der stalinistischen Stukturen sei. Auch Bihari gehört zu den in den letzten Tagen Kádárs aus der kommunistischen Partei Ausgeschlossenen.[726]

In der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei bricht die Krise offen aus: Ein kleiner Teil fordert die Rückkehr zum »wahren Kommunismus«, während die Mehrheit die Umwandlung in eine sozialdemokratische Partei erwägt.[727] Der kommunistische Jugendverband Ungarns KISZ löst sich in seiner bisherigen Form auf und fordert die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie auf der Grundlage eines Mehrparteiensystems.[728]

Am 11. Januar 1989 legalisiert das ungarische Parlament die während der letzten Zeit entstandenen politischen und gesellschaftlichen Organisationen sowie deren Recht, Kundgebungen in der Öffentlichkeit abzuhalten. Damit wird die Grundlage für die Rückkehr zum Mehrparteiensystem gelegt. Ein unabhängiges Verfassungsgericht soll geschaffen werden. Die traditionelle Partei der Kleinlandwirte, die Sozialdemokratische Bewegung, die Neue-März-Front sowie die Peter-Veres-Gesellschaft werden wiederbelebt bzw. neu gegründet.[729]

Ende 1988 nimmt mit dem stellvertretenden ungarischen Außenminister Gyula Horn erstmals ein ranghoher Vertreter eines Landes des Warschauer Paktes an der Nordatlantischen Versammlung der Parlamentarier der Atlantischen Allianz teil, die in Hamburg tagt und fordert, »die Mauern des Blocksystems zu durchbrechen.«[730]

Tatsächlich werden Anfang Mai 1989 bei Güns die ersten vier Kilometer des Eisernen Vorhangs zwischen Ungarn und Österreich abgebaut: Wachtürme, Stacheldrahtzäune und elektrische Sperranlagen verschwinden; die Minen sind bereits geräumt.[731]

Der ungarische ZK-Sekretär Matyas Szürös verkündet, er könne sich eine Assoziierung Ungarns mit der Europäischen Gemeinschaft vorstellen. Gleichzeitig erklärt der sowjetische Wirtschaftler Oleg Bogomolow vor ungarischen Journalisten in Moskau, das ungarische Volk müsse selber entscheiden, ob ein Status der Neutralität für das Land vorteilhaft sei.[732]

Am 15. März 1989 feiern die freiheitlichen ungarischen Organisationen erstmals wieder ihren alten Nationalfeiertag aus der Zeit der Revolution von 1848. Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei schlägt gemeinsame Feierlichkeiten vor. Dies wird jedoch vom Ungarischen Demokratischen Forum mit der Begründung abgelehnt, erst wenn die Kommunisten die Feier des 23. Oktober – des Volksaufstandes gegen die Sowjets im Jahr 1956 – zugeständen, sei die Zeit für gemeinsame Feiern des 15. März gekommen: »Wir wollen nicht die nationale Einheit zerbrechen, aber uns schlicht und einfach von der monolithischen Macht (der kommunistischen Partei) distanzieren, die diesen Jahrestag monopolisiert und in der Vergangenheit zu einem Arbeitstag degradiert hat.«[733]
Gleichzeitig haben 21 freiheitliche Organisationen gemeinsam eine Zwölf-Punkte-Erklärung wie im Jahr 1848 proklamiert, in der sie die Schaffung einer echten Volksvertretung, eines Mehrparteiensystems, freie und unverfälschte Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Unabhängigkeit der Gerichte, Gewissens-, Rede-, Presse- und Unterrichtsfreiheit, eine funktionelle Marktwirtschaft, Abzug aller sowjetischen Truppen aus Ungarn, Schaffung eines freien und neutralen Ungarn, Wiedereinführung des alten ungarischen Staatswappens mit der Stephanskrone, Gerechtigkeit für die Opfer des Jahres 1956 und die Märtyrer der Revolution gegen die Sowjetunion, Proklamierung des 23. Oktober zum nationalen Feiertag sowie Selbstbestimmungsrecht für die Völker Mittel- und Osteuropas und Beendigung der Zweiteilung Europas fordern.[734]
Am 15. März 1989 demonstrieren etwa 100000 Menschen in der ungarischen Hauptstadt mit Transparenten, auf denen steht: »Aus mit dem Kommunismus – 1945 bis 1989, das reicht!« Zehntausende singen die ungarische Nationalhymne »Gott schütze Ungarn«: »Wir schwören beim Gott der Ungarn, daß wir nicht länger Sklaven sein wollen!«[735]
Kurz zuvor wird Otto von Habsburg, der älteste Sohn des letzten ungarischen Königs, Kaiser Karls, mit stehenden Ovationen auf Massenkundgebungen in Budapest vor den Studenten der Karl-Marx-Universität sowie der Eötvös-Lorand-Universität empfangen. Associated Press meldet hierzu: »Seine Bemerkungen zu Fragen der europäischen und Weltpolitik wurden immer wieder von lautem Applaus unterbrochen. Ehe von Habsburg den Saal verließ, wurde

die ungarische Nationalhymne gesungen. Viele der Zuhörer brachen in Tränen aus.« Und Reuters berichtet ergänzend: »In der überfüllten Aula ... sagte der einstige Kronprinz auf die Frage nach seinem Urteil zur Entwicklung in Ungarn: ›Wir sind schön vorangekommen.‹ Für das ›wir‹ erhielt er rauschenden Beifall.« Vor dem Parlament sagt ein Staatsfunktionär zu Otto von Habsburg: »Schauen Sie sich den roten Stern da oben an. Wenn Sie das nächste Mal kommen, ist er wahrscheinlich schon verschwunden.«[736]

Im ersten Interview, das ein Mitglied des ungarischen Politbüros dem nach Osteuropa ausstrahlenden amerikanischen Sender »Radio Free Europe« je gegeben hat, erklärt am 28. Mai 1989 der ungarische Staatsminister Imre Pozsgay: »Das System des Kommunismus muß hinweggefegt werden.«[737] Das ist dieselbe Botschaft, die kurz zuvor junge ungarische Demonstranten in Budapest als Transparent mitführen: »Nicht im System ist etwas falsch – das ganze System ist falsch!«[738]

Am 16. Juni 1989 wird der vor über dreißig Jahren in einem von den Sowjets betriebenen Justizmord hingerichtete ehemalige Ministerpräsident Imre Nagy unter überwältigender Teilnahme der Bevölkerung und mit Ehrenwachen der derzeitigen ungarischen Regierungsmitglieder rehabilitiert und in eine würdige letzte Ruhestätte überführt.

Der neue ungarische Außenminister Gyula Horn erklärt, statt eines sowjetischen Oberkommandos im Warschauer Pakt solle man ein rotierendes Oberkommando aller Paktmitglieder einführen. Ergänzend hierzu meint Gyula Thürmer, der außenpolitische Berater des KP-Chefs Karoly Grosz, die ungarische Führung sei »gegenwärtig« der Auffassung, das Land solle Mitglied des Warschauer Paktes bleiben; sollte die Führung aber zur Überzeugung gelangen, daß die nationalen Interessen Ungarns einen Austritt erforderlich machen, würde man den Warschauer Pakt verlassen.[739] Bald darauf fordern Demonstranten, insbesondere des Bundes junger Demokraten, vor dem Gebäude der sowjetischen Botschaft in Budapest den vollständigen und endgültigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn sowie »Neutralität des Landes« und »Austritt aus dem Warschauer Vertrag«.[740]

Rumänien: Freiheit statt Steinzeitkommunismus

Auch in Rumänien wird 1945 auf sowjetischen Druck ein kommunistisches Regime zunächst unter Ministerpräsident Peter Groza eingesetzt. In Vollzug des Hitler-Stalin-Paktes vom August 1939 wurden die Nordbukawina und Bessarabien von der Sowjetunion annektiert. Wie in Ost-Berlin fusionieren nach Kriegsende die kommunistische und sozialdemokratische Partei zur Rumänischen Arbeiterpartei. Ende 1948 dankt König Michael ab und Rumänien wird zu einer Volksrepublik.

Der harte Kurs Stalins setzt sich in Rumänien durch und wird auch später nicht beseitigt. Der Kurs Chruschtschows wird von der rumänischen Führung nicht anerkannt.

1965 folgt auf Gheorghiu-Dej als Nachfolger Nicolae Ceaucescu. Ceaucescu behält den scharfen stalinistischen Kurs bei, beginnt jedoch Anfang der siebziger Jahre eine scheinbare Linie außenpolitischer Eigenständigkeit, die nationale Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion vorspiegelt und den sowjetisch-chinesischen Gegensatz auszunutzen vorgibt. Ziel dieses Manövers ist es, Zugeständnisse auf außenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet vom Westen zu erlangen und auf außenpolitischem Gebiet eine Auflokkerung des Sowjetblocks vorzutäuschen. Dies manifestiert sich unter anderem in verbesserten Beziehungen zu Bonn und zu Israel sowie in angeblich eigenständigen Vorschlägen etwa bei den KSZE-Vorverhandlungen in Genf, die jedoch tatsächlich mit der Sowjetunion koordiniert sind.

Das ganze Manöver vorgeblicher außenpolitischer Liberalisierung Rumäniens ist in Wirklichkeit eine im Einvernehmen mit der Sowjetunion großangelegte Desinformationsaktion zugunsten Moskaus und Bukarests, die von dem rumänischen Nachrichtendienst DIE (Departamentul de Informatii Externe) unter dem Codewort »Horizont« zur Täuschung des Westens jahrelang orchestriert worden ist.[741]

Der langjährige Chef des rumänischen Nachrichtendienstes DIE, Ion Pacepa, der diese großangelegte Desinformationsaktion organisiert hat und vor einigen Jahren in den Westen gekommen ist, beschreibt die Aktion in seinen Memoiren in allen Einzelheiten und

kommt bei dem Vergleich zwischen Ceaucescu und Gorbatschow zu dem Schluß: »Es besteht auch eine überraschende Ähnlichkeit in der Art und Weise, wie beide Diktatoren sich selbst gegenüber dem Westen darstellen. Beide, der rumänische ›Horizont‹ und die sowjetische ›Glasnost‹, stellen einen angeblich liberalen und vernünftigen kommunistischen Diktator dar, von dem der Westen glauben soll, daß er mit ihm Geschäfte machen kann.«[742]

Trotz des harten persönlichen Regiments des kommunistischen »Conducators« Ceaucescu und seines Familienclans haben sich in Rumänien drei Widerstandsorganisationen gebildet: die Rumänische Demokratische Aktion, die die alten rumänischen Traditionen hochhält, Freies Rumänien, dessen Ziel demokratische Reformen, Meinungsfreiheit und freie Gewerkschaften sind, sowie die ungarische Bewegung in Siebenbürgen, die für die Rechte der ungarischen Volksgruppe eintritt.[743]

1987 bringen Hunger, Kälte und Hoffnungslosigkeit die Menschen, an ihrer Spitze die Arbeiter, dazu, gegen die kommunistische Partei aufzustehen und im siebenbürgischen Kronstadt das Parteigebäude zu erstürmen. Seither hat die Unterdrückung der ungarischen und deutschen Volksgruppe noch zugenommen.

Der Kulturkrieg, den Ceaucescu seiner eigenen Bevölkerung erklärt hat, richtet sich nicht nur gegen die deutsche und ungarische Minderheit, sondern auch gegen die gewachsene Tradition. Im Zuge der »Systematisierung« sind alte Dörfer dem Untergang geweiht; an ihre Stelle treten seelenlose montone Wohnblocks aus Beton, um alte Familienstrukturen und Dorfgemeinschaften zu zerreißen und dafür den »sozialistischen Menschen« zu schaffen. Nur ideologische Gründe, nicht Wohnungsnot kann für diese brutale Maßnahme der Grund sein, da die Partei selbst zugibt, im Zeitraum von 1950 bis 1988 2,2 Millionen Häuser und 110000 Wohnungen gebaut zu haben.[744]

Wider besseres Wissen und entgegen der Wahrheit erklärt Ceaucescu in einer Rede anläßlich der Sitzung des Zentralkomitees in Bukarest, die geplanten 550 agro-industriellen Komplexe stießen auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. Die Schaffung dieser Komplexe sei notwendig, um das ländliche Leben auf das Niveau der Städte anzuheben. Reformen entsprechend dem sowjetischen Modell lehnte Ceaucescu ab: »Die These, nach der die Partei nicht un-

mittelbar für die Umsetzung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Plänen und Projekten verantwortlich sei, sondern die Lösung von Problemen dem Ermessen des Wirtschafts- und Sozialsektors überlassen soll, ist unserer Ansicht nach vollkommen falsch und schädlich.«[745]

Im März 1989 wird ein Brief bekannt, in dem ehemals führende Funktionäre der kommunistischen Partei die Politik Nicolae Ceaucescus scharf verurteilen. Zu den Unterzeichnern zählen der frühere rumänische UNO-Botschafter Siviu Brucan, der ehemalige Außenminister Corneliu Manescu, die früheren Politbüro-Mitglieder Gheorghe Apostol und Alexandru Barladeanu, sowie der greise Mitbegründer der kommunistischen Partei Rumäniens, Constantin Parvulescu. Die Unterzeichner schreiben, es sei ihnen bewußt, daß »wir unsere Freiheit und selbst unsere Leben« aufs Spiel setzen, und sie geißeln dann die Verfassungsverstöße, die Willkür des inneren Geheimdienstes Securitate, das mangelnde Rechtssystem, den traurigen Zustand der Landwirtschaft und schließlich auch die Zerstörung der gewachsenen Dörfer und Wohnstrukturen: »Warum urbanisieren sie Dörfer, wenn sie nicht einmal heute anständige Lebensbedingungen in den Städten sichern können.«[746]

In einem anderen Protestbrief an Nicolae Ceaucescu geißelt der Dichter Dan Desliu die Regierungsform, in der der Diktator so handeln könne, als sei er Privateigentümer des Gemeinwesens.[747] Auch der rumänische Dichter Mircea Dinescu greift in einem in Frankreich veröffentlichten Interview aufs härteste die Verfassungsverletzungen, den Terror, die tägliche Misere und schließlich die Bedingungen des intellektuellen Lebens in Rumänien an und gibt Ceaucescu die Schuld für alles, was nicht funktioniert; er fordert Liberalisierung und Freiheit.[748]

Bulgarien: Kampf für Menschenrechte

Auch in Bulgarien gehört Todor Schiwkow zur alten Garde der kommunistischen Führer; seit 1954 ist er Chef der kommunistischen Partei. Sein Versuch, mit übersteigerten Planzielen in der bulgarischen Wirtschaft einen »großen Sprung nach vorne« durchzuführen, scheitert und führt eine längere Krise herbei.

Bis auf spärliche Einzelaktionen konnte man in früheren Jahren wenig vom Widerstand der traditionell rußlandfreundlichen Bulgaren gegen das ihnen von der Sowjetunion aufgezwungene kommunistische Regime hören. Aber selbst in Bulgarien wird die Ansteckungsgefahr von Glasnost deutlich: Im Januar 1988 appellieren sechs bulgarische Dissidenten an die KSZE-Nachfolgekonferenz in Wien; dies führt zur Gründung einer Unabhängigen Vereinigung für die Verteidigung der Menschenrechte, die 1989 bereits etwa 130 Mitglieder umfaßt. Ende 1988 wird in Sofia ein unabhängiger Club zur Unterstützung von Perestrojka begründet. Daneben gibt es eine Reihe von unabhängigen Umweltschutzorganisationen.[749]

Todor Schiwkow hat zwar schon öfters von »raschen und grundlegenden« Reformen gesprochen – geschehen ist jedoch wenig. Schiwkow praktiziert in Bulgarien den »Dynamismus des Stillstandes«.[750] So will Schiwkow die Bulgarische Agrar-Union als ein Beispiel des Pluralismus darstellen, während sie in Wirklichkeit auf »sozialistischen Prinzipien« beruht und in Wirklichkeit den Sozialismus stärken soll.[751]

Wo sich Unabhängigkeit rührt, da geht das bulgarische Regime gegen die Urheber vor: So werden Ende 1988 Staatssicherheitsdienst in Zivil und uniformierte Polizisten gegen die Generalversammlung der neugegründeten bulgarischen Gesellschaft für Menschenrechte eingesetzt.[752] Ähnlich geht es den etwa 100 prominenten Persönlichkeiten des bulgarischen kulturellen Lebens, die den Diskussionsclub zur Unterstützung von Glasnost und Perestrojka in Bulgarien gegründet haben. In Sofia, in Ichtiman und auch Plowdiw werden Mitglieder der Menschenrechtsorganisationen festgenommen und als Angehörige einer »Gruppe von Kriminellen« bezeichnet.

Trotz aller Repressionen durch das bulgarische kommunistische Regime nimmt die Gärung unter den Intellektuellen auch in Bulgarien zu, so etwa auf dem 8. Kongreß der Union bulgarischer Journalisten.[753] Auch in der bulgarischen Schriftstellerunion, die Anfang März 1989 ihren sechsten Kongreß abhält, wird geistige Unruhe deutlich.[754]

Anfang 1989 bildet sich auch eine unabhängige Kommission für Religionsfreiheit. Das Komitee wendet sich gegen staatliche Einmischung in religiöse und kirchliche Angelegenheiten.[755] Schließlich

wird Anfang Februar 1989 in Bulgarien auch eine unabhängige Gewerkschaft unter dem Namen »Podkrepa« (Unterstützung) gegründet. Sie will die Interessen der wissenschaftlich-technischen, humanwissenschaftlich und künstlerisch-schöpferisch tätigen Menschen in Bulgarien gegenüber »Willkür und Übergriffen von gewissenlosen Kollegen, Firmen und Staatsunternehmen«[756] schützen.

Eine gemeinsame Front der Freiheit

Während sich zunächst in den einzelnen Staaten des sowjetischen Herrschaftsbereiches Bürgerrechts- und Dissidentenbewegungen sowie andere unabhängige Organisationen im allgemeinen ausschließlich um die Angelegenheiten in ihrem eigenen Lande kümmerten, hat der Einfluß der sowjetischen Glasnost-Kampagne auch dazu geführt, daß sich die unabhängigen Gruppierungen in den mittelosteuropäischen Staaten auch dafür interessieren, was in ihren Nachbarländern vor sich geht. Dabei geht es ihnen zumeist nicht um Reformen, sondern um Bestrebungen zur Durchbrechung und Abschaffung des sozialistischen Systems.
Erste Ansätze hierzu hat es schon in der Zeit vor der Machtübernahme Gorbatschows in der Sowjetunion gegeben; sie haben sich jedoch in den letzten Jahren erheblich verstärkt. Eines der ersten bedeutenderen Beispiele hierfür war die von 125 Oppositionsgruppen aus fünf mittelosteuropäischen Staaten unterzeichnete Erklärung zum 30. Jahrestag des ungarischen Volksaufstandes im Oktober 1986.
1987 tritt auch die bereits 1981 gegründete polnisch-tschechoslowakische Solidaritätsgruppe stärker in den Vordergrund, die für den Austausch unabhängiger Untergrundpublikationen eintritt. In Ungarn erscheint ein Samisdat in rumänischer Sprache unter dem Titel Romania Libera, herausgegeben von rumänischen Flüchtlingen mit Unterstützung ungarischer demokratischer Gruppen für die Verbreitung in Rumänien.
Im Februar 1988 wird die erste großangelegte koordinierte Aktion in Mittelosteuropa organisiert, um gegen die Unterdrückung in Rumänien zu protestieren: Initiiert von der Charta 77 in der Tschechoslowakei, wird sowohl ein Hungerstreik in Prag von sechzig

Unterzeichnern der Charta 77 organisiert, gleichzeitig mit Demonstrationen von Hunderten von Oppositionsmitgliedern in Warschau sowie in Budapest mit Unterstützung von unabhängigen Intellektuellen nicht nur aus der Tschechoslowakei, aus Polen und Ungarn, sondern auch aus der Sowjetunion.
Dieser Aktion folgt eine gemeinsame Erklärung zur Unterstützung der Dissidenten, die vom SED-Regime in Mitteldeutschland festgenommen worden sind; die Erklärung ist von etwa zweihundert Mitgliedern unabhängiger Gruppen aus Ungarn, der Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien und der Sowjetunion unterzeichnet.[757]
Dem besseren Zusammenhalt der Gruppen und ihrer Verteidigung gegen Angriffe von außen dient auch die Gründung von Dachorganisationen; so etwa in der Tschechoslowakei die Bewegung für bürgerliche Freiheiten, in Ungarn die Vereinigung freier Initiativen, in Litauen die litauische nationaldemokratische Bewegung, in Polen das Bürgerkomitee.[758]
Auch offenbar spontane Aktionen führen zu mehr und mehr internationaler Verflechtung. So wurde in Ost-Berlin Anfang 1989 ein Brief von Mitgliedern unabhängiger Ost-Berliner Friedens- und Menschenrechtsgruppen an tschechische und slowakische Bürgerrechtler bekannt, in dem es heißt: »Wir sind an Eurer Seite, wenn Ihr auf dem Wenzelsplatz steht, wenn Ihr getrieben, gedrängt, auf Lkw's gezerrt werdet und nächtelang Verhöre über Euch ergehen lassen müßt« ... das Prager Beispiel werde »vielleicht manchen unentschlossenen DDR-Bürger aus der Lethargie« reißen.[759] Führende Vertreter der polnischen Gewerkschaft Solidarność fordern im Juli 1989 mehr Freiheit für die Tschechoslowakei: von der Zulassung freier Gewerkschaften über die Freilassung politischer Gefangener bis hin zur Verwirklichung voller Religionsfreiheit.
Am 20. Januar 1988 haben unabhängige Journalisten aus der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen und der Sowjetunion eine unabhängige osteuropäische Nachrichtenagentur gegründet, deren Aufgabe der Austausch von Informationen über die Ereignisse in ihren Ländern ist sowie deren Verbreitung in Ost und West.[760] So führt Glasnost zu mehr Information, zu mehr Solidarität und damit auch zu mehr Widerstand gegen das kommunistische Regime und die sowjetische Vorherrschaft in Mittelosteuropa.

X.

Wohin treibt die Sowjetunion?

In der Wirtschaft (der UdSSR) verstärkten sich negative Prozesse, die im Grunde genommen eine Vorkrisensituation herbeiführten. In der sozialen und geistig-moralischen Sphäre traten zahlreiche anomale Erscheinungen zutage, die die Prinzipien der sozialistischen Gerechtigkeit entstellten und deformierten, den Glauben des Volkes an diese untergruben, soziale Entfremdung und Unmoral in verschiedenen Formen hervorbrachten. Das wachsende Mißverhältnis zwischen den hohen Prinzipien des Sozialismus und der Realität des Lebensalltags wurde untragbar ...

Michail Gorbatschow[761]

Führt die Revolution von oben zur Revolution von unten?

Die vielschichtige, differenzierte und komplexe Situation in der Sowjetunion führt bei Beobachtern und Kennern des Landes und seines Systems sowohl in der Sowjetunion selbst wie im Bereich des Warschauer Paktes und auch im Westen zu völlig unterschiedlichen Beurteilungen der Intentionen der sowjetischen Politik und ihrer künftigen Richtung. Gorbatschow wolle in Wirklichkeit den Marxismus-Leninismus überwinden, wird ebenso vertreten wie die Meinung, er wolle sich nur eine Atempause verschaffen, um die Sowjetunion zu stärken und dann weltweit zum Siege zu führen. Manche stellen die Behauptung auf, die Sowjetunion befinde sich auf einem unumkehrbaren Weg hin zu einer Liberalisierung und Verwestlichung, während andere im Gegenteil davon überzeugt sind, Gorbatschow sei lediglich eine Übergangsfigur, der unweigerlich eine Restalinisierung folgen werde.

Aber es geht nicht nur um die Absichten Gorbatschows, so wichtig sie auch sein mögen. Er hat in dem sowohl ideologisch wie in seinen Strukturen erstarrten System durch seine Politik so vieles in Bewegung gesetzt, daß manches eine Eigendynamik erhalten hat, die offenbar außer Kontrolle geraten ist. Wir haben es mit einer Zeit des Umbruchs zu tun. Gorbatschow hat eine Revolution von oben verordnet und ist dabei, durchaus vielschichtige Revolutionen von unten auszulösen, deren weitere Entwicklung sich leicht jeglicher Kontrolle entziehen und daher unberechenbar und schwer voraussagbar sein kann. Ein Beispiel für diese Dynamik ist etwa, wenn der neu gewählte Oberste Sowjet im Sommer 1989 sich die Befugnis nimmt, über Ministerkandidaten des Regierungschefs Nikolai Ryschkow zu befinden und unter anderen etwa den Außenwirtschaftsminister Wladimir Kamenzew und den Eisenbahnminister Nikolai Konarew durchfallen läßt und ihnen die Zustimmung versagt.

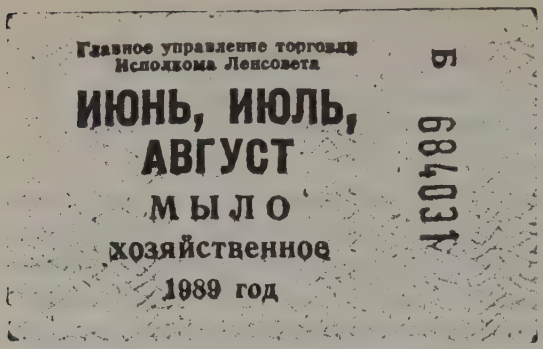
Unter historischem Blickwinkel gesehen, scheinen die hektischen Anstrengungen zugunsten einer Umgestaltung wie auch das Aufflackern von Widerspruch, Widerstand und Unruhe dem Wetterleuchten am Horizont zu gleichen, das den Zusammenbruch des marxistisch-leninistischen Systems ankündigt. Das System hat so-

wohl in seiner Lehre, als auch in der praktischen Anwendung versagt.
Das widersprüchliche in der gegenwärtigen Situation der Sowjetunion wird auch durch das Urteil eines Beobachters wie Sacharow deutlich. Einerseits meint er, Perestrojka brauche Unterstützung, andererseits jedoch hält er aus Furcht vor einem »neuen Stalin« die Ämterhäufung in der Hand Gorbatschows – sowohl Staatspräsident wie Generalsekretär der KPdSU – für »verrückt« und warnt vor »sehr kontroversen und gefährlichen« Schritten der Kremlführung. Andrej Sacharow fügt hinzu: »Nicht meine Worte sind widersprüchlich, sondern die Lage selbst. Ich mache absichtlich auf das Positive und Negative aufmerksam, so daß diese Widersprüche ganz klar werden.«[762]
Gorbatschow, der überzeugte Leninist, braucht eine Peredyshka, eine Pause, um seine Perestrojka durchzuführen zur Sicherung der wirtschaftlichen Grundlage des sowjetischen Weltmachtanspruchs. Lenin hat das seinerzeit sehr deutlich gemacht. »Wir brauchen eine Pause zur Durchführung der sozialen Reform; wir müssen erstarken, aber dazu brauchen wir Zeit. Wir müssen die Bourgeoisie vollständig vernichten. Dazu aber ist notwendig, daß wir beide Hände frei haben. Tun wir dies, so bekommen wir beide Hände frei und können einen revolutionären Krieg gegen den internationalen Imperialismus führen.«[763]
Aber die Perestrojka innerhalb des Systems ist, wie wir gesehen haben, sowohl wirtschaftlich wie politisch unmöglich, da sie die Wasserscheide zwischen Dirigismus und freiheitlicher Entscheidung nicht überwinden kann. Der Versuch, es trotzdem zu erreichen, macht für jedermann innerhalb der Sowjetunion die völlige Unzulänglichkeit des Systems offenbar. Einer der besten Kenner des sozialistischen Systems, Milovan Djilas, macht klar: »Eine Konsolidierung und Normalisierung gibt es nicht und kann es nicht geben ohne die Abschaffung der Monopolherrschaft und somit auch des jetzigen ›gesellschaftlichen‹ – in Wahrheit partei-staatlichen Besitztums«, und Djilas kommt zu dem Schluß, der Zerfall der Ideologie ist »unumkehrbar, das Aufkeimen neuer Ideen unaufhaltsam. Das ist nicht genug, aber es ist entscheidend. Jede Befreiung nimmt ihren Anfang als Idee und in der Idee.«[764]
Auch Cornelia Gerstenmaier stellt fest: »Geboten ist eine Refor-

mierung *des* Systems, nicht allein eine Reform *am* System ... aber nicht der Westen entscheidet über die Zukunft der Reform Gorbatschows; diese entscheidet sich allein in der Sowjetunion. Der Ausgang des Experiments – nicht das erste dieser Art – ist noch nicht entschieden.«[765]

In seiner letzten großen Rede kurz vor seinem Tod hat Franz Josef Strauß bei der Eröffnung des 39. Tages der Heimat in Berlin am 11. September 1988 auch zu dieser Frage Stellung genommen: »Kann man die Zukunft bewältigen, wenn man am marxistisch-leninistischen System festhält? Das ist die eigentlich entscheidende Frage. Herr Gorbatschow versucht die Quadratur des Zirkels. Herr Gorbatschow versucht das Unmögliche möglich zu machen. Er hat mir vorgeworfen: ›Sie glauben nicht an die Reformfähigkeit, an eine gründliche Umgestaltung. Sie haben gesagt, Herr Strauß, im Bundestag: Den Kommunismus effizienter zu machen, wäre genauso, wie wenn man Schneebälle rösten wollte.‹ Ich sagte: ›Ja, das glaube ich heute noch Herr Generalsekretär, ich wünsche Ihnen viel Glück bei diesem chemischen Versuch, aber ich glaube nicht, daß er Erfolg haben kann.‹ Das heißt, die Sowjetunion muß ihr gesellschaftliches und politisches System Schritt für Schritt ändern. Und nicht ändern im Sinne von mehr Sozialismus, sondern im Sinne von mehr Freiheit. Die Frage ist, ob die Sowjetunion diesen Prozeß fortsetzen kann. Wir wissen heute noch nicht, was will Gorbatschow wirklich. Und wenn er das will, was wir erhoffen, wünschen wir ihm alles Gute. Aber kann er dann sein Ziel erreichen? Wird er unterwegs aber angehalten werden? Wird er gestürzt werden, gibt es wieder einen Rückschlag? Er hat eine Entwicklung losgetreten, die niemand mehr auf Dauer aufhalten kann.«[766]

Tatsächlich ist die wirtschaftliche Situation in der Sowjetunion nach vier Jahren Gorbatschow verheerender als je in der Zeit Chruschtschows oder Breschnews. Im Zeichen von Glasnost gibt Radio Moskau selbst zu: »Ernstzunehmende Veränderungen in unserer Wirtschaft sind nicht zu beobachten. Eher das Gegenteil: leere Läden und steigende Preise für viele Waren.«[767] Bei der Frage nach den Aussichten von Gorbatschow kommt Alain Besançon zu dem Schluß: »Gorbatschows ganze Karriere deutet darauf hin, daß er das einzige tut, was er zu tun versteht, und daß er damit scheitern wird ... Kurzum, der versprochene gewaltige wirtschaftliche Auf-



Bezugsschein für ein Stück Seife für Juni/Juli/August 1989 in Leningrad

bau kann nur, wie der sowjetische Durchschnittsbürger weiß, im totalen Chaos enden.«[768] Die Versorgungslage wird 1989 zunehmend schlechter. Die Schlangen in den Geschäften werden länger. Nicht nur für Zucker, auch für Seife, teilweise sogar für Zündhölzer und Schulhefte werden Bezugsscheine eingeführt.

Die Forschungsabteilung der Münchner Sender Radio Free Europe und Radio Liberty haben – wie bereits mehrfach zu anderen Themen – eine Meinungsumfrage bei Sowjetbürgern, die den Westen besuchen, über die Zukunftsaussichten Gorbatschows und seiner Politik gemacht. Lediglich 40 % der über 1600 Interviewten meinten, Gorbatschow werde mit seiner Politik Erfolg haben.[769]

Tatsache ist, daß im ersten Fünf-Jahres-Plan unter Gorbatschow (1986 bis 1990) die Wirtschaft bereits 1989 weit hinter die Sollzahlen zurückgefallen ist. Es erscheint fast aussichtslos, die gesteckten Ziele bis 1990 zu erreichen. Ein Rückfall in den Stalinismus nach innen und die außenpolitische Offensive nach außen lassen sich nicht ausschließen, ja erscheinen manchen Beobachtern sogar als wahrscheinlich.[770]

Noch gefährlicher für die Zukunft Gorbatschows als der Mißerfolg von Perestrojka ist jedoch die aus dem Ruder laufende Glasnost. Ursprünglich als Kontrolle für das Funktionieren von Perestrojka konzipiert, sollte Glasnost dem Generalsekretär die Köpfe der Hydra und die Arme der Kali verleihen. Inzwischen wachsen der Hydra mehr und mehr Köpfe, und diese werden nicht mehr von Gorbatschow und seiner Führung kontrolliert. Glasnost ist für die sowjetische Führung zu einem Ritt auf dem Tiger geworden. In der Samisdat-Zeitschrift »Express-Chronik« heißt es noch im Jahr 1988, »Glasnost werde von den Kommunisten als ein reines Werkzeug verstanden, als Mittel zur Erreichung der gesteckten politi-

schen Ziele. Außerdem enthält diese Revolution einen Satz, der alle wohlklingenden Worte auf ein Nichts reduziert: ›Die Anwendung der Glasnost ist unzulässig, wenn dies den Interessen der Sowjetregierung schadet.‹ Mit einem Wort, was wir brauchen, ist nicht einfach eine Glasnost, sondern die Glasnost, die wir brauchen.«[771]
Aber inzwischen hat sich Glasnost weitgehend verselbständigt. Alexander Sinowjew kommt zu dem Schluß: »Die Menschen nutzen die ihnen gebotenen Möglichkeiten für Aktionen, die sich der Kontrolle der Obrigkeit entziehen, für die sie ebenso unvorhergesehen wie unerwünscht sind. Wenn die Regierung keine harten Strafmaßnahmen ergreift, werden Proteste dieser Art als ansteckendes Beispiel für andere dienen, werden sich ausweiten und sich mit der Zeit in gesellschaftspolitische Proteste verwandeln. Gorbatschows Spiel mit ›Demokratie‹, ›Liberalisierung‹ und ›Glasnost‹ hat seine Grenzen. Werden sie überschritten, drohen sie zu einer ernsthaften Gefahr für die monolithische Einheit der Sowjetgesellschaft umzuschlagen. Wie aus der Presse zu entnehmen ist, soll die Sowjetregierung zur ›Beruhigung‹ Armeniens Truppen zur besonderen Verwendung eingesetzt haben – eine Tatsache, die die Heuchelei von Gorbatschows Demagogie entlarvt.«[772]
Das Ergebnis dieser Entwicklung ist eine äußerst labile Situation: auf der einen Seite Glasnost, die sich weitgehend selbständig gemacht hat: zunehmende Freiheit in Literatur, Theater und Teilen der Presse; daneben politische Unfreiheit und auf wirtschaftlichem Gebiet sogar eine zunehmende Verschlechterung. Die Frage erhebt sich, wie lange diese Gegensätzlichkeiten nebeneinander herlaufen können und ob nicht entweder Glasnost zurückgedreht werden wird, oder ob andererseits die Forderungen nach politischer Freiheit, Verbesserung der Wirtschaftslage und Unabhängigkeit für die einzelnen Nationalitäten immer deutlicher werden und möglicherweise zu einer wirklichen Revolution – aber von unten – führen.

Unreformierbarkeit der Wirtschaft innerhalb des Sozialismus

Schon Ende 1988 wird für viele deutlich, daß Perestrojka zum Scheitern verurteilt scheint. Günter Zehm macht eine Momentaufnahme von der Stimmung in Moskau: »Alle Einheimischen bekräf-

tigen, daß es keine Alternative zur Perestrojka gebe, aber kaum einer glaubt an den Erfolg von Perestrojka, Marko nicht, Olga vom Intourist-Büro nicht und auch Professor Afanassjew nicht, wie uns ein intelligenter gutgelaunter Zyniker im Pressezentrum, mit dem wir über den Progress-Sammelband sprechen, hinter vorgehaltener Hand, aber bereitwillig versichert. Wie denn auch anders? ›Die ganze hiesige Kastengesellschaft ist auf Ineffizienz‹ programmiert, sagt Marko, ›da genügt es nicht, ein bißchen Preisreform zu spielen oder ein paar private Restaurants aufzumachen. Die Revolution müßte wieder her. Aber die Revolution, die ist nun mal vorbei.‹ Wird die westliche Hilfe etwas bringen, die doch gerade jetzt wieder so üppig anläuft? ›Ich glaube das nicht. Wir sind doch faktisch ein unermeßlich reiches Land, wir müßten uns selbst helfen können. Außerdem haben wir ja lange Zeit halb Europa, die eroberten Länder, nach Strich und Faden ausgeplündert, und vom Westen haben wir auch immer gekriegt, was wir wollten. Genützt hat es dennoch nichts. Nein, glauben Sie mir, dieses System ist ein Faß ohne Boden. Je mehr man hineinschüttet, um so weniger kommt heraus.‹«[773]

Bereits 1987 verlangsamt sich das sowjetische Wirtschaftswachstum beträchtlich: das des verwendeten Nationaleinkommens fällt von 4,1 auf nur 2,3 %, das der Industrieproduktion von 4,9 auf 3,8 % und das der Produktivität von 3,8 auf 2,4 %.[774] Alle diese Wachstumsraten liegen weit unter den Vorgaben des XII. Fünf-Jahres-Plans. Dazu kommt, daß sowjetische Angaben nicht inflationsbereinigt sind. Nach Angaben ernsthafter sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler beträgt der Preiszuwachs für Industrieprodukte im Jahr 1988 etwa 6 %. Legt man dies zugrunde, so bedeutet das, daß die sowjetische Wirtschaft in Wirklichkeit in ihrer Produktivität zurückgeht, statt zu wachsen. Der Vizepräsident der sowjetischen Staatsbank, V. Pekshev, bestätigt selbst: »Natürlich gibt es in unserem Land Inflation.«[775]

Die sowjetische Auslandsverschuldung bei westlichen Banken beträgt nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel mehr als 30 Milliarden Dollar, und das jahrelang offiziell nicht zugegebene Haushaltsdefizit wird nach Angaben des Wirtschaftsberaters von Gorbatschow, Leonid Abalkin, 1989 100 Milliarden Rubel (300 Milliarden Deutsche Mark nach offiziellem Kurs) erreichen.[776] Auch der Welthandelsanteil der Sowjetunion

fällt: Moskau verliert laufend Marktanteile gegenüber den Schwellenländern der Dritten Welt.[777]
Der Staatssekretär im eidgenössischen Departement für Auswärtiges und Direktor des Schweizerischen Bundesamtes für Außenwirtschaft Franz Blankert kommt in seiner Analyse der West-Ost-Wirtschaftsprobleme aus weltweiter Sicht zu dem Schluß: »In den osteuropäischen Volkswirtschaften hat das von Hobbes so farbig geschilderte Verwaltungsungeheuer Leviathan jahrzehntelang gewütet. Alle wesentlichen Entscheide wurden von der zentralen Kommandowirtschaft getroffen oder – schlimmer – hinausgezögert. Hier liegt die Ursache für eine immense versteckte Arbeitslosigkeit und für eine gewaltige, hinter den Mauern des staatlichen Preismechanismus zurückgestaute Inflationsneigung. In zahllosen Betrieben werden Produkte hergestellt, die niemand braucht, für die aber wertvolle Ressourcen verschleudert werden. Ich erinnere lediglich an den aus der Prawda bekannten Fall eines Betriebes, der während eines Jahres nur rechte Halbschuhe der Größe 40 hergestellt hat; die hier Arbeitenden können kaum als Beschäftigte im Sinne gängiger volkswirtschaftlicher Auffassungen angesehen werden. Das irrationale Preisgefüge: Brot ist nach wie vor so billig, daß sich sein Einsatz bei der Tiermast rechtfertigt. Für Stiefel muß der Sowjetbürger ein halbes Monatssalär – oder den Gegenwert von 500 Kilogramm in Brot – hinblättern.«[778]
Um die Mißwirtschaft in den Griff zu bekommen, hätte es tiefgreifender systemüberwindender Reformen bedurft. Aber selbst die bescheidenen Reformanstrengungen innerhalb des sozialistischen Systems sind auf harten und hinhaltenden Widerstand der Nomenklatura und auch der Bevölkerung gestoßen. Schließlich werden die halbherzigen Maßnahmen noch durch Kompromisse verwässert. Gorbatschow selbst muß während einer Rede vor der Parteikonferenz der Stadt Moskau am 21. Januar 1989 erklären, daß er sich voraussichtlich gezwungen sehen werde, von einigen seiner wirtschaftlichen Projekte abzusehen, »wenn die Mehrheit im Politbüro zu anderen Lösungen kommt.«[779]
In einer nahezu aussichtslosen Situation, in der die Partei-Nomenklatura Widerstand leistet und die dahinsiechende Wirtschaft und insbesondere die Verschlechterung der Produktivität die von Gorbatschow geplante Perestrojka der Wirtschaft erschwert und nahe-

zu unmöglich macht, hat sich der Generalsekretär am 7. Januar 1989 nochmals an die Intellektuellen gewandt, um mit ihnen die Probleme zu diskutieren. Auf dieser Zusammenkunft hat Gorbatschow die Schwierigkeiten eingeräumt und auch offen erklärt, daß er auf Kritik stoße und daß führende Mitglieder der Partei Versuche machen, »Perestrojka einzuschüchtern«, indem sie behaupten, daß sie »Probleme und Schwierigkeiten in der Wirtschaft, in sozialen und Nationalitätenfragen hervorgerufen« habe. Es gebe Stimmen, daß »die Perestrojka zu Chaos« führe und daß sie »eine Gefahr für die normale Entwicklung des Landes sei; daß wir einen falschen Weg gehen, nicht nur in der Definition des Weges, um unsere Aufgaben zu lösen, sondern auch in der Auswahl und Formulierung unserer Ziele.«[780] Gorbatschow ist in die Defensive geraten und muß sich verteidigen gegen die »weitverbreitete Meinung«, daß der Prozeß der Perestrojka außer Kontrolle sei und »ohne ein konkretes Programm« durchgeführt werde.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß sich Gorbatschow an eine der entscheidenden Fragen für eine wirkliche Umgestaltung noch nicht einmal heranwagt: an die Preisreform. Aufgrund der wirtschaftlichen Misere ist die Funktion des Geldes überdies weitgehend zerstört worden, da man auch für Geld keine Waren kaufen kann; Zigaretten, Wodka und westliche Währungen sind die entscheidenden Tauschgüter auf dem Schwarzmarkt.

Die amerikanischen Nachrichtendienste kommen im Frühjahr 1989 in ihrem jährlichen Bericht über die Sowjetunion zu dem Schluß, daß Gorbatschow sich gezwungen sehe, die Pläne für seine Umgestaltung zurückzuschrauben, da er »weder diese Vision so schnell verwirklichen kann, wie er es einmal für möglich hielt, noch direkt den Weg gehen kann, dem er ursprünglich folgen wollte.«[781] Der Bericht kommt außerdem zu dem Schluß, daß das Wachstum der sowjetischen Rüstung im Jahr 1988 doppelt so hoch gewesen sei wie das nominelle Wirtschaftswachstum.

Besonders prekär ist die Situation in der Landwirtschaft. Der Ertrag der Getreideernte ist 1988 mit 195 Millionen Tonnen im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 15 Millionen Tonnen geringer und verfehlt das Planziel um nahezu 40 Millionen Tonnen. Selbst Kartoffeln sind zu einem Mangelprodukt geworden, von Frischgemüse, Obst, Fleisch und höherwertigen Nahrungsmitteln völlig zu

schweigen: das bedeutet ein Leben am Rande der Hungersnot im fünften Perestrojka-Jahr. In Moskau sind sogar Roggenmehl und Haferflocken rationiert; für Zucker mußten erstmals seit dem Krieg wieder Lebensmittelkarten eingeführt werden. Ein Kilo Tomaten kostet auf dem Moskauer Schwarzmarkt etwa 60 DM. Der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung beträgt im Jahresdurchschnitt 62 Kilogramm, zur Zarenzeit 1913 zwischen 90 und 100 Kilogramm. Um einen Liter Milch zu kaufen, muß ein Sowjetmensch bis zu zwanzigmal länger arbeiten als ein amerikanischer Arbeiter.
Der führende sowjetische Wirtschaftsexperte Professor Nikolai Schmeljow erklärt zu dem Versorgungsdesaster: »Die Krise unseres Dorfes ist die Rache für fünf Jahrzehnte der Gewalt gegen den gesunden Menschenverstand, gegen alles, was den Menschen zu normaler, gewissenhafter Arbeit animiert.«[782] Wladimir Bukowski kommt zu dem Schluß: »Die Fertigkeiten und Gewohnheiten von Bauern, Arbeitern, Handwerkern, Kaufleuten sind weitgehend verloren gegangen. Die Kolchosarbeiter müssen lernen, wie man Bauer ist, Proletarier müssen lernen, wie man Arbeiter ist. Aber es gibt niemanden, der es ihnen beibringen könnte. Jedenfalls kann Gorbatschow nicht damit rechnen, daß Millionen von ›ärztlich anerkannten Alkoholikern‹ plötzlich nüchtern werden.«[783] Noch deutlicher als der aus der Sowjetunion ausgewiesene Bukowski sagt es die Reformökonomin Tatjana Saslawskaja, Erste Sekretärin des Parteikomitees der Umlandregion Moskau: »Unsere Landwirte« – so meint sie – hätten sich an die »Mentalität von Sklaven gewöhnt«.[784]
Auch in der Landwirtschaftspolitik hat Gorbatschow keine durchgreifenden Reformen erreicht. Die maroden Kolchosen und Sowchosen bleiben das Rückgrat der sowjetischen Landwirtschaft und sollen sogar die neu eingerichteten Pachthöfe – auf denen es kein Familieneigentum geben darf – kontrollieren. Eine Entkollektivierung findet nicht statt und auch die staatlichen Subventionen für Grundnahrungsmittel bleiben erhalten. Wolfgang Strauß kommt zu dem Schluß: »Gorbatschows Pachtangebot bleibt mit dem Kainsmal der Zwangskollektivierung behaftet. Das Fehlen dauerhafter Garantien, die Aushöhlung des Vertrauens, die Furcht vor einer Zurücknahme der Reform sowie die bauernfeindliche Einstellung der Staatsbürokratie können dem neuen Agrarkurs der Partei sehr bald eine Niederlage bereiten, die den Sturz Gorbatschows beschleuni-

gen würde. Die ungelöste Bauernfrage ist zur Schicksalsfrage der UdSSR geworden.«[785]

Angesichts des Mißerfolges der Perestrojka fordert der sowjetische Publizist Igor Kljamkin wegen der »chaotischen Zustände« eine »ideologische Perestrojka«, um der Lage Herr zu werden. Die Schwächen des Marxismus-Leninismus machen seiner Ansicht nach die Durchführbarkeit der Perestrojka fraglich und hindern die Mobilisierung des Volkes. Das ganze System stütze sich auf Lügen. Dies könnte, wenn Gorbatschow an diesem System festhalte, zu einer Katastrophe führen: Der einzige Ausweg aus der Krise sei eine Abkehr vom Marxismus-Leninismus. Sonst müsse die Perestrojka scheitern, »denn man kann diese nicht mit Mitteln verwirklichen, die selbst eine Umgestaltung benötigen.«[786]

Auch der ungarische Wirtschaftswissenschaftler Janos Kornai spricht von einem »naiven Reformismus«, wenn man versuche, einzelne Elemente einer Marktwirtschaft in eine grundlegend sozialistische Wirtschaftsstruktur einzuführen. So könne man die Wirtschaft langfristig nicht zu einem Aufschwung bringen.[787]

Professor Hermann von Berg, Historiker und Wirtschaftswissenschaftler, Ordentlicher Professor an der Ostberliner Humboldt-Universität und, bevor er in den Westen kam, Leiter der Abteilung für internationale Verbindungen beim Vorsitzenden des Ministerrates in Ost-Berlin, kommt bei der Beurteilung von Gorbatschows Perestrojka zu dem Schluß: »Diese Reform zeigt seit drei Jahren, daß sie scheitert ... Alle Imperien sterben. Nichts wird den Niedergang des realen Kommunismus in der UdSSR und in der DDR aufhalten, selbst nicht die Milliarden Subventionen des Westens! Diese verzögern lediglich für das Volk die Gnade eines raschen Todes des Systems und ermöglichen weiter die Aufrechterhaltung der auf vollen Touren laufenden Rüstungsmaschinerien.«[788] Professor Alexander Osadczuk-Korab von der freien Universität Berlin stellt in Frage, ob man den Sozialismus als System überhaupt noch retten könne. Ohne Marktwirtschaft gehe nichts voran, doch wenn die Sowjetunion diesen Rubikon überschreiten wolle, wären schwere innere Erschütterungen unvermeidlich.[789]

Der jugoslawische Wirtschaftsexperte der Universität Agram, Professor Drazen Kalogjera, bringt das Problem auf den Punkt: »Die Ausbeutung, deren Ursache der Sozialismus im Markt sah, ist durch

den Staat mit viel größerer Grausamkeit praktiziert worden ... Unser Modell ... ist wahrscheinlich das schlechteste Entwicklungsmodell, welches die Welt je gesehen hat.«[790] Aufgrund der miserablen Wirtschaftslage nehmen im Juli 1989 Streiks – die es in der Sowjetunion schon mehrfach gegeben hat, ohne zumeist im Westen zur Kenntnis genommen zu werden – einen bedrohlichen Umfang an. Im westsibirischen Kohlerevier von Kusbass treten über hunderttausend Bergleute in den Ausstand. Bald darauf greift der Streik auf das ukrainische Kohlerevier im Donez-Becken über. Dort wird unter anderem auch die Unabhängigkeit der ukrainischen Kohlebergwerke von der Moskauer Leitung gefordert. Eine Verbindung des Streikbegehrens nach besseren Lebensbedingungen mit nationalen ukrainischen Forderungen kann sich zu einer hochexplosiven Mischung entwickeln.

Geistig-moralische Überwindung der Ideologie

Alexander Solschenizyn hat einmal gesagt, im Westen sei man sich noch gar nicht klar darüber geworden, was das russische Volk stellvertretend für die gesamte Menschheit geleistet habe: die geistig-moralische Überwindung des Marxismus-Leninismus. Während im Westen viele die sozialistische Ideologie noch betrachteten, als sei sie so etwas wie ein brüllender Löwe, sei sie für die Russen nichts mehr anderes als ein toter Hund.[791] Diese innere Überwindung der marxistischen Ideologie, die sich bereits jahrelang vorbereitet hatte, ist nun in der Sowjetunion durch die Gewährung von mehr Gedanken- und Redefreiheit durch Glasnost sowie aufgrund des Schocks, den viele Menschen in der Sowjetunion erlitten haben, als sie mehr oder weniger offiziell von dem gewaltigen Umfang der Verbrechen Stalins erfuhren, zum Ausbruch gekommen.
Die KPdSU spricht offen von Schwierigkeiten, die Prawda veröffentlicht diese Sorgen und spricht von der Gefahr einer ernsthaften Destabilisierung der Gesellschaft.[792] Diese Schwierigkeiten betreffen sowohl die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung wegen der Versorgungskrise und den zu erwartenden Stimmungsrückschlag, wie auch das ständige Abnehmen des Ansehens der Partei

und nicht zuletzt die Irritation über die Machtkonzentration beim Generalsekretär, der zugleich Parteichef und Staatspräsident ist und damit weitgehend allein über die Schlüsselfragen der Innen-, der Außen- und Verteidigungspolitik sowie über die Wirtschaftsfragen zu entscheiden hat – also genau das Gegenteil einer »Demokratisierung« oder Gewaltenteilung.

Aufgrund des Versuchs einer Vergangenheitsbewältigung durch die kommunistische Partei in der Sowjetunion kehren mehr und mehr Mitglieder der KPdSU den Rücken. Für sie bricht nach der Entglorifizierung einstiger Größen eine Welt zusammen. Ohne Zahlen zu nennen, berichtet die Prawda, Parteimitglieder verließen die KPdSU, weil sie sich schämten, mit Josef Stalin und Leonid Breschnew in Zusammenhang gebracht zu werden.[793] Die Konsequenz, andere Parteien neben der KPdSU zuzulassen, bezeichnet Gorbatschow allerdings als »Blödsinn«.[794]

In Moskau findet am Institut für Gesellschaftswissenschaften eine Diskussion über »Probleme der Ausarbeitung einer Konzeption des heutigen Sozialismus« statt. Schon dieses Thema bedeutet den Bruch mit dem bisherigen »real existierenden Sozialismus«, da man ja den heutigen Sozialismus erst in der Konzeption ausarbeiten will. Während dieser Diskussion erklärt beispielsweise E. Ambarzumow: »Sozialismus als die nachkapitalistische Gesellschaftsordnung: das war die Prognose von Karl Marx. Die Geschichte entwikkelte sich aber ganz anders ...« A. Zipko erklärt: »Es gibt keine ideologischen Garantien der Unumkehrbarkeit der Perestrojka, solange wir nicht jene Thesen des Marxismus beweiskräftig kritisieren, die veraltet sind ...« W. Loginow erklärt: »Ich bin damit vollkommen einverstanden, daß wir uns von dem trennen müssen, was bei Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir I. Lenin veraltet ist und sich nicht bewährt hat.« L. Nikititsch fügt hinzu: »Heute ist die Perestrojka der Philosophie notwendig geworden. Es geht nicht um die Beseitigung irgendwelcher ›weißer Flecken‹ in unserer Philosophie, sondern um deren radikale Umwandlung ...« Und M. Pawlowa-Silvanskaja erklärt schließlich: »Das Schlüsselproblem besteht darin, daß die Reform der sozialistischen Wirtschaft eine Umverteilung der Macht erfordert. Ich glaube, daß nur mit der Veränderung des politischen Systems des Sozialismus die Perestrojka zum wirklich revolutionären Prozeß wird.«[795]

Während einer der Chefberater von Gorbatschow, Alexander Jakowlew, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, der als langjähriger sowjetischer Botschafter in Kanada die westliche Mentalität hervorragend kennt, Anfang 1989 im Westen immer noch davon spricht, es wäre »wissenschaftlich kontraproduktiv«, wenn man versuchen wolle, »ideologische Meinungsunterschiede zu überwinden«, selbst wenn es überhaupt möglich wäre[796], während Jakowlew dies im Westen glauben machen will, sind in der Sowjetunion in Wirklichkeit bereits die Fundamente dieser Ideologie weitgehend zusammengebrochen. Im Juni 1989 veröffentlicht die literarische Zeitschrift Oktjabr unter der Überschrift »Alles fließt« einen Aufsatz des seit Jahren verstorbenen Wassilij Grossman, der sich mit der sowjetischen Ideologie auseinandersetzt. Grossman legt dar, das eigentliche Problem der Sowjetunion und der Menschen in Rußland sei die Freiheit. Diese sei unvereinbar mit der Ideologie. Nicht Stalin habe sie den Menschen genommen. Stalin sei lediglich die konsequente Fortführung Lenins. Bei Lenin liege in Wirklichkeit die Wurzel des Übels. Der Aufsatz von Grossman schlägt wie eine Bombe in den Kreisen der Intellektuellen in der Sowjetunion ein. Die Ersatzreligion des Marxismus-Leninismus zerfällt zusehends.

Statt der ideologischen Ersatzreligion bricht im heutigen Osteuropa und insbesondere auch in Rußland eine wirkliche Religiosität wieder auf. Die Flamme der Revolution ist erloschen. Aus der Asche der toten Ideologie, die nichts weiter als ein Machterhaltungskartell mit mächtigen Strukturen wie Nomenklatura, KGB und sowjetische Armee darstellt, beginnt ein neuer religiöser Aufbruch echter Gläubigkeit. Es ist allerdings kaum abzusehen, daß die überkommenen Strukturen sozialistischer Macht widerstandslos zerfallen und in Ruhe das Feld räumen. Der Versuch einzelner kleiner Reformen innerhalb des Systems – wie Gorbatschow ihn unternimmt – ist angesichts der Gefahr des Zusammenbruchs des gesamten sozialistischen Systems nicht geeignet, diesen aufzuhalten oder zu verhindern, sondern im Gegenteil, ihn zu beschleunigen.

Angesichts der labilen Situation ist die weitere Entwicklung schwer absehbar. Die Desintegration der sozialistischen Ideologie, des sowjetischen Herrschaftssystems, der Ordnung der unterschiedlichen Nationalitäten, ja der ganzen Sowjetunion selbst, zu der noch der

zugeordnete Herrschaftsbereich der Staaten des Warschauer Paktes kommt, kann durchaus revolutionären, ja explosiven Charakter annehmen. Dieser Prozeß kann selbstverständlich auch Auswirkungen auf die Staaten außerhalb des sowjetischen Machtbereichs haben. In der Zeit vor Gorbatschow war die Sowjetunion militärisch stark, aber politisch weitgehend berechenbar. Heute ist die Sowjetunion militärisch noch stärker, aber politisch weitgehend unberechenbar geworden.

Wie alle seine Vorgänger bemüht sich auch Gorbatschow, die Schlüsselpositionen des Machtapparates mit zuverlässigen Personen zu besetzen. Glasnost hat nicht nur die Funktion einer Kontrolle von Perestrojka, sondern auch die der Einbindung der Intellektuellen, der Erzeugung einer Aufbruchstimmung bei der Bevölkerung, der Erweckung des Anscheins im Westen, etwas völlig Neues bilde sich in der Sowjetunion heraus, und nicht zuletzt die Möglichkeit, durch Ablösung unliebsamer Funktionäre Spitzenpositionen mit Vertrauensleuten zu besetzen. Analog zur früheren Breschnew-Mafia bildet sich jetzt eine Gorbatschow ergebene Stawropol-Krasnodar-Mafia.

Dies gilt nicht nur für Politbüro und Zentralkomitee, sondern in gleicher Weise für die Gebietskomitees. Mit der Konsolidierung der persönlichen Macht Gorbatschows wird die Bremse der »kollektiven Führung« schwächer. Wenn es anders nicht geht, löst Gorbatschow nach eigener Aussage die Machtprobleme – wie am 30. September 1988 die Zusammenlegung von Staats- und Parteimacht in seiner Hand – »nach alter Art«.[797] Bei seiner Strategie der Machtabsicherung geht es Gorbatschow – wie im realen Sozialismus allenthalben – letztendlich um die Sicherung von Privilegien für eine Minderheit zu Lasten der großen Mehrheit. So entsteht – beziehungsweise bewahrt sich – eine »fast byzantinische Machtkonzentration«[798], dem genauen Gegenteil einer demokratischen Ordnung, bei dem alles Geschehen und jede Entscheidung auf den beiden Augen von Gorbatschow ruht. Dieser versucht, *seine* Form der Machtausübung als die Rückkehr zum wahren Marxismus-Leninismus Leninscher Prägung auszugeben, der zu Zeiten Stalins und der »Stagnation« – also der Epoche Breschnews – deformiert worden sei, obwohl *seine* Form der Machtausübung ebensowenig pluralistisch und daher ebensowenig funktionsfähig ist wie die Varianten seiner Vorgänger.

Mehrfach macht Gorbatschow deutlich, daß er nicht daran denke, das sozialistische System aufzugeben. So erklärt er etwa am 29. September 1987: Es gebe in der Sowjetunion Leute, die den Demokratisierungsprozeß mißbrauchten, »um unsere Gesellschaftsordnung anzuschwärzen«. Wer hoffe, daß die Perestrojka zu einem »sozialen und politischen Umsturz« in der Sowjetunion führen würde, der irre sich. »Erwartungen solcher Art sind vergeblich«; hier sei die Grenze von Perestrojka, Glasnost und Demokratisierung. Gorbatschow unterbrach den Chefredakteur des Zentralorgans der französischen kommunistischen Partei »l'Humanité«, Roland Leroy, der meinte, in der Sowjetunion gebe es anscheinend »mehr und mehr Meinungspluralismus in verschiedenen Fragen«. Gorbatschow wies ihn zurecht: »Das ist wahr, aber dem Wort Pluralismus fügen wir das einzige Adjektiv hinzu: sozialistischer Pluralismus.«[799]

Die erhöhte Machtkonzentration Gorbatschows, nur vordergründig kaschiert durch scheindemokratische »Wahlen« in Verbindung mit dem Scheitern von Perestrojka, der Verschlechterung des Lebensstandards und dem Ausufern von Glasnost führen zu einer explosiven Situation, in der die Nomenklatura um ihre Macht bangen muß und nur allzu leicht verführt sein kann, ohnehin geschehene Zwischenfälle – etwa im Zusammenhang mit der angespannten Nationalitätenfrage – aufzubauschen und zu fördern, um einen Vorwand dafür zu liefern, die Zügel wieder strenger anzuziehen und gegebenenfalls sogar das Militär zum Eingreifen zu veranlassen. Auch Gorbatschow selbst könnte sich, um seine Machterhaltung zu sichern, veranlaßt sehen, sich notfalls an die Spitze einer solchen Entwicklung zu stellen, die allerdings einen erheblichen außenpolitischen Prestigeverlust nach sich ziehen würde.

Vorsorglich werden bereits neue Verfassungsartikel eingeführt, um ein Ausufern der »Demokratisierung« zu verhindern. Hierzu gehört das ominöse Ausnahmerecht gemäß Artikel 119 Abs. 13, das dem Präsidium des Obersten Sowjets die Vollmacht gibt, »zum Schutz der UdSSR den Kriegs- oder Ausnahmezustand in einzelnen Gebieten oder im ganzen Land zu verhängen und bei Bedarf besondere Verwaltungsmaßnahmen zu ergreifen.« Auch die Möglichkeiten für Eingriffe in interne Angelegenheiten der Unionsrepubliken bedeuten eine massive Stärkung der zentralen Macht.[800]

Im April 1989 wird im Rahmen der von Gorbatschow seit langem angekündigten Rechtsreform der »Erlaß zur Ahndung von Staatsdelikten« erlassen. Dieser Erlaß dient eindeutig der Knebelung der öffentlichen Meinung und der Eindämmung des Ausuferns von Glasnost. Der Erlaß sieht vor, öffentliche Kritik an Amtspersonen, Behörden und Staatsorganen unter Strafe zu stellen. Die »Diskreditierung höchster sowjetischer Staats- und Regierungsorgane« wird mit Freiheitsentzug bis zu zehn Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5.000 Rubel bestraft. Der Erlaß richtet sich in erster Linie gegen alle informellen unabhängigen Bewegungen und Organisationen; er hat in den Kreisen der Bürgerrechtler eine Welle der Empörung ausgelöst.

Bereits im Sommer 1988 war das Versammlungs- und Demonstrationsrecht neu formuliert worden. Auf dieser rechtlichen Grundlage können nun beispielsweise Gottesdienste der verbotenen Ukrainischen katholischen Kirche als »nicht genehmigte politische Versammlungen« eingestuft und alle Teilnehmer mit Haft- und Geldstrafen belegt werden.[801]

Die im Westen angesichts der Auflockerung durch das Ausufern von Glasnost weitgehend als irreversibel angesehene Lage in der Sowjetunion ist also durchaus reversibel. Dies um so mehr, als seine Kritiker ihm vorwerfen müssen, daß Gorbatschow genau das Gegenteil von den von ihm proklamierten Zielen bewirkt: Gorbatschow will die wirtschaftliche Grundlage für die Erhaltung der Sowjetmacht stärken, steht aber in der Gefahr, die sowjetische Wirtschaft ins Chaos zu stürzen; Gorbatschow will zurück zur reinen Lehre Lenins, trägt aber dazu bei, den Marxismus-Leninismus zu zerstören; Gorbatschow will die Sowjetunion zusammenhalten, macht aber die Nationalitätenfrage erst richtig zum Problem; Gorbatschow will die Macht des Warschauer Paktes stärken, zerstört aber durch die Auswirkung von Glasnost auf die Mitgliedsstaaten den Zusammenhalt des sowjetischen Zwangsbündnisses.

Zwei erfahrene deutsche Außenpolitiker völlig unterschiedlicher Herkunft wie Franz Josef Strauß und Helmut Schmidt sehen die sowjetische Entwicklung ebenfalls mit großer Skepsis. In dem posthum erschienenen Artikel von Franz Josef Strauß über das Buch von Helmut Schmidt »Menschen und Mächte« schreibt Strauß: »Entgegen manchen euphorischen Erwartungen in der westlichen Öffent-

lichkeit schätzt Schmidt die Motive der Gorbatschowschen Reformpolitik eher realistisch und ihre Erfolge eher skeptisch ein. Er betont, daß auch Gorbatschow in der Kontinuität der russischen Geschichte steht, so sehr er das Neue seiner Politik betont. In den Motiven seiner Entspannungspolitik gehe er nicht über Breschnew hinaus ... Bei der Reform der russischen Wirtschaft werden – so Schmidt, und ich stimme damit überein – die Erwartungen höher sein, als sie sich erfüllen lassen ... ›Die Aufgabe, vor der Gorbatschow steht, ist größer als diejenige, welche Lenin sich 1921 mit der Neuen Ökonomischen Politik stellte.‹ Außerdem wird die Demokratisierung zu einer Verschärfung der Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion führen; sofern sie nicht gelöst werden, könnte Gorbatschow gezwungen sein, die Öffnung zur Meinungsfreiheit hin zurückzunehmen.«[802]

Auch die Forschungsgruppe der großen europäischen Institute für internationale Fragen kommt zu einer skeptischen Bewertung der Fortdauer der Perestrojka. Deren Anfangsperiode werde voraussichtlich 1990 oder 1991 enden, die Gegensätze würden akuter und die Opposition stärker werden. Gorbatschow werde dann zu wählen haben zwischen einem größeren Realismus und dem von ihm proklamierten Optimismus, wie auch zwischen einer weiteren Ausdehnung des Reformprogramms einerseits und dem Zusammenhalt der Sowjetunion und des sowjetischen Machtbereichs in Osteuropa auf der anderen Seite.[803]

Milovan Djilas schließlich kommt zu dem Schluß, der sowjetische Apparat könne wohl dazu gebracht werden, Reformen für eine produktivere Wirtschaft zu unterstützen, nicht jedoch dazu, die Auflösung der Partei und die Zerstörung der eigenen Positionen und der eigenen Sicherheit. Gorbatschow sei daher eine Übergangserscheinung. »Gorbatschow könnte eine große Figur in der Geschichte werden, wenn er das Glück hätte, jetzt gestürzt zu werden – oder wenn, wie ich sage, er aus Hoffnungslosigkeit aufgeben würde. *Jetzt* wird er als ein Mann klarer Visionen gesehen, ein Mann kritischen Geistes, ein Mann, der furchtlos der sowjetischen Vergangenheit gegenübersteht, ein Mann durchaus unsowjetischer Sprache, ein Mann, der gesehen hat, was mit dem System nicht in Ordnung ist und der versucht hat, etwas Radikales dagegen zu tun. In ein paar Jahren mehr wird sein Eifer untergehen in dem Sumpf des russi-

schen Lebens und in den Widersprüchlichkeiten des sowjetischen Systems. Heute ist Gorbatschows beste Stunde; was immer danach kommt, wird ein Weg nach unten sein.«[804]
Auch Andrej Sacharow sieht das Ende Gorbatschows durch den sowjetischen Machtapparat voraus: »Sie werden ihn stürzen, oder sie werden ihm seine Ansichten diktieren.«[805]

Reformunfähigkeit des Systems

Das sich zunehmend akzentuierende Spannungsverhältnis innerhalb der Sowjetunion besteht zwischen der wachsenden Notwendigkeit von Problemlösungen einerseits und der Unfähigkeit der Staats- und Parteiführung andererseits, solche Lösungen innerhalb des bestehenden Systems zu bewerkstelligen. Das Problem beginnt bereits mit der Selbstdesinformation der sowjetischen Führungsschicht. Der polnische Philosoph Leszek Kolakowski analysiert dies folgendermaßen: »Es versteht sich, daß das geschlossene Informationssystem, in dem Menschen nach ihrem Rang in der Hierarchie der Macht eine Portion Information zugeteilt bekommen, zwangsläufig dazu führt, daß die Herrschenden schlecht informiert sind und daß ihre Bemühungen, sich ein nichtentstelltes Bild der Ereignisse zu verschaffen, vereitelt werden, was zu falschen Entscheidungen führt. Der Grund für die Entstellungen liegt in der Tatsache, daß die Menschen, die in diesem System die Informationen liefern, normalerweise nicht diejenigen sind, die für ein bestimmtes Arbeitsgebiet zuständig sind, so daß sie sich jedesmal selbst anklagen würden, wenn sie schlechte Nachrichten melden. In den letzten Jahren hat sogar die sowjetische Presse häufig die (eigentlich schon längst bekannte) systematische Verfälschung von Produktionsstatistiken durch die örtliche Partei und die örtlichen Verwaltungsorgane angeprangert; da diese Praxis im ganzen Land weitverbreitet gewesen ist, haben die sowjetischen Führer wahrscheinlich nie korrekte Statistiken zur Hand gehabt und waren folglich einer Selbstdesinformation ausgesetzt, die in das Machtsystem selbst eingebaut ist und es von innen her zerstört!«
Kolakowski kommt zu dem Schluß, daß der Preis, der im Sinne von negativen Wirkungen von Informationsbarrieren zu bezahlen ist,

ein Niveau erreichen kann, das die totale Macht selbst gefährdet. So entsteht die absurde Situation, daß die Herrschenden »fieberhaft nach Mitteln suchen, um das Informationssystem zu ändern, ohne ihre Kontrollinstrumente zu schwächen (in anderen Worten: zu ändern, um nicht ändern zu müssen).« Denn: »Der wissenschaftliche Fortschritt ist faktisch lahmgelegt, wenn in einem Land jeglicher wissenschaftlicher Austausch der strengsten polizeilichen und politischen Kontrolle unterliegt und niemand ohne Sondererlaubnis eins der wenigen vorhandenen Kopiergeräte oder Computer-Ausdruckgeräte benutzen darf.«

So wünscht sich die Führung die Quadratur des Kreises, und daher kann man nur »skeptisch sein, was das Ergebnis der Wirtschaftsreformen Gorbatschows betrifft ... Selbst in der Sowjetunion hört man Stimmen, die argumentieren, daß es bei den Wirtschaftsreformen um alles oder nichts gehe; da ›alles‹ unter den gegebenen Umständen undenkbar ist (es würde die Abschaffung von Gosplan und letztlich des Nomenklaturaregimes bedeuten und folglich auf eine Vernichtung des kommunistischen Systems hinauslaufen), scheint ›nichts‹ oder ›fast nichts‹ wahrscheinlicher zu sein ... mögen die Reformen noch so halbherzig sein, sie haben Kräfte freigesetzt, die über die Absicht der Herrschenden hinausgehen ... Dies entspricht dem klassischen Muster des Zusammenbruchs von Tyranneien: Zaghafte Reformen, die unter Druck und in der Absicht, das Regime zu stärken, durchgeführt werden, lösen Kettenreaktionen aus, die sich nicht mehr kontrollieren lassen ... Wann und wie sie den Punkt erreichen, von dem aus es kein Zurück mehr gibt und der den totalitären Apparat zerstören wird, steht in den Sternen. Der Kommunismus steckt in einer tiefen Krise, und selbst wenn die gegenwärtig herrschende Fraktion gestürzt wird, werden ihre Nachfolger vor demselben Dilemma stehen.«

Leszek Kolakowski kommt zu dem Schluß: »Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß sie sich dieser Krankheit und der innewohnenden Schwäche des Organismus, für den sie die Verantwortung tragen, bewußt geworden sind. Eben dieses Bewußtsein sowie die Unsicherheit über den einzuschlagenden Weg künden bereits das Ende dieses politischen Gebildes an, mag sein Abgang sich auch als ein langer, schmerzhafter Prozeß erweisen.«[806]

Die Probleme der Sowjetunion sind innerhalb des Systems nicht

lösbar und weder Perestrojka noch Glasnost haben zu einer systemüberwindenden Lösung beigetragen. Notwendig für eine Lösung wären der Abbau der zentralen Planungsbürokratie, die Abschaffung der Zensur, die Unterwerfung der kommunistischen Partei unter ein objektives Gesetz und der Schutz von Bürgerrechten und Privateigentum durch den Staat. Dies alles ist nicht geschehen, sondern lediglich jederzeit umkehrbare Umgestaltungen innerhalb des Systems.[807] Andrej Sacharow sagt zu Recht, daß zur Herstellung einer pluralistischen Gesellschaft, in der Selbstkontrolle ausgeübt werden kann, die Bildung neuer politischer Parteien gehöre.[808] Eine wirkliche Perestrojka könne nur auf einer »Volksgrundlage« entwickelt werden, sonst münde sie in einer Sackgasse. Demgegenüber spitze sich aber die Situation in der Sowjetunion zu, dies zeigen vor allem die »anti-demokratischen« Erlasse über die Kundgebungen und Demonstrationen sowie die neuen Richtlinien, die der Oberste Sowjet im Sommer 1988 verabschiedet habe. Und Sacharow stellt die bange Frage: »Wer wird morgen all diese Macht besitzen?«[809]
Daß in der Sowjetunion eine revolutionäre Situation heranreift, bei der das Bewußtsein der Menschen zunehmend im Gegensatz zu den Herrschaftsverhältnissen steht, wird aufgrund einer Umfrage unter 9600 Jugendlichen zwischen 14 und 29 Jahren deutlich: 97 % der jungen Menschen sind für Glasnost, während lediglich die Hälfte – 53 % – Perestrojka gut finden, da diese sich im wesentlichen auf Worte beschränke. 29 % befürworten Glasnost, wünschen aber keinen Widerspruch zum Sozialismus; das heißt, daß an die 70 % zum Widerspruch gegen den Sozialismus bereit sind.[810]
Das soziologische Forschungsinstitut an der Moskauer Akademie der Wissenschaften hat 800 repräsentativ ausgewählte Moskauer Bürger zu Fragen der Ost-West-Politik befragt. Bei der Frage »Was ist besser für die Entwicklung der Demokratie?« befürworten nur 36 % ein Einparteiensystem, während sich 48 % für mehrere Parteien aussprechen.[811]
Der Abgeordnete vom Volksdeputiertenkongreß Arkadij Muraschow erklärt im Mai 1989, daß nach einer repräsentativen Umfrage in Moskau 70 % der Sowjetbürger Boris Jelzin und nur 30 % Gorbatschow an der Spitze des Staates sehen wollten, da dieser wegen des ständigen Nachgebens gegenüber den orthodoxen Kommunisten eindeutig an Autorität verloren habe.[812]

Wie labil die Situation ist und wie schnell sich das öffentliche Bewußtsein weg vom marxistisch-leninistischen System entwickelt, erklärt Leonid Batkin, Mitgründer der Intellektuellen-Gruppe »Moskauer Tribüne«: »Es gibt einen Pluralismus, der nur wenige Monate zuvor undenkbar gewesen wäre ... Endlich sind wir in der Lage, eine klare Übersicht über unsere ›Dinosaurier‹ zu bekommen, über jene politische Klasse, die alle Verantwortung für sämtliche sowjetischen Tragödien trägt ... Wenn der Apparat das nicht begreifen will, daß wir einer tiefen Krise entgegengehen, die uns innerhalb von drei Jahren zur Katastrophe führen kann; daß durch die Wahlen das Volk die Möglichkeit entdeckt hat, das politische Leben zu beeinflußen; wenn all dies geschieht und sie nicht begreifen, welche Bedeutung das für die Partei hat, dann haben wir eine dramatische Konfrontation zwischen Gesellschaft und System zu erwarten.« Gorbatschow befinde sich jetzt vor der Situation, entweder aufzugeben oder entschlossener zu handeln und sich dabei auf den Impuls der »neuen Kräfte« zu stützen.[813]

Im Juni 1989 ruft Jelzin vor 100000 Anhängern im Moskauer Luschniki-Stadion zur Gründung einer Reformer-Fraktion im Volkskongreß auf, also de facto zur Gründung einer parlamentarischen Opposition. Und der Volksdeputierte Telman Gdljan, der als Staatsanwalt sich besonders auf die Verfolgung der Korruption und die Aufdeckung von Verfilzung bei der Nomenklatura spezialisiert hat, erklärt, die orthodoxen Kommunisten warteten nur auf einen Schlag gegen die Reformpolitik. Aber »wenn das passieren sollte, muß das ganze Volk auf der Hut sein, sich erheben und nein sagen, notfalls durch einen Generalstreik.«[814]

Auf dem Volksdeputiertenkongreß sind offenbar weder der neugewählte Präsident Michail Gorbatschow, noch sein ebenfalls neugewählter Stellvertreter, Anatolij Lukjanow – vor über dreißig Jahren bereits ein Kommilitone Gorbatschows auf der Universität und wie dieser ein Protegé des langjährigen KGB-Chefs Andropow[815] – in der Lage, die zunehmende Kritik unter den Volksdeputierten im Zaum zu halten. Jelzin macht Gorbatschow für nichterfüllte Versprechen verantwortlich.[816] Als Sacharow auf dem Volksdeputiertenkongreß den Vorwurf erhebt, die Versammlung habe ihre Hauptaufgabe verfehlt, ein neues Machtsystem zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu begründen, unterbricht

ihn Gorbatschow mit den Rufen »genug, genug!« und läßt das Fernsehen abschalten.[817]

Als mehrere Bürgerrechtler über Korruptionsfälle auch in höchsten Nomenklatura-Kreisen sprechen wollen, läßt Gorbatschow den Kongreßsaal für die Öffentlichkeit räumen; Presse- und Fernsehleute müssen den Saal verlassen.[818] Ende Juli 1989 macht Boris Jelzin seine Ankündigung wahr, eine innerparteiliche Oppositionsgruppe zu formieren. Bei ihrer Gründung sind etwa 200 Abgeordnete des Kongresses der Volksdeputierten anwesend. Dem fünfköpfigen Präsidium gehört neben Boris Jelzin der Historiker Juri Afanassjew und der Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow an. Andrej Sacharow arbeitet mit einer internationalen Gruppe zusammen, in der insbesondere diejenigen vertreten sind, die sich für die Wahrung der Menschenrechte und für die Rechte der Nationalitäten einsetzt. So entwickelt sich auch im Kongreß der Volksdeputierten und im Obersten Sowjet eine Eigendynamik, die Gorbatschow zwingt, mehr und mehr zu lavieren, um seine Politik durchsetzen zu können.

Tatjana Saslawskaja, die durch ihre wirtschaftlichen Reformvorschläge bekannt geworden ist, kommt zu dem Schluß, zu einer wirklichen Umgestaltung gehöre: die »völlige Abschaffung des antidemokratischen Nomenklatura-Systems bei der Kaderauswahl«, daneben »weitgehende Transparenz bezüglich des politischen Verhaltens der Parteiführer und Politiker«. Daneben »strenge Verfolgung aller Fälle, in denen Amtspersonen das Gesetz mißachten« sowie »Stärkung des Volksvertrauens in die Zuverlässigkeit der getroffenen Maßnahmen, insbesondere was die Verpflichtung des Staates zur Unterstützung der genossenschaftlichen und individuellen Wirtschaft« betrifft. Außerdem »Schaffung günstiger politischer und ideologischer Bedingungen zum organisatorischen Zusammenschluß der Perestrojka-Befürworter, unabhängig davon, ob es sich um Kommunisten oder Parteilose handelt.« Damit kommt Tatjana Saslawskaja zur Forderung nach einer politischen Opposition: »Ohne auf die Rolle einer zweiten Partei Anspruch zu erheben und über einen starken Parteikern verfügend, könnte die Volksfront in gewissen Fragen als ernstzunehmender und gesellschaftlich angesehener Gegenspieler der Parteiorgane auftreten. Es müßte ihr gestattet werden, eigene, aus freiwilligen Beiträgen von Personen und Or-

ganisationen gespeiste finanzielle Mittel zu besitzen, eigene Periodika zu veröffentlichen und über Sendezeit im Landes- und Regionalfernsehen zu verfügen«, denn »jeder einzelne ist dazu aufgerufen, das Seine zur revolutionären Veränderung der sowjetischen Gesellschaft beizutragen.«[819]

Wladimir Bukowski kommt ebenso zu dem Schluß, daß die sowjetische Führung nicht fähig und in der Lage ist, wirkliche Reformen durchzuführen, zumal sie schon an der Preisreform scheitern müsse, die bereits eine horrende Inflation auslösen würde und obwohl eine solche Reform in einem dirigistischen System lediglich den schmalen Sektor der Konsumgüter umfassen würde, da ansonsten Preise in einer gelenkten Wirtschaft keinerlei wirkliche Funktion haben. Bukowski sagt: »Kurzum, für die Probleme, die die sowjetischen Führer zu lösen haben, gibt es keine Lösung. Signifikante Verbesserungen aufgrund irgendwelcher systemimmanenter Reformen sind kaum zu erwarten, da die tragende Idee dieses Systems sich überlebt hat. Der einzige Weg, die Wirtschaft und die Kreativität der Menschen zu befreien, ist die Einführung einer reinen Marktwirtschaft in Verbindung mit dem Privatbesitz an den Produktionsmitteln. Der einzige Weg, die Rolle der KPdSU zurückzudrängen, ist die Zulassung eines Mehrparteiensystems. Der einzige Weg, die Preise bei minimalem Schaden für den Lebensstandard des Volkes freizugeben, ist die Zulassung wirklich unabhängiger Gewerkschaften usw. Aber dann wird es auch keine Sowjetunion mehr geben, wie wir sie kennen, keine KPdSU, keinen Generalsekretär, keine Notwendigkeit für Perestrojka und Glasnost, weil es ihrer in einer echten Demokratie nicht bedarf. Wie Gorbatschow vor amerikanischen Journalisten gesagt hat: ›Die gegenwärtige (sowjetische) Führung kann nichts anderes tun, als den Sozialismus zu entwikkeln‹ (Prawda, 23. Mai 1988). Doch was immer wir von den sowjetischen Führern halten mögen: politischen Selbstmord werden sie nicht begehen. Wenn sie keinen anderen ›Ausgang‹ sehen als einen Umschlag des gegenwärtigen Tauwetters, werden sie lieber die wachsende Revolution zu Hause in der besten stalinistischen Tradition zerschlagen, zur Technik des ›kalten Krieges‹ zurückkehren und internationale Spannungen dazu nutzen, innere Unruhen einzudämmen – um einige Jahre später wieder gezwungen zu sein, eine neue Glasnost und eine neue Perestrojka zu erfinden. Diese zykli-

sche Entwicklung kann noch gut zwanzig Jahre anhalten; dabei wird das Sowjetimperium jedesmal um einige seiner Klientenstaaten, osteuropäischen Verbündeten und ›Republiken‹ ärmer werden, wenn nämlich innere Unruhen es daran hindern, ›brüderlichen Beistand‹ zu leisten. Und jedesmal, wenn die Sowjetunion wieder in einen ›liberalen‹ Zyklus eintritt, werden uns westliche Sowjetologen politische Inkonsequenzen in den neuen Reformen mit einem Kampf zwischen ›Tauben und Falken‹, ›Reformen und Konservativen‹, ›alter und neuer Garde‹ erklären.«[820]

Auch Wolfgang Strauß kommt zu dem Schluß, es sei nicht Ziel des Gorbatschowismus, das politische System aufzubrechen. Vier grundlegende Änderungen, zu denen Gorbatschow nicht bereit sei, wären erforderlich:

1. Lösung der nationalen Frage, also Entkolonialisierung Osteuropas und Zentralasiens, Entlassung der nichtrussischen Kulturnationen mit staatlicher Vergangenheit in die staatliche Unabhängigkeit.
2. Lösung der Agrarfrage durch Aufhebung der staatlichen Leibeigenschaft auf dem Dorfe (Kolchosen und Sowchosen) und Schaffung von vererbbarem Privateigentum.
3. Lösung der Arbeiterfrage durch Entstaatlichung des Produktionssektors einschließlich Zulassung von freien Gewerkschaften.
4. Lösung der gesellschaftlichen Frage durch Aufbau einer offenen Gesellschaft mit unabhängigen Gerichten, unzensierten Massenmedien, Oppositionsparteien, Versammlungsfreiheit, Lehr-, Religions- und Kirchenfreiheit.[821]

Eine solche Selbstaufgabe ist jedoch von einem Regime nicht zu erwarten, dessen Ideologie im Ursprung eine Ersatzreligion ist.[822] Demgegenüber ist diese Ideologie den mittelosteuropäischen Staaten im Zuge einer Fremdherrschaft aufgezwungen worden, und in China stellt sie historisch gesehen nach dem Scheitern der demokratischen Ansätze unter Sun Yat-sen und Tschiang Kai-shek nichts anderes als das Vehikel dar zur Überwindung des Niedergangs des Reiches der Mitte in der Qing-Dynastie und der Demütigung Chinas durch die europäische Kolonialpolitik im 19. Jahrhundert. In allen kommunistischen Staaten ist daher eine Abschaffung des Marxismus-Leninismus durch das Regime selbst leichter zu bewerkstelligen und eher denkbar als in der Sowjetunion.

Außenpolitische Gefahren

Die Geschichte zeigt uns im Falle des Osmanischen Reiches, wie dieses zunächst durch das Sendungsbewußtsein des Islam aggressiv und expansiv bestimmt war, bis Stagnation und schließlich der Zerfall des Imperiums in Einzelstaaten eintraten und bis schließlich durch die Revolution von Kemal Atatürk ein bewußt entideologisierter und laizistischer Staat an seine Stelle trat. Dies ist jedoch ein Jahrhunderte währender historischer Prozeß gewesen und niemand kann sagen, ob die künftige Entwicklung der Sowjetunion in den entscheidenden Punkten Parallelen hierzu aufweisen wird.
Noch immer hält die Sowjetunion an ihrer Herrschaft Mittelosteuropa, am Status der Stalin- und Breschnew-Zeit fest.
Noch immer versucht die Sowjetunion, den Status quo in Europa zu ihren Gunsten zu wenden, Europa von den Vereinigten Staaten zu trennen und insbesondere um die Bundesrepublik Deutschland zu werben. Der langjährige deutsche Botschafter in Moskau, Jörg Kastl, erinnert: »Henry Kissinger schrieb unlängst: ›Die Demokratien laufen Gefahr, einer von ihnen selbst herbeigeredeten Erpressung zum Opfer zu fallen.‹ Der westlichen Sicherheit wäre besser damit gedient, die ›Perestrojka‹ mit größerer Gelassenheit zu beobachten und ihrem Autor und seinen Mitarbeitern ruhig entgegenzutreten. Der ›Friedenskampf‹, die moderne Variante des klassischen kommunistischen Klassenkampfs, hat in der Bundesrepublik, einem Land mit besonderer Verantwortung, Fortschritte erzielt, die den Kreml veranlassen werden, seine Seelenmassage fortzusetzen. Wäre dies das einzige Ergebnis der ›Perestrojka‹, wir würden es eines Tages bitter zu spüren bekommen.«[823]
Würde ein Nachfolger Gorbatschows dessen offensive Einbindungs- und Beeinflußungspolitik gegenüber dem Westen weiterführen? Franz Josef Strauß meint: »Wenn Gorbatschow scheitert, hat die Sowjetunion nur die Wahl zwischen einem Krieg, der nicht kommt, weil das Selbstmord wäre, oder dem Abstieg zu einer zweitrangigen Macht.«[824]
Andrej Sacharow ist da weitaus skeptischer. Er meint, im Falle eines Scheiterns der Perestrojka werde sich die Sowjetunion dem »äußeren Expansionismus« zuwenden, »um ihr System zu erhalten.« Es werde zu einer Steigerung des militärisch-industriellen Komplexes

kommen und einer Zunahme der inneren Repression. Dies würde zu einer äußeren Instabilität führen und zu einer Gefahr für die ganze Menschheit.[825]

Sicher ist, daß Gorbatschow äußere Erfolge zur Absicherung der inneren Stabilität seiner Herrschaft gut gebrauchen kann und denkbar ist, daß ein Nachfolger Gorbatschows äußere Erfolge suchen könnte, um von inneren Schwierigkeiten abzulenken. Abgesehen von der weltrevolutionären Ideologie, die in der sowjetischen Verfassung durch Artikel 28 zum Verfassungsauftrag erhoben ist, macht es auch die interne prekäre Situation der Sowjetunion unwahrscheinlich, daß die sowjetische Führung von sich aus freiwillig auf einmal gewonnenes außenpolitisches Terrain verzichtet; sie wird im Gegenteil weiterhin so lange wie möglich versuchen, mit Hilfe und durch Einbindung des Westens ihre Herrschaft zu verlängern und abzusichern. Hierzu wird sie – zumindest als Drohkulisse – ihre militärische Macht einsetzen, zumal diese doch der einzige Faktor bleibt, der die Sowjetunion als Großmacht qualifiziert.

Peter Sager stellt in seiner Analyse der Außenpolitik Gorbatschows Fragen für die Zukunft, über die sich – wie er sagt – vorerst nur spekulieren lasse: So etwa, welcher Stellenwert einer modernisierten, auf eigene materielle und weniger auf ideologische Interessen bedachten Sowjetunion zukomme? Ob sie zur führenden Macht eines Europas vom »Atlantik bis zum Ural« werde? Ob sie dank ihrer geopolitischen Lage eine Brücke bilden könne, auf der Europa und Asien sich näherrücken? Wie die Entwicklung in der Sowjetunion die Beziehungen Chinas zum Westen und zu Osteuropa im tripolaren System beeinflußen werde? Ob eine reformwillige Sowjetunion die deutsche Wiedervereinigung zulassen werde und Deutschland dann eine Rolle im Interesse der gesamteuropäischen Gemeinschaft spielen oder einem nostalgischen »Drang nach Osten« verfallen werde?[826]

Alle diese Fragen und viele andere mehr sind weitgehend offen. Dies zeigt, daß die Sowjetunion auch auf außenpolitischem Gebiet sehr viel unberechenbarer geworden ist als in den vergangenen Jahrzehnten.

Achillesferse Nationalitätenfrage

Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben? – so fragte in den siebziger Jahren der russische Dissident Andrej Amalrik.[827] Und Amalrik meint damit natürlich nicht genau dieses Jahr – er hatte es nur frei nach Orwell als den Inbegriff eines ominösen Zukunftsjahres gewählt[828] –, er war jedoch davon überzeugt, daß die Sowjetunion in absehbarer Zeit und in einem überschaubarem Zeitraum zusammenbrechen und zerfallen werde.

So kann heute Wolfgang Strauß zu Recht fragen: »Kann die Sowjetunion das 21. Jahrhundert noch erleben?« und er begründet dies: »Menschenketten, Manifeste, Massenkundgebungen in Estland und Lettland. Heilige Messen für die Selbständigkeit Litauens. Besetzungsstreiks der Arbeiter in Ungarn und Polen. Unabhängigkeitsorganisationen und Volksfront im Baltikum. Arbeitsboykott und Millionenaufmärsche in Armenien. Freiheitsdemonstrationen im ukrainischen Lemberg. Straßendemokratie, unerlaubte Meetings in Moskau, Leningrad, Kujbyschew. Die wiederauferstandene Solidarność in Polen, ein gärendes Mittelasien mit 30 Millionen Moslems, fasziniert von der Panislamischen Revolution und vom Sieg der afghanischen Mudschahedin. Eine katholische Renaissance in Böhmen, Volkspriester in der Slowakei, die Heroisierung der 56er-Revolutionäre in Ungarn. Schlittert das letzte Kolonialimperium der Erde in Zerfall, Auflösung, den kalten Bürgerkrieg?«[829]

Michail Voslensky, Direktor des Instituts für sowjetische Gegenwart in München, meint, die Sowjetunion als »letztes Kolonialreich der Erde« könne nur durch Umwandlung in eine Konföderation von souveränen Nationalstaaten oder in eine Art Commonwealth zusammengehalten werden; genau dies werde die Nomenklatura jedoch verhindern, und daher werde es zu einem unaufhaltsamen Zerfall der Sowjetunion kommen. Auch die beiden in den Vereinigten Staaten lebenden russischen Historiker Vladimir Solowjew und Elena Kelpikowa kommen zu dem Schluß: »Rußland kann nur überleben, wenn es seine imperialen Errungenschaften aufgibt und zugleich seine Rolle als Großmacht. So hat auch die Türkei zwischen den Ruinen des Ottomanischen Imperiums überlebt. Rußland wird aufhören, eine Supermacht zu sein und sich auf der glei-

chen Ebene wiederfinden wie England und Frankreich, obwohl es wirtschaftlich hinterherhinken wird.«[830]

Glasnost wirkt als Katalysator für die Eigendynamik des Entkolonialisierungsprozesses zugunsten der in der Sowjetunion zusammengehaltenen Nationalitäten. Wolfgang Strauß bemerkt: »Balten und Kaukasier, Ukrainer und Weißruthenen sprechen vom ›Dritten Völkerfrühling‹. Der erste fand im europäischen Revolutionsjahr 1848 statt, seine Sturmwelle brandete bis nach Osteuropa. Der zweite erblühte, als im Februar 1917 das zaristische Vielvölkergefängnis in Schutt und Asche versank, als die versklavten Völker ihre Eigenstaatlichkeit wiedergewannen, von Tiflis und Eriwan bis Reval und Minsk. Der dritte Völkerfrühling findet heute statt.«[831]

Der Gegensatz zwischen dem großrussischen Zentrum der Macht in Moskau einerseits und den einzelnen Nationalitäten andererseits ist offen ausgebrochen. Ebenso wie auf dem Gebiet der Umgestaltung der Wirtschaft gibt es auch in der Nationalitätenfrage bisher keinerlei befriedigenden Ansatz der sowjetischen Führung unter Gorbatschow, um das Problem in den Griff zu bekommen oder gar zu lösen. Nach wie vor haben die Strukturen der Macht im wesentlichen die Großrussen im Griff. Ebensowenig wie Gorbatschow auf dem Gebiet der Wirtschaft den zentralistischen Dirigismus durch Markt ersetzt hat, hat er auf dem Gebiet der Nationalitätenfrage eine Dezentralisierung gebracht. Er hat im Gegenteil durch Zentralisierung erst offenkundig werden lassen, daß das föderative Prinzip in der Sowjetunion lediglich auf dem Papier besteht. Er hat zunehmend Macht in Moskau und in seiner eigenen Hand konzentriert. Bis Ende 1988 hat es in dreieinhalb Jahren der Herrschaft Gorbatschows über 600 »Zwischenfälle« in der Sowjetunion und Mittelosteuropa auf dem Gebiet der Nationalitäten gegeben.[832]

Auch Milovan Djilas erwartet eine »volle Ausfüllung ihrer nationalen Persönlichkeit« durch die einzelnen Nationen des sowjetischen Imperiums. Dies werde auch »die Emanzipation der russischen Nation von den gegenwärtigen (und oft unwillig getragenen) Lasten des Imperiums« bedeuten.[833]

Milovan Djilas fügt hinzu, die sowjetischen Kommunisten seien Experten in der Unterdrückung des Nationalismus und der organisierten Religiosität. Sie werden aber besorgt sein müssen, wenn die Partei und die Bürokratie selbst durch Nationalismus und Religion

durchdrungen werden. »Wenn auch die lokale Parteiorganisation sich weg vom Zentrum bewegt, weil sie näher an der Nation ist, die sie beherrscht, als bei den Machthabern in Moskau – das ist der Zeitpunkt, wenn die Alarmglocken im Kreml klingeln sollten, und das ist es, was offenbar in Alma Ata passiert ist und was jetzt auf viel breiterer Grundlage in Nagorno-Karabach und den baltischen Republiken geschieht.«[834] Nichts werde die Armenier, Usbeken, Kasachen, Letten und Ukrainer davor zurückhalten können, zu sagen: »Demokratie muß zu Hause beginnen – wir wollen unsere eigene Regierungsform und unsere Unabhängigkeit.«[835]

Die Zentrale ist jedoch nicht bereit, Zugeständnisse zu machen. Im November 1988 heißt es in der Prawda hierzu: »In der Kommission für Gesetzgebungsvorschläge ... wurden auch die Akten geprüft, die vom Obersten Sowjet Estlands auf einer außerordentlichen Sitzung am 16.11. des Jahres verabschiedet wurden. Es wurde festgestellt, daß, wenn die in diesen Akten ausgedrückten Normen zum allgemeinen Prinzip erhoben würden, anstelle eines Unionsstaates bei uns nur irgendein Bündnis von Staaten mit sehr schwachen äußeren Kontakten entstehen würde, das heißt, daß die Grundlagen selbst des Prinzips der Existenz der Sowjetunion unterminiert wären.«[836]

In vielen Unionsrepubliken geht das nationale Erwachen Hand in Hand mit dem Wiederaufleben der Religiosität. Daher führt auch die Unterdrückung der Religionsausübung zu nationalen Unruhen. So erklärt der jahrelang im Gulag inhaftierte orthodoxe Priester und Bürgerrechtler Gleb Jakunin zur heutigen Situation in der Ukraine: »Die Sowjetregierung fürchtet die unierte Kirche, weil sie diese Kirche im Zusammenhang mit der ukrainischen nationalen Bewegung sieht.« Moskau fürchte sich vor einem »zweiten Armenien« oder gar einem »Nordirland« in der Ukraine. Je länger der sowjetische Staat sich weigere, die Unierten anzuerkennen und sie faktisch in der Illegalität belasse, desto schlimmer werde das Problem und desto heftiger würden die nationalen Leidenschaften eines Tages aufflammen.[837]

Besonders schwierig ist für die sowjetische Zentralregierung die Situation in den baltischen Staaten. Wie will man einerseits Stalin als Gewaltherrscher brandmarken, andererseits aber verschweigen und vertuschen, daß Stalin im geheimen Zusatzprotokoll des Hitler-Sta-

lin-Paktes vom August 1939 das Baltikum »zugesprochen« bekommen hat.
Auch im Streit um Nagorno-Karabach hat Gorbatschow keine Lösung finden können. Im Gegenteil: Die fünf führenden Mitglieder des Karabach-Komitees, darunter der armenische Parlamentsabgeordnete Manatschurian, wurden im Gebäude des Schriftstellerverbandes in Eriwan auf Geheiß der Sondertruppen des Moskauer Innenministeriums festgenommen und gefangengesetzt.[838]
Die Lage ist deshalb so brisant, weil bei einem der nächsten Ausbrüche nationalen Aufbegehrens in einer der Sowjetrepubliken der Funke überspringen und zu einem größeren Aufstand in verschiedenen Gegenden der Sowjetunion führen kann. Die Gefahr verstärkt sich noch, wenn als Reaktion auf das nationale Erwachen an der Peripherie des sowjetischen Imperiums sich der großrussische Nationalismus verstärken würde. Milovan Djilas sagt hierzu: »Ein multinationales Land kann keine nationalistische totalitäre Diktatur haben, denn das würde Rebellionen aller anderen Völker auslösen. In der heutigen Zeit könnten die Russen solche Rebellionen nicht ersticken. Sie könnten zwar intervenieren, doch große nationale Bewegungen könnten sie nicht unterdrücken, weil alle ihre potentiellen Gegner diese Bewegungen unterstützen würden.«[839] Die Gefahr eines großrussischen Nationalismus als Reaktion auf die Unabhängigkeitsbestrebungen der nichtrussischen Völker der Sowjetunion zeichnet sich bereits ab. Er würde den schließlichen Zerfall der Union nur beschleunigen.
Zbigniew Brzezinski kommt zu Recht zu dem Schluß: »Die politischen Ansprüche der Nichtrussen bilden auf lange Sicht die Achillesferse der Sowjetunion. Schon die Existenz dieser nichtrussischen Völker verhindert eine positive Entwicklung der Sowjetunion in Richtung auf ein modernes System ... Die Auflösung des überseeischen britischen bzw. französischen Empire bedeutete weder ein Ende Großbritanniens noch Frankreichs. Doch die Auflösung des territorial geschlossenen Großrussischen Reiches würde Rußland selbst bedrohen, da keine natürlichen Grenzen vorhanden sind. Die Schwierigkeiten, denen die Franzosen in Algerien gegenüberstanden, sind gering im Vergleich zu denen, die ein rein Großrussisches Land an seinen Grenzen zu bestehen hätte.«[840]

Patriotismus oder Nationalismus?

»Beim Festkonzert im Bolschoj-Theater am Abend des 10. Juni 1988, aus Anlaß der Tausendjahrfeier der Christianisierung, gab es im vollbesetzten Haus spontanen, nicht endenwollenden Beifall des Publikums – darunter nicht wenige Nomenklaturisten! –, als unter der Mitwirkung eines Bläserensembles der Kommandantur der Kremlgarde (!) Peter Tschaikowskijs Festouvertüre ›1812‹ aufgeführt wurde, jene wahre russische Nationalhymne, in welcher der russische Volkssieg über Napoleons Armee durch einen Triumph der Zarenhymne über die Marseillaise hörbar wird. Welch ein symbolträchtiger Akt! Das Orchester einer kommunistischen Armee intoniert das Lied der Monarchie: ›Bog sochranij zarja‹ (›Gott rette den Zaren‹). Napoleon, das steht für die russischen Fundamentalisten, für Libertinismus, Atheismus, Materialismus – auch für Marx und Engels. Erster Abglanz einer kopernikanischen Wende im Geistigen?«[841] – soweit der Bericht von Wolfgang Strauß. Mitte Juli 1989 findet im alten Moskauer Donskoi-Kloster ein Gedenkgottesdienst zu Ehren des ermordeten letzten russischen Zaren, Nikolaus II., statt.

Helena Wanin berichtet, was sich am 12. November 1988 während einer Veranstaltung in einem Petersburger Stadion zugetragen hat: »Unter lautem und langanhaltendem Jubel einer etwa 15000 Köpfe zählenden Zuschauermenge wurde die sowjetische Hammer-und-Sichel-Fahne niedergeholt und zum ersten Mal seit siebzig Jahren die nationalrussische weiß-blau-rote Fahne gehißt. Der Hisser der Fahne – einer der bekanntesten Vertreter der wiedererwachenden konservativen Bewegung, Rostislaw Jewdokimow – hielt eine Rede, in der er die Proklamierung der nationalrussischen Fahne zur einzigen offiziellen Fahne Rußlands forderte.«[842]

Beides sind Beispiele eines christlich-konservativen Patriotismus, der nicht mit einem chauvinistischen Nationalismus verwechselt werden darf. In das Vakuum, das durch das Absterben der marxistisch-leninistischen Ideologie entstanden ist, strömt sowohl der christliche Glaube, verbunden meist mit konservativ-patriotischen und teils auch monarchistischen Gedanken ein, andererseits aber auch nationalistische Ideologien, die ebenso wie der Marxismus-Leninismus eine Ersatzreligion darstellen.

Titelblatt der »Russischen Nachrichten«, einer der neuen unabhängigen Samisdat-Zeitschriften, die in der Sowjetunion von sogenannten »nicht-formalen« Gruppen herausgegeben werden. Das Titelblatt jeder Nummer dieser Zeitschrift ist graphisch verschieden gestaltet. Die Abbildung zeigt verkleinert die Nr. 10 von Mai 1988.

Zu den christlichen Konservativen zählen der von Sytschow angeführte Verein »Rossija« und der Kreis um die Zeitschrift »Petersburg«, insbesondere aber auch der Bund Rußländischer Solidaristen (NTS), dem der vorhin erwähnte Petersburger Vorsitzende der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, Rostislaw Jewdokimow, und sein Moskauer Kollege Valerij Senderow angehören. Jewdokimow, Dichter und Wissenschaftler, ist auch Mitglied der unabhängigen Gewerkschaft SMOT.

In die gleiche Richtung gehen auch die von G. Iwanowskij redigierten »Rußländischen Nachrichten«, herausgegeben »in Petersburg und Moskau«. Wladimir Ossipow gibt die in slawophiler Tradition stehende Zeitschrift »Zemlja« heraus. Der Schriftsteller Valentin Rasputin ruft: »Laß uns Ideale suchen, auch unseren Himmel werden wir suchen, nicht nur unsere Erde ... und wenn wir ihn suchen, werden wir ihn auch finden.« Und Jurij Fedin schreibt in einem Leserbrief der Komsomolskaja Prawda Ende 1987: »Lenin haßte Rußland. Bin ich denn verpflichtet, seine Ansichten zu teilen? Die Zarenfamilie wurde hingemetzelt, der Adel vernichtet, das Bürgertum enteignet, die Kirchen wurden zerstört. Und was ist von all dem übrig geblieben? Die wenigen, noch unberührten Kirchen vielleicht?«[843] Daneben stehen das Akademiemitglied, Dimitri Likhatschéw, die Schriftsteller Wassilij Below, Viktor Astafjew und Vladimir Solouchin und andere.

Virulent kann allerdings im Gegensatz zu den christlich-konservativen Monarchisten ein neuer großrussischer Nationalismus werden. Hierzu gehört etwa die Gruppe der »Nationalbolschewiken« mit Jurij Bondarew, Mitglied des Vorstandes der sowjetischen Schriftstellervereinigung, Pjotr Broskurin, Vorsitzender der Kulturstiftung der RSFSR oder Michail Alexejew, Herausgeber der Tageszeitung »Moskwa«. Diese Gruppe unterhält enge Bindungen zur Militärführung der Sowjetunion. Sie stehen neben den Russophilen, die sich aus der Tradition der früheren Slawophilen ableiten.

Unter den nationalistischen Bewegungen ist in letzter Zeit am meisten Pamjat in den Vordergrund getreten; Pamjat ist ein Produkt von Glasnost. Entstanden ist diese nationalistische und antisemitische Bewegung 1979 als informelle Gruppe innerhalb der allrussischen Gesellschaft für die Bewahrung historischer und kultureller Denkmäler. Seit 1986 ist Dimitri Dimitriewitsch Wassiljew Führer

von Pamjat. Bei einer Demonstration am 6. Mai 1987 ist Pamjat erstmals in der Öffentlichkeit aufgefallen. Im Jahr 1988 tritt eine neue Pamjat-Bewegung auf den Plan – offenbar mit dem Segen der sozialistischen Behörden. Widersprüchlich ist bei Pamjat auch, daß sie zwar nach außen hin das Christentum verteidigt, aber gleichzeitig eine totale Unterstützung der KPdSU und ihres ideologischen Programms vertritt.[844]

In Dokumenten der Pamjat werden sogar die Verbrechen Stalins in Anführungszeichen gesetzt, während die Rehabilitierung einiger seiner bekanntesten Opfer wie Bucharin und Tuchatschewskij »tendenziös« genannt wird. Der antisemitische Akzent wird deutlich in dem Satz, Bucharin habe von Trotzki »faschistisch-zionistische Methoden zur Ausrottung russischer Dichter übernommen«. Noch heute seien es »russenfeindliche zionistische Elemente«, die »alle Sünden auf Stalin und auf das russische Volk abwälzen«.[845]

Es scheint offensichtlich zu sein, daß KGB und sowjetische Behörden mit Teilen von Pamjat und dem aufgeputschten großrussischen Nationalismus eine Ersatzstruktur zur Machterhaltung aufbauen für den Fall, daß die Partei und die Nomenklatura völlig versagen und zur Erhaltung der Kontinuität der sowjetischen Macht – ähnlich wie in Polen bei der Einsetzung Jaruzelskis – nicht mehr zu gebrauchen sind.

In der Februarausgabe der in russischer Sprache in Lettland erscheinenden Literaturzeitschrift Daugava beschreibt Olga Dorenskaja einen Besuch von Führern der antisemitischen Pamjat-Bewegung in Riga im Dezember 1986. Sie zitiert Sprecher von Pamjat, die erklärten, Juden und Letten seien schuld an der Ermordung des letzten Zaren 1918, jüdische Ärzte hätten Lenin 1924 vergiftet und der Chef von Stalins Geheimpolizei Lawrentii Berija sei ein »Halbjude« gewesen. Dorenskaja nennt die Pamjat-Sprecher »russische Faschisten« und behauptet, sie hätten ihre Gedanken auch aus den Werken von Nazi-Ideologen wie Hitler, Rosenberg und Goebbels abgeschrieben. Olga Dorenskaja – und nicht nur sie allein – scheint überzeugt zu sein, daß die Leningrader Pamjat-Mitglieder sich der Unterstützung mächtiger Parteigruppen erfreuen.[846]

Angesichts des absterbenden Marxismus-Leninismus gibt es auch Bestrebungen der Verschmelzung des russisch-orthodoxen Glaubens mit nationalistischer Ideologie. Einer der Theoretiker dieser

orthodox-faschistischen Tendenz ist Gennadij Schimanow, eine Ideologie, die zu einer äußerst gefährlichen Kompromittierung des christlichen Glaubens in Rußland führen würde.
Wahrscheinlicher aber ist, daß man versuchen könnte, einen Nationalismus im Sinne der Pamjat-Bewegung als mögliche Auffangstruktur für die zerfallende marxistisch-leninistische Ideologie aufzubereiten. Andrej Sinjawskij schreibt hierzu: »Ausgehend von diesen neuen Strömungen neige ich zu der Überzeugung, daß der russische Nationalismus heute droht, gewalttätig zu werden; er kann sich leicht mit dem reaktionärsten Flügel der sowjetischen Gesellschaft (der Bürokratie, der Armee, dem KGB) verbinden und stellt sich damit nicht gegen den Kommunismus, sondern gegen die Demokratie und den Westen.«[847]
Bereits der Stalinismus war eine besondere Art des Nationalkommunismus, angefangen vom »Sozialismus in einem Lande« bis hin zum »großen vaterländischen Krieg«, in dem Stalin an die nationalistischen Gefühle des russischen Volkes appellierte.
Alexander Janow kommt zu dem Schluß: »Wenn die Perestrojka keinen Erfolg hat, wenn die reformerische nationale Führung die Kontrolle über die Leitung des politischen Wechsels verliert und die imperialen Strukturen zusammenzubrechen beginnen, scheint es die logische Aussicht zu sein, daß die einzige verbleibende mächtige ›Partei der Ordnung‹ – also das russische Militär – die Macht übernehmen wird, genauso wie sie es bereits erfolglos im Jahr 1917 versucht haben. Wie im Jahr 1917 würden die Militärs keine andere Ideologie zu ihrer Verfügung haben, als den russischen Nationalismus, um das Imperium vor dem Zusammenbruch zu bewahren.«[848]

Die Armee: künftiger Ordnungsfaktor?

Es sind im wesentlichen drei Trägerorganisationen, die in der Sowjetunion die Macht ausüben und die Kontinuität der Machtausübung garantieren: die Partei, der KGB und die Armee.
Abgesehen von ihren unterschiedlichen Funktionen sind auch nicht alle drei von gleichem Rang. In dem sozialistischen Staatswesen Sowjetunion ist die Partei gewissermaßen als originärer Machtträger angelegt. Der KGB ist nicht nur der bestinformierte der Machtträ-

ger, sondern versteht sich auch als Elite, als Schild und Schwert der Partei. Die Armee hat gegenüber Partei und Staat eine dienende Funktion, aber durch den von ihr repräsentierten gewaltigen Machtapparat durchaus ein großes Eigengewicht.
Im Idealfall sollen alle drei Machtträger in aufeinander abgestimmter Weise zusammenarbeiten. Dies ist allerdings in einem Staatswesen, das keine Rechtsstaatlichkeit, keine Gewaltenteilung, keine Opposition und keinen institutionalisierten Machtwechsel kennt, zwar der Idealfall, nicht aber der Normalfall. Die drei Machtträger stehen nicht nur mit hilfreicher Hand zusammen, sondern befinden sich auch gewissermaßen wie drei Skorpione gemeinsam in einer Flasche, die eifersüchtig über ihren Einfluß wachen und häufig auch in mitunter wechselnden Zweierallianzen den jeweils Dritten in seinem Einfluß zurückdrängen.
Bei Stalin hatten Partei und Geheimdienst – damals noch GPU bzw. NKWD – den Vorrang, später waren es Armee und Partei. Heute hat eindeutig der KGB die Vorhand und herrscht gegen weite Kreise der Partei, während die Armee etwas abseits in Wartestellung steht.
Angesichts des Absterbens der Ideologie, der Verknöcherung und des hoffnungslosen Zustandes der Partei sowie der Tatsache, daß ein Scheitern der Perestrojka auch die Position des KGB in Mitleidenschaft ziehen dürfte, wächst in diesem Falle der Armee eine zunehmende Machtstellung zu. Dazu kommt, daß die Armee in schweren Krisenfällen derjenige Machtträger ist, der auch mit den wirksamsten Mitteln zur Machterhaltung ausgestattet ist.
Das Offizierskorps der sowjetischen Armee besteht zu etwa 90 % aus Großrussen. Glaubwürdigen Erkenntnissen zufolge ist der Anteil der überzeugten Marxisten-Leninisten außerordentlich gering. In den Reihen des Offizierskorps gibt es Nationalisten und Russophile; ein Großteil sind russische Patrioten; einige sind auch religiös gebunden und pflegen intern bewußt Traditionen aus der Zarenzeit.
Gewiß kann niemand voraussagen, ob der Tag kommt, an dem die sowjetische Armee der wesentliche Machtfaktor im russischen Imperium wird. Gewiß ist nicht völlig auszuschließen, daß Gorbatschow sich auch unter zunehmend schwierigen Bedingungen durchsetzt. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, daß er sich angesichts seines Geschicks, seiner Flexibilität und Intelligenz sowie in Anbetracht des von ihm erworbenen weltweiten Prestiges,

das man gerade in Krisenzeiten nicht gerne wird aufs Spiel setzen wollen, um international glaubwürdig zu bleiben, auch innerhalb einer neuen Machtkonstellation mit einer neuen politischen Linie bereit oder auch gezwungen sein könnte, gewissermaßen sein eigener Nachfolger zu werden – und sei es auch nur in einer Übergangs-Führungsmannschaft.

Dies alles sind freilich Spekulationen; angesichts der Situation der Sowjetunion allerdings legitime und notwendige. In einer sich mehr und mehr zuspitzenden Krise kann keine denkbare Entwicklung und Lösung ausgeschlossen werden. Am wahrscheinlichsten erscheint allerdings, daß die sowjetische Armee als ruhender und mächtigster Pfeiler im Kräftespiel der sowjetischen Führung in den Vordergrund rückt und sich auf das großrussische Nationalgefühl abstützt.

Aber auch im Falle einer Machtübernahme durch die sowjetische Armee gibt es durchaus unterschiedliche Möglichkeiten. Brian Crozier, einer der erfahrensten Analytiker der sowjetischen Politik und langjähriger Leiter des Londoner Instituts für Konfliktforschung, sieht drei denkbare Optionen für eine Machtübernahme durch die Rote Armee:[849]

Die erste Option wäre eine Übernahme der Macht in der Sowjetunion durch die Armee im Auftrag der Partei. Dies wäre das einfachste Vorgehen. Es wäre lediglich erforderlich, daß Gorbatschow wie sein Vorgänger Stalin sich selbst zum Marschall der Sowjetunion und Oberkommandierenden der Armee proklamieren und diese zur inneren Machterhaltung einsetzen würde.

Die zweite Option könnte schon zu größeren Umwälzungen führen. Sie würde eintreten, wenn die Armeeführung aus Sorge um einen ausreichenden Anteil des Staatshaushalts für Verteidigungsausgaben den Entschluß fassen würde, die Macht zu übernehmen und den Staat nach ihren Vorstellungen zu führen. Dies könnte beispielsweise eintreten, wenn es zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten zwischen der Armeeführung einerseits und der gegenwärtigen Staats- und Parteiführung andererseits in der Frage der Abrüstung und Rüstungskontrolle kommen würde.

Die dritte Option könnte die weitere Entwicklung der Sowjetunion und damit auch der Weltpolitik weitgehend unberechenbar machen und zu grundlegenden Umwälzungen innerhalb der Sowjetunion

und auf internationaler Ebene führen: die bonapartistische Machtübernahme durch einen charismatischen militärischen Führer. Obwohl der KGB die Strukturen der Armee einschließlich des militärischen Nachrichtendienstes GRU durchdrungen hat und bespitzelt, ist auch diese dritte Option nicht völlig auszuschließen, insbesondere wenn die innere Entwicklung in der Sowjetunion und auch im Bereich des Warschauer Paktes mehr und mehr aus dem Ruder läuft. Auch ein Übergang von Option Zwei zu Option Drei ist durchaus denkbar. In beiden Fällen wäre es wahrscheinlich, daß die Armeeführung und die dann entstehende Militärjunta sich auf den großrussischen Nationalismus abstützen würde.

Bereits die mangelnde Klarstellung der Verantwortlichkeiten bei Übergriffen gegen Zivilisten etwa im aserbaidschanisch-armenischen Konflikt oder in Georgien, wo Unbeteiligte durch Panzer, Pionierspaten und Giftgas ums Leben gekommen sind, macht die Scheu der Staats- und Parteiführung gegenüber einer Bloßstellung der Armee deutlich.

Das politische Beiseitestehen der Militärs, die psychologischen Folgen der Niederlage von Afghanistan, Abrüstungsvorschläge und Truppenreduzierungen, bei denen sich zumindest Teile der militärischen Führung durch die politische Führung überfahren vorkommt, sowie Perspektiven für eine durchgreifende Verminderung der Armee und nicht zuletzt das Aufflackern der Unabhängigkeitsforderungen der peripheren Nationalitäten sind geeignet, zu einer erhöhten Unzufriedenheit in der Armeeführung beizutragen. Hinzu kommt, daß nach der Pensionierung von Marschällen und Mitgliedern der Generalität durch Gorbatschow die entstandenen vakanten Stellen häufig nicht durch diejenigen neu besetzt worden sind, die eine Anwartschaft darauf zu haben glaubten. Dies alles muß dazu beitragen, daß mehr und mehr hohe Offiziere den Satz von Marschall Ogarkow, »die Geschichte hat uns Wachsamkeit gelehrt!«[850] nicht allein auf die Wahrung der äußeren Sicherheit beziehen. Am 23. Dezember 1988 verlautet aus Moskau, daß fünf stellvertretende Generalstabschefs interne Kritik an den einseitigen Abrüstungsvorschlägen Gorbatschows geübt haben.

Die zunehmenden Unruhen in den unterschiedlichsten Teilen der Sowjetunion, die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung über die immer schlechter werdende Versorgung und die zu erwar-

tende Empörung in der Öffentlichkeit bei der Durchführung der bisher immer wieder hinausgeschobenen Preisreform, bei der eine erhebliche Verteuerung der Grundnahrungsmittel zu erwarten ist, wenn sie überhaupt etwas bewirken soll, haben dazu geführt, daß die sowjetische Führung im Sommer 1988 mit der systematischen Vorbereitung der Verhängung des Ausnahmezustandes begonnen hat. Teile der Bestimmungen wurden im Zusammenhang mit dem neuen Demonstrationsrecht auch veröffentlicht.[851] Im Zusammenhang damit hat das Militär die Befugnis erhalten, etwa in Privathäuser einzudringen und Verdächtige festzunehmen. Der Boden für einen möglichen Machtwechsel in der Sowjetunion scheint bereitet zu sein.

Nicht nur Gorbatschow hat mit seiner Einbindungspolitik eine Falle für den Westen geöffnet; durch die Bewegung, die er in Gang gesetzt hat und die sich zu einer Lawine verstärkt, öffnet sich auch die Falle für das sozialistische System. Nicht zuletzt von der Politik des Westens hängt es ab, auf welcher Seite die Doppelfalle zuerst zuschnappt.

XI.

Die Antwort des Westens

Seit vierzig Jahren liegt die Saat der Demokratie in Osteuropa brach, begraben unter der im kalten Krieg gefrorenen Erde der Tundra ... Aber der leidenschaftliche Wunsch nach Frieden kann nicht ewig verwehrt werden. Die Welt hat lange genug gewartet. Die Zeit ist reif. Europa muß frei und ungeteilt sein ... In meiner Eigenschaft als Präsident werde ich alles in meiner Macht Stehende tun, um die geschlossenen Gesellschaften Osteuropas zu öffnen. Wir streben die Selbstbestimmung für ganz Deutschland und alle Länder Osteuropas an. Wir werden nicht ruhen und uns nicht beirren lassen. Die Welt hat lange genug gewartet ... Es kann kein gemeinsames europäisches Haus geben, wenn sich nicht all seine Bewohner von Raum zu Raum frei bewegen können ... Diese Öffnung hat bereits begonnen. Die Grenze aus Stacheldraht und Minenfeldern zwischen Ungarn und Österreich wird Fuß um Fuß, Meile um Meile beseitigt. Ebenso wie in Ungarn müssen diese Schranken in ganz Osteuropa fallen. Berlin muß die nächste Station sein. An keinem anderen Ort wird die Teilung zwischen Ost und West deutlicher sichtbar als in Berlin. Dort trennt eine brutale Mauer Nachbarn und Brüder. Diese Mauer steht als Monument für das Scheitern des Kommunismus. Sie muß fallen. Glasnost mag ja ein russisches Wort sein. Offenheit jedoch ist ein westliches Konzept – bringt Glasnost nach Ost-Berlin.

George Bush[852]

Der Wettlauf mit der Zeit

»Sieg ohne Krieg« – das ist die Parole, nach der die Sowjetunion ihre weltweite Expansionspolitik betreibt.[853] Gewiß haben sich im Laufe der Jahrzehnte der sowjetischen Herrschaft die Schwergewichte etwas verschoben: Während anfangs es etwas häufiger zum Einsatz der militärischen Drohkulisse kam, standen zur Zeit Breschnews Infiltration, Subversion, Stellvertreterkriege und die Ausnutzung des internationalen Terrorismus mehr im Vordergrund, dagegen übt sich Gorbatschow durch großangelegte Desinformation um eine psychologisch-politische Einbindung des Westens mit dem Ziel, diesen – und hier insbesondere einige europäische Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland – zum wirtschaftlichen Hilfsaggregat für die Unterstützung der Sowjetunion und ihrer Weltmachtpolitik zu machen.

Die sowjetische Falle für den Westen besteht in der Verlockung, »Gorbatschow zu helfen«, den Glauben zu vermitteln, das sowjetische System habe sich grundlegend gewandelt, und der Sowjetunion die Peredyshka – die Atempause – zu gewähren, um mit westlicher Hilfe die wirtschaftliche Grundlage für die Sicherung der Weltmachtstellung der Sowjetunion für die Zukunft zu ermöglichen.

Für Gorbatschow ist dies allerdings ein Wettlauf mit der Zeit. Denn die andere Seite der Falle öffnet sich für Gorbatschow und das sozialistische System: Kann er das System über die gegenwärtige tiefe Krise hinweg in die Zukunft retten, die Forderungen nach politischer Freiheit und Unabhängigkeit der einzelnen Nationalitäten sowie die zentrifugalen Kräfte in den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes überwinden? Wird Gorbatschow mit seiner außenpolitischen Strategie Erfolg haben, ehe das sowjetische Imperium zusammenbricht?

Alain Besançon formuliert dies folgendermaßen: »Und wieder bietet die Außenpolitik einen hoffnungsvollen Ersatz. Das Sowjetregime hat schon öfters in seiner Geschichte am Rande des Zusammenbruchs gestanden; und jedes Mal ist ihm der Westen zu Hilfe gekommen und hat ihm zu einem neuen Aufschwung verholfen. Die sowjetische Außenpolitik zielt heute weitgehend darauf ab, sich jene Mittel zum Überleben zu sichern, die der Westen bisher in Abständen und unverhofft gewährt hat, die er aber in Zukunft viel-

leicht permanent und gleichsam obligatorisch abliefert, wenn man ihn entsprechend überredet. So ist ein Wettlauf im Gange zwischen dem kontinuierlichen und sich verschlimmernden Prozeß des inneren Zerfalls, dessen schwerwiegende Symptome zwar heute noch unsichtbar sind, früher oder später aber aufbrechen müssen, und der bisher erfolgreichen Politik einer Diplomatie nach außen, die vielleicht noch eine lange Gnadenfrist oder nicht gar den schließlichen Triumph verbürgt.«[854]

Der Westen darf also nicht in die von Gorbatschow gestellte Falle seiner Einbindungsstrategie gehen und der Sowjetunion helfen, ihr System zu erhalten oder auch nur das Leben des Systems zu verlängern. Selbst wenn der Zusammenbruch des sozialistischen Systems unmittelbar bevorstehen sollte – die Doppelfalle also auf der anderen Seite im Begriff ist, sich über der Sowjetunion zu schließen –, darf der Westen nicht seine Sicherheit entblößen, um seinerseits nicht gewissermaßen fünf Minuten vor zwölf in die Falle zu gehen: In seinem Buch »So enden die Demokratien« sagt Jean-François Revel unter Berufung auf Milovan Djilas, »der Kommunismus mag eine ›erloschene Kraft‹ sein, manche werden von einem Leichnam sprechen. Doch dieser Leichnam kann uns durchaus mit sich ins Grab reißen.«[855]

Gorbatschow will also westliche Unterstützung bei der Legitimierung seiner Macht, darüber hinaus will er vom Westen insbesondere die Gewährung von Geld und Zeit.

Indessen hat Gorbatschow die Ausdehnung des sowjetischen Sozialismus auf den Rest der Welt als strategisches Ziel nicht aufgegeben. Die sowjetische Hochrüstung ist – trotz aller Abrüstungsversprechungen und einiger spektakulärer einseitiger Abrüstungsmaßnahmen – stärker denn je. Die Aktivitäten des sowjetischen Geheimdienstes KGB in der übrigen Welt, insbesondere zur Beschaffung modernster militärisch nutzbarer Hochtechnologie, waren noch nie so intensiv wie gegenwärtig.

Gorbatschow nutzt die geographische und die soziopolitische Asymmetrie zwischen Ost und West mit Virtuosität aus. Seine psychostrategische Kriegsführung ist auf das Ziel gerichtet, den Westen, insbesondere aber Europa und die Bundesrepublik Deutschland zum Hilfsaggregat für die Fortbestandsgarantie des real existierenden Sozialismus zu machen. Durch gezielte Maßnahmen er-

weckt er den Anschein, daß der sowjetische Druck vom Westen weicht, um diesen einzubinden. Er stellt die Sowjetunion dar, als sei sie ein Land wie jedes andere geworden, um so den Westen besser in seine strategischen Ziele einbinden zu können. In großangelegter Desinformation bemüht er sich, Sympathie, Unterstützung und Hilfe vom Westen zu erlangen, in Form von Krediten, wirtschaftlicher Unterstützung und modernster Technologie.
Durch die Vorspiegelung eines Wegfallens der sowjetischen Bedrohung und das geschickte Ausspielen der Atomgegner versucht er Keile in die Atlantische Allianz zu treiben, Europa von den Vereinigten Staaten und Deutschland von seinen westlichen Nachbarn politisch-psychologisch und militärisch zu trennen. Gleichzeitig versucht er, durch die Propagierung des »gemeinsamen europäischen Hauses« und des »gemeinsamen asiatischen Erbes« den sowjetischen Einfluß vom Herzland des eurasischen Kontinents auf die westlichen und östlichen Randgebiete ganz Eurasiens zu erstrecken. Von den Philippinen bis nach Indien, vom Iran bis zum Mittelmeer und von Angola bis Nicaragua verstärkt er hinter dem Nebel außenpolitischer Konzilianz den militärischen und politischen Einfluß der Sowjetunion.
Hinter dem »neuen Denken« in der sowjetischen Außenpolitik verbirgt sich die alte Härte der traditionellen sowjetischen Strategie. Der langjährige deutsche Botschafter in Moskau, Jörg Kastl, analysiert die sowjetische Deutschlandpolitik anläßlich des Besuches von Bundeskanzler Kohl im Herbst 1988 in Moskau: »Verwundert über Gorbatschows Härte konnte nur sein, der wähnte, das ›neue Denken‹ in der sowjetischen Außenpolitik umfasse auch die Sicherheitsbelange des Kremls. Gorbatschow denkt alt, soweit es die Rücksicht auf die sowjetische Hegemonie über Ost-Mitteleuropa gebietet und die Rücksicht auf die Nomenklatura in Ost-Berlin und Warschau. Er denkt alt, wenn er das ›europäische Haus‹ bauen will und dabei den Deutschen das von ihm feierlich allen anderen Völkern zugestandene Recht auf freie Wahl, über ihr Schicksal souverän selbst zu entscheiden, vorenthält und uns vor gefährlichen Zukunftsträumen warnt. Er denkt alt, wenn er den Hebel in West-Berlin ansetzt, um das Mitspracherecht der UdSSR über die Zukunft für ganz Deutschland deutlich zu machen. Er denkt alt, wenn er auf seiner Forderung nach globaler Beseitigung der nuklearen Abschreckung

beharrt, wenn dieser gescheite Realist angeblich Unverständnis dafür zeigt, daß Kernwaffen nicht mehr aus der Welt gezaubert werden können. Daß er alt denkt, das zeigen sein Stab an ›Germanisty‹, die in Breschnews Diensten ergrauten, und die Wahl seines neuen Parteiberaters für internationale Fragen, Valentin Falin, fürwahr eines blendenden, aber auch herkömmlichen Denkers.«

Botschafter Kastl warnt abschließend, man solle bei der Ausarbeitung eines Grundkonzepts der deutsch-sowjetischen Beziehungen an die Worte Helmut Schmidts denken, die er uns ins Stammbuch geschrieben hat: »Es scheint mir unklug, unsere eigene Politik auf ein tatsächliches Ende des russisch-sowjetischen Expansionismus zu gründen. Jedenfalls wird man auch eine Wiederaufnahme von Breschnews Strategie eines Tages für möglich halten müssen – wenn auch vielleicht mit anderen Mitteln.«[856]

Über Kambodscha, Afghanistan, Angola und Nicaragua wurden zwar Verhandlungen geführt oder auch Vereinbarungen geschlossen, aber für die Menschen in den von sozialistischen Regimen unterdrückten Staaten ist weder Frieden noch Freiheit eingekehrt, und die Gefahr besteht, daß genau wie bei den Abkommen über Indochina 1954, Laos 1962 und Vietnam 1973, die kommunstisiche Seite die Verträge bricht oder die Vertragsbestimmungen unterläuft.

Während die sowjetische Außenpolitik die Falle für den Westen aufgebaut hat, öffnet sich auf der anderen Seite die Falle für Gorbatschow und seine Politik: Das absehbare Scheitern der wirtschaftlichen Perestrojka, das Ausufern von Glasnost, die zunehmende Brisanz der Nationalitätenfrage in der Sowjetunion und die Unruhe im Warschauer Pakt sind nur die wichtigsten Symptome. Es würde einem außenpolitischen Offenbarungseid gleichkommen, wenn Gorbatschow sich etwa gezwungen sehen sollte, Panzer zur Disziplinierung in andere Länder des Warschauer Paktes zu entsenden. Aber eines Tages kann er vor der Wahl stehen, entweder Gewalt in Mittel-Osteuropa anzuwenden oder seine Macht in Moskau zu verlieren.

In beiden Fällen könnte sich die Sicherheitslage für den Westen dramatisch ändern. Für den Westen gilt daher: In den letzten Jahrzehnten war die Sowjetunion militärisch stark, aber politisch weitgehend berechenbar; heute ist sie militärisch noch stärker, aber politisch weitgehend unberechenbar, der Westen muß daher seine Sicherheit voll wahren.

Eine der Gefahren für den Westen ergibt sich auch daraus, daß zwar die Bedrohung sich nicht vermindert hat, wohl aber das Bedrohungsbewußtsein im Westen weitgehend geschwunden ist.
Die Sorge gilt der Unberechenbarkeit und der Instabilität der Sowjetunion. Zu Recht warnen daher viele herausragende Kenner der sowjetischen Politik – von General Galvin über Henry Kissinger bis zu Helmut Schmidt – davor, die westliche Politik allein auf das Vertrauen in die Absichten von Michail Gorbatschow zu gründen. Und manche Beobachter bringen sogar die Sorge zum Ausdruck, der waidwunde sowjetische Bär könne die einzige Stärke, die er habe – die militärische –, ausspielen. So schreibt etwa Edward Luttwak: »Wenn Führer pessimistisch über die langfristige Zukunft ihrer Regime sind und gleichzeitig ein hohes Vertrauen in die Kraft und Fähigkeit ihrer Streitkräfte haben, dann wird alles, was sie wissen und was sie befürchten, zusammenwirken, um sie dazu zu bewegen, ihre militärische Macht zu nutzen, solange sie vermuten können, daß diese noch überlegen ist.«[857]
In der politisch-psychologischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion gilt es für den Westen, die Oberhand zu gewinnen. Es wäre geradezu Selbstmord, wenn der Westen ohne Einschränkungen und ohne gezielte Bedingungen »Gorbatschow helfen« würde, die von ihm so dringend benötigte Peredyshka – die Atempause – möglichst erfolgreich zu nutzen, um danach um so erfolgreicher die Weltrevolution zu vollenden und die ganze Welt in den Sozialismus führen zu können. Nur meinen manche oberflächlichen Beobachter, Gorbatschow sei doch »aufrichtig« und wolle die Sowjetunion wirklich zu »einem Land wie jedes andere« machen. Wer solche Illusionen hegt, dem sei entgegnet, daß selbst in diesem Falle der Westen fest bleiben muß, um den wirtschaftlichen Druck nicht wegzunehmen, der allein zu einer »Liberalisierung« führen könnte.
Es ist allerdings entscheidend, daß der Westen sich immunisiert gegen die großangelegte sowjetische Desinformationspolitik. Hierzu gehören eine umfassende Kenntnis und eine genaue Analyse der sowjetischen politischen Strategie und eine laufende Information der eigenen öffentlichen Meinung hierüber, damit diese sich selbst ein Urteil bilden kann. Hier liegt eine der entscheidenden Unterlassungssünden der westlichen politischen Führungen, die ja als Gewählte von der Haltung und Stimmung ihrer Wähler abhängig sind

und bei unzureichender Information der eigenen Öffentlichkeit mehr und mehr in Abhängigkeit von Wunschdenken, illusorischen Vorstellungen und mangelndem Bedrohungsbewußtsein geraten. Dies ist die entscheidende Achillesferse der offenen westlichen Gesellschaft, und es ist eine der wichtigsten Aufgaben der westlichen politischen Führungen, hier Vorsorge zu treffen. Dabei muß auch jener intellektuelle Snobismus bloßgestellt werden – von dem Françoise Thom zu Recht spricht[858] –, der zu jener »eleganten Unparteilichkeit« führt, die die Grundlage für die Anfälligkeit und den Selbstbetrug durch die Spiegel-Desinformation bildet. Der hierdurch bewirkte Selbstbetrug führt dazu, daß man die oben angeführte Grundregel von Sun Tsu nicht mehr befolgen kann, seinen Gegner zu kennen, sondern unter dem Eindruck der Spiegel-Desinformation die Sowjetunion für ein »Land wie jedes andere« hält und es als solches beurteilt und behandelt.[859]

Es zeugt von geradezu lebensgefährlicher Naivität, wenn aus westlichem Munde und mit staatsmännischer Autorität erklärt wird, die Völker des Westens hätten die Pflicht, sich an dem sowjetischen Versuch einer politischen Neuordnung, der Perestrojka, aktiv zu beteiligen, auch wenn dadurch Moskau seine Weltmachtstellung festige.[860] In den zwanziger Jahren beeilten sich deutsche Investoren, »Lenin zu helfen«; in den dreißiger Jahren bemühten sich amerikanische Großindustrielle, »Stalin zu helfen«. In der Periode des »Tauwetters« bemühten sich viele, »Chruschtschow zu helfen«, und heute beginnt dasselbe mit Gorbatschow. Hier kann man nur Henry A. Kissinger folgen, der mit aller Deutlichkeit sagt: »Der modische Slogan, daß der Westen Gorbatschow helfen sollte: er ist hohl und eine Absage an jede Politik zugleich. Kein sowjetischer Führer ist je ehrenvoll zurückgetreten, noch hat sein Ansehen seinen Tod überlebt. Warum sollten die Staatsmänner des Westens erwarten, daß Gorbatschow sie mit mehr Mitgefühl behandelt als er seine einstigen Kollegen behandelte, denen er seine Position verdankt?«[861]

Und Kissinger sagt weiter: »Gorbatschow ist sicherlich eine bedeutende Figur, eine bemerkenswerte Figur in vielerlei Hinsicht. Doch nichts von dem, was er bis jetzt getan hat, hat er getan, um uns zu helfen. Er hat es getan, weil es notwendig ist, um die sowjetische Wirtschaft zu modernisieren ... Wenn wir jedoch sagen, Frieden lie-

ße sich dadurch erreichen, daß die Sowjetunion stark wird und daß nichts weiter von Belang getan werden muß, so ist das ein Ausweichen vor der Verantwortung ... Wenn man sagt, daß die Umwandlung des sowjetischen Systems automatisch Frieden bringt, so bedeutet das in Wahrheit, daß die Sowjets uns erpressen. Es ist genau umgekehrt: Wenn sich in der Außenpolitik der Sowjetunion signifikante Veränderungen ergeben, und wenn die Sowjetunion ihr Militärkonzept dahingehend ändert, daß es weniger bedrohlich ist, dann könnten wir eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in wesentlich größerem Umfang in Erwägung ziehen.«[862]

An den Überlegungen Kissingers knüpft auch Hansrudolf Kamer in einer außenpolitischen Grundsatzanalyse über die westliche Politik gegenüber Osteuropa in der Neuen Zürcher Zeitung an: »Kissingers grundsätzlicher Rat, man müsse immer auch ein Nichtstun als Alternative ernsthaft erwägen und die Dinge heranreifen lassen, sollte beherzigt werden, auch wenn die Empfehlung gegenwärtig nicht populär ist und für die Bedürfnisse der Tagespolitik wenig Hilfe bietet ... Die Erfahrungen der siebziger Jahre geben Beispiele, wie man es nicht tun sollte. Eine ausgiebige Finanzierung der Reformanstrengungen ohne weitere Bindungen würde gutes Geld schlechtem nachwerfen und die wirklich notwendigen Strukturreformen verzögern. Kredite für den Konsum, um kurzfristig die Regale zu füllen und politische Schwierigkeiten auszubügeln, lösen keine Probleme. Für massive und erfolgversprechende Investitionen fehlen vorerst weitgehend die Voraussetzungen. Lockerungen bei der Kontrolle des Technologietransfers sind eine Angelegenheit ›von Block zu Block‹ und können ebenfalls nicht auf einzelne Oststaaten angewendet werden. Eine verstärkte Technologiezufuhr würde auch kaum den Anreiz für eine Förderung der zivilen auf Kosten der militärischen Wirtschaft erhöhen. Schließlich ist zu fragen, ob politische Konzessionen irgendwelcher Art weiterhelfen ... Ist es sinnvolle Realpolitik, nach all diesen Jahren den abgewirtschafteten Leninisten unter die Arme zu greifen, die entweder gestürzt werden und dann den Westen bloßstellen oder aber ihre Macht retten und konsolidieren können, um gestärkt den ideologischen Kampf wieder aufzunehmen?«[863]

Franz Josef Strauß stimmt den Schlußfolgerungen von Helmut Schmidt in dessen Buch »Menschen und Mächte« zu, wenn er

schreibt: »Folgerichtig zieht der Alt-Bundeskanzler die Schlußfolgerung für die westliche Strategie: ›Es erscheint mir unklug, unsere eigene Politik auf ein tatsächliches Ende des russisch-sowjetischen Expansionismus zu gründen.‹ Schmidt warnt: Die Geschichte der russischen Expansion muß uns vor Augen bleiben. Nur so kann die Illusion vermieden werden, ›die heutige Sowjetunion für einen Wohltäter der Menschheit zu halten.‹ Erstes Ziel der westlichen Politik muß deshalb bleiben, ›die weitere Expansion der Sowjetunion durch gemeinsame Verteidigungsfähigkeit des Westens einzudämmen.‹«[864]

Kurz vor Weihnachten 1988 erklärt Helmut Schmidt in einem Interview anläßlich seines 70. Geburtstags, er sei gar nicht sicher, daß Gorbatschow »heute in zehn Jahren noch das Land regiert«. Er würde »dem Westen nicht empfehlen, einseitig abzurüsten«.[865] Im übrigen – so meint Schmidt kurz zuvor – müsse man im Falle eines Scheiterns Gorbatschows damit rechnen, daß die UdSSR zu einer »aggressiven und expansionistischen Strategie« zurückkehre.[866]

Auch der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe warnt davor, es gebe bei Gorbatschow weiterhin zuviel »altes Denken« und zuwenig Offenheit. Und Margaret Thatcher erklärt, Gorbatschow habe bisher nichts Konkretes getan, um es dem Westen zu erlauben, vor allem in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik auch nur um einen Deut von seiner Position größter Wachsamkeit und Stärke abzurücken.[867]

Mit Sorge zeichnet der Historiker und Leiter des Instituts für Wissenschaft und Politik in Ebenhausen, Michael Stürmer, das zunehmende Abdriften der Deutschen von dem rationalen westlichen Urteil über die sowjetische Entwicklung: »... zur Zeit liegt der wichtigste und zunehmend gefährliche Unterschied in verschiedenen, ja gegensätzlichen Begriffen von Macht, Sicherheit und Interesse in der Welt. Es besteht Aussicht, daß die Deutschen und der Westen in drei entscheidenden Fragen verschiedene Antworten suchen: wohin die Sowjetreformen führen, was nukleare Waffen bedeuten und wie die Atlantische Allianz neu zu verfugen ist. Damit stellt sich früher oder später die Frage der deutschen Bündnisfähigkeit ... Was die neuen Aufbrüche der Sowjetunion anbelangt, so spricht man im Westen neuerdings, mehr beunruhigt als amüsiert, von der Gorbomanie der Deutschen. Daß da ein Leninist die Sowjetmacht durch

eine Revolution von oben befähigen will, im 21. Jahrhundert Weltmacht zu sein, ist aber in Wahrheit kaum ein Anlaß für ungehemmte Vorfreude, sondern eher ein Grund, darüber nachzudenken, wie eine strategische Pause zu nutzen wäre für Stabilität und Berechenbarkeit der Beziehungen, den Ausgleich der gegensätzlichen Interessen und nachhaltige Besserung des Loses der östlichen Nachbarn.«[868] Diese zutreffende Analyse zeigt bereits den Erfolg der sowjetischen Politik der psychologisch-politischen Trennung der Bundesrepublik Deutschland von ihren westlichen Nachbarn und Verbündeten.

Gerade angesichts der sowjetischen außenpolitischen Strategie, dem Westen durch Wegnahme des erkennbaren sowjetischen Drucks zugleich das Bedrohungsgefühl zu nehmen und hierdurch eine Spaltung der Atlantischen Allianz zu erreichen, ist es eine um so dringlichere Aufgabe für den Westen, die sowjetische Politik genau zu analysieren, die Öffentlichkeit über die Bedrohung zu informieren und die notwendigen außen- und verteidigungspolitischen Maßnahmen zu treffen.

Die Wahrung unserer Sicherheit

Während die Vereinigten Staaten eine Weltmacht im umfassenden Sinne des Wortes sind – nicht nur militärisch, sondern auch in Wirtschaft und Technologie, in Wissenschaft, Forschung, Infrastruktur und sozialer Entwicklung – ist die Sowjetunion lediglich eine eindimensionale Weltmacht: Sie ist es lediglich auf militärischem Gebiet, und all ihre Bemühungen sind darauf ausgerichtet, ihre Wirtschaft soweit umzustrukturieren, daß sie dies auch für die Zukunft sicherstellen kann. Ansonsten ist die Sowjetunion wirtschaftlich ein Entwicklungsland: eine Art Bangla-Desh mit Atomraketen. Würde die Sowjetunion ihr Militärpotential drastisch verringern, ihre nukleare und konventionelle Macht auf ein reines Defensivpotential reduzieren und ihre militärische Invasionsfähigkeit aufgeben, so würde sie – im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten – ihre Funktion als Weltmacht verlieren. Gegen eine solche politische Entscheidung wäre in der sowjetischen Führung mit übermächtigen Widerständen zu rechnen. Selbst spektakuläre einseitige Abrü-

stungs- und Reduzierungsvorschläge Moskaus dürften daher stets so geartet sein, daß sie Kosten einsparen, Quantität durch Qualität ersetzen, die notwendige Atempause – Lenins »Peredyshka« – zur Sicherung der wirtschaftlichen Grundlage einer künftigen sowjetischen Weltmachtstellung ermöglichen, aber die eindimensionale militärische Großmachtposition der Sowjetunion erhalten.
Die Sowjetunion wird daher auch in Zukunft alles daran setzen, sich strategische Offensivoptionen mit nur kürzester Vorbereitungszeit selbst bei einseitigen Reduzierungen zu erhalten. Dies schließt nicht aus, daß die Sowjetunion ihre Militärmacht quantitativ reduziert; sie muß es sogar aus wirtschaftlichen Gründen und sie kann es auch tun angesichts ihrer gewaltigen quantitativen Überlegenheit. Daher ist eine sowjetische Umstrukturierung der Landstreitkräfte in beweglichere, effizientere und besser bewaffnete kleinere Verbände zu erwarten: eine quantitative Reduzierung bei qualitativer Modernisierung.
Angesichts der Tatsache, daß die eindimensional militärische sowjetische Weltmacht lediglich diese eine militärische Trumpfkarte in der Hand hat, gilt es für den Westen, das Ausspielen dieser Karte durch die Sowjetunion – den militärischen Einsatz – zu verhindern. Dies bedeutet zugleich eine Politik der Friedenssicherung.
Die Sowjetunion andererseits versucht, ihre militärische Übermacht auch im Falle einer quantitativen Verringerung in Form einer politisch-psychologischen Drohkulisse ins Spiel zu bringen und sie künstlich zu vergrößern, indem sie versucht, unter Ausnutzung der von der öffentlichen Meinung weitgehend abhängigen westlichen Politik durch großangelegte Desinformation und politisch-psychologische Einbindung, durch Vortäuschung des Wegfallens der sowjetischen Bedrohung und verführerische Angebote wie die des »gemeinsamen Hauses Europa« bis hin zur Vorspiegelung deutscher Wiedervereinigungsmöglichkeiten Europa von den Vereinigten Staaten abzukoppeln, die Glaubwürdigkeit der abgestuften nuklearen Abschreckung des Westens zu durchlöchern und hierzu entscheidende Sprossen aus der Leiter der glaubwürdigen Abschreckung herauszubrechen: Beim INF-Abkommen über die Vernichtung der Mittelstreckenraketen ist es ihr gelungen, und in der Frage der Modernisierung der Kurzstreckenraketen hing es bis zur Tagung der Atlantischen Allianz anläßlich des 40. Jubiläums im Mai

1989 lediglich an einem seidenen Faden, daß es ihr dank der Haltung des deutschen Außenministers ebenfalls gelungen wäre, auf diesem Gebiet eine Null-Lösung zu präjudizieren.
Damit wäre die militärische Überlegenheit der Sowjetunion in Europa festgeschrieben, und damit sollte von Moskau aus ein Abgleiten der Bundesrepublik Deutschland in den sowjetischen Machtbereich bewirkt werden. Hier zeigt sich die strategische Kapazität der sowjetischen Außenpolitiker, die – unbeeinflußt von einer öffentlichen Meinung – langfristig denken und handeln und als Schachspieler gewohnt sind, Situationen herbeizuführen, die den Gegner in die Enge treiben. Demgegenüber schielen westliche Politiker nur allzu oft lediglich auf den Tellerrand der nächsten Wahlen.
Angesichts ihrer gewaltigen konventionellen Überlegenheit kann Gorbatschow ohne Gefahr für die sowjetische Invasionsfähigkeit werbewirksam einseitige konventionelle Streitkräfteverringerungen ankündigen, und die Sowjets können darüber hinaus erklären, sie würden ihre Kurzstreckenraketen nicht modernisieren[869], da die Sowjetunion nicht nur ihre eigenen Kurzstreckenraketen bereits modernisiert *hatte*, sondern auch ihre Zwangsverbündeten im Warschauer Pakt bereits mit der neuesten sowjetischen Kurzstreckenrakete des Typs SS-21 ausgerüstet hatte.[870]
Auf dem Schachbrett der Weltpolitik betreibt Gorbatschow eine brillante Strategie, die zu westlicher Selbstentwaffnung führen soll, während sie das sowjetische Potential erhöht und seine politischen Optionen verbessert. Demgegenüber scheinen manche westlichen Politiker den Ernst der Situation und die Hintergründe des gegnerischen Spiels überhaupt nicht zu durchschauen, wie ein Schachspieler, der lediglich gebannt auf den möglichen nächsten Zug blickt, ohne die Strategie des gegnerischen Spiels zu erkennen.
Henry A. Kissinger schreibt hierzu: »Das Problem ist nicht die Herausforderung durch Gorbatschow, sondern die Reaktion des Westens, die jene Möglichkeiten aufs Spiel setzt, welche durch die zeitgleiche Existenz einer inneren Krise in der Sowjetunion und eines realistischen Staatsmannes gegeben sind. Doch selbst ein uneingeschränkt realistischer Staatsmann wird versucht sein, den Weg des geringsten Widerstandes zu wählen. Er wird bestrebt sein, seine Optionen zu vermehren, während er die seiner potentiellen Gegner beschränkt. Diesem Ziel hat Gorbatschow mit seinem spektakulä-

ren Auftritt in New York brillant gedient.« Kissinger fährt fort, der Westen dürfe klare Analysen nicht durch Wunschdenken ersetzen, während Gorbatschow einseitige Truppenverringerungsvorschläge mache, um eine konventionelle Verstärkung der NATO und insbesondere die Modernisierung der Kurzstreckenraketen zu verhindern. Kissinger erklärt weiter: »Doch welches NATO-Land wird aufrüsten oder die Lasten der Vereinigten Staaten mittragen, während Gorbatschow einseitig die seinen verringert? ... Mit reduzierten strategischen Waffen, einer fragwürdigen Modernisierung der Kurzstreckenwaffen und einer verhinderten konventionellen Aufrüstung könnte die NATO am Ende ohne jede militärische Strategie dastehen.«

Schließlich macht Kissinger die Doppelfalle deutlich, die Gorbatschow durch seine politische Strategie aufgerichtet hat: Der Westen und insbesondere die Europäer sollen sich durch Moskau einbinden lassen, um Gorbatschow zu helfen, ehe die Falle auf der sowjetischen Seite zuschnappt, wenn die aus dem Ruder gelaufene Glasnost und die Freiheitsbestrebungen der Völker zwischen Elbe und Wladiwostok den Untergang des marxistisch-leninistischen Systems bewirken. Für den Westen gilt es daher, standhaft zu bleiben und seine Sicherheit zu wahren und nicht fünf Minuten vor zwölf seinen Kopf in die sowjetische Falle zu stecken. Kissinger sagt: »Gorbatschow mag darauf setzen, daß seine Politik die NATO schneller auflösen wird, als dieselbe Politik plus ›Perestrojka‹ den Verbund Osteuropas auflösen wird. Doch wenn er recht hat, wird es eine Krise geben, denn Amerika wird nicht ohne eine Reaktion aus Europa herausgedrängt werden. Und wenn er sich irrt, wird es zu einer klassischen osteuropäischen Explosion der Art kommen, die den Ersten Weltkrieg auslöste.«[871]

Dabei ist die sowjetische Strategie in besonderer Weise auf die Deutschen zugeschnitten. Deutschland hat eine Schlüsselfunktion in der offensiven sowjetischen Strategie, da ein Herausbrechen Deutschlands gleichbedeutend mit der Zerstörung des europäischen Pfeilers der Atlantischen Allianz und damit weitgehend mit der Destabilisierung der Allianz als solcher wäre.

Darum betont der Oberbefehlshaber der NATO, General John R. Galvin: »Die Deutschen sind für die NATO lebensnotwendig. Das ist geographisch, psychologisch und auf andere Weise begründet.

Man kann nicht über die NATO sprechen, ohne die Bedeutung der Bundesrepublik hervorzuheben. Sie ist die zentrale Position der Allianz.« Diese Bedeutung erhöht sich noch angesichts der Unsicherheit über die künftige Entwicklung in der Sowjetunion: »Die Bedrohung enthält heute einen zusätzlichen Aspekt der Unberechenbarkeit, wenn wir danach fragen, wie die weitere Entwicklung in der Sowjetunion verlaufen wird.«[872]

Die Bundesrepublik Deutschland und der Westen insgesamt müssen daher sowjetischen Verlockungen widerstehen und zur Sicherung des Friedens auch langfristig für die Zukunft eine gesicherte Stabilität in Europa garantieren. Denn die geopolitische Herausforderung durch Moskau wird nach menschlichem Ermessen auch für die Zukunft bestehen bleiben. Der langjährige Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Lothar Rühl, betont: »Die Funktion der militärischen Verteidigung wird für die Staaten Europas auch im 21. Jahrhundert nicht erlöschen, und die Sicherheit Europas wird im Westen wie im Osten auf die Fähigkeit zur Verteidigung mit Streitkräften gegründet sein. Kein europäischer Staat von einiger Bedeutung wird freiwillig auf diese Fähigkeit im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems oder eines Bündnisses verzichten.« Selbst wenn sich die Sowjetunion im optimalen Fall zu einer freiheitlichen Demokratie wandeln sollte, würde sie »noch immer eine militärische Großmacht sein und mit ihrem Gewicht auf Europa lasten, wie Rußland in der Vergangenheit die Bedingungen der Sicherheit Europas zu einem großen Teil bestimmt ... Es wird also kein Millennium des waffenlosen Friedens, keine goldene Zeit der allgemeinen Abrüstung in einem Zustand gesicherter Friedfertigkeit in Europa über dem Horizont der Jahrtausendwende aufziehen.«

Die militärisch organisierte Allianz zwischen Nordamerika und Westeuropa »bleibt Grundlage der Sicherheit in Europa, unabhängig davon, wo die Sowjetarmee in Europa steht, ob die Sowjetunion den Warschauer Pakt erhält oder auflöst und welche Sicherheitsbedingungen zwischen Ost und West oder allgemein in Europa vereinbart werden können. Die europäische Geographie und die geopolitische Situation Rußlands machen dies notwendig, selbst wenn nicht ideelle, politische und ökonomische Gründe die Erhaltung der Atlantischen Allianz ohnehin erzwingen würden ... Die Verände-

rungen in der Sowjetunion und in Osteuropa verändern nicht die fundamentalen geopolitisch-strategischen Sicherheitsbedingungen in Osteuropa – auch nicht in der optimistischen Hypothese einer Wesensverwandtschaft des russischen Kommunismus und des Sowjetstaates ... Verzichten wird die Sowjetunion auf ihre Militärmacht auch nicht, denn diese ist das Fundament und hauptsächliche Qualität der sowjetischen Großmachtstellung.«

Lothar Rühl betont daher, daß das politisch integrierte Westeuropa unabweisbar der militärischen Komponente bedürfe, um die Stabilität Europas zu sichern. »Auf solche Stabilität ist gerade der europäische Osten in dem Zustand der Veränderung angewiesen, die ihn – ausgehend von Rußland, aber auch von Polen und Ungarn und dem von der Sowjetmacht beherrschten Teil Deutschlands – erfaßt hat. Hier findet kein Wandel durch Annäherung von beiden Seiten aus statt, sondern der Zerfall einer völker- und menschenfeindlichen Zwangsordnung, die mit Gewalt begründet und lange Jahrzehnte mit Gewalt erhalten wurde. Diese fundamentale Veränderung, die revolutionären Charakter annehmen könnte, ergreift das sowjetrussische Imperium in Asien wie in Europa und setzt die sowjetrussische Hegemonialmacht existentiellen Herausforderungen aus, die sich an den unruhigen nichtrussischen Rändern des Reiches schon sichtbar regen, auch wenn sie noch für einige Zeit durch zentrale Staatsmacht mit Hilfe militärischer Gewalt beherrscht werden können. Doch diese Veränderung muß nicht kontrolliert oder reguliert verlaufen. Sie kann Europa schweren Belastungen seiner Stabilität in einer europäischen Krise unterwerfen, die den prekären Balancezustand und die mühsam angelegte Sicherheitskonstruktion von Helsinki erschüttern, ja zerbrechen könnte.« Das freie Deutschland muß daher seinen sicheren Platz in der Gemeinschaft der westlichen Nachbarn und dem Bündnis mit Nordamerika bewahren. »Deutschland kann in seinem Zustand der Teilung zu dieser Stabilität nur beitragen, wenn es nicht zu einem terrain vague Europas wird, auf dem die Dynamik rapider Veränderungen einen unkontrollierten politischen Aggregatszustand herbeiführen würde ... Das Problem des europäischen Ungleichgewichts zwischen Ost und West mit einem Machtgefälle der militärischen Kräfte ist ohne die amerikanische Präsenz in Deutschland und ohne die gesicherte militärische Verteidigungsfähigkeit im Bündnis nicht lösbar.

Für beides und als Element der Stabilität der europäischen Sicherheit ist die Bundeswehr unersetzlich und sie wird es auch noch lange Zeit bleiben.«[873]

Aus diesen Gründen warnt auch der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt vor einseitigen Abrüstungsschritten des Westens. Die Gefahr eines Scheiterns der sowjetischen Reformpolitik sei ebenso groß wie die Chance eines Erfolges von Gorbatschow. Man müsse damit rechnen, daß Moskau bei einem Mißerfolg der Reform wieder eine »aggressive und expansionistische Strategie« verfolgen werde.[874]

Das gerade von der deutschen Bundesregierung lange Zeit geforderte »NATO-Gesamtkonzept« muß daher langfristig ausgerichtet sein. Angesichts der sowjetischen Ausnutzung der gesellschaftlich-politischen Asymmetrie zwischen Ost und West und das dadurch bedingte Einwirken auf die öffentliche Meinung im Westen ist es erforderlich, daß die freie Welt ihre eigene öffentliche Meinung verstärkt und auf den objektiven Bedrohungszustand aufmerksam macht. Die Bevölkerung der westlichen Staaten nimmt die militärische Übermacht des Ostens nicht mehr als Bedrohung wahr. Dadurch sinkt die Bereitschaft, die Lasten der Verteidigung zu tragen.

Darüber hinaus muß angesichts des Erfolges der Atlantischen Allianz, über vierzig Jahre lang die längste Periode des Friedens in Europa gesichert zu haben, die friedenssichernde Macht der Atomwaffen deutlich gemacht werden. Diese friedenssichernde politische Funktion der Nuklearwaffen liegt gerade in ihrem Nichteinsatz, der solange als gesichert gelten kann, solange ihr Einsatz glaubwürdig wäre.

Der Satz »je kürzer die Reichweite, desto toter die Deutschen« ist daher ebenso töricht wie falsch, da die Waffen ja erstens nicht zum Einsatz kommen sollen und die Deutschen zweitens ebensogut vom Mittelstreckeneinsatz sowjetischer SS-24 oder SS-25 sowie von sowjetischen Langstreckenraketen aus dem hintersten Teil Sibiriens oder von U-Booten aus getroffen werden können.

Würde eine Modernisierung der Kurzstreckenraketen und die Einführung von Luft-Boden-Abstandswaffen im Westen unterbleiben, so würde die Glaubwürdigkeit der Abschreckung entscheidend geschwächt und ein Krieg in Europa daher wieder führbar werden.

Eine Erhaltung der glaubwürdigen nuklearen Abschreckung in Eu-

ropa ist auch erforderlich – und daher muß eine Null-Lösung ausgeschlossen werden! –, wenn die Sowjetunion zu einer so starken konventionellen Abrüstung bereit wäre, daß es etwa gemeinsame Obergrenzen zwischen Ost und West auf konventionellem Gebiet geben würde. Ein atomwaffenfreies Europa mit etwaigem konventionellem Gleichgewicht würde nämlich genau die Situation herbeiführen, in der der Erste und der Zweite Weltkrieg ausgebrochen sind. Das Ziel der westlichen Politik muß aber sein, nicht nur einen Nuklearkrieg, sondern *jeden* Krieg in Europa zu verhindern. Dies ist nur bei Erhaltung der nuklearen glaubwürdigen Abschreckung möglich.

Es gilt daher, wie der Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Wellershoff, betont, ein »lückenloses Spektrum von Reaktions- und Eskalationsoptionen« zur Abschreckung aufrecht zu erhalten. Daher müsse die durch die Verschrottung der Mittelstreckenraketen entstandene Lücke »durch Rückgriff auf andere nukleare Waffen« geschlossen werden.[875]

Zu Recht hat daher bei Experten in Europa das Mittelstreckenabkommen von Präsident Reagan mit der Sowjetunion Sorge hervorgerufen, und der Bericht amerikanischer strategischer Denker unter Leitung des langjährigen Staatssekretärs im Pentagon, Fred Iklé[876], hat zu transatlantischen strategischen Diskussionen geführt, die nur dann fruchtbar sind, wenn die Europäer nicht in provinzieller Weise lediglich auf die militärische Bedrohung in Mitteleuropa starren, sondern die globale sowjetische Herausforderung – in Mittelamerika ebenso wie im südlichen Afrika oder im Persischen Golf – erkennen, und wenn die Amerikaner andererseits die Konsequenz aus der sowjetischen Abkoppelungsstrategie ziehen und alles unternehmen, um die Einheit der Sicherheit des Bündnisgebietes und die lükkenlose Eskalationsfähigkeit zu wahren.

Angesichts des Wegfalls bodengestützter Mittelstreckenraketen durch das INF-Abkommen sollte daher die lückenlose Eskalationsfähigkeit zur Erhaltung der glaubwürdigen flexiblen Antwort folgende Stufen haben:

- nuklearfähige Artillerie, die in Ost-Westverhandlungen auf einen erheblich geringeren Stand gebracht werden kann;
- bodengestützte Nachfolgesysteme von knapp 500 Kilometer Reichweite für die gegenwärtig veralteten Lance-Raketen. Auch

hier können nach einem Abbau des sowjetischen konventionellen Übergewichts Verhandlungen über gleiche Obergrenzen beginnen, um den sowjetischen Überhang von 1600 zu 88 abzubauen;
- doppelt verwendbare Flugzeuge und luftgestützte Abstandsflugkörper (TASM);
- Teile des strategischen seegestützten Potentials zur weiteren Ankoppelung nach oben.

Darüber hinaus muß die militärische Präsenz amerikanischer Truppen – und auch dies ist nur unter der Voraussetzung des glaubwürdigen nuklearen Schutzes denkbar – in Europa verbleiben.

Es versteht sich von selbst, daß die Einrichtung sogenannter nuklearwaffenfreier Zonen ebenso töricht ist wie die Einrichtung sogenannter chemiewaffenfreier Zonen. So eine populistische Bauernfängerei ist ein typisches Instrument Moskauer Verführungskünste der westlichen veröffentlichten und öffentlichen Meinung. Es kommt ja nicht darauf an, wo Waffen *stationiert* sind, sondern welchen Raum sie *bedrohen* können. Auch Hiroshima und Nagasaki waren »atomwaffenfreie Zonen« und trotzdem vor einem Nuklearwaffeneinsatz nicht gefeit.

Innerhalb der Atlantischen Allianz sollte das sich einigende freie Europa auch eine stärkere sicherheitspolitische Komponente erhalten. Die Westeuropäische Union (WEU) bietet hierzu einen Ansatzpunkt für die in der NATO vereinten europäischen Staaten. Auch eine nähere Koordination der französischen und britischen nuklearen Entwicklungen läge im europäischen Interesse, einschließlich des Aufbaus einer europäischen nuklearen Planungsgruppe oder eines europäischen Sicherheitsrates, der auch weitergehende Funktionen wie die der Überwachung des europäischen Technologietransfers an nicht der NATO angehörige Staaten als Aufgabe erhalten könnte.

Schließlich sollten die Vereinigten Staaten – mit weitgehender europäischer Unterstützung – weiterhin an der Entwicklung eines strategischen Verteidigungsschirmes für den Westen (SDI) arbeiten. Nicht zuletzt die Initiative Präsident Reagans auf diesem Gebiet, auf dem die Sowjetunion bereits seit den sechziger Jahren Forschung und Entwicklung betreibt, war entscheidend mit ausschlaggebend für Gorbatschow, seinen Versuch der Perestrojka überhaupt zu beginnen, um wirtschaftlich aufzuholen und aus Furcht,

daß durch einen Erfolg von SDI die Sowjetunion das einzige Attribut ihrer eindimensionalen Weltmachtsfunktion verliert, nämlich die militärische Angriffsfähigkeit.
Das wichtigste allerdings ist, daß der Westen sich nicht allzu sehr lediglich auf Waffen oder auf Abrüstung konzentriert und nicht müde wird, seiner eigenen Öffentlichkeit gegenüber immer wieder den berühmten Satz von Salvador de Madriaga zu wiederholen: Die Nationen mißtrauen einander nicht, weil sie gerüstet sind, sondern sie rüsten, weil sie einander mißtrauen. Zu glauben, man könne durch Abrüstungsmaßnahmen Entspannung herbeiführen, wäre genauso, wie wenn man den Menschen sagen würde, geht nackt auf die Straße, damit der Winter aufhört.
Es geht also darum, der Öffentlichkeit die richtige Folge von Ursache und Wirkung deutlich zu machen. Nicht weil Rüstungen bestehen, gibt es Spannungen in Europa, sondern weil die Sowjetunion nach wie vor Menschenrechte und insbesondere das Selbstbestimmungsrecht in ihrem Herrschaftsbereich den Völkern und Menschen verweigert.
Hauptanliegen des Westens müssen daher nicht die Behandlung von Abrüstungsvorschlägen sein, sondern die immer wiederholte Forderung, endlich die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren, freie Wahlen zuzulassen, die Grundrechte zu garantieren und insbesondere die Mauer in Berlin und den Stacheldraht, der mitten in Europa Ost und West trennt, zu beseitigen. Hier müssen wir eine nicht ermüdende offensive Politik betreiben. Insbesondere darf der Westen nicht so tun, als ob die Teilung Europas und Deutschlands für ewige Zeiten so bleiben werde, genauso wie die kommunistische Herrschaft östlich des Eisernen Vorhangs nicht auf ewige Zeiten bleiben wird. Sie wird um so eher fallen, je deutlicher und unmißverständlicher wir dies fordern.
Bei den KSZE-Nachfolgeverhandlungen in Wien und anderswo wird zwar lange und zäh um Einzelheiten gerungen. Dies ist gewiß wichtig und richtig. Entscheidend aber ist, daß nicht nur der Korb 3 mit den Menschenrechtsfragen, nicht nur das Prinzip VII über Menschenrechte betont wird, sondern insbesondere auch das Prinzip VIII, das fast vergessen scheint und zu dem es in der KSZE-Schlußakte von Helsinki vom 1. August 1975 heißt: »Die Teilnehmerstaaten werden die Gleichberechtigung der Völker und ihr

Selbstbestimmungsrecht achten ... Kraft des Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker haben alle Völker jederzeit das Recht, in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen.«
Der Westen und insbesondere die Westeuropäer dürfen nicht stets wie das Kaninchen zur Schlange nach Moskau aufblicken und in Furcht bis hin zur Selbstfinnlandisierung erzittern, sondern sich ihrer Stärke im Verbund der Atlantischen Allianz bewußt sein, um in offensiver politischer Strategie eine freiheitliche Friedensordnung für ganz Europa zu erreichen.

Eine globale Antwort auf die globale sowjetische Herausforderung

Die globale Herausforderung bedarf auch einer globalen westlichen Antwort. Europa ist zwar das hauptumworbene Ziel der sowjetischen globalen Strategie, da sein Herüberziehen in das sowjetische Lager die Weltmachtverhältnisse gegenüber den Vereinigten Staaten für die Sowjetunion grundlegend verändern würde; Hauptgegner im weltpolitischen Schachspiel ist für Moskau jedoch Washington. Insofern ist die sowjetische Europa- wie auch Asien-, Afrika- oder Mittelamerikapolitik immer auch Funktion der sowjetischen Amerikapolitik. Da Gorbatschow bei seiner Offensive des Lächelns und der Einbindung sich bemüht und auch bemühen muß, vor der Weltöffentlichkeit nicht mehr als die Macht zu erscheinen, die Revolutionsexport betreibt, in anderen Ländern Streiks anzettelt, Subversion und Infiltration vorantreibt, Stellvertreterkriege führt und den internationalen Terrorismus für ihre Ziele ausnutzt und anleitet, ist es ein legitimes Mittel der amerikanischen und westlichen politischen Abwehrstrategie, ihrerseits die Sowjetunion auf all diesen Gebieten einzubinden zu versuchen: durch Gespräche, Abmachungen und Kontrollorgane über regionale Konflikte bis zum Waffenexport, über Terrorismusbekämpfung bis zum Drogenhandel die Ellbogenfreiheit der Sowjetunion für die politische Kriegführung

unterhalb der militärischen Ebene soweit wie möglich zu begrenzen. Dasselbe gilt in positiver Weise durch die Ausübung westlichen Drucks auf die Sowjetunion zur Verwirklichung der KSZE-Schlußakte, zur Durchsetzung der Menschenrechte, zur Erwirkung von Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen, bei der Sicherung wirksamer Kontrollen auf dem Gebiete der Abrüstung sowie bei den vertrauensbildenden Maßnahmen. Alle diese Schritte dienen im übrigen nicht nur der Einbindung der Sowjetunion, sondern effektivem Konfliktabbau und tatsächlicher Friedenssicherung.

Angesichts der weltweiten sowjetischen Strategie und der Bestrebungen Moskaus, langfristig seinen Einfluß nicht nur auf das »gemeinsame europäische Haus«, sondern unter Berufung auf das »gemeinsame asiatische Erbe« auch nach Ostasien auszudehnen, liegt es im amerikanischen Interesse, ebenso wie die atlantische auch die pazifische Gegenküste nicht unter sowjetische Vorherrschaft geraten zu lassen. Zbigniew Brzezinski kommt zu dem Schluß: »Das bedeutet, daß die Vereinigten Staaten ihre lebenswichtigen Interessen im Fernen Osten nicht durch eine nur küstennahe Strategie wahren können, sondern sie müssen auch die Sicherheit auf dem Festland und dabei vor allem China und Thailand mit einbeziehen. Ein unabhängiges und sicheres China verringert die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Konfliktes auf der koreanischen Halbinsel und erhöht die Sicherheit Japans. Ebenso erhöht ein sicheres Thailand die Sicherheit aller in der Vereinigung südostasiatischer Staaten (ASEAN) miteinander verbundenen Länder, deren politische und wirtschaftliche Lebenskraft einer internationalen Stabilität eindeutig nützt. Die amerikanische Sicherheitspolitik muß deshalb allen Beteiligten vermitteln, daß die Vereinigten Staaten ihre eigenen Interessen durch jede feindselige Maßnahme bedroht sähen, die die Sicherheit dieser beiden asiatischen Festlandstaaten gefährdete.«[877] Zur Sicherung des Friedens und des Gleichgewichts im ostasiatischen Raum sollte die Politik Pekings gegenüber Moskau auf der gemeinsamen Überzeugung mit Washington beruhen, daß eine offensive sowjetische Politik in Ostasien gleichermaßen China wie die Vereinigten Staaten bedroht.

Japan dürfte in der ostasiatischen Region in Zukunft in seinem eigenen, im regionalen wie im weltpolitischen Interesse eine seinem

wirtschaftlichen und technologischen Gewicht angemessene stärkere politische und militärische Rolle spielen. Auch die Europäer sollten Japan künftig nicht nur als Wirtschaftspartner und Konkurrenten, sondern zunehmend auch als politischen Partner begreifen.
Politisches und diplomatisches Geschick der Vereinigten Staaten dürfte es erfordern, die Stabilität Südkoreas zu erhalten und diejenige der Philippinen für die Zukunft wiederherzustellen und zu sichern.
In Südostasien geht es darum, die Virulenz der sowjetischen militärischen und politischen Präsenz in Vietnam einzudämmen.
Gegenüber der zunehmend im sowjetischen Fahrwasser aufstrebenden regionalen Militärmacht Indien gilt es, die Integrität und Stabilität Pakistans zu garantieren. Der Indische Ozean darf im Interesse der freien Welt weder direkt noch indirekt ein sowjetisches mare nostrum werden.
Auch nach dem Tod Khomeinis wird die Sowjetunion weiterhin darauf hinwirken, ihren Einfluß im Iran zu verstärken. Die Länder der freien Welt sollten ebenso zusammenwirken bei der Aufgabe, hier ein Gegengewicht zu bilden, wie bei der Sicherung der freien Schiffahrt im Persischen Golf.
Es war das große Verdienst Henry Kissingers, die Sowjetunion aus den Bemühungen um eine Beilegung des Nahost-Konfliktes zwischen Israel und den arabischen Staaten herauszuhalten. Dies sollte wieder angestrebt werden, zumal die Sowjetunion nicht an einer Beilegung des Konflikts interessiert ist, sondern diesen als Hebel gegen den Westen und insbesondere gegen die Vereinigten Staaten zu nutzen sucht.
Mit unterschiedlichem Erfolg hat das amerikanische State Departement sich um eine vordergründige Beilegung der drei Krisenherde in Afghanistan, in Angola/Südwestafrika-Namibia und in Nicaragua bemüht. Gemeinsames Ergebnis dieser Bemühungen in allen drei Regionen ist es, daß die offenen militärischen Auseinandersetzungen zwar reduziert worden sind, während sowohl in Afghanistan, wie in Angola und in Nicaragua, die moskauhörigen kommunistischen Regime jedoch an der Macht geblieben sind und sogar hoffen, ihre Macht längerfristig stabilisieren zu können. Wenn dies der Erfolg der Bemühungen ist, so dient eine solche vordergründige scheinbare Konfliktbeilegung zwar vielleicht dem kurzfristigen

Ruhm der beteiligten Diplomaten, nicht aber dem Frieden und der Stabilität in der Welt und am allerwenigsten der betroffenen Bevölkerung.

Im Sinne der einstimmig vom amerikanischen Senat am 29. Februar 1988 angenommenen Resolution sollten die Vereinigten Staaten – gefolgt von anderen Ländern der freien Welt – den Mudschahedin in Afghanistan verstärkt Unterstützung gewähren, um baldmöglichst einen wirklichen Frieden in dem vom sowjetischen Imperialismus so schwer geprüften Land herbeizuführen.

Auch die Unterstützung an die UNITA, die angolanische Befreiungsbewegung unter Leitung von Dr. Savimbi, sollte fortgeführt werden – wie Präsident Bush dies in einem Schreiben an Dr. Savimbi im Zusammenhang mit der Namibia-Regelung zugesagt hat –, mit dem Ziel der Sicherung einer friedlichen und freiheitlichen Zukunft Angolas.

Was Südafrika betrifft, so sollte der Westen die reformwilligen Kräfte unterstützen, um eine baldige Beendigung der Rassendiskriminierung herbeizuführen, sollte sich aber nicht vor den sowjetischen Karren spannen lassen, indem er von Moskau abhängige terroristische kommunistische Organisationen wie den ANC unterstützt. Auch eine Isolierung Südafrikas – etwa durch Sanktionen – wäre eine Gefährdung westlicher Interessen.

In Mittelamerika müssen die Vereinigten Staaten mit europäischer Unterstützung verhindern, daß die Funken der sowjetischen Subversion auf Mexiko übergreifen. Mit Nachdruck erklärt Zbigniew Brzezinski hier: »Die Vereinigten Staaten müssen alles daran setzen, auch, falls nötig, unter Anwendung von Gewalt, um Nicaraguas äußere Neutralität und innere Selbstbestimmung zu erreichen. Und sie müssen auch bereit sein, bei den ersten Anzeichen einer militärischen Beteiligung der Sowjetunion oder Kubas an der Unterdrükkung der anti-sandinistischen Opposition in Nicaragua eigene militärische Macht anzuwenden.«[878] Auch die Wahrung der amerikanischen Sicherheitsinteressen am Panama-Kanal liegt ebenfalls im europäischen Interesse.

Ein Haus der Freiheit für alle Europäer

Das freie Europa muß seine Einigung einschließlich einer sicherheitspolitischen Komponente vorantreiben und die Bindungen an die Vereinigten Staaten weiter wahren und stärken.
Europa ist das Hauptangriffsziel der Sowjetunion. Es ist wirtschaftlich stark, aber politisch schwach und darüber hinaus der entscheidende Faktor in der Welt, der bei einem Herüberziehen in das sowjetische Lager diesem Übergewicht und Vorherrschaft gegenüber den Vereinigten Staaten sichern würde.
Der Leiter des Schweizerischen Ostinstituts, Peter Sager, kommt in seiner umfassenden Analyse über die sowjetische Außenpolitik unter Gorbatschow zu dem Schluß, daß die westeuropäische Angst vor einer militärischen Angriffsdrohung Moskaus unbegründet sei. »Keineswegs unbegründet ist dagegen die Sorge vor einer Übernahme Westeuropas durch Moskau. Davor vermag nur ein politischer Verteidigungskrieg zu schützen, in dessen Rahmen der Erhaltung des militärischen Rüstungsgleichgewichtes und einer besseren außenpolitischen Koordination innerhalb der atlantischen Partnerschaft Priorität zukommt ... Wenn sich Westeuropa nicht zu einer Konvergenz mit Nordamerika bereitfindet, werden künftig Lösungen von Krisen im zweiten Kreis der sowjetischen Außenpolitik vorwiegend im Versuch bestehen, Westeuropa einen möglichst langsamen und unmerklichen Weg unter die Sowjetherrschaft enden zu lassen.«[879]
Der von Gorbatschow wieder aufgewärmten, alten sowjetischen Formel vom »gemeinsamen Haus Europa« sollten die Westeuropäer daher mit äußerster Zurückhaltung begegnen, solange dies nicht ein Haus der Freiheit ist. Ebenso wie allen anderen sowjetischen »gesamteuropäischen« Lockungen bis hin zu dem vordergründigen sowjetischen Versuch, durch eine »gesamteuropäische Mehrparteien-Konferenz« westeuropäische Parteien vor den politischen Karren Moskaus zu spannen.
Michael Stürmer erinnert daran: »Die Metapher vom Dach über dem europäischen Haus darf nicht vergessen machen, daß solche Dächer aus dem Stoff der Werte, Leitideen und Interessen gemacht werden und daß alles dies Westeuropa mit Nordamerika verbindet und vom Sowjetimperium trennt. Die Sprachfigur des ›europäi-

schen Hauses‹ hat nichts für sich außer der Geographie und unklaren Gefühlen.«[880]

In Wirklichkeit wird das gemeinsame europäische Haus durch eine Trennmauer mit Stacheldraht unterteilt, die von einem sowjetischen Hausmeister mit der Kalaschnikow in der Hand bewacht wird. Demgegenüber sind das freie Europa und die Vereinigten Staaten durch gemeinsame Werte der Grundrechte, der Freiheit, der freiheitlichen Wirtschaft und der gemeinsamen Sicherheit verbunden; die Atlantische Allianz ist viel mehr als ein Verteidigungsbündnis, eine Wertegemeinschaft, in der sowohl Westeuropa auf Amerika angewiesen ist, um das Übergewicht der Sowjetunion in Europa auszugleichen, in der aber ebenfalls die Vereinigten Staaten das freie Europa brauchen, um ein Übergewicht der Weltmacht Sowjetunion zu verhindern. Dies wird nicht nur von europäischer, sondern auch von amerikanischer Seite so gesehen.[881] Beide Partner stehen allerdings mitunter vor der Notwendigkeit, aus innenpolitischen Gründen am jeweiligen anderen Partner begangene Fehler außenpolitisch wieder gutzumachen und gegenseitig um Verständnis für die eigenen Interessen zu werben, nicht zuletzt, um der sowjetischen Abkoppelungsstrategie entgegenzuwirken.

Es liegt im Interesse der europäischen Politik, auf den Wert der Allianz mit den Vereinigten Staaten und die Notwendigkeit deren physischer Präsenz in Europa hinzuweisen. Es liegt ebenfalls im Interesse der Europäer, eine stärkere Eigenständigkeit innerhalb der Sicherheitspolitik der Atlantischen Allianz zu erreichen und eine dynamischere Politik der Überwindung der unnatürlichen europäischen Teilung zu betreiben, die durch die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts und der Menschenrechte seitens der Sowjetunion im östlichen Teil Europas begründet ist.

Mit der Politik der Einigung des freien Europa haben die Väter dieser Politik – Konrad Adenauer, Robert Schuman und Alcide de Gasperi – eine neue Dimension der Politik begründet: Nicht Verschiebung oder Festschreibung trennender Grenzen in Europa, sondern die politische Abwertung trennender Grenzen bis zur Bedeutungslosigkeit und die Sicherung von Freiheit und Freizügigkeit für Menschen und Meinungen, für Kapital und Arbeit, für soziale Sicherheit und Berufsausübung. Dies ist der einzige wirkliche Weg, um ein gemeinsames europäisches Haus zu schaffen. Das sich einigende

Westeuropa ist dadurch zugleich zum Modell einer freiheitlichen europäischen Ordnung auch für die geknechteten Menschen hinter dem Eisernen Vorhang geworden. Insofern war in den sechziger und siebziger Jahren die beste und wirksamste Ostpolitik langfristig eine gute europäische Einigungspolitik derjenigen Staaten, die mitzuwirken bereit und in der Lage waren.

Die Auswirkungen auf Osteuropa sind in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre für jedermann deutlich sichtbar geworden und haben die Richtigkeit dieser Politik bestätigt. Angesichts der planwirtschaftlichen Misere auf dem Abstellgleis des Sozialismus gewinnt das freiheitliche Modell der europäischen Einigung eine derartige Anziehungskraft, daß die Repräsentanten der kommunistischen Regime Osteuropas sich geradezu auf einen Wettlauf nach Brüssel begeben, um zu versuchen, an den Segnungen der europäischen Integration teilhaben zu können. Die unterdrückten Menschen und Völker innerhalb des »cordon stalinaire« haben – so scheint es – ihre Entscheidung allerdings schon längst getroffen: lieber heute als morgen würden sie den Zwangsverband des Warschauer Paktes und des Comecon – des »Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe«, der in Wirklichkeit ein sowjetisches Ausbeutungsinstrument ist – verlassen, um sich dem freiheitlichen europäischen Haus anzuschließen. Nicht zuletzt das ist der Grund, warum sich – wie Brzezinski und viele andere Beobachter und Kenner Osteuropas meinen – Polen und Ungarn, Tschechen und Slowaken, aber auch Mitteldeutsche, Rumänen, Slowenen und Kroaten, Letten, Esten und Litauer in einem vorrevolutionären Zustand befinden, vergleichbar mit dem Vormärz von 1848.

Zu Recht fordert daher Henry A. Kissinger ein westliches Konzept für eine europäische Friedensordnung. Er meint, der Westen sollte »insbesondere die Herausforderung eines ›europäischen Hauses‹ mutig annehmen, diesen Begriff jedoch in einem Konzept neu definieren, das eine neue und sichere Zukunft für Europa und die Welt schafft.[882]

In diese Richtung zielende Vorschläge wären ein Beitrag zur Überwindung der Teilung Europas und Deutschlands und zugleich eine Nagelprobe für die Ernsthaftigkeit sowjetischer Auflockerungsbestrebungen, da sie die sowjetischen Sicherheitsinteressen wahren, einer offensiven sowjetischen Politik allerdings weitgehend einen Riegel vorschieben würden.

Als Michail Gorbatschow im Juni 1989 in Bonn ist, macht der deutsche Bundeskanzler dem sowjetischen Generalsekretär in seiner Tischrede die Grundsatzentscheidungen der freiheitlichen deutschen Politik deutlich: »Das deutsche Volk bekundet seinen Willen, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Aus der Entscheidung für Freiheit und Demokratie im Innern folgte die Entscheidung, uns in der NATO mit Staaten zu verbünden, die sich zu den gleichen Werten bekennen. Wir haben uns mit unseren westeuropäischen Nachbarn zu einer inzwischen aus zwölf Mitgliedstaaten bestehenden Europäischen Gemeinschaft zusammengeschlossen ... All diese Bindungen stehen für uns nicht zur Disposition.« Zugleich greift der Kanzler Gorbatschows Herausforderung des »gemeinsamen europäischen Hauses« offensiv auf und erklärt: »Zugleich vergessen wir nie, daß die Europäische Gemeinschaft nicht das ganze Europa ist. Deshalb engagieren wir uns in besonderem Maße für mehr Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Unser Ziel ist eine dauerhafte, stabile und gerechte europäische Friedensordnung, in der Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung für alle Völker gewährleistet sind, in der künstliche Trennungen beseitigt und ihre abstoßenden Symbole wie die Berliner Mauer abgerissen werden und in der ganz Europa in seiner großen geschichtlichen, kulturellen und menschlichen Einheit wiedererstehe.«[883]
Mit dem offensiven Vorbringen der Forderung auf Freiheit für ganz Europa greift der Kanzler die Politik seines Vorgängers Konrad Adenauer auf, von dem nämlich der Begriff »Haus der Freiheit für alle Europäer« stammt: Am 11. Juni 1961 hielt Bundeskanzler Konrad Adenauer in Hannover eine Rede, aus der im übrigen hervorgeht, wie wenig sich seither auch die sowjetische Politik gewandelt hat: »Diese Nacht hat Moskau die beiden Schriftstücke veröffentlicht, die Chruschtschow an Kennedy in Wien übergeben hat, ein Schriftstück über die deutsche Frage einschließlich der Berliner Frage. Diese Schriftstücke, namentlich das Schriftstück über die deutsche Frage, zeigen die Härte des sowjetrussischen Standpunkts mit vollster Klarheit. Im wesentlichen geht es der Sowjetunion darum – ich zitiere wörtlich –, ›die nach dem Kriege in Europa entstandene Lage zu fixieren‹ ... Haben sie Geduld, haben sie Ausdauer, haben

sie Hoffnung! Unser Ziel ist es, dafür zu arbeiten, daß die Gegensätze der Nationalstaaten in Europa im Laufe der Zeit verschwinden. Das gilt auch für die europäischen Länder, die jetzt dem Ostblock angehören. Unser Ziel ist, daß Europa einmal ein großes, gemeinsames Haus für alle Europäer wird, ein Haus der Freiheit.«[884]

Die gemeinsame Erklärung, die am 13. Juni 1989 vom deutschen Bundeskanzler und Michail Gorbatschow in Bonn unterzeichnet wird, enthält eine Reihe wohlklingender Formulierungen vom »gemeinsamen europäischen Haus« bis zum »Selbstbestimmungsrecht der Völker« – Begriffe, die allerdings von sowjetischer Seite jeweils anders interpretiert werden als im Westen. Insoweit erinnert die Erklärung eher an die Anekdote, als man Kaiser Karl V. fragte, wie sein Verhältnis zu König Franz I. von Frankreich sei und er antwortete: »Mein Bruder Franz und ich, wir sind uns völlig einig: Wir wollen beide Mailand!«

Aufgabe der westlichen und insbesondere der deutschen Politik wird es sein, die Verwirklichung dieser wohltönenden, von Gorbatschow unterzeichneten Formulierung einzufordern. Dann wird sich sehr bald zeigen, inwieweit Gorbatschow bereit und in der Lage ist, diese Versprechungen zu verwirklichen.

Angesichts der sowjetischen Einbindungsstrategie und der Darstellung einer »gewandelten« Sowjetunion als einem »Land wie jedes andere« und angesichts der weitgehenden Täuschung der westlichen Öffentlichkeit über die wahren Ziele der sowjetischen Politik, ist es psychologisch ohnehin falsch, vor der Öffentlichkeit im Westen lediglich mit erhobenem Zeigefinger auf die sowjetische Gefahr hinzuweisen. Viel wichtiger ist eine Strategie der »offenen Arme«, die Gorbatschow beim Wort nimmt und ihn auffordert, all die Hoffnungen zu realisieren, die er im Westen erweckt.

Der langjährige deutsche Botschafter in Moskau, Jörg Kastl, zieht Bilanz über den Gorbatschow-Besuch in Bonn: »Die Besucher haben aus der Visite größere Vorteile gezogen als die Gastgeber. Gorbatschow kann daheim die überwältigende Sympathie der westdeutschen Bevölkerung für sich buchen, er wird noch ungenierter in seinem Sinne über die Bundesrepublik in das Nordatlantische Bündnis einwirken, sein Triumphzug wird vermutlich den Startschuß für einen Wettlauf anderer ›bürgerlicher‹ Regierungen nach Moskau geben, zumindest den Zusammenhalt in der Allianz weiter

lockern. Die Gastgeber andererseits haben Wahlhilfe erhalten und dürfen sich als brückenbauende Staatsmänner einer angeblich an Ansehen gewinnenden Mittelmacht sonnen. Ist für uns die Welt wirklich heiler geworden? Von wachsendem Vertrauen zwischen Bonn und Moskau war dieser Tage viel die Rede. Doch die Vertrauensseligkeit gegenüber dem Moskauer Reformator zehrt am Kapital des Vertrauens, das wir mühsam unter den früheren Kriegsgegnern und heutigen Freunden im Westen angespart haben. Nicht nur die ›Angelsachsen‹, auch die ›Kontinentaleuropäer‹ in Paris, Rom, Den Haag, Bern zweifeln an unserer politischen Intelligenz. Die einen überschätzen sie und unterstellen uns, wir suchen die Einheit um den Preis der Bündnistreue. Derartige Verdächtigungen werden von den Bildern widerlegt, die unsere Mitbürger zeigen, den Mann hochleben lassend, der außer seinem Charme ihnen nichts bietet, auch nicht den Funken einer Hoffnung auf ein Verschwinden der ›abstoßenden‹ Mauer.«[885]

In der Tat ist es ein großer Erfolg der sowjetischen psychologischen Einbindungspolitik, daß der in Wirklichkeit immer weiter aufrüstende Gorbatschow sich in Deutschland als Mann des Friedens, der Auflockerung, der Zusammenarbeit und der Normalisierung darstellen konnte. Das war auch die Ursache dafür, daß viele Bürger in Bonn oder Stuttgart dem sowjetischen Generalsekretär freundlich zugewunken haben und nicht nur die Tatsache, daß unter diesen Bürgern mit Sicherheit viele Kommunisten waren, da deren Zeitungen seit Wochen dazu aufgerufen hatten, Gorbatschow in Deutschland zu begrüßen. Wie die Neue Zürcher Zeitung am 22. Juni 1989 berichtet, war es kein geringerer als Sacharow, der die vorsichtige Haltung Frau Thatchers bei der Beurteilung der Vorgänge in Rußland pries und »äußerte sich bestürzt über die Euphorie, mit welcher Gorbatschow letzte Woche in Deutschland empfangen wurde«.

Der Experte für Öffentlichkeitsarbeit Günter F. Thiele erklärt in einer Sondersendung der ARD zum Gorbatschow-Besuch in Bonn am 13. Juni 1989: »Für mich ist dieser ganze Besuch perfekt umgesetzte politische Öffentlichkeitsarbeit. Ich habe das Gefühl, daß die Sowjets da mit einer Strategie dran gegangen sind, daß sie eine Konzeption haben für die Auftritte, nicht spontan vorgehen, sondern geplant«. In Wirklichkeit sind die Deutschen allerdings erheblich nüchtener, als die Berichterstattung der Medien glauben machen

will: Nach einer Umfrage der Wickert-Institute im Juli 1989, über die ›Welt am Sonntag‹ am 23. Juli 1989 berichtet, glauben fast 80 Prozent der wahlberechtigten Bundesbürger, daß Gorbatschow scheitern wird.

So erntet Gorbatschow mit Psychostrategie einen doppelten Erfolg: Für die Bundesrepublik Deutschland als freiheitliche Demokratie mit offener Gesellschaft wird es nach diesem Besuch noch schwerer werden, die notwendigen politischen Entscheidungen zur Aufrechterhaltung unserer Sicherheit zu treffen und darüber hinaus sind die Fernsehbilder über die Deutschen, die Gorbatschow zujubeln, um die Welt gegangen und haben Kopfschütteln, ja Mißtrauen hervorgerufen bei unseren westlichen Freunden.

Der langjährige Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, Richard N. Perle, nennt den Jubel, die »Gorbomanie«, gefährlich, ob sie nun in Bonn oder in New York stattfindet und fügt hinzu: »Sehen denn die Deutschen die militärischen Realitäten nicht, die ja den kalten Krieg ausgelöst haben? Seit Gorbatschows Machtübernahme 1985 hat Moskau mehr Panzer- und Artillerie-Waffen produziert als sich in den Arsenalen von Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik zusammengenommen befinden. 1988 übertraf die Panzerproduktion alle vorhergehenden Jahre ... Zwischen dem, was Gorbatschow sagt, und dem, was wir sehen, gibt es einen Widerspruch, und der macht mir Sorgen ... Der Keil, den die Sowjetunion benutzt, ist ihr systematisches Bemühen, die Deutschen für eine Entnuklearisierung Europas zu gewinnen. Die Sowjets wissen, daß ein solches Europa nicht verteidigt werden kann. Wenn die Vorstellung eines Europa ohne Nuklearwaffen in Deutschland Begeisterung weckt, wenn die gleichen Leute, die heute ›Gorbi, Gorbi‹ rufen, den Abzug von Atomwaffen aus Deutschland fordern, dann hat Gorbatschow einen Keil zwischen Deutschland und seine NATO-Partner getrieben, der die NATO zerstören wird. Genau darauf ist die sowjetische Politik gerichtet.«[886]

Es ist daher wichtig, daß der Westen versucht, in seiner eigenen Bevölkerung den falschen Hoffnungen entgegenzuwirken und die eigene Öffentlichkeit über die Tatsachen – etwa die sowjetische Rüstung – nachdrücklich informiert.

Ebenso wichtig ist es, daß die Atlantische Allianz gestärkt wird und daß die Einigung des freien Europa, insbesondere auf der Grundla-

ge einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit, zügig bis hin zu einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie zu einer politischen Union ausgebaut wird.
Der prominente französische Schriftsteller und Soziologe, Professor Joseph Rovan, warnt: »Indem die Sowjetunion vorschlägt, daß sie und die anderen kommunistisch geführten Staaten sich mit uns, den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft, in einem gemeinsamen Haus ansiedeln sollen, will sie die Entwicklung zur politischen Einigung unter Kontrolle bringen.« In ein »gemeinsames Haus« nach sowjetischen Vorstellungen würden die Mitbesitzer ihre eigenen politischen Systeme mit einbringen, und zwar auf der Basis wechselseitiger Anerkennung, »wie es in einem berühmten Abkommen zwischen der SPD der Bundesrepublik und der Staatspartei der DDR, der SED, heißt.« Doch dann bestünde die Gefahr, daß sich die sowjetische Hegemonie »schrittweise von einer Wohnung zur anderen« ausdehnen würde. Einem Wettlauf zwischen »der wahrscheinlich ausweglosen Krise des Sowjetsystems und unserer inneren Anfälligkeit« könnten wir nur dann entgehen, »wenn die westeuropäischen Demokratien den Bau des vereinigten demokratischen Europas schnell bis zur politischen Union zu Ende führen.« Den mittel- und osteuropäischen Staaten sollte »ein Platz im gemeinsamen Haus« freigehalten werden, für den Fall, daß ihnen der Weg in die Demokratie gelingt.[887]

Selbstbestimmung für alle Deutschen, Schlüssel für die Freiheit ganz Europas

Im Juni 1989 hört man aus Moskau, angeblich rechne die sowjetische Regierung mit einer schweren politischen Krise in Ost-Berlin und im Bereich des SED-Regimes. Ein dem Planungsstab angehörender Deutschlandspezialist im sowjetischen Außenministerium, Dimitriew, soll erklärt haben, daß Moskau nicht in der Lage sei, eine solche Krise zu verhindern und sie deshalb hinnehmen müsse.[888]
Zugleich heißt es, zwischen der sowjetischen Führung und dem SED-Regime in Ost-Berlin sei es zu tiefgreifenden Auseinandersetzungen wegen gegensätzlicher Standpunkte in der Ideologie und nahezu allen Bereichen der künftigen Politik gekommen. Der Vor-

sitzende des wissenschaftlichen Beirats im sowjetischen Außenministerium, Wjatscheslaw Daschitschew, spricht von der »Überwindung der Getrenntheit« zwischen den beiden Staaten in Deutschland und erklärt, daß die Interessen Ost-Berlins und Moskaus nur sicherheitspolitisch übereinstimmten.[889]

Es ist in der Tat so, daß das Ost-Berliner Regime die marxistisch-leninistsche Orthodoxie um so stärker betont, je mehr Glasnost in der Sowjetunion aus dem Ruder läuft. Aber muß dies ernsthaft bedeuten, daß es deshalb tiefgreifende Zerwürfnisse zwischen Moskau und Ostberlin gibt? Ist es nicht beinahe schon eine Tradition, daß diejenigen Mitgliedstaaten des Warschauer Zwangspaktes, die unmittelbare Grenzen zu Ländern der Atlantischen Allianz haben – dazu gehören neben der DDR auch die Tschechoslowakei und Bulgarien –, sich um so strikter an die sozialistische Lehre halten, um jegliche Ansteckungsgefahr zu vermeiden? Liegt dies nicht insbesondere im sowjetischen Interesse, um das eigene Herrschaftsgebiet in Mittel-Osteuropa zusammenzuhalten? Sind Äußerungen, wie diejenige von Daschitschew über die Überwindung der »Getrenntheit« nicht Versuchsballons, um am Vorabend des Gorbatschow-Besuches in Bonn Erwartungen zu wecken und Unruhe zu schüren? Kann denn der Kreml die »Deutsche Karte« überhaupt spielen, ohne sein eigenes Imperium in Frage zu stellen? Würde durch eine sowjetische Initiative nicht das Ostberliner Regime zur Disposition gestellt mit unabsehbaren Folgen für die Stabilität der von Moskau gestalteten Ordnung in Mitteleuropa? Ist Mitteldeutschland mit seinen siebzehn sowjetischen Besatzungs-Divisionen nicht in sowjetischen Augen insbesondere auch eine Klammer um Polen, das hierdurch ruhiggestellt werden kann und muß? Wie hätte sich denn die Lage in Polen nach dem Generalstreik in Posen 1956, nach den Studentendemonstrationen 1968, nach dem Aufruhr in den Ostseestädten 1970, nach den Unruhen in Radom und Ursus 1976 oder nach der Freiheitswelle im Zeichen von Solidarność 1981 entwikkelt, wenn Polen gemeinsame Grenzen zu einem freien Land gehabt hätte?

Die sowjetische Führung wird stets darauf bedacht sein, die deutsche Frage in *ihrem* Sinne offen zu halten, um auf die Gemüter der Deutschen einwirken zu können, um Hoffnungen zu schüren, um Erwartungen zu erwecken, um Möglichkeiten vorzuspiegeln, um

Keile in die Atlantische Allianz und die Europäische Gemeinschaft treiben zu können, um neutralistische Bestrebungen in Deutschland zu verstärken, kurz: um das freie Deutschland von seinen westlichen Nachbarn zu trennen, nicht jedoch um den Eckpfeiler sowjetischer Macht in Mitteleuropa zu gefährden und dadurch den Einsturz der sozialistischen Herrschaftsordnung in Mittel-Osteuropa zu beschleunigen. Scheinangebote einer deutschen Pseudo-Föderation oder paritätische innerdeutsche Gremien zur gemeinsamen »Friedens«-sicherung im sowjetischen Sinne sind daher durchaus möglich, nicht jedoch sowjetische Vorschläge, die auf mehr Freiheit für die Menschen in Mitteldeutschland oder gar auf eine deutsche Wiedervereinigung mit freiheitlichem Selbstbestimmungsrecht abzielen.

Zur Stärke der Sowjetunion gehört es allerdings, sich gegenüber Deutschland möglichst verschiedene Optionen offen zu halten. Dazu gehört nicht nur ein neutralisiertes und entnuklearisiertes Deutschland, das de facto auf dem Wege zur Finnlandisierung und Sowjetisierung wäre, sondern auch die Option von zwei deutschen Staaten, von denen der westliche zwar formal weiterhin der Atlantischen Allianz angehört, aber de facto zum sowjetischen Werkzeug innerhalb der NATO würde. Es ist nicht nur Aufgabe der deutschen Politik, sondern auch der westlichen Partner in der Atlantischen Allianz, durch die Erhaltung der Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung, auch für die Bundesrepublik Deutschland, die Verwirklichung einer solchen sowjetischen Option zu verhindern.

Aufgabe der Politik des freien Deutschland ist es, im gesamtwestlichen Interesse eine offensive Deutschlandpolitik zur Realisierung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen ebenso wie für alle Völker in Mittel-Osteuropa zu betreiben. Das ist das Gegenteil von einer Politik, die von sich behauptet, »die DDR nicht destabilisieren« zu wollen – die de facto also die Stabilisierung des totalitären kommunistischen Systems betreibt.

Deutschland und Berlin sind – gewissermaßen stellvertretend für ganz Europa – geteilt. Im gesamtwestlichen Interesse einer freiheitlichen Politik muß die Deutschland-Frage offengehalten werden. Ziel ist eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit, zu der sich auch die drei Westmächte im Deutschlandvertrag 1954

verpflichtet haben und wie sie auch die Ostverträge der Bundesrepublik Deutschland offen lassen. In Übereinstimmung mit Verfassung und Völkerrecht muß die Politik der deutschen Bundesregierung daher auf der Forderung nach friedlicher Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung sowie auf dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland als ganzem beharren. Solange die deutsche Einheit in Freiheit noch nicht erreicht ist, muß die ganze deutsche Frage rechtlich und politisch offengehalten und kann auch nicht in Teilen zur Disposition gestellt werden.

In diesem Sinne muß deutsche Außenpolitik immer auch Deutschlandpolitik sein. Dies ist nicht nur eine politische Selbstverständlichkeit, sondern auch bindende Verpflichtung für jede Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juli 1973, diese freiheitliche Deutschlandpolitik auch nach außen beharrlich zu vertreten. Allen – im übrigen auch ungeschichtlichen – Versuchen, die Deutsche Frage durch Zeitablauf oder die Macht der Tatsachen für erledigt zu erklären, muß mit Nachdruck entgegengetreten werden. Polen war über ein Jahrhundert geteilt und von fremden Mächten besetzt; Spanien und Griechenland lebten jahrhundertelang unter fremder Okkupation und haben dennoch schließlich Freiheit und Selbstbestimmung verwirklicht. Eine Deutschlandpolitik mit langem Atem muß im gesamteuropäischen Interesse in die Außenpolitik des freien Deutschland eingebettet sein und von ihr auf die Tagesordnung der Weltpolitik gesetzt werden.

Nicht zuletzt heißt es in dem für alle Mitglieder der Atlantischen Allianz nach wie vor gültigen Harmel-Bericht: »Eine endgültige und stabile Regelung in Europa ist jedoch nicht möglich ohne eine Lösung der Deutschland-Frage, die den Kern der gegenwärtigen Spannungen in Europa bildet. Jede derartige Regelung muß die unnatürlichen Schranken zwischen Ost- und Westeuropa beseitigen, die sich in der Teilung Deutschlands am deutlichsten und grausamsten offenbaren.«

Gerade gegenüber Gorbatschow sollte argumentiert werden, wenn »Glasnost« angeblich Offenheit bedeuten solle, dann müßten auch die Mauer und der Stacheldraht endlich geöffnet und beseitigt werden.

Es geht darum, die Menschenrechte auch für die Deutschen hinter

dem Eisernen Vorhang einzufordern. Kontakte zu Menschen und Gruppen in Mitteldeutschland müssen verstärkt werden. Die zentrale Erfassungsstelle für Verbrechen des SED-Regimes in Salzgitter muß aufrecht erhalten werden. Freiheit für die Tausenden von politischen Gefangenen im SED-Staat muß gefordert werden.
Die Wertrangordnung Freiheit-Frieden-Einheit muß immer wieder verdeutlicht werden. Es darf keine Preisgabe von Rechtspositionen gegen menschliche Erleichterungen, keine unwiderruflichen gegen widerrufliche Zugeständnisse geben.
Es darf nicht nur – wie so oft erklärt – »kein Krieg von deutschem Boden ausgehen«, sondern auch »keine Diktatur auf deutschem Boden« geduldet werden.
Es muß schließlich deutlich gemacht werden, daß es keinen Gegensatz zwischen deutscher Wiedervereinigungspolitik und europäischer Einigung gibt. Im Gegenteil: Die beste Ost- und Deutschlandpolitik war in den letzten Jahrzehnten immer eine gute West- und Europapolitik. Deutsche Aufgabe innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist es, dafür zu sorgen, daß es zum europäischen Bewußtsein gehören muß, daß die Völker hinter dem Eisernen Vorhang wie auch der Teil des deutschen Volkes im sowjetischen Machtbereich ebenso zu Europa gehören, wie die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Wenn die Freiheit aller Deutschen in ein geeintes Europa eingebettet ist, liegt dies im Interesse aller Europäer.

Gorbatschow beim Wort nehmen

Inhalt der westlichen Politik ist es, die eigene Freiheit zu wahren und den Frieden zu sichern. Zugleich hat der Westen ein Interesse an der Auflockerung der Beziehungen zum Osten, und insbesondere das freie Europa hat ein Interesse an guter Nachbarschaft zu den Völkern Osteuropas und der Sowjetunion. Ziel der westlichen Ostpolitik muß sein, Spannungsursachen zu beseitigen, vertrauensbildende Maßnahmen zu fördern, eine ausgewogene und kontrollierte Abrüstung unter Wahrung der Sicherheit aller Beteiligten durchzuführen. Hierbei müssen die Chancen genutzt werden, um die Teilung des europäischen Kontinents zu überwinden und die Entwick-

lung in Osteuropa in Richtung Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu fördern, ohne die eigene Sicherheit zu entblößen, ohne Versprechungen für Tatsachen zu nehmen und ohne der Illusion zu verfallen, der kalte Krieg sei schon beendet, solange er nur mit subtileren Mitteln geführt wird.

Milovan Djilas bringt es auf den Generalnenner: »Die Politik des Westens sollte gegenüber den Reformen Gorbatschows eine positive – aber keine blinde – Haltung einnehmen. Die Offenheit gegenüber der Sowjetunion sollte in dem Maße zunehmen, in dem diese sich im Innern so wandelt, daß sie keine äußere Gefahr mehr darstellt.«[890]

George Urban, als langjähriger Direktor von Radio Free Europe einer der besten Kenner Osteuropas, kommt zu dem Schluß: »Unsere wichtigsten Leitlinien für unser Handeln in absehbarer Zukunft müssen äußerste Vorsicht und klare Entschlossenheit sein, nichts zu unternehmen, was bestehenden Druck vom sowjetischen System wegnehmen könnte. Es ist das *sowjetische* System, das sich in Schwierigkeiten befindet und Unterstützung benötigt, nicht unser eigenes. Wir sind in einer guten Position, den Kreml dazu zu bewegen, grundlegende weltweite Konzessionen zu machen, bevor wir irgendwelche weitere Vereinbarungen mit ihm unterzeichnen.«[891]

Die Sowjetunion hofft ja gerade, die Periode wirtschaftlicher Schwäche womöglich mit westlicher Hilfe zu überbrücken und ihre offensive und expansive Politik insbesondere gegenüber Europa fortführen zu können. Lothar Rühl sagt hierzu: »Es gibt bis heute kein Anzeichen dafür, daß Gorbatschow etwa an einen Rückzug aus Mitteleuropa dächte und daß er die sowjetische Weltmachtstellung schwächen wollte. Auch die vorgesehene einseitige Verringerung der Sowjetarmee soll ihrer Stärkung durch Modernisierung, Reorganisation und Qualitätssteigerung dienen ... Wenn man heute in Moskau die Überlegungen des neuen amerikanischen Außenministers Baker, der Sowjetunion Sicherheit und einen dafür bestimmenden Einfluß in Osteuropa durch ein Abkommen zuzusichern, mit der Bemerkung quittiert, die Sowjetunion lehne ›jeden Handel im Stile einer Aufteilung Europas in Einflußzonen‹ ab, so bedeutet dies nicht etwa, daß sie ihre Vormachtstellung in Osteuropa aufgeben wollte, sondern nur, daß sie darüber nicht verhandeln und sich vom Westen nicht konzedieren lassen will, was sie aus eigener Kraft erhalten zu können glaubt. Diese

Zurückweisung bedeutet aber auch, daß Moskau seinen politischen Einfluß nicht geographisch zu begrenzen, sondern auf Westeuropa auszuweiten trachtet, und daß die sowjetische Außenpolitik dafür auf den gesamteuropäischen Prozeß des Wandels und der Auflockerung setzt, von dem westliche Politiker gerade ›historische Chancen‹ zur Auflösung der politischen Blockbildung in Osteuropa und der sowjetischen Hegemonie erwarten.«[892]

Nicht an Reden oder Versprechungen Gorbatschows, sondern an den Fakten der sowjetischen Politik, an den langfristigen Tendenzen, an der Frage, ob politische Entscheidungen, die mehr Freiheit versprechen, unumkehrbar sind, und an dem effektiven Bedrohungspotential der sowjetischen Militärmacht muß der Westen seine Politik ausrichten.

Tatsache ist, daß Gorbatschow durch Straffung der Befehlsstränge in Partei und Staat sowie durch die Vereinigung der beiden höchsten Ämter in beiden Hierarchien die meiste Macht in seiner Person vereinigt seit Stalin.

Henry A. Kissinger schreibt hierzu: »Die Frage lautet folglich, bis zu welchem Ausmaß der Westen seine Politik nach den vermuteten Tugenden eines so mächtigen und attraktiven sowjetischen Führers ausrichten sollte. Wenn ausschließlich Gorbatschow den Frieden bringen kann, dann folgt daraus, daß es keine objektive Basis für Frieden gibt – eine prekäre Situation. Meine Ansicht ist, daß sich die westliche Politik im größtmöglichen Ausmaß davon freimachen sollte, sich auf eine einzelne Persönlichkeit zu verlassen. Denn die Bewährung der Ost-West-Beziehung ist die sowjetische Außenpolitik, nicht die Innenpolitik, und deshalb muß der Westen ein substantielles Eigenprogramm haben, das weiter reicht als der Slogan ›Gorbatschow helfen‹.«

Und Kissinger kommt zu dem Schluß: »Das Ziel westlicher Politik darf nicht darin bestehen, irgendeinem sowjetischen Führer in den mysteriösen Machtkämpfen des Kremls zu helfen, sondern ihre Energien darauf zu verwenden, ein gemeinsames Programm zu entwickeln. Westliche Politik ist nur fest gegründet, wenn sie sich auf fundamentale Prinzipien und Interessen gründet. Ein Westen, der sich an einen sowjetischen Führer bindet, paralysiert sich selber, und dies angesichts von Veränderungen, die er nicht beeinflussen, vielleicht nicht einmal verstehen kann.«[893]

Es geht also nicht darum, »Gorbatschow zu helfen«, sondern Gorbatschow beim Wort zu nehmen – beim Wort aller Behauptungen, die im Westen Hoffnungen auf mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit, weniger Rüstung, weniger geistige Unterdrückung in der Sowjetunion und im sowjetischen Herrschaftsbereich hervorgerufen haben. Daher müssen wir unterscheiden bei jedem einzelnen Fall von Veränderungen, die in der Sowjetunion vor sich gehen, ob es sich handelt um

- Potemkinsche Dörfer; Veränderungen, die lediglich nach außen neu erscheinen, in Wirklichkeit aber nur dünne Fassaden sind;
- wirkliche Veränderungen, die aber entweder nur Randgebiete betreffen oder/und umkehrbar beziehungsweise jederzeit zurücknehmbar sind;
- grundlegende Veränderungen, die die Natur des sowjetischen Systems verändern.

Wirkliche Veränderungen sind also nur solche, die dazu beitragen, das totalitäre marxistisch-leninistische System des Sozialismus unwiderruflich aufzugeben zugunsten einer pluralistischen Gesellschaft mit garantierten und einklagbaren Grundrechten.

Es geht also nicht um »Glasnost« durch ausgewählte oppositionelle Artikel, sondern um Gewährung der Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit in einem Land, in dem bisher noch nicht einmal das Eigentum an Fotokopiermaschinen erlaubt ist.

Es geht also nicht um den Mißbrauch der religiösen Hierarchie für »Friedens«-propaganda und Demonstration angeblich bestehender religiöser Rechte, sondern um die garantierte Religionsfreiheit für die russisch-orthodoxe, die ukrainisch-unierte und alle anderen Kirchen einschließlich der Zulassung von unabhängigen theologischen Hochschulen, Priesterseminaren, einer freien religiösen Presse, Religionsunterricht, freier Entfaltung der Orden, unabhängigen kirchlichen Organisationen und Verbänden.

Es geht also nicht um die Befreiung einiger politischer Häftlinge, Dissidenten und »Patienten« psychiatrischer Kliniken, sondern um eine Generalamnestie für alle politisch Verfolgten und Inhaftierten sowie um verfassungsmäßige Grundrechte, damit niemand ungerecht und ohne ein rechtsstaatliches Verfahren aus politischen oder Gesinnungsgründen verfolgt und inhaftiert werden kann.

Es geht also nicht darum, einige unliebsame Oppositionelle in den

Westen abzuschieben, sondern um die Öffnung der Grenzen, um die Gewährung von Pässen und Visa für jedermann, um das Recht jedes einzelnen, sein eigenes Land zu verlassen und dorthin zurückzukehren.
Es geht also nicht darum, einige spektakuläre Friedens- und Abrüstungsvorschläge zu machen, sondern um kontrollierten und verifizierbaren Abbau der gewaltigen sowjetischen militärischen Überlegenheit auf allen Gebieten und – noch erheblich wichtiger! – um die Beseitigung der Spannungsursachen durch Gewährung der Menschenrechte, freier demokratischer Wahlen in einem Mehrparteiensystem, Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes für alle Völker im sowjetischen Machtbereich, Aufhebung des die Weltrevolution fordernden Artikels 28 der sowjetischen Verfassung sowie der sich darauf gründenden Politik der Machtausdehnung durch militärische Mittel, durch ideologischen Kampf, Subversion, Infiltration und Stellvertreterkriege sowie durch Ausnutzung des internationalen Terrorismus und sogenannter »Befreiungsbewegungen«.
Es geht also nicht um Perestrojka als Dezentralisierung des Entscheidungsprozesses innerhalb einer zentralgelenkten Planwirtschaft, sondern um Privatisierung der Produktionsmittel und Einführung des Marktes und des Kapitalzinses als Regulator einer freiheitlichen Wirtschaft.
Es geht also nicht um Pachtsysteme auf Zeit mit staatlicher Mehrheitsbeteiligung, sondern um Aufteilung des landwirtschaftlichen Eigentums an die Bauern und Förderung landwirtschaftlicher Familienbetriebe.
Es geht also nicht um die möglicherweise nur vorübergehende Duldung einiger Gruppen, die in begrenztem Umfang oppositionelle Meinungen zum marxistisch-leninistischen System äußern dürfen, sondern um die Zulassung freier Parteien, die in unabhängigen und freien Wahlen regelmäßig mit gleichem Recht wie die KPdSU ihre Meinung kundtun und höchste Staatsämter anstreben können.
Es geht also nicht um vage Versprechungen an die Arbeitnehmer in der Sowjetunion, durch Perestrojka und Glasnost werde sich ihr Los bessern, sondern um die Zulassung freiheitlicher Gewerkschaften und Koalitionsfreiheit einschließlich Streikrecht und Mitbestimmung am Arbeitsplatz.
Es geht also nicht darum, in der Verfassung eine föderative Ord-

nung festgeschrieben zu haben einschließlich des Rechts, die Föderation zu verlassen, aber in Wirklichkeit Forderungen nach nationaler Eigenständigkeit, wie in Armenien oder in Georgien mit militärischer Gewalt niederzuschlagen, sondern um die Gewährung wirklicher Rechte an die Teilrepubliken, die nicht durch den »demokratischen Zentralismus« Leninscher Prägung der Partei wieder aufgehoben werden.

Dem russischen *Volk* und allen anderen *Völkern* der Sowjetunion und des sowjetischen Machtbereichs zu helfen, diese Ziele unumkehrbar und unwiderruflich zu erreichen – dazu ist westliche Hilfe gut angelegt, nicht aber eine Hilfe für die nach wie vor bestehende totalitäre Herrschaft, um deren Fortbestehen auch über Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten hinaus zu sichern.

Entscheidend für eine richtige Beurteilung der wirklichen Entwicklung ist als allererstes die Wahl der richtigen Worte. Der Westen darf sich nicht durch potemkinsche Worte täuschen lassen, die etwa als »Demokratisierung« bezeichnen, was in Wirklichkeit die größte Machtzusammenballung in Partei und Staat seit Stalins Zeiten durch Scheinwahlen darstellt.

Josef Darski, der sich als Pole seit langem mit der Analyse der sowjetischen Politik befaßt, schreibt hierzu: »Perestrojka und Glasnost sind Waffen im politischen Krieg, nicht nur in Osteuropa, sondern auch im Westen. Wenn hier die tonangebenden Kreise damit anfangen, Begriffe wie ›parlamentarisches System‹, ›freie Wahlen‹, ›Marktwirtschaft‹ usw. auf die im kommunistischen Machtbereich unter diesen Bezeichnungen aufgezogenen Scheingebilde anzuwenden, dann ist im politischen Krieg der Kampf um die Unterscheidung von Freiheit und Sklaverei verloren. Dann braucht das ›gemeinsame europäische Haus‹ nicht mehr politisch, sondern nur noch organisatorisch fertigerstellt zu werden. In seinen Kellergewölben wird es genügend Raum haben für die bis vor kurzem freien Völker Europas und für die dann schon nicht mehr benötigten antistalinistischen Oppositionellen, die in ihrer politischen Ahnungslosigkeit mitgeholfen haben, den Kommunismus zu ›reformieren‹. Allen im Osten und im Westen, die wissentlich oder unwissentlich die kommunistische Sprechweise und ihre Neologismen verwenden, seien die Worte des französischen Sowjetologen Alain Besançon in Erinnerung gerufen: ›Vom Augenblick an, wo jemand die

Sprechweise einer Ideologie übernimmt, verliert er seine bisherige Sprache und mit ihr seine geistige Welt und sein Selbstwertgefühl. Selbst wenn das völlig unabsichtlich geschieht, wird der Adept einer ideologischen Sprechweise zu einem Teil dieser Ideologie, schließt er gewissermaßen einen Pakt mit dem Teufel.«[894]

Der Westen muß im Gegenteil der Sprache der Freiheit im sowjetischen Machtbereich viel mehr Gehör verschaffen als bisher. Er muß auf die in der Schlußakte von Helsinki vereinbarte Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen drängen. Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Video- und Tonbandkassetten, Rundfunksendungen und Satellitenfernsehen können und müssen in Zukunft in weit stärkerem Maße dazu beitragen, den Menschen im sowjetischen Herrschaftsbereich breitere Informationsmöglichkeiten zu bieten.

Insbesondere muß der Westen aber eine geistig offensive Politik betreiben. Wir haben keinerlei Veranlassung, ein »gemeinsames Haus Europa« zu fürchten. Fordern wir ein Paneuropa der Freiheit, das nicht an Elbe und Böhmerwald endet, sondern zu dem Mitteldeutschland genauso gehört wie Böhmen und die Slowakei, wie Polen und Ungarn und andere mittel-osteuropäische Staaten. Fordern wir, wie die amerikanischen Präsidenten Reagan und Bush, wie Präsident Mitterrand von Frankreich und Margaret Thatcher aus Großbritannien es verlangt haben: Die Mauer in Berlin und die künstliche Teilung Europas müssen fallen. Glasnost – so erklärte Präsident Bush am 31. Mai 1989 in Mainz – sei zwar ein russisches Wort, aber »Offenheit« sei ein westliches Konzept: »Bringt Glasnost nach Ost-Berlin – die Mauer ist ein Monument des Scheiterns des Kommunismus.«[895]

Hilfe zu freiheitlichem Wandel

Den größten Fehler, den der Westen begehen kann, ist es, der Sowjetunion oder anderen Staaten des Warschauer Paktes ungebundene Kredite zu geben, mit denen das jeweilige kommunistische Regime in die Lage versetzt wird, den wirtschaftlichen und politischen Druck, unter dem es aufgrund eigener Mißwirtschaft steht, von sich abzuwenden und das Regime dadurch mit westlicher Hilfe in die

Lage zu versetzen, notwendige grundlegende politische und wirtschaftliche Veränderungen hinauszuschieben oder zu unterlassen, das eigene Volk weiter zu unterdrücken und die totalitäre Herrschaft zu verlängern. Einzelkredite dieser Art, ohne politische Gegenleistung, sind nichts anderes als *punktuelle* Abmachungen parasitärer Koexistenz, mit der der Kommunismus durch westliche Hilfe sein Leben verlängern will – eine parasitäre Koexistenz, wie sie im *großen* Umfang durch ein Eingehen auf die sowjetischen Vorstellungen vom »gemeinsamen Haus Europa« entstehen würde, bei dem das freie Europa gewissermaßen das Kraftaggregat und der Antriebsmotor für die marode sowjetische Wirtschaft und die Moskauer Weltherrschaftsbestrebungen wäre.

Wenn der Westen der Sowjetunion in hohem Umfang Kredite gewähren würde, die entweder ohne politische Gegenleistung gegeben werden oder kommerziell unvertretbar sind, die staatlich garantiert oder zinssubventioniert sind, würde er genau in die sowjetische Falle gehen: Moskau eine Atempause zu verschaffen und langfristig seiner Weltherrschaftspolitik Vorschub leisten. Entsprechendes gilt auch für den Transfer von Hochtechnologie. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung meint hierzu: »Jegliche Einfuhr entlastet das Produktionspotential der Sowjetunion. Handel ist eben nicht nur für das exportierende Land vorteilhaft. Ob die Russen Getreide aus Goldbeständen bezahlen oder ob die Einfuhr von Maschinen für die Produktion von Konsumgütern mit Krediten finanziert wird: Immer wird es ihnen erspart, Produktivkräfte aus anderen Wirtschaftsbereichen abzuziehen. Das gilt natürlich auch für die Einfuhr von fortgeschrittener Technik in der Form von Blaupausen; der gewaltige Aufwand für die Entwicklung eines Reaktors fällt weg, und die mit der Materie vertrauten sowjetischen Wissenschaftler können an den Projekten weitermachen, die möglicherweise der Rüstung dienen.«[896]

Von den Vereinigten Staaten aus gesehen kann die Frage noch weit drastischer gestellt werden, wie dies Pat Buchanan, Direktor im Arbeitsstab des Weißen Hauses, formuliert: »Warum soll der sowjetische Generalstab Mittel zum Bau für Flugzeuge, Panzer und Raketen, für Konsumgüter abzweigen, wenn Paris, Bonn, London und Rom, Moskau zusätzliches Kapital liefern. Das Problem kann in eine Frage zusammengefaßt werden, die Amerikaner beider Parteien

sich zu stellen beginnen: Warum sollen die Amerikaner weiter einen Krieg, möglicherweise sogar einen Nuklearkrieg riskieren, um die Besetzung Westdeutschlands und Westeuropas durch ein sowjetisches Regime zu verhindern, das Westdeutschland und Westeuropa einer Auslandshilfe für wert befinden?«[897]

Als daher der Gedanke eines »Marshall-Planes« für die Sowjetunion auftaucht, erklärt der außenpolitische Berater des Kanzlers, Horst Teltschik, daß »der Bundeskanzler strikt gegen die Idee eines Marshall-Planes ist, denn dieses Konzept, das nach dem Krieg für Westeuropa gültig war, ist nicht übertragbar.«[898] In der Tat ist der Gedanke eines Marshall-Planes nicht übertragbar, denn einerseits haben die Europäer für jeden Dollar, den die Vereinigten Staaten für den Marshall-Plan gegeben haben, den Gegenwert von sechs Dollar geschaffen. Dies ist nur bei Ländern mit einer funktionierenden Marktwirtschaft möglich, nicht aber bei der Sowjetunion. Im übrigen war es der Westen, der der Sowjetunion schon mehrfach in Krisenfällen wirtschaftlich unter die Arme gegriffen und dadurch das Leben des Sozialismus verlängert hat: während der neuen Wirtschaftspolitik (NEP) Lenins nach dem Bürgerkrieg sowie zur Zeit des Ausbaus der Schwerindustrie unter Stalin und schließlich in den siebziger Jahren in der Tauwetterperiode Chruschtschows.

Der führende Wirtschaftsexperte der oppositionellen demokratischen Partei im amerikanischen Senat, Senator Bill Bradley, verurteilt es als »tragischen Fehler, wenn westliches Kapital es der Sowjetunion ermöglichen würde, die schwere Entscheidung zwischen Waffen und Butter weiter aufzuschieben.«[899]

Nach Berechnungen der OECD ist die Verschuldung des Sowjetblocks in den letzten Jahren in beängstigender Weise angestiegen. Demzufolge stieg die Verschuldung des Ostens in konvertiblen Währungen von 1984 bis 1987 von 82 auf 131 Milliarden Dollar. Nahezu gleichzeitig mit der Unterzeichnung eines Drei-Milliarden-DM-Kredites deutscher Banken bieten Londoner Banken eine Milliarde Pfund, Rom anderthalb Milliarden DM und Paris zwei Milliarden Dollar; auch Japan will seinen Handel mit der Sowjetunion neu beleben.[900] Im April 1988 besuchen 500 amerikanische führende Geschäftsleute Moskau, um über Joint Ventures mit den Sowjets zu verhandeln.[901]

Joint Ventures dienen der Sowjetunion unter anderem als geeignetes

Mittel, um – neben illegalen Methoden der Spionage – Zugriff auf westliche Hochtechnologie zu erhalten. Die COCOM-Kontrollen des Westens haben den Transfer militärisch relevanter Hochtechnologie in die Sowjetunion behindert und die Sowjets zu kostenintensiven Eigenentwicklungen gezwungen.[902] An eine greifbare Liberalisierung der COCOM-Listen kann erst gedacht werden, wenn auch in der Sowjetunion greifbare und unumkehrbare Veränderungen im politischen, militärischen und wirtschaftlichen Verhalten festgestellt werden können.

Eine großzügige Kreditpolitik sowie der Transfer von Hochtechnologie an die Sowjetunion wären auch ein Verrat an den Völkern Osteuropas, die übereinstimmend deutlich machen, daß sie nicht eine Verlängerung der sowjetischen Herrschaft durch westliche Hilfe, sondern eine Befreiung von sowjetischer Herrschaft herbeisehnen.

Angesichts der Schwierigkeiten in der Sowjetunion und der wachsenden Unruhe in Mittel-Osteuropa ist der Westen gut beraten, sich auf eine mögliche größere Krise in den Staaten des »cordon stalinaire« einzustellen. Zeit, Ausgangspunkt und Einzelheiten einer solchen Krise sind naturgemäß kaum voraussehbar. Als Eckdaten sind jedoch die Tatschen zu beachten, daß der militärische Bereich nach wie vor das einzige Großmachtsattribut der Sowjetunion darstellt und daß andererseits eine durchgreifende und langfristige Änderung der Machtverhältnisse in Mittel-Osteuropa schwer vorstellbar erscheint ohne eine Änderung des sowjetischen Herrschaftssystems.

Der Westen sollte anstreben, unter Wahrung der sowjetischen Sicherheitsinteressen die Möglichkeit einer besonderen Form der Assoziierung der mittel-osteuropäischen Staaten mit der Europäischen Gemeinschaft gemäß Artikel 238 der Römischen Verträge vorzusehen. Eine solche Politik sollte äußerst flexibel und differenziert gegenüber den einzelnen mittel-osteuropäischen Staaten eingeleitet werden.

Eine solche Politik würde zugleich zur Überwindung der europäischen Teilung seit Jalta führen und läge – Hand in Hand mit einer Rüstungskontrollpolitik, die sowohl die westlichen wie die sowjetischen Interessen wahrt – im Interesse aller Europäer einschließlich einer Moskauer Führung, die auf expansionistische weltrevolutionäre Ziele zu verzichten bereit wäre. Es läge auch im gesamtwestli-

chen Interesse, entspannte und gutnachbarliche Beziehungen zu einer solchen Moskauer Führung zu haben.
Obwohl Deutschland als geteiltes Land an der Trennungslinie von Ost und West im Schnittpunkt der Interessen liegt, wäre die Bundesrepublik Deutschland allein überfordert, eine solche politische Konstellation herbeizuführen. Dies könnte nur das Gesamtergebnis einer gemeinsamen westlichen politischen Strategie, verbunden mit grundlegenden Veränderungen in der Führung der russischen Politik sowie einem Vertrauensbildungsprozeß sein.
Henry A. Kissinger skizziert eine solche kohärente Strategie folgendermaßen: »Erstens müssen die atlantischen Verbündeten ihr eigenes Konzept eines vereinigten Europa vortragen. Sofern die Sowjetunion ohne die Vereinigten Staaten daran beteiligt wäre, würde sie es dominieren. Sollten beide, die Vereinigten Staaten und die UdSSR, beteiligt sein, würde Europa seine Identität verlieren. Sollen sowohl Hegemonie vermieden als auch Identität erreicht werden, müßte dieses neue Europa von der polnisch-sowjetischen Grenze bis zum Atlantik reichen, nicht vom Ural zum Atlantik.
Zweitens muß es ein Konzept geben, wie das Ziel erreicht werden kann, Europa zu vereinigen. In Wirklichkeit kann es Fortschritt ohne das Risiko eines Krieges nur dann geben, wenn die politische Freiheit Osteuropas irgendwie mit den legitimen militärischen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion in Einklang gebracht wird. Weder die Vereinigten Staaten noch Europa können dieses Ziel allein erreichen. Die Europäische Gemeinschaft muß ihren politischen Einigungsprozeß beschleunigen und gleichzeitig eine Strategie zur Assoziierung interessierter osteuropäischer Länder mit den wirtschaftlichen Institutionen der EG entwickeln. Die Länder Osteuropas sollten wissen, daß diese Assoziierung jeder Nation freisteht, die bereit ist, die Menschenrechtsforderungen von Helsinki zu erfüllen und klar definierte Fortschritte in Richtung Demokratie zu unternehmen. Die Vergabe von Krediten an Osteuropa und die Sowjetunion sollte an die gleichen Kriterien gebunden sein. Denn ohne Kriterien haben diese Kredite lediglich die Wirkung, daß sie die sowjetische Vorherrschaft erträglicher machen.«[903]
Hinzu kämen nach der Auffassung Kissingers eine reduzierte Präsenz amerikanischer und sowjetischer Truppen in bestimmten eu-

ropäischen Stationierungsräumen sowie die Anerkennung der Nicht-Intervention, also die Aufgabe der Breschnew-Doktrin.
Eine solche Politik wäre zugleich die Nagelprobe auf eine wirkliche Bereitschaft Moskaus, auf Weltrevolution und Expansion zu verzichten und im Gleichgewicht mit seinen Nachbarn zu leben. Dafür würde Moskau andererseits den Vorteil einhandeln, daß kein unkontrollierter Zerfall seines Herrschaftsgebietes eintreten würde.
Von Kissinger angeregte Gespräche, die auf derartige Ziele gerichtet sind, sind von Moskau allerdings bereits zurückgewiesen worden. Die Neue Zürcher Zeitung berichtet hierzu: »Die Sowjetunion lehne Abkommen über Einflußzonen ab, da sie dem Selbstbestimmungsrecht und dem Grundsatz der Nichteinmischung widersprächen; sie begrüße den in Osteuropa in manchem Land vor sich gehenden Erneuerungsprozeß, akzeptiere aber nicht, wenn man *›die historische Wahl‹* der Osteuropäer – sprich: ihre ›Entscheidung‹ für das sogenannte sozialistische System – in Frage stelle. Eine Antwort, bei der man je nach Geschmack vorab die dialektische Gaukelei oder die Unverfrorenheit bestaunen mag.«[904]
So wenig deutsche Alleingänge in der Politik gegenüber der Sowjetunion angezeigt oder erfolgversprechend sein können, so schädlich deutsche Alleingänge bei Abrüstungsvorleistungen oder in Ostkredit-Fragen wären, so sollte die deutsche Regierung sich andererseits auch nicht nur auf die Einrichtung von deutsch-sowjetischen Geschichtsbuchkommissionen oder auf die Förderung des Schüleraustausches beschränken. Angesichts der besonderen deutschen Verantwortung, die sich aus unserer jüngsten Geschichte und angesichts des besonderen deutschen Interesses, das sich aus der Teilung Deutschlands und Europas ergibt, sollte die Bundesregierung Motor und Anreger sein, um in der westlichen Allianz und der Europäischen Gemeinschaft eine Politik zum Tragen zu bringen, die unter Wahrung des Friedens und der Sicherheitsinteressen aller Beteiligten die Teilung Deutschlands und Europas überwindet und ein System des europäischen Gleichgewichts innerhalb des Weltgleichgewichts wiederherstellt.
Nicht im Sinne machtpolitischer oder nationalistischer Überheblichkeit, sondern durch geographische Bestimmung und historische Verantwortung gilt noch immer, was Friedrich von Gentz, der »Sekretär Europas« zur Zeit der napoleonischen Umwälzungen und

des Wiener Kongresses schrieb: »Es gibt kein Land in Europa, dessen Schicksal für die Verhältnisse aller übrigen von so unmittelbarer und entscheidender Wichtigkeit wäre als Deutschland ... Soll in irgendeinem Sinn des Wortes ein Gleichgewicht der Macht in Europa bestehen, so muß Deutschland die Grundlage sein ... Europa ist durch Deutschland gefallen, durch Deutschland muß es wieder emporsteigen.«

Fußnoten

Quellen, falls nicht besonders angegeben, insbesondere:
- »Backgrounder« – Dokumentationen und Analysen der Heritage Foundation, Washington
- Foreign Broadcast Information Service, Washington
- Keesings Archiv der Gegenwart
- Monitor-Dienst der Deutschen Welle, Köln
- Nachrichtenspiegel des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn
- Radio Free Europe und Radio Liberty Research, München
- USIS, Bonn und Washington

1 Michail Gorbatschow, Außenpolitische Rede vom Februar 1988, Zit. in: Botho Kirsch, Das »Neue Denken« ist in Wirklichkeit das alte – in der Praxis geht der Klassenkampf wie bisher weiter, in: Deutsche Einheit – Zeitschrift für gesamtdeutsche Politik, Winnenden, Oktober 1988, S. 28 f.
2 Die Welt, Bonn, 3.11.1988
3 Die Welt, Bonn, 11.7.1988
4 Neue Epoche, München, 12. Jg., 110. Ausgabe, 92
5 Institut für Demoskopie, Allensbach, Juli 1987
6 Gorbatschow und die Deutschen (Politbarometer Aktuell), Zweites Deutsches Fernsehen, 11.6.1989, (ZDF-Spezial), in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Kommentarübersicht I, Bonn, 12.6.1989, S. 10 ff.
7 Siegmar Schelling, in: Welt am Sonntag, 5.7.1988
8 H. H. Engeli, Für mich denkt Stalin – Von der Verfügbarkeit der Meinungsmacher, in: Schweizerzeit, Flaach, 3.6.1988
9 Drahterlaß von StS. Ernst von Weizsäcker am 22.7.1939. Zit. bei: Botho Kirsch, Die Gorbatschow-Masche, Stuttgart, Bonn 1987, S. 133 ff.
10 Botho Kirsch, Die Gorbatschow-Masche, a.a.O., S. 134
11 William C. Bullitt, How we won the war and lost the peace, in: Life, New York, 30.7.1948
12 Zit. bei Henry A. Kissinger, Observation on U.S.-Soviet Relations, in: The Heritage Lectures, Washington, 1988, Nr. 174, S. 2
13 Zit. bei: Hans Graf Huyn, Die Atlantische Allianz – konventionelle Einheit und nukleare Sicherheit, Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford, California, Berlin, Juni 1987, S. 5
14 Zit. bei: Henry A. Kissinger, Observation on U.S.-Soviet Relations, a.a.O., S. 2
15 Zit. bei: Hans Graf Huyn, Die Atlantische Allianz – konventionelle Einheit und nukleare Sicherheit, a.a.O., S. 5
16 Neuer Wirbel um Andrej Sacharow, in: Neue Zürcher Zeitung, 3.3.1989, S. 2
17 Giulietto Chiesa, Die Rätsel des Plenums, in: L'Unità, Rom. 5.10.1988

18 Henry A. Kissinger, Gorbatschow kann mächtiger werden, als es Stalin je war, in: Welt am Sonntag, Nr. 42, 16.10.1988
19 Stanislaw Levchenko, On the wrong side – My life in KGB, New York, 1989, S. 266
20 Die Welt, Bonn, 15.7.1988
21 Alexander Rahr, Gorbachev changes party structure, in: Radio Liberty Research, München, 30.11.1988, S. 2
22 Neue Zürcher Zeitung, 22.3.1987
23 Kommunist, Nr. 4, 1988, S. 29
24 Lenin, Polnoe Sobranje Sotschinenij, in: Werke, Bd. 27, S. 372
25 Kommunist, Nr. 17, 1987, S. 21
26 Gorbatschow, Perestrojka, Stuttgart 1987, S. 33
27 Kommunist, Nr. 10, 1988, S. 66
28 Michail Gorbatschow vor den Mitgliedern des sowjetischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten am 23.5.1986, in: Vestnik, Ministerstva inostrannych del SSR, Nr. I (5.8.1987, S. 4 f., Zit. in: Gerhard Wettig, Gorbatschow auf Lenin-Kurs? – Dokumente zur neuen sowjetischen Politik, Köln 1988, S. 37 f.
29 Wladimir Tichonow, in: Sowjetskaja Kultura, Zit. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.2.1989
30 Botho Kirsch, Die Gorbatschow-Masche, a.a.O., S. 9
31 Dieter Lösch, Schafft Gorbatschow den Umschwung? – Ziele und Erfolgschancen der neuen sowjetischen Wirtschaftspolitik, in: MUT, Asendorf, Juni 1988, S. 10 ff.
32 Botho Kirsch, Die Gorbatschow-Masche, a.a.O., S. 20
33 Hermann von Berg, Prawda heißt seit Juni 1988 wirklich Wahrheit, in: MUT, Asendorf, Juli 1988, S. 10 ff.
34 Hermann von Berg, Prawda heißt seit Juni 1988 wirklich Wahrheit, a.a.O., S. 17
35 Alain Besançon, Gorbatschow ohne Illusionen, in: Kontinent, Bonn, Heft 4, 1988, S. 6 ff.
36 G. Belikowa, in: Ogonjok, 1987, Nr. 36
37 Die Welt, Bonn, 19.9.1988
38 Komsomolskaja Prawda, Moskau, 18.9.1987
39 Literaturnaja Gaseta, Moskau, 8.4.1987
40 Rede Gorbatschows vor dem Plenum des ZK der KPdSU am 27./28.1.1987, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Pahl-Rugenstein-Verlag, Stuttgart, Sonderdruck Nr. 340, 1987, S. 12
41 Michail Gorbatschow, Reden auf der Festsitzung und auf dem Treffen der Parteien und Bewegungen anläßlich des 70. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Ost-Berlin, 1987, S. 72
42 Blätter für deutsche und internationale Politik, Pahl-Rugenstein-Verlag, Stuttgart, Sonderdruck, Nr. 340, 1987, S. 58
43 Herbert Kremp, Gorbatschow, das Militär und der Rat ziviler Strategen, in: Die Welt, Bonn, 27.5.1989, S. 3
44 Gorbatschow, Perestrojka, a.a.O., S. 51

45 V. M. Tschebrikow, Rede zum 110. Geburtstag von Felix Dserschinski am 10.9.1987, Zit. in: Djilas on Gorbachev, A long conversation between George Urban and Milovan Djilas, in: Encounter, Pamphlet No. 18, London, 1988, S. 14
46 Dieter Lösch, Schafft Gorbatschow den Umschwung? a.a.O., S. 11
47 Dieter Lösch, Schafft Gorbatschow den Umschwung? a.a.O., S. 11
48 Werner Keller, Ost minus West = Null – Der Aufbau Rußlands durch den Westen, München/Zürich, 1963, S. 223
49 Werner Keller, a.a.O., S. 223
50 Werner Keller, a.a.O., S. 233
51 J. W. Stalin, Rede vor dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU im Februar/März 1937, in: Werke, Ost-Berlin 1955, Bd. 13, S. 189
52 Boris Meissner, Die Sowjetunion im Umbruch – historische Hintergründe, Ziele und Grenzen der Reformpolitik Gorbatschows, Stuttgart 1988, S. 26 ff.
53 Werner Keller, Ost minus West = Null, a.a.O., S. 238
54 Neues Deutschland, Organ des Zentralkomitees der SED, Ost-Berlin, 31.7.1961
55 Boris Meissner, Die Sowjetunion im Umbruch, a.a.O., S. 38 ff.
56 Alexander Uschakow, Mitteilung an den Autor in Verbindung mit seinem Artikel: Das Völkerrecht als Rechtsordnung – das völkerrechtliche Gewaltverbot und die Perestrojka, in: Osteuropa/Recht, Stuttgart, Dezember 1988, S. 233 ff.
57 Hermann von Berg, Prawda ... a.a.O., S. 20
58 Peter Gumbel, Gorbatschows frontaler Angriff auf die sowjetische Landwirtschaft, in: Welt am Sonntag, 18.12.1988, S. 45
59 Prawda, Moskau, 16. und 17.3. und 1.4.1989; vgl. auch: Begrenzte Wende in Moskaus Agrarpolitik, in: Neue Zürcher Zeitung, 18./19.3.1989, S. 3 und: ZK in Moskau billigt Agrarreform, in: Die Welt, Bonn, 17.3.1989, S. 1
60 V. A. Tichonow, In Krasnaja Swesda, Moskau, 16.2.1989, S. 2, vgl. auch: Erik Whitlock, Soviet agriculture after the March Plenum, in: Report on the USSR, Radio Liberty, München, 28.4.1989, S. 5 ff.
61 V. N. Semenov, Prodovolstvennaja Programma i Finansy, Moskau, 1985, S. 113
62 B. I. Gostew, Gosudarstvennij Bjudschet SSSR na 1989 i sadachi po ego ispolneniju, Finansij SSSR, Nr. 1, 1989, S. 7
63 Rose-Marie Borngässer, Wieder eine »Mißernte«, in: Die Welt, Bonn, 18.1.1989, S. 2
64 Reiner Weichhardt, Das wirtschaftliche Reformprogramm der Sowjets: eine Periode des Übergangs, in: NATO-Brief, Brüssel, September/Oktober 1988, Jg. 36, Nr. 5/88, S. 24 ff.
65 Peter Sager, Die Reformbewegung in der UdSSR, in: Zeitbild, Bern, Nr. 20, 1988, S. 7
66 Alexander Sinowjew, Unsere Zunge hat keine Knochen – Das Propagandagenie Gorbatschow und der Anfang vom Ende der Perestrojka, in: Epoche, München/Bad Reichenhall, April 1988, Heft 108, S. 40 ff.
67 Djilas on Gorbachev, a.a.O., S. 17 f.

68 Wolfgang Leonhard, Die Analyse: Es gibt keine Alternative zu dem Reformkurs in der Sowjetunion, in: Weltreport, Die Welt, Bonn, 21.10.1988
69 Carl Gustaf Ströhm, Stille Verschwörung gegen die Perestrojka – Wirtschaftsexperte Schmeljow zieht düstere Zwischenbilanz für Gorbatschows Reformvorhaben, in: Die Welt, Bonn, 2.5.1988
70 Sabine Katzke, Zum Neujahrsfest sind Moskaus Geschäfte leer, in: Münchner Merkur, 29.12.1988, S. 3
71 Rose-Marie Borngässer, Schlangen drohen Perestrojka zu erdrosseln, in: Die Welt, Bonn, 21.2.1989, S. 3
72 United States Information Service, Soviet Economic Reforms questioned in Congress, Bonn, 23.9.1988, S. 21
73 Henry A. Kissinger, Gorbatschow kann mächtiger werden, als es Stalin je war, in: Welt am Sonntag, 16.10.1988
74 Carl Gustaf Ströhm, KPdSU ist keineswegs Partei der Perestrojka – Gorbatschow-Kritikerin Andrejewa erinnert an Bernstein, in: Die Welt, Bonn, 4.11.1988
75 Prawda, Moskau, 25.9.1988
76 Jean-Marie Benoist, Gorbatchev à la croisée des chemins, in: Revue des deux mondes, Paris, Juni 1989, S. 50 ff.
77 Michail Gorbatschow, Zit. in: Neue Zürcher Zeitung, 22.3.1987
78 Alexander Uschakow, Das Völkerrecht als Rechtsordnung, a.a.O., S. 235
79 Alain Besançon, Gorbatschow ohne Illusionen, in: Kontinent – Ost-West-Forum, Bonn, Heft 4/1988, S. 13
80 Neue Zürcher Zeitung, 22.3.1987
81 Djilas on Gorbachev, in: Encounter, a.a.O., S. 14
82 Literaturnaja Gaseta, Moskau, 3.12.1986
83 Literaturnaja Gaseta, Moskau, 18.3.1987
84 Alain Besançon, Gorbatschow ohne Illusionen, a.a.O., S. 14
85 Alain Besançon, Gorbatschow ohne Illusionen, a.a.O., S. 13
86 Josef Darski, Perestrojka, wofür? in: Zeitbild, Bern, 1.6.1989, S. 8 f.
87 Michail Gorbatschow, Reden auf der Festsitzung und auf dem Treffen der Parteien und Bewegungen anläßlich des 70. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Ost-Berlin, 1987, S. 24 f., Zit. in: Klaus Motschmann, Politik in der Kirche – Glasnost, Perestrojka ... Wenn Wörter das WORT verdrängen, Neuhausen-Stuttgart, 1988, S. 50 ff.
88 TASS, Moskau, 4.2.1989
89 Gorbatschow, der lockert und lockert ... in: Der Spiegel, Hamburg, Nr. 50, 1988, S. 18 f.
90 Alain Besançon, Gorbatschow ohne Illusionen, a.a.O., S. 14
91 Botho Kirsch, Die Gorbatschow-Masche, a.a.O., S. 50 f.
92 Françoise Thom, Perestrojka et idéologie, in: Commentaire Paris, Nr. 52, Sommer 1988, S. 462
93 Alain Besançon, Gorbatschow ohne Illusionen, a.a.O., S. 13
94 Alain Besançon, Gorbatschow ohne Illusionen, a.a.O., S. 13
95 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.4.1987
96 Wolfgang Kasack, Wer was wo lesen darf, in: Die Welt, Bonn, 15.9.1988

97 Michail Gorbatschow, Perestrojka, a.a.O., S. 164
98 John Barron, KGB – Arbeit und Organisation des sowjetischen Geheimdienstes in Ost und West, Bern/München 1974
99 USIS – Embassy of the United States of America, Bonn, 6.9.1988, S. 23: Linda Feldmann, Soviets smile but fake stories continue
100 Einzelheiten hierzu finden sich in folgenden Publikationen:
- United States Department of State, Soviet Influence acitivities: A Report on Active Measures of Propaganda, 1986/87, Washington, Department of State Publication, Washington, Nr. 9627, August 1987
- Soviet-Active Measures in the Era of Glasnost – a Report to Congress by the United States Information Agency, Washington, März 1988 (Manuskript)
- Disinformation – Soviet Active Measures and Disinformation forecast. Washington, Institute for International Studies, Washington, Nr. 6., Sommer 1987
- Sowjetische Desinformation dauert trotz Glasnost unvermindert an – Auszüge aus USIA-Studie über sowjetische aktive Maßnahmen, in: Amerikadienst – Hintergrundmaterial, USIS, Bonn, 13.4.1988

101 Wladimir Wolkow, Le montage (Roman), Paris
102 Jean-François Revel, So enden die Demokratien, München, 1984, 2. Auflage
103 Sunzi, Die Kunst des Krieges – Herausgegeben und mit einem Vorwort von James Clavell, München, 1988, S. 35
104 Carl von Clausewitz, Vom Kriege – mit einer Einführung vom Chef des Generalstabes der Armee, Generaloberst Graf von Schlieffen, Berlin 1905
105 Ehrentreich/Löwning, Militärgeschichte/DDR, 5/78, S. 548
106 Sunzi, Die Kunst des Krieges, a.a.O., S. 36, 24 und 39
107 Klaus Hornung, Demokratischer Wohlfahrtsstaat und Sicherheitspolitik, in: Zeitschrift für Politik, Köln/Berlin IV, 1988, S. 377 ff.
108 Hans Graf Huyn, Sieg ohne Krieg – Moskaus Griff nach der Weltherrschaft, München, 1984
109 Richard Nixon, The real war, New York, 1979
110 André Beaufre, Totale Kriegskunst im Frieden, Berlin 1964, S. 142 ff.
111 Brian Crozier, Strategy of survival, London, 1978
112 Henry A. Kissinger, Kernwaffen und Auswärtige Politik, München, 1959, S. 280 ff.
113 Helmut Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, Stuttgart, 1965, S. 60 ff.
114 Klaus Hornung, Demokratischer Wohlfahrtsstaat und Sicherheitspolitik, a.a.O., S. 390 ff.
115 Neufassung des Parteiprogramms der KPdSU, beschlossen unter Generalsekretär Gorbatschow
116 Blätter für deutsche und internationale Politik, Pahl-Rugenstein-Verlag, Stuttgart, Heft 7/88, S. 893
117 Konferenz der ZK-Sekretäre der Parteien sozialistischer Länder für internationale und ideologische Fragen, Warschau, 22./23.1.1987
118 Hermann von Berg, a.a.O., S. 20
119 Josef W. Stalin, Probleme des Kommunismus

120 Hans Graf Huyn, Sieg ohne Krieg – Moskaus Griff nach der Weltherrschaft, München, 1984, S. 126 ff., vgl. auch: Luis A. Leoni Houssay, La conexion internacional del terrorismo, Buenos Aires, 1980, S. 171 ff.
121 Hans Graf Huyn, Für Frieden in Freiheit, Würzburg 1982, S. 33 ff.
122 Françoise Thom, in verschiedenen, zum Teil hier zitierten Schriften
123 Alain Besançon, a.a.O., S. 10 f.
124 vgl. auch Françoise Thom, Soviet propaganda under Gorbachev, in: Soviet Active Measures, People to People Contacts and the Helsinki Process, New York, 1986, S. 45 ff.
125 Prof. Afanasiew, in: Prawda, Moskau, 5.12.1986
126 E. A. Schewardnadse, Ansprache am 3.5.1987 vor den Diplomaten seines Ministeriums, in: Vestnik Ministerstva inostrannych del SSSR, Moskau, Nr. 1, 5.8.1987, S. 18
127 Beispielsweise: Guilietto Chiesa, Geheime Geschichte des Anti-Gorbatschow-Manifests, in: L'Unità, Rom, 23.5.1988
128 Terry McNeill, Gorbachev's first three years in power: Not so new political thinking in foreign policy, in: Radio Liberty Research, RL 76/88, München, 2.3.1988
129 W. I. Lenin, Briefe, Bd. IX, S. 175, Briefe an Außenminister Tschitscherin 1922
130 Einzelheiten hierzu: Hans Graf Huyn, Für Frieden in Freiheit. Reihe: Konfliktstudien. Würzburg, 1982, und: Hans Graf Huyn, Desinformation – die Verwundbarkeit der offenen Gesellschaft, in: Der politische Krieg – die reale Gefahr, Vorträge gehalten bei der Fachtagung der Europäischen Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung (EKMS) am 30./31.10.1985 in Muri bei Bern, herausgegeben vom Schweizerischen Ostinstitut Bern
131 Joel-François Dumont, L'URSS à l'affut de l'innovation, in: Désinformation Hebdo – la lettre de l'Institut d' études de la Désinformation, Paris, No. 72, 21.7.1988, S. 4
132 Interview in Rauhahn Puolesta Lehti, Helsinki, September 1988, Nr. 5/88
133 Peter Weiss, Neustrukturierung des Weltfriedensrates – Moskau setzt den kalten Krieg fort, in: Schweizerzeit, Flaach, 10.2.1989, S. 5
134 Peter Weiss, Moskaus Pläne für eine »Grüne Internationale«, in: Schweizerzeit, Flaach, 16.10.1987, S. 5
135 Nowosti (Deutschsprachiger Dienst), 31.10.1988, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ostinformationen, Bonn, 2.11.1988, S. 19
136 Wer sich verteidigen kann, bleibt politikfähig, in: Rheinischer Merkur, Köln, 17.2.1989
137 Botho Kirsch, Unser Europa – Gorbatschows Europa?, Stuttgart/Bonn, 1989, S. 32
138 Nikolai Sergejewitsch Portugalow, Artikel in der deutschsprachigen Ausgabe von Moskau News, Köln, November 1988, Zit. in: Helmut Bärwald, Verfeinerte Westarbeit, in: Info ch – Schweizerischer politischer Informationsdienst, Zürich, Nr. 12, 7.12.1989, S. 4
139 In der BRD werden umfassend die Perspektiven einer neuen Sicherheitspolitik erörtert, Kommentar von A. Scholkwer, in: Zentrales Sowjetisches Fern-

sehen (Russisch), 11.1.1989, Zit. in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ostinformationen, Bonn, 12.1.1989, S. 1

140 Hans Rühle, Es gibt keine »Akzeptanzkrise« deutscher Sicherheitspolitik, in: Die Welt, Bonn, 12.1.1989

141 Thomas Kielinger, Im Meer des Wunschdenkens – wer bremst die deutsche Abrüstungseuphorie, in: Rheinischer Merkur, Köln, 27.1.1989

142 Julij Kwizinskij, Interview in: Augsburger Allgemeine, Augsburg, 7.3.1989

143 Bundesnachrichtendienst, 1977, Zit. in: Hans Graf Huyn, Für Frieden in Freiheit. Reihe Konfliktstudien. Würzburg, 1982, S. 34

144 Die Russisch-orthodoxe Kirche und ihre Rolle im internationalen Friedenskampf, in: IAP-Dienst – Sicherheitspolitik, Bonn, Nr. 23, 15.11.1988

145 Urs Len, Ansätze zu neuer marxistisch-leninistischer Religionstheorie – Recht ist, was nützt! in: Schweizerzeit, Flaach, 4.11.1988

146 Jakowlew in: Westnik Akademii, Nank SSR, Nr. 6/87, S. 69

147 Religion muß bekämpft werden, Kathpress, 12.10.1987, Zit. in: Glaube in der Zweiten Welt, Zollikon, 15. Jg., Nr. 10

148 Peter Weiss, Doppelgleisige Religionspolitik Gorbatschows, in: Schweizerzeit, Flaach, 17.6.1988

149 Keston College (Großbritannien) Keston News Service, Nr. 311

150 Unbedeutende Zugeständnisse, in: Echo der Liebe – Liebeswerk Kirche in Not/Ostpriesterhilfe, Herausgeber: P. Werenfried van Straaten, O. Praem., Königstein, Januar 1989

151 Petras Grazulis, Lagerleben in Pravieniskes, in: Glaube in der Zweiten Welt, Küsnacht, 1989, Nr. 3, S. 12 ff.

152 Gerd Stricker, Gorbatschow braucht die Gläubigen – einige Gedanken nach Abschluß der Millenniumsfeierlichkeiten in Moskau, in: Glaube in der Zweiten Welt, Zollikon, 1988/16, Jg./Nr. 7/8

153 Gorbatschow spricht von neuem Verhältnis Kirche – Staat, Radio Moskau, internationaler Dienst in deutscher Sprache, 30.4.1988/15.15 gmt, in: Monitor-Dienst der Deutschen Welle (Osteuropa), S. 8, Köln, 2.5.1988

154 Hoher russisch-orthodoxer Mitarbeiter kehrt nach Urlaub nicht zurück – ein Sowjet-Agent im Weltkirchenrat? Meldung von Idea, in: Schweizerzeit, Flaach, 21.10.1988

155 Christoph Lötsch, Gorbatschows Politik als Dopingspritze – Glaubensbewegung gerät wieder unter Druck, in: Münchner Merkur, 14./15.5.1988

156 Gläubige wieder vermehrt unter Druck, in: Glaube in der Zweiten Welt, Zollikon, 1988/16, Jg./Nr. 10

157 Brief von Mykola Rudenko, in: Glaube in der Zweiten Welt, Zollikon, 1988/16, Jg./Nr. 1

158 Bischof Josef Stimpfle, Bericht über die Bistumswallfahrt der Diözese Augsburg in die Ukraine und nach Rußland, in: Die ukrainische katholische Kirche, München, 1989, S. 137 ff.

159 Leonardo Boff, in: Jornal do Brasil, Rio de Janeiro, 6.4.1980

160 Ricardo de la Cierva, Jesuitas, Iglesia y Marxismo, 1965–1985 – La teología de la liberación desenmascarada, Esplugues de Llobregat, Barcelona, 1986

161 B. M. Pasika, Die Theologie der Befreiung, in: Voprosi philosophii (Philoso-

phische Monatsschrift der sowjetischen Akademie der Wissenschaften), Moskau, Nr. 1, Januar 1985
162 Jacques Bonomo, La croix, la faucille et le marteau – Géopolitique de l'insurrection évangélique, in: Politique Internationale, Paris, Nr. 37, Herbst 1987, S. 285 ff.
163 Pater Werenfried van Straaten, O. Praem., Beten für Gorbatschow – Predigt am 4.5.1989, Stiftskirche/Basilika Altötting, Manuskript in: Vorträge der Begegnungstage für Freunde und Wohltäter vom 2.5.–5.5.1989, Franziskus-Haus, Altötting, Kirche in Not/Ostpriesterhilfe, München, 1989
164 Radio Moskau, Zit. in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/ Nachrichtenspiegel I, Bonn, 8.12.1988, S. 1
165 Weltfriedensrat, Aktionsprogramm 1988, Helsinki 1988, S. 5 f.
166 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nachrichtenspiegel I, Bonn, 27.10.1988, S. 1
167 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nachrichtenspiegel I, Bonn, 27.10.1988, S. 1
168 United States Information Service, Amerikanische Botschaft Bonn, Nr. 203, 27.10.1988, S. 49
169 Radio Moskau (Deutsche Sprache), 11.10.1988/17.00 Uhr, Zit. in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Ostinformationen, Bonn, 12.10.1988, S. 12
170 Ernst Levy, Zweifel an Moskaus Zahlenspielen – wieviele politische Gefangene wird der Kreml freilassen? Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.11.1988
171 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.11.1988
172 Wladimir Bukowski auf der Fachtagung der Gesellschaft Kontinent unter der Leitung von Cornelia Gerstenmaier, Bonn/Bad Godesberg, 15.10.1988
173 No Fundamental Human Rights Changes Seen in Soviet Union – Article on State Department Human rights Report. USIS, Bonn, 9.2.1988, S. 7
174 Richard Schifter, Rede vor dem Kongreß über mäßige sowjetische Fortschritte bei Menschenrechten, in: Amerika-Dienst/Dokumentation, Bonn, 15.2.1989, S. 1 ff.
175 Bill Keller, Soviet psychiatry still open to abuse, experts say, in: International Herald Tribune, Zürich, 13.3.1989, S. 1
176 Sacharow doch nominiert, in: Die Welt, Bonn, 23.1.1989, S. 1
177 In Sowjet-Lagern wird weiter geprügelt – auch in der Gorbatschow-Zeit gehören Erniedrigungen der Häftlinge zum Alltag, in: Münchner Merkur, 19.10.1988
178 W. I. Lenin, Zit. in: Françoise Thom, Sowjetische Desinformation aktuell beleuchtet, in: IPZ-Information, Institut für politische Zeitfragen, Zürich, August 1988, S. 16
179 W. I. Lenin, Rede über Krieg und Frieden auf dem VII. Parteitag, in: Ausgewählte Werke, Bd. 2, S. 344
180 Lenin 1922, Zit. in: Françoise Thom, Sowjetische Desinformation aktuell beleuchtet, a.a.O., S. 10
181 W. I. Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 25

182 Angola: Watch out for Soviet deception, Zit. aus: Peter Wright, Spycatcher, in: Update, Lyndhurst, August 1988, S. 4
183 vgl.: Ernst Topitsch, Stalins Krieg – die sowjetische Langzeitstrategie gegen den Westen als rationale Machtpolitik, München, 1985, vgl. auch: Viktor Suworow, Der Eisbrecher – Hitler in Stalins Kalkül, Stuttgart, 1989
184 Ion Mihai Pacepa, Red Horizons, Washington D.C., 1987
185 Ion Mihai Pacepa, Red Horizons, a.a.O., S. 32
186 I. A. Selesnjow, Krieg und ideologischer Kampf, Zit. in: Klaus Hornung, Gorbatschow und die Deutsche Frage – der Zwang zur Atempause: Perestrojka für Peredyshka, in: MUT, Asendorf, Dezember 1988, S. 36 ff.
187 Françoise Thom, Sowjetische Desinformation aktuell beleuchtet, a.a.O., S. 10
188 Alexander Zinoviev, El Gorbachevismo, Instituto de ciencia politica, Santiago de Chile, September 1987
189 Michail Gorbatschow, Rede vom 14.12.1987
190 An inside-view Soviet Active Measures and Disinformation Forecast. Washington, Nr. 8, Winter 1988, S. 16
191 Harald Posny, US-Profis werben für Gorbatschow, in: Die Welt, Bonn, 14.3.1988
192 Joel-François Dumont, France – URSS: Les Gaulois irréductibles, in: Désinformation hebdo Nr. 46, Paris, 1988
193 Das Schweizerische Ostinstitut in einer veränderten Welt – eine Standortbestimmung, in: Zeitbild, Bern, 6.10.1988
194 Die Welt, Bonn, 19.10.1988
195 Clemens Range, Bundeswehr-Generäle kritisieren mangelnde Unterstützung der Politiker, in: Die Welt, Bonn, 4.11.1988
196 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nachrichtenspiegel/ Ostteil, Bonn, 15.11.1988, Nr. 219, S. 1
197 Otto Reinhold, in: Horizont, Ostteil, Nr. 7/1987
198 Jevgeni Primakow, in: Prawda, Moskau, 10.7.1987
199 John Barron, in: Readers' Digest, November 1988, Zit. in: Peter Weiss, Neue Abteilungen des KGB – der sowjetische Geheimdienst operiert immer raffinierter, in: Schweizerzeit, Flaach, 2.12.1988, S. 5
200 Houston Post, 2.1.1989
201 Times Magazine, 4.7.1988
202 Kyodo, Tokyo, 30.12.1988
203 Washington Times, 28.2.1989
204 Israel Shelanu, New York, 31.3.1989
205 Radio Stockholm, 14.10.1988
206 Aftenposten, 14.1.1989, Kopenhagen
207 Neue AZ, Wien, 22.2.1989
208 Der Standard, Wien, 2.2.1989
209 Le Vif/L'express, 24.2.1989
210 Reiner Gatermann, Frau Thatcher warnt mit Rauswurf von Sowjets die NATO vor dem Kreml, in: Die Welt, Bonn, 24.5.1989
211 KGB unvermindert aktiv, in: Die Welt, Bonn, 16.12.1988, S. 8

212 Welt am Sonntag, 15.1.1989
213 »Alle großen Anarchisten starben am 23.«, in: Der Spiegel, Hamburg, Nr. 24/1989, S. 87 ff.
214 Keine Entspannung im östlichen Geheimdienst, in: Deutsche Tagespost, Würzburg, 1.6.1989
215 Michail Gorbatschow, Rede des sowjetischen Staats- und Parteichefs vor der 43. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ostinformationen-Sonderdienst, Bonn, 8.12.1988, S. 15
216 vgl. Hans Graf Huyn, Die Sackgasse, Deutschlands Weg in die Isolierung, Stuttgart, S. 23–60
217 Mitteilung von Salvador de Madariaga an den Autor
218 H. G. Behr, Die Söhne der Wüste, Bergisch Gladbach, 1978
219 W. I. Lenin, Was tun? in: Werke, Bd. 5, S. 355 ff.
220 W. I. Lenin, Vorschläge des ZK der SDAPR an die zweite sozialistische Konferenz, in: Werke, Bd. 19, S. 71
221 W. I. Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, in: Werke, Bd. 19, S. 408 ff.
222 IAP-Dienst, Sicherheitspolitik Nr. 22, Bonn, 2.11.1988, S. 3
223 Herbert Kremp, Moskaus Meer-Zweckwaffe, in: Die Welt, 7.9.1988
224 Shultz: Sowjetischer Vorschlag behebt Ungleichgewicht in Europa nicht, in: Amerika-Dienst/Hintergrundmaterial, USIS, Bonn, 14.12.1988
225 G. Hubatschek, Gorbatschows Streitkräftereduzierung – Aspekte zur Bewertung des Vorschlages, in: IAP-Dienst – Sicherheitspolitik, Bonn, 10.1.1989, S. 6 ff.
226 Jefim Fistein, Geist und Sendung des russischen Heeres, Manuskript 1989, S. 15
227 Georg Bruderer, Gibt es sie real? in: Zeitbild, Bern, 1.6.1989, S. 6 ff.
228 Überlegungen zu den Auswirkungen der Doppel-Null-Lösung für INF-Flugkörper auf die Strategie der flexiblen Reaktion, in: Deutsche Atlantische Gesellschaft e. V., Berichte – Anlaysen – Aktivitäten – Meinungen, Bonn, Beilage 4/1987
229 Die Null-Lösung II ist falsch – Die Zehn-Punkte-Erklärung der CSU zur Sicherheitspolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.9.1987
230 General Bernard W. Rogers, Garde Haute – Auszüge aus seiner Konferenz in National Strategy Information Center, Washington D.C., in: Desinformation, Hebdo, Paris, Nr. 49, 11.2.1988
231 Henry A. Kissinger, Verwirrung und Zorn – die schwerste Krise der NATO, in: Welt am Sonntag, 11.10.1987
232 Fritz Wirth, In Houston schlug die Stunde der Underdogs, in: Die Welt, Bonn, 30.10.1987
233 Horst Teltschik, Stärkung des europäischen Pfeilers der Allianz konkret in Angriff nehmen – Was sind die wesentlichen Lehren aus den Verhandlungen mit der Sowjetunion? in: Die Welt, Bonn, 4.12.1987
234 Die sowjetische Nichteinhaltung bestehender Rüstungskontrollabkommen – Veröffentlichung des amerikanischen Außenministeriums – Dezember

1985, in: Amerika-Dienst/Sonderdienst United States Information Service, Bonn, 16.7.1986

235 Die sowjetische Nichteinhaltung bestehender Rüstungskontrollabkommen, a.a.O., S. 4

236 Die sowjetische Nichteinhaltung bestehender Rüstungskontrollabkommen, a.a.O., S. 6

237 Lothar Rühl, Den Sowjets verbleiben noch immer ausreichende Optionen, in: Die Welt, Bonn, 2.11.1987

238 Lothar Rühl, Den Sowjets verbleiben noch immer ausreichende Optionen, a.a.O.

239 Bericht des Chefs der Defense Intelligence Agency (DIA), Peroots am 27.4.1988 vor der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Brüssel, Bericht hierüber von Karl Feldmeyer, Moskau beschafft Ersatz für die Mittelstrekkenraketen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.4.1988

240 Ost-Berliner Erklärung des Warschauer Paktes vom 29.5.1987, Zit. in: Lothar Rühl, Seit Lenin und Trotzki heißt die Sowjet-Strategie Angriff und Sieg, in: Die Welt, Bonn, 3.2.1988

241 Sergej Achromejew, Doktrin zur Verhütung eines Krieges, zum Schutze des Friedens und des Sozialismus, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Heft 12/12.87, S. 1614 ff.

242 Sergej Achromejew, Doktrin zur Verhütung eines Krieges, a.a.O., S. 1618

243 Lothar Rühl, Seit Lenin und Trotzki heißt die Sowjet-Strategie Angriff und Sieg, a.a.O.

244 Lothar Rühl, Seit Lenin und Trotzki heißt die Sowjet-Strategie Angriff und Sieg, a.a.O.

245 Lothar Rühl, Seit Lenin und Trotzki heißt die Sowjet-Strategie Angriff und Sieg, a.a.O.

246 Lothar Rühl, Seit Lenin und Trotzki heißt die Sowjet-Stategie Angriff und Sieg, a.a.O.

247 Peter Weiss, Ogarkows Männer im Aufstieg – gezielte Umstrukturierung der Sowjet-Streitkräfte, in: Schweizerzeit, Flaach, 2.10.1987

248 Peter Weiss, Offensive an der Propaganda-Front – die defensive Militärdoktrin der Sowjetunion, in: Schweizerzeit, Flaach, 11.12.1987

249 General John R. Galvin, Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa in der Anhörung vor dem Repräsentantenhaus: Die UdSSR hat ihre offensive militärische Haltung nicht verändert, 30.9.1988

250 Herbert Kremp, Die Achromejew-Doktrin, in: Die Welt, Bonn, 6.10.1988

251 Lothar Rühl, Kosten der Roten Armee, in: Die Welt, Bonn, 1.6.1989, S. 2

252 Geheimnis um Militärhaushalt, in: Deutschland-Magazin, Breitbrunn, Februar 1989, S. 31

253 Anton Krakan, Die sowjetische Präferenz für konventionelle Kriegsführung in Europa – Strategische und operative Konsequenzen. Bericht Nr. 8/88 des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1988. Zusammenfassende Bewertung in: IAP-Dienst Sicherheitspolitik, Bonn Nr. 17/23.7.1988

254 Rüdiger Moniac, Generalinspekteur Wellershoff warnt vor Abrüstungseuphorie: UdSSR rüstet weiter, in: Die Welt, Bonn, 12.2.1988
255 Frank C. Carlucci, Das sowjetische Militär: Offene Worte, aber keine Taten, in: Wall Street Journal, New York, 30.7.1988
256 Vizepräsident George Bush, Einführungsschreiben vom 23.11.1987 an U.S. Global Strategy Council, Space Support of U.S. National Security, Washington D.C., 1988, Kapitel IV
257 Soviet Military Power 1988 – Siebente Dokumentation des amerikanischen Verteidigungsministeriums, Washington D.C., 29.4.1988
258 Soviet Military Power 1988, a.a.O., Vorwort von Verteidigungsminister Frank C. Carlucci
259 Michail Voslensky, Gorbatschow – Erwartung und Realität – Vortrag auf dem außenpolitischen Kongreß der CSU am 7.5.1988 in München
260 C. Graf Brockdorff, Brüssel, Die Sowjetunion rüstet ungebremst auf Angriff – beklemmende Berichte der Geheimdienste für die NATO, in: Die Welt, Bonn, 5.10.1988
261 Lothar Rühl, Die konventionelle Stabilität vom Atlantik bis zum Ural steht im Vordergrund künftiger Verhandlungen zwischen Ost und West, in: Die Welt, Bonn, 16.3.1988
262 Frank C. Carlucci, Das sowjetische Militär: Offene Worte, aber keine Taten, in: Wall Street Journal, New York, 30.7.1988
263 Neue Zürcher Zeitung, 18.11.1988
264 D. T. Jasow, in: Prawda, Moskau, 8.2.1988
265 Cay Graf Brockdorff, Drei Flugzeugträger für die Rote Flotte, in: Welt am Sonntag, 11.6.1989
266 G. Graffenberger, Oslo besorgt über Moskauer Marineaktivität, in: Die Welt, Bonn, 2.1.1989, S. 8
267 Fritz Wirth, US-Generalstabschef will in Moskau Abrüstungsangebote definiert haben, in: Die Welt, Bonn, 13.6.1989, S. 12
268 NATO-Verteidigungsminister: Moskau modernisiert weiter, in: Bonner Rundschau, Bonn, 8.6.1989
269 Boris Meissner, Das Aktionsprogramm Gorbatschows – Die Neufassung des III. Parteiprogramms der KPdSU, Köln, 1987, S. 103
270 Karl Marx, Berichte in der New York Daily Tribune, Marx contra Rußland, Seewald-Verlag, Stuttgart, 1960, Herausgeber: Johann-Anton Doerig
271 Jacques Bellettini, La Géopolitique de Sir Halford Mackinder et l'ère nucleaire, in: Stratégi, revue trimestrielle de recherches et d'études stratégiques, Paris, 1983, S. 111 ff.
272 Homer Lea, Die Stunde der Angelsachsen, 1912
273 Verfassung der UdSSR vom Juni 1977, Artikel 28
274 M. Rapoport, Das Wesen des modernen Völkerrechts, in: Sowjetstaat und Recht, Moskau, 1941
275 Artikel im Auftrag des Zentral-Komitees der KPdSU, Prawda, Moskau, 9.10.1979
276 Revidiertes Parteiprogramm der KPdSU, verabschiedet auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU, Moskau, Frühjahr 1986

277 Michail Gorbatschow, Reden auf der Festsitzung und auf dem Treffen der Parteien und Bewegungen anläßlich des 70. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Ost-Berlin, 1987, S. 74

278 Peter Sager, Die sowjetische Außenpolitik unter Gorbatschow und nach Tschernobyl – Krise im Ost-West-Spannungsfeld – Ursachen und Lösungsmöglichkeiten, in: SOI – Sonderdruck 24, Bern, 1986, S. 30

279 vgl. auch Charles Glickham, New Directions for Soviet foreign policy, in: Radio Liberty, Supplement Nr. 2/86, München, 6.9.1986

280 Jeffrey Checkel, Gorbachev's »New political Thinking« and the information of Soviet foreign policy, in: Radio Liberty Research Bulletin, 32. Jg., Nr. 40, München, 5.10.1988, RL 429/88, S. 3

281 Alain Besançon, Gorbatschow ohne Illusionen, a.a.O., S. 15 f.

282 Galvin: Wir orientieren uns nicht an Absichtserklärungen, in: Die Welt, Bonn, 3.11.1988

283 Henry A. Kissinger: Gorbatschow kann mächtiger werden, als es Stalin je war, in: Welt am Sonntag, 16.10.1988

284 Alexander Bowin, Zit. in: Peter Sager, Die Reformbewegung in der UdSSR, a.a.O., S. 8

285 Wjatscheslaw Daschitschew, Zit. in: Die Welt, Bonn, 24.5.1988

286 Michail Voslensky auf der Konferenz der Gesellschaft Kontinent, Bonn/Bad Godesberg, 15.10.1988

287 Carl Gustaf Ströhm, Neue Töne aus Moskau, in: Die Welt, Bonn, 3.9.1988

288 Breschnew-Doktrin, Zit. in: Hans Graf Huyn, Fünf vor Zwölf – Die Welt nach Afghanistan, Wien/München/Zürich/New York, 1980, S. 33

289 Artikel zur Breschnew-Doktrin, in: Zivot Strany, Prag, August 1988, Zit. in: Viktor Meier, Der Widerstand bleibt aus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.8.1988

290 M. Gorbatschow, Rede vom 16.9.1986 in Krasnodar, Zit. in: Werner Grünthal, Ideologischer Kampf Gorbatschows durch Glasnost und Perestrojka, Vortragsmanuskript, Weiler-Eyenbach, 16.7.1988

291 Prawda, Moskau, 10.7.1987

292 Alexander Sinowjew, Unsere Zunge hat keine Knochen ... a.a.O., S. 41

293 Henry A. Kissinger, Observations on U.S.-Soviet relations, a.a.O., S. 1

294 Siad Barre, Zit. in: Richard Nixon, The real war, New York, 1980. Deutsch: So verlieren wir den Frieden – Der Dritte Weltkrieg hat schon begonnen, Hamburg, 1980, S. 34 f.

295 Anneliese Poppinga (Hrsg.), Konrad Adenauer – Geschichtsverständnis, Weltanschauung und politische Praxis, Stuttgart, 1975, S. 91 f. und S. 124 f.

296 F. J. Strauß, Deutschland, Deine Zukunft, Stuttgart, 1975, S. 83 ff.

297 Radio Peking (Deutsch), 22.11.1988, in: Bundespresseamt, Ostinformationen, Bonn, 23.11.1988, S. 7

298 Keesing's Archiv der Gegenwart, XXIV. Jg. 1954, Essen/Wien/Zürich, S. 4411

299 Keesings's Archiv der Gegenwart, XXIV. Jg., a.a.O., S. 4842 f.

300 Hans Graf Huyn, Der Angriff – Der Vorstoß Moskaus zur Weltherrschaft, Wien/München/Zürich/Innsbruck, 1978, S. 118

301 Prawda, Moskau, 24.11.1981
302 Sowjetunion heute, Bonn, Nr. 2, Februar 1983, Beilage, S. XIII
303 Iswestija, Moskau, 19.12.1984, S. 4
304 Prawda, Moskau, 21.2.1985
305 Mikhail Gorbachev, Perestrojka, New York, 1987, S. 208
306 Prawda, Leitartikel: »Europa – Unser gemeinsames Haus«, Moskau, 13.11.1985, S. 4
307 Prawda, Moskau, a.a.O., 13.11.1985
308 Iswestija, Moskau, 25.9.1985, S. 5, vgl. auch: Hannes Adomeit, Gorbatschows Westpolitik, in: Osteuropa, Stuttgart, Juni 1988, S. 422 ff.
309 Radio Moskau, Moskau, 28.2.1973
310 Neues Deutschland, Ost-Berlin, 18.2.1978
311 Bernt Conrad, Moskau sucht über Bonn Einfluß in der NATO, in: Die Welt, Bonn, 9.8.1986
312 Bernt Conrad, Gemeinsames Haus nicht gefährden, in: Die Welt, Bonn, 1.8.1988
313 Gorbatschow besorgt über EG-Gedanken Österreichs, in: Die Welt, Bonn, 13.10.1988
314 Peter Sager, Die sowjetische Außenpolitik unter Gorbatschow und nach Tschernobyl, a.a.O., S. 46 f.
315 Andrej Gromyko, Zit. bei: Lothar Rühl, Wohlberechnete Züge im Raketenschach, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.6.1987
316 Prawda, Moskau, 23.3.1934
317 William Branigan, Soviet military operations, Seen Increasing in the pacific, in: The Washington Post, Washington, 1.8.1986
318 Weißbuch der japanischen Regierung, Japan's Paper, Tokyo, August 1986
319 Kenneth J. Conboy, After Vladivostok: Gorbachev's Asian inroads, Asian Studies Center, The Heritage Foundation, Washington, Januar 1988
320 Merdek, Djakarta, 22.7.1987, Zit. in: Gorbatschows Strategie in Asien, Schweizerzeit, Flaach, 30.10.1987
321 Milan Hauner, Gorbachev in Krasnojarsk New Soviet disarmament proposals for Asia, in: Radio Liberty Research, München, 17.9.1988
322 Soviet Military Power, Washington 1987, S. 9 und S. 69
323 Bauer, Edgar, »Großer Sprung« weg vom Marxismus, in: Münchner Merkur, 30.10.1987
324 TASS, Russischer Dienst, Moskau, 6.12.1988
325 Prawda, Moskau, 6.12.1988
326 In eigener Sache – Gespräch in China, in: IAP-Dienst, Bonn, Nr. 21/1988
327 Verteidigungs-Weißbuch der japanischen Regierung, Tokyo, 1988
328 Herbert Kremp, Langer Marsch nach China, in: Die Welt, Bonn, 6.8.1986
329 Dieter Heinzig, Sowjetisch-chinesische Beziehungen im Aufwind: der Weg zum Gipfeltreffen, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, Nr. 9/1989
330 Xinhua (Englisch), 11.5.1989, in: BPA/Ostinformationen, Bonn, 12.5.1989, S. 36
331 J. Grotzky, Gorbatschow als globalpolitischer Stratege, in: Schweizeri-

scher Rundfunk, 17.5.1989, BPA/Kommentarübersicht I, Bonn, 18.5.1989, S. 1 f.

332 Herbert Kremp, Chinas Reformer am Ende ihrer Kraft, in: Welt am Sonntag, 30.4.1989, S. 25

333 Deng Xiaoping vor dem chinesischen Fernsehen (Chinesisch), Peking, 9.6.1989, in: Monitor-Dienst der Deutschen Welle (Asien), Köln, 12.6.1989, S. 5 f.

334 Radio Beijing (Chinesisch), Peking, 8.6.1989, in: Monitor-Dienst der Deutschen Welle (Asien), Köln, 12.6.1989, S. 7 f.

335 Patrick Moore, A Watershed in Chinese Communist History? in: Radio Free Europe Research, München, 7.6.1989

336 Far Eastern Economic Review, Hong Kong, 1.6.1989

337 Verteidigungs-Weißbuch der japanischen Regierung, »Japan's Paper«, Tokyo, August 1986

338 Kaum Bewegung im Verhältnis Moskau-Tokyo – Keine Annäherung im Territorialkonflikt, in: Neue Zürcher Zeitung, 23.12.1988

339 Hans Graf Huyn, Sieg ohne Krieg – Moskaus Griff nach der Weltherrschaft, München 1984, S. 118 ff., vgl. auch John Barron, KGB – Arbeit und Organisation des sowjetischen Geheimdienstes in Ost und West, Bern/München, 1974, vgl. auch Xing-hu Kno, Nord-Korea – Ein fernöstlicher Gulag, Stuttgart, 1983

340 Dayl M. Blunk, North-Korea: Exporting Terrorism, in: Heritage Foundation, Asian Studies Backgrounder No. 74, Washington, 25.2.1988, vgl. auch: Erklärung des Außenministers der Republik Korea, Kwang-Soo Choi vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 16.2.1988

341 Benjamin E. Schemmer, The Pacific Naval Balance, in: Army Forces Journal International, Washington, April 1984, S. 34

342 The Military Balance, Washington, 1987/88, S. 45

343 Korean Times, Seoul, 31.12.1988

344 Interview with jailed former CPP-Leader Salas, in: Yomiuri Shimbun, Tokyo, 15.1.1987

345 Lief Rosenberger, The Soviet's Hidden Hand, in: The Asian Wall Street Journal, 1.7.1987, vgl. auch: NPA said supported by Foreign Communists, in: The Manila Chronicle, 3.3.1988, S. 7

346 Timoce Bavandra, Self-Determination for a Nuclear Free Pacific, in: South Pacific Forum, Dezember 1985, S. 165 f.

347 USSR Seeks Shipping, Fishing agreements, in: Manila Bulletin, 25.3.1987, vgl. auch: The Manila Chronicle, 21.4.1987, S. 4

348 Richard D. Fisher, Jr., Blocking Soviet Gains in Asia with a Reinvigorated Reagan-Doctrine, Asian Studies Center Backgrounder, The Heritage Foundation, Washington, März 1988, S. 5

349 Japan Times, Tokyo, 16.5.1987, S. 3

350 The Russians are landing, in: The Economist, London, 28.4.1984, S. 42

351 Soviet Military Power, Washington, 1987, S. 137

352 William R. Kintner, Soviet Global Strategy Fairfax, 1987, S. 186

353 Intelligence Digest Weekly Review Cheltenham, 17.9.1980

354 Wolfgang von Erffa, Asiens anderes Gesicht, München, 1988, S. 38, vgl. auch: Heinzig, Indochina and Problems of Security and Stability in South-East-Asia, Institute of Asian Studies, Chulalongkorn, University Press, Bangkok, 1983, S. 139
355 Joseph Pozsgai, Wende in der Weltpolitik? in: Zeitbild, Bern, Nr. 19/88, S. 4
356 Wolfgang von Erffa, Asiens anderes Gesicht, a.a.O., S. 46
357 Wolfgang von Erffa, Asiens anderes Gesicht, a.a.O., S. 52
358 Jochen Hehn, Vietnams Zivilberater beherrschen Kambodscha, in: Die Welt, Bonn, 20.12.1988, S. 5
359 Xinhua, Englischer Dienst, 27.11.1988, Radio Beijing, Chinesischer Dienst, 25.11.1988
360 Neue Kambodscha-Gespräche in Indonesien, in: Neue Zürcher Zeitung, 20.2.1989, S. 2
361 Augustín Toto Dávila, Una encrucijada geoestratégica en el sudeste de Asia (El triángulo Militar), in: Política y Geoestratégia, No. 48, Santiago de Chile, Oktober/November/Dezember 1988, S. 59 ff.
362 Stephen Sestanovisch, Gorbachev's Foreign Policy: A Diplomacy of Decline, in: Problems of Communism, Washington, Januar/Februar 1988, Vol. XXXVII, S. 13
363 Sofie Quinn-Judge, A Bear Hug for ASEAN, in: Far Eastern Economic View, Hongkong, 3.3.1988
364 Foreign Broadcast Information Service, Daily Report (FBIS), East-Asia, Washington, 18.9.1987, S. 17
365 Kenneth J. Conboy, After Vladivostok: Gorbachev's Asian Inroads, in: Asian Studies Center, Backgrounder, The Heritage Foundation, Washington, 25.1.1988, No. 73, S. 3
366 FBIS, Sovietunion, Washington, 22.12.1987
367 FBIS, East-Asia, Washington, 15.7.1987, S. M 1
368 FBIS, East-Asia, Washington, 19.5.1987, S. J 1
369 FBIS, East-Asia, Washington, 18.7.1987, S. M 6
370 FBIS, East-Asia, Washington, 8.9.1987, S. 30
371 Prawda, Moskau, 9.2.1988
372 New York Times, New York, 24.2.1988, S. A 14
373 Meschdunarodnaja schisn, Moskau, Nr. 7/88
374 Die Welt, Bonn, 7.12.1988, S. 12
375 Die Welt, Bonn, 18.2.1989, S. 8
376 Douglas Clarke, New Soviet Weapons in Afghanistan, in: Radio Free Europe Research, RAD-Backgrounder Report 226, München, 17.11.1988
377 Xinhua, Englischer Dienst, Peking, 20.12.1988 (Aus Islamabath)
378 H. Erikssen, Mudschahedin beenden Dialog, in: Die Welt, Bonn, 10.1.1989, S. 8
379 Berliner Morgenpost, Berlin, 18.12.1988, S. 2
380 U.S. State Department, Patterns of Global Terrorism: 1987, Washington, August 1988, S. 27
381 Abdul Rashid, The Afghan Resistance: Its Background, Its Nature and the

Problem of Unity, in: Rosanne Klass (Hrsg.), Afghanistan: The great game revisited, New York, 1987, S. 222 ff.

382 Prawda, Moskau, 12.1.1980

383 Le Figaro, Paris, 15.2.1989

384 Rose-Marie Borngässer, Sowjetmedien berichten über Fehler in Afghanistan, in: Die Welt, Bonn, 21.2.1989, S. 10

385 Klaus Natorp, Rückzug von verbrannter Erde, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.4.1988

386 Hans Graf Huyn, Sieg ohne Krieg, a.a.O., S. 250 ff. und 278 ff.

387 Gemeinsame Sowjetisch-indische Erklärung (TASS), in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ostinformationen, Bonn, 21.11.1988

388 Vorsichtige Annäherung Indiens und Chinas – wenig Konkretes beim Besuch Ghandis in Peking, in: Neue Zürcher Zeitung, 23.12.1988 (Fernausgabe), S. 3, und: Peter Dienemann, Ghandis Peking-Reise gleich nach Gorbatschow-Besuch, in: Die Welt, Bonn, 21.12.1988, S. 2

389 Johannes Schultz, Tesina, Das große Spiel um die Macht in Süd- und Mittelasien, in: Afghanistan-Blätter, Hamburg, Nr. 8/88, S. 15 f.

390 Archiv der Gegenwart, 58. Jg., 1988, Sankt Augustin, S. 32470

391 Europeen Strategy Group, The Gorbachev challenge and Europeen security, 1988, S. 104

392 Helmut Hubel, Die sowjetische Nahostpolitik unter Gorbatschow, in: Europa-Archiv, Bonn, Folge 10, 1988, S. 277 ff.

393 James Schlesinger, Zit. in: Hans Graf Huyn, Sieg ohne Krieg, a.a.O., S. 309 f.

394 William R. Kintner, Soviet Global Strategy, a.a.O., S. 156 f.

395 Hans Graf Huyn, Sieg ohne Krieg, a.a.O., S. 308 ff.

396 Teheran sucht Nähe zur Sowjetunion, in: Die Welt, Bonn, 27.2.1988

397 Radio Teheran (Persischer Dienst), 26.2.1989, in: Monitor-Dienst der Deutschen Welle, Nahost, Köln, 27.2.1989

398 Krasnaja Swesda, Moskau, 29.11.1988

399 TASS, Moskau, 31.8.1988

400 John K. Cooley, The Libyan Menace, in: Foreign Policy, No. 42, Frühjahr 1988, S. 86

401 The Economist, London, 4.7.1981, S. 37

402 William R. Kintner, Soviet Global Strategy, a.a.O., S. 93

403 Michael Johns, Gorbachev's Holocaust: Soviet Complicity, in: Ethiopia's Famine, in: Policy Review, Washington, Sommer 1988, S. 74

404 Medecins sans Frontieres, Mass Deportantions in Ethiopia, Dezember 1985, S. 53, vgl.: Doug Bandow, Mengistu Policies Responsible for Famine, in: Human Events, 12.4.1986, S. 13, vgl. auch: Claude Malhuret, in: The Christian Cause, Januar/Februar 1987, S. 12, alle drei Berichte Zit. in: Michael Johns, A U.S. Strategy to Foster Human Rights in Ethiopia, in: The Heritage Foundation, Backgrounder Nr. 692, Washington, 23.2.1989, S. 2

405 Michael Johns, A U.S. Strategy to Foster Human Rights in Ethiopia, a.a.O., S. 6

406 Franz Kadell, Mengistu klopft bei Gorbatschow an, in: Die Welt, Bonn, 2.3.1989, S. 5

407 How the West's Food Aid keeps a Tyrant in Power, in: The Times, London, 29.10.1986
408 Ethiopia's Mengistu seen playing role of Castro in Africa, in: The Washington Post, Washington, 17.3.1979
409 Hans Graf Huyn, Sieg ohne Krieg, a.a.O., S. 269 ff.
410 Michail Gorbatschow, Perestrojka, Stuttgart, 1987, S. 227
411 United States Senate committee on the Judiciary: Soviet, East-German and Cuban Involvement in Fomenting Terrorism in Southern-Africa, Washington, 1982, S. 21
412 H. M. Helfer, ANC zum bewaffneten Kampf, in: Info-CH (Schweiz), Nr. 2, 3.2.1989, S. 5 f.
413 Robert von Lucius, der Ruhm der »Mutter der Nation« blättert ab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.2.1989, S. 12, und: Prawda, Moskau, 14.2.1986, vgl. auch: United Christan Action, Nachrichten aus Südafrika, Menlo-Park Encanews, Pretoria, Nr. 15/86, 16.7.1986
414 The Sunday Times, London, Interview mit ANC-Generalsekretär Alfred Nzo, Zit. in: Nachrichten aus Südafrika, Bonn, Nr. 68, 30.9.1986
415 New York City Tribune, 23.7.1985, vgl.: Nelson Mandela und der African Nation Congress (ANC), in: Arbeitsgruppe Südliches Afrika, Zürich, Nr. 56, 10.6.1986
416 Der ANC zwischen Ideologie und Pragmatismus – Spekulationen und Tatsachen über den östlichen Einfluß, in: Neue Zürcher Zeitung, 7.2.1987
417 Jacques Baumgartner, Der ANC – 75 Jahre African National Congress, in: Zeitbild, Schweizerisches Ostinstitut, Bern, Nr. 1, 1988, S. 5
418 Radio Freedom (Rundfunksendungen des ANC aus Lusaka, Addis Abeba und Daressalam), 27.12.1986, Zit. in: »Das ganze Land muß in Flammen aufgehen« – Was der Afrikanische National Kongreß will, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.1.1987, S. 10
419 Radio Freedom, Addis Abeba, 11.6.1987, Zit. in: Nachrichten aus Südafrika, Bonn, Nr. 13, 2.7.1987
420 Neues Deutschland, Ost-Berlin, 29.7.1984
421 Edgar Lamm, Enge Verbindungen zwischen SED und ANC, in: Deutschland-Union-Dienst, Bonn, Nr. 3/88, S. 8
422 Entwicklung und Kampf der Kommunistischen Bewegung in Asien und Afrika, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Ost-Berlin, 1980, s. 276, Zit. in: Henning von Löwis of Menar, Der afrikanische National Kongreß (ANC) – Moskaus Speerspitze gegen Südafrika, Deutsche-Afrika-Stiftung, Bonn, Schriftenreihe Heft 40, 1986, S. 42
423 Werner Pfeifenberger, Die Südafrika-Politik der Sowjetunion – Stellvertretung oder Annäherung? in: AG-Südliches Afrika, Zürich, Nr. 52, 14.4.1986
424 Hans Graf Huyn, Sieg ohne Krieg, a.a.O., S. 304 f.
425 Archiv der Gegenwart, a.a.O., Sankt Augustin, 1985, S. 29180 ff.
426 Pik Hints at diplomatic ties with USSR, in: The Star, Johannesburg, 8.2.1989
427 Pik Hints at diplomatic ties with USSR, in: The Star, Johannesburg, 8.2.1989
428 Ian Hobbs, Push for Peace, in: Cape Times, Kapstadt, 17.3.1989

429 Thomas Knemeyer, Moskau erwartet Zeichen aus Pretoria, in: Die Welt, Bonn, 14.4.1989, S. 6

430 Michael Morris, Malan sees »New Order« in World, in: Cape Times, Kapstadt, 21.4.1989

431 Hans Graf Huyn, Sieg ohne Krieg, a.a.O., S. 297 ff., vgl.: Karl Breyer, Moskaus Faust in Afrika, Stuttgart 1979, S. 74 ff. und Hans Germani, Rettet Südwest, München/Berlin 1982, S. 53 ff. und: Dick Kunert, The Kremlin, The World Revolutionary Process and African »National Liberation Movements«, Braamfontein/Südafrika 1977 und Dirk Kunert, Moskau, der weltrevolutionäre Prozeß und die südliche Hemisphäre, in: Criticon, München, 10/83, und Henning von Löwis of Menar, Namibia im Ost-West-Konflikt, Köln, 1983

432 Hans Germani, Rettet Südwest, a.a.O., S. 101 f.

433 Hans Germani, Rettet Südwest, a.a.O., S. 94 f.

434 Hans Graf Huyn, Sieg ohne Krieg, a.a.O., S. 278 ff.

435 Namibia/Angola, Agreements Reflect Desire for Peace, in: USIS-Bonn, 21.12.1988, S. 9

436 Abzug der Kubaner ein Täuschungsmanöver, in: Namibia-Pressedienst, Bonn, 28.2.1989, S. 13

437 National Security Record – A Report on the Congress and National Security Affairs, No. 110, Washington D.C., Februar 1988, S. 4

438 Ariel Remos, Revelan que hay soldados cubanos de Angola en tres paises: Argentina, Ecuador y Peru, in: Diario Las Americas, Miami, 15.2.1989, S. 1

439 SWAPO will die Macht allein, in: Der andere Mensch, Lippstadt, 1989/ Nr. 1, S. 2

440 Henning von Löwis of Menar, Die SWAPO-Invasion vom 1. April 1989 – Hintergründe und Folgen, in: Namibia Informationen (Dokumentation Nr. 53), Bonn, Mai 1989

441 Trotz Ultimatums dauern Kämpfe in Namibia an, in: Die Welt, Bonn, 8.4.1989, S. 8

442 Jacques Baumgartner, »Nur aus dem Gewehrlauf der SWAPO«, in: Zeitbild, Bern, 4.5.1989, S. 2

443 Henning von Löwis of Menar, Wege zum Frieden im Süden Afrikas? – Zwischenbilanz der Angola/Namibia-Verhandlungen, in: Dokumentation, Nr. 51, Namibia Information Office, Bonn, Dezember 1988, S. 63

444 Peter Sager, Die sowjetische Außenpolitik unter Gorbatschow und nach Tschernobyl, a.a.O., S. 19 und 23

445 Hans Graf Huyn, Sieg ohne Krieg, a.a.O., S. 332 ff.

446 Hans Graf Huyn, Sieg ohne Krieg, a.a.O., S. 115 ff.

447 Hans Graf Huyn, Sieg ohne Krieg, a.a.O., S. 159 ff.

448 Hans Graf Huyn, America Latina en el conflicto este-oeste y la política exterior de la Unión Soviética en la región. Universidad de Chile, Instituto de Ciencia Politica, Santiago, 1988 (Manuskript)

449 Boris Ponomarev, Topical Problems of the theories of the Revolutionary Process, in: Kommunist, Moskau, 17.10.1971, S. 22

450 Daniel Fritz-Simons, Central America and its Strategic Importance to NATO, Hrsg.: Council for Inter-American Security, Washington 1986, S. 21
451 Hans Graf Huyn, America Latina en el conflicto este-oeste y la política exterior de la Unión Soviética en la región, a.a.O., S. 8
452 Lothar Rühl, Die Sowjetunion gibt keine Ruhe im Hinterhof Amerikas, in: Welt am Sonntag, 20.11.1988
453 Werner Thomas, Glasnost und Perestrojka sollen in Castros Kuba Fremdwörter bleiben, in: Die Welt, Bonn, 8.12.1988
454 Hans Graf Huyn, Sieg ohne Krieg, a.a.O., S. 342
455 Der Sowjetblock setzt Waffenlieferung unvermindert fort, in: Informationsdienst Nicaragua, Bonn, Nr. 5/89 vom 4.3.1989
456 Carl Gustaf Ströhm, Revolutionäre Solidarität, in: Die Welt, Bonn, 7.11.1988
457 Die Welt, Bonn, 17.5.1989
458 Fritz Wirth, Gorbatschow verärgert Washington, in: Die Welt, Bonn, 18.5.1989, S. 10
459 Gonzalo J. Facio, Origins and Motives of the Contadora-Group. Published by Council for Democracy in the Americas Washington, o. J.
460 Emilio Alvarez Montalvan, Interview mit Informationsdienst Nicaragua, Bonn, 17.12.1988
461 Frieden in Nicaragua? in: Neue Zürcher Zeitung, 26./27.3.1988
462 Stützpunkte der Contras in Honduras werden aufgelöst, in: Die Welt, Bonn, 16.2.1989
463 Constantin Menges, Die globale politische Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit Europa in den Konfliktgebieten der Welt, in: Die Atlantische Gemeinschaft – Bedeutung und Zukunft der europäisch-amerikanischen Freundschaft, EKMS, Bern, Mai 1988, S. 45
464 Constantine Menges, a.a.O., S. 45
465 Hans Graf Huyn, Sieg ohne Krieg, a.a.O., S. 159
466 Jorge Salaverry, Evolution of Mexican Foreign Policy, in: Backgrounder, The Heritage Foundation, Washington, 11.3.1988
467 Sol W. Sanders, Mexico: Chaos on our Doorstep, London, 1986, S. 21 f.
468 Michael G. Wilson, The security component of U.S.-Mexico Relations, in: Backgrounder, The Heritage Foundation, Washington, 26.1.1989, S. 4
469 Constantine Menges, The Diplomacy of Defeat – are we losing Nicargua, Angola and Afghanistan again? in: Policy Review, Washington, Nr. 46, Herbst 1988, S. 10 ff.
470 Prawda, Moskau, 10.7.1987
471 Michail Gorbatschow, in: Neues Deutschland, Ost-Berlin, 16.6.1987
472 Die Perestrojka verliert an Ansehen – Interview von Christian Brügger mit dem Physikerehepaar Nadgorni, in: Zeitbild, Schweizerisches Ostinstitut, Bern, Nr. 4, 1989, S. 10 ff.
473 Die Perestrojka verliert an Ansehen – Interview von Christian Brügger, a.a.O., S. 11
474 Solschenizyn in Sowjet-Zeitung, in: Die Welt, Bonn, 6.6.1989, S. 7
475 Erlaubnis zum Atmen, in: Der Spiegel, Hamburg, 5.6.1989, S. 229

476 Cornelia Gerstenmaier, in: Kontinent, Bonn 4/88
477 Vera Tolz, The Development of Glasnost in 1988, in: Report on the USSR, München, 3.2.1989, S. 7 ff.
478 Peter Sager, Die Reformbewegung in der UdSSR, in: Zeitbild, Bern, Nr. 20/88, a.a.O., S. 8
479 Julia Wishnevsky, The Cultural revolution continues: the 1988 State Prices, in: Radio Liberty Research, München, Nr. 505/88, 9.11.1988
480 Komsomolskaja Prawda, Moskau, 16.11.1985
481 Prawda, Moskau, 26.5.1987
482 Vetschernjaja Moskwa, Moskau, 29.8.1988
483 Sowjetskaja Kultura, Moskau, 31.1.1987
484 Sowjetskaja Kultura, Moskau, 24.3.1988
485 Sowjetskaja Kultura, Moskau, 14.6.1988
486 Wolfgang Kasack, Umgestaltung der Literaturpolitik 1985–Sommer 1987 (Manuskript), in russischer Sprache veröffentlicht, in: Wolfgang Kazak, Enciklopediceskij Slovar Russkoj Literaturj s 1917 goda, Overseas publications interchange Ltd. London, 1988
487 Wolfgang Kasack, a.a.O. (Manuskript), S. 13 f.
488 Towards a Free Press? in: Soviet Analyst London, 1.6.1988, S. 6
489 Zum Marxismus-Leninismus als Ersatzreligion, vgl.: Hans Graf Huyn, Ihr werdet sein wie Gott – der Irrtum des modernen Menschen von der Französischen Revolution bis heute, München, 1988, insbesondere S. 143–194
490 Eugen Voss, Editorial, in: Glaube in der Zweiten Welt, Zollikon, 1987, 15. Jg., Nr. 11, S. 1
491 Wolfgang Strauß, Die Partei der Gott-Sucher, Russische Dorfprosa: Christliche Kraft der Seele, in: MUT, Asendorf, September 1987, Nr. 241, S. 21
492 Reuters, 30.11.1988, und Moscaw News, Nr. 49, 1988
493 William Reese, The Role of religious revival and Nationalism in Transcaucasia, in: Radio Liberty Research, Nr. 535/88, München, 5.12.1988, und: A. Bennigsen and S. Enders Wimbush, Muslims of the Soviet Empire, London, 1985, S. 139, und: A. Bennigsen and M. Broxup, The Islamic threat to the Soviet State, London, 1983, S. 115 ff.
494 Rose-Marie Borngässer, Schweigen, als sich der Vorhang vor dem Terror hebt, in: Die Welt, Bonn, 17.11.1988, S. 3
495 Günter Zehm, Der Papagei ruft »Perestrojka, Perestrojka, Perestrojka ...«, in: Die Welt, Bonn, 5.11.1988
496 50 Millionen Stalin-Opfer, in: Welt am Sonntag, 16.10.1988, S. 4
497 Josef Nyary, Die Massenmorde von Kuropaty – Sowjetische Zeitungen berichten erstmals ausführlich über Erschießungen unter Stalins Herrschaft, in: Welt am Sonntag, 16.10.1988
498 Carl Gustaf Ströhm, Nach den Morden fragen, in: Die Welt, Bonn, 7.12.1988, S. 2
499 Wieder Massengrab des Stalin-Terrors entdeckt, in: Oberbayerisches Volksblatt, Rosenheim, Ostern, 25./26./27.3.1989, S. 4
500 Carl Gustaf Ströhm, Der Theaterstar Stalin sorgt für ausverkaufte Vorstellungen, in: Die Welt, Bonn, 2.11.1988, S. 3

501 Günter Zehm, Pankraz, Soloushin und die Opfer des Lenin-Terrors, in: Die Welt, Bonn, 6.3.1989, S. 27
502 Ilja Petrowitsch Wlassow, Rede auf dem Volksdeputiertenkongreß in Moskau am 31.5.1989, Radio Moskau Majak (Russisch), 31.5.1989, Zit. in: Monitor-Dienst der Deutschen Welle (Osteuropa), Köln, 1.6.1989, S. 13 ff.
503 Associated Press, 8.2.1989, Zit. in: Vera Tolz, Soviet Scholar Sees Roots of Stalinism in Bolsheviks' Terror and Marxist Theory, in: Report on the USSR, Radio Liberty, München, vol. 1, No. 8, 24.2.1989, S. 1
504 Alexander Tsipko, Nauka i shisn, Moskau, Nr. 11/12.88 und Nr. 1/2.89, Zit.: Vera Tolz, Soviet Scholar ... a.a.O., S. 1
505 Perestrojka wird immer noch von Lügen begleitet, in: Die Welt, Bonn, 7.3.1989, S. 5
506 Argumenty i Fakty, Moskau, Nr. 31, 1988
507 Prawda, Moskau, 5.2.1988, S. 3
508 Vera Tolz, Informal Groups in the USSR in 1988, in: Radio Liberty Research, München, Nr. 487/88, 30.10.1988
509 Vera Tolz, a.a.O., S. 7
510 Prawda, Moskau, 5.2.1988
511 Karl Hans Roos, Marktwirtschaft im Sowjetstaat – Erhard in Moskau, in: Bayern-Kurier, München, 8.4.1989, S. 2
512 Christlich-Patriotische-Union: Mitteilungen von Wladimir Ossipow und Igor Ogurzow an den Autor, vgl. auch: Christoph von Marschall, Für eine geistige Erneuerung der Sowjetunion – der Vorsitzende der russischen »Christlich-Patriotischen-Union« definiert seine Ziele, in: Süddeutsche Zeitung, München, 6.6.1989, S. 11
513 Carl Gustaf Ströhm, Sacharow fürchtet baldige Niederlage Gorbatschows – Geschichtsschreibung angeprangert – Dissidenten weiter in Haft, in: Die Welt, Bonn, 10.5.1988, S. 1
514 Vera Tolz, Creation of the Democratic Union: Informal Groups take initiative into their own Hands, in: Radio Liberty, Research, München, Nr. 189/88, 10.5.1988
515 The Soviet Opposition – Popular dissent bars selection of party stalwarts, in: The Times, London, 27.3.1989
516 Leningradskaja Prawda, Leningrad, 9.10.1988
517 Julia Wishnevskij, The Emergence of Pamyat and Oteshestvo, in: Radio Liberty Research, München, Nr. 342/87, 26.8.1987
518 Alexander Sinowjew, Katastrojka – Gorbatschows Potemkinsche Dörfer, München, 1988, S. 89 ff.
519 Botho Kirsch, Die Gorbatschow-Masche, a.a.O., S. 67
520 Michail Gorbatschow auf der 19. Parteikonferenz der KPdSU, Zit. in: George Urban, Gorbachev: Djilas – a long conversation, a.a.O., S. 11
521 Michail Gorbatschow, Rede auf einem Treffen mit Wissenschaftlern und Kulturschaffenden im ZK der KPdSU, in: Ost-Informationen/Sonderdienst, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ost-Informationen, Bonn, 9.1.1989, S. 1 f und 16 f.
522 Alexander Sinowjew, Katastrojka, a.a.O., S. 84 f.

523 The Washington Post, Washington, 22.10.1988
524 Arnold Beichman, Still blacklisted for the power of his words, in: The Washington Times, Washington, 5.12.1988, S. D 3
525 Rose-Marie Borngässer, Perestrojka-Gegner paßt der Pressefrühling nicht, in: Die Welt, Bonn, 23.1.1989, S. 5
526 Gorbatschows Privatleben soll in die Zeitung, dpa-Bericht, in: Münchner Merkur, 10.1.1989, S. 3
527 Wolfgang Kasack, Die Angst vor Glasnost – Einschränkungen im Vertrieb von Zeitschriften in der UdSSR, in: Kölnische Rundschau, Köln, 10.9.1988
528 Sakharov ought to know, in: The Christian Science Monitor, 9.11.1988, und Russkaja Mysl, 11.11.1988, Zit. in: Vera Tolz, Controversy ower draft low on the press, in: Radio Liberty Research, München, Nr. 547/88, 6.12.1988
529 Glasnost, Nr. 12, Moskau, November 1987, Zit. in: Vera Tolz, The development of Glasnost in 1988, a.a.O., S. 9
530 Iswestija, Moskau, 13.2.1989
531 In UdSSR-Beschränkungen für private Kooperativen – von einigen Wirtschaftsbereichen künftig ausgeschlossen. Reuters-Bericht aus Moskau, in: Die Welt, Bonn, 31.12.1988, S. 8
532 Christoph Güdel, Im vierten Jahr von Perestrojka und Glasnost, in: Neue Zürcher Zeitung, 18.11.1988, S. 5
533 Vera Tolz, Reformers say plans for anti-stalinist-center undermined, in: Report on the USSR, Radio Liberty, München, vol. 1/No. 1, 6.1.1989, S. 28 f.
534 Kerstin Holm, Gorbatschows Menschenrechte – manch neues Gesetz untermauert nur die Parteiherrschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.3.1989, S. 16
535 KGB, Citing Threats, Defuses 2 Bombs, in: International Herald Tribune, Den Haag, 22./23.4.1989, S. 2
536 Kerstin Holm, Gorbatschows Menschenrechte – a.a.O.
537 Moskau beschwört die Gefahr der Anarchie – Kampagne gegen Autonome Bewegungen im Baltikum und in Transkaukasien, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.2.1989, S. 5
538 Bewegungen im Sowjetlager, in: Zeitbild/Schweizerisches Ostinstitut, Bern, Nr. 7/7.4.1988, S. 2
539 Michail Gorbatschow, Rede vor dem Präsidium des Obersten Sowjets am 26.11.1988, Agenturmeldung Nr. 133 von AFP vom 27.11.1988
540 W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Moskau, 1947, S. 90 f.
541 W. I. Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution (10.4.1917), in: Werke, Bd. 20, S. 90 f.
542 W. I. Lenin, Rede über die nationale Frage (12.5.1917), in: Werke, Bd. 20.1, S. 372
543 W. I. Lenin, 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Bericht der Kommission für die nationale und koloniale Frage, in: Werke, Bd. 25, S. 437
544 Joseph Stalin, Schlußwort zum Referat über die nationalen Momente in Partei- und Staatsaufbau (XII. Parteitag der KPR), in: Werke, Bd. 5, S. 232
545 Für die in der Folge geschilderten Fälle vgl.: Hans Graf Huyn, Fünf vor

Zwölf – Die Welt nach Afghanistan, a.a.O., S. 36 ff., und: László Révész, Volk aus 100 Nationalitäten – Die sowjetische Minderheitenfrage (Schweizerisches Ostinstitut), Bern, 1979

546 László Révész, Die Nationale Frage, in: Zeitbild, Bern, Nr. 21/1987, S. 8 f.

547 CIA skeptisch über Perestrojka, in: Die Welt, Bonn, 17.10.1988, S. 12

548 George Brock, Unrest spreads across USSR – The simmering superpower – from the Crimea to Tashkent: A survey of three month's Soviet political Unrest in 1988, in: The Times, London, 28.5.1988, S. 1 und S. 7

549 Peter Weiss, Nationalitätenproblem – Gefahr für die Sowjetunion, in: Schweizerzeit, Flaach, 10.3.1989, S. 5

550 Peter Weiss, Nationalitätenproblem, a.a.O.

551 Rose-Marie Borngässer und Carl Gustaf Ströhm, Das Baltikum schreckt Moskau auf, in: Die Welt, Bonn, 14.11.1988, S. 12

552 Reuters, 3.10.1988, in: Vladimir Kusin, Estonia – A Comment on the Estonian Popular Front, in: Radio Free Europe Research, vol. 13, No. 3, München, 28.10.1988, S. 3

553 AP und Reuters, 1.10.1988, Zit. in: Vladimir Kusin, Estonia, a.a.O., S. 3

554 Bericht von Bill Keller, in: The New York Times, 2.10.1988, Zit. in: Vladimir Kusin, Estonia, a.a.O., S. 3

555 In Estland Einwände gegen Gorbatschows Verfassungsreform, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.11.1988, S. 2

556 Carl Gustaf Ströhm, Estland im Europäischen Haus, in: Die Welt, Bonn, 18.11.1988, S. 2

557 Günter Zehm, Iwan entscheidet weiter, in: Die Welt, Bonn, 30.11.1988, S. 2

558 Text des Erlaßes des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, TASS, Moskau, Zit. in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ostinformation, Bonn, 29.11.1988, S. 19

559 Carl Gustaf Ströhm, Esten bieten Moskau die Stirn, in: Die Welt, Bonn, 30.11.1988, S. 5

560 Estland: Beschluß des Obersten Sowjets der UdSSR, Nur Richtlinie. Sowjetisches Fernsehen (Russisch), Moskau, 7.12.1988, 18.32 Uhr GMT, in: Monitor-Dienst der Deutschen Welle, Bonn, Osteuropa, Köln, 8.12.1988, S. 1

561 Carl Gustaf Ströhm, Esten lassen Moskauer Tadel einfach links liegen, in: Die Welt, Bonn, 8.12.1988, S. 1

562 Rose-Marie Borngässer, Esten werfen der Prawda Lügen vor, in: Die Welt, Bonn, 18.1.1989, S. 5

563 Carl Gustaf Ströhm, Esten freuen sich auf das erste echte Weihnachtsfest seit der Sowjetisierung, in: Die Welt, Bonn, 10.12.1988, S. 5

564 Im Baltikum ist der Ruf nach Autonomie nicht mehr zu überhören – Nach Estland auch in Lettland eine »Volksfront«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.10.1988, S. 4

565 Radio Moskau (Russischer Dienst), 5.12.1988, Zit. in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ostinformation, Bonn, 6.12.1988, S. 11

566 Litauische »Sajudis«-Bewegung beendete Gründungskonferenz, TASS, Moskau, 23.10.1988, Zit. in: Monitor-Dienst der Deutschen Welle (Osteuropa), Köln, 25.10.1988, S. 1

567 In Litauen die alte Nationalfahne zum Staatsbanner erklärt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.11.1988, S. 2
568 In Litauen protestieren 50000 gegen Litauisch, Reuters, 13.2.1989, Zit. in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ostinformationen, Bonn, 14.2.1989, S. 14
569 Carl Gustaf Ströhm, Die Litauer reden vom Ausscheiden aus der Sowjetunion – immer schneller geht das Streben nach Freiheit und Selbständigkeit im Osten voran, in: Die Welt, Bonn, 21.12.1988, S. 2
570 Baltic Republics proclaim their Reform demands, in: The Times, London, 29.5.1989
571 Anullierung des Hitler-Stalin-Paktes gefordert, in: Berliner Morgenpost, Berlin, 20.5.1989, S. 1
572 Yosyp Terelya, The USSR is a prison of Nations, in: ABN Correspondence, München, November/Dezember 1988, S. 24 ff.
573 Folgen der Demokratisierungskampagne in der Ukraine, in: Ukrainischer Informationsdienst, London/New York/Toronto/München (Ukrainisches Institut für Bildungspolitik e. V.), München, 30.9.1988, S. 2
574 Komsomolskaja Prawda, Moskau, 10.7.1989
575 Vilna Ukraina und Lwowskaja Prawda, Lemberg, 21.6.1988
576 Stepan Chmara, Offener Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl, in: Ukrainischer Informationsdienst, London/New York/Toronto/München (Ukrainisches Institut für Bildungspolitik e. V.), München, 28.12.1988, S. 3
577 Bohdan Nahaylo, Mounting opposition in the Ukraine to nuclear energy program, in: Radio Liberty Research, (RL Supplement 1/88) München, Februar 1988
578 David Marples, Mass demonstration in Kiev focuses on ecological issues and political Situation in the Ukraine, in: Radio Liberty Research, München, 5.12.1988
579 Kathleen Mihalisko, Disturbance and unresolved questions in Tehernovtsy, in: Radio Liberty Research, München, 30.11.1988
580 Bohdan Nahaylo, Gorbachev focuses on Ukraine's Nationalist troubles, in: The Times, London, 21.2.1989, S. 10
581 Carl Gustaf Ströhm, Die Ukraine wird selbstbewußter, in: Die Welt, Bonn, 25.2.1989, S. 5
582 Carl Gustaf Ströhm, Die Ukraine wird selbstbewußter, a.a.O.
583 Levko Lukjanenko, What next? in: ABN correspondence, München, März/April 1989, S. 1 f
584 Leonid Miljawsky, Interview mit der ukrainischen Presseagentur, in: ABN correspondence, München, März/April 1989, S. 4 ff.
585 For an Ukrainian orthodox church (Ukrainian Helsinki-Union Press Service; Press release No. 68), in: ABN correspondence, München, März/April 1989, S. 9 f
586 Keston College (Britisches Dokumentationszentrum für Fragen der Religionsfreiheit in Osteuropa), Requiem-Service in Lviv by Ukrainian Catholics and Orthodoxs, in: ABN correspondence, a.a.O., S. 31
587 Augsburger Bischof Dr. Josef Stimpfle zurück aus der Ukraine, in: Ukraini-

scher Informationsdienst, London/New York/Toronto/München (Ukrainisches Institut für Bildungspolitik e. V.), München, 30.9.1988, S. 3

588 Bjelorusskaja Initsiativa, in: Moscow News, 6.11.1988

589 V. Levin und B. Tarasewitsch, Pena na wolne Perestrojki, in: Sowjetskaja Bjelorussija, Minsk, 27.10.1988, Zit. in: Kathleen Mihalisko, A popular front in Bjelorussia? in: Radio Liberty Research, München, Nr. 514, 13.11.1988

590 Kathleen Mihalisko, Police crack down on demonstration in Minsk, in: Radio Liberty Research, Nr. 510, München, 16.11.1988

591 Jerzy Bhar, Bjelorußland kommt ins Gesichtsfeld, in: Zeitbild, Bern, Nr. 24/88, S. 8

592 Da Hradadzyan Belarusi, Oktober 1988, Zit. in: Kathleen Mihalisko, Bjelorussian popular front off to a good start, in: Radio Liberty Research, München, Nr. 560, 12.12.1988

593 Jonathan Eyal, Nationalism – now Moldavia, in: Soviet Analyst, vol. 18 No. 2, London 25.1.1989, S. 5 f.

594 10000 demonstrieren in Kischinjow für Moldauisch als Amtssprache, AFP, Nr. 1613, 13.2.1989, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ostinformationen, Bonn, 14.2.1989, S. 15

595 Vladimir Socol, Soviet moldavian writers publish an authorized periodical in Latin script with help from Latvia, in: Radio Free Europe Research (RAD Background Report/59), München, 30.3.1989

596 The attacks made by the KGB in S.S.R. Moldavia, in: The Fight, St.-Cloud-France, 17.6.1989

597 D. M. Lang, A modern history of Georgia, London, 1962, S. 109 f.

598 Elizabeth Fuller, Independent political groupings in Georgia, in: Radio Liberty Research, München, Nr. 527, 25.11.1988

599 Rund 5000 Georgier demonstrieren vor Regierungssitz in Tiflis, AFP, Nr. 2240, 22.11.1988, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ostinformationen, Bonn, 23.11.1988, S. 11

600 Kommunisti Tiblissi, 3.11.1988, Zit. in: Elizabeth Fuller, Draft »State program« on Georgian language published, in: Radio Liberty Research, München, Nr. 559, 12.12.1988

601 Georgier fordern die Unabhängigkeit, in: Die Welt, Bonn, 27.2.1989, S. 5

602 Carl Gustaf Ströhm, Die Russen bevorzugen Solschenizyn und andere Kritiker, in: Die Welt, Bonn, 17.4.1989, S. 2

603 Gaseinsatz in Tiflis – »Moskau News« berichtet über Schüsse/Truppenabzug, in: Die Welt, Bonn, 20.4.1989, S. 10

604 Literaturuli Sakartvelo, Tiblissi, 8.4.1988

605 Literaturuli Sakartvelo, Tiblissi, 7.10.1988, Zit. in: Elizabeth Fuller, Filling in the »Blank Spots« in Georgian History: Noe Zhordania and Joseph Stalin, in: Radio Liberty Research, Report on the USSR, München, 31.3.1989, S. 19 ff.

606 Armenien: »Das war die Woche der Freiheit«, in: Der Spiegel, Hamburg, Nr. 10/88, S. 164 ff.

607 Armenien: »Das war die Woche der Freiheit«, in: Der Spiegel, a.a.O.

608 Rose-Marie Borngässer, Moskau wechselt Parteichefs aus, in: Die Welt, Bonn, 24.5.1988, S. 5

609 Bohdan Gorski, Von der Perestrojka zur Perestrjelka, in: Zeitbild, Bern, Nr. 15/88, S. 2 f.
610 Bohdan Gorski, Die schiefe Gegenseitigkeit, in: Zeitbild, Bern, Nr. 25/88, S. 2 f.
611 Andrej Sacharow, Aufruf 25.11.1988, Zit. in: Information Internationales Katholisches Jugendwerk für Ost-Mitteleuropa (Ackermann-Gemeinde e. V.), München, III/88, S. 8
612 Airikjan: Moskau hat versagt, in: Dolomiten – Bozen, 11.8.1988, S. 1
613 Härtere Linie Moskaus im Kaukasus, in: Die Welt, Bonn, 27.12.1988, S. 1
614 Mirza Michaeli, Formation of popular front in Azerbaijan, in: Radio Liberty Research, Nr. 558, München, 9.12.1988
615 Erneut Unruhen in Nagorny Karabach, Radio Moskau (Russisch), 9.5.1989, in: Monitor-Dienst der Deutschen Welle/Osteuropa, Köln, 10.5.1989, S. 1
616 Waldemar Weber, Haben die Deutschen in der UdSSR eine Zukunft? (Vortragsmanuskript), Bonn, November 1988
617 Rose-Marie Borngässer, »Wiedergeburt« in Moskau gegründet, in: Die Welt, Bonn, 1.4.1989, S. 8
618 Vladimir Markow, Die Sowjetdeutschen: Probleme und Lösungen, Nowosti, Moskau, 5.4.1989, Zit. in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ostinformationen, Bonn, 6.4.1989, S. 1
619 Forderung nach Wiederherstellung der Wolgadeutschen Republik, in: Deutschland-Union-Dienst, Bonn, Nr. 44/1989, S. 7
620 Hans Graf Huyn, Für Frieden in Freiheit, Würzburg, S. 42
621 Vadan Bajburtjan, In Aktion: Das Schlagwort von der Verteidigung des Islam, Sendung von Radio Eriwan (Armenische Sprache für Lateinamerika), 3.11.1988, 22.00 Uhr GMT
622 Der Mufti der Muslime Sowjet-Zentralasiens zurückgetreten – Überraschende Abdankung in Taschkent/Das Aufbegehren der Gläubigen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.11.1988, S. 3
623 Annette Bohr, Background to Demonstration of Soviet-Muslims in Tashkent, in: Report on the USSR, Radio Liberty, München, 17.3.1989, S. 18 f.
624 Kasachstanskaja Prawda Alma Ata, 3.9.1988, Zit. in: Bess Brown, Informal Groups in Kazakhstan, in: Radio Liberty Research, München, Nr. 549, 1.12.1988
625 Ann Sheehy, Tajik Party First Secretary Addresses Concerns of Local Intelligentsia, in: Report of the USSR, Radio Liberty Research, München, 20.1.1989, S. 21 f.
626 Tadschiken demonstrieren für eigene Amtssprache, AFP, Nr. 1710, 25.2.1989, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ostinformationen, Bonn, 27.2.1989, S. 21
627 James Critchlow, Uzbeks protest against treament of former Leader in Moscaw Press, Radio Liberty Research, München, Nr. 555, 5.12.1988
628 Annette Bohr, Restoring the Uzbek cultural Heritage, in: Radio Liberty Research, München, Nr. 554, 5.3.1988
629 James Critchlow, Uzbeks demade elimination of Non-Native place names, in: Report on the USSR, Radio Liberty Research, München, 20.1.1989, S. 19

f., vgl. auch: Gerhard Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden, 1986

630 Usbekistan von Unruhen erschüttert, in: Süddeutsche Zeitung, München, 6.6.1989, S. 2

631 Lage in Usbekistan spitzt sich zu, TASS (englischer Dienst), Moskau, 12.6.1989, in: Monitor-Dienst der Deutschen Welle (Osteuropa), Köln, 13.6.1989, S. 2

632 Carl Gustaf Ströhm, Wieder Vertreibung, in: Die Welt, Bonn, 12.6.1989, S. 1

633 Ryschkow auf Sitzung des Parteiaktivs in Usbekistan zu den Ereignissen in Fergana, Radio Moskau (deutsch), 15.6.1989, in: BPA/Ostinformationen, Bonn, 16.6.1989, S. 24

634 Insgesamt 15536 Turk-Mesketen evakuiert, TASS (englisch), 15.6.1989, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ostinformationen, Bonn, 16.6.1989, S. 25

635 »Fundamentalismus fletscht die Zähne« – Kreml-Chef: Lage in Usbekistan nicht unter Kontrolle, in: Die Welt, Bonn, 14.6.1989, S. 12

636 Rose-Marie Borngässer, Moskau wechselt Parteichef aus, in: Die Welt, Bonn, 24.5.1988

637 Carl Gustaf Ströhm, Nationalistische Ausschreitungen in Turkmenistan, in: Die Welt, Bonn, 19.5.1989, S. 10

638 George Urban, Gorbachev: Djilas, in: Encounter, a.a.O., S. 6

639 Tropfen von Blut, die zur Erde fallen, in: Der Spiegel, Hamburg, 5.12.1988, S. 151

640 Gorbatschow verspricht den Ländern Osteuropas Unabhängigkeit und Gleichberechtigung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.2.1989, S. 2

641 George Urban, Gorbachev: Djilas, in: Encounter, a.a.O., S. 6

642 Bohdan Nahaylo, Non-Russan National-Democtratic Movements Adopt Charter and Issue Appeal to Russian Intelligentsia, in: Radio Liberty Research, Report on the USSR, München, 24.2.1989, S. 15 ff.

643 Wolfgang Strauß, »Perestrojka« und die Naivität des Westens – 14 Thesen zur Realität in Gorbatschows Sowjetunion, in: Paneuropa, München, Nr. II/88, S. 21 ff.

644 Michail Gorbatschow, Rede auf dem 10. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, in: Prawda, Moskau, 1.7.1986, Zit. bei: Konrad Löw, Das Prinzip Gorbatschow – Anspruch und Wirklichkeit, Köln, 1989, S. 142

645 Zbigniew Brzezinski, America's New Geostrategy, in: Foreign Affairs, New York, Frühjahr 1988, S. 686

646 Otto Bick, Perestroika und der Warschauer Pakt, in: NATO-Brief, Jg. 36, Brüssel, 5/1988, S. 30 ff.

647 Gorbatschow: Probleme mit den Verbündeten, in: IAP-Dienst – Sicherheitspolitik, Bielefeld, 29.11.1988, S. 3

648 Neue Zürcher Zeitung, 7./8.8.1988, S. 1

649 Wolfgang Seiffert, Die DDR – Herrschaftsinstrument der SED und Produkt sowjetischer Deutschlandpolitik, in: Hermann von Berg, Franz Loeser, Wolfgang Seiffert, Die DDR auf dem Weg in das Jahr 2000 – Politik, Ökonomie, Ideologie, Köln, 1987, S. 30

650 U. J. Heuer, Gesellschaftliche Gesetze und politische Organisation, Ost-Berlin, 1975, S. 133, Zit. in: Wolfgang Seiffert, a.a.O., S. 27
651 Wolfgang Seiffert, Die DDR ... a.a.O., S. 18
652 So Walter Ulbricht am 31.1.1968; Walter Ulbricht und Leonid Breschnew am 6.10.1969; Radio Moskau am 28.2.1973; Erich Honecker am 29.5.1973; Erich Honecker am 17.2.1978; alle Zitate in: Hans Graf Huyn, Sieg ohne Krieg, a.a.O., S. 201 ff.
653 Wolfgang Seiffert, Die DDR, a.a.O., S. 14
654 Die Zahlen wurden nach den amtlichen Statistiken zusammengestellt von der Arbeitsgemeinschaft 13. August, in: Hilferufe von drüben – Zeitschrift für die Bürgerrechtsbewegung in der »DDR«, Lippstadt, 11. Jg., Nr. 43, 4. Quartal 1988, S. 1
655 Herbert Kremp, Für die Wiedervereinigung, in: Bild, Hamburg, 27.9.1988
656 Barbara Donovan, Emigrés assessment of the prospects for reform in East Germany, in: Radio Free Europe Research, München, 28.3.1989
657 Erich Honecker, Rede auf dem X. Parteitag der SED, in: Neues Deutschland, Ost-Berlin, 12.4.1981, S. 3–14
658 Wolfgang Seiffert, a.a.O., S. 44
659 Hermann von Berg, Wirtschaftsprobleme der DDR, in: Hermann von Berg, Franz Loeser, Wolfgang Seiffert, Die DDR auf dem Weg in das Jahr 2000, a.a.O., S. 65, 84, 88 f.
660 Hans-R. Karutz, »Unerhörtes« von Micha Wolf über die Stalin-Zeit, in: Die Welt, Bonn, 10.3.1989, S. 4
661 Gemeinsame Erklärung der beiden Generalsekretäre Honecker und Gorbatschow, nach ADN und Radio DDR, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Nachrichtenspiegel/Ostteil, Bonn, Nr. 187, 29.9.1988, S. 1
662 Ottfried Hennig, Die DDR arbeitet unbeirrt für die verlorene Sache, in: Bild am Sonntag, Hamburg, 27.11.1988
663 Sowjetskaja Rossija, Moskau, 13.3.1988
664 Honecker übt harte Kritik am Kurs Moskaus, in: Kölnische Rundschau, Köln, 2.12.1988
665 Neues Deutschland, Ost-Berlin, 30.6.1988
666 Ulrich Schacht, Warum die SED einen »Sputnik« vom Glasnost-Himmel schoß, in: Welt am Sonntag, Hamburg, 27.11.1988, S. 9
667 Radio Moskau verteidigt Pluralismus, in: Die Welt, Bonn, 23.11.1988, S. 8
668 Jiri Pehe, Independent civic activity in Eastern Europe, in: Radio Free Europe Research, München, 4.1.1989, S. 4
669 Synode verlangt geheime Wahlen in der DDR, in: Süddeutsche Zeitung, München, 2.11.1988, S. 6
670 Kurzinformationen, Brüsewitz-Zentrum, Christlich-paneuropäisches Studienwerk e. V., Bonn, November 1988
671 DDR-Behörden verbieten Kirchenkongreß, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.11.1988, S. 1
672 Ost-Berliner Pfarrer macht Wanzenfund, in: Oberbayerisches Volksblatt, Rosenheim, 31.12.1988, S. 2
673 Ost-Berliner Pfarrer klagen SED an, in: Die Welt, Bonn, 19.12.1988, S. 10

674 Renate Hackel, Die »zweite« Öffentlichkeit – mediale Subkultur in der DDR, in: Glaube in der Zweiten Welt, Zollikon 1989, 17. Jg., Nr. 3, S. 27
675 Regime-Kritiker zum Verlassen der DDR aufgefordert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.4.1989, S. 7
676 Dieter Dose, Weiße Bändchen am Auto machen den Stasi nervös, in: Die Welt, 30.12.1988, S. 4
677 80 bis 100 % der Ausreiseanträge werden abgelehnt, in: Hilferufe von drüben, Lippstadt, 1. Quartal 1989, S. 1
678 Werner Kern, Der Stasi reagiert hilflos auf den ungewohnt heftigen Protest, in: Rheinische Post, Düsseldorf, 15.3.1989
679 Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Ottfried Hennig, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Bericht T. Huhn), in: Mittagskurier, Norddeutscher Rundfunk 2, 6.3.1989, 12.35 Uhr, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Kommentarübersicht I, Bonn, 7.3.1989, S. 9
680 Stanislaw Mikolajcyk, The Pattern of Soviet Domination, London, 1949
681 Bohdan Gorski, Katholizismus in Polen – vom Widerstand eines gläubigen Volkes, Freiburg (Schweiz), 1988, S. 108
682 Polnisches Helsinki-Komitee, Rapport Nr. 3 (Zeitperiode Januar bis September 1984), S. 3 ff., Zit. in: Bohdan Gorski, Katholizismus in Polen, a.a.O., S. 108
683 Poland could explode like Hungary in 1956 – Article on solidarity spokesman at National Press Club Breakfast, Washington D.C., in: United States Information Service, Bonn, 7.9.1988, S. 11
684 Bohdan Gorski, Evolution durch Solidarnosc oder Revolution durch Alternative, in: Zeitbild, Bern, 21.9.1988, S. 8 ff.
685 Die Lage in Polen, Bericht der polnischen Unabhängigkeitspartei (PPN), in: Zeitbild, Bern, Nr. 22/88, S. 4
686 Dokument der polnischen Unabhängigkeitspartei (PPN) vom 3.10.1988, Zit. in: Die Lage in Polen, in: Zeitbild, Bern, Nr. 22, 1988, S. 4
687 Bericht von AFP, Nr. 1928 vom 13.12.1988, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ostinformationen, Bonn, 14.12.1988, S. 25
688 Polnische Paradoxe – Lech Walesa als Anwalt der Mäßigung, in: Neue Zürcher Zeitung, 2.3.1989, S. 4
689 Polen Ende 1988, Dokument, Dokument der polnischen Unabhängigkeitspartei (PPN), in: Zeitbild, Bern, Nr. 3/89, S. 9
690 Radio Polonia (Deutschsprachiger Dienst), in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Nachrichtenspiegel I, Bonn, 8.3.1989, S. 4
691 Bohdan Gorski und Christian Brügger, Runder Tisch mit Scharten, in: Zeitbild, Bern, 3/89, S. 8 f.
692 A. Tarnowski, Walesas TV-Auftritt wurde zum Triumph, Reuters, Nr. 1139, vom 1.12.1988, S. 30 f.
693 Bürgerrat warnt Warschau – Polnische Oppositionsgruppen jetzt unter einem Dach, in: Die Welt, Bonn, 20.12.1988, S. 8
694 Wird Polen »sozialistische Demokratie«? in: Die Welt, Bonn, 6.2.1989, S. 1
695 Bohdan Gorski, Solidarnotstand, in: Zeitbild, Bern, Nr. 2, 1989, S. 2 f.
696 Radio Warschau (polnischer Dienst), Reuters, (Deutscher Dienst), DPA,

AP, Zit. in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Nachrichtenspiegel I, Bonn, 6.4.1989, S. 1

697 Adam Michnik, Der Schwanz will mit dem Hund wedeln – der Vertrag zwischen Staat und Solidarnosc in Polen, in: Der Spiegel, Hamburg, 17.4.1989, S. 196

698 In Polen Wahlkampf-Zeitung der »Solidarität« zensiert, in: Die Welt, Bonn, 25.5.1989

699 Gazeta Wyborcza, Breslau, 8.5.1989

700 Carl Gustaf Ströhm, Was wird mit Rakowski? in: Die Welt, Bonn, 14.6.1989, S. 2

701 Carl Gustaf Ströhm, Die Polen gingen nur zur Nachwahl, wenn es wirklich etwas zu wählen gab, in: Die Welt, Bonn, 20.6.1989, S. 10

702 Warschauer Demonstranten fordern Abzug der Sowjettruppen, in: Radio Warschau (Polnisch), 17.6.1989, in: Monitor-Dienst der Deutschen Welle/Osteuropa, Köln, 19.6.1989, S. 9

703 Vaclav Hável, Artikel in der tschechischen Exilzeitschrift »Listy«, Zit. in: Ota Pilif, In der CSSR entfaltet sich die Perestrojka von unten, in: Die Welt, Bonn, 1.4.1989, S. 5

704 Viktor Meier, In Prag elastischer Widerstand – die Tschechoslowakische Führung will von politischen Reformen nichts wissen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.2.1989, S. 12

705 Ota Sik, Reform and Trust, Interview von Peter Roth mit Ota Sik, in: Radio Free Europe Research (RAD Background Report/220, München, 8.10.1988)

706 Tschechoslowakisches Fernsehen, 5.12.1988, 18.30 Uhr, Zit. in: Jiri Pehe, The Destruction of the environment continues, in: Radio Free Europe Research, München, 30.3.1989, S. 13 ff.

707 Slovnik Ceskych Spisovatelu (Wörterbuch tschechischer Schriftsteller), Toronto, 1982, vgl. auch: The Economist, London, 4.2.1989, S. 89

708 Jiri Pehe, The widening spectrum of opposition, in: Radio Free Europe Research, Nr. 7/89, München, 7.4.1989

709 Ota Pilif, In der CSSR entfaltet sich die Perestrojka von unten, a.a.O.

710 Carl Gustaf Ströhm, Im »Club der Leser sowjetischer Presse« sammelt sich der Widerstand – Massenbasis der Regime-Kritiker überrascht Prag, in: Die Welt, Bonn, 20.2.1989, S. 5

711 Mitteilung von Prof. Dr. Eberhard Schulz, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik bei der Sitzung des Deutschen Helsinki Menschenrechtskomitees in Bonn am 7.12.1988

712 Polizei vereitelt Marsch zum Grab Palachs, in: Die Welt, Bonn, 23.1.1989, S. 8

713 Jiri Dienstbier, in: L'Unità, Rom, 18.1.1989

714 Vladimir Kusin, Scientist and scholars express protest and concern, in: Radio Free Europe Research, München, 30.3.1989, S. 25

715 Jan Carnogursky, On pilgrimages and some other topics (Samisdat) datiert: Juli 1988, Zit. in: Peter Martin, Church-State relations, in: Radio Free Europe Research, München, 27.12.1988, S. 19

716 Peter Martin, Church-State Relations, a.a.O., S. 20

717 Kardinal Frantisek Tomasek: Schreiben an Ministerpräsident Lubomir Strougal, Zit. in: Cardinal Tomasek defends Religious rights, in: Radio Free Europe Research, München, 3.6.1988, S. 11

718 Pressekonferenz von Milos Jakesch in Moskau, TASS, 18.4.1989, Zit. in Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ostinformationen, Bonn, 19.4.1989, S. 17

719 Astaf Domberg, Was ist mit Prag 1968? in: Die Welt, Bonn, 20.4.1989, S. 2

720 Was in Ungarn geschah – der Untersuchungsbericht der Vereinten Nationen, Freiburg im Breisgau, 1957

721 Magyarorszag, Budapest, 16.9.1988, vgl. auch: Budapester Rundschau, Budapest, 3.10.1988

722 Alfred Reisch, Hungarian Democratic Forum formally set up with official acquiescence, in: Radio Free Europe Research, München, 28.9.1988, S. 19

723 Budapester Club für Schutz der Pressefreiheit gegründet, in: Süddeutsche Zeitung, München, 2.11.1988, S. 8

724 Peter Weiss, Politische Reformbewegung in Ungarn, in: Schweizerzeit, Flaach, 27.1.1989, S. 5

725 Grosz empfiehlt Ungarn Mehrparteiensystem, Reuters, Nr. 1924 vom 22.11.1988, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ostinformationen, Bonn, 23.11.1988, S. 31

726 Carl Gustaf Ströhm, Budapest steht am Scheideweg, in: Die Welt, Bonn, 8.11.1988, S. 8

727 Carl Gustaf Ströhm, Das Wort Sozialismus darf nicht auftauchen, in: Die Welt, Bonn, 14.11.1988, S. 5

728 Jugendverband in Ungarn löst sich von Partei, in: Die Welt, Bonn, 25.4.1989, S. 5

729 Peter Weiss, Politische Reformbewegung in Ungarn, a.a.O.

730 Uwe Bahnsen, Ungarn will Mauer brechen, in: Die Welt, Bonn, 17.11.1988, S. 2

731 Deutschland-Union-Dienst, Nr. 75, Bonn, 19.4.1989, S. 1

732 Carl Gustaf Ströhm, Die Litauer reden vom Ausscheiden aus der Sowjetunion, in: Die Welt, Bonn, 21.2.1989, S. 2

733 Radio Budapest, 11.3.1989, 22.00 Uhr, Zit. in: Judith Pataki, Will the celebration of the national holyday lead to political divisiveness? in: Radio Free Europe Research, München, 31.3.1989, S. 9 ff.

734 Carl Gustaf Ströhm, Ungarn kehrt zum alten Nationalfeiertag zurück, in: Die Welt, Bonn, 9.3.1989, S. 5

735 Nepszabadsag, Magyar Hirlap und Magyar Nemzet, Budapest, 16.3.1989, Zit. in: Edith Marko, March 15 demonstrations symbolice turning point in Hungary, in: Radio Free Europe Research, München, 31.3.1989, S. 15 ff.

736 Bernd Posselt, Weder Osten noch Block und: Otto von Habsburg in Ungarn, in: Paneuropa Intern, München, 9. Jg., Nr. 4, 13.3.1989

737 »System des Kommunismus muß hinweggefegt werden« – Minister Pozsgay hält KP-Praxis für nicht reformierbar, in: Salzburger Nachrichten, 30.5.1989, S. 4

738 Carl Gustaf Ströhm, Was wird mit Rakowski? a.a.O.

739 Carl Gustaf Ströhm, »Ungarn kann Warschauer Pakt verlassen«, in: Die Welt, Bonn, 23.5.1989, S. 10
740 Demonstranten forderten Abzug der Sowjettruppen aus Ungarn, MTI (Englisch), Budapest, 16.6.1989, in: Monitor-Dienst der Deutschen Welle/Osteuropa, Köln, 19.6.1989, S. 4
741 Ion Mihai Pacepa, Red Horizons, Washington D.C., 1988
742 Ion Mihai Pacepa, Red Horizons, a.a.O., S. 132
743 Jiri Pehe, Independent civic activity in Eastern Europe, in: Radio free Europe Research, München, 4.1.1989, S. 4
744 Scinteia, Bukarest, 20.1.1989
745 Agerpress, Bukarest, Zit. in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Nachrichtenspiegel I, Bonn, 29.11.1988, S. 2
746 Michael Shafir, Former Senior RCP officials protest Ceaucescu's policies, in: Radio Free Europe Research, München, 29.3.1989
747 Michael Shafir, Another open letter to Ceaucescu protesting his policies, in: Radio Free Europe Research, München, 29.3.1989, S. 21
748 Michael Shafir, The Poet Mircea Dinescu criticizes Ceaucescu's policies and appeals for reforms, in: Radio Free Europe Research, München, 29.3.1989, S. 25 ff.
749 Jiri Pehe, Independent civic activity in Eastern Europe, a.a.O., S. 3
750 Viktor Meier, In Bulgarien scheint guter Rat teuer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.11.1988, S. 12
751 Rada Nikolaev, Pluralism, Bulgarian Style, in: Radio Free Europe Research, München, 31.12.1988, S. 9 ff.
752 Carl Gustaf Ströhm, Bulgarien geht gegen Menschenrechtler vor, in: Die Welt, Bonn, 31.12.1988, S. 5
753 Rada Nikolaev, Journalists and the Gouverment's information policy, in: Radio Free Europe Research, München, 14.4.1989, S. 13 ff.
754 Stephen Ashley, Reformist Ferment in the Writers' Union, in: Radio Free Europe Research, München, 14.4.1989, S. 17 ff.
755 Stephen Ashley, An independent committee on religious Freedom founded, in: Radio Free Europe Research, München, 14.4.1989, S. 23 ff.
756 Unabhängige Gewerkschaft in Bulgarien gegründet, AP, Nr. 1813 vom 13.2.1989, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ostinformationen, Bonn, 14.2.1989, S. 31
757 Vladimir Socor, Eastern Europe's Opposition groups cooperate across borders, in: Radio Free Europe Research, München, 23.9.1988
758 Jiri Pehe, Independent civic activity in Eastern Europe, in: Radio Free Europe Research, München, 4.1.1989, S. 5
759 Agence France Press (Deutscher Dienst), Zit. in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Nachrichtenspiegel I, Bonn, 27.1.1989, S. 3
760 Solidarity's Information Service, Warschau, 20.12.1988
761 Michail Gorbatschow, Rede zum 70. Jubiläum der Oktoberrevolution am 2.11.1987, in: Prawda, Moskau, 3.12.1987
762 Leo Wieland, Sacharow: Der Westen sollte die »Perestrojka« nicht fürchten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt, 14.11.1988, S. 3

763 Wladimir Lenin, Rede über Krieg und Frieden in der Sitzung des ZK der SDAPR, in: Werke, Bd. 22, S. 201 f.
764 Milovan Djilas, Das Wesen der Krisen in den kommunistischen Staaten, Vortragsmanuskript für »Die Epoche«, München, 20.10.1988, S. 10
765 Cornelia Gerstenmaier, Einleitung zu einer Tagung der Zeitschrift Kontinent, Bonn, 15.10.1988, Vortragsmanuskript, S. 2
766 Franz Josef Strauß, Von deutscher Verantwortung – Rede zur Eröffnung des 39. Tages der Heimat in Berlin am 11.9.1988, Bonn, 1988, S. 15
767 Meldung von Radio Moskau aufgrund eines Artikels von Akademiemitglied Leonid Abalkin in Moskau News, Radio Moskau (Deutscher Dienst), 1.2.1989
768 Alain Besançon, Gorbatschow ohne Illusionen, a.a.O., S. 18 f.
769 Sallie Wiese, Soviet citizens' views on Gorbachev's domestic policies: A growing gap between words and deeds?, in: Radio Liberty Research, Nr. 512/88, München, 14.11.1988, S. 3
770 Werner Kahl, Gorbatschows Reform in der Krise, in: Die Welt, Bonn, 25.2.1989, S. 4
771 L. Lesow, Keine gravierenden Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen System unserer Gesellschaft, in: Express-Chronik (Samisdat-Zeitschrift), Moskau, Nr. 28/88, Zit. in: Perestrojka, Zeitschrift herausgegeben von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte – Deutsche Sektion e. V., Nr. 8/9, August/September 1988, S. 4
772 Alexander Sinowjew, Katastrojka, a.a.O., S. 97
773 Günter Zehm, Der Papagei ruft »Perestrojka, Perestrojka, Perestrojka ...« a.a.O.
774 Dieter Lösch (Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg), Schafft Gorbatschow den Umschwung? – Die Ziele und Erfolgschancen der neuen sowjetischen Wirtschaftspolitik, in: MUT, Asendorf, Juni 1988, S. 10 ff.
775 Hanno Wiedenhaus, Die Marlboro-Währung ersetzt den Rubel, in: Welt der Wirtschaft, Die Welt, Bonn, 15.2.1989, S. 12
776 Hanno Wiedenhaus, Die Marlboro-Währung ... a.a.O.
777 Alfred Zänker, Glasnost bellt, aber Perestrojka beißt noch nicht – Welt-Gespräch mit ECE-Direktor Norman Scott über die Zukunftschancen von Joint-Ventures in der Sowjetunion, in: Welt der Wirtschaft, Die Welt, Bonn, 28.11.1988, S. 10
778 Franz Blankert, West-Ost-Wirtschaftsprobleme aus weltweiter Sicht, Vortragsmanuskript des Instituts für Internationale Problematik, Bern, 3./4.3.1989, S. 12
779 Rundfunksender Moskau 2 am 21.1.1989, im drei Tage später publizierten offiziellen Text der Rede Gorbatschows in der Moskowskaja-Prawda vom 24.1.1989 ist diese Bemerkung weggelassen worden
780 Prawda, Moskau, 8.1.1989
781 Gemeinsamer Bericht der amerikanischen Nachrichtendienste CIA und DIA über die UdSSR, veröffentlicht am 22.4.1989 vom gemeinsamen Wirtschaftsausschuß des amerikanischen Kongresses, Zit. in: Die Welt, Bonn, 24.4.1989, S. 6

782 Nikolai Schmeljow, Zit. in: Wolfgang Strauß, Land und Freiheit – scheitert Gorbatschows Perestrojka an der Agrarmisere? in: MUT, Asendorf, Mai 1989, S. 43 ff. (hieraus auch die genannten statistischen Angaben über die sowjetische Agrarproduktion)
783 Vladimir Bukowskij, in: Kontinent, Bonn, Nr. 1/1989
784 Tatjana Saslawskaja, Die Gorbatschow-Strategie, Wien 1989, Zit. in: Wolfgang Strauß, Land und Freiheit, a.a.O., S. 49
785 Wolfgang Strauß, Land und Freiheit, a.a.O., S. 50
786 Igor Kljamkin, in: Nowi Mir, Moskau, Februar 1989, Zit. in: Peter Weiss, Vier Jahre Perestrojka – eine kritische Bilanz, in: Schweizerzeit, Flaach, 31.3.1989, S. 5
787 Janos Kornai, Zit. in: Vlad Sobell, Mixing Socialism with Capitalism: Can it Succeed? in: Radio Free Europe Research, München, 10.2.1989
788 Hermann von Berg, »Prawda heißt seit Juni 1988 wirklich ›Wahrheit‹«, in: MUT, Asendorf, Juli 1988, S. 20
789 Peter Schmalz, Seiffert warnt vor Politik Moskaus, in: Die Welt, Bonn, 12.2.1988, S. 4
790 Carl Gustaf Ströhm, Sorgen im Osten: Markt schaffen – oder Aufruhr droht, in: Die Welt, Bonn, 28.12.1988, S. 2
791 Alexander Solschenizyn, in: Kontinent, Bonn, Heft 11, 1979, S. 31
792 Prawda, Moskau, 13.4.1989
793 Prawda, Moskau, 4.3.1989, Zit. in: Prawda berichtet von Austritten aus der Partei – KPdSU-Mitglieder von Beiträgen über Stalin-Zeit schockiert, in: Die Welt, Bonn, 6.3.1989, S. 1
794 Prawda berichtet von Austritten aus der Partei, in: Die Welt, Bonn, a.a.O.
795 Diskussion am Institut für Gesellschaftswissenschaften in Moskau, dokumentiert in der Zeitschrift »Fragen der Philosophie« (Nr. 11/1988), Zit. in: Georg Bruderer, Vernehmbares Umdenken, in: Zeitbild, Bern, Nr. 7/1989, S. 4 f.
796 Alexander N. Jakowlew, Perestrojka – Außen- und innenpolitische Bedeutung, Vortrag, gehalten vor den Mitgliedern der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 9.1.1989 in Bonn-Bad Godesberg, Vortragsmanuskript, S. 10
797 Iswestija, Moskau, 26.10.1988
798 Jacques Chirac in einem Vortrag auf dem Politik- und Strategie-Symposium der Hanns-Seidel-Stiftung, München, 15.11.1988
799 Prawda, Moskau, 30.9.1987, Zit. in: Neue Zürcher Zeitung, 2.10.1987, S. 1
800 Ernst Kux, Gorbatschows Streben nach Vollmachten – Die Verfassungsrevision als Instrument, in: Neue Zürcher Zeitung, 15.11.1988, S. 4
801 Neuer Erlaß zur Ahndung von Staatsdelikten in Kraft getreten, in: Ukrainischer Informationsdienst, London, New York, Toronto, München, 15.5.1989, S. 4
802 Franz Josef Strauß, Artikel über das Buch von Helmut Schmidt »Menschen und Mächte«: »Das letzte Manuskript«, in: Die Zeit, Hamburg, 6.10.1988
803 The Gorbachev Challenge and European Security, A Report from the European Strategic Group, Baden-Baden, 1988, s. 95 (Im European Strategic

Group sind zusammengeschlossen: Das Royal-Institute of International Affairs, London, das Institut Français des Relations Internationales, Paris, das Istituto Affari Internazionali, Rom, das Norsk Utenrikspolitik Institutt, Oslo, und das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn, sowie die Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen)

804 Djilas on Gorbachev, in: Encounter, a.a.O., S. 23

805 A. Sacharow, Interview in der Süddeutschen Zeitung, München, 26.1.1989

806 Leszek Kolakowski, Gelobt sei des Menschen Neugier – Informationsfreiheit und Sowjetsystem, in: Geistige Welt, Die Welt, Bonn, 19.11.1988

807 Vgl.: William E. Odon (Direktor für nationale Sicherheitsstudien beim Hudson-Institute): Hat sich die Sowjetunion wirklich verändert? in: Amerika-Dienst, USIS, Bonn, 26.4.1989

808 Sacharow: Bildung von Parteien in der UdSSR ist »unvermeidbar«, AFP/0553 vom 6.12.1988, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ostinformationen, Bonn, 7.12.1988, S. 9

809 Sacharow: Perestrojka setzt Demokratie voraus, Bericht von Rose-Marie Borngässer, in: Die Welt, Bonn, 19.9.1988, S. 5

810 Die jungen Sowjetbürger wünschen sich Offenheit, in: Die Welt, Bonn, 20.5.1989, S. 11

811 Gorbatschow und die Deutschen (Politbarometer-Aktuell), in: ZDF-Spezial, Zit. in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Kommentarübersicht I, Bonn, 12.6.1989, S. 10 ff.

812 Carl Gustaf Ströhm, Sogar die Zarenfahne – aber weder Hammer noch Sichel, in: Die Welt, Bonn, 25.5.1989, S. 2

813 Kevin Devlin, Cofounder of Moscow Tribune talks about challenge to system, in: Radio Free Europe Research, München, 5.6.1989

814 So viel Macht – Wenn Gorbatschow verreist, wagen sich seine Gegner hervor, in: Der Spiegel, Hamburg, Nr. 25/1989, S. 122 ff.

815 Alexander Rahr, Lukyanov elected Vice President, in: Radio Liberty, Report on the USSR, München, 9.6.1989, S. 10 ff.

816 Jelzin macht Gorbatschow für nichterfüllte Versprechen verantwortlich, Radio Moskau (Russisch), 31.5.1989, in: Monitor-Dienst der Deutschen Welle/Osteuropa, Köln, 1.6.1989, S. 3

817 So viel Macht – Wenn Gorbatschow verreist, wagen sich seine Gegner hervor, in: Der Spiegel, a.a.O., S. 123

818 Rose-Marie Borngässer, Demokratie im Kreml: Zur Not fällt der Ton aus, in: Die Welt, Bonn, 10.6.1989, S. 3

819 Tatjana Saslawskaja, Die Gorbatschow-Strategie – Wirtschafts- und Sozialpolitik in der UdSSR, Wien, 1989, S. 319 f.

820 Wladimir Bukowski, Wer ist gegen Gorbatschow, in: Kontinent, Bonn, a.a.O., S. 16 f.

821 Wolfgang Strauß, Perestrojka und die Naivität des Westens, in: Paneuropa, München, Heft II/1988, S. 21 ff.

822 vgl. Hans Graf Huyn, Ihr werdet sein wie Gott – Der Irrtum des modernen Menschen von der Französischen Revolution bis heute, München, 1988, S. 155 ff.

823 Jörg Kastl, Einen Schritt zurück, um zwei Schritte voran zu können – Gorbatschows »Perestrojka« und die Bundesrepublik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt, 25.4.1987
824 Franz Josef Strauß, Aufruf zur Selbstbesinnung – 17.2.1988: Politischer Aschermittwoch der CSU in Passau, in: Bayern-Kurier, München, 27.2.1988
825 Andrej Sacharow auf einer Pressekonferenz in Cambridge (Massachusetts), Zit. in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Nachrichtenspiegel I, Bonn, 8.11.1988, S. 2 f.
826 Peter Sager, Die Reformbewegung in der UdSSR, in: Zeitbild, a.a.O., S. 14
827 Andrej Amalrik, Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben? Zürich 1970
828 Äußerungen Amalriks gegenüber dem Autor
829 Wolfgang Strauß, Grollen im Imperium – Glasnost und das Zeitalter des dritten Völkerfrühlings, in: MUT, Asendorf, November 1988, S. 62 ff.
830 Michail Voslenskij, Vladimir Solowjew und Elena Kelpikowa, Zit. bei Wolfgang Strauß, Grollen im Imperium, a.a.O., S. 64
831 Wolfgang Strauß, Grollen im Imperium, a.a.O., S. 68
832 Robert Gates (Stellvertretender Direktor der CIA), Vortrag vor der American Association for the Advancement of Science am 14.10.1988, in: USIS, Bonn, 14.10.1988, S. 23
833 George Urban, Djilas on Gorbachev, in: Encounter, a.a.O., S. 27
834 George Urban, Djilas on Gorbachev, in: Encounter, a.a.O., S. 7
835 George Urban, Djilas on Gorbachev, in: Encounter, a.a.O., S. 5
836 Prawda, Moskau, 21.11.1988, Zit. von: Radio Moskau (Russischer Dienst), Presseschau, 21.11.1988, 7.00 Uhr, Zit. in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Ostinformationen, Bonn, 22.11.1988, S. 14
837 Carl Gustaf Ströhm, Perestrojka siegt nur, wenn Demokratie sich durchsetzt, in: Die Welt, Bonn, 6.1.1989, S. 3
838 AFP (Deutscher Dienst), Zit. in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Nachrichtenspiegel I, Bonn, 12.12.1988, S. 2
839 Milovan Djilas, Eine neue Form der Diktatur – Nach dem Zerfall der Ideologie und der Schwächung der Partei verlagert sich die Macht auf den Staat, Gespräch mit Karl Ludwig Bayer, in: Neue Epoche, München, Ausgabe 111, Ende 1988/89, S. 22 ff.
840 Zbigniew Brzezinski, Planspiel – das Ringen der Supermächte um die Welt, Erlangen-Bonn-Wien 1989, S. 134 f.
841 Wolfgang Strauß, Grollen im Imperium, a.a.O., S. 68 f.
842 Helena Wanin, Rußland: Wiedergeburt des Konservatismus, in: Criticon, München, Nr. 111, Januar/Februar 1989, S. 33
843 Jurij Fedin, Leserbrief in Komsomolskaja Prawda, Moskau, 19.12.1987, Zit. in: Helena Wanin, Rußland: Wiedergeburt des Konservatismus, in: Criticon, a.a.O.
844 Darrell P. Hammer, Glasnost and »The Russian Idea«, in: Radio Liberty Research Bulletin, Special Edition: Russian Nationalism Today, München, 19.12.1988, S. 11 ff.
845 Werner Adam, Pamjat will Mütterchen Rußland vor antisozialistischen Re-

formern retten – Großrussentum mit antisemitischer Färbung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt, 25.2.1989, S. 3

846 Julia Wishnevsky, Soviet Media Sound Alarm over Anti-Semitism, in: Radio Liberty Research, Report on the USSR, München, 3.3.1989, S. 7 ff.

847 Andrei Sinyavsky, Russian Nationalism, in: Radio Liberty Research Bulletin, Special Edition Russian Nationalism today, München, 19.12.1988, S. 25 ff.

848 Alexander Yanov, Russian Nationalism as the Ideology of Counterreform, in: Radio Liberty Research Bulletin, Special Edition Russian Nationalism today, München, 19.12.1988, S. 43 ff.

849 Brian Crozier, The protracted Conflict – will the Army take over? in: National Review, New York, 9.12.1988, S. 26 ff.

850 Pierre de Villemarest, Renaissance du nationalisme russe – l'armée accroit son pouvoir, in: l'Impact, Genf, Februar 1988, S. 20 ff.

851 Iswestija, Moskau, 29.7.1988

852 George H. W. Bush, Rede in der Rheingoldhalle in Mainz am 31.5.1989, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Bulletin, Bonn, 2.6.1989, S. 484, Nr. 54

853 vgl. Hans Graf Huyn, Sieg ohne Krieg – Moskaus Griff nach der Weltherrschaft, München, 1984

854 Alain Besançon, Gorbatschow ohne Illusionen, in: Kontinent, a.a.O., S. 19

855 Jean-François Revel, So enden die Demokratien, München/Zürich, 1984, S. 29

856 Jörg Kastl, Kanzler Kohl trat würdevoll auf, war deutlich, zeigte Geduld, in: Die Welt, Bonn, 29.10.1988, S. 6

857 Eward Luttwak, The Grand Strategy of the Soviet Union, New York, 1983, S. 40

858 Françoise Thom, Typologie de la Désinformation, Institut d'études de la Désinformation, Les Cahiers de l'Institut, Paris, April 1987, Nr. 2, S. 9

859 Jean Marie Benoist, How Democracies survive. Symposium of the National Republican Institute for International Affairs, Washington, 2.–4.5.1985, (Manuskript), S. 21

860 von Weizsäcker, Selbstbewußter sein – Westen soll sich aktiv an Perestrojka beteiligen. Bericht über die Verleihung des Karls-Preises an Mitterrand und Kohl, in: Die Welt, Bonn, 2.11.1988, S. 1

861 Henry A. Kissinger, Gorbatschow kann mächtiger werden, als Stalin es je war, in: Welt am Sonntag, 16.10.1988, S. 33

862 Henry A. Kissinger, Bush sollte sich erst mit den Europäern abstimmen, ehe er mit den Sowjets verhandelt, in: Welt am Sonntag, 20.11.1988, S. 4

863 Hansrudolf Kamer, Der Westen und die Unruhe in Osteuropa, in: Neue Zürcher Zeitung, 18./19.3.1989, S. 1

864 Franz Josef Strauß, Das letzte Manuskript, in: Die Zeit, Hamburg, 6.10.1988

865 Schmidt sieht Gefahren für Gorbatschow, in: Die Welt, Bonn, 20.12.1988, S. 4

866 Helmut Schmidt, Gorbatschow kann scheitern, in: Generalanzeiger, Bonn, 19.11.1988

867 Reiner Gatermann, In London warten harte Partner auf Gorbatschow, in: Die Welt, Bonn, 6.4.1989, S. 5

868 Michael Stürmer, Die Deutschen und der Westen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt, 10.3.1989, S. 1

869 So etwa der außenpolitische Berater Gorbatschows Sagladin am 24.4.1989 gegenüber dem Autor

870 So etwa die 7. Panzerdivision der NVA in Dresden und die 9. Panzerdivision der NVA in Eggesin, vgl.: C. Graf Brockdorf, NATO: Kurzstrecken-Raketen in der »DDR« werden modernisiert, in: Die Welt, Bonn, 14.12.1988, S. 10

871 Henry A. Kissinger, Die Zweideutigkeiten in Gorbatschows Vorschlägen, in: Welt am Sonntag, 18.12.1988, S. 4

872 John R. Galvin, Die ganze Strategie ist auf die Deutschen zugeschnitten. Interview mit Herbert Kremp, in: Die Welt, Bonn, 2.5.1989, S. 9

873 Lothar Rühl, Gesicherte Stabilität in Europa liegt im Interesse von Ost wie West, Rede beim 2. Forum »Bundeswehr und Gesellschaft« am 27./28.2.1989, Sonderdruck von Welt am Sonntag, Bonn

874 Helmut Schmidt, Rede vor der Nordatlantischen Versammlung in Hamburg, Bericht in Bundeswehr aktuell – Zeitung für die Bundeswehr, Bonn, 24.11.1988, S. 1

875 Generalinspekteur warnt vor Moskau, in: Rheinische Post, Düsseldorf, 15.3.1989

876 Fred C. Iklé and Albert Wohlstetter, Discriminate deterrence, Report of the Commission on integrated Long-Term-Strategy, Washington, Januar 1988

877 Zbigniew Brzezinski, Planspiel, a.a.O., S. 223

878 Zbigniew Brzezinski, Planspiel, a.a.O., S. 284

879 Peter Sager, Die sowjetische Außenpolitik unter Gorbatschow und nach Tschernobyl, a.a.O., S. 46 f.

880 Michael Stürmer, Das »Neue Denken« ist das alte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt, 1.12.1988, S. 1

881 Colin S. Gray, The Geopolitics of Superpower, Lexington/Kentucky, 1988

882 Henry A. Kissinger, Wie ein »europäisches Haus« im Interesse des Westens aussehen müßte, in: Welt am Sonntag, 4.12.1988

883 Bundeskanzler Helmut Kohl, Tischrede anläßlich des Abendessens zu Ehren des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, Michail S. Gorbatschow, in der Redoute, Bad Godesberg am 12.6.1989, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Bulletin, Bonn, 12.6.1989, S. 4

884 Haus der Freiheit für alle Europäer – Der Bundeskanzler zu den Wiener Sowjet-Memoranden, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Bulletin, Bonn, 13.6.1961, Nr. 106, S. 1021 f.

885 Jörg Kastl, Gorbatschow hat außer Charme nichts zu bieten, in: Die Welt, Bonn, 20.6.1989, S. 6

886 Richard N. Perle, Kohl und Genscher führen nicht, Interview mit dem Spiegel, Hamburg, 19.6.1989, S. 28 ff.

887 Joseph Rovan, Vortrag in der Gesellschaft für Auslandskunde, Bayerischer

Rundfunk (2. Hörfunkprogramm), München, 21.5.1989, in: Medienkritik, Nr. 24, 12.6.1989, S. 6

888 Wachsen Chancen für Wiedervereinigung Deutschlands? Auch in der UdSSR wird Lösung der Deutschen Frage nicht ausgeschlossen, in: Die Welt, Bonn, 5.6.1989, S. 8, vgl. auch: Welt am Sonntag, 4.6.1989

889 Werner Kahl, Sowjet-Wissenschaftler spricht von der Überwindung der Getrenntheit, in: Die Welt, Bonn, 5.6.1989, S. 8

890 Milovan Djilas, Eine neue Form der Diktatur – nach dem Zerfall der Ideologie und der Schwächung der Partei verlagert sich die Macht auf den Staat. Gespräch mit Karl Ludwig Bayer, in: Neue Epoche, Baldham bei München, Wende 1988/89, Nr. 111, S. 25

891 George Urban, Gorbachev – Can the Revolution be remade? The Institute for European Defence and Strategic Studies, London, 1988, S. 29 f.

892 Lothar Rühl, Nachdenken im Bündnis über eine neue Ostpolitik, in: Die Welt, Bonn, 12.4.1989, S. 6

893 Henry Kissinger, Gorbatschow wird mächtiger als Stalin, Beitrag für: Alexander Sinowjew, Katastrojka – Gorbatschows Potemkinsche Dörfer, Frankfurt/Berlin, 1988, S. 205 ff.

894 Josef Darski, Perestrojka, wofür? in: Zeitbild, Bern, 1.6.1989, S. 8 f.

895 Bush: Der kalte Krieg endet mit dem Ende der Teilung Europas, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.6.1989

896 Cocom und der Reaktor, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.11.1988, S. 1

897 Fritz Wirth, Bush wünscht schnellen Gipfel mit Gorbatschow, in: Die Welt, Bonn, 3.11.1988, S. 12

898 Horst Teltschik, Helmut Kohl will keinen Marshall-Plan für die Sowjetunion – Interview in: Die Welt, Bonn, 19.11.1988, S. 6

899 Peter De Thier, Washington mißtraut den Ost-Geschäften, in: General-Anzeiger, Bonn, 27.10.1988, S. 20

900 Josef Abaffy, Eine Flut von Krediten, in: Handelsblatt, 26.10.1988

901 Juliana Geran Pilon, A yellow light on U.S. Joint Ventures with the Soviets, in: Backgrounder, The Heritage Foundation, Washington, 4.8.1988

902 Hanns-D. Jacobsen, Die Rolle der COCOM-Listen für die sowjetische Wirtschaft und Gesellschaft, (Arbeitspapier), Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, 1989

903 Henry A. Kissinger, Gorbatschow ist zu einer Art Volksheld der Deutschen geworden ... in: Welt am Sonntag, 23.4.1989, S. 4

904 Unsichere Rezepte für Ost-Mitteleuropa, in: Neue Zürcher Zeitung, 9.4.1989

Register

Abalkin, Leonid 336
Abd al Jabbar Shanshal 194
Abdul Aziz al-Qadi 194
Abel 103
Abuladze, T. 234
Achmatowa, Anna 231
Achmetow, Rachmatullah 285
Acholow 125
Achromejew, Sergej 71, 122
Adamishin, Anatolij 207, 208
Adenauer, Konrad 155, 396, 398
Afanassjew, Jurij 70, 236, 336, 352
Agranow, Yakov Saulovitsch 57
Airikjan, Paruir 10
Ajtmatow, Tschingis 232
Aleschkowskij, Josef Prof. 235
Alexejew, Michail 363
Alexi-Meskhischwili 230
Allende, Salvador 67
Alvarez Montalvan, Emilio Dr. 220
Ambarzumow, E. 342
Amalrik, Andrej 357
Amin, Idi 210
Andrejewa, Nina 301
Andropow, Juri 13, 14, 17, 18, 19, 48, 74, 157, 193
Annenskij, Lew 234
Antonow, Sergej 17
Aokello 210
Apostol, Gheorghe 325
Aquino, Corazón 59, 175, 176
Arafat, Yassir 196
Arbatow 71, 247
Archipow 168
Arens, Moshe 196
Aristow, Boris 183
Astafjew, Victor 363
Astafjew, Walentin 248

Babakhan, Shamsuddinkhan, Mufti 283
Bagirow, Kiamran 276
Bajburtjan, Vahan 282
Baker 218, 407
Baklanow, Grigorij 244
Barhanuddin Rabbani 186
Barre, Siad 154, 192
Barron, John 57
Batkin, Leonid 351
Batow 63
Beaufre, Andre 62
Behr, H. G. 107
Belikow 125
Belikowa, G. 27
Bellettini, Jacques 140
Benoist, Jean-Marie 42
Below, Wassilij 363
Beppajew 96
Berg, Hermann Dr. v. 34, 299, 340
Berija, Lawrentii 238, 239, 364
Besançon, Alain 48, 49, 52, 69, 147, 333, 373, 411
Bessmertnych, Alexander 186
Besymenskij, Lew 149
Bezuidenhout, Peter 208
Bick 293
Bihari 320
Bilak 314
Biro, Zoltan 319
Blankert, Franz 337
Boff, Leonardo 86
Bogomolov, Oleg 240, 320
Bolanos, Hunter Miguel 217
Bondarew, Jurij 363
Bonomo, Jacques 86
Borowik, Genrich 76
Botha, Pik (Außenminister) 207
Botha, P. W. (Staatspräsident) 203, 207
Bowin, Alexander 149
Bradley, Bill 414
Braladeanu, Alexandru 325
Brandt, Willy 11, 154, 159
Breschnew, Leonid 11, 13, 48, 51, 123, 133, 143, 149, 150, 154, 157, 163, 187, 189, 193, 194, 214, 243, 256, 259, 294, 295, 333, 342, 344, 355, 376, 417
Bronstein, M. L. 265
Broskurin, Pjotr 363
Brucan, Siviu 325
Brzezinski, Zbigniew 291, 360, 392, 394, 397
Bucharin 364
Bujewski, Alexi Dr. 81
Bukowski, Wladimir 90, 339, 353
Bulgakow, Michail 231
Bunting, Brian 208
Burawskij, Alexander 232
Burlatsky, Fjodor 286
Bush, George 128, 185, 217, 371, 394, 412
Buthelezi 207
Bykow, Vasil 271

Cabral, Luis 210
Calder, John K. K. 33
Cárdenas, Cuauhtemoc 222
Cárdenas, Lazaro 222
Carlucci, Frank C. 128, 134
Carnesson, Fred 208
Carter, Jimmy 149, 291
Castro, Fidel 66, 198, 209, 211, 215
Ceaucescu, Nicolae 93, 180, 291, 323, 324, 325
Chabarow 167
Chartschew, M. 81
Checkel, Jefferey 147
Chodirow, Wladimir 242
Christoradnow, Jirij Nikolajewitsch 81
Chruschtschow, Nikita 12, 13, 33, 34, 47, 50, 123, 148, 149, 216, 229, 236, 248, 323, 333, 378, 398, 414
Churchill, Winston 11
Cierva, Ricardo de la 86
Clausewitz, Carl v. 61
Connally, Tom 12
Cooper, Hugh 33
Crocker, Chester 212
Crowe 136
Crozier, Brian 62, 367

Darski, Josef 50, 411
Daschitschew, Wjatscheslaw 149, 403
Davies, Sonja 178
Débray, Régis 67
Debrjanskaja, Jewgenija 243
Delmer, Sefton 60
Demiartschjan, Karen 276
Deng Xiaoping 168, 169, 170, 171, 172
Denton 201
Desliu, Dan 325
Dhlakama, Alfonso 200
Dienstbier, Jiři 316
Dimitriew 402
Djilas, Milovan 40, 333, 347, 358, 360, 374, 407
Dobrynin, Anatolij 71
Dorenskaja, Olga 364
Douglas, Ken 178
Dsenitis 252
Dserschinsky, Felix 57, 74, 93, 210
Dubiek, Alexander 314, 317
Dudinzew, Wladimir 230
Dulles, John Foster 12

Engels, Friedrich 16, 296, 342, 361
Eppelmann, Rainer 302
Erhard, Ludwig 39, 242
Erstad, Jostein 99
Estekow, Almas 283

Facio, Gonzalo J. 218
Falin, Valentin 71, 150, 376
Fedin, Jurij 363
Filaret 80
Fischebeck, Hans Jürgen 304
Fojtik 315
Ford, Henry 33
Franz I., König von Frankreich 399
Frunse, Michail W. 259
Fudschenko 125

Gaddafi, Muammar 178, 180
Gandhi, Indira 59
Gandhi, Rajiv 190, 191
Galvin, John R. 126, 147, 377, 384
Gasperi, Alcide de 396
Gates, Richard 261
Gaulle, Charles de 152
Gdljan, Telman 351
Gedrowitsch, Wladimir 91
Gentz, Friedrich v. 417
Gerassimow, Gennadij 69, 89, 196
German, Alexej 230
Gerstenmaier, Cornelia 53, 229, 333
Gheorghiu-Dej 323
Ginzburg, Lidya 231
Gluschik, Georgiy 84
Glustrow, Alexei 89
Goebbels, Joseph 364
Goldberg, Dennis 208
Goldman, Marshall 41, 42
Gorjaniow 125
Gorski, Bohdan 309
Grazulis, Petras 82
Gregorius, Paulos Dr. 81
Grigorenko, Grigory 17
Grigorjanz, Sergej 233, 248, 276
Grischin, Viktor 17
Gromow 184
Gromyko, Andrej 15, 69, 71, 158, 161, 264
Grossman, Wassilij 343
Grossul, Simeon 273
Grosz, Karoly 319, 322
Groza, Peter 323
Gubarjow, Wladimir 232
Güdel, Christoph 250
Gumiljow, Nikolai 231

Habash, George 67
Habsburg, Otto v. 321, 322
Haendcke-Hoppe, Maria 299
Hager, Kurt 300
Haig, Alexander 118
Hakim, Askar 284
Harmel 104, 405
Harriman, Averell 12

Hauenstein, Roland 19
Haushofer, Karl 139
Havel, Vaclav 314, 316, 317
Havryliv, Mychajlo 85
Hel, Iwan 269
Heng, Samrin 180
Hennig, Ottfried 300
Henrich, Rolf 303
Hitler, Adolf 52, 93, 229, 293, 301, 304, 323, 359, 364
Hitler-Stalin-Pakt 11
Hlapane, Bartolomeu 202
Hobbes 337
Holm, Kerstin 250, 251
Honecker, Erich 74, 159, 299, 300, 301
Horn, Gyula 320, 322
Hornung, Klaus 62, 63
Howe, Geoffrey 100, 380
Hülsemann, Wolfram 302
Hung Hsiu-chüan 166
Husak, Gustáv 314
Hussein, König von Jordanien 196
Hu Yaobang 171

Indra 315
Iklé, Fred 388
Ikonowicz, Piotr 308
Iwanow, Georgij 231
Iwanowskij 184

Jackson, Henry 221
Jakes, Milos 314, 317
Jakowlew, Alexander 76, 82, 94, 163, 244, 343
Jakowlew, Nikolajewitsch 71
Jakunin, Gleb 238, 359
Janow, Alexander 365
Jaruzelski 295, 305, 307, 311, 364
Jasow, Dimitri 114, 123, 124, 135, 189
Jelzin, Boris 35, 350, 351, 352
Jewdokimow, Rostislaw 361, 363
Jewtuschenko, Jewgenij 52
Johannes Paul II. 59
Jonson, Hewlett 11
Jukalow, Jurij 207
Jurassow 238
Jusupow, Usman 284

Kadar, Janos 318, 319, 320
Kain 103
Kalogjera, Drazen 340
Kamenzew, Wladimir 331
Kamer, Hansrudolf 380
Karawajew 276
Karl V., Kaiser 399
Karmal, Babrak 185
Karpov, G. 79
Kasack, Wolfgang 232
Kaschlew, Jurij 88
Kastl, Jörg 355, 375, 376, 399
Katharina II., Zarin 278
Kelpikowa, Elena 357
Kemal, Atatürk 355
Kennedy, John F. 398
Khaile, E. J. 201
Khomeini, Ayatollah 194, 195, 277, 282, 393
Kielinger, Thomas 78
Kikodse, Geronti 275
King, Martin Luther 59
Kirow 232
Kirsch, Botho 26, 52, 76
Kissinger, Henry A. 10, 16, 41, 63, 117, 147, 151, 191, 220, 355, 377, 378, 379, 383, 384, 397, 408, 416, 417
Klimow, Elem 234, 235
Kljamkin, Igor 240, 340
Koestler, Arthur 230
Kohl, Helmut 89, 274, 375
Kolakowski, Leszek 348, 349
Kolbin 261
Konarew, Nikolai 331
Kopschergin, Vadim 67
Korkija, Victor 238
Kornai, Janos 340
Korotitsch, Witalij 231
Kosciuzko, Tadeusz 304
Koslow, Nikolaj Michailowitsch 201
Kosobrodow 96
Kowaljow, Iwan 53, 71
Kravtsow 89
Kremp, Herbert 169
Kriwoschejew 125
Krjutschkow, Wladimir 17, 18, 19, 71, 76
Ksobow, Alexander 250
Kulakow, Fedor 13
Kunajew 261
Kun, Bela 294
Kushipisi, Elisabeth 209
Kutepow 93
Kwizinskij, Julij 65, 79, 160

Lanc, Erwin 75
Lauristin, Marju 263
Lea, Homer 142
Lenin 7, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 32, 33, 34, 40, 47, 50, 61, 72, 92, 108, 109, 122, 207, 228, 240, 247, 255, 256, 260, 277, 332, 342, 343, 347, 363, 364, 378, 382, 414
Leonhard, Wolfgang 40
Leroy, Roland 345
Levchenko, Stanislaw 16, 95
Libermann, Jewgenij 34

Ligatschow, Jegor 15, 37, 53, 294
Liebknecht, Karl 302
Likhatschew, Dimitri 363
Li Peng 171, 172
Lisitschew 124
Litanischwili, Otar 231
Löwis of Menar, Henning v. 214
Loginow, W. 342
Luciolli, Esmiralda 180
Lukjanenko, Levko 269
Lukjanow, Anatolij 351
Luttwak, Edward 377
Luxemburg, Rosa 302

Machel, Samora 59, 210
Machkamow, Kachar 284
Mackinder, Halford 139
Madariaga, Salvador de 103
Magsaysay 177
Mahan, Alfred Thayer 142, 191
Mahathir 182, 183
Makar, Iwan 267
Malan, Magnus 208
Malenkow, G. M. 34, 157
Malhuret, Claude 198
Manatschurian 360
Mandela, Nelson 203
Mandela, Winnie 203
Mandelstam, Osip 231
Manescu, Corneliu 325
Manglapus 176
Mao Zedong 103
Marcos,. Ferdinand 177
Marks, J. B. 201, 202
Marx, Karl 16, 21, 40, 139, 143, 240, 296, 342, 361
Masljukov 35
Matejewitsch 272
Maximitschew, Fedorowitsch Igor Dr. 96
McNeill, Terry 71
Medwedijew, Roy 51
Medwedijew, Vadim 247, 248, 263
Menagaraschwili, Irakli 275
Menges, Constantine 222, 223
Mengistu, Haile Mariam 198, 199
Michael, König von Rumänien 323
Michailow 249
Michnik, Adam 310, 311
Mickiewicz, Adam 304
Mikolajczyks 306
Miller 93
Mindszenty, Josef 318
Miodowicz, Alfred 309, 311
Miranda Bengoechea, Roger 218
Mitterrand, François 412
Mobutu, Sese Seko 214
Molotow 34, 153, 157, 258
Monet, Edouard 231
Moro, Aldo 59
Muraschow, Arkadij 350

Nabokov, Wladimir 231
Nachutsischwili, Kiazo 231
Nadgorni, Edward Prof. 227
Nadkarni, J. G. 190
Ngouabi, Marien 210
Nagy, Imre 318, 322
Najibullah 185
Napoleon 361
Natrop, Klaus 187
Navratil, Augustin 317
Nel, Phil 208
Neto, Antonio Agostinho 210
Nguema, Macias 210
Niedzielak, Stefan 309
Nikiforow 71
Nikititsch, L. 342
Nikolajew, Boris 184
Nikolaus II. 361
Nikolawenko 218
Nixon, Richard 62, 166
Nkrumah, Kwame 210
Nujoma, Sam 213, 214
Nyerere, Julius 210
Nzo, Alfred 203

Obote, Milton 210
Occhetto, Achille 317
Ochiauri, Georgij 230
Ogarkow 123, 124, 125, 368
Ogorodnikov, Alexander 233
Okudschawa, Bulat 231, 234
Okunev, Alexander 99
Onyszkiewicz, Janusz 306
Ortega, Humberto 218, 220
Orwell, George 230, 357
Osadczuk-Korab 340
Ossipow, Wladimir 243, 363

Pacepa, Ion Mihai 93, 323
Paets, Konstantin 258
Palach, Jan 316
Palme, Olaf 59
Pandit, Nehru 169
Parvulescu, Constantin 325
Pasternak, Boris 230, 231
Pawlow 125
Pawlowa-Silvanskaja, M. 342
Peake, George 208
Pekshev, V. 336
Perez-Herrero 210
Perle, Richard 401

Peroots 121
Petrakow, Nikolai 242
Pfeifenberger, Werner 205
Pikalow 197
Pimen 79, 83
Pitowranow, Jewgeni 74, 98
Poirier 140
Pol Pot 198
Ponomarjow, Boris 216
Popieluszko, Jerzy 305, 309
Popov, Blagoy 294
Portugalow, Nikolai 77
Posner 94
Posnjak, Senon 237
Pozsgay, Imre 322
Prem Tinsulanonda 182
Primakov 222
Primakow 72, 97

Qian Qischen 168
Qing-Dynastie 354

Rafsanjani, Hashemi 195
Raham, Akhtar Abdul 191
Rakowski 307, 313
Ramos 176
Ranca, Manzana 211
Rapacki-Plan 153
Raphel, Arnold 191
Raschidow, Scharaf 66
Rasputin, Valentin 248, 363
Ratzel, Friedrich 139
Reagan, Ronald 10, 19, 97, 115, 119, 130, 150, 179, 205, 210, 217, 221, 388, 389, 412
Rebmann, Kurt 100
Rebryk, Bohdan 268
Redman, Charles 89
Reinhold, Otto 97
Revel, Jean François 60, 374
Révész, László 260
Ribbentrop, Joachim von 258
Rogers, Bernhard W. 117
Romanow, Grigory 17
Roosevelt, Franklin D. 12
Rosenberg 364
Rosow, Victor 231, 232, 234
Rovan, Joseph 402
Rudenko, Jurij 85
Rudenko, Mykola Danilowitsch 85
Rühl, Lothar 120, 121, 123, 124, 134, 385, 386, 407
Rühle, Hans 78
Rushdie, Salman 195
Rusk, Dean 12
Ruutel 264, 266
Rybakow, Anatolij 232
Rybakow, Julij Andrewitsch 91
Ryschkow, Nikolai 17, 285, 331

Sacharow, Andrej 10, 53, 90, 249, 277, 332, 348, 350, 351, 352, 355, 400
Sacharow, Wassilij 231
Saddam, Hussein 194
Sadyk, Mukhammad 283
Sager, Peter 39, 146, 147, 160, 214, 228, 356, 395
Sajkin, Valeri 242
Salar, Anton 272
Salomow, Akil 164
Salygin, Sergej 248
Samjatin, Jewgenij 231
Santos, Eduardo do 211, 214
Saslawskaja, Tatjana 339, 352
Savimbi, Jonas Dr. 200, 211, 213, 214, 394
Schatrow, Michail 232
Scheljepin, Alexander 57
Scherali, Loik 284
Schevtschenko, Wladimir 230
Schewardnadse, Eduard 15, 69, 70, 173, 174, 175, 183, 184, 195, 273
Schewtschenko, Karas 270
Schifter, Richard 90
Schimanow, Gennadij 365
Schiwkow, Todor 325, 326
Schlesinger, James 193
Schmeljow, Nikolai 41, 339
Schmidt, Helmut 63, 346, 347, 376, 377, 379, 380, 387
Schmygaljow, Jewgenij 237
Scholz 127
Schtscherbitzki, Wladimir 268
Schukow, Jurij 154, 157
Schuman, Robert 396
Seiffert, Wolfgang 296, 299
Selesnjow, I. A. 94
Senderow, Valereij 363
Senkiv, Iwan 85
Sergij, Bischof von Solnecnogorsk 81
Shamir, Yitzhak 196
Shou-Dynastie 61
Shultz, George 185, 195
Sihanouk, Prinz 181
Sik, Ota 315
Sila-Nowicki, W. 313
Simons, Jack 208
Sinjawskij, Andrej 231, 365
Sinowjew, Alexander 244, 245, 247, 335
Sladkevicius, Kardinal 266
Slansky 294
Sljunkow 263
Slovo, Joe 201, 202
Sobieski, Johann, König 304

Solotusskij 234
Solouchin, Vladimir 239, 363
Solowjew, Vladimir 357
Solowjow, Jurij 240
Somoza 217
Son Sann 180
Sorokin, Michail 124
Solschenizyn, Alexander 148, 229, 248, 341
Spykman, Nicholas J. 139
Stalin, Josef 11, 12, 16, 17, 18, 31, 34, 38, 50, 51, 52, 79, 93, 123, 148, 149, 153, 155, 157, 159, 173, 229, 230, 236, 237, 238, 239, 248, 256, 258, 262, 273, 278, 279, 281, 284, 287, 293, 300, 301, 304, 323, 342, 343, 344, 355, 359, 364, 366, 367, 378, 414
Starodubzew 26
Stefanowski, G. 114
Steponavicius, Julijonas 266
Sterniuk 270
Stimpfle, Josef Dr. 86, 270
Straaten, Werenfried van 87
Strauß, Franz Josef 40, 116, 155, 333, 346, 355, 379
Strauss, Wolfgang 234, 287, 339, 354, 357, 358, 361
Strougal, Lubomir 317
Stürmer, Michael 380, 395
Stus, Vasyl 85
Subatow, Sergej 245
Suchorukow, Dimitri 125
Suchowolec, Stanislav 309
Sugana, Yoga 183
Suharto 182
Sun Tsu 61, 62, 378
Sun Yat-sen 167, 354
Suslow, Michail 13, 14
Suwit Suthanukun 183
Suworow, Victor 126
Svarinskas, Alfonsos 82
Sytschow 363
Szürös, Matyas 320

Taha, Yassin Ramadan 194
Tairov, Tair Prof. 75
Talysins 35
Tambo, Oliver 204
Tarasewitsch, Georgij 183
Tarik Aziz 194
Teltschik, Horst 118
Terelya, Josyp 84
Thatcher, Margaret 100, 380, 400, 412
Thiele, Günter 400
Thom, Françoise 43, 53, 69, 94, 378
Thürmer, Gyula 322
Tichonow, Wladimir 25, 28
Timofejew, Lew 233
Tomasek, Frantisek 317
Toome, Indrek 264
Touré, Sekou 210
Tretjak, Iwan 124, 196
Trifonow, Jurij 231
Trotzki 248, 364
Tschaikowskij, Peter 361
Tschebrikow 17, 18, 30, 53, 251, 263
Tschegodajew, Andrej 231
Tschernenko, 14
Tschernjajew 72
Tschiang Kai-shek 167, 354
Tschitscherin 72
Tsipko, Alexander 240
Tuchatschewskij 364
Turok, Ben 208

Ulbricht, Walter 295, 301
Ulêak, Dušan 66
Urban, George 407
Urban, Jerzy 308

Väljas, Väinö 264
Veres, Peter 320
Voslensky, Michail 133, 148, 357
Voss, Eugen 85, 232
Vranitzky 161

Walesa, Lech 305, 306, 307, 308, 309, 310
Wanin, Helena 361
Wassiljew, Dimitri Dimitriewitsch 363
Wassylyk, Pawlo 270
Weinert, Erich 204
Weiss, Peter 125, 262
Weizsäcker, Ernst v. 11
Welichow 72
Wellershoff 127, 388
Westuschow-Lada, Igor 237
Wick, Charles 59
Wlassow, Ilja Petrowitsch 239
Wojtyla, Karol 304
Wolf, Markus 300
Wolkow, Wladimir 60, 207
Woronzow, Julij 186

Yongschaiyut, Chavolit 184

Zehm, Günter 264, 335
Zhao Ziyang 169
Zhou Enlai 169
Zia ul-Haq 191
Zipko, A. 342